

**Dritter Bericht zur Lage
der Jugend in Österreich
– Teil C –**

**Rahmenbedingungen, Formen
und Auswirkungen von
Jugendbeteiligungsmodellen**

Endbericht

Institut für Soziologie (Johannes Kepler Universität Linz)

Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung (Wien)

**Kommunale Beratungsstelle für Kinder-, Jugend- und
BürgerInnen-Beteiligungsinitiativen (Graz)**

Helmut Wintersberger (Projektleitung),
Johann Bacher, Elke Durstberger, Joachim Gerich,
Maria Haider, Walther Launsky-Tieffenthal,
Roland Lehner, Anna Riegler, Barbara Riepl,
Martina Straßmair, Lieselotte Wilk

Wien, 1999

Im Auftrag von:

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR UMWELT
JUGEND UND FAMILIE**



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: BMUJF, Sektion IV, 1010 Wien, Franz Josefs Kai 51

Layout: Mag. Peter Grubits

Lektorat: Barbara Minoggio/Theresa Pirkl

Druck: KOPITU, Wiedner Hauptstr. 8-10, 1040 Wien

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung in anders als den gesetzlich erlassenen Fällen bedarf der schriftlichen Ermächtigung des BM für Umwelt, Jugend und Familie.

Inhaltsverzeichnis Band I – III

Band I: Zusammenfassung und Empfehlungen

1	Was verstehen wir unter politischer Partizipation der Jugend?	7
2	Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse.....	13
2.1	Grundlagen und Rahmenbedingungen politischer Jugendbeteiligung	13
2.2	Bestandsaufnahme von Beteiligungsmodellen.....	15
2.3	Zwei kommunale Beteiligungsprojekte als Fallbeispiele	18
2.4	Anforderungen an kommunale Jugendbeteiligung aus der Perspektive von Jugendlichen..	22
2.5	Auswirkungen kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte	25
3	Empfehlungen.....	35
3.1	Prämissen	35
3.2	Politische Grundsatzentscheidung für Jugendbeteiligung	35
3.3	Ausbau der rechtlichen Regelungen.....	36
3.4	Vielfalt von Beteiligungsformen	36
3.5	Bereitstellung von Ressourcen	37
3.6	Vermittlungspersonen zwischen Jugend und Politik.....	37
3.7	Vernetzung, Austausch und Weiterbildung	38
3.8	Politische Beteiligung und schulische Strukturen.....	38
3.9	Öffentlichkeitsarbeit und Medien.....	39
3.10	Jugendbeteiligung – kein Ersatz für etablierte Jugendpolitik	40

Band II Rahmenbedingungen, Formen und Beispiele politischer Jugendbeteiligung

1	Internationale Grundlagen und europäischer Vergleich	43
1.1	Entwicklungen im Bereich internationaler rechtlicher und politischer Grundlagen	44
1.2	Europäischer Vergleich: Fragen und Hypothesen	49
2	Jugendbeteiligung in verschiedenen Lebensbereichen	56
2.1	Einleitung	56
2.2	Partizipation in verschiedenen Lebensaltern	58
2.3	Freizeit	61
2.4	Kommunale Partizipation.....	62
2.5	Partizipation in familienrechtlichen Angelegenheiten	63
2.6	Wahlaltersenkung.....	64
2.7	Parteistellung in Justiz und Verwaltung – Rechte von Kindern und Jugendlichen	66
2.8	Das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes	67
2.9	Indirekte repräsentative Formen der Beteiligung.....	68
3	Bestandsaufnahme von Beteiligungsmodellen	72
3.1	Durchführung der Bestandsaufnahme	72
3.2	Beteiligungsmodelle auf nationaler Ebene.....	73
3.3	Beteiligungsmodelle auf regionaler Ebene.....	75
3.4	Formen der Beteiligung auf Gemeindeebene	79
4	Zwei kommunale Beteiligungsprojekte als Fallbeispiele	92
4.1	Durchführung der Untersuchung	92
4.2	Das Eggenburger Kinderforum.....	94
4.3	Der Stadtjugendrat Bruck an der Mur	105
4.4	Vergleichende Darstellung der beiden Projekte	114

4.5	Diskussion der Ergebnisse	117
5	Anforderungen an kommunale Beteiligung aus der Perspektive von Jugendlichen – Ergebnisse eines Workshops	121
5.1	Durchführung des Workshops mit den Jugendlichen	121
5.2	Ergebnisse des Workshops	123
6	Anhang	130
6.1	MitarbeiterInnenverzeichnis	130
6.2	Fragebogen für die Bestandsaufnahme	131

Band III

Auswirkungen kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte

1	Zielsetzungen, untersuchte Fragestellungen und theoretisches Variablenmodell	139
1.1	Übersicht	139
1.2	Hintergründe von Jugendpartizipation	139
1.3	Kennzeichen und Merkmale kommunaler Jugendbeteiligungsmodelle	141
1.4	Anforderungen an und Zielsetzungen von jugendlichen Beteiligungsmodellen	143
1.5	Auswirkungen von jugendlichen Beteiligungsmodellen	145
1.6	Variablenmodell.....	149
2	Methodisches Vorgehen.....	151
2.1	Überblick.....	151
2.2	Stichprobenkonstruktion	152
2.3	Qualitative Telefoninterviews	155
2.4	Konstruktion des Fragebogens.....	156
2.5	Durchführung der Befragung der Jugendlichen, Rücklauf und Repräsentativität	157
2.6	Datenauswertung	159
3	Ergebnisse der qualitativen Telefoninterviews – Kommunale Jugendbeteiligungsmodelle aus Sicht erwachsener Projektbegleitpersonen	160
3.1	Übersicht.....	160
3.2	Projekttypen	160
3.3	Initierung von kommunalen Jugendbeteiligungsprojekten	162
3.4	Die Rolle der erwachsenen Begleitperson und der Ablauf kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte	166
3.5	TeilnehmerInnenstrukturen kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte und Motive der Teilnahme	174
3.6	Projektziele und Projektzielerreichung	179
3.7	Dimensionen des Erfolgs und des Scheiterns	182
3.8	Auswirkungen der Beteiligung an kommunalen Jugendbeteiligungsprojekten	188
4	Ergebnisse der standardisierten Befragung – Kommunale Jugendbeteiligungsmodelle aus Sicht teilnehmender Jugendlicher	194
4.1	Übersicht.....	194
4.2	Merkmale der Jugendlichen	194
4.3	Die Beteiligungsmodelle aus Sicht der teilnehmenden Jugendlichen	197
4.4	Zielerreichung, Hinderungsgründe, Mißbrauch und Zweckentfremdung	208
4.5	Die Wahrnehmung individueller Auswirkungen partizipativer Teilhabe	216
5	Anhang	238
5.1	Leitfaden der qualitativen Telefoninterviews.....	238
5.2	Fragebogen mit ausgezählten Nennungen.....	239
5.3	Literatur.....	251

**Dritter Bericht zur Lage
der Jugend in Österreich
– Teil C –
Jugendbeteiligungsmodelle**

**Endbericht
Band I**

Zusammenfassung und Empfehlungen

Johann Bacher
Elke Durstberger
Joachim Gerich
Maria Haider
Roland Lehner
Anna Riegler
Barbara Riepl
Martina Straßmair
Liselotte Wilk
Helmut Wintersberger

Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Institut für Soziologie an der Johannes Kepler Universität Linz

**Kommunale Beratungsstelle für Kinder-, Jugend-
und BürgerInnen-Beteiligungsinitiativen**

1 Was verstehen wir unter politischer Partizipation der Jugend?

Seit kurzer Zeit lassen sich Bestrebungen finden, Kinder aktiv an Entscheidungen in den unterschiedlichen Lebensbereichen teilhaben zu lassen und somit die Mitbestimmung nicht mehr ausschließlich im Bereich Familie anzusiedeln (vgl. Ferner 1994, Schröder 1996). Zu dieser Entwicklung haben folgende Strömungen beigetragen, welche im 3. Band näher ausgeführt werden: die Kinderrechtsbewegung verfolgte das Ziel, eine Vertretung und Absicherung der Interessen von Kindern und Jugendlichen durch entsprechende institutionelle Rahmenbedingungen, wie Gesetze und Infrastruktur, zu schaffen; im *UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes* werden Kindern erstmals neben Schutz- und Fürsorgerechten auch allgemeine Mitbestimmungsrechte zugesprochen; die neue sozialwissenschaftliche Kindheitsforschung geht von der Vorstellung aus, daß Kinder Akteure sind, die ihre eigenen Interessen artikulieren und an der Gestaltung der Umwelt mitwirken können aus; und last but not least, ist auch die Debatte um die Erweiterung des Demokratieverständnisses im Rahmen der allgemeinen Politikforschung zu erwähnen.

Der Partizipationsbegriff ist mehrdeutig. Eine Definition kindlicher und jugendlicher Partizipation, die allgemein anerkannt wäre, gibt es bis jetzt nicht. Wir beschränken uns im folgenden darauf, einige Aspekte bzw. Dimensionen zu benennen, welche für die Definition von Partizipation relevant sein können.

Unmittelbarkeit bzw. Direktheit von Beteiligung: Legitimation durch Jugendliche

In der Demokratie der Erwachsenen wird im allgemeinen zwischen Instrumenten direkter und repräsentativer Demokratie unterschieden. Bei direkter Demokratie, etwa im Rahmen einer Volksabstimmung, entscheiden die Bürger selbst, ob z. B. ein Atomkraftwerk in Betrieb gesetzt oder der Euro die bisherige nationale Währung ersetzen soll. Im Rahmen der repräsentativen Demokratie entscheiden die Bürger nicht selbst, sondern delegieren politische Entscheidungen für eine Legislaturperiode an gewählte VertreterInnen, d. h. ParlamentarierInnen, sowie in weiterer Linie an die Regierung.

Bei Kindern und minderjährigen Jugendlichen ist festzuhalten, daß bisher weder direkte noch repräsentative Beteiligung eine maßgebliche Rolle gespielt haben, da Minderjährige in der Regel von politischen Entscheidungen prinzipiell ausgeschlossen sind. Daher müssen wir bei der Delegation der politischen Interessenvertretung auch danach unterscheiden, ob diese von Jugendlichen oder Erwachsenen wahrgenommen wird.

Bei der Delegation politischer Interessenvertretung an Erwachsene handelt es sich um eine Art von Anwaltschaft, welche durch professionelle und/oder demokratisch legitimierte ExpertInnen geleistet wird. Dieses Modell ist weitgehend identisch mit der advokativen (Palentien/Hurrelmann 1998) bzw. der verwaltungszentrierten (Hermann 1996) Beteiligungsform. Beispiele dafür sind: Kinderbeauftragte bzw. Kinder- und Jugendanwaltschaften. Die Bezeichnung advokativ läßt offen, ob eine Kinder- und Jugendanwaltschaft eine öffentliche Institution (wie die Kinderombudsmänner und -frauen in Norwegen und Schweden oder die Kinder- und Jugendanwaltschaften in den österreichischen Bundesländern), oder aber im nichtstaatlichen Bereich angesiedelt ist (wie der National Council for the Child in Israel).

Eine wichtige Frage ist in diesem Zusammenhang die nach der Legitimation erwachsener Jugendanwälte durch Jugendliche. Denn nicht jede Person oder Institution, die vorgibt, die Interessen Jugendlicher zu vertreten, ist dazu ausreichend von Jugendlichen legitimiert, um unter die politische Beteiligung Jugendlicher subsumiert werden zu können. Bei den oben erwähnten Beispielen handelt es sich durchgängig um Institutionen, welche erstens den Jugendlichen be-

kannt sind und von diesen individuell und gruppenweise auch als Anlaufstellen in Problemsituationen angenommen werden. Zweitens befinden sich diese Institutionen, soweit sie öffentlichen Charakter haben, nicht in einer ambivalenten Situation, einerseits die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten, andererseits aber auch Entscheidungen über dieselben Personen in einem hierarchisch-bürokratischen Umfeld herbeizuführen oder zu treffen. Obwohl das Ausmaß der aktiven Teilnahme von Jugendlichen in diesen Institutionen bescheiden ist, sprechen weitgehende Unabhängigkeit von der Verwaltung und der Grad der Verpflichtung gegenüber bzw. des Vertrauens von Jugendlichen dafür, Kinder- und Jugandanwaltschaften als Grenzfall der Jugendbeteiligung anzusehen.

Nicht dazu gehören andere verwaltungszentrierte Verfahren und Organe wie Jugendministerien, parlamentarische Kinderkommissionen, interministerielle Komitees für Jugendfragen oder Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfungen in Gesetzgebung und Vollziehung. Mit dieser Abgrenzung ist jedoch keine Bewertung der Sinnhaftigkeit dieser Verfahren oder Institutionen verbunden.

Unter *repräsentativer Beteiligung* verstehen wir, wenn eine ausgewählte Gruppe von Jugendlichen die Betroffenen vertritt. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um eine von einer öffentlichen Stelle eingesetzte beratende Kinder- oder Jugendgruppe. Die einem solchen Gremium angehörenden Kinder sind entweder gewählte oder aber anderweitig ausgewählte interessierte Jugendliche. Der Modus der Wahl oder Auswahl hängt oft (aber nicht immer) von den politisch verantwortlichen Erwachsenen ab. Weiters ist es unterschiedlich, ob es sich bei der Gruppe um eine dauerhafte unbefristete Einrichtung oder um ein projektorientiertes zeitlich begrenztes Gremium handelt. Beispiele dafür sind: Jugendparlamente, Kindergemeinderäte, Planungsgruppen mit Kindern/Jugendlichen.

Bei *direkter Beteiligung* vertreten alle Betroffenen ihre Anliegen selbst – gemeinsam oder im Alleingang. Hierher gehören vor allem weniger verfaßte Initiativen Jugendlicher, z. B. zur Planung und Entscheidung auf kommunaler Ebene, sofern sie im Prinzip allen Jugendlichen, und nicht nur einer Auswahl, offenstehen. Da formellere politische Mitbestimmung der minderjährigen Jugend bisher jedoch noch nicht umfassend, sondern nur ansatzweise vorgesehen ist, wird direkte Beteiligung von Jugendlichen derzeit zumeist im rechtsfreien Raum und in einem informellen Rahmen ausgeübt.

Auch Ansätze der formellen Einbeziehung von Jugendlichen in politische Entscheidungen durch Senkung des Wahlalters auf kommunaler, regionaler und gesamtstaatlicher Ebene stellen eine Form der politischen Partizipation Jugendlicher dar. Dafür gibt es in Deutschland im Bereich der kommunalen Wahlordnungen bereits Beispiele und erste Erfahrungen. Palentien-/Hurrelmann (1998) erfassen diese Entwicklung im Bereich politischer Jugendbeteiligung unter dem Terminus „direkte Beteiligung“. Dem ist entgegenzuhalten, daß allgemeine Wahlen zu parlamentarischen Institutionen der Erwachsenendemokratie durchgehend unter der Begrifflichkeit repräsentativer (im Gegensatz zu direkter) Demokratie diskutiert werden. Die Rezeption des Vorschlags von Palentien/Hurrelmann (1998) könnte daher im weiteren Verlauf insoweit zu Begriffsverwirrungen führen, als der Begriff „direkte Partizipation“ bei Erwachsenen und Jugendlichen unterschiedlich verwendet wird. Wir meinen daher, die Wahlalterabsenkung sollte grundsätzlich als eigenständiger Ansatz der politischen Partizipation Jugendlicher behandelt werden.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß zunehmende Zweifel an der Brauchbarkeit des Kriteriums der psychologischen Kompetenz geäußert werden. So verweist z. B. Mortier (1997) darauf, daß Kinder in ihren Entscheidungen und Handlungen wesentlich rationaler, und Erwachsene wesentlich weniger rational als gemeinhin angenommen sind, und daß ferner Kinder mindestens ab einem Alter zwischen 10 und 12 Jahren ebenso wie Erwachsene die wesentlichen Fähigkeiten zum Treffen vernünftiger Entscheidungen besitzen. Daraus folgt zwar nicht,

daß Kinder rationaler als Erwachsene sind, allerdings fällt psychologische Kompetenz als Kriterium für die Zu- bzw. Aberkennung politischer Rechte aus.

Da in Österreich noch keine Erfahrungen mit der Senkung des Wahlalters gemacht wurden, wird dieser Ansatz im vorliegenden Bericht nicht weiter behandelt. Die ersten Erfahrungen in Deutschland (Absenkung des Wahlalters für Kommunalwahlen auf 16 Jahre in Niedersachsen und Schleswig-Holstein) werden jedoch positiv evaluiert (Palentien 1998).

Authentizität oder Echtheit von Partizipation: die Stufen der Beteiligung nach Hart

Bei der Authentizität von Beteiligung geht es um die Frage, ob überhaupt bzw. inwieweit im Zuge der Beteiligung eine Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten von Jugendlichen stattfindet. Im Unterschied zur vorangegangenen Dimension der (Un)Mittelbarkeit ist die Authentizität der Mitbestimmung wesentlich schwerer zu operationalisieren. Fragen der realen Machtabgabe an Jugendliche (vs. Alibibeteiligung), der Verbindlichkeit von Entscheidungen, der Nachhaltigkeit der Einbindung der Betroffenen (von der Problemdefinition bis zur Umsetzung der Lösung) könnten dazu, u. a. herangezogen werden.

Hart (1992) beschreibt acht verschiedene Stufen der Beteiligung von Kindern, die sich vor allem hinsichtlich des tatsächlichen Gewichts der Kinder und Jugendlichen im Prozeß der Entscheidungsfindung unterscheiden.

Abbildung 1.1: Stufen der Partizipation nach Hart

Stufe	Bezeichnung	Merkmale
Stufe 1	Fremdbestimmung	Inhalte, Arbeitsformen und Ergebnisse sind fremddefiniert, d. h. von erwachsener Seite vorgegeben. Die Gefahr der Manipulation ist gegeben.
Stufe 2	Dekoration	Mitwirkung der Jugendlichen an Projekten, ohne dabei genau zu wissen, worum es eigentlich geht.
Stufe 3	Alibi-Teilhabe	Kinder und Jugendliche haben nur scheinbar eine Stimme, z. B. bei Vereinsveranstaltungen, aber auch bei Kinderparlamenten und Jugendgemeinderäten.
Stufe 4	Teilhabe	Diese Stufe der Beteiligung kann ein gewisses sporadisches Engagement der Jugendlichen zeigen.
Stufe 5	Zugewiesen, aber informiert	Von Erwachsenen wird das Projekt vorbereitet, die Kinder und Jugendlichen werden aber gut informiert (z. B. Schulprojekte).
Stufe 6	Mitwirkung	Durch Fragebögen oder Interviews können Kinder eigene Vorstellungen und Kritik äußern. Bei der konkreten Planung und Umsetzung haben sie dagegen keine Entscheidungskraft.
Stufe 7	Mitbestimmung	Tatsächliche Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen in die Entscheidungen. Die Idee zum Projekt kommt aber von den Erwachsenen. Die Entscheidungen werden gemeinsam und demokratisch getroffen.
Stufe 8	Selbstbestimmung	Kinder und Jugendliche initiieren das Projekt selbständig aus eigener Betroffenheit heraus. Engagierte Erwachsene unterstützen und fördern das Vorhaben, die Entscheidungen fällen die Kinder bzw. die Jugendlichen. Die Erwachsenen werden eventuell beteiligt, sie tragen aber auf jeden Fall die Entscheidungen der Kinder und Jugendlichen mit.
Stufe 9	Selbstverwaltung	Die Kinder und Jugendlichen organisieren das Projekt vollständig in eigener Verantwortung und völliger Entscheidungsfreiheit. Die gemeinsam getroffenen Entscheidungen werden den Erwachsenen lediglich mitgeteilt.

(Schröder 1996, 29-31)

Es ist unschwer zu erkennen, daß die ersten drei beschriebenen Stufen der kindlichen Mitbestimmung im Prinzip wenig mit Partizipation im eigentlichen Sinn zu tun haben, obwohl sie von Erwachsenen dennoch häufig als Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder/Jugendliche deklar-

riert werden. Im Gegensatz dazu stellen die darauffolgenden fünf Stufen tatsächlich Partizipationschancen für Kinder dar.

Auf die Schwierigkeit der Operationalisierung von Authentizität wurde schon eingangs verwiesen. Dies erschwert die Beantwortung der Frage, inwieweit eine bestimmte Maßnahme insgesamt als Erweiterung bzw. Bereicherung des Instrumentariums politischer Jugendbeteiligung angesehen werden kann. Kein Politiker wird zugeben wollen, daß er Jugendliche manipuliert, sie als Dekoration oder Alibi mißbraucht. Setzen wir jedoch die Unterscheidbarkeit der Stufen der Hartschen Skala voraus, können wir davon ausgehen, daß die ersten drei Stufen jedenfalls dem Phänomen politischen Mißbrauchs von Kindern und Jugendlichen zuzuordnen sind. Bei den weiteren Stufen wird die (positive bzw. negative) Bewertung vom Stand der Entwicklung politischer Jugendbeteiligung in der jeweiligen Gesellschaft abhängen.

Partizipation als Mittel und Handlung: produkt- bzw. prozeßorientierte Interpretationen

Nach von Alemann (1975, 17) stellt Partizipation ein Mittel zur Erreichung bestimmter (politischer) Ziele dar. Partizipation kann dabei – über Mitbestimmung, Mitwirkung und Beteiligung im engen Sinn hinausgehend – den einzelnen stärker einbinden oder aber auch nur passive Teilhabe meinen. Demgegenüber wird in der Jugendsoziologie (z. B. Schneider 1995) Partizipation auch häufig als Handlung verstanden, wobei damit alle freiwilligen Handlungen gemeint sind, mit denen eine Einflußnahme auf die Politik bewirkt werden soll. Partizipation stellt damit eine Sonderform sozialen Handelns dar, „die nicht durch die Art der Aktivität abgegrenzt wird, sondern durch das Feld, in dem sie sich vollzieht. In diesem Sinne bezeichnet Partizipation jede Art von Versuchen der Einflußnahme oder Beteiligung an dem durch die staatlichen Institutionen und den Bestand der öffentlichen Aufgaben ausgewiesenen politisch/administrativen Bereich und umfaßt insbesondere auch die Mitwirkung der Bürger an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben“ (Alemann 1975, 41).

In einem näheren Zusammenhang mit der Unterscheidung von Partizipation als Mittel oder Handlung stehen die Kriterien von Ziel- und Strukturvorgabe für Partizipation. Während die Vorgabe eines klaren Ziels auf einen produktorientierten Ansatz hindeutet, tritt bei Strukturvorgabe tendentiell das Produkt in den Hintergrund und der Prozeß der Partizipation in den Vordergrund. Wie das untenstehende Schema aufzeigt, handelt es sich dabei aber keinesfalls um eine Dichotomie, da sowohl die Fälle gleichzeitiger Ziel- und Strukturvorgabe als auch deren gleichzeitige Absenz möglich sind.

Abbildung 1.2: Jugendbeteiligung als Mittel und Handlung, Ziel- und Strukturvorgabe

	Ziel vorgegeben	Ziel nicht vorgegeben
Struktur vorgegeben	zielgerichtete, methodisch geschlossene Projekte (z. B. Jugendbefragung)	Parlamentarische Beteiligungsform (z. B. Jugendparlament)
Struktur nicht vorgegeben	zielgerichtete, methodisch offene Projekte (z. B. Spielplatzplanung und -errichtung)	Selbstbestimmte Beteiligungsform (z. B. autonome Initiativen von Jugendlichen)

Weitere Aspekte von Partizipation

Kaase (1994) führt ferner das Kriterium der Verfaßtheit ein, wobei ein Beteiligungsmodell dann als verfaßt gilt, wenn es institutionell verbindlich verankert ist, etwa in der Verfassung oder in einer Gemeindeordnung. Demnach ist ein Volksbegehr verfaßt, während eine Bürgerinitiative nicht als verfaßt einzuordnen ist.

Konventionelle (oder formelle) Beteiligungsformen sind legale und verfaßte Handlungen mit hohem Legitimitätsstatus. Als unkonventionell (informell) gelten grundsätzlich unverfaßte Beteiligungsformen, unabhängig von ihrer Legitimität und Legalität. Im Zusammenhang mit politi-

scher Jugendbeteiligung begegnen wir auch legalen und unverfaßten Projekten mit hohem Legitimitätsstatus, etwa wenn ein Bürgermeister sich im regelfreien Raum mit Jugendlichen auseinandersetzt oder sich von denselben beraten läßt. Es bleibt offen, ob solche Projekte eher als formell oder informell gesehen werden. Betont man das Fehlen von Regelungen, gehören sie zum informellen Bereich, berücksichtigt man jedoch den hohen Legitimitätsstatus, welcher durch einen politischen Entscheidungsträger vermittelt wird, wird man sie eher dem formellen Sektor zuzählen.

Nie/Verba (1972) betonen, daß Beteiligung eine gesetzliche Grundlage besitzen müsse. Dieser Gesichtspunkt sei wichtig, um z. B. politische Gewalt und zivilen Ungehorsam im Sinne von nicht verfaßten illegalen Beteiligungsformen als getrennte Phänomene behandeln zu können. Dieser Vorschlag hat den Vorteil, einigermaßen zweifelsfrei operationalisierbar zu sein. Andererseits sehen wir den Nachteil, daß der Ausschluß jeglicher nichtlegaler Aktion (wie etwa ziviler Ungehorsam) aus dem Spektrum der Jugendbeteiligung ein zu restriktives Definitionsmerkmal von Partizipation darstellen würde. Allerdings müßte unseres Erachtens auf Grund von normativ-demokratischen Überlegungen Wert darauf gelegt werden, daß Beteiligungsformen zumindest ihrer Intention nach grundsätzlich gewaltfrei bleiben. Andernfalls könnte jede Form von politisch motivierter Gewalt als Beteiligungsform bezeichnet werden.

Quellen

- Alemany, Ulrich von (Hg.): *Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Problemstand und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung*, Opladen 1975
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills, London 1979
- Ferner, Franz: *Kinder und Jugendliche am Wort – Kommunale Kinderpolitik. Notwendigkeit oder Modeerscheinung?* in: Rauch-Kallat Maria/Pichler Johannes (Hrsg.): *Entwicklungen in den Rechten der Kinder im Hinblick auf das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes*, Wien-Köln-Weimar 1994
- Hart, Roger: *Children's participation: from tokenism to citizenship*, Florence UNICEF 1992
- Hermann, Michael (Hg.): *Zukunft mitgestalten: Modelle für mehr Mitsprache. Kinderbüros, Jugendforen und Jugendgemeinderäte. Projekte, Konzepte, Ideen Spezial 1996*
- Kaase, Max: *Partizipation*. in: Nohlen Dieter (Hg.): *Wörterbuch Staat und Politik*, 4. Auflage München 1994
- Mortier, Freddy: *Competence in Children: A Philosophical Perspective*. In: *Ghent Papers on Children's Rights* nr. 2, Ghent 1997
- Palentien, Christian/Hurrelmann, Klaus (Hg.): *Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung Lehre und Praxis*, 2. Auflage, Berlin-Krifel-Neuwied 1998
- Palentien, Christian: *Pro- und Contradiskussion einer Veränderung des Wahlrechts*. in: Palentien/Hurrelmann (Hg.) 1998
- Rauch-Kallat, Maria/Pichler, Johannes (Hg.): *Entwicklungen in den Rechten der Kinder im Hinblick auf das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes*, Wien-Köln-Weimar 1994
- Schneider, Helmut: *Politische Partizipation – zwischen Krise und Wandel*. in: Hoffmann-Lange Ursula (Hg.): *Jugend und Demokratie in Deutschland*, DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995

Schröder, Richard: Freiräume für Kinder(räume). Kinderbeteiligung in der Stadtplanung, Weinheim und Basel 1996

Schröder, Richard: Kinder reden mit. Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung, Weinheim und Basel 1995

Verba, Sidney/Nie, Norman H.: Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York-Evanston-San Francisco-London 1972

2 Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse

Die zusammenfassende Darstellung beruht auf den in Band II und Band III wesentlich ausführlicher beschriebenen Ergebnissen.

2.1 Grundlagen und Rahmenbedingungen politischer Jugendbeteiligung

2.1.1 Entwicklungen im Bereich internationaler rechtlicher und politischer Grundlagen

Die Motive für die gegenwärtige Debatte um die politische Beteiligung von Jugendlichen sind vielfältig; sie werden, zusammen mit den Definitionskriterien, im ersten Band kurz erwähnt und im dritten näher ausgeführt. Wesentliche Impulse sind vom UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes ausgegangen, welches einen Paradigmenwechsel vom Kind als Objekt erzieherischer, wohlfahrtsstaatlicher oder richterlicher Maßnahmen zum Kind als Rechtssubjekt mit eigenen Interessen signalisiert.

Das UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes wurde am 20. November 1989 von der 44. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York angenommen. Es hat in der Geschichte der Vereinten Nationen kein zweites völkerrechtliches Übereinkommen im Bereich der Menschenrechte gegeben, welches bei den Mitgliedsstaaten so große Akzeptanz gefunden hat, wie dieses. Inzwischen sind mit wenigen Ausnahmen alle Länder der internationalen Gemeinschaft beigetreten.

Die partizipatorischen Inhalte sind in den Artikeln 12-15 des Übereinkommens enthalten: das Recht jedes Kindes, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese berücksichtigt zu wissen, sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit und das Recht, sich frei mit anderen zusammenzuschließen und sich friedlich zu versammeln.

Insgesamt hat die Implementierung des UN-Übereinkommens zu einer Stärkung von Kinder- und Jugendlobbies im allgemeinen geführt, deren Arbeit sich auf nationaler und internationaler Ebene wiederspiegelt. Diese Entwicklung hat in westeuropäischen Ländern einen Ausbau der Instrumente der Jugendbeteiligung gebracht, welche über eine streng buchstabengetreue Auslegung des Übereinkommens hinausgeht. Beispielhaft wird im Bericht auf eine Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats betreffend eine „Europäische Strategie für Kinder“ sowie auf eine ähnliche Empfehlung des Europäischen Parlaments, beide aus dem Jahr 1996, verwiesen. Den Mitgliedern der beiden europäischen parlamentarischen Vertretungen gelang es, mit diesen Empfehlungen eine authentische Interpretation des UN-Übereinkommens für europäische Länder zu finden; sowie einen Anlauf zur Vervollständigung des Projekts der europäischen Demokratien zu unternehmen und auch Kindern und minderjährigen Jugendlichen Bürgerrechte zuzuerkennen.

Im Rahmen der österreichischen Präsidentschaft wurde im Bereich der Jugendpolitik die Miteinbeziehung und Beteiligung von Jugendlichen zu einem Schwerpunktthema gemacht. Im November 1998 hat der Jugendministerrat der Union eine Entschließung verabschiedet, in welcher er sich nicht nur für die Förderung und Verbesserung der Möglichkeiten von Jugendbeteiligung in den einzelnen Mitgliedstaaten ausspricht, sondern auch die Bedeutung von Jugendbeteiligung für die Gegenwart und Zukunft Europas insgesamt betont. Es liegt nun an der Europäischen Kommission sowie an den Regierungen der Mitgliedstaaten, all diese Empfehlungen europäische Realität werden zu lassen. Die Mithilfe und der Druck nichtstaatlicher Kinder- und Jugendorganisationen werden dabei eine wesentliche Rolle spielen. In diesem Zusammenhang ist be-

sonders auf die Arbeit von EURONET, einer Koalition von Netzwerken und Organisationen, welche für die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen eintritt, sowie ein vor kurzem von der selben Organisation erstelltes Grundsatzdokument mit dem Titel „Eine Kinderpolitik für Europa im 21. Jahrhundert: erste Schritte“ hinzuweisen.

2.1.2 Europäischer Vergleich: Fragen und Hypothesen

Empirische Erhebungen wurden außer in Österreich in Finnland und Italien durchgeführt; Expertengutachten liegen aus Deutschland, Großbritannien und Schweden vor. Weitere Quellen für den internationalen Vergleich existieren in der Literatur oder stammen aus einschlägigen Vorarbeiten.

Als auslösende bzw. kontextuelle Faktoren für politische Jugendbeteiligung werden in den betrachteten Ländern übereinstimmend das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes sowie mehrfach sozioökonomische Umbrüche (wie tiefergreifende wirtschaftliche Veränderungen, Individualisierung und Risikogesellschaft) benannt. Erweiterung von Jugendbeteiligung wird zumeist nicht isoliert, sondern als Teil umfassender Demokratiereform (Dezentralisierung und Erweiterung von Bürgerrechten) gesehen. Auch Reformen von Jugendpolitik insgesamt und ihren Institutionen gehen zumeist Hand in Hand.

Größtes kontextuelles Hindernis für das organische Wachstum von politischer Jugendbeteiligung sind nicht die rechtlichen und politischen Strukturen, sondern die Barrieren in den Köpfen der Menschen. Übereinstimmend wird berichtet, daß die Einstellung gegenüber Jugendbeteiligung beim „mainstream“ der Erwachsenen nach wie vor negativ ist. Den Jugendlichen werden Kompetenz und Reife für politische Beteiligung abgesprochen.

Übereinstimmend wird von einer Einheit jugendlicher Lebenswelten ausgegangen; als weitere Felder der Jugendbeteiligung werden die Schule und die Medien genannt. Die Schule wird als jener Bereich identifiziert, in welchem am ehesten eine Förderung von politischer Beteiligung von Jugendlichen möglich und erforderlich ist; dies betrifft sowohl die curriculare als auch die interaktive Ebene. Die tatsächliche bzw. mögliche Bedeutung der Medien besteht in der Vermittlung von Informationen über, für und durch Jugendliche.

Was die Formen der Jugendbeteiligung angeht, ist der internationale Vergleich durch Konvergenzen, aber auch durch markante Unterschiede charakterisiert. Allen Ländern ist gemeinsam, daß unmittelbare politische Beteiligung von Jugendlichen im Regelfall auf bzw. unter der Ebene der Gemeinde erfolgt. Beratende Kinder- und Jugendräte vor allem auf lokaler Ebene, Jugendforen und -parlamente sind die in Westeuropa am meisten verbreitete Form politischer Jugendbeteiligung. Jugendforen und ähnliche Einrichtungen auf regionaler oder nationaler Ebene stellen eher die Ausnahme als die Regel dar. In einigen Ländern gibt es bereits Ansätze der Vernetzung dieser neuen Beteiligungsformen.

Fragen des Wahlrechts und Wahlalters werden ebenfalls diskutiert. Drei Möglichkeiten werden in Betracht gezogen: die Absenkung des Wahlalters auf das 16. Lebensjahr, die Abschaffung jeglicher Altersgrenze sowie die Einführung des stellvertretenden Wahlrechts für Eltern. Zusätzlich zu den bisher genannten Formen der Jugendbeteiligung gibt es in faktisch allen Ländern Erfahrungen im Bereich der bestehenden Kinder- und Jugendorganisationen sowie der Jugendzentren. Auch advokative Modelle der Kinder- und Jugendanwaltschaft sind in den verschiedenen Ländern vertreten.

Alle Gutachten thematisieren die Situation der betroffenen Jugendlichen und ihre Einstellung zur Politik. Insbesondere die Individualisierung und der Umgang mit Unsicherheit, die wesentlich frühere soziale und kulturelle Mündigkeit der Jugendlichen werden angesprochen. Alle Berichte stimmen darin überein, daß es Politikverdrossenheit der Jugend schlechthin nicht gibt; allenfalls eine Parteien- und/oder Politikerverdrossenheit. Es besteht ein verbreitetes Mißtrauen gegen-

über etablierten Institutionen; es gibt andere politische Interessen sowie ein unterschiedliches Herangehen an Politik. Jedoch zeichnet sich die Jugend durch Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Themen aus.

Uneinheitlich ist die Einschätzung hinsichtlich der Beteiligung nach Geschlecht. Während der deutsche Bericht auf geringere Bereitschaft von Mädchen, sich in den verschiedenen Formen politischer Jugendbeteiligung zu engagieren, verweist, kann diese Aussage für Österreich nicht durchgehend bestätigt werden. Die Frage nach einer angemessenen Beteiligung von Randgruppenjugendlichen an den verschiedenen Modellen muß noch weitgehend als offen angesehen werden.

2.1.3 Rahmenbedingungen und Partizipationsfelder

Die im europäischen Vergleich herausgearbeitete Einheit kindlicher und jugendlicher Lebenswelten ist implizit auch in dem vom niederösterreichischen Kinder- und Jugendanwalt Walther Launsky-Tieffenthal zusammengetragenen Befund reflektiert. Politische Partizipation von Jugendlichen ist nicht isoliert von der Beteiligung in anderen Bereichen bzw. Partizipationsfeldern zu sehen.

Der Beitrag zeigt aber auch auf, daß das Momentum, welches – ausgehend von der Kinderrechtsbewegung über die Umsetzung des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes – schließlich zu einer breiteren Debatte über die fehlende politische Stimme von Minderjährigen und zur Entwicklung von Kinder- und Jugendbeteiligungsmodellen geführt hat, auch Spuren in den anderen vorhandenen bzw. möglichen Partizipationsfeldern von Familie, Kindergarten, Schule, Arbeitsplatz, Freizeit sowie von Justiz und Verwaltung hinterläßt.

2.2 Bestandsaufnahme von Beteiligungsmodellen

Möglichkeiten politischer Mitbestimmung der nicht wahlberechtigten Jugend sind in Österreich während der letzten Jahre zunehmend zum Diskussionsthema geworden. Zusätzlich zu bereits bestehenden Formen der Beteiligung wie Jugendverbänden oder auch Einrichtungen der offenen Jugendarbeit haben sich etwa seit Beginn der 90er Jahre auch andere Formen der Beteiligung etabliert. Durch die Bestandsaufnahme soll ein Überblick über derzeit praktizierte Beteiligungsansätze gegeben werden. Indem möglichst viele und unterschiedliche Stellen/Organisationen/Vereine kontaktiert wurden, soll vor allem die Vielfalt an Beteiligungsformen aufgezeigt werden.

Die Bestandsaufnahme wurde mit Hilfe einer schriftlichen Befragung durchgeführt. Der Fragebogen bestand aus 38 Fragen, die Antworten auf die Fragen waren vorstrukturiert. Insgesamt wurden über 3.000 Fragebögen an folgende AdressatInnen gesendet: an alle österreichischen BürgermeisterInnen, an alle Landesjugendreferate, an alle Kinder- und Jugendanwaltschaften, an alle Landesschulräte, an Bundes- und Landesorganisationen der Kinder- und Jugendorganisationen des Bundesjugendrings, an Gruppen, die am zweiten österreichischen Kindergipfel vertreten waren, sowie an weitere einschlägige Adressen, die uns von den bereits aufgezählten kontaktierten Stellen als mögliche weitere AnsprechpartnerInnen genannt wurden.

Für die Beschreibung der Projekte/Gruppen auf Gemeindeebene konnten 185 Fragebögen herangezogen werden. In 19 Fragebögen wurden Beteiligungsformen auf regionaler Ebene beschrieben, in drei weiteren Fragebögen wurden Gruppen, die auf nationaler Ebene aktiv sind, dargestellt. Um zu nationalen bzw. regionalen Projekten genauere Beschreibungen geben zu können, wurden in mehreren Fällen die angegebenen Kontaktpersonen telefonisch noch ausführlicher befragt.

2.2.1 Beteiligungsmodelle auf nationaler Ebene

Von den drei Gruppen, die vorwiegend auf nationaler Ebene aktiv sind, handelte es sich in zwei Fällen um Bundesorganisationen von Kinder- bzw. Jugendorganisationen. Bei der dritten Gruppe handelt es sich um das „Österreichische Jugendforum“, das im folgenden näher ausgeführt wird. Zudem wurden noch die beiden österreichischen Kindergipfel als interessante Initiativen auf Bundesebene identifiziert, deren Beschreibung lediglich auf telefonischen Auskünften und anderen Informationsmaterialien basiert, da dazu keine Fragebögen beantwortet wurden.

Österreichisches Jugendforum

Das österreichische Jugendforum ist ein Beratungsgremium des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie, das im September 1997 auf Initiative des Ministeriums gegründet wurde. Insgesamt sind 12 Jugendliche beteiligt, die zwischen 16 und 22 Jahren alt sind. Funktion des Jugendforums ist es, Vermittler und Sprachrohr zwischen Jugend und Politik zu sein. Der Austausch mit den politischen EntscheidungsträgerInnen erfolgt, indem die Mitglieder des Jugendforums in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen des Ministeriums mitarbeiten.

Österreichische Kindergipfel

Sowohl 1993 als auch 1995 fanden in Mürzsteg (Steiermark) nationale „Kindergipfel“ statt, an denen Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 16 Jahren teilnehmen konnten. Diese Treffen sollten den Kindern/Jugendlichen die Gelegenheit bieten, ihre Wünsche und Visionen an politische EntscheidungsträgerInnen heranzutragen sowie den Dialog zwischen den Generationen allgemein zu fördern. An den beiden Kindergipfeln nahmen jeweils etwa 200 Kinder und Jugendliche teil, die während 3 Tagen in mehreren Workshops zu verschiedenen Themen arbeiteten und gemeinsam Ergebnisse bzw. Forderungen entwickelten.

2.2.2 Beteiligungsmodelle auf regionaler Ebene

Von den befragten Stellen wurden insgesamt 19 Projekte oder Gruppen genannt, die auf regionaler Ebene engagiert sind.

Dabei handelte es sich um:

- 6 Jugendgruppen, die politische VertreterInnen bei Entscheidungsfindungen beraten sollen,
- 6 Landesorganisationen von Jugendverbänden,
- 3 Jugendabteilungen verschiedener Gewerkschaften sowie 1 Landesjugendvorstand des österreichischen Gewerkschaftsbundes,
- 2 Landesschülervertretungen und
- den Dachverband der steirischen Jugendzentren und Initiativgruppen.

Die letzten vier Gruppentypen sind bereits länger etabliert. Der erste Gruppentyp der beratenen Gruppen stellt hingegen eine weniger bekannte Beteiligungsform dar, die jeweiligen Gruppen werden daher einzeln angeführt.

Jugendbeirat des Landes Vorarlberg

Seit 1977 ist die Einrichtung eines Jugendbeirats im Vorarlberger Jugendförderungsgesetz verankert. Aufgabe des Beirats ist es, die Landesregierung in Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen, zu beraten. Er besteht aus insgesamt 35 VertreterInnen der Jugendverbände, die von diesen delegiert werden. Die Bereiche, mit denen sich der Jugendbeirat vor-

rangig beschäftigt, sind: Schule/Bildung, Arbeit, Freizeit und benachteiligte Jugendliche. Seit der letzten Landtagswahl ist außerdem direkte Jugendbeteiligung ein wichtiger Schwerpunkt der Vorarlberger Jugendpolitik und damit auch der Arbeit des Jugendbeirats.

Projekt „Misch dich ein“ in Vorarlberg

Als ein Versuch der Umsetzung direkter Jugendbeteiligung auf Landesebene wurde von dieser Gruppe das Projekt „Misch dich ein“ initiiert, das bereits zweimal stattfand. Die jeweils beteiligten Jugendlichen treffen sich insgesamt zweimal in der Großgruppe. Bei diesen Treffen werden im Rahmen von „Zukunftswerkstätten“ zunächst verschiedene Themen erarbeitet. Anschließend werden die Ergebnisse den LandespolitikerInnen präsentiert und Handlungsvereinbarungen geschlossen. Themen, mit denen sich die Jugendlichen beim bisher beschäftigten, waren beispielsweise: Information über Lehrstellen, Information über die Pensionsreform oder die Senkung der Altersgrenze für den Führerschein.

Salzburger Landtag der Jugend

In Salzburg wurde ein Landtag der Jugend durchgeführt. Anlaß war die Novellierung des Salzburger Jugendförderungsgesetzes, für die ein breiter Diskussionsraum geschaffen werden sollte. Aus den interessierten Jugendlichen, die sich meldeten, wurden von Erwachsenen nach der Anzahl der VertreterInnen im Landtag 36 Jugendliche ausgewählt, wobei auf eine breite Streuung geachtet wurde. Der Landtag der Jugend dauerte zwei Tage. Anfangs wurden die Jugendlichen über den Gestzesentwurf informiert und anschließend konnten sie in 6 Arbeitskreisen eigene Ideen entwickeln. Insgesamt wurden von den Jugendlichen 13 Anträge formuliert, die sie als Abschluß den RegierungsvertreterInnen präsentierten.

Jugendladtag Tirol

Der Jugendlandtag Tirol wurde 1991 zum ersten Mal veranstaltet. Bisher fand der Jugendlandtag insgesamt 6mal statt, organisiert wird die Veranstaltung vom Landesjugendreferat. Die Einladung der Jugendlichen erfolgt durch eine Ausschreibung, die in erster Linie an die Jugendverbände und einzelne Jugendliche, die sich bereits in anderen Projekten oder Initiativen engagiert haben, ergeht. Die Zahl der TeilnehmerInnen entspricht auch in Tirol der Anzahl der Landtagsabgeordneten. Die Themen, mit denen sich die Jugendlichen beschäftigen, sind unterschiedlich. Als besonderer Erfolg wird die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der Reichskristallnacht am Landhausplatz in Innsbruck gewertet.

Jugendbeteiligung bei der Novellierung des steirischen Jugendschutzgesetzes

Die Beteiligung Jugendlicher an der Neugestaltung des steirischen Jugendschutzgesetzes wurde vom dafür zuständigen Sozialressort initiiert. Ziel war, daß Jugendliche das bestehende Jugendschutzgesetz auf der Basis ihrer eigenen Erfahrungen reflektieren und Vorschläge für Verbesserungen erarbeiten. Insgesamt wurden etwa 60 Jugendliche zwischen 13 und 19 Jahren einbezogen. Die Jugendlichen erarbeiteten ihre Ideen im Rahmen von Workshops. Im Anschluß daran konnten die Jugendlichen ihre Ideen mit erwachsenen ExpertInnen sowie der zuständigen Landesrätin diskutieren. Die Einarbeitung der Vorschläge der Jugendlichen in den Gesetzesentwurf wurde von erwachsenen ExpertInnen vorgenommen, wobei die Jugendlichen bei Feedbackveranstaltungen nochmals inhaltliche Veränderungswünsche einbringen konnten.

Wiener Berufsschülertage

Die Idee zu den Wiener Berufsschülertagen wurde vom Landesjugendreferat entwickelt. Die Berufsschülertage wurden bisher 4mal veranstaltet und dauerten jeweils eine Arbeitswoche, wobei an jedem Wochentag andere SchülerInnen teilnehmen konnten. Zwar wurden bereits

mehrere Anliegen der Jugendlichen verwirklicht (z. B. die Senkung des Mindestalters für die Anmeldung für eine Gemeindewohnung von 19 auf 17 Jahre), sie wurden von den politischen VertreterInnen jedoch kaum als Ergebnisse der Berufsschülertage präsentiert.

2.2.3 Formen der Beteiligung auf Gemeindeebene

Auf Gemeindeebene wurden drei Arten von Beteiligungsmodellen oder Gruppen unterschieden: nämlich Einrichtungen der verbandlichen Jugendarbeit, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und „beratende Gruppen“.

Zu den 72 Einrichtungen der verbandlichen Jugendarbeit wurden sämtliche lokale Gruppen von Kinder- und Jugendorganisationen gezählt. Das heißt, es handelt sich um Jugendverbände politischer Parteien, Organisationen mit einem Naheverhältnis zu einer Religionsgemeinschaft, dem Bauernbund, etc. Alle diese Gruppen sind also Teil einer größeren Organisation. Viele dieser Organisationen wiederum sind Mitglieder im Bundesjugendring.

Unter den 44 Einrichtungen der offenen Jugendarbeit sind diverse Jugendzentren sowie Freizeit- und Kulturvereine zusammengefaßt, da eine genauere Unterscheidung kaum möglich war. Die meisten dieser Einrichtungen sind unabhängig, manche von ihnen sind jedoch in einem Dachverband organisiert (z. B. Dachverband der steirischen Jugendzentren).

Den 47 beratenden Gruppen ist gemeinsam, daß sie den Gemeinderat bei Entscheidungen – vor allem im Jugendbereich – unterstützen sollen, indem die Jugendlichen die Möglichkeit haben, ihre Interessen und eigene Ideen zu vertreten. Zu den beratenden Gruppen wurden allerdings nur solche Gruppen gezählt, die längerfristig institutionalisiert sind.

Die übrigen 22 Gruppen erwiesen sich als zu heterogen, um sie sinnvoll in weitere Gruppentypen unterscheiden zu können. Tendenziell handelt es sich um eher informelle Gruppen, die nicht als Vereine institutionalisiert sind. Einige Gruppen sind relativ stark projektorientiert.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich diese Gruppentypen in vielen Punkten unterscheiden, z. B. hinsichtlich: der regionalen Verteilung, der Zielsetzungen, der Maßnahmen zur Zielerreichung, der Anliegen und deren Verwirklichung, der Zusammensetzung der Gruppe oder auch der internen Organisation.

2.3 Zwei kommunale Beteiligungsprojekte als Fallbeispiele

Wie die Bestandsaufnahme gezeigt hat, gibt es unterschiedliche Formen direkter politischer Mitbestimmung der Jugend. Bisher noch kaum analysiert sind jene „beratenden Gruppen öffentlicher Stellen“, die von politischen VertreterInnen selbst initiiert werden. Um einen Einblick in diese Form der Beteiligung zu vermitteln, wurden daher zwei solcher kommunalen Beteiligungsmodelle näher beschrieben und diskutiert. Als Fallbeispiele wurden das Kinderforum Eggenburg (NÖ) und der Stadtjugendrat Bruck/Mur (Stmk.) ausgewählt.

Methodischer Ansatz dieser Untersuchung war die Einzelfallstudie, um durch das intensive Eingehen auf den individuellen Fall ein umfassendes Bild der Beteiligungsprojekte zu gewinnen und eine vorschnelle Strukturierung der Daten zu vermeiden. Die Beschäftigung mit zwei Fällen ermöglichte die Kontrastierung des Materials und unterstützte damit die Interpretation. Im Sinne einer Methodentriangulation wurden zur Datenerhebung verschiedene Techniken angewendet: Einzelinterviews mit beteiligten Jugendlichen und Erwachsenen, in jeder Gemeinde ein Gruppeninterview mit beteiligten Jugendlichen, teilnehmende Beobachtung sowie die Analyse schriftlicher Materialien. Die Auswertung erfolgte nach Kriterien der qualitativen Sozialforschung.

2.3.1 Vergleichende Darstellung der beiden Projekte

Entstehung und Entwicklung der Projekte

In Bruck a. d. Mur entstand der Stadtjugendrat 1996 im Zuge eines groß angelegten Stadtmarketingprojekts, an dem die Bevölkerung wesentlich beteiligt war. Bei der Suche nach einer geeigneten Form, die Interessen der Jugend in die Stadtentwicklung einzubeziehen, beschloß man, externe Unterstützung zuzuziehen. Mit Hilfe dieser ExpertInnen wurde nach einer ersten Informationsveranstaltung ein Workshop mit interessierten Jugendlichen abgehalten. Um die Zusammenarbeit mit diesen und anderen engagierten Jugendlichen auch für die Zukunft sicherzustellen, wurde beschlossen, den Stadtjugendrat als dauerhafte Einrichtung zu institutionalisieren.

In Eggenburg wurde die Idee zum Kinderforum bereits 1992 auf Anregung des Landesjugendreferats entwickelt. Das Projekt Kinderforum wurde im Gemeinderat zwar nicht von der Mehrheit unterstützt, der Jugendreferent und die MitarbeiterInnen des Kultur- Jugend- und Sportreferats beschlossen – mit der Unterstützung des Bürgermeisters – aber dennoch einen Versuch zu starten. Die Erwachsenen überlegten sich auf der Basis eines Austauschs mit Projekten in anderen Gemeinden die wichtigsten Ziele bzw. auch die Form des Projekts.

Zielsetzungen

Die Zielsetzungen sind in den beiden Gemeinden relativ ähnlich. Aus der Perspektive der befragten Erwachsenen soll das jeweilige Projekt sowohl Interessenvertretung sein, als auch politische Sozialisationsfunktion haben. Im Zentrum steht, daß die beteiligten Kinder und Jugendlichen quasi als ExpertInnen für ihre Altersgruppe ihre Wünsche selbst einbringen können. Durch das Eingehen auf die geäußerten Bedürfnisse erhoffen sich die Erwachsenen, daß das Wohlbefinden der Jugend in der Gemeinde verbessert wird und daß dadurch nicht zuletzt die Abwanderungsrate gesenkt werden kann. Weiters soll in beiden Gemeinden durch die Beteiligung das politische Interesse der Jugend geweckt und späteres Engagement gefördert werden.

Auch die beteiligten Kinder/Jugendlichen erwarten sich, daß ihre Meinung bei sie betreffenden Angelegenheiten stärker berücksichtigt wird. Manche erwähnen zudem, daß sie durch das Projekt mehr über die Gemeinde und die politischen Entscheidungsprozesse erfahren können. Zudem spielen für sie die sozialen Kontakte als Motive für die Beteiligung eine wichtige Rolle: Sie sehen das Projekt als Freizeitbeschäftigung, bei der sie neue Kontakte knüpfen und sich austauschen können.

Die beteiligten Kinder/Jugendlichen

Während in das Eggenburger Kinderforum 8- bis 14jährige aufgenommen werden, liegt die untere Altersgrenze beim Stadtjugendrat bei 12 Jahren. Abgesehen von der Einhaltung der erwähnten Altersgrenzen war für den Stadtjugendrat in Bruck a. d. Mur von Beginn an ausschließlich das Interesse der Jugendlichen ein Aufnahmekriterium. Das Kinderforum in Eggenburg hingegen bestand ursprünglich nur aus gewählten VertreterInnen, die die Interessen aller Gleichaltrigen repräsentieren sollten. Um jedoch ein stärkeres Engagement zu fördern, können inzwischen zusätzlich auch alle Interessierten Mitglieder werden.

Die Hauptaufgabe der Kinder/Jugendlichen besteht jeweils darin, eigene Wünsche zu artikulieren und Ideen für eine jugendfreundliche Gestaltung der Gemeinde zu entwickeln. In Eggenburg ist der/die von den Kindern und Jugendlichen gewählte KinderbürgermeisterIn die zentrale Ansprechperson der Erwachsenen, während es beim Brucker Stadtjugendrat keine derartige Funktion gibt.

Projektbegleitende Erwachsene

Seit der dauerhaften Institutionalisierung des Stadtjugendrats in Bruck/Mur ist die Projektbetreuung Aufgabe der Jugendbeauftragten, die bei der Gemeinde angestellt ist. In Eggenburg wurde für die Projektbegleitung ein Projektbeirat eingerichtet, der sich aus mehreren GemeinderätlInnen, LehrerInnen und VertreterInnen von Jugendorganisationen zusammensetzen sollte. Derzeit sind allerdings nur 3 ProjektbeirätlInnen aktiv involviert. Seit etwa zwei Jahren sorgt eine ehrenamtliche Projektbetreuerin, die als Mutter eines beteiligten Kindes bereit war, sich zu engagieren, für eine deutliche Entlastung des Projektbeirats.

Die Tätigkeiten der involvierten Erwachsenen sind in beiden Gemeinden ähnlich und beinhalten die organisatorische Unterstützung, die Beratung der Kinder und Jugendlichen bei der Erarbeitung von Vorschlägen bzw. Projekten sowie den Kontakt zum Gemeinderat.

Projektsitzungen

Treffen des Eggenburger Kinderforums finden etwa 5-6mal jährlich im großen Sitzungssaal der Gemeinde statt. Für die Leitung der Sitzungen sind die Kinderbürgermeisterin und die Projektbetreuerin verantwortlich. Die meisten beteiligten Kinder und Jugendlichen bringen sich in die Plenumssitzungen nur wenig ein, wobei dies aber vom jeweils behandelten Thema abhängig zu sein scheint. Zum Teil wird auch in Kleingruppen gearbeitet, nicht zuletzt, um alle stärker einzubeziehen.

Im Brucker Stadtjugendrat gibt es zwei Arten von Sitzungen. Die einen finden relativ häufig statt und werden bei Bedarf spontan im Jugendtreff abgehalten. Einberufen und geleitet werden sie von der Projektbetreuerin, die versucht, die Sitzungen durch verschiedene Moderationsmethoden bzw. durch möglichst viele Freiheiten jugendgerecht zu gestalten. Zusätzlich zu diesen informellen Besprechungen gibt es auch in Bruck Sitzungen, die im Rathaus stattfinden und in Anlehnung an die Stadtratssitzungen relativ formell abgehalten werden.

Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat

Das Ziel einer umfassenden Zusammenarbeit konnte in Eggenburg bisher nicht im gewünschten Ausmaß erreicht werden. Vor allem wird kritisiert, daß das Kinderforum nicht unumstritten akzeptiert, sondern immer wieder übergangen wird. Allerdings gibt es mit manchen GemeinderätlInnen, die sich auch in Sitzungen des Kinderforums für Anfragen zur Verfügung stellen, eine sehr gute Kooperationsbasis.

In Bruck a. d. Mur sind alle Befragten mit der Zusammenarbeit mit der Gemeinde sehr zufrieden, da der Stadtjugendrat vom Bürgermeister sehr viel Unterstützung erhält. Zudem trägt zur Erleichterung der Informationsweitergabe zwischen Gemeinde und Jugendlichen bei, daß die Projektbetreuerin Angestellte der Gemeinde ist.

Realisierung von Wünschen

Sowohl in Eggenburg als auch in Bruck a. d. Mur wurden bereits mehrere Anliegen der Kinder bzw. Jugendlichen verwirklicht. Trotz des Unterschieds hinsichtlich der beteiligten Altersgruppe liegen die Wünsche der Kinder/Jugendlichen in ähnlichen Bereichen. Die verwirklichten Projekte lassen sich daher überblicksmäßig den folgenden Themen zuordnen:

- Aufenthaltsräume für Kinder/Jugendliche (z. B. Spielplatzgestaltung, Einrichtung eines Jugendtreffs)
- Freizeitveranstaltungen (z. B. Ferienspielkalender, Clubbing)
- Kinder- bzw. Jugendzeitung (z. B. „Brucker Youth News“)

- Verkehr (z. B. Initiierung eines „Jugendtaxis“, Einbeziehung in die Entwicklung des Verkehrskonzepts)

Bei den meisten Wünschen des Kinderforums sowie des Stadtjugendrats handelt es sich also um Anliegen, die zum Bereich der Jugendarbeit gehören. In beiden Gemeinden sind die Kinder/Jugendlichen bemüht, auf die Kosten ihrer Wünsche zu achten und möglichst keine unrealistischen Forderungen zu stellen.

2.3.2 Diskussion der Ergebnisse

Die Diskussion der Ergebnisse erfolgt auf der Grundlage der ausführlichen Analyse der beiden Falldarstellungen. Durch das Herausarbeiten einzelner Aspekte soll die Diskussion dazu beitragen, Ansprüche und Widersprüche in den Projekten sichtbar zu machen, und dadurch die Weiterentwicklung ähnlicher Beteiligungsformen zu fördern.

Funktionen der Beteiligung

Die Zielsetzungen in den beiden Projekten weisen darauf hin, daß es aus der Perspektive der Erwachsenen im wesentlichen zwei Funktionen gibt, die das jeweilige Projekt erfüllen soll: Es soll sowohl Interessenvertretung sein als auch das Kennenlernen von politischen Strukturen und Abläufen bewirken. Damit entsteht jedoch das Problem, daß diese Zielsetzungen zumindest zum Teil unterschiedlicher Herangehensweisen bedürfen, um sie optimal zu erfüllen. Die Ernennung von KinderbürgermeisterInnen oder das Abhalten von Sitzungen in den offiziellen Räumlichkeiten der Gemeinde sind Elemente, die den Kindern/Jugendlichen ein möglichst realistisches Abbild der politischen Welt der Erwachsenen vermitteln sollen. Im Sinne der Interessenvertretung müßte allerdings im Vordergrund stehen, die Kinder/Jugendlichen in weniger erwachsenenorientiertem Rahmen mit jugendgerechten Methoden bei der Entwicklung von Ideen anzuleiten.

Grenzen der Beteiligung

Die Grenzen der beiden Beteiligungsprojekte sind durch Erwachsene bestimmt. Ihr Interesse und ihre Zielsetzungen determinieren die Möglichkeiten der Jugendlichen. Die politischen EntscheidungsträgerInnen bestimmen das Budget, das für die Verwirklichung von Anliegen zu Verfügung steht, oder welche Altersgruppe in das Projekt einbezogen wird. Außerdem kann festgehalten werden, daß den Jugendlichen lediglich unverbindliche, auf der Freiwilligkeit der Erwachsenen beruhende, Mitsprachemöglichkeiten angeboten werden. Die großteils freiwillige Beachtung der ungeschriebenen Regeln der Erwachsenen durch die Jugendlichen ist einerseits positiv zu sehen, da sie die Erfolgschancen erhöht. Andererseits entgeht der Beteiligung damit auch emanzipatorisches Potential – nicht Empowerment, sondern das Beachten gesetzter Grenzen steht im Vordergrund.

Legitimation des Projekts

Die Einrichtung des Stadtjugendrat in Bruck a. d. Mur war ein Ergebnis des auf Beschuß der Stadtregierung durchgeföhrten Stadtmarketingprojekts. Der Stadtjugendrat wird daher als ein wichtiger Bestandteil des Stadtmarketingprojekts gesehen und nach Aussage der befragten Erwachsenen nicht in Frage gestellt. In Eggenburg, wo das Kinderforum nicht durch einen Mehrheitsbeschuß legitimiert ist, wird hingegen immer wieder der Verdacht geäußert, daß die beteiligten Kinder/Jugendlichen parteipolitisch beeinflußt werden. Diese Kritik wirkt sich sowohl auf die Projektentwicklung als auch auf die Akzeptanz des Projekts im Gemeinderat eher ungünstig aus.

Zugangschancen der Kinder/Jugendlichen

Determiniert sind die Zugangschancen in den beiden Projekten jeweils durch, von den Erwachsenen gesetzte, Altersgrenzen, wobei die Unterschiedlichkeit dieser zeigt, daß sowohl jüngere Kinder als auch Jugendliche beteiligt werden können. Zudem gibt es Projektmerkmale, die für den Zugang zum Projekt ebenfalls eine Rolle spielen, auch wenn sie nicht so explizit wie das Alter geregelt sind: In Bruck a. d. Mur etwa dürfen zwar alle interessierten Jugendlichen teilnehmen, de facto handelt es sich jedoch nur um BesucherInnen des Jugendtreffs, da dieser gleichzeitig Treffpunkt des Stadtjugendrats ist.

Aufgabenteilung zwischen Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen

Sowohl in Bruck als auch in Eggenburg gehört es zu den Aufgaben der Kinder/Jugendlichen, kreativ und produktiv Ideen oder Projekte zu entwickeln. Sie müssen kaum Verantwortung übernehmen, sondern tun in erster Linie, was sie interessiert und wozu sie sich freiwillig gerne verpflichten. Die für die Durch- und Umsetzung der Ideen zuständigen Erwachsenen hingegen haben wesentlich mehr „Arbeit“ im Sinne zeitaufwendiger Tätigkeiten. Diese Rollenteilung zwischen den Erwachsenen und den Kindern/Jugendlichen entspricht der sonstigen Rollenteilung in der Gesellschaft. Sie ist damit zwar nicht innovativ, aber auch nicht mit zu hohen Erwartungen überfrachtet. Da alle befragten Beteiligten mit dieser Arbeitsteilung zufrieden sind, hat sie sich zumindest in den beiden untersuchten Projekten bewährt.

Externe Unterstützung

Externe Unterstützung war in den beiden Gemeinden vor allem dann hilfreich, wenn nach neuen Ideen bei der Projektentwicklung gesucht wurde. Durch die Auseinandersetzung mit anderen erfahrenen Personen werden für die Projektakteuren vorher unsichtbare Probleme ebenso wie Ansatzpunkte für neue Entwicklungen erkennbar. Wie anhand der untersuchten Projekte deutlich wurde, stellt externe Unterstützung im Sinn von Erfahrungsaustausch oder professioneller Begleitung somit einen zentralen Aspekt für die Qualitätssicherung in Beteiligungsprojekten dar.

2.4 Anforderungen an kommunale Jugendbeteiligung aus der Perspektive von Jugendlichen

Speziell bei der Diskussion von Jugendbeteiligung ist es von zentraler Bedeutung, dabei auch die Perspektive von Jugendlichen zu berücksichtigen. Jugendlichen sollte daher die Chance gegeben werden, eigene Vorstellungen bezüglich politischer Beteiligung zu entwickeln. Als Rahmen für die Erarbeitung von Anforderungen durch Jugendliche wurde ein dreitägiger Workshop organisiert und durchgeführt.

Um auf bestehenden Erfahrungen der teilnehmenden Jugendlichen aufzubauen zu können und dadurch eine gemeinsame Ausgangsbasis zu schaffen, sollten die Jugendlichen bereits Erfahrungen mit einem kommunalen Mitspracheprojekt haben. Insgesamt nahmen 11 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren aus 5 verschiedenen Projekten teil.

Die Konzeption des Workshops erfolgte in Anlehnung an die Methode der Zukunftswerkstätte. Strukturiert und moderiert wurde der Workshop durch ein Team von drei Erwachsenen. Zum Teil arbeiteten die Jugendlichen in Kleingruppen aufgeteilt, zum Teil aber auch im Plenum. Als Arbeitsmethoden wurden vorwiegend folgende angewendet: Moderation, Metaplanmethode, offene Diskussionen sowie kreative Formen der Darstellung (Theaterspiel, Zeichnen). Die Auswertung der Arbeit der Jugendlichen erfolgte auf der Basis des Protokolls, ergänzt durch andere Dokumentationen wie Videomitschnitte.

Für die Auswertung wurden die Aussagen der Jugendlichen nach Kategorien geordnet. Dabei muß festgehalten werden, daß die Jugendlichen kaum Anforderungen im Sinne von Empfehlungen formulierten. Vielmehr erörterten sie, was sich in ihren Projekten als förderlich bzw. auch schwierig herausgestellt hatte und welche Lösungen sie sich für verschiedene Problemstellungen vorstellen könnten. Bei den zum Teil angefügten Begründungen handelt es sich um Aussagen der Jugendlichen selbst, die von den AutorInnen lediglich zusammengefaßt wurden.

Form der Beteiligung

Von den Jugendlichen wurde vor allem Wert darauf gelegt, daß überhaupt Mitsprachemöglichkeiten für die Jugend eingerichtet werden. Sie legten sich in ihren Diskussionen aber nicht fest, welche Form der Beteiligung sie generell für besonders sinnvoll halten.

Arbeitsabläufe und -methoden

Nach Ansicht der Jugendlichen bewährt es sich, zur Erarbeitung von Ideen und Projekten themenspezifische Arbeitsgruppen zu bilden. In gemeinsamen Plenumssitzungen sollen die Vorschläge dann vorgestellt und diskutiert werden. Als zentral sehen die Jugendlichen an, daß auch gemeinsame Besprechungen mit Erwachsenen – entweder mit einer Betreuungsperson oder mit den politischen EntscheidungsträgerInnen selbst – stattfinden. Damit soll der Informationsfluß aufrechterhalten und festgestellt werden, wie die Realisierungschancen von Anliegen einzuschätzen sind. Bei der Gestaltung und Moderation von Sitzungen sollen die Erwachsenen oder erfahrenen Jugendliche darauf achten, daß jugendgerechte Methoden angewandt werden.

Um die Verbindlichkeit von Zusagen zu steigern, wünschen sich die Jugendlichen speziell von Sitzungen gemeinsam mit PolitikerInnen Protokolle. Besonders positiv schätzen die Jugendlichen in diesem Zusammenhang auch die Wirkung von der Öffentlichkeit (z. B. Pressekonferenzen) ein.

Die Jugendlichen

Nach Aussage der Jugendlichen sollen grundsätzlich alle Jugendlichen gleichermaßen die Möglichkeit haben, an einem Beteiligungsprojekt teilzunehmen. Es wird betont, daß im Idealfall die Jugendlichen aus verschiedensten Gruppierungen kommen, damit eine Vielfalt an Meinungen gewährleistet ist und möglichst die Interessen aller vertreten werden.

ProjektbetreuerIn/JugendreferentIn

Die Jugendlichen wünschen sich für ihre Anliegen eine erwachsene Kontaktperson in der Gemeinde, die als unparteiisches Bindeglied zwischen Jugend und PolitikerInnen die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Gruppen verbessert. Diese Person muß daher nicht nur gut mit Jugendlichen umgehen können, sondern auch einen anerkannten Status in der Gemeinde haben, damit er/sie von den politischen EntscheidungsträgerInnen ernst genommen wird. Die Jugendlichen befürworten in diesem Zusammenhang, daß sie selbst mitbestimmen können, wer die Funktion dieses Bindeglieds übernehmen soll.

PolitikerInnen

Die meisten der Jugendlichen haben bereits mehrmals die Erfahrung gemacht, daß sie von PolitikerInnen nicht ernst genommen werden. Die Jugendlichen stellen daher fest, daß ein Großteil der PolitikerInnen wenig Verständnis für die Jugend zeigt und schlagen vor, daß sowohl für PolitikerInnen als auch andere Erwachsene Seminare angeboten werden sollen, auf denen diese lernen können, Jugendliche besser zu verstehen.

Aufgabenteilung zwischen Erwachsenen und Jugendlichen

Aufgabe der PolitikerInnen ist es nach Ansicht der Jugendlichen, Beteiligungsprojekte zu initiieren und die Jugendlichen zur Mitarbeit einzuladen. Weiters fällt es in deren Aufgabenbereich, den Jugendlichen gegenüber klarzustellen, welche Ziele seitens der Erwachsenen mit dem Projekt verfolgt werden. Schließlich sollen die politischen EntscheidungsträgerInnen auch die Verantwortung für die Umsetzung übernehmen.

Als ihren eigenen Aufgabenbereich sehen die Jugendlichen, die Interessen von Jugendlichen zu artikulieren und jugendfreundliche Lösungsvorschläge zu verschiedenen Problemstellungen zu erarbeiten. Besonders wichtig ist ihnen auch die Beteiligung beim Umsetzungsprozeß.

Unterstützung von der Betreuungsperson wünschen sich die Jugendlichen vor allem bei der Moderation von Sitzungen. Zudem sollen die ProjektbetreuerInnen die Aufgabe übernehmen, Ideen auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen, ihre Meinung den Jugendlichen auseinanderzusetzen und mit ihnen zu diskutieren.

Zeitliche Rahmenbedingungen

Wert wird von den Jugendlichen auf Kontinuität gelegt, sie möchten, daß sie entweder dauerhaft eingebunden werden oder immer wieder Mitsprachemöglichkeiten bekommen. Gleichzeitig stellen die Jugendlichen fest, daß die Erwachsenen ihnen genügend Zeit geben müssen, um Probleme zu definieren und jugendgerechte Lösungen erarbeiten zu können, denn „Ideen brauchen Zeit“. Bezüglich der Realisierung von Anliegen wird kritisiert, daß diese oft sehr lange dauert und daß die entsprechenden Prozesse beschleunigt werden sollen.

Räumliche Rahmenbedingungen

Besprechungen und Diskussionen mit GemeindepolitikerInnen dürfen nach Ansicht der Jugendlichen wegen des „Heimvorteils“ der Erwachsenen nicht in den offiziellen Räumlichkeiten der Gemeinde stattfinden, sondern es soll dafür gemeinsam ein neutraler Ort gefunden werden. Die Jugendlichen finden es wesentlich, daß bei längerfristigen Projekten die Orte, an denen regelmäßig Treffen stattfinden, möglichst zentral liegen sollen. Im Idealfall wird für das Projekt ein eigener Raum ausgestattet, zu dem die beteiligten Jugendlichen nach Bedarf Zugang haben.

Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Finanzierbarkeit von Jugendanliegen ist in allen Projekten ein wichtiges Thema. Die Jugendlichen stellen fest, daß in erster Linie die Gemeinde zuständig ist, für das nötige Budget zu sorgen, und damit die Umsetzung von Ideen zu ermöglichen bzw. auch die professionelle Projektbetreuung zu bezahlen. Kritisiert wird, daß häufig gerade im Jugendbereich gespart wird und daher zu wenig finanzielle Mittel budgetiert werden.

In diesem Zusammenhang wird von den Jugendlichen nachdrücklich gefordert, daß die Kooperation und Abstimmung unter benachbarten Gemeinden gefördert werden muß. Außerdem schlagen die Jugendlichen vor, daß die Gemeinden um Subventionen der Länder ansuchen sollen bzw. stärker um Sponsoring von Projekten bemüht sein sollen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Jugendlichen betonen die Wichtigkeit der Werbung für Beteiligungsprojekte. Sie sind der Ansicht, daß bereits der erste Aufruf zur Mitarbeit nicht nur von Erwachsenen, sondern in Zusammenarbeit mit einigen Jugendlichen gestaltet werden sollte, um zu sichern, daß die Einladung Jugendliche auch tatsächlich anspricht. Im Idealfall entsteht nach Ansicht der Jugendli-

chen durch die verschiedenen Werbemaßnahmen „eine Stimmung wie bei einem Wahlkampf“, wodurch ihrer Meinung nach nicht nur die Motivation der Jugendlichen, sondern auch das Interesse der Erwachsenen für die Jugendlichen steigt.

2.5 Auswirkungen kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte

2.5.1 Fragestellung der Studie

Die zentrale Frage, der in dieser Studie nachgegangen wird, ist:

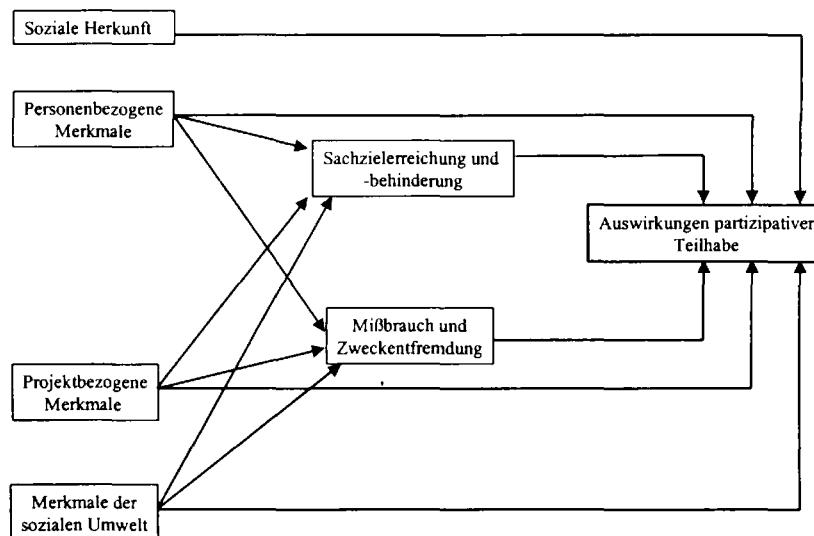
Wie wirken sich kommunale Jugendbeteiligungsmodelle auf Jugendliche, die daran teilgenommen haben, aus?

Des weiteren wird darauf eingegangen, mit welchen Merkmalen von kommunalen Partizipationsprojekten und mit welchen Merkmalen der beteiligten Jugendlichen diese Auswirkungen in Zusammenhang stehen.

2.5.2 Das Modell der Studie

Bei der Analyse dieser zentralen Fragestellung wurde von folgendem Modell ausgegangen:

Abbildung 1: Variablenmodell der Untersuchung



Die durch die Jugendlichen wahrgenommen Auswirkungen ihrer Teilnahme an einem Partizipationsprojekt stellen die zentralen, zu erfassenden und zu erklärenden Variablen dar. Dabei wurden die folgenden Dimensionen möglicher Auswirkungen untersucht: Auswirkungen auf demokratisches Bewußtsein und politische Integration, auf solidarische Orientierungen sowie auf Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten der Jugendlichen.

Jugendliche Beteiligungsmodelle können – so wird vielfach angenommen – einen Beitrag zur politischen Sozialisation insofern leisten, als sie die Überwindung von politischer Apathie, Desinteressiertheit und Entfremdung fördern. Als wesentliche Elemente politischer Sozialisation werden Förderung des demokratischen Bewußtseins (die Grundüberzeugung, daß Demokratie die beste Regierungsform sei), der politischen Integration (der Prozeß, durch eigene politische Beteiligung, demokratische Spielregeln anzuerkennen und Loyalität gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren zu entwickeln) und des politischen Interesses betrachtet.

Der Erwerb solidarischer Einstellung wird ebenfalls häufig als einer der möglichen Effekte partizipativer Aktivitäten angeführt. Solidarität wird bei der vorliegenden Studie als die „Fähigkeit (Kompetenz) eines Menschen“ verstanden, „sich für das Gemeinwohl, und darin für eine gerechtere Verteilung der Lebenschancen (wie bewohnbare Welt, Nahrung, Wohnen, Familiengründung, usw.), stark zu machen“ (Zulehner et. al. 1986, 54).

Die Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten (in der Literatur im Rahmen des Konzepts der Schlüsselqualifikation oder jenes der Sozialkompetenz abgehandelt) werden häufig als die Voraussetzungen des Erwachsenseins verstanden. Es wird hierbei davon ausgegangen, daß Jugendliche noch nicht das nötige Wissen und die Reife besitzen, um als gleichberechtigte Akteure zu partizipieren. Partizipation wird aus diesem Blickwinkel zur „Spielwiese“, auf der Erwachsensein erprobt und erlernt wird. Gleichzeitig kann ein Teil des kindlich konstruierten Weltbildes abgelegt werden.

Um zu analysieren, von welchen Faktoren die Auswirkungen von Jugendpartizipationsprojekten abhängen, wurden zwei Gruppen von beeinflussenden Faktoren angenommen, und zwar zum einen solche, die das Erleben der Zielerreichung der Partizipationsprojekte durch Jugendliche betreffen, zum anderen Charakteristiken des Partizipationsprojekts und Merkmale der partizipierenden Jugendlichen.

Jugendliche verfolgen mit ihrer Teilnahme an einem kommunalen Projekt bestimmte Sachziele. Von ihrer Wahrnehmung, ob sie durch ihren Einsatz diese Ziele erreicht haben, ob sich der Zielerreichung Hindernisse in den Weg gestellt haben oder ob sie mißbraucht wurden (indem ihr Einsatz eigentlich nicht ihren Zielen zugute kam, sondern den Zielen bestimmter Erwachsener, z. B. der Erhöhung des Prestiges des Bürgermeisters) wird angenommen, daß sie Einfluß auf die Auswirkungen hat. Als Dimensionen der Zielerreichung wurden daher erfaßt: Sachzielerreichung, Hinderungsgründe, Zweckentfremdung und Mißbrauch.

Als wichtige Faktoren, die mitbestimmen können, wie sich die Teilhabe von Jugendlichen auf ihr demokratisches Bewußtsein, ihre Einstellung zu Solidarität und ihre Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeit auswirkt, werden auch die Art der Projekte und deren Merkmale sowie bestimmte Merkmale der Jugendlichen gesehen. Zu ersteren zählen insbesondere der Projekttyp, die Begleitung durch Erwachsene, die soziale Beachtung und Akzeptanz des Projektes sowie dessen finanzielle Unterstützung. Zu den erfaßten Merkmalen der Jugendlichen zählen deren Alter, Schulbildung, Mitgliedschaft bei Vereinen sowie ihre soziale Herkunft.

2.5.3 Methodisches Vorgehen

Konstruktion einer Stichprobe

Da für die von uns angestrebte Grundgesamtheit von Jugendlichen im Alter von 13 bis 20 Jahren, die an einem Beteiligungsmodell teilgenommen haben, kein Adressenmaterial zur Verfügung stand, mußte zur Konstruktion der Stichprobe zunächst eine Vorerhebung durchgeführt werden.

Als Ausgangsbasis dazu diente die von den LandesjugendreferentInnen im Frühjahr 1997 in den Bundesländern (ausgenommen Wien) durchgeführte Erhebung über kommunale Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekte, weiters wurde die TeilnehmerInnenliste des Grazer Kindergipfels aus dem Jahr 1995 und das für Wien verfügbare Informationsmaterial zu jugendlichen Beteiligungsprojekten verwendet.

Folgende Partizipationsprojektgruppen wurden auf Basis der Erhebung der Landesjugendreferenten von uns ausgewählt: VertreterInnen für Jugendfragen, Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendgemeinderat mit Mitspracherechten, projektbezogene Beteiligung, Kinder- und Jugendforen, Beteiligung bei der Gestaltung von Projekten, sonstige Partizipationsformen,

Beteiligungsprojekte in Zusammenarbeit mit Schulen sowie Projekte an Schulen mit demokratischer Beteiligung.

Zur Überprüfung des so gewonnenen Datenmaterials wurde eine Pilotstichprobe für das Bundesland Steiermark durchgeführt. Aus den erfaßten Projekten ($N=533$) dieses Bundeslandes wurde anhand der vorliegenden Fragebögen eine Zufallsstichprobe (Auswahlsatz: 10,5%) gezogen ($n=56$). Mittels Telefonrecherchen (Jänner 1998) wurde der Frage nachgegangen, ob das Projekt tatsächlich stattgefunden hat und, wenn ja, ob das Adreßmaterial der beteiligten Jugendlichen rekonstruierbar ist.

Folgendes Ergebnis konnte erzielt werden: Bei 15 (27%) der 56 ausgewählten Projekte waren die Adressen der Jugendlichen bekannt oder konnten rekonstruiert werden. Bei weiteren 20 Projekten konnten jedoch keine genaueren Angaben zum Projekt gemacht werden, und bei anderen 16 Projekten war keine Adressenliste der teilnehmenden Jugendlichen vorhanden. Weitere fünf Projekte wurden ausgeschieden, da diese entweder noch nicht stattgefunden hatten oder keine Jugendlichen unserer Zielgruppe, sondern Kinder im Volksschulalter beteiligt waren. Ein Projekt wurde doppelt genannt.

Für 15 Gemeindeprojekte konnte somit die Zahl der Jugendlichen ermittelt werden, die an einem kommunalen Partizipationsprojekt teilgenommen hatten. Im Durchschnitt waren dies 23 Personen pro Projekt. Anhand der so gewonnenen Erfahrungen durch die Pilotstichprobe wurde der Auswahlsatz für die übrigen Bundesländer auf ca. 7% vermindert. (Die Daten für das Bundesland Tirol haben wir trotz intensiver Bemühungen nicht zeitgerecht erhalten. Diese konnten somit nicht in die Studie miteinbezogen werden.)

Insgesamt wurde eine Grundgesamtheit (ausgenommen Wien und Tirol) von 3.196 Projekten ermittelt. Von dieser wurden 238 Projekte zufällig ausgewählt. In 66 Projekten (27,3%) waren die Adressen der Jugendlichen bekannt, die uns entweder zur Befragung zur Verfügung gestellt wurden, oder die Kontaktperson hat sich bereit erklärt, die Fragebögen an die Jugendlichen zu verteilen. Bei 172 von 238 Projekten (72,3%) war es aus verschiedenen Gründen (die Projekte fanden nicht statt, das Adreßmaterial war nicht rekonstruierbar, usw.) nicht möglich, diese mit einzubeziehen. Für Wien wurde auf der Basis des verfügbaren Informationsmaterials eine bewußte Auswahl von zwei Projekten getroffen.

Qualitative Telefoninterviews mit Kontaktpersonen

In einer ersten Erhebungsphase wurden im Anschluß an die Stichprobenkonstruktion Telefoninterviews mit den i. d. R. erwachsenen Kontaktpersonen geführt. Diese qualitativen Leitfadeninterviews hatten das Ziel, eine möglichst freie und umfassende Beschreibung der Projekte und der einzelnen Aktivitäten zu gewinnen. Zugleich sollte ein Einblick in die Sicht der Projekte, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen und Funktionen aus der Erwachsenenperspektive, erfaßt werden. Darüber hinaus dienten diese Interviews der „explorativen“ Ermittlung von Befragungsdimensionen für die Konstruktion des standardisierten Fragebogens. Diese Interviews, die im Zeitraum April bis Mai 1998 stattgefunden haben, wurden zum überwiegenden Teil nach Absprache mit den InterviewpartnerInnen auf Band aufgezeichnet und anschließend transkribiert oder als wörtliche Mitschrift verfaßt.

Die standardisierte Befragung der Jugendlichen

Zur Konstruktion des Fragebogens wurden neben der Literatur auch die oben angeführten Telefoninterviews genutzt. Die Grundlage der Konstruktion bildete das bereits dargestellte Variablenmodell. Der Schwerpunkt der Fragebogenkonstruktion lag in der Erfassung der Auswirkungen der Teilnahme an Partizipationsprojekten.

Der Fragebogen umfaßte elf Seiten. In der zweiten Juniwoche 1998 wurde ein Pretest mit SchülerInnen eines Welser Gymnasiums durchgeführt. Der Fragebogen bewährte sich weitgehend, so daß für die Endfassung nur Korrekturen im geringen Umfang durchgeführt werden mußten.

Bei der Durchführung der Befragung wurden zwei Vorgehensweisen gewählt. Zum einen konnten Jugendliche direkt angeschrieben werden, zum anderen erfolgte – wegen datenschutzrechtlicher Bedenken – eine Verteilung der Fragebögen über Kontaktpersonen.

Im Zeitraum der letzten beiden Juniwochen 1998 wurden 837 Fragebögen an beteiligte Jugendlichen ausgesandt. Weitere 748 wurden an Kontaktpersonen ausgewählter Beteiligungsprojekte versandt, die sich zu einer Weiterleitung an die beteiligten Jugendlichen bereit erklärt hatten. Mit dieser Befragung konnte ein Rücklauf von 327 (21%) Fragebögen erzielt werden. Von diesen 327 Fragebögen konnten 58 in die Auswertung nicht einbezogen werden, da sich die antwortenden Jugendlichen an das Projekt nicht mehr erinnern konnten oder an diesem gar nicht teilgenommen hatten.

Datenauswertung

Zur Auswertung der Telefoninterviews wurde eine qualitative Inhaltsanalyse (strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring 1990) durchgeführt. Das Ziel war eine Kategorisierung und Typologisierung der Antworten. Für die statistische Datenanalyse wurde das Programm paket ALMO (Holm 1998) verwendet. Neben ein- und mehrdimensionalen Häufigkeitsdarstellungen wurden Zusammenhangsanalysen (Korrelationsanalysen) gerechnet. Die Studie wurde im Zeitraum Februar 1998 (Festlegung des methodischen Vorgehens) bis November 1998 (Brichtlegung) durchgeführt.

Zu der Frage, ob die vorliegende Untersuchung repräsentativ ist, ist folgendes anzumerken: Die Forderung der Repräsentativität bezieht sich vorwiegend auf deskriptive Fragestellungen, wie z. B. auf die Frage, wie viele Beteiligungsprojekte es in Österreich gibt, wie viele Jugendliche daran teilnehmen, usw. In der vorliegenden Studie werden vorwiegend Fragen nach Wirkungszusammenhängen (z. B. Wie wirkt sich die Freiwilligkeit der Teilnahme oder ein bestimmter Projekttypus auf Einstellungen, Fähigkeiten und Verhaltensweisen der teilnehmenden Jugendlichen aus?) gestellt. Bei Fragestellungen dieser Art ist es weniger wichtig, ob die Befragten ein repräsentatives Abbild einer Grundgesamtheit darstellen, entscheidender für die Gültigkeit der Ergebnisse ist die Berücksichtigung aller möglichen Einflußfaktoren.

2.5.4 Ergebnisse der empirischen Studie

Die Projekttypen

In einem ersten Analyseschritt wurde anhand der Ergebnisse der Telefoninterviews mit den Kontaktpersonen eine Kategorisierung und Typisierung der Projekte vorgenommen.

- *Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekte mit einem parlamentarischen Charakter (parlamentarische Beteiligungsprojekte):* Hierbei handelt es sich vor allem um Jugendgemeinderäte, Jugendparlamente, Jugendforen und Stadtjugendräte. Es tritt zumeist die Gemeinde als Trägerin auf, der Ablauf ist oftmals stark formal geregelt und das generelle Ziel ist die Einbindung der Jugendlichen in das Gemeindegeschehen.
- *Projektbezogene Beteiligungsprojekte:* Konkrete Aufgabenstellungen und Projektideen werden von den Jugendlichen gemeinsam mit der Begleitperson realisiert. Es liegt ein konkretes Projektziel vor, und der Ablauf der einzelnen Aktivitäten wird je nach Projektziel bzw. Trägerschaft unterschiedlich gestaltet.

- Errichtung und Nutzung von Jugendtreffs bzw. – zentren: Die Unterschiede zu den projektbezogenen Aktivitäten sind einerseits in der Verwirklichung der konkreten Aufgabenstellung „Jugendtreff“ und andererseits in der möglichen (zukünftigen) Nutzung und der Beteiligung beim Betrieb dieser neu errichteten Räume zu sehen.
- Projekte mit actionistischem Charakter (Aktionen): Diesem Typus gehören Beteiligungsaktivitäten an, die sich der Organisation und Koordination unterschiedlicher Kultur- und Sportveranstaltungen widmen. Diese Aktivitäten sind zumeist Veranstaltungen, die in den Jahresablauf der Kommunen eingebunden sind, regelmäßig stattfinden und nicht ausschließlich aus den Interessenslagen der Jugendlichen abzuleiten sind.
- Partizipationsprojekte innerhalb eines größeren Verbandes (verbandsorientierte Beteiligungsprojekte): Bei diesem Typus sind die Träger der Beteiligungsprojekte institutionelle Vereinigungen (z. B. Katholische Jungschar bzw. Jugend oder die Landjugend), in deren Aufgabenstellungen auch die (Projekt)Arbeit mit und für Jugendliche(n) verankert ist.

Wie aus dieser Darstellung hervorgeht, werden durch diese Typisierung unterschiedliche Formen partizipativer Einbindung Jugendlicher differenziert. Diese Typologie wird daher als durchgehender Raster der folgenden Analysen eingesetzt. Die Projekte fanden z. T. unter der Beteiligung von Schulen statt.

Von den 269 Jugendlichen, die den Fragebogen retournierten, waren 17 (6,3%) bei Jugendzentren/-treffs, 164 (61,2%) bei parlamentarischen, 46 (17,2%) bei projektorientierten und 29 (10,8%) bei verbandsorientierten Aktivitäten sowie 12 (4,5%) bei Aktionen beteiligt. Ein Fragebogen konnte keinem Projekt zugeordnet werden.

Merkmale der teilnehmenden Jugendlichen

Die Befragungspopulation setzt sich aus rund 60% weiblichen und rund 40% männlichen Jugendlichen zusammen. Vorwiegend sind ältere Jugendliche (über 15 Jahre) (57,0%), gefolgt von den 13- bis 15jährigen (31,3%) vertreten. 12% waren jünger als 13 Jahre. Die Schulbildung wurde zur Vereinfachung zusammengefaßt, in höhere und niedrigere Schulbildung. Rund zwei Drittel der teilnehmenden Jugendlichen konnten der höheren Schulbildung (Gymnasien und berufsbildende höher Schulen) zugeordnet werden. Knapp ein Drittel der Väter (31%) und etwas mehr als ein Viertel der Mütter (26%) haben ihre Schulbildung zumindest mit der Matura abgeschlossen. Eine Mitgliedschaft bei einem Verein oder einer Organisation vor der Teilnahme an dem von uns erfaßten Partizipationsprojekt war bei 65% der Jugendlichen der Fall.

Merkmale der Partizipationsprojekte

Der Großteil der Projekte fand in den Jahren 1995 – 1997 statt, wobei beinahe gleich viele Projekte erfaßt wurden, die bereits abgeschlossen sind und/oder noch bestehen. Rund die Hälfte der Jugendlichen (53,3%) war von Anfang an dabei. Etwa die Hälfte der Jugendlichen (47,5%) war in Projekten mit einer TeilnehmerInnenzahl von 11 bis 20 Jugendlichen und rund ein Viertel (27,0%) in Projekten mit 3 bis 10 Jugendlichen beteiligt. Die restlichen Jugendlichen waren in Projekten mit mehr als 20 TeilnehmerInnen involviert.

Betrachtet man die Beurteilung der Strukturmerkmale der Projekte, so läßt sich erkennen, daß rund 90% der Jugendlichen eine klare Arbeitsteilung sowie einen demokratischen Arbeitsstil wahrnehmen. Rund ein Viertel (26,6%) stellt fest, daß die Projekte durch ein geringes Ausmaß an innerer Geschlossenheit gekennzeichnet waren. Rund ein Drittel (30,6%) sagte aus, daß die Projekte öfters auch dazu genutzt wurden, um über das Projekt nicht betreffende Belange zu kommunizieren.

Die Begleitpersonen kommen vorwiegend aus dem öffentlichen Bereich (BürgermeisterInnen (43,9%), Gemeindebedienstete (21,6%) oder LehrerInnen (31,2%)). Auch Personen aus Jugendvereinen (23,4%) sowie aus der Kirche (10,8%) haben ein Jugendbeteiligungsprojekt begleitet. Beinahe alle Jugendlichen erleben diese Begleitperson als unterstützend (92,4%) sowie vermittelnd (95,1%). Einige wenige (8,0%) jedoch nehmen die Begleitperson als jemanden wahr, der zwar eine Führungsrolle einnimmt, aber zugleich Konflikte auslöst. Andere (11,2%) erleben die Begleitperson als wenig interessiert am Projekt.

Die Projekte bzw. die Aktivitäten haben vielfach öffentliche Beachtung gefunden: Einerseits geben zwei Drittel der Jugendlichen (67,0%) an, daß in Zeitungen, und beinahe ebenso viele (63,7%), daß im Fernsehen über ihre Projekte berichtet wurde. Zudem gibt ein großer Teil der Jugendlichen an, daß die Erwachsenen ihre Tätigkeiten anerkennen und für ihre Leistung ein Lob übrig haben (71%) und diese nur in den seltensten Fällen negativ beurteilen (14,9%). Nicht ganz die Hälfte der Jugendlichen gibt an, daß sich BürgermeisterInnen (45,4%) sowie am Projekt nicht beteiligte Personen (41,4%) für dieses interessiert haben und sich über den Verlauf der Aktivität bzw. über die Aktivität selbst informiert haben.

Finanzielle Unterstützung kommt vorwiegend von Seiten der Gemeinde (46%). Bei rund einem Drittel (35,8%) leisten auch Banken, Firmen sowie andere Personen finanziellen Beistand. Ein wichtiger Aspekt für die Beurteilung der einzelnen Projekte ist sicherlich die Einschätzung des Erfolges. Insgesamt gaben 4/5 der Jugendlichen (79%) an, daß das Partizipationsprojekt als erfolgreich angesehen werden kann.

Erwartungsgemäß unterscheiden sich die einzelnen Projekttypen sowohl hinsichtlich der Zusammensetzung der Jugendlichen, die an ihnen beteiligt sind, als auch hinsichtlich der Merkmale, die dem Projekt selbst zukommen.

So berichten die Jugendlichen, die an Jugendzentren beteiligt waren, von geringerer öffentlicher Beachtung und Akzeptanz und auch geringerem Erfolg ihrer Tätigkeit als die an anderen Projekten beteiligten Jugendlichen. Sie erleben zudem den Arbeitsstil als weniger demokratisch.

An Aktionen nehmen ältere, männliche Jugendliche mit höherer Schulbildung teil. Diese schätzen ihre Tätigkeit, die auf hohe öffentliche Resonanz und Akzeptanz gestoßen ist, als sehr erfolgreich ein.

Bei den verbandsorientierten Projekten sind auch vorwiegend Ältere, aber vor allem Mädchen beteiligt. Es besteht zwar ein demokratischer Arbeitsstil, aber von der erwachsenen Begleitperson wurde eher weniger Unterstützung gegeben.

An den projektbezogenen Aktivitäten waren häufiger als bei anderen Projekttypen auch Jüngere beteiligt. Dies läßt sich möglicherweise daraus erklären, daß diese Projekte zum Teil von Schulen getragen werden. Der Umgangsstil der begleitenden Erwachsenenperson wird häufiger als bei den anderen Projekten als konflikthaft erlebt, zugleich wird den Projekten großer Erfolg zugeschrieben.

Zielerreichung

Fast alle Jugendlichen (87,9%) berichten davon, daß die Ziele, die mit dem Projekt verfolgt wurden, auch erreicht wurden. Rund ein Viertel nahm aber auch Faktoren wahr, die den Erfolg behinderten. Beinahe ebenso viele hatten auch den Eindruck, daß das Projekt, an dem sie beteiligt waren, zweckentfremdet wurde, und ihre Tätigkeit dazu mißbraucht wurde, daß Erwachsene ihre eigenen Interessen und nicht die der Jugendlichen verfolgten.

Die nähere Analyse der Ergebnisse zeigt beim Projekttypus Jugendzentren und –treffs ein geringeres Ausmaß an Zielerreichung. Dies ist darauf zurückzuführen, daß bei diesem Typus ein

geringer Grad an demokratischem Arbeitsstil, an klarer Arbeitsteilung und medialer Unterstützung sowie weniger soziale Akzeptanz beobachtbar ist.

Zielerreichung wird höher eingeschätzt, wenn Begleitpersonen in ihrer Rolle als „unterstützend“ erlebt werden sowie bei Aktivitäten mit demokratischem Arbeitsstil und klarer Arbeitsteilung. Zielerreichung wird auch dann eher wahrgenommen, wenn das Projekt medial unterstützt begleitet wurde, also entweder in Zeitungen oder im Fernsehen darüber berichtet wird. Bei Aktivitäten mit einer geringen Akzeptanz wird auch eine geringere Zielerreichung wahrgenommen. Erfolgsbehindernde Faktoren treten häufig bei der Anwesenheit von als desinteressiert erlebten Begleitpersonen auf.

Mißbrauch und Zweckentfremdung im Zusammenhang mit der konkreten Aktivität wird von rund einem Viertel der Jugendlichen wahrgenommen. Wesentlich häufiger (rund 56%) wurde angegeben, daß Jugendliche in ihren Bemühungen von Erwachsenen oder PolitikerInnen nicht ernst genommen werden.

In detaillierteren Analysen konnte festgestellt werden, daß diese Wahrnehmung von Mißbrauch und Zweckentfremdung in verbandsorientierten Aktivitäten mit geringerer Häufigkeit auftreten. Zweckentfremdung und Mißbrauch werden von Jugendlichen häufiger bei den desinteressierten und konfliktbeladen-führenden Begleitpersonen genannt.

Weiters tritt diese Wahrnehmung häufiger bei geringer innerer Geschlossenheit, fehlender Arbeitsteilung sowie bei mangelnder sozialer Akzeptanz durch Personen auf.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß auch die Wahrnehmung von Zweckentfremdung und Mißbrauch durch die strukturellen Merkmale der Aktivität beeinflußt ist. Es zeigt sich, daß die Begleitperson, arbeitsteilige Strukturen und entsprechend manifestierte Anerkennung der Leistungen, die die Jugendlichen erbringen, zur Einschränkung von Zweckentfremdung und Mißbrauch beitragen.

Bezüglich der personenbezogenen Auswirkungen die Jugendliche durch ihre Teilnahme an einem Beteiligungsprojekt wahrnehmen, wurden drei Bereiche untersucht:

- Auswirkungen auf das demokratische Bewußtsein und die politische Integration,
- Auswirkungen auf solidarische Orientierungen und
- Auswirkungen auf Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten.

Für den Bereich der Auswirkungen auf das demokratische Bewußtsein und die politische Integration konnte festgestellt werden, daß die Teilnahme bei einem hohen Anteil Jugendlicher (85,4%) ihr demokratisches Bewußtsein festigte. Jedoch gibt auch mehr als die Hälfte (56,3%) an, daß PolitikerInnenverdrossenheit durch die Teilnahme gestiegen ist. Eine Erhöhung des politischen Vertrauens und Interesses wird von rund einem Viertel (27,4%) der Jugendlichen wahrgenommen. Dagegen führt die Teilnahme kaum zu einer Verstärkung autoritärer und fatalistischer Haltungen, die Demokratieskepsis und Bejahung politischer Gewalt beinhalten.

Hinsichtlich der Auswirkungen auf die solidarische Orientierung Jugendlicher kann bei rund 83% der Befragten festgestellt werden, daß Solidarbereitschaft gefördert wird.

Als Auswirkungen auf die Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten wurde der Erwerb von Schlüsselqualifikationen und allgemeiner sozialer Kompetenz erhoben. Rund drei Viertel aller Jugendlichen gibt eine Erweiterung ihrer persönlichen Fähigkeiten in mindestens fünf der sieben möglichen Schlüsselqualifikationen an. Insbesondere wird eine Erweiterung der Teamfähigkeit (87,6%) und die Aneignung einer realistischeren Sichtweise (85,2%) genannt.

Die Auswirkungen auf die allgemeine soziale Kompetenz wurden durch zwei Dimensionen erfaßt: Von rund 80% aller Jugendlichen wird die Zunahme von Bewältigungskompetenz wahr-

genommen, rund ein Viertel der Jugendlichen erlebt Bewältigungsprobleme. Bewältigungsprobleme und Bewältigungskompetenz bedingen sich zu einem gewissen Teil in gegenseitiger Weise.

In bivariaten Analysen wurde den Fragen nachgegangen, inwiefern die untersuchten Auswirkungen zusammenhängen mit

- der Zielerreichung, Erfolgsbehinderung, Zweckentfremdung und dem Mißbrauch,
- dem jeweiligen Projekttyp und
- Projekt- und TeilnehmerInnenmerkmalen.

Nachfolgende Zusammenfassung enthält nur ausgewählte signifikante Zusammenhänge.

Für die Auswirkungsdimension *Fatalismus* konnte eine Reihe von empirischen Anhaltspunkten dafür gefunden werden, daß es sich dabei zum Teil um eine Reaktion auf erlebten Mißerfolg handelt: Fatalistische Tendenzen treten in höherem Umfang auf, wenn geringe Zielerreichung der Aktivität sowie Zweckentfremdung und Mißbrauch der Aktivität wahrgenommen wird, wenn die Begleitperson eher nicht in der Rolle der VermittlerIn gesehen, wenn der Arbeitsstil innerhalb der Aktivität in geringerer Weise als demokratisch angesehen wird sowie bei eher jüngeren Jugendlichen. Auf der Basis der Ergebnisse kann jedoch insgesamt davon gesprochen werden, daß partizipative Integration von Kindern und Jugendlichen überwiegend eine erfolgreiche Erprobung demokratischer Prozesse darstellt. Fatalismus wird nur bei 6% der Jugendlichen durch die Teilnahme bewirkt. Es zeigt sich jedoch auch, daß demokratisches Bewußtsein nicht in genereller Weise dazu führt, daß das allgemeine politische Vertrauen und Interesse zunimmt. Daß gleichzeitig von einem beträchtlichen Anteil der Jugendlichen eine Erhöhung politischer Entfremdung angegeben wurde, spiegeln zahlreiche andere Ergebnisse der Jugendsoziologie wider, daß nämlich Jugendliche über ein hohes Maß an politischem Engagement verfügen, der politischen Praxis und konventioneller Politik jedoch nur wenig abgewinnen können.

Hinsichtlich der Projekttypen läßt sich anführen, daß bei Jugendlichen, die bei der Errichtung oder Nutzung von *Jugendzentren* und -treffs teilnehmen, etwas höhere Anteile auftreten, die Auswirkungen auf den Autoritarismus nennen. Aber auch hier liegen die Werte unter 20%. Aktivitäten der Gründung und insbesondere der Nutzung von Jugendzentren/-treffs sind durch eine eher lose Organisation mit geringerem demokratischen Arbeitsstil, mit fehlender klarer Arbeitsteilung, durch geringere Unterstützung von außen und durch geringere Zielerreichung gekennzeichnet. Es entsteht dadurch möglicherweise bei Jugendlichen der Eindruck, daß die nötige Koordination durch einzelne Personen für wichtige Aktivitäten fehlt, mit der Folge, daß in einigen Fällen Autoritarismus auftritt.

Im Rahmen der Teilnahme an *parlamentarischen Formen* läßt sich feststellen, daß häufiger politisches Vertrauen und Interesse sowie demokratisches Bewußtsein und in geringerem Maß Autoritarismus als Auswirkungen genannt werden. Es erscheint plausibel, daß Jugendliche in Projekten mit konventionellen Formen der Politik der Erwachsenenwelt häufiger Vertrauen und Interesse in konventionelle Formen von Politik entwickeln. In welchem Ausmaß der Effekt einer Selbstselektion beteiligt ist, kann hier nicht geklärt werden: D. h. es bleibt unklar, in welchem Ausmaß Jugendliche gerade an parlamentarischen Formen deshalb teilnehmen, weil sie höheres Interesse und Vertrauen in konventionelle Formen von Politik haben, daß durch die Teilnahme dann auch bekräftigt wird.

TeilnehmerInnen projektorientierter Formen von Aktivitäten geben demgegenüber ein geringeres Ausmaß an erweitertem politischen Interesse, Vertrauen und demokratischem Bewußtsein an. Auf der Ebene sozialer Kompetenz wurde dagegen von diesen TeilnehmerInnen etwas häufiger das Erleben von Bewältigungsproblemen genannt. Als mögliche Erklärung dieser spezifischen Formen der Auswirkungen projektorientierter Beteiligungsmodellen wurde angeführt, daß

bei diesen Typen häufiger konkrete Anliegen (im Sinne konkreter Sachzielerreichung) im Vordergrund stehen, die mitunter auch auf Widerstand stoßen.

Für TeilnehmerInnen verbandsorientierter Aktivitäten läßt sich lediglich ein geringerer Anteil an jenen feststellen, die angaben, politisches Vertrauen und Interesse entwickelt zu haben. Eine mögliche Erklärung besteht darin, daß verbandlich organisierte Partizipation – zumindest im Rahmen unserer Stichprobe – von den TeilnehmerInnen kaum mit Politik in Beziehung gesetzt wird, wodurch auch keine Auswirkungen auf politisches Interesse und Vertrauen wahrgenommen werden.

Bei TeilnehmerInnen von Aktivitäten des Typus Aktion konnte lediglich festgestellt werden, daß der Erwerb von Schlüsselqualifikationen in geringerem Ausmaß angegeben wurde.

Von besonderem Interesse war die Frage, ob die personenbezogenen Auswirkungen von wahrgenommenen Kriterien des Erfolgs abhängen. Es wurden daher jeweils die wahrgenommenen Auswirkungen partizipativer Teilnahme mit den Dimensionen der Zielerreichung sowie der Zweckentfremdung und des Mißbrauchs von Aktivitäten verglichen.

Die Ergebnisse deuten insgesamt darauf hin, daß Zielerreichung die wahrgenommenen Auswirkungen partizipativer Aktivitäten wesentlich beeinflussen dürfte. Die Wahrnehmung von Zielerreichung trägt offensichtlich dazu bei, demokratiske, gewaltbejahende Haltungen und PolitikerInnenverdrossenheit zu reduzieren. Darüber hinaus wird bei Zielerreichung häufiger der Erwerb von Solidarbereitschaft und Schlüsselqualifikationen wahrgenommen.

Bei Wahrnehmung von Erfolgsbehinderung als Dimension der Zielerreichung wurde dagegen häufiger angegeben, daß sich politisches Vertrauen und Interesse (in die konventionelle Politik) infolge der Teilnahme entwickelt haben. Dieses Ergebnis läßt sich nicht eindeutig interpretieren. Zwei Erklärungen sind denkbar: Zum einen könnte das Erleben von Realisierungsproblemen dazu beitragen, daß Jugendliche gerade deswegen verstärktes Interesse an politischen Prozessen wahrnehmen. Dies würde bedeuten, daß ein gewisses Ausmaß an „Reibung“ funktional für die Auseinandersetzung mit Themen der Partizipation und Politik ist. Zum anderen wäre eine Interpretation denkbar, die eher einen Rückzug als Folge des Erlebens von Realisierungschancen darstellt: Im Vergleich mit dem subjektiv wahrgenommenen Scheitern der eigenen Bemühungen wird den Leistungen der Politik ein höherer Stellenwert zugeschrieben.

Das Erleben von Zweckentfremdung und Mißbrauch scheint zwar keine Auswirkung auf den Erwerb sozialer Kompetenzen zu haben, trägt jedoch dazu bei, die Wirkungen der Teilnahme hinsichtlich der Ausprägung solidarischer Orientierungen einzuschränken.

Die Ergebnisse machen abermals deutlich, daß es für die erfolgreiche partizipative Einbindung Jugendlicher von entscheidender Bedeutung ist, daß ihre Leistungen in deutlicher Weise anerkannt werden und keinesfalls als dekorative Produkte kindlicher Aktivität abgetan werden.

In weiterer Folge wurden die wahrgenommenen Auswirkungen hinsichtlich einer Reihe von Merkmalen, die sowohl die Jugendlichen selbst als auch die Aktivitäten betreffen, untersucht.

Diese Ergebnisse zeigen, daß das Alter der beteiligten Jugendlichen von besonderer Bedeutung ist. Von jüngeren TeilnehmerInnen, die allerdings nur in geringer Zahl vertreten sind, werden häufiger Effekte fatalistischer Haltungen und das Erleben von Bewältigungsproblemen als Auswirkungen genannt. Sie geben jedoch auch häufiger an, eine höhere Zahl an Schlüsselqualifikationen erworben zu haben. Die Ergebnisse zeigen, daß bei der Einbeziehung junger Jugendlicher – insbesondere in einem Alter von weniger als 13 Jahren – zu beachten ist, daß sie nicht überfordert werden. Im Rahmen der Projekte sollte berücksichtigt werden, daß Jugendliche dieses Alters möglicherweise in höherem Ausmaß an einer schnellen und klaren Zielerreichung interessiert sind und Widerstand nur in geringerem Ausmaß verarbeiten können.

Hinsichtlich der *Teilnahmemotivation* der Jugendlichen kann festgehalten werden, daß sich das eigene Interesse und die inhaltliche Bindung an die Aktivitätsthematik als vorteilhaft für Auswirkungen in Form politischen Vertrauens und Interesses sowie für die Ausbildung oder Verstärkung demokratischen Bewußtseins erweisen.

Hinsichtlich der Position und der von den *Jugendlichen wahrgenommenen Rollen der Begleitpersonen* deuten vorliegende Ergebnisse darauf hin, daß einerseits die Begleitung Jugendlicher offensichtlich ein hohes Ausmaß an Feingefühl verlangt und daß die Rolle der Begleitperson eine Balance zwischen Engagement und Zurückhaltung abverlangt, um sowohl die nötige Autonomie als auch Orientierung zu gewährleisten. Des weiteren wurde aus den Ergebnissen abgeleitet, daß Begleitpersonen, die die Rolle der kommunalen VermittlerInnen wahrnehmen und Jugendlichen unterstützend zu Seite stehen als funktional für positiv zu wertende Auswirkungen zu bezeichnen sind. Die Ergebnisse legen nahe, daß die Einbeziehung von kommunalen Vermittlungspersonen dazu beiträgt, politisches Vertrauen und Interesse zu fördern und gleichzeitig politische Entfremdung zu reduzieren. Weiters wurde festgestellt, daß bei einer Wahrnehmung der Begleitperson als „desinteressiert“ deutlich geringere Auswirkungen auf die Förderung der Solidarbereitschaft und ein höherer Anteil wahrgenommener Bewältigungsprobleme angegeben wurden. Bei Begleitpersonen, die als unterstützend bezeichnet wurden, werden tendenziell häufiger erworbene Schlüsselqualifikationen angegeben. Auch politisches Vertrauen und Interesse wird geweckt.

Aus der Analyse Strukturmerkmale der Projekte kann zusammenfassend festgehalten werden, daß insbesondere „geringe Geschlossenheit“ als eher ungünstige Eigenschaft zu bezeichnen ist. Es wird häufiger PolitikerInnenverdrossenheit und Autoritarismus als wahrgenommene Auswirkung genannt, Förderung des demokratischen Bewußtseins und der Solidarbereitschaft werden in geringerem Ausmaß angegeben. Dagegen werden häufiger Bewältigungsprobleme genannt.

Als positive Projekteigenschaften können der *demokratische Arbeitsstil* und *klar ausgeprägte Arbeitsteilung* genannt werden. Im Rahmen von Projekten, deren Arbeitsstil als demokratisch bezeichnet wurde, werden wiederum Auswirkungen wahrgenommen, die als demokratische Effekte zusammengefaßt werden könnten: Höhere Anteile demokratischen Bewußtseins, geringere Anteile an Autoritarismus und Fatalismus, höhere Anteile an Solidarität. Weiters werden höhere Anteile erworbener Bewältigungskompetenz angegeben.

Im Rahmen von Aktivitäten mit klarer Arbeitsteilung werden in geringerem Ausmaß PolitikerInnenverdrossenheit und häufiger solidarische Orientierung sowie Schlüsselqualifikationen als Auswirkungen genannt.

Folgende Ergebnisse wurden für den Bereich der *sozialen Unterstützung* festgestellt: Insbesondere die Unterstützung der Aktivität durch außenstehende Personen (indem diese Interesse am Projekt zeigten oder Jugendliche lobten) scheint für die individuell wahrgenommenen Auswirkungen von Bedeutung zu sein. Wird Unterstützung dieser Art wahrgenommen, wird höheres politisches Vertrauen und Interesse, ein geringeres Ausmaß an politischer Entfremdung und ein höheres Ausmaß an demokratischem Bewußtsein wahrgenommen. Weiteres wurden häufiger der Erwerb von Schlüsselqualifikationen und Bewältigungskompetenz angegeben.

Zusammen mit den Ergebnissen, die Zweckentfremdung und Mißbrauch betreffen, ist daher nochmals auf die Notwendigkeit der sozialen Anerkennung jugendlicher Partizipation durch die Nahumwelt, durch politische EntscheidungsträgerInnen und durch die Öffentlichkeit allgemein hinzuweisen.

3 Empfehlungen

Die Empfehlungen sind einerseits aus den Ergebnissen der jeweiligen Teile der Untersuchung abgeleitet, andererseits liegen ihnen normative Annahmen zugrunde, die im folgenden unter Prämissen einleitend angeführt werden.

3.1 Prämissen

1. Wir gehen davon aus, daß Jugendliche derzeit zu wenig Möglichkeiten haben, sich in politische Willensbildungsprozesse einzubringen. Erweiterungen und Bereicherungen des Instrumentariums vor allem direkter, aber auch indirekter, politischer Beteiligung für Jugendliche sind daher grundsätzlich positiv einzuschätzen.
2. Unter Bezugnahme auf Gleichheit als Grundwert westlicher Demokratien ist auch im Rahmen der Schaffung neuer Beteiligungsfomren grundsätzlich auf Gleichheit der Jugendlichen Bedacht zu nehmen. Insgesamt ist darauf zu achten, daß mit der Förderung dieser Beteiligungsfomren nicht neue Phänomene von Ungleichheit und Ausgrenzung, z. B. je nach Geschlecht, Alter, sozialem Status, entstehen.
3. Die Qualität von Beteiligungsfomren muß sich auch daran messen lassen, inwieweit sich benachteiligte Jugendliche und Jugendliche aus Randgruppen darin artikulieren können.
4. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Jugendbeteiligung auch Auswirkungen auf politische Sozialisation Jugendlicher hat, halten wir fest, daß Förderung von Demokratiebewußtsein und solidarischem Handeln erwünschte Sozialisationswirkungen sind. Um diese Ziele zu erreichen, ist auch eine Förderung der autonomen Handlungskompetenz Jugendlicher notwendig.
5. Partizipationsfomren sind nicht nur an ihren Auswirkungen auf politische Entscheidungen sowie auf die Sozialisation von Jugendlichen, sondern auch hinsichtlich ihres Eingehens auf die spezifischen Bedürfnisse sowie auf Wohlbefinden und Zufriedenheit der Jugendlichen hier und jetzt zu beurteilen.
6. Derzeit werden minderjährige Jugendliche auf Grund ihres Alters gegenüber Erwachsenen in vielfacher Hinsicht diskriminiert. Im Einklang mit Artikel 13 des EU-Vertrags von Amsterdam, welcher sich gegen Diskriminierung aus Altersgründen wendet, halten wir Maßnahmen zum Abbau bzw. zum Ausgleich solcher Diskriminierungen für erforderlich.
7. Wir stehen dem UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, dessen Geist sowie den darin enthaltenen Normen, grundsätzlich positiv gegenüber.
8. Mit Hinblick auf das häufig mißbrauchte Argument mangelnder Reife der Jugendlichen für politische und andere Entscheidungsprozesse bekennen wir uns zum Prinzip der Beweislastumkehr. Bei der Abgrenzung von Mitbestimmungsrechten für minderjährige Jugendliche liegt es nicht bei den Jugendlichen, ihre Reife, sondern bei den Erwachsenen, die Unreife Jugendlicher zu beweisen.

3.2 Politische Grundsatzentscheidung für Jugendbeteiligung

Der Ausbau von Jugendbeteiligung soll nicht nur ein Anliegen von JugendpolitikerInnen, sondern eine grundsätzliche Entscheidung für die zukünftige Politikentwicklung darstellen.

Derzeit wird die Meinung von Kindern/Jugendlichen in erster Linie in explizit jugendpolitischen Bereichen angehört und berücksichtigt. Häufige Themen auf Gemeindeebene sind z. B. Sportanlagen, Jugendtreffpunkte, Freizeitveranstaltungen oder auf Landesebene die Novellierung der Jugendförderungs- bzw. Jugendschutzgesetze (vgl. B. II Kap. 3). Das ist im Zusam-

menhang damit zu sehen, daß Jugendliche tatsächlich besonders viele Anliegen in diesen Bereichen äußern (vgl. B. II Kap. 4 und Kap. 5). Gleichzeitig gibt es Beispiele dafür, daß Jugendliche auch andere Themen aufgreifen möchten. Die Forderung der Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der Judenverfolgung des Tiroler Landtags der Jugend etwa fällt deutlich in einen anderen Bereich (vgl. B. II Kap. 3). Ob solche Anliegen verwirklicht werden, hängt vor allem davon ab, ob sich die zuständigen PolitikerInnen mit der Idee der Jugendbeteiligung identifizieren. Daß ein zumindest mehrheitlicher Beschuß der zuständigen politischen Gremien für mehr Jugendbeteiligung einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann, wird unter anderem bei den beiden Falldarstellungen deutlich (vgl. B. II Kap. 4).

Daher sind auf allen politischen Ebenen, Gemeinden, Länder und Bund, als eine Form der Selbstbindung Beschlüsse herbeizuführen, in denen die stärkere Einbeziehung von Kindern/Jugendlichen als überparteiliches Ziel der politischen VertreterInnen definiert wird. Die Initiative dazu könnte jeweils von den für Jugend zuständigen PolitikerInnen ausgehen.

3.3 Ausbau der rechtlichen Regelungen

Der rechtliche Anspruch auf Mitbestimmung soll die Zunahme von Jugendbeteiligung unterstützen. Der Ausbau der Rechte der Kinder/Jugendlichen soll nicht nur die gesetzliche Basis für Forderungen darstellen, sondern gleichzeitig sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den PolitikerInnen bewußtseinsbildend wirken.

Nach der von Österreich ratifizierten UN-Konvention haben Kinder/Jugendliche zwar bereits ein Recht auf Mitbestimmung, sie können dieses allerdings nur in sehr begrenztem Ausmaß einfordern (vgl. B. II Kap. 1). Wie bei der Darstellung von Beteiligungsmodellen ersichtlich wurde, werden solche daher nur in wenigen Fällen ausschließlich von Kindern/Jugendlichen initiiert (vgl. B. II Kap. 3; B. III Kap. 3 und 4). Das entspricht auch der Ansicht der Jugendlichen, die meinten, daß das Initiiieren von Projekten in den Aufgabenbereich der PolitikerInnen fällt (vgl. B. II Kap. 5).

Als Möglichkeiten der Verankerung von Jugendbeteiligungsrechten bieten sich zunächst die Gemeindeordnungen, das Volksrechtsgesetz sowie die Jugendförderungsgesetze der Länder an. Bei den Formulierungen ist auf das Prinzip der Beweislastumkehr zurückzugreifen: Das heißt erstens, daß die jeweiligen Gebietskörperschaften nachweisen müssen, daß sie Jugendliche bei politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Zweitens sollen nicht Kinder/Jugendliche den Beweis für ihre Mitsprachefähigkeit in erwachsenenorientierten Beteiligungsmodellen erbringen müssen, sondern es müssen vielmehr für Jugend geeignete Formen der Beteiligung gefunden werden.

3.4 Vielfalt von Beteiligungsformen

Durch die Förderung vielfältiger Beteiligungsformen soll vor allem erreicht werden, daß mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle Jugendlichen als ein Mittel gegen die derzeitige Benachteiligung von Jugendlichen nicht an zu engen Vorgaben scheitern. Unterschiedliche Beteiligungsformen im Sinne demokratischer Vielfalt sollen zudem die Entwicklung der Jugendlichen zu solidarisch handelnden und demokratiebewußten Persönlichkeiten fördern.

Im finnischen Bericht wird aufgezeigt, daß Jugendliche aus Randgruppen sich eher in verbandsorientierten Projekten artikulieren (vgl. B. II Kap. 1). In Österreich zeigte sich sowohl bei der Bestandsaufnahme von Beteiligungsformen (vgl. B. II Kap. 3) als auch bei den Projekten, die im Band III (vgl. Kap. 3 und 4) erfaßt wurden, daß bei den verschiedenen Beteiligungsformen unterschiedliche Jugendliche integriert sind. Zusätzlich wird dieses Ergebnis auch durch die beiden Fallbeispiele deutlich (vgl. B. II Kap. 4). Weiters erklärten die Jugendlichen im Rahmen des Workshops, daß sie selbst eher „durchschnittliche“ Jugendliche sind, und nicht alle Gruppen

von Jugendlichen vertreten können (vgl. B. II Kap. 5). Damit wird verständlich, daß es nicht nur ein „model of good practice“ der Jugendbeteiligung geben kann.

Die unterschiedlichen Gruppen und Beteiligungsformen sind daher in ihrer Vielfalt zu fördern. Das heißt es sollen einerseits bereits länger bestehende Formen der Beteiligung wie Jugendverbände und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit auch in ihrer Funktion als politische Interessenvertretung von Kindern/Jugendlichen gesehen werden. Beteiligungsinitiativen, die von solchen Institutionen ausgehen, sollen von den zuständigen PolitikerInnen aufgegriffen und unterstützt werden. Andererseits sollen zunehmend auch neue Formen der Beteiligung im Sinne von „beratenden Gruppen“ (z. B. „Jugendforum“, „Jugendladertage“, „Kindergemeinderäte“) sowie „projektorientierte Beteiligungsformen“ gefördert werden. Besondere Unterstützung sollen jene Gruppen erhalten, die von Kindern/Jugendlichen ohne Involvierungen von Erwachsenen gegründet werden.

3.5 Bereitstellung von Ressourcen

Personelle, räumliche und finanzielle Ressourcen stellen eine wichtige Grundlage für die Arbeit der Jugendlichen dar und tragen damit zum Ausbau von Jugendbeteiligung bei.

Die Wichtigkeit personeller Unterstützung in Form einer Projektbetreuungsperson wurde bereits oben diskutiert. Finanzielle Ressourcen werden in beiden Fallstudien als jene Rahmenbedingungen beschrieben, von denen die Realisierbarkeit von Projekten wesentlich abhängt (vgl. B. II Kap. 4). Von den Jugendlichen im Workshop wurde zusätzlich auf die Wichtigkeit von Räumlichkeiten für gemeinsame Arbeitstreffen hingewiesen (vgl. B. II Kap. 5). Beteiligungsprojekte werden heute vorwiegend von der Gemeinde und der Privatwirtschaft finanziell unterstützt. Auf der Basis der Untersuchung der Auswirkungen wäre es aber verkehrt, anzunehmen, daß diese Rahmenbedingungen automatisch einen Erfolg garantieren würden (vgl. B. III Kap. 4).

Für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen ist in erster Linie die öffentliche Hand zuständig. Diese Unterstützungen könnten jedoch in Frage gestellt werden, wenn Konflikte zwischen jugendlichen und erwachsenen Interessensgruppen auftreten oder wenn Jugendliche Ziele verfolgen, für die sich Erwachsene nur in einem geringen Ausmaß interessieren. Zu überlegen ist daher, ob eine finanzielle Unterstützung von Projekten nicht rechtlich abgesichert werden sollte.

3.6 Vermittlungspersonen zwischen Jugend und Politik

Vermittlungspersonen sollen den generationenübergreifenden Dialog in Form eines direkten Austauschs zwischen Kindern/Jugendlichen und PolitikerInnen erleichtern, aber nicht ersetzen.

Bei beiden Falldarstellungen hat sich gezeigt, daß erwachsene Begleit- oder Betreuungspersonen eine wichtige Rolle spielen. Diese Personen haben sowohl zu den Jugendlichen als auch zu den politischen VertreterInnen eine gute Beziehung und eignen sich daher für die Förderung von Kontakt und Austausch. Sie übernehmen zudem die Beratung der Jugendlichen, die Moderation sowie viele organisatorische Aufgaben, die nicht zuletzt aufgrund ihres Umfangs von den Jugendlichen alleine nur schwer bewältigt werden könnten (vgl. B. II Kap. 4). Der Bedarf an einer erwachsenen Begleitperson wurde außerdem auch im Rahmen des Workshops festgestellt, da die Jugendlichen selbst gute Erfahrungen mit solchen Personen gemacht haben (vgl. B. II Kap. 5). Die Einbeziehung von Vermittlungspersonen kann dazu beitragen, daß politisches Interesse, demokratische Grundorientierung und Vertrauen in bestehende Institutionen gefestigt wird (vgl. B. III Kap. 4).

Die Etablierung von Vermittlungspersonen soll auf allen politischen Ebenen die Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen und PolitikerInnen unterstützen. Zur Wahrnehmung dieser Funktion

eignen sich insbesondere parteipolitisch unabhängige Jugendbeauftragte, die aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden. Ist die Einrichtung eines/einer Jugendbeauftragten aus budgetären Gründen nicht möglich, sollten andere „Jugendvertrauenspersonen“ gefunden werden. Folgende Aufgaben können von diesen Personen übernommen werden: Lobbying, Herstellen von Kontakten zwischen Jugendlichen und PolitikerInnen, Begleitung des Beteiligungsprozesses durch Moderation und organisatorische Tätigkeiten.

3.7 Vernetzung, Austausch und Weiterbildung

Die Weiterentwicklung von Beteiligungsprojekten und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche soll durch Vernetzung und Austausch unter den Jugendlichen und Weiterbildung von MultiplikatorInnen (wie z. B. PolitikerInnen, Vermittlungspersonen) gefördert werden.

Daß Austausch mit anderen Projekten einen wichtigen Beitrag zur Projektentwicklung leisten kann, wurde auch in der Fallstudie Eggenburg thematisiert. Die Teilnahme an Vernetzungstreffen bzw. Tagungen brachte allen Beteiligten neue Ideen und Anregungen für die Weiterarbeit und trug damit zur Motivation bei (vgl. B. II Kap. 4). Besonders wichtig dabei ist, daß erwachsene Begleitpersonen lernen, eine Balance zwischen Engagement und Distanzierung zu finden. Insbesondere sollten folgende Fähigkeiten gefördert werden: Herstellen von guten Beziehungen zur Gemeinde und zur Öffentlichkeit allgemein, Unterstützung beim Auffinden einer Arbeitsteilung und beim Erarbeiten demokratischer Strukturen (vgl. B. III Kap. 4). Außerdem wurde von den am Workshop teilnehmenden Jugendlichen festgestellt, daß ihnen der Austausch mit Gleichaltrigen aus anderen Projekten sehr wichtig ist. Diesen Jugendlichen waren auch Vernetzungstreffen und Seminarbesuche von PolitikerInnen und Personen, die mit ihnen arbeiten wichtig, damit sie die Jugendlichen besser verstehen lernen (vgl. B. II Kap. 5). Aus den Untersuchungen der Auswirkungen kommunaler Beteiligungsmodelle auf Jugendliche hat sich gezeigt, daß insbesondere bei der Einbeziehung jüngerer Jugendlicher auf eine altersgerechte Gestaltung zu achten ist, um eine eventuelle Überforderung der Jugendlichen zu vermeiden (vgl. B. III Kap. 4). Im Vereinigten Königreich wird die Vernetzung von Jugendgemeinderäten durch regionale Koordinationsstellen gestützt: in Nordirland durch das Northern Ireland Youth Forum, in Schottland durch Youth Link Scotland und Connect Youth, in England durch British Youth Council sowie in Wales durch Wales Youth Agency (vgl. B. II Kap. 1).

Vernetzung und Informationsaustausch hinsichtlich Projekten sollen sowohl durch Tagungen als auch durch Seminare verstärkt werden. Diese sollen von der öffentlichen Hand (Kommunen, Ländern, Bund) gefördert werden. Ziele bzw. Themen von Tagungen und Seminaren sollen Erfahrungsaustausch der Jugendlichen untereinander, der Erwachsenen untereinander, der Jugendlichen und Erwachsenen miteinander, Lernen von Kompetenzen wie Moderation oder Projektentwicklung und Wissensvermittlung über Neuerungen in der Jugendbeteiligungsarbeit sein. Zusätzlich sollen spezielle Seminare für die Unterstützung von Selbstevaluationsprozessen im Sinne einer qualitativen Weiterentwicklung angeboten werden. Als eine weitere Maßnahme zur Förderung von Austausch soll die Dokumentation von Projekten auf allen politischen Ebenen gefördert werden. Zur Unterstützung einer systematischen Vernetzung sind zudem Clearingstellen zu empfehlen. Als solche bieten sich vor allem jene Vereine und Institutionen an, die bereits bisher in die Entwicklung politischer Jugendbeteiligung involviert waren.

3.8 Politische Beteiligung und schulische Strukturen

Politische Beteiligung Jugendlicher ist im Zusammenhang verschiedener Lebenswelten und Erfahrungsbereiche, wie Familie, Schule, Betrieb, Medien, etc., zu sehen.

In der Mehrzahl der Berichte aus dem Ausland (Deutschland, Schweden, Vereinigtes Königreich) wird die Schule als jener Bereich identifiziert, aus welchem am ehesten ein Beitrag zur

Förderung von politischer Beteiligung von Jugendlichen zu erwarten ist. Laut deutschem Gutachten bezieht sich diese Aussage sowohl auf die curriculare als auch auf die interaktive Ebene. Auf der ersten geht es im Rahmen eines lernzielgesteuerten und schülerorientierten Unterrichts um Information, Wissensvermittlung und damit um die Stärkung individueller Verarbeitungskompetenzen; die zweite spricht die Kommunikation zwischen SchülerInnen untereinander sowie zwischen SchülerInnen und LehrerInnen insbesondere im Rahmen der bestehenden Strukturen der SchülerInnenmitbestimmung an und zielt damit auf den Erwerb sozialer Kompetenzen (vg. B. II Kap. 1). In Österreich nannte beinahe ein Drittel der Jugendlichen einen/eine LehrerIn oder einen/eine SchuldirektorIn als Begleitperson (vgl. B. III Kap. 4). Dies ist ein Hinweis dafür, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil von Projekten, insbesondere projektbezogene Beteiligungsformen, mit schulischer Beteiligung stattfinden dürfte. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß Freiwilligkeit gewährleistet ist, und der/die LehrerIn seine/ihre Rolle als LehrerIn von jener der erwachsenen Begleitperson trennen kann.

Im deutschen Gutachten wird eine Ausweitung schulischer Mitbestimmung sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich der zusätzlichen Einbeziehung jüngerer Personengruppen angeregt. Es ist zu prüfen, ob – im Lichte zunehmender Erfahrungen mit Jugendbeteiligung im außerschulischen Bereich sowie simultan vor sich gehender Entwicklungen im schulischen Bereich – eine solche Ausweitung nicht auch für Österreich angezeigt wäre.

3.9 Öffentlichkeitsarbeit und Medien

Öffentlichkeitsarbeit soll dazu beitragen, daß Beteiligungsprojekte und ihre Ergebnisse bekannter werden und auch mehr Anerkennung finden. Damit wiederum soll erreicht werden, daß im Sinne eines Ausbaus von Beteiligung das Bewußtsein für die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Jugendbeteiligung zunimmt und somit der Altersdiskriminierung vorgebeugt wird.

In den Länderstudien wird übereinstimmend berichtet, daß die Einstellung gegenüber Jugendbeteiligung beim „mainstream“ der Erwachsenen nach wie vor negativ ist. Insbesondere werden die Fähigkeiten der Jugendlichen in bezug auf politische Mitbestimmung von der Mehrzahl der Erwachsenen in Frage gestellt (vgl. B. II Kap. 1). In Österreich wurde Öffentlichkeitsarbeit als zentrale Unterstützungsmaßnahme vor allem von den am Workshop beteiligten Jugendlichen thematisiert. Sie stellen fest, daß Jugendliche selbst über die Planung oder Existenz eines Beteiligungsprojekts ausreichend informiert sein müssen, wobei sie auf eine jugendgerechte Gestaltung der Information Wert legen. Ergänzend erwähnen sie, daß durch vermehrte Öffentlichkeitsarbeit das Interesse von Erwachsenen für die Jugendlichen steigen könnte (vgl. B. II Kap. 5). Unterstützung durch die Medien, aber auch durch das Nahumfeld der Jugendlichen kann entscheidend zur Förderung der Persönlichkeitsbildung und demokratischer Grundüberzeugungen beitragen (vgl. B. III Kap. 4).

Insgesamt geht es beim Thema Öffentlichkeitsarbeit und Medien um drei Aspekte: Information über, für und durch Jugendliche. Die vielfach verzerrten Vorstellungen von Erwachsenen über Jugendliche sind zu korrigieren, ein Auftrag der an Medien, Forschung und Politik zu richten ist. Jugendliche sind über politische Projekte in geeigneter Weise zu informieren. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit soll wiederum auf allen politischen Ebenen erfolgen. Besonders geeignete Mittel sind: Print- und andere Medien, Plakate, Flyer oder Diskussionsveranstaltungen. Jugendliche sollen auch die Möglichkeit erhalten, Information zu erzeugen und Medien zu kontrollieren. Anzustreben ist, daß Jugendliche selbst in die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden. Jugendlichen könnte eine unmittelbare Vertretung in den Rundfunkräten der Medienanstalten sowie Möglichkeiten zur Eigenproduktion von Programmen eingeräumt werden. Das britische Gutachten etwa berichtet über eine Nachrichtenagentur (Children's Express), deren Personal der Altersgruppe der 8- bis 18jährigen angehört.

3.10 Jugendbeteiligung – kein Ersatz für etablierte Jugendpolitik

Politische Beteiligung Jugendlicher ist im Gesamtzusammenhang von Jugendpolitik zu sehen. Der Ausbau der politischen Beteiligung Jugendlicher als Politik von und mit Jugendlichen darf nicht Vorwand sein, die Bemühungen von Regierungen und Parlamenten im Rahmen konventioneller Jugendpolitik zu reduzieren. Zwar wird in der Debatte um politische Jugendbeteiligung oft argumentiert, die strukturelle Benachteiligung Jugendlicher sei durch die fehlende politische Stimme dieser Bevölkerungsgruppe bedingt. Es wäre jedoch falsch, daraus den Umkehrschluß zu ziehen, der Ausbau der Instrumente der Jugendbeteiligung würde die etablierte Politik von der Verantwortung für das Wohlergehen der Jugendlichen entbinden.

Die Bestandserhebung sowie die Fallstudien haben die derzeit bestehenden Eingrenzungen von Jugendbeteiligung aufgezeigt, wodurch nur ein kleines Spektrum von Jugendinteressen im weitesten Sinn abgedeckt werden (vgl. B. II Kap. 4 und 5). Ferner wissen wir aus dem schwedischen Beispiel, daß erst der Ausbau der traditionellen Organe in Politik und Verwaltung jene Ansprechpartner hervorgebracht hat, an welche Jugendliche sich bei Ausübung ihrer Mitbestimmung wenden können (vgl. B. II Kap. 1).

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit die objektiven Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen auch mittels konventioneller Methoden politisch zu vertreten. Diesbezüglich sei auf die einschlägigen Bestimmungen des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes (monitoring) sowie die Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfung) hingewiesen. Die Einrichtung paritätischer (aus Jugendlichen und Erwachsenen zusammengesetzter) Kommissionen (nach schwedischem Muster) wäre ebenfalls eine zu prüfende Möglichkeit.

**Dritter Bericht zur Lage
der Jugend in Österreich
– Teil C –
Jugendbeteiligungsmodelle**

**Endbericht
Band II**

**Rahmenbedingungen, Formen und
Beispiele politischer Jugendbeteiligung**

Elke Durstberger
Maria Haider
Walther Launsky-Tieffenthal
Anna Riegler
Barbara Riepl
Helmut Wintersberger

**Europäisches Zentrum für Wohlfahrts- und Sozialforschung
Kommunale Beratungsstelle für Kinder-, Jugend- und
BürgerInnen-Beteiligungsinitiativen**

1 Internationale Grundlagen und europäischer Vergleich

Helmut Wintersberger

Anlaß zur vermehrten Einforderung von Partizipationsmöglichkeiten der BürgerInnen schlechthin war und ist die Einschätzung, daß die Instrumente der parlamentarischen Demokratie nicht immer ausreichen, die wirklichen Interessen der Betroffenen in die politische Entscheidungsfindung einzubringen. Partizipation steht im allgemeinen für direkte Partizipation und wird vielfach als Ergänzung und Korrekturmechanismus zu herkömmlichen politischen Entscheidungsprozessen im Rahmen der repräsentativen Demokratie interpretiert. Inzwischen wurden einzelne Elemente der Theorie und Praxis direkter Partizipation themenspezifisch (Umwelt), regional (von Großprojekten bzw. anderen Entwicklungen betroffene Lebensräume) sowie von besonderen Personengruppen (Frauen, SeniorInnen, Personen mit Behinderungen, Minderheiten) aufgegriffen. Dadurch haben sich sowohl demokratische Entscheidungsprozesse als auch die Rolle und Wahrnehmung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen verändert.

Auch bei der gegenwärtigen Diskussion um Kinder- und Jugendpartizipation geht es um die Identifikation einer weiteren gesellschaftlichen Gruppe, deren Interessen bisher nicht ausreichend berücksichtigt werden. Allerdings ist dabei zu beachten, daß Kinder und minderjährige Jugendliche bisher nicht einmal die Rechte haben, welche von erwachsenen Bürgern schon längst als unzureichend empfunden werden, wie z. B. das Wahlrecht. Diese Rechte werden minderjährigen Jugendlichen unter dem Vorwand mangelnder Kompetenz zum rationalen Urteilen vorenthalten.

Demgegenüber werden in der jüngeren Literatur (z. B. Mortier 1997) zunehmende Zweifel an der Brauchbarkeit des Kriteriums der psychologischen Kompetenz geäußert. Mortier (1997) zeigt auf, daß Kinder in ihren Entscheidungen und Handlungen wesentlich rationaler, und Erwachsene wesentlich weniger rational sind als gemeinhin angenommen wird, und daß ferner Kinder mindestens ab einem Alter zwischen 10 und 12 Jahren im wesentlichen dieselben Fähigkeiten für politisches Urteilen und Entscheiden besitzen wie Erwachsene. Damit fällt psychologische Kompetenz als Kriterium für die Zu- bzw. Anerkennung politischer Rechte ab dem Alter von maximal 12 Jahren aus.

Daher stellt sich die Frage nach der politischen Jugendbeteiligung nicht nur von der Seite der direkten Partizipation, sondern es geht auch um die Ausweitung durchaus konventioneller demokratischer Rechte, wie des Wahlrechts, auf minderjährige Jugendliche; ja sogar um die Einführung von Institutionen, wie Kinder- und Jugendanwaltschaften, die die wirklichen Interessen von Kindern und Jugendlichen besser vertreten können.

Trotz jüngster Fortschritte in Theorie und Praxis der Jugendbeteiligung müssen wir uns darüber im klaren sein, daß die Einbeziehung minderjähriger Jugendlicher in die politische Entscheidungsfindung nach wie vor ein „Minderheitenprogramm“ im doppelten Sinn darstellt: nur eine Minderheit von Jugendlichen hat überhaupt die Möglichkeit zu partizipieren, und nur eine Minderheit von Erwachsenen hält dies überhaupt für richtig und notwendig. Dem ist entgegenzuhalten, daß auf Grund der erwähnten neueren Erkenntnisse betreffend die Kompetenz von Jugendlichen ein Demokratiedefizit entstanden ist, welches zumindest mit den Standards westlicher Demokratien unvereinbar ist. Wenn Jugendliche spätestens ab dem 12. Lebensjahr ebenso wie Erwachsene zu rationaler Urteilsfindung in der Lage sind, ist es demokratiepolitisch problematisch, sie einfach per Gesetz von der politischen Mitbestimmung auszuschließen.

Das heißt aber, nicht diejenigen, die Jugendliche in adäquater Weise zur politischen Mitbestimmung einladen, sondern diejenigen, die sie davon ausschließen wollen, haben einen Erklärungsbedarf. Die Frage, mit der wir uns im weiteren Verlauf beschäftigen werden, ist also nicht, ob Jugendliche politisch beteiligt werden, sondern welche Formen von Beteiligung es gibt, welche Erfahrungen damit gemacht wurden, und welche Schlußfolgerungen daraus für weitere Entwicklungen gezogen werden können.

1.1 Entwicklungen im Bereich internationaler rechtlicher und politischer Grundlagen

Die Motive für die gegenwärtige Debatte um die politische Beteiligung von Jugendlichen sind vielfältig; sie werden, zusammen mit den Definitionskriterien, im ersten Band kurz angedeutet und im dritten näher ausgeführt. Wesentliche Impulse sind vom UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes ausgegangen, mit welchem ich mich in diesem Abschnitt beschäftigen werde. Es signalisiert einen Paradigmenwechsel vom Kind als Objekt erzieherischer, wohlfahrtsstaatlicher oder richterlicher Maßnahmen zum Kind als Rechtssubjekt, welches sehr wohl in der Lage ist, eigene Interessen zu erkennen und zu artikulieren.

Gleichzeitig etabliert sich auch in der politischen Sphäre ein bisher weitgehend verdecktes Feld von Jugend- und Kindheitspolitik, in welchem die Interessen einer von politischer Gestaltungsmöglichkeit weitgehend ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppe sichtbar gemacht und umgesetzt werden. Die Beteiligung von Jugendlichen an politischen und anderen sie betreffenden Entscheidungen ist elementarer Bestandteil einer solchen Politik. Die Konturen einer integrierten Kindheits- und Jugendpolitik lassen sich für den europäischen Raum auch in einschlägigen Dokumenten des Europarats sowie der Europäischen Union erahnen. Beispielhaft wird im folgenden auf eine Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats betreffend eine Europäische Strategie für Kinder sowie auf eine ähnliche Empfehlung des Europäischen Parlaments, beide aus dem Jahr 1996, verwiesen.

1.1.1 Das UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes

Schon vor rund 40 Jahren wurde im Schoß der Vereinten Nationen über die internationale Verankerung von Kinderrechten diskutiert. 1959 wurde die UN-Deklaration über Kinderrechte verabschiedet. 1978 machte die polnische Regierung im Vorfeld des Internationalen Jahrs des Kindes den Vorschlag zur Ausarbeitung eines Übereinkommens über die Rechte des Kindes. 1979, im Internationalen Jahr des Kindes, kam es sodann zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe im Rahmen der UN-Menschenrechtskommission. Zehn Jahre später konnten nach langwierigen und zähen Verhandlungen die Arbeiten dieser Kommission abgeschlossen werden. Am 20. November 1989 wurde das UN-Übereinkommen von der 44. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York angenommen. Wie ist die Bedeutung dieses Übereinkommens vor allem im Hinblick auf seine Auswirkungen für Kinder einzuschätzen? Im Rahmen einer derartigen Evaluation sind zwei Aspekte zu berücksichtigen: die Inhalte des Übereinkommens sowie der Prozeß seiner Umsetzung.

Es hat in der Geschichte der Vereinten Nationen kein zweites völkerrechtliches Übereinkommen im Bereich der Menschenrechte gegeben, welches bei den Mitgliedsstaaten so große Akzeptanz gefunden hat, wie das Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Inzwischen sind mit wenigen Ausnahmen alle Länder der internationalen Gemeinschaft diesem Übereinkommen beigetreten. Erwartungsgemäß wird die Dynamik dieses Prozesses im allgemeinen äußerst positiv interpretiert, wobei jedoch etwas Vorsicht geboten ist. Es könnte auch sein, daß sich die Regierungen deshalb so problemlos dem Übereinkommen angeschlossen haben, weil sie glaubten, es verpflichte sie nicht zu viel, oder man müsse es mit der Umsetzung nicht so ernst nehmen.

Insgesamt hat die Implementierung des UN-Übereinkommens jedenfalls zu einer Stärkung von Kinder- und Jugendlobbies im allgemeinen geführt, deren Arbeit sich auf nationaler und internationaler Ebene wiederspiegelt. Diese Entwicklung hat in westeuropäischen Ländern einen Ausbau der Instrumente der Jugendbeteiligung gebracht, welcher über eine streng buchstabengetreue Auslegung des Übereinkommens hinausgeht.

Vor der inhaltlichen Würdigung noch eine Bemerkung zum Kindbegriff des Übereinkommens: Laut Artikel 1 ist ein Kind jeder Mensch, der das 18. Jahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht nicht früher eintritt. Das heißt, das Übereinkommen ist nicht nur für Kinder im engen Sinn, sondern ganz allgemein für Personen unter 18 Jahren, also auch für minderjährige Jugendliche gültig. Wenn daher im folgenden öfters von Kindern die Rede ist, sind minderjährige Jugendliche automatisch eingeschlossen.

In inhaltlicher Hinsicht ist das Übereinkommen im wesentlichen von fünf Grundprinzipien getragen: survival, development, protection, provision und participation bzw. in der deutschen Übersetzung: Überleben, Entwicklung, Schutz, Bereitstellung von Ressourcen und Partizipation. In globalen Aussagen, die auch die Realität von Kindheit in der Dritten Welt miteinschließen, kommt den Prinzipien von Überleben und Entwicklung noch eine große Bedeutung zu. So sind viele der Programme von UNICEF und von nicht-staatlichen Organisationen auf das Überleben von Kindern orientiert, insbesondere in den Bereichen der Ernährung sowie der medizinischen Grundversorgung, der Armutsbekämpfung und der Rettung von Kindern in Kriegs- und Katastrophengebieten. Der Terminus *Entwicklung* kann auf zwei Ebenen interpretiert werden: einerseits als das Recht von Kindern, in einer Gesellschaft mit positiven Entwicklungsperspektiven aufzuwachsen und damit als ein weiteres Argument für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen zwischen armen und reichen Ländern, sowie andererseits als das Recht von Kindern, sich selbst in der Gesellschaft optimal entwickeln und entfalten zu können.

In entwickelten Industrieländern stehen die mit den drei P's umschriebenen Rechte auf protection, provision and participation im Vordergrund. Der Gedanke des Kinderschutzes hat sich bereits im 19. Jahrhundert angesichts der katastrophalen Lage der Arbeiterkinder durchgesetzt. Der Schutz der Jugendlichen vor frühzeitiger ökonomischer Ausbeutung und vor gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen sowie die Einführung der Schulpflicht waren Teile eines umfassenden Programms, welches die Situation von Kindern in der modernen Gesellschaft radikal verbesserte. Die Bereitstellung von Ressourcen durch die Gesellschaft ist überwiegend mit den Bedingungen von Kindheit und mit dem Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen im 20. Jahrhundert verbunden. Dazu gehören sowohl finanzielle Transfers (wie etwa Familienbeihilfen), Sachleistungen (wie das Gratisschulbuch oder die Schülerfreifahrt) und soziale Dienste (wie Kindergärten).

Die partizipatorischen Inhalte sind vor allem in den Artikeln 12-15 des Übereinkommens enthalten:

Artikel 12 (1): Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern. Die Meinung des Kindes ist in angemessener Weise und entsprechend seinem Alter und seiner Reife zu berücksichtigen.

Artikel 13 (1): Das Kind hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, ungeachtet der Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere vom Kind gewählte Mittel zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.

Artikel 14 (1): Die Vertragsstaaten achten das Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

Artikel 15 (1): Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes an, sich frei mit anderen zusammenzuschließen und sich friedlich zu versammeln.

Wurde anfänglich in diesem Übereinkommen vorwiegend ein Instrument für die Verbesserung der Lage von Kindern in der Dritten Welt gesehen, so zeigen die partizipatorischen Artikel eine klare Tendenz auf: Kinder und Jugendliche sollen mehr als bisher an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Während aber Jugendschutz und Bereitstellung von Ressourcen bereits ihren festen Platz in der Diskussion wie in der Praxis der Kindheits- und Jugendpolitik haben, ist der Gedanke der Partizipation von Kindern eher neu; er stellt gleichsam einen Vorgriff auf das 21. Jahrhundert dar. Daher ist es nicht überraschend, daß sich die Mehrzahl der GegnerInnen des Übereinkommens an diesen Bestimmungen stößt. Umso größer wird der Widerstand, wenn die Ausdehnung dieser Rechte auch auf die politische Willensbildung (z. B. Wahlrecht oder andere Formen politischer Beteiligung für Kinder und Jugendliche) gefordert wird.

1.1.2 Ansätze einer europäischen Strategie für Kinder

Auf europäischer Ebene wurde im Europarat durch den Beschuß über das UN-Übereinkommen eine Debatte über die Rolle von Kindern in der heutigen Gesellschaft ausgelöst und in weiterer Folge vom Sekretariat des Europarats ein mehrjähriges internationales Projekt „Childhood Policies (Kindheitspolitik)“ durchgeführt. Außerdem erarbeitete die parlamentarische Versammlung des Europarats eine „Europäische Strategie für Kinder“, die im Jänner 1996 verabschiedet wurde.

In dieser Empfehlung stellt die Parlamentarische Versammlung zunächst fest, daß auch in den reichen und entwickelten Ländern Europas Kinderrechte noch weit vom Zustand der Realisierung entfernt sind, und daß Kinder häufig die ersten Leidtragenden von bewaffneten Konflikten, wirtschaftlicher Rezession, Armut und insbesondere von budgetären Kürzungen sind. Daher meint die Versammlung, die Staaten sollten bei der Umsetzung des UN-Übereinkommens der Rechte des Kindes unterstützt werden. Insbesondere sollte dabei die Perzeption von Kindern als Individuen mit Rechten und ihre aktive und verantwortliche Mitbestimmung in Familie und Gesellschaft gefördert werden. In einem weiteren Passus bezeichnet die Versammlung Kinder als BürgerInnen von heute und morgen und anerkennt damit die Bedeutung von Kindheitspolitik in bezug auf Kinder als hier und jetzt Seiende sowie auf Kinder als sich Entwickelnde. Die Versammlung verweist ferner nicht nur auf die individuellen Rechte von Kindern, sondern ruft auch dazu auf, die Rechte der Familie im Interesse des Kindes anzuerkennen und ist sich damit auch der Spannungen und Synergien im Dreieck von Kindern, Eltern und Gesellschaft bewußt. Schließlich bringt die Versammlung die Überzeugung zum Ausdruck, daß die Achtung der Rechte des Kindes und größere Gleichheit zwischen Kindern und Erwachsenen dazu beitragen wird, den Solidarpakt zwischen den Generationen zu wahren und die Demokratie zu festigen. Damit führt die Versammlung explizit eine generationale Betrachtungsweise von Kindern in die politische Diskussion ein und verbindet mit der Herstellung größerer generationaler Verteilungsgerechtigkeit nicht nur den Bestand des Friedens zwischen den Generationen, sondern der Demokratie insgesamt.

Die Versammlung vertritt die Auffassung, daß Kinderrechte zu einer politischen Priorität gemacht werden sollten, und daß dies, u. a. durch folgende Maßnahmen erreicht werden könnte:

- Sichtbarmachung von Kindern durch systematische Sammlung von Daten, insbesondere verlässliche (nach Alter und Geschlecht), gegliederte, vergleichbare statistische Daten, die Bedürfnisse von Kindern und politischen Prioritäten aufzeigen;

- die Installierung eines Kinder- und Jugendbeauftragten (Ombudsmanns) oder einer anderen unabhängigen, mit Kompetenzen und entsprechenden Mitteln ausgestatteten, zugänglichen Einrichtung zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern,
- Beachtung der Interessen und Bedürfnisse von Kindern, zum Beispiel durch Einführung von „child impact statements“ (Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfungen), welche es erlauben, die voraussichtlichen Auswirkungen jeder legislativen oder anderen Maßnahme für Kinder zu prüfen;
- Investitionen in budgetäre Priorität für Kinder durch Zuweisung angemessener und fairer Ressourcen im Vergleich mit anderen Bevölkerungssegmenten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie Garantie der bestehenden Höhe von Beiträgen und Förderungen an nationale und internationale Organisationen im Bereich der Betreuung von Kindern.

Die Versammlung befaßte sich ausführlich mit der Umsetzung des UN-Übereinkommens auf nationaler Ebene, ihrer Verbreitung, der Rolle der Medien, der Ausbildung in Kinderrechten für Kinder, Jugendliche, Eltern und Personen, die sich beruflich mit Jugendlichen beschäftigen. Einige im Übereinkommen enthaltene Rechte werden von der Versammlung nochmals präzisiert, nämlich:

- Anhörung von Kindern in allen sie betreffenden Entscheidungen sowie deren aktive, verantwortungsvolle, den Fähigkeiten entsprechende Mitbestimmung auf allen Ebenen der Gesellschaft, in Familie, Gemeinde, Schule und allen anderen Institutionen, in Gerichtsverhandlungen sowie bei der nationalen Regierung;
- Ausbildung von Kindern und Jugendlichen zu verantwortlichen BürgerInnen, Förderung ihres Interesses an öffentlichen Angelegenheiten und Prüfung der Altersgrenze, ab welcher junge BürgerInnen wählen dürfen.

In einem abschließenden Absatz formuliert die Versammlung einige Empfehlungen an das Ministerkomitee: insbesondere wird die Einrichtung eines ständigen intersektoralen Ausschusses beim Sekretariat des Europarats sowie eine regelmäßige Berichterstattung über Kinder und Jugendliche auf europäischer Ebene empfohlen.

1.1.3 Bürgerrechte für Kinder in der Europäischen Union

Im selben Jahr (1996) hat sich auch das Europäische Parlament mit Maßnahmen zum Schutz der Minderjährigen sowie – darüber hinausgehend – mit der Frage von Bürgerrechten der unter 18-Jährigen in der Europäischen Union auseinandergesetzt. In Empfehlung A4-0393/96 geht das Parlament davon aus, daß Kinder nach Artikel 8 des EG-Vertrags Unionsbürger sind. Dies ermögliche – wenn auch nur im Prinzip – die unmittelbare Zuerkennung von Rechten an Kinder über EU-Rechtsvorschriften. Das Parlament zeigt sich besorgt über die Tatsache, daß der Europäischen Union eine Politik fehlt, die unmittelbar auf die Rechte der Kinder und damit auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder gerichtet ist; er handelt in dem Bewußtsein, daß der Menschenrechtsschutz der Kinder gegenüber dem der Erwachsenen Erweiterungen und Konkretisierungen bedarf, um den Bedürfnissen der Kinder zu genügen; und er geht von der Erwägung aus, daß die Kinder selbst größere Mitsprache bei Entscheidungen über ihr jetziges Leben und ihre Zukunft verlangen. Das Parlament formuliert schließlich eine Reihe weitgehender Empfehlungen, aus welchen einige mit der Berücksichtigung von Kinderinteressen sowie der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen zusammenhängende Forderungen herausgegriffen werden.

- Das Parlament fordert die Mitgliedsstaaten auf, bei Vertragsänderung die Kinder als eigenständige Personengruppe in den Vertrag aufzunehmen, und es fordert die Union dazu auf,

in Erwartung einer Vertragsänderung Kinderrechte zu einem Grundprinzip ihres Handelns zu machen.

- Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, sich für die Einführung eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention einzusetzen, das den spezifischen Bedürfnissen der Kinder Genüge tun soll.
- Das Parlament fordert, daß die Kommission Kinderrechte in allen Politikbereichen zu einem Handlungsprinzip macht und hierzu ein für Kinderrechte zuständiges Referat schafft.
- Das Parlament regt ferner die Ernennung eines Kinderrechtsbeauftragten des Europäischen Parlaments an, der sich in allen Politikbereichen der Wahrung der Kinderrechte annehmen und mit den für die Erfüllung seines Auftrags erforderlichen Mitteln ausgestattet werden soll.
- Das Parlament fordert die Mitgliedsstaaten auf, die politische Partizipation von Kindern zu fördern und insbesondere bei der Bildung von repräsentativen Jugendparlamenten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene mitzuwirken und die Beteiligung der Kinder an demokratisch gelenkten Organisationen und Vereinigungen zu fördern.
- Das Parlament fordert die Mitgliedsstaaten auf, die soziale Partizipation von Kindern zu fördern und zwar insbesondere durch die Benennung von Kinderbeauftragten nach norwegischem Vorbild oder nach anderen erprobten Vorbildern; in diesem Zusammenhang hält es das Parlament für wichtig, daß Einrichtungen oder Organismen bestehen, die unabhängig und unparteiisch in effizienter Weise die Einhaltung der bestehenden Rechtsvorschriften und der Rechte der Kinder überwachen.

Den Mitgliedern der beiden europäischen parlamentarischen Vertretungen gelang es, mit diesen Empfehlungen eine authentische Interpretation des UN-Übereinkommens für europäische Länder anzubieten; die Veränderungen um Kindheit in der modernen Gesellschaft zu erkennen und adäquate politische Antworten darauf zu finden; einen Anlauf zur Vervollständigung des Projekts der europäischen Demokratien zu unternehmen und auch Kindern und minderjährigen Jugendlichen Bürgerrechte zuzuerkennen; sowie deren Bedürfnisse sichtbarer zu machen und damit bessere Voraussetzungen für die notwendige Sicherung der Generationenverträge zu schaffen.

Im Rahmen der österreichischen Präsidentschaft wurde im Bereich der Jugendpolitik die Mitsprache und Beteiligung von Jugendlichen zu einem Schwerpunktthema gemacht. Bereits am 1. Juli 1998, dem ersten Tag der Präsidentschaft, wurde in Graz ein europäischer Jugendbeteiligungskongress eröffnet, auf welchem gemeinsam mit Jugendlichen über Jugendbeteiligung diskutiert wurde. Eine Empfehlung wurde als Note der Präsidentschaft an den Jugendministerrat weitergeleitet, welcher im November 1998, also noch unter der österreichischen Präsidentschaft eine Entschließung des Rates verabschiedet hat. In dieser Entschließung spricht sich der Rat nicht nur für eine Förderung und Verbesserung der Möglichkeiten von Jugendbeteiligung in den einzelnen Mitgliedsstaaten aus, sondern er betont auch die Bedeutung von Jugendbeteiligung für die Gegenwart und Zukunft Europas insgesamt. Insbesonders wird die Kommission eingeladen,

- die Interessen von Jugendlichen zu einem handlungsleitenden Grundsatz in allen relevanten Politikbereichen zu machen, die möglichen Auswirkungen von Gemeinschaftsmaßnahmen auf die Lebensbedingungen von Jugendlichen abzuschätzen sowie Wege und Mittel der Wahrung der Interessen Jugendlicher in Betracht zu ziehen;
- ferner die Beteiligung Jugendlicher bei der Entwicklung, Durchführung und Evaluation von Jugendaktionen und -programmen auf der Ebene der Gemeinschaft zu fördern und dabei

das Interesse der Jugendlichen an der Gestaltung Europas von heute und morgen zum Einsatz zu bringen.

Es liegt nun an der Europäischen Kommission, sowie an den Regierungen der Mitgliedsstaaten, all diese Empfehlungen europäische Realität werden zu lassen. Die Mithilfe und der Druck nichtstaatlicher Kinder- und Jugendorganisationen werden dabei eine wesentliche Rolle spielen. In diesem Zusammenhang ist besonders auf die Arbeit von EURONET, eine Koalition von Netzwerken und Organisationen, welche für die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen eintritt, hinzuweisen. "Eine Kinderpolitik für Europa im 21 Jahrhundert: erste Schritte" ist der Titel eines Dokuments, welches von diesem Netzwerk erarbeitet und im Jänner 1999 im Rahmen eines Symposiums im Europäischen Parlament in Brüssel lanciert wurde. Es handelt sich dabei um die gründlichste und umfassendste Aufarbeitung des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes sowie der vorher erwähnten Empfehlungen und Entschlüsse auf der Ebene der Europäischen Union.

1.2 Europäischer Vergleich: Fragen und Hypothesen

Empirische Erhebungen wurden außer in Österreich in Finnland und Italien durchgeführt; Expertengutachten liegen aus Deutschland, Großbritannien und Schweden vor. Weitere Quellen für den internationalen Vergleich existieren in der Literatur oder kommen aus einschlägigen Vorarbeiten. Einschränkend muß festgehalten werden, daß der internationale Vergleich nur durch eine Finanzierungskooperation zwischen dem Jugendministerium und der DG XXII der Europäischen Kommission möglich wurde. Da gemäß dem Vertrag mit der Kommission die Arbeiten bis Sommer 1999 laufen werden, können bis zum Stichtag des Jugendberichts nicht die definitiven Schlußfolgerungen des internationalen Vergleichs präsentiert werden. Ich verstehe den folgenden Abschnitt als einen Katalog von Fragen und Hypothesen, welcher noch der Behandlung im Rahmen des abschließenden internationalen Projekttreffens Ende Februar 1999 bedarf. Selbstverständlich werden dem Jugendministerium die definitiven Ergebnisse auch dieses Projektteils zum gegebenen Zeitpunkt übermittelt werden.

Insgesamt ist zum Stand der Forschung über politische Jugendbeteiligung festzuhalten, daß in mehreren Ländern eine Aufarbeitung der jeweiligen Erfahrungen auf nationaler Ebene im Gange ist. Die vorhandenen Gutachten beziehen sich auf einen in den letzten Jahren wachsenden Bestand von Veröffentlichungen. Wesentlich spärlicher ist der Fundus international vergleichender Untersuchungen. Die im Auftrag der GD XXII der Europäischen Kommission im Gange befindliche Untersuchung wird dem Ziel, die Grundlagen für den Vergleich politischer Jugendbeteiligung in Europa zu schaffen, zweifellos einige Schritte näherkommen.

Derzeit fehlt aber noch an einer gemeinsamen Sprache und Theorie. Besondere Probleme verursachen in einer derart präparadigmatischen Forschungssituation einerseits die Verzerrungen, welche durch den Zugang zu Daten bedingt sind, andererseits die vorgefaßten Meinungen der jeweiligen Forscher selbst. Ich werde mich daher bemühen, in den kommenden vergleichenden Ausführungen eher auf Berichte, denn auf Länder Bezug zu nehmen.

1.2.1 Auslösende Faktoren für und Kontext von politischer Jugendbeteiligung

Auswirkungen des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes

Fast alle Berichte leiten die Debatte und die Maßnahmen um Jugendbeteiligung in den einzelnen Ländern aus dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes (insbes. Art. 12) ab. Dies könnte gleichsam als kausale Beziehung zwischen Jugendbeteiligungsprojekten und der Umsetzung des Übereinkommens interpretiert werden. Dagegen spricht, daß z. B. in Deutschland und

Österreich die ersten Beteiligungsprojekte ebenso alt sind wie das Übereinkommen selbst. In Frankreich, welches im Rahmen dieser Untersuchung nicht einbezogen wurde, entstanden die ersten Kinder- und Jugendgemeinderäte sogar 10 Jahre vor der Geburt des Übereinkommens (Rossini/Vulbeau 1993). Was daher unterstellt werden kann, sind gemeinsame Ursachen, die sowohl auf die Entstehung des Übereinkommens als auch auf die Dynamik um politische Jugendbeteiligung Einfluß genommen haben.

Mit dieser einschränkenden Bemerkung soll nicht der Eindruck erweckt werden, daß das Übereinkommen hätte keinen Einfluß auf die Ausweitung politischer Jugendbeteiligungsmodelle gehabt. Die Mehrzahl der Gutachten zeigt auf, daß mit der Umsetzung des Übereinkommens im Verlauf der letzten Jahre der Prozeß an Dynamik gewonnen hat. Der Gedanke, den Text des Übereinkommens als nationales Gesetz zu beschließen, wurde lediglich in Schweden ernstlich erwogen, jedoch letztlich wieder fallen gelassen. Man versprach sich mehr von einer konsequenten Berücksichtigung des Geistes des Übereinkommens in der nationalen Gesetzgebung. In einigen Ländern, etwa Großbritannien und Schweden, wird der Beitritt zum Übereinkommen nicht als rein gesamtstaatliche Aufgabe interpretiert, sondern auch Lokalverwaltungen und Organisationen der zivilen Gesellschaft können dem Übereinkommen „beitreten“. Eine ähnliche Entwicklung gab es in Deutschland im Land Schleswig-Holstein.

Sozioökonomische und kulturelle Umbrüche

Derzeit kann man nur darüber spekulieren, welche gemeinsamen gesellschaftlichen Kräfte hinter der Dynamik von Jugendbeteiligung und der Entstehung des Übereinkommens stehen. Handelt es sich vorrangig um demographische, ökonomische, kulturelle Entwicklungen: sinkende Fruchtbarkeit und das Altern der Gesellschaft, Krisenerscheinungen in der Wirtschaft und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Kommerzialisierung von Jugend? Oder wird die Dynamik eher von Krisensymptomen, wie steigenden Scheidungsraten bzw. erhöhter Sensibilität für Kindesmißbrauch, „unterstützt“? Fallweise wird, wie im deutschen und finnischen Gutachten, mit den Begriffen von Individualisierung und Risikogesellschaft argumentiert. Es ist nicht weiter überraschend, daß ökonomische Argumente in Gutachten aus Ländern mit tiefergreifenden wirtschaftlichen Veränderungen wie in Finnland stärker thematisiert werden. Ähnliches läßt sich über das Thema Arbeitslosigkeit sagen. So ordnet das finnische Gutachten einen maßgeblichen Einfluß der Wirtschaftskrise auf die Inhalte und Bedingungen von politischer Jugendbeteiligung. Im deutschen Gutachten wird mehrmals auf die Arbeitslosigkeit, im britischen auf die devastierenden Rahmenbedingungen in „abgewirtschafteten“ Regionen und Zonen sowie auf den hohen Stand der Kinderarmut verwiesen.

Jugendbeteiligung als Teil umfassender Demokratiereform

In einigen Berichten bzw. Ländern wird die Debatte um politische Jugendbeteiligung als Bestandteil einer umfassenderen Demokratiereform gesehen. Im Gutachten des Vereinigten Königreichs wird auf die in Gang befindliche Regionalisierung (Devolution) der Zentralgewalt auf die einzelnen Landesteile (Nord-Irland, Schottland und Wales) sowie die stärkere Involvierung von BürgerInnen insgesamt sowie von Jugendlichen im besonderen verwiesen. Das schwedische Gutachten führt den Begriff der „local residents“ (= Personen, die in einer Gemeinde ihren ständigen Wohnsitz haben) ein. Damit wird eine Brücke zwischen der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen einerseits und von MigrantInnen andererseits geschlagen. In Österreich kam es im Zuge der Ratifizierung des Übereinkommens zu einer einstimmigen Entscheidung des Nationalrats, in welcher politische und berufliche Mitbestimmung von Kindern als wesentliche demokratiepolitische Anliegen transportiert werden.

Stellenwert von Jugendbeteiligung im Kontext von Jugendpolitik und ihren Institutionen

In der überwiegenden Zahl der Gutachten wird über einigermaßen gleichzeitige Reformen der Jugendpolitik insgesamt berichtet. Stellvertretend wird hier auf das schwedische Gutachten näher eingegangen. In Schweden gibt es zunächst ein Komitee für Jugendpolitik, welches von der Regierung zur Erarbeitung jugendpolitischer Zielsetzungen eingesetzt wurde; es setzt sich aus Vertretern politischer und nicht-politischer Jugendorganisationen, der Zentralregierung, der Gewerkschaften und der Lokalverwaltungen zusammen. Ferner gibt es ein nationales Amt für Jugendangelegenheiten (Ungdomsstyrelsen). Es handelt sich dabei um jene Behörde, welche die Situation der Jugendlichen laufend beobachtet und die zentralstaatliche Jugendpolitik umsetzt. Wesentliche Kompetenzen bei der Behandlung von Jugendfragen liegen hingegen bei den örtlichen Regierungsorganen. Eine weitere relevante Institution ist der Kinderombudsman (Barnombudsmannen); seine Aufgabe ist die Durchsetzung von Rechten und Interessen von Kindern und Jugendlichen unter 18 im Sinne des Übereinkommens. Gleichzeitig mit dem Ausbau jugendpolitischer Institutionen im traditionellen Sinn, wurden für Jugendliche auch die Möglichkeiten zur direkten Mitbestimmung vor allem auf lokaler Ebene erweitert. Die Tatsache, daß sich etablierte und neue Organisationen gut vertragen, dürfte auch damit zusammenhängen, daß erst der Ausbau der traditionellen Organe in Politik und Verwaltung jene Ansprechpartner hervorgebracht hat, an welche Jugendliche sich im Rahmen ihrer direkten politischen Handlungen wenden können.

Die Bedeutung der lokalen Ebene

Naturgemäß sind die Kompetenzverteilungen in der Jugendpolitik zwischen zentralstaatlich und föderalistisch verfaßten Ländern unterschiedlich. Als Beispiel kann herangezogen werden, daß die advokative Einrichtung des Kinderombudsmanns in Schweden zentral am Sitz der Reichsregierung erfolgte, wobei allerdings durch geeignete Maßnahmen auch der Zugang von Kindern aus entlegenen Landesteilen gesichert wurde, während im Bundesstaat Österreich die Kinder- und Jugendanwaltschaften vorrangig auf der Ebene der Bundesländer eingerichtet wurden. Allen Ländern ist jedoch gemeinsam, daß unmittelbare politische Beteiligung von Jugendlichen im Regelfall auf bzw. unter der Ebene der Gemeinde erfolgt; Jugendforen und ähnliche Einrichtungen auf regionaler oder nationaler Ebene stellen eher die Ausnahme als die Regel dar.

Es wäre jedoch falsch, daraus abzuleiten, die Jugendlichen seien nur an politischer Beteiligung auf der kommunalen Ebene interessiert. In einer Studie der Kommunalen Beratungsstelle (Riepl/Riegler 1997) wurden die Partizipationserfahrungen und -interessen von steirischen SchülerInnen zwischen 13 und 17 Jahren befragt. Dabei wurde das vorrangige Interesse an der kommunalen Jugendpolitik zwar mit 85% bestätigt, fast zwei Drittel brachten aber auch Interesse an Volksabstimmungen und mehr als die Hälfte an den Wahlen zum Europäischen Parlament zum Ausdruck.

Mangelndes Vertrauen der Erwachsenen in die Kompetenz der Jugendlichen

Übereinstimmend wird berichtet, daß die Einstellung gegenüber Jugendbeteiligung beim „mainstream“ der Erwachsenen nach wie vor negativ ist. Den Jugendlichen werden die politische Kompetenz und die Reife für politische Beteiligung abgesprochen. So wird behauptet, Jugendliche neigen zu Extremismen, zur Ausübung von Gewalt, usw. Zwar handelt es sich hier um eine Bewußtseinsfrage und nicht um eine Strukturfrage; dennoch wirkt sie sich als kontextuelles Hindernis für das organische Wachstum von politischer Jugendbeteiligung aus.

Im schwedischen Gutachten wird dieser Sachverhalt auf den Punkt gebracht: es sind nicht so sehr die verfassungsrechtlichen und sonstigen Bestimmungen, die Jugendliche von politischer Beteiligung ausschließen; viel gravierender wirken sich die Barrieren in den Köpfen der Menschen aus.

1.2.2 Felder und Formen der Jugendbeteiligung

Die Einheit jugendlicher Lebenswelten: Partizipationsfeld Schule

In der Mehrzahl der Berichte (Deutschland, Schweden, Vereinigtes Königreich) wird die Schule als jener Bereich identifiziert, in welchem am ehesten eine Förderung von politischer Beteiligung von Jugendlichen möglich und erforderlich ist. Laut deutschem Gutachten bezieht sich diese Aussage sowohl auf die curriculare als auch auf die interaktive Ebene. Auf der ersten geht es im Rahmen eines lernzielgesteuerten und schülerorientierten Unterrichts um Information, Wissensvermittlung und damit die Stärkung individueller Verarbeitungskompetenzen; die zweite spricht die Kommunikation zwischen SchülerInnen untereinander sowie zwischen SchülerInnen und LehrerInnen insbesondere im Rahmen der bestehenden Strukturen der SchülerInnenmitbestimmung an und zielt damit auf den Erwerb sozialer Kompetenzen.

Während in Deutschland und Österreich verbindliche gesetzliche Regelungen über die Mitbestimmung von Jugendlichen in Schulen existieren, haben solche Mechanismen im Vereinigten Königreich nur unverbindlichen Charakter. Jedoch wird im deutschen Gutachten beklagt, daß seit der Einführung von Organen der SchülerInnenmitbestimmung in den 70er Jahren keine weiteren Ausweitungen mehr erfolgt sind. Derartige Ausweitungen wären sowohl für den inhaltlichen Bereich als auch hinsichtlich der zusätzlichen Einbeziehung jüngerer Personengruppen angezeigt.

Die Bedeutung der Medien

Das deutsche Gutachten hebt die Bedeutung der Medien hervor. Es existieren dort zwar Ansätze zur Beteiligung; im wesentlichen beschränkt sich der Medienbereich aber auf Schutzaspekte und „freiwillige Selbstkontrolle“. Eine unmittelbare Vertretung von Kindern in den Rundfunkräten der Medienanstalten bzw. eine Möglichkeit, Sendungen weitgehend eigenständig zu produzieren, gibt es in Deutschland nicht. Das britische Gutachten berichtet hingegen über Children's Express, eine Nachrichtenagentur deren Personal der Altersgruppe der 8- bis 18jährigen angehört.

Formen der Jugendbeteiligung

In diesem Bereich ist der internationale Vergleich durch Konvergenzen, aber auch durch markante Unterschiede charakterisiert.

Fragen des Wahlrechts und Wahlalters werden grundsätzlich im deutschen Gutachten behandelt. Drei Möglichkeiten werden in Betracht gezogen: die Absenkung des Wahlalters auf das 16. Lebensjahr, die Abschaffung jeglicher Altersgrenze sowie die Einführung des stellvertretenden Wahlrechts für Eltern. Das schwedische Gutachten verweist hingegen auf einen konkreten Vorschlag einer staatlichen Kommission, das Wahlalter bei Lokalwahlen auf 16 Jahre zu senken. Im englischen Gutachten wird lediglich auf die bestehende unbefriedigende Situation (aktives Wahlrecht mit 18, passives mit 21 Jahren) sowie auf teilweise geringe Wahlbeteiligung unter Erstwählern bei nationalen und allgemein niedrige Beteiligung bei lokalen Wahlen hingewiesen.

Insgesamt scheint sich die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen als Konvergenzpunkt abzuzeichnen. Berücksichtigt man, daß mit dieser Entwicklung unter Annahme einer vierjährigen Legislaturperiode das statistische Durchschnittsalter der Erstwähler lediglich an die derzeitig geltende Regelung von 18 Jahren herangeführt würde, ist allzu großer Enthusiasmus bei Durchsetzung einer solchen Regelung übertrieben.

Beratende Kinder- und Jugendräte vor allem auf lokaler Ebene, Jugendforen und -parlamente sind die in Westeuropa am meisten verbreitete Form politischer Jugendbeteiligung. Diese Or-

ganisationen können projektbezogen oder thematisch offen, mehr oder weniger repräsentativ, mehr oder weniger formalisiert und institutionalisiert, sowie befristet oder unbefristet sein. Die größte Zahl an solchen Beteiligungsprojekten dürfte mit knapp 1.000 in Frankreich gegeben sein (Rossini/Vulbeau 1993); rund 300 bestehen im Vereinigten Königreich; mehr als 50% der schwedischen Gemeinden haben eine Form von Jugendrat eingerichtet oder bekunden Interesse daran; aber auch in Deutschland, Finnland, Österreich und den anderen Ländern der Union sind eine ganze Reihe solcher Erfahrungen zu berichten.

In der italienischen Stichprobe kommen zwar keine beratenden Kinder- und Jugendgemeinderäte vor. Dieses Phänomen ist einerseits durch den Datenzugang bedingt, andererseits dürfte sich darin auch weitgehend die Realität wiederspiegeln. Der italienische Bericht konstatiert einen deutlichen Rückstand Italiens bei der Einrichtung traditioneller und neuer jugendpolitischer Institutionen. Auch könnte die generell stärkere politische Polarisierung eine Begründung für Schwierigkeiten bei der Einrichtung überparteilicher Jugendgemeinderäte und die vorzugsweise Förderung verbandlicher Strukturen abgeben. Dennoch ist aus anderen Quellen (Pagliarini o. J.) bekannt, daß – wenn auch in geringerer Zahl – auch in Italien Jugendgemeinderäte existieren.

Im britischen und schwedischen Gutachten wird auch auf die Vernetzung von Jugendgemeinderäten eingegangen. Diese wird im Vereinigten Königreich durch regionale Koordinationsstellen gestützt: das Northern Ireland Youth Forum (für Nordirland), Youth Link Scotland und Connect Youth (für Schottland), sowie British Youth Council und Wales Youth Agency (für England und Wales). Eine derart systematische Vernetzung gibt es in Österreich nicht oder nur ansatzweise, jedoch dürften das gewachsene Interesse des Jugendministeriums am Thema Jugendbeteiligung, die Bereitschaft von Ländern und Gemeinden an dieser Frage mitzuarbeiten sowie die Existenz einer Forschungs-, Beratungs- und Dokumentationsstelle wie der Kommunalen Beratungsstelle in Graz günstige Vorbedingungen für eine derartige Vernetzung abgeben.

Während in den meisten Ländern noch vielfach berechtigte Zweifel bestehen, wieviele der Beteiligungsprojekte einer strengen Prüfung nach der Hartschen Skala standhalten würden, vermittelt das schwedische Gutachten den Eindruck eines besonders seriösen Umgangs der betroffenen Jugendlichen und Erwachsenen mit politischer Jugendbeteiligung in Schweden. Auch gibt es bereits eine größere Zahl (aus Jugendlichen und Erwachsenen zusammengesetzter) gemischter Kommissionen, die in ihrer Arbeitsweise an Strukturen der Sozialpartnerschaft in Österreich erinnern.

Zusätzlich zu den bisher genannten Formen der Jugendbeteiligung gibt es in faktisch allen Ländern Erfahrungen im Bereich der bestehenden Kinder- und Jugendorganisationen sowie der Jugendzentren. Auch advokative Modelle der Kinder- und Jugendanwaltschaft werden in den verschiedenen Gutachten ausgeführt.

1.2.3 Die Jugendlichen, ihre Lebenssituation und Einstellungen

Alle Gutachten thematisieren die Situation der betroffenen Jugendlichen und ihre Einstellung zur Politik.

Individualisierung und Umgang mit Unsicherheit

Der Begriff der Individualisierung beschreibt ein komplexes Phänomen, läßt aber in unserem Zusammenhang viele Fragen offen. Ist damit eine eigenständige Entwicklungstendenz der Jugend selbst gemeint, oder handelt es sich um die Auswirkung externer Prozesse der Abgabe von Verantwortung durch die Familie, was der Individualisierung im Bereich von Kindheit und Jugend eine residual-komplementäre, und daher prekäre Note verleihen würde?

Das deutsche Gutachten konstatiert ferner eine wesentlich frühere soziale und kulturelle Mündigkeit der Jugendlichen. Diese äußert sich, u. a. an der früheren emotionalen Ablösung von den Eltern, an der gestiegenen Eigenverantwortung für die Bildungskarriere, am stärkeren Einfluß der Gleichaltrigen, am selbstsichereren Konsumverhalten. Diesen Entwicklungen stünden auf der anderen Seite nur unzureichende Veränderungen im politischen System gegenüber. Im ökonomischen Bereich beobachten wir – sei es wegen verlängerter Bildungszeiten oder gestiegener Jugendarbeitslosigkeit – gar eine Verlängerung der Abhängigkeit von den Eltern. Unter Berücksichtigung dieser Widersprüche wäre die Individualisierung für Jugendliche, wenn keine prekäre, dann zumindest eine äußerst ambivalente Entwicklung.

Der Verarbeitung von Risiko wird auch im finnischen Gutachten nachgegangen. Dem traditionellen Kollektivismus und seinen Institutionen wird eine Absage erteilt. Eine flexiblere, individualistische, risiko-bereite, netzwerkartige Organisationskultur tritt an deren Stelle. Im Zusammenhang mit dieser optimistischen Interpretation der Risikoverarbeitung durch Jugendliche sei an einzelne Passagen des deutschen Gutachtens hingewiesen, wonach (neue) Anforderungen an und Überforderungen von Jugendlichen bisweilen nahe beisammen liegen.

Politikverdrossenheit

Alle Berichte stimmen darin überein, daß es die Politikverdrossenheit der Jugend schlechthin nicht gibt. Es gibt allenfalls eine Parteien- und/oder Politikerverdrossenheit. Es gibt ein verbreitetes Mißtrauen gegenüber etablierten Institutionen, es gibt andere politische Interessen sowie ein unterschiedliches Herangehen an Politik. Jedoch zeichnet sich die Jugend durch Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Themen aus. Insbesondere Fragen des Umweltschutzes, soziale Themen und der Kampf gegen Rechtsextremismus bewegen die Mehrheit der Jugendlichen. Dem politischen Establishment und den traditionellen Organisationen der politischen Parteien, aber auch Kirchen, Gewerkschaften und Jugendorganisationen wird von den deutschen Jugendlichen wenig Problemlösungskompetenz zugesprochen. Diese Einschätzung mündet häufig in politische Skepsis, welche jedoch nicht mit politischem Desinteresse verwechselt werden darf.

Der schwedische Bericht registriert sogar steigendes politisches Interesse bei Jugendlichen, allerdings manifestiert sich dieses auch dort zunehmend, außerhalb der traditionellen politischen Parteien. Auch in Schweden schwindet das Vertrauen in das politische Establishment. Jugendliche zeichnen sich durch ein neues Herangehen an politische Tätigkeit aus.

Besondere Gruppen von Jugendlichen

Zwei Gutachten beschäftigen sich mit besonderen Gruppen von Jugendlichen. Das deutsche Gutachten verweist auf geringere Bereitschaft von Mädchen, sich in den verschiedenen Formen politischer Jugendbeteiligung zu engagieren. Der finnische Bericht geht auf jugendliche Randgruppen ein, welche sich in den neuen Organisationsformen der politischen Beteiligung kaum wiederfinden. In diesem Zusammenhang wird festgestellt, daß Projekte, in denen auch marginalisierte Jugendliche zu finden sind, in ihren Strukturen und Wertvorstellungen mehr Ähnlichkeit mit den traditionellen Organisationen aufweisen.

Literatur

- Europäisches Parlament: Entschließung A4-0393/96 zum Schutz von Minderjährigen in der Europäischen Union, Protokoll der Sitzung vom 12. Dezember 1996
- Mortier, Freddy: Competence in Children: A Philosophical Perspective, In: Ghent Papers on Children's Rights nr, 2. Ghent 1997
- Pagliarini, Carlo: I consigli comunali dei ragazzi (CCR). Pratiche educative di partecipazione ed autoformazione, o. J
- Parliamentary Assembly of the Council of Europe: Recommendation 1286 (1996) on a European strategy for children, in: Wintersberger Helmut (ed.): Children on the Way from Marginality towards Citizenship. Childhood Policies: Conceptual and Practical Issues, Vienna EUROSOCIAL REPORT 61/1996
- Riepl, Barbara/Riegler, Anna: Jugendliche reden mit! Studie der Kommunalen Beratungsstelle für Kinder- und Jugendinitiativen, Graz 1997
- Rossini, Nathalie/Vulbeau, Alain: Les conseils municipaux d'enfants et de jeunes: à la recherche d'un dispositif de participation, anacej, IDEF, FAS 1993
- UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, in: Rauch-Kallat, Maria/Pichler, Johannes (Hrsg.): Entwicklungen in den Rechten der Kinder im Hinblick auf das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Wien-Köln-Weimar 1994

Andere Quellen: Rohfassungen von Projektberichten und Gutachten

Deutschland:

Hurrelmann, Klaus/Palentien, Christian: Stand und Perspektiven der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland, Manuskript 1998

Finnland:

Paakunainen, Kari: National report of Finland: Political participation of youth, Manuskript 1998

Italien:

Sgritta, Giovanni B. /Romano, Maria Clelia (with the collaboration of Manola Mangoni): Political participation of youth, Italy, Manuskript 1998

Schweden:

Ekman, Tiina: Political participation of youth in Sweden, Manuskript 1998

Vereinigtes Königreich:

Green, David R.: Children's participation in the United Kingdom, Manuskript 1998

2 Jugendbeteiligung in verschiedenen Lebensbereichen

Walther Launsky-Tieffenthal

2.1 Einleitung

2.1.1 Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Grundsätzlich lässt sich ein Unterschied zwischen Politik „für“ Kinder und Jugendliche und Politik „mit“ ihnen feststellen. Die Politik für Kinder und Jugendliche entspricht einer indirekten Methode, die Interessen und Bedürfnisse dieser Bevölkerungsschichte zu vertreten. Kinder sind dabei nicht kreativer, demokratischer oder offener als Erwachsene, sie sind nur anders und bringen aus diesem Grund andere, neue Aspekte und Perspektiven in den Entscheidungsprozeß hinein. Partizipation hängt eng mit „Autonomie“ zusammen, da erstere als eine Art Vorstufe zur Entwicklung der Selbstbestimmung gesehen werden kann.

Bevor über Partizipation geschrieben wird, soll eine Definition vorangestellt werden. Wir verstehen unter Partizipation nicht nur die im allgemeinen Sprachgebrauch verwendete Bedeutung des „Teilhabens an etwas“ sondern die weitergehende soziologische Definition, in der Partizipation als Bürgerbeteiligung, als die Teilhabe von Bürgern und Bürgerinnen am Prozeß der Willensbildung und Entscheidung in den verschiedensten Bereichen gesehen wird.

Der Artikel 12 des UN-Übereinkommens über die Rechte des Kindes definiert die Partizipation wie folgt:

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife. ...“

Die zentrale Aussage des Artikel 12 ist, daß jedes zu einer Meinung fähige Kind diese frei äußern darf, es zu diesem Zweck anzuhören ist und daß die Meinung auch angemessen in der Entscheidung berücksichtigt wird.

In den letzten Jahren wird die Diskussion um Kinderbeteiligung und Kinderpolitik immer lauter und breiter geführt. Worin begründet sich diese Aktualität?

Erstens sind Kinder und Jugendliche schon längst als Konsumenten erkannt worden. Die Medien wenden sich zunehmend an ein jüngeres Publikum und das hat zur Folge, daß dieses auch sehr viel mehr Informationen bekommt. Zweitens aufgrund dieser Bildungsinformationen wissen Kinder und Jugendliche schon sehr früh über Umweltprobleme, gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Faktoren Bescheid; sie bilden sich die Meinung zum jeweiligen Thema. Drittens kommt dazu, daß der Schulunterricht immer demokratischer und offener abläuft, so daß die Schüler schon in der Pflichtschule einen Einblick in politische Einrichtungen und deren praktische Arbeit erhalten. Ein vierter Grund, warum Kinderbeteiligung mehr Resonanz findet, ist die Überalterung der Gesellschaft. Der Anteil der Kinder sinkt rasant, die Gruppe der über 60jährigen steigt rapide an. Hier liegen auch die Spannungen im Generationenvertrag begründet. Der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung sinkt dramatisch ab. 1890 betrug der Anteil der unter 15jährigen noch 30 %. 1991 waren es nur noch 17,5 % und im Jahr 2000 werden es ca. 12 % sein.

2.1.2 Status quo

Die Situation, der sich Erwachsene gegenübersehen, ist also einigermaßen paradox. Einerseits akzeptieren sie, daß sie die von ihnen dominierten und verantworteten Bereiche irgendwann an nachfolgende Generationen abgeben müssen, verstehen daher auch, wie wichtig eine kontinuierliche Fortführung und Umsetzung sein kann, sind aber kaum in der Lage, die „späteren Erben“ möglichst frühzeitig (und wenn noch ein hohes Potential an Energie und Interesse vorhanden ist) in willensbildende – und Entscheidungsprozesse einzubinden. Dazu kommt, daß das „Altern“ (und „Dabei aktiv bleiben“) zu einem neuen Lebensgefühl geführt und auch entsprechende politische und wirtschaftliche Auswirkungen hat. So kommt es also zu der Situation des realen Machtverlustes – Partizipation muß dazu führen – auch noch ein Gefühl des verdrängt, hinausgedrängt Werdens. In weiten Bereichen des Arbeitsmarktes herrscht heute ein regelrechter Verdrängungswettbewerb „jung gegen alt“ (besonders bei den Jobs mit geringeren Qualifikationen). Es ist daher kein Wunder, daß ältere Menschen Partizipation auch als „Wegdrängen der Alten“ erleben. Positive Stimmungen entstehen dadurch sicher nicht.

Daher kann man sich bei einigen „Partizipationsmodellen“ des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich um simple „Alibihandlungen“ ohne weitreichendere Optionen handelt. Argumente wie: „Hatten wir auch nicht, als wir jung waren“ oder „Die sollen erst einmal etwas lernen“ oder „Das wäre ja noch schöner, wenn ich mich nach diesen, ... richten sollte“ oder „Ich hab' mir auch alles selber schaffen müssen“ sind auch heute noch im Standardrepertoire vieler Erwachsener zu finden. Einer vernünftigen Form der Partizipation sind sie, wie leicht nachvollziehbar ist, nicht gerade förderlich.

Dazu kommt auch noch, daß es vielfach dort, wo Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche durchaus verankert wären, zu bemerkenswerten Unterschieden zwischen „Geschriebenem“ und den daraus entstehenden Handlungen oder Auswirkungen kommt.

Den Arbeitsplatz der Kinder stellt heute die Schule dar. So haben Hauptschüler eine Gesamtbelastung (Schule, Lehrzeit, Schulweg) von 39 bis 48 Stunden pro Woche. Und Schüler der AHS-Unterstufe eine Gesamtbelastung von 41 bis 50 Stunden wöchentlich.

Einen wesentlichen Lebensbereich stellt für Kinder die nähere Umgebung – das soziale Umfeld – dar. Vor allem im Stadtbereich sind sie in ihrer Freiheit, sich in diesem Umfeld zu bewegen und dort zu spielen, sehr eingeschränkt.

Für eine kindergerechte Stadt ist folgendes zu fordern: Erhaltung von Naturspielräumen, Verkehrsberuhigung/Spielstraßen, Abenteuerspielplätze, mobile Spielplätze, Vernetzung der Spielangebote. Kinder brauchen nicht einen großen Platz zum Spielen, sie brauchen viele kleine Plätze. Diese Plätze müssen wir heute bei jeder größeren Siedlungserweiterung berücksichtigen – die Siedlungsstraße als einziger öffentlicher Raum ist zu wenig. Eine kinderfreundliche Gemeinde zeichnet sich nicht durch einen großen, möglichst kostspieligen Kinderspielplatz aus, sondern durch verschiedene Spielmöglichkeiten auf vielen verschiedenen Plätzen für die verschiedenen Altersstufen.

2.1.3 Bauen für die Zukunft

Die NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft hat gemeinsam mit der NÖ Baudirektion die Aktion „Bauen für die Zukunft“ ins Leben gerufen. Kindern, Eltern und Großeltern soll es ermöglicht werden, durch kostenlose Beratung an allen Gebietsbauämtern barrierefrei und zukunftsorientiert bauen zu können. Damit soll auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Wohnraum- und Freizeitgestaltung Rücksicht genommen werden.

2.2 Partizipation in verschiedenen Lebensaltern

2.2.1 Partizipation im Kindergarten

Nach derzeitiger Rechtslage gibt es in Österreich keinen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, noch ist die öffentliche Hand verpflichtet, öffentliche Kindergärten zu errichten. Die betreffenden Gesetze behelfen sich mit „Soll“-Bestimmungen.

Integrationsgespräche am Beispiel Niederösterreichs

Im NÖ Kindergartengesetz 1996 (LGBI. 5060) wird die Integration von Kindern mit Behinderungen und Entwicklungsbeeinträchtigungen in zweifacher Form geregelt:

- Gestützte Einzelintegration in Allg. Kindergartengruppe (§ 6),
- Heilpädagogische Integrative Kleingruppen (§ 3 (2)).

Die häufigste Versuchsform ist die gestützte Integrationsform, bei der eine wohnbereichsnahe Integration von ein bis max. zwei Kindern mit besonderen Bedürfnissen in die Allgemeine Kindergartengruppe stattfindet. Bei der gestützten Einzelintegration ist die Mitentscheidung des sogenannten örtlichen Begleitnetzes von Bedeutung. Mitglieder sind KindergartenleiterInnen, Eltern, Bürgermeister/Gemeindevertreter, KindergarteninspektorInn, SozialarbeiterInn, MitarbeiterIn der pädagogischen Beratung der NÖ Landesregierung und des Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsdienstes. Bei den Integrationsgesprächen werden im Hinblick auf die Bedürfnisse des Kindes Rahmenbedingungen abgeklärt und die notwendigen Maßnahmen und Ziele für die Integration definiert.

Im Gegensatz zu den Heilpädagogisch – Integrativen Kindergärten, deren Rahmenbedingungen genau festgelegt sind, wird bei der Einzelintegration, ausgehend von den vorhandenen Ressourcen, individuell auf die Bedürfnisse des Kindes eingegangen (Fördermaterialien, Integrationszeit, Raumausstattung, etc.). Die interdisziplinäre und partizipatorische Zusammenarbeit ist daher eine notwendige Voraussetzung für pädagogisch sinnvolle Integrationsmaßnahmen.

NÖ Kindergartenstatistik 1997/98

In NÖ gibt es derzeit: 1.016 Kindergärten, 1.946 Kindergartengruppen, ca. 45.000 Kindergartenkinder, 466 Kinder mit besonderen Bedürfnissen in wohnortnaher Einzelintegration, 83 Kinder mit besonderen Bedürfnissen in Heilpädagogischen Gruppen, 339 teilzeitl. Stützkräfte in Einzelintegration, 114 heilpädagogische KindergartenleiterInnen.

Integration auf dem Gebiet des Kindergartenwesens nimmt in NÖ eine vorbildliche Position ein. Doch wie die vorliegende Statistik zeigt, sind die notwendigen Rahmenbedingungen, auch in personeller Hinsicht, noch nicht in jenem Ausmaß vorhanden, wie es für die anspruchsvolle Aufgabenstellung der Integration erforderlich wäre.

„Der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.“ (Khalil Gibran)

Partizipation der Eltern

Eltern übernehmen wichtige Funktionen bei den partizipatorischen Bestrebungen in Kindergarten. Einmal jährlich finden in jedem Viertel Niederösterreichs (Wein-, Wald-, Most-, und Industrieviertel) Seminare statt, die Eltern behinderter Kinder für KindergartenpädagogInnen halten.

Gründung eines Elternbeirates: Diese Möglichkeit der Elternpartizipation wird jedoch in NÖ derzeit nur von ca. 280 Kindergartengruppen genutzt. Insgesamt gibt es 1946 Kindergartengruppen in NÖ.

Partizipation der Kinder

Kindergärten, die nach dem Prinzip der Montessori Pädagogik geführt werden, bieten dem Kind die Rahmenbedingungen durch selbsttätiges Tun, die eigenen Fähigkeiten zu entdecken. Die Beschreibung eines „Offenen Kindergarten“ soll die Mitgestaltungsmöglichkeit der Kinder verdeutlichen:

Der Kindergartenbereich ist so gestaltet, daß die Kinder eine vorbereitete Umgebung nach Maria Montessori zu Verfügung haben:

- Gruppenraum

Der Gruppenraum ist wiederum in kleine Bereiche unterteilt: Bauecke, Malbereich, Bastelbereich, Rollenspielbereich, Jausenplatz, Bereich für Sinnesübungen, ... Die Kinder können die vielfältigen Angebote nach Belieben in Anspruch nehmen.

- Begrüßungsraum, Küche und Waschraum

Die Kinder haben z. B. die Möglichkeit, selbst zu kochen, den Begrüßungstisch zu gestalten oder sich im Waschraum zu schminken.

- Turnsaal oder Garten

Abhängig vom Wetter bietet entweder Garten oder Turnsaal Raum für z. B. freies Arbeiten mit verschiedenen Materialien, Tanzen, Rhythmik, Erproben von Turngeräten, ...

In jedem dieser drei Bereiche begleitet, beobachtet oder bietet ein(e) Kindergärtner(in) zusätzliche Angebote an. Ihrem Alter und Entwicklungsstand entsprechend, können die Kinder selbsttätig Erfahrungen sammeln und in eigener Verantwortung entscheiden wo, wann, wie lange und mit wem sie bei einer Tätigkeit verweilen.

Die Führung eines Kindergarten nach dem beschriebenen pädagogischen Prinzip hat eine Verschiebung der Aufgaben der KindergärtnerInnen zu Folge. Nicht mehr die Tätigkeit und der Versuch, daß alle Kinder zur selben Zeit das Selbe tun, steht im Vordergrund, sondern Begleitung und Beziehung. Dies erfordert Weiter- und Fortbildung der KindergärtnerInnen und den Mut, sich auf Neues einzulassen.

2.2.2 Schule und Arbeitsplatz

Partizipation im Schulbereich

Die Möglichkeiten der Schülerinnen und Schüler, im Rahmen der Schülermitverwaltung, über Klassen- und Schulsprecher sowie über den Schulgemeinschaftsausschuß Einfluß auf die Gestaltung und Regelungen im Schulbereich zu nehmen, sind im SchUG §§ 57 ausführlich beschrieben und kommentiert. Sie reichen von der aktiven Teilnahme (und damit Gestaltung) am Unterricht bis zur Möglichkeit, über Klassen- und Schulsprecher in den verschiedensten Gremien mitzuwirken. Lediglich in der Vorschule und den ersten vier Schulstufen müssen sie sich in ihren Anliegen durch die Eltern in den Schulforen vertreten lassen.

Bei genauerer Betrachtung fällt allerdings auf, daß die Schüler in den meisten Gremien nicht nur unterrepräsentiert (gegenüber den Lehrkräften und den Eltern) sind, sondern auch ihre „Befugnisse“ über eine Mitbestimmung auf die unterrichtsrelevanten Bereiche beschränkt sind. So wird das in § 57 Abs. 2, 1d SchUG angeführte „Recht auf Teilnahme an Lehrerkonferenzen“ auf eine Art und Weise eingeschränkt, daß sich bei einem außenstehenden Beobachter die Frage aufdrängt, wozu dieses „Recht“ überhaupt angeführt worden ist.

Nur im Schulgemeinschaftsausschuß gibt es eine Drittelparität. In diesen werden je drei Vertreter der Lehrerschaft, der Eltern und der Schüler gewählt. Aber auch dort sitzen somit drei Jugendliche sechs Erwachsenen gegenüber.

Ein Blick in die Praxis zeigt, wie sehr auch in diesem Bereich die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, vom guten Willen der Erwachsenen abhängt. Partizipative Prozesse im Schulbereich verlangen ein tiefgehendes Umdenken der Pädagogen. Das erlebte Gefühl, daß die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an gestaltenden Prozessen mit der „Einschränkung“ der eigenen Bewegungs- und Gestaltungsfreiheit gekoppelt ist, verlangt eine gesunde Portion Selbstwertgefühl, um sie zuzulassen. An Stelle der Bereicherung durch neue Ideen und das kreative Potential der Kinder und Jugendlichen scheint ein Konglomerat aus Machtverlust, zusätzlicher Belastung sowie den Störungen gewohnter Abläufe zu treten. Daß bei einer derartigen Befindlichkeit die Sensibilität für demokratische Vorgangsweisen auf der Strecke bleiben kann, darf nicht verwundern. Die als neues Gestaltungselement dazugekommene Möglichkeit der Lehrerbeurteilung wird die Situation in den nächsten Jahren sicher nicht entspannen.

Die Ausübung der verschiedenen Funktionen im Bereich der Schulpflichtdemokratie durch Schüler hängt zur Zeit sicher vom persönlichen Geschick jeder(s) einzelnen ab. Befinden sie sich doch in einer klassischen Konfliktsituation. Einerseits sollen sie Anliegen, die möglicherweise den Intentionen der Lehrer entgegenstehen, entsprechend vertreten, andererseits sind sie zu beurteilende Schüler. Dazu kommt noch, daß die Funktionen in diesem Bereich immer wieder mit dem Fernbleiben von Unterrichtsveranstaltungen verbunden sind und eine zusätzliche Belastung darstellen. Es ist auch die Frage zu stellen, ob massive Schwierigkeiten bei der Ausübung von Rechten nicht dazu beitragen, daß sich vielleicht eines Tages niemand findet, der sich noch engagieren will. Dann sind der Argumentation, daß ja sowieso kein Interesse an der aktiven Mitgestaltung vorhanden ist, Tür und Tor geöffnet. Daß derartige Lernprozesse einer demokratischen Denk- und Handlungsweise nicht zugute kommen, liegt auf der Hand.

Sich selbst die Chance von neuen Lernerlebnissen zu ermöglichen und den Kindern und Jugendlichen auf eine wirklich partnerschaftliche Art und Weise entgegenzukommen, wird unserer Ansicht nach von den Lehrerinnen und Lehrern noch viel zu wenig genutzt. Oft wird die subjektive Sicherheit altbewährter und erprobter Methoden gesucht, statt neue, innovative Wege zu gehen. Etwas mehr Experimentierfreudigkeit wäre dem gesamten Schulbereich nur zu wünschen.

Partizipation an Berufsschulen

Jugendliche, die in einem Lehr- oder in einem sonstigen Ausbildungsverhältnis stehen, haben über ihre berufliche Ausbildung hinausgehend eine Berufsschule zu besuchen (Berufsschulpflicht; Land- und forstwirtschaftliche Berufsschulpflicht). Österreich ist stolz auf dieses duale Ausbildungssystem. Im Berufsausbildungsgesetz sind die Schutzbestimmungen für Lehrlinge festgehalten. In der Berufsschule sind SchülervertreterInnen als

- KlassensprecherInnen,
- TagessprecherInnen (an ganzjährigen Berufsschulen),
- AbteilungssprecherInnen (für eine bestehende Fachabteilung) und
- SchulsprecherInnen (2 StellvertreterInnen)

vorgesehen. Den SchülervertreterInnen und den Mitgliedern des Landes- und Bundesschülerbeirates ist während der Unterrichtszeit die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderliche Freizeit zu gewähren.

Partizipation am Arbeitsplatz

In jedem Betrieb, in dem dauernd mindestens fünf Arbeitnehmer beschäftigt werden, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ist ein Jugendvertrauensrat zu errichten. Seine Aufgaben sind, u. a.

- Beantragung von Maßnahmen und Beseitigung von Mängeln in Angelegenheiten, die die jugendlichen Arbeitnehmer des Betriebes betreffen;
- Überwachung der Einhaltung der für das Arbeitsverhältnis jugendlicher Arbeitnehmer geltenden Vorschriften;
- Teilnahme eines Mitgliedes an den Unterweisungen über bestehende Unfallgefahren im Betrieb;
- Vorschläge in Fragen der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung jugendlicher Arbeitnehmer;
- Teilnahme eines Mitgliedes an den Beratungen zwischen Betriebsrat und Betriebsinhaber.

Die Gleichbehandlung von Lehrverhältnissen in Österreich zwischen inländischen und ausländischen Personen wird derzeit sehr restriktiv ausgelegt und müßte aufgrund der Europäischen Sozialcharta, die Österreich ratifiziert hat, geändert werden.

2.3 Freizeit

2.3.1 Jugendschutz

„Für junge Menschen ist Ruhe immer die Unruhe selbst“ (Stefan Zweig).

Deshalb ist für Jugendliche das „Jung-sein“ meistens gar nicht so leicht. Natürlich werden sie manchmal um ihre Jugend beneidet.

In der österreichischen Rechtsordnung sind die Definitionen unterschiedlich. Im Jugendgerichtsgesetz versteht man unter „Jugendlichen“ die 14- bis 19jährigen, im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch spricht man von „minderjährigen Personen“ und meint damit diejenigen, die das 19. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, also noch nicht „volljährig“ sind. Ein enorm wichtiger Einschnitt: Das 14. Lebensjahr, mit dessen Vollendung der Minderjährige „mündig“ wird und damit gewisse Rechte (z. B. Verfügungserrecht über Arbeitseinkommen) erhält. Klar, daß auch Pflichten und Verantwortlichkeiten dazukommen, für die früher die Eltern geradestanden. Man sieht: Bis 14 gilt man als „Kind“, bis zur Volljährigkeit als „Jugendlicher“.

Das NÖ Jugendgesetz, in dem die Jugendschutzbestimmungen geregelt sind, versteht unter Kindern Personen bis zur Vollendung der allgemeinen Schulpflicht, auch wenn sie von dieser Schulpflicht im Einzelfall befreit sind. Als Jugendliche Unverheiratete nach der Vollendung der allgemeinen Schulpflicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres mit Ausnahme der Präsenz- oder Zivildiener.

Aufgrund unseres föderalistischen Staatenaufbaus – die Kompetenz für Jugendschutz liegt bei den einzelnen Bundesländern – ergeben sich besonders im Grenzbereich von Bundesländern teilweise unverständliche Vorschriften. Zum Beispiel ist die Ketzergasse in Wien 23., auf der einen Seite in Wien, auf der anderen Seite in Niederösterreich, so daß die Altersgrenzen für den Besuch eines Gasthauses oder Kinos verschieden sind, je nachdem auf welcher Straßenseite der Betrieb liegt. Unseres Erachtens sollten einheitliche Altersbestimmungen für alle österreichischen Jugendlichen gleich gelten, trotzdem sollte jedes Bundesland für seine Jugendlichen individuelle Schutzbestimmungen erlassen können.

2.3.2 Selbstbestimmung

Die Neigung zum politischen Engagement – im Gegensatz zum parteipolitischen Engagement – und die Bereitschaft zum politisch aktiven Handeln der Jugend kann als Indikator für ein politisches Interesse gelten. Dies bedeutet nicht unbedingt die Mitgliedschaft in einer politischen Partei. Es zählen auch unkonventionelle Aktivitäten, wie z. B. die Teilnahme an Demonstrationen, Bürgerinitiativen oder Unterschriftenaktionen oder die Mitgliedschaft in einer parteipolitisch unabhängigen Jugendorganisation, wie z. B. : Rot-Kreuz-Jugend, Jugendfeuerwehr, Global 2000, Greenpeace, Blasmusik, Volksmusik, Jazzband, Chor, Alpenvereinsjugend.

Jugendliche von heute sind weder desinteressierter oder am Leben weniger beteiligt als frühere junge Generationen. Eines jedoch hat sich nachhaltig geändert. Anstatt sich, wie früher, eher einer parteipolitischen Gruppierung anzuschließen, engagieren sich Jugendliche mehr im sozialpolitischen Bereich, zu Themen des Umweltschutzes und ähnlichen Aktionen. Wichtig dabei ist auch noch, daß das „was“, das „wie“ und vor allem das „bis wann“ oder „wie lange“ konkretisiert wird. An Stelle lebenslanger ideologischer oder sonstiger Bindungen tritt also zeitlich begrenztes, intensives und zielorientiertes Engagement. Die höhere Informationsdichte, der bessere Zugang zu Informationen bringen auch eine höhere Flexibilität, eine bessere Möglichkeit, reagieren zu können und sicher auch eine erhöhte Fähigkeit, sich seine eigene Meinung zu bilden. Auf dieses veränderte Verhalten nicht einzugehen heißt aber auch, ein hohes Potential an Kreativität und Gestaltungsmöglichkeiten brachliegen zu lassen.

2.4 Kommunale Partizipation

2.4.1 Die Gemeinde

Ein Öffentlichkeitsbereich von zentraler Bedeutung für Kinder und Jugendliche ist die Gemeinde. Sie kennt die Situation der Kinder aus erster Hand, sie hat die Kompetenz, den Einfluß und die Möglichkeit für eine kinderorientierte Öffentlichkeit in ihrem Lebensbereich zu sorgen. Sie hat die Verantwortung zur Einbeziehung des jungen Bürgers in die Öffentlichkeit, in die Gemeinde und damit zur Fortentwicklung eines demokratischen Gemeinwesens.

Voraussetzung dafür, die Öffentlichkeit der Gemeinde im Interesse und unter Mitwirkung der Kinderbürger zu gestalten, ist eine kinderorientierte Gemeindepolitik. Es genügt nicht, einmal im Jahr kinderfreundliche Aktionen zu organisieren oder einen neuen Spielplatz für Kinder anzulegen. Zur Herstellung und Sicherung einer kommunalen Kinderöffentlichkeit sollte in den Gemeinden eine zentrale Koordinierungsstelle (Jugendgemeindereferent, Jugendgemeinderat) geschaffen werden. Diese Koordinierungsstelle müßte für jedes Kind der Gemeinde direkt erreichbar sein.

2.4.2 Kommunale Projekte

Auf Initiative der Kommunalen Beratungsstelle für Kinder und Jugendinitiativen in Graz und des ORF wurde 1991 die Aktion „Kinder reden mit“ in ganz Österreich gestartet. Daraus entwickelten sich die verschiedensten Formen von Partizipation Kinder und Jugendlicher auf kommunaler Ebene, wie z. B. : Stadtjugendrat in Graz, Kindergemeinderat in Kapfenberg, Jugendzentrum Bärnbach, Tiroler Landtag der Jugend, Horner Jugendforum, SchülerInnengemeinderat in Krems, SchülerInnenparlament in Gerasdorf, Kinder- und Jugendbeirat Wien-Meidling, Breitenbrunner Jugendforum, Kindergemeinderat Brunn/Gebirge, Kindergemeinderat Ober-Grafendorf. Alleine in Niederösterreich gibt es 34 Gemeinden, die ein Kinder- und Jugendforum haben. In 117 NÖ Gemeinden arbeitet die Gemeinde bei Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen in Schulen zusammen.

Es ist sehr erfreulich, wenn sich die kommunale Partizipation immer mehr durchsetzt. Es wird jedoch noch eines langen Prozesses bedürfen, bis die Wünsche und Vorschläge der Jugendlichen optimal umgesetzt werden können.

2.4.3 Spiellandschaft NÖ

Seit 1993 befassen sich Experten und Kinder mit der Einbindung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen bei der Planung ihrer Spielräume. Die Spiellandschaft NÖ veranstaltete einen Wettbewerb „Spielräume“, eine Enquête „Spielräume für Spielräume“ und ein Seminar „Spielerisches Erobern von Spielorten“, NÖ soll eine bunte abenteuerliche Spiellandschaft werden, in der Kinder ihre Spontanität, Kreativität und Neugier ausleben können.

Die Kinder und Jugendlichen wünschen sich eine Umgebung, die sie nach Lust und Laune verändern können, die spannende Abenteuer für alle Altersgruppen bereithält und die sie mit den verschiedensten Materialien gestalten. Diese Projekte zeigen auch, daß Spiel- und Freiräume einen wichtigen Stellenwert in der Gemeinde bekommen.

2.5 Partizipation in familienrechtlichen Angelegenheiten

Partizipation im besten Sinn des Wortes erscheint uns besonders dort wichtig, wo Entscheidungen getroffen werden, die massive Auswirkungen auf die zukünftige Lebensführung und -gestaltung von Kindern und Jugendlichen haben. Einer dieser Bereiche, der wie kaum ein anderer das Leben und die Befindlichkeit von Kindern und Jugendlichen beeinflußt, kann mit dem Begriff „Außerstreitverfahren“ zusammengefaßt werden. Damit sind alle Verfahren und Ereignisse gemeint, die sich an die Scheidung oder Trennung zweier Menschen anschließen, die Eltern eines oder mehrerer Kinder sind.

Wie heißt es im ABGB, wenn es darum geht, zu bestimmen, wo ein Kind nach einer Trennung leben soll, wie es den nicht mehr im selben Haushalt wohnenden Elternteil treffen kann:

Berücksichtigung der Meinung des Kindes

§ 178 b : Vor Verfügungen, die die Pflege oder Erziehung eines Kindes betreffen, hat das Gericht das Kind tunlichst persönlich zu hören; ein noch nicht zehnjähriges Kind kann auch durch den Jugendwohlfahrtsträger oder in anderer geeigneter Weise befragt werden. Das Kind ist nicht zu hören, wenn durch die Befragung oder durch einen Aufschub der Verfügung das Wohl des Kindes gefährdet wäre oder im Hinblick auf das Alter oder die Entwicklung des Kindes eine Meinungsäußerung nicht zu erwarten ist.

Was hieße nun aber im Sinne der obigen Definition „Partizipation“ ?

Sollte es sich dabei nicht um eine – an das Alter der betroffenen Kinder und Jugendlichen angepaßte – Form der „Teilhabe am Prozeß der Willensbildung und Entscheidung“ handeln, vor allem deshalb, da sich die Auswirkungen der dabei getroffenen Entscheidungen auf das Nachhaltigste auf das weitere Leben der Kinder und Jugendlichen auswirken.

Weit gefehlt. Auch dort, wo die Entscheidungen die Kinder und Jugendlichen direkt betreffen, sind deren Wünsche nur „ein weiterer in die Entscheidung einzubeziehender Faktor“, und die gängige Entscheidungspraxis der Gerichte zeigt, daß Erwachsenenmeinung weit mehr zählt als die Wünsche der Kinder und Jugendlichen. Wer sich die Mühe macht, die entsprechende Sammlung von Beschlüssen durchzugehen, kann zwar jede Menge gegen den deklarierten Willen von Kindern bzw. Jugendlichen gerichtete Entscheidungen finden, z. B.: Stellungnahme Unmündiger (= unter 14 Jahren) zur Besuchsrechtsfrage unbeachtlich (EFSIg. 80.961), kaum aber eine Entscheidung, die den Wunsch und die Befindlichkeit der primär Betroffenen unterstützt. Das Verhältnis ist in einer Größenordnung von 50 : 1.

Daß es anders auch geht (und richtungsweisend wäre) soll aber auch aufgezeigt werden. Im selben Band (EFSIg. 81.000) heißt es im Zuge einer Begründung: „... kein Kontakt, bis der Minderjährige (= Kind oder Jugendlicher) seine psychischen Wunden verarbeitet hat“.

Auch die jetzt sehr forcierte Methode der Mediation ist, zumindestens in der Form, wie sie der Kinder- und Jugendarbeitschaft bekannt ist, eine Regelung für Erwachsene. Die Eltern teilen die Regelungen und Vereinbarungen für die Zeit nach der Scheidung/Trennung (bestenfalls) im Anschluß daran den Kindern mit. Die direkt Betroffenen haben also weder die Möglichkeit einer gleichwertigen Mitarbeit an der Entscheidungsfindung, noch erleben sie die Eltern mit der Kompetenz, Probleme produktiv zu lösen (in ihrer Inkompetenz haben sie die Eltern während des vorangehenden Scheidungskonfliktes lange genug erlebt). An diesem kurzen Beispiel läßt sich auch klar nachvollziehen, warum Partizipation für Kinder und Jugendliche so wichtig ist.

Im Erleben und damit Erlernen von Prozessen der (demokratischen) Willensbildung und Entscheidungsfindung bilden sich Modelle, die im ganzen weiteren Leben beeinflussend für das Verhalten der späteren Erwachsenen sein werden. Aus diesem Modell heraus wird auch der Widerstand vieler Erwachsener gegen Partizipationsmodelle verständlich. Änderungen in diesem Bereich wären – auch auf Grund der vielen von Scheidung oder Trennung betroffenen Kinder – dringendst notwendig. Diskussionen werden jedoch gerne unter dem Hinweis auf § 178 b und die damit bestehenden Möglichkeiten verweigert.

2.6 Wahlaltersenkung

2.6.1 Historischer Überblick

Aufgrund der Pillersdorfschen Verfassung von 25.4.1848 waren nur selbständige besitzende männliche Bürger ab dem 24. Lebensjahr wahlberechtigt. Das Wahlrecht war vorrangig auf das Steueraufkommen ausgerichtet, so daß ein Großteil der Bevölkerung von diesem ausgeschlossen blieB. Erst 1873 kam es mit der Reichstagswahlordnung zur Einführung des direkten Wahlrechtes, wobei die Voraussetzung die Erbringung der Steuerleistung von 10 Gulden war. 1882 wurde diese Steuerleistung auf 5 Gulden reduziert, wodurch der wohlhabendere Teil des Kleinbürgertums und der Bauernschaft das Wahlrecht erhielt. Im Februar 1919 wurden die Frauen erstmalig in Österreich wahlberechtigt. Das aktive Wahlalter wurde auf die Vollendung des 20. Lebensjahres zum 1. Jänner des Wahlalters heruntergesetzt, das passive auf die Vollendung des 24. Lebensjahres. 1971 wurde das Wahlalter auf das vollendete 19. Lebensjahr und 1992 auf das vollendete 18. Lebensjahr heruntergesetzt. Das passive Wahlalter wurde 1992 von 21 Jahre auf 19 Jahre gesenkt. In Österreich wurde mit April 1998 das aktive Wahlalter zur Arbeiterkammerwahl auf 15 Jahre gesenkt.

2.6.2 Derzeitige Diskussion

In den letzten Jahren wurde die Forderung nach einer Senkung des Wahlalters in den verschiedenen österreichischen Bundesländern je nach politischer Situation eingehend diskutiert. Es gibt die Forderung der Herabsetzung des Wahlalters

- a) für die Gemeinde- bzw. Bezirksvertretungen auf 14 Jahre und
- b) für den Landtag auf 16 Jahre.

Warum reduzieren?

Eine radikale Herabsetzung des Wahlalters würde die politischen Parteien bzw. ihre Kandidaten dazu zwingen, für diese neue Wählerschicht ein eigenes Wahlprogramm vorzubereiten und während der Legislaturperiode durchzusetzen. Bei einer geringfügigen Reduzierung des

Wahlalters wäre aufgrund der wenigen zusätzlichen Wahlberechtigen mit keinem eigenen Wahlprogramm zu rechnen. Die derzeitigen Wahlprogramme sind wenig angetan, den Jugendlichen die Politikverdrossenheit zu nehmen.

Reife

Dem oft gebrauchten Argument der Unreife ist entgegenzuhalten, daß die Erfüllung eines wie auch immer gearteten Reifekriteriums von keiner anderen Altersgruppe oder Wählerschicht erwartet wird. Wir fordern daher einen verstärkten Politikunterricht ab der 5. Schulstufe.

Manipulationsgefahr

Das Argument, Jugendliche sind so leicht beeinflußbar, geht in die Leere, denn beeinflußbar sind wir alle, ansonsten wäre jeder Wahlkampf sinnlos und die Plakate, Postwurfsendungen und Fernsehdiskussionen wären hinausgeworfenes Geld.

Projekt

Der Kommunalpolitiker, der sich zeitgerecht mit den Problemen der Jugendlichen auseinandersetzt, wird damit nicht nur mündige Wähler, sondern auch interessierte Mitarbeiter in der Gemeinde gewinnen können, wobei der Traum vom lebenslangen Wähler schon lange ausgeträumt ist. Jugendliche sind gerne bereit, sich für ein sie betreffendes Projekt zu interessieren und voll einzusetzen, nach der Realisierung ziehen sie sich zurück und widmen sich anderen Aktivitäten.

2.6.3 Modelle der Wahlaltersenkung

Senkung des Wahlalters

Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre: Wie in der historischen Entwicklung des Wahlrechtes gezeigt wurde, kam es im Laufe des 20. Jahrhunderts mehrmals zu Wahlaltersenkungen. Dieses Modell der Wahlaltersenkung wird in den verschiedenen Bundesländern von verschiedenen Parteien und deren Jugendorganisationen vertreten und ist in drei deutschen Bundesländern auch schon durchgesetzt worden.

Aufhebung aller Altersgrenzen

Oft auch als Kinderwahlrecht oder Wahlrecht ab 0 bezeichnet. Im Rahmen eines Vortrages der Hamburger Justizsenatorin, Lore Peschel-Gutzeit, argumentierte die frühere hohe Richterin folgenden Standpunkt: „Das Wahlrecht entsteht wie alle anderen Rechte und Grundrechte mit der Geburt. Alle anderen Grundrechte hat ja ein Baby auch.“ Diese Position ist zweifelsohne die provokanteste.

Familienwahlrecht

Als Konsequenz zur vollständigen Beseitigung der Altersgrenze sollten die Interessen der minderjährigen Kinder von ihren Eltern bei der Wahl vertreten werden. Der Haupteinwand gegen ein derartiges Modell ist die Problematik des „Persönlichen Wahlrechts“, das damit unterlaufen wird.

Es geht auch anders

Im Rahmen eines Besuches, 1996, waren Jugendliche der Medienwerkstatt für Nichterwachsene K.R.Ä.T.Z.Ä. aus Berlin-Brenzlauer Berg in der NÖ Landesregierung zu Besuch und berichteten folgendes:

a) Zwei 13jährige Jugendliche haben durch einen Anwalt beim Deutschen Bundesverfassungsgerichtshof eine Beschwerde gegen das Staatsgrundgesetz eingebracht, da sie aus der Bestimmung „... alles Recht geht vom Volk aus ...“ die Ansicht vertreten, es müsse ihnen ein Wahlrecht zustehen. Der Bundesverfassungsgerichtshof hat diese Beschwerde mit dem Hinweis der Verjährung abgewiesen. Der Gesetzesbeschluss sei 1948 erfolgt, daher wäre eine Berufung nur bis 1949 zulässig gewesen. Zu diesem Zeitpunkt waren die beiden minderjährigen Antragsteller noch nicht auf der Welt.

b) Ein 16jähriger Berliner hat einen Antrag auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis für die Bundestagswahl 1989 gestellt und erhielt einen negativen Bescheid. Dagegen wurde berufen und nach Erschöpfung des Instanzenzuges wird das Verfahren vor den Bundesverwaltungsgerichtshof gebracht werden.

Das deutsche Grundgesetz geht über ein allgemeines Schutzrecht der Kinder sowie die Elternpflicht zu Erziehung und Pflege des Kindes nicht hinaus, insbesondere fehlen Garantien für Kinder über Mitbestimmung. In beiden Fällen wäre nach der österreichischen Rechtssprechung keine positive Erledigung zu erwarten.

2.7 Parteistellung in Justiz und Verwaltung – Rechte von Kindern und Jugendlichen

Einige Beispiele von altersrelevanten österreichischen Gesetzesbestimmungen:

5 Jahre

§ 181a ABGB: Anhörungsrecht des Kindes (Adoption)

10 Jahre

§ 178b ABGB: Berücksichtigung der Meinung des Kindes, Anhörung des Kindes bzgl. Pflege und Erziehung

zwischen 10 und 14 Jahren

§ 8 Abs. 2 Namensänderungsgesetz (NÄG): Anhörungsrecht bei Namensänderung

14 Jahre

§ 147 ABGB: Anrufung des Gerichtes wegen Ausbildung

§ 151 Abs. 2/3 ABGB: beschränkte Geschäfts- und Handlungsfähigkeit

§ 152 ABGB: Verpflichtung zu Dienstleistungen (z. B. Lehr- und Ausbildungsvertrag)

§ 153 ABGB: Verschuldensfähigkeit bzgl. Schadenersatz

§ 162a ABGB: bei Legitimierung Zustimmung zur Namensänderung

§ 163d ABGB: Zustimmung bei Widerspruch gegen Vaterschaftsanerkenntnisse

§ 165a ABGB: Zustimmung bei Namensgebung

§ 1 Abs. 2 NÄG: Recht auf Namensänderung, Zustimmung des Antrages auf Namensänderung

§ 5 Abs. 5 NÄG: Zustimmung bei Namensänderung der Eltern wegen Erstreckung der Wirkung

§ 1 Zif. 3 JGG: Jugendstrafat – Straffähigkeit

§ 1 Abs. 2 RelUG: Abmeldung vom Religionsunterricht

15 Jahre

§ 1 Abs. 2 EheG: Gerichtsantrag auf vorzeitige Ehemündigkeit der Frau

16 Jahre

Bestimmung des JWG: Minderjährige unter 16 Jahren ...

§ 1 Abs. 1 EheG: Ehemündigkeit der Frau

§ 64 Abs. 1 KFG: Lenken eines Motorrades

§ 64 Abs. 4 KFG: Lenkerberechtigung für Gruppe F (Traktor)

18 Jahre

§ 1 Abs. 2 EheG: Mann auf Antrag ehemündig

§ 12 Abs. 3 JSchG: Erwachsene

§ 174 Abs. 1 ABGB: Volljährigkeit

§ 175 ABGB: durch Heirat volljährig

§ 591 ABGB: Zeuge bei letzten Anordnungen (Testament)

§ 866 ABGB: Schadenersatzpflicht

Auf Grund der vielen Bestimmungen, die an verschiedene Lebensaltersstufen anknüpfen, wäre es sinnvoll, in allen österreichischen Gesetzen nur drei Altersgrenzen (10, 14, 16 Jahre) festzusetzen.

2.8 Das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes

2.8.1 Geschichte und Entwicklung der Kinderrechte

Bereits 1905 kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens von mehreren Staaten, das eine Art Nachrichtenbehörde installierte, um Mädchenhändler ausfindig zu machen und die Opfer zurückzuführen. Im Rahmen der „Genfer Erklärung“, die der Völkerbund 1924 verabschiedete, wurden zum Schutz des Kindes fünf Artikel beschlossen, die jedoch keinen verbindlichen Rechtscharakter hatten. Die Vereinten Nationen begannen bereits 1947 mit der Ausarbeitung einer neuen zeitgemäßen Erklärung über die Rechte des Kindes. Diese Erklärung wurde 1959 von der UNO-Vollversammlung angenommen.

Im Zuge des „Internationalen Jahr des Kindes“, das von den Vereinten Nationen 1979 ausgerufen wurde, kam es zu einer Überarbeitung der „Erklärung über die Rechte des Kindes“. 1979 installierte die Menschenrechtskonvention eine informelle Arbeitsgruppe, die die UNO-Konvention über die Rechte der Kinder ausarbeitete, die von der UNO-Vollversammlung am 20. November 1989 beschlossen wurde. Die UNO-Konvention wurde bereits am ersten Tag – dem 26. Jänner 1990 – an dem sie zur Unterzeichnung bereit war – von 61 Ländern unterzeichnet. Österreich ratifizierte sie 1992.

2.8.2 Die Kinderrechte in Österreich

Am 16.7.1992 hat Österreich diese Konvention ratifiziert und am 6.8.1992 die Ratifizierungsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Die Vorbehalte erfolgten zu folgenden Artikeln:

Art. 13 (Recht auf freie Meinungsäußerung)

Art. 15 (Versammlungsfreiheit)

Art. 17 (Informationsfreiheit)

Art. 38, Abs. 2 und 3 (Einschränkung bzw. Verbot der Teilnahme an Kriegshandlungen von unter 15-jährigen)

Die Konvention ist für Österreich gemäß Art. 49 Abs. 2 am 2. 9. 1992 in Kraft getreten und wurde im BGBl. Nr. 7/1993 kundgemacht. Die Konvention ist in Österreich ein nicht unmittelbar anwendbares Recht, einerseits wegen der oben erwähnten Vorbehalte und des Erfüllungsvorbehaltes gemäß § 50 Abs. 2 BVG. Damit ist die Konvention zwar innerstaatlich in Kraft, jedoch bis zur Erlassung von weiteren legislativen Maßnahmen nicht unmittelbar anwendbar. Andererseits, weil sie nicht mit einer qualifizierten Mehrheit als Verfassungsgesetz beschlossen wurde.

Die Kinderrechtskonvention gliedert sich in drei Teilabschnitte:

Teil I: Die normierten Rechte des Kindes

Teil II: Die Umsetzung der Konvention auf völkerrechtlicher Ebene

Teil III: Die üblichen Schlußklauseln

Der Begriff „Kindeswohl“ als das Leitthema variiert substantiell bei sämtlichen Artikeln der Konvention.

In Österreich kam es am 14. Juli 1994 zu einer Entschließung des Nationalrates betreffend Maßnahmen zur Verwirklichung des UNO-Übereinkommens über die Rechte des Kindes. Die Österreichischen Kinder- und Jugendanwaltschaften und das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie beauftragten das Ludwig Boltzmann-Institut für Menschenrechte mit der wissenschaftlichen Arbeit „Die Verfassungsrechtliche Umsetzung der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes in Österreich“ 1996. Das Ergebnis dieser Arbeit wurde 1998 vorgestellt. Wobei die Gesetzesvorschläge in einem Entwurf für ein „Bundesverfassungsgesetz über den Schutz der Rechte von Kindern und Jugendlichen“ in 18 Artikeln als Resümee vorgelegt wurden. Die Vorschläge für Verfassungsbestimmungen enthalten sowohl subjektive verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte als auch leitende Grundsätze an Gesetzgebung und Vollziehung zur Herstellung von geeigneten Rahmenbedingungen.

2.9 Indirekte repräsentative Formen der Beteiligung

2.9.1 Kinder- und Jugendanwaltschaften

Bereits 1989, in dem Jahr, als die UNO-Konvention über die Rechte der Kinder von der UN-Vollversammlung angenommen wurde, wurde mit dem JWG 1989 (BGBl. Nr. 161/89) die Grundlage der Kinder- und Jugendanwaltschaften in Österreich gelegt. In Ausführung dieses Grundsatzgesetzes wurden in den österreichischen Landesgesetzen weisungsfreie Kinder- und Jugendanwaltschaften normiert.

Kinder- und Jugendanwaltschaft des Bundes

Das JWG 1989 stellt keine gesetzliche Grundlage für die Kinder- und Jugendanwaltschaft des Bundes dar. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft des Bundes wurde vor allem aufgrund der Tatsache, daß die Ausführungsgesetze der Länder zum Großteil verspätet erlassen wurden, sich damit die Einrichtung der Kinder- und Jugendanwaltschaften verzögerte und in einigen Bundesländern diese Einrichtung nicht einmal ausdrücklich vorgesehen war, als Stabsstelle beim damaligen Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie im Februar 1991 geschaffen. Die derzeitige Kinder- und Jugendanwältin des Bundes nimmt diese Aufgabe zusätzlich zu ihrer Tätigkeit als Leiterin der Abteilung Jugendwohlfahrt wahr.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft des Bundes müßte unbedingt

- weisungsfrei sein und direkt dem Parlament unterstellt oder

- b) weisungsfrei beim Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie angesiedelt werden oder
- c) an jedem Bundesministerium einen unabhängigen Mitarbeiter bestellen, der die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Rahmen der Gesetzgebung wahrnimmt.

Kinder- und Jugandanwaltschaften in den Ländern

Die Kinder- und Jugandanwaltschaft (KJA) Wien nahm schon 1989 ihre Arbeit auf, damals jedoch weisungsgebunden, in den meisten anderen Bundesländern erfolgte dies 1992 bis 1995.

Die Aufgaben werden in den jeweiligen Bundesländern durch den Landesgesetzgeber entweder im Wortlaut des Bundesgesetzes übernommen (Oberösterreich und Burgenland; Kärnten und Steiermark machten nur geringfügige Änderungen) oder erweitert.

Die KJA ist eine Anlauf- und Beratungsstelle, an die sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene, betreffend Wünsche, Beschwerden, Probleme und andere Anliegen wenden können. Neben der fallbezogenen Tätigkeit übt die KJA auch Querschnittsaufgaben aus, die sich aus fallübergreifenden Aktivitäten (Sprechtag, Bearbeitung thematischer Anfragen zu Kinderrechten, Kinder- und Jugendpolitik) Informations- und Kontaktarbeit, Gesetzesbegutachtung, Veranstaltungen, Vernetzungsseminare und Projekte zusammensetzen.

Auf Grund der Verfassungsbestimmung sind die KJAs weisungsfrei, d. h. sie sind inhaltlich nicht den Landesregierungen, die sie bestellen, verpflichtet. Diese Weisungsfreiheit ist ein Teil des wichtigen Prinzips der Unabhängigkeit der KJA. Diese Unabhängigkeit kann durch mangelnde personelle und finanzielle Ausstattung untergraben werden.

Die KJAs sollten direkt dem Landtag unterstellt werden. Durch die vielen Aktivitäten der KJA und die gute Zusammenarbeit mit den Medien ist der Bekanntheitsgrad derselben sehr gestiegen. Um einen Großteil der Wünsche der Bevölkerung zu genügen, sind weitere gesetzliche Verfeinerungen und Änderungen und mehr personelle und materielle Ressourcen nötig.

Österreich steht mit seinen Kinder- und Jugandanwaltschaften alleine auf weiter Flur, in den verschiedensten Ländern werden zwar Projekte und Experimente durchgeführt, aber ein gesetzlicher Auftrag liegt den wenigsten zugrunde. Besonders die freien Träger der Jugendwohlfahrt haben, z. B. in Deutschland mit der Kinderanwältin in Dortmund, dem Till Eulenspiegel in Düsseldorf und dem Runden Tisch in Leipzig, in der Schweiz mit der Kinderhexe von Bern und dem Nachfolger der Kinderhexe und dem Zaubermann in Bern, jugendbezogene Beratungseinrichtungen geschaffen.

Säulen der Kinder- und Jugandanwaltschaft

1. In der staatlichen Gewaltentrennung Gesetzgebung – Gerichtsbarkeit – Verwaltung ist die Kinder- und Jugandanwaltschaft nicht zuzuordnen, sondern nimmt einen eigenen Platz ein, da sie weisungsfrei ist und ihr das Recht der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu steht.
2. Die Kinder- und Jugandanwaltschaft hat am Beispiel Niederösterreichs gemäß § 7 NÖ JWG (LGBINr. 9270) folgende Aufgaben:
 - die Beratung von Minderjährigen, Erziehungsberechtigten und gesetzlichen Vertretern in allen Angelegenheiten, die die Stellung des Minderjährigen und die Aufgaben der Erziehungsberechtigten betreffen;
 - Hilfe bei Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen über Pflege und Erziehung;

- als Mittler zwischen den Einrichtungen der Jugendwohlfahrt, den Eltern bzw. Elternteilen, der Schule, dem Kindergarten und den Kindern und Jugendlichen zu wirken;
 - die Durchführung von Informationsveranstaltungen über Angelegenheiten, die für Kinder und Jugendliche von besonderer Bedeutung sind;
 - die Beobachtung der Verwaltungspraxis auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt;
 - die Begutachtung und Anregung von Gesetzesbestimmungen, Verordnungen und sonstigen Rechtsvorschriften aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen;
 - Anregungen zur Schaffung von besseren Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche;
 - Anregungen besonderer Kontrollen von Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt bei Mißständen;
 - Die Wahrnehmung der Interessen der Kinder und Jugendlichen bei allen Planungs- und Forschungsaufgaben.
3. Zum Unterschied vom Volksanwalt ist der Kinder- und Jugandanwalt ein Spezialombudsman, der den gesetzlichen Auftrag hat, die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu vertreten.
 4. Um eine feste Vertrauensbasis zwischen der Kinder- und Jugandanwaltschaft und den Ratschenden zu erreichen, ist die KJA zur Geheimhaltung und zur anonymen Beratung gesetzlich verpflichtet.
 5. Die fachliche Ausbildung des Kinder- und Jugandanwaltes muß so sein, daß er den Hilfesuchenden gegenüber dem zunehmend undurchschaubaren behördlichen Handeln helfen bzw. koordinieren kann.
 6. Art des Tätigwerdens: Der Kinder- und Jugandanwalt muß bei seinen Erhebungen volle Auskunftspflicht der Ämter, Akteneinsicht, Besichtigung an Ort und Stelle und Beratung mit allen Betroffenen haben.
 7. Öffentlichkeitsarbeit: der Kinder- und Jugandanwalt muß die Öffentlichkeit über seine Arbeit und über deren Ergebnisse informieren. In vielen Fällen benötigt er die Öffentlichkeit, um Mißstände frühzeitig aufzuzeigen und ihnen entgegenzuwirken.

2.9.2 Der Kinderbeauftragte der Stadt Graz

Graz hat 1991 österreichweit den 1. Kinderbeauftragten einer Stadt, Hans Fraeulin, bestellt. Auf Werkvertragsbasis war er weisungsgebunden und ohne gesetzliche Grundlage. Er bemühte sich zusammen mit einer Aktionsgruppe, einen Grazer Kinderrat auf die Beine zu stellen, wobei schon die Größe der Stadt (220.000 Einwohner) und die zentralistische Verwaltung die zeitgemäße und prompte Erledigung von Kinderanliegen fast nicht zuläßt. Er versuchte daher im aktionistischen Bereich „Stimmung mit Kindern für Kinder“ zu machen; mit Aktionen wie „Offene Schulhöfe“, für alle Kinder und Jugendlichen während der schulfreien Zeiten und der Ferien. Sein besonderes Anliegen war die Gleichstellung und Integration ausländischer, behinderter und sozial benachteiligter Kinder. Leider wurde sein Vertrag 1996 nicht mehr verlängert. Durch seine Vorbildwirkung wurde eine neue „Beteiligungskultur“ in Österreich initiiert, wobei weit über 100 Gemeinden in Österreich an der Aktion „Kinder reden mit“ teilnehmen.

2.9.3 Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen

Immer wieder wird eine verstärkte Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche gefordert. Wenn man diese analog einer Kammer oder privaten Interessenvertretung errichten möchte, wäre diese sicher zu teuer, weil für ganz Österreich sehr viel zusätzliches Personal aufgenom-

men werden müßte. Der Vorteil wäre jedoch, wenn sie quasi als Sozialpartner anerkannt würde, daß sie die Interessen der Kinder und Jugendlichen in ganz Österreich sehr verbessern und durchsetzen könnte.

2.9.4 Die Jugendreferate bei den Landesregierungen

Eine sehr große Unterstützung für die Aktivitäten und Förderung von Kindern und Jugendlichen findet man bei allen Landesregierungen durch die Installierung der Jugendreferate. Diese haben, u. a. folgende Aufgaben: Öffentlichkeitsarbeit, Jugend in der Stadt, Internationale Jugendarbeit, Jugendcamp, Jugendfreundlichste Gemeinde, Jugendleiterausbildung, Jugendrat und Jugendorganisationen, Medienerziehung, Lehrlingsaktivitäten, Jungbürgerfeiern, Jugendredewettbewerb, Gemeindejugendreferentenzeitung, Toleranzaktivitäten, Umwelt- und Naturschutzerziehung, Suchtprävention, EU-Jugendförderungsprogramme, Kinder- und Jugendbeteiligungsmodelle, Sommerferienspiele, Schülerzeitungswettbewerb, Aktion „Gegen sexuelle Gewalt an Kindern“, Jugendtheatertage, Jugendsingen, Chorleiterseminare.

2.9.5 Kinderstimme

Vor kurzem wurde das „Kuratorium Kinderfreundliches Österreich“ gegründet, das sich zur Aufgabe gemacht hat, das alltägliche Leben von Kindern in unserem Land zu verbessern. Es ist ein Anliegen, öffentliches Bewußtsein für die Bedürfnisse von Kindern zu schaffen. Die vier Schwerpunkte sind: Kinder brauchen Lebensräume/Spielräume, Kinder brauchen Kulturräume, Kinder brauchen kindgemäße Hilfen, Kinder brauchen Mitsprachemöglichkeiten.

Quellen

- BD-Ortsbildpflege: NÖ Schön erhalten – Schöner gestalten, Ausgabe 76, St. Pölten 1998
- BD-Ortsbildpflege: Die kindergerechte Gemeinde, St. Pölten 1997
- Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie: Jugendschutz in Österreich, Wien 1997
- Brunmayr, Erich: NÖ Jugendstudie 1997, Neuer Zeitgeist – Neue Jugend, Eigenverlag, Gmunden 1997
- Hainzl/Sax/Tretter: Ludwig Boltzmann-Institut für Menschenrechte; Die verfassungsrechtliche Umsetzung der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes in Österreich, Wien 1998
- Hluze, Friedrich/Schwarz, Anton (Hg.): Ehe- und familienrechtliche Entscheidungen (EFSIg. Band XXXIII), Manz-Verlag, Wien 1998
- Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ: Lehrlings- und Jugendschutz, Wien 1998
- Madlmayer, Eva: Mitbestimmung der jungen Generation – eine gesellschaftliche Notwendigkeit! Dissertation, Salzburg 1997
- Seyer Seifried/Leer Günther: Senkung des Wahlalters – eine notwendige Diskussion, Linz 1998
- NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft: Tätigkeitsberichte 1992/93, 1994, 1995, 1996/97 sowie 5 Jahre NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft 1992-1997, St. Pölten
- Stiftung Mitarbeit in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderhilfswerk: Kinderpolitik – Kinderbeteiligung, Band 3, Eigenverlag, Bonn 1993
- Verein Spiellandschaft NÖ: Spielräume Nr. 2/1998, St. Pölten 1998

3 Bestandsaufnahme von Beteiligungsmodellen

Barbara Riepl

Möglichkeiten politischer Mitbestimmung der nicht wahlberechtigten Jugend sind in Österreich während der letzten Jahre zunehmend zum Diskussionsthema geworden. Zusätzlich zu bereits bestehenden Formen der Beteiligung wie Jugendverbänden oder auch Einrichtungen der offenen Jugendarbeit haben sich etwa seit Beginn der 90er Jahre auch andere Formen der Beteiligung etabliert. Allerdings gibt es bisher kaum einen umfassenden Überblick über die Entwicklungen. Mit der Bestandsaufnahme von Beteiligungsmodellen sollten daher jene Einrichtungen/Gruppen/Vereine erfaßt werden, die Kindern/Jugendlichen direkte Mitbestimmung in Politik und Gesellschaft ermöglichen.

3.1 Durchführung der Bestandsaufnahme

3.1.1 Zielsetzung

Durch die Bestandsaufnahme soll ein Überblick über derzeit praktizierte Beteiligungsansätze gegeben werden. Im wesentlichen soll dargestellt werden, welche Partizipationsmöglichkeiten der nicht wahlberechtigten Jugend auf den verschiedenen politischen Ebenen tatsächlich zur Verfügung stehen. Dabei soll insbesondere die Vielfalt an Beteiligungsformen aufgezeigt werden, auch wenn nicht alle Gruppen/Projekte erfaßt und beschrieben werden können.

3.1.2 Konzeption und Verlauf der Bestandsaufnahme

Die Bestandsaufnahme wurde mit Hilfe einer schriftlichen Befragung durchgeführt. Da es sich bei Beteiligungsmodellen um sehr unterschiedliche Formen von Projekten handeln kann, wurde im Fragebogen schließlich die Bezeichnung Gruppe verwendet. Wie im Vorwort zum Fragebogen angegeben, wurden unter Gruppe sowohl zeitlich befristete Initiativen als auch dauerhafte Einrichtungen (z. B. Kinder-/Jugendgemeinderäte, Vereine, etc.) verstanden. Der Fragebogen (vgl. Anhang) bestand aus 38 Fragen, die sich in erster Linie mit strukturellen Merkmalen, Zielsetzungen sowie Erfolgen der Gruppen beschäftigten. Die Antworten auf die Fragen waren vorstrukturiert, um die statistische Auswertung zu erleichtern. Jede Gruppe sollte lediglich einmal aufgenommen werden und den Fragebogen daher nur einmal beantworten.

Die Fragebögen wurden Anfang Mai gedruckt und verschickt. Insgesamt wurden über 3.000 Fragebögen an folgende AdressatInnen gesendet:

- an alle österreichischen BürgermeisterInnen,
- an alle Landesjugendreferate,
- an alle Kinder- und Jugendanwaltschaften,
- an alle Landesschulräte,
- an die Bundes- und Landesorganisationen der Kinder- und Jugendorganisationen des Bundesjugendrings,
- an Gruppen, die am Zweiten Österreichischen Kindergipfel vertreten waren,
- an weitere einschlägige Adressen, die von den bereits aufgezählten kontaktierten Stellen als mögliche weitere AnsprechpartnerInnen genannt wurden.

Die angeschriebenen öffentlichen Stellen sowie Gruppen und Organisationen wurden zudem gebeten, den Fragebogen in Kopie oder Original auch selbst an andere Gruppen weiterzugeben.

Insgesamt wurden 240 Fragebögen zurückgesandt. Die letzten Antworten langten im Juni 1998 ein. Von den retournierten Fragebögen mußten 33 aussortiert werden, entweder weil eine Gruppe ein zweites Mal beschrieben wurde, oder weil die beschriebene Gruppe nicht der Zielsetzung der Umfrage entsprach (z. B. Gruppen, in denen alle Mitglieder älter als 18 Jahre waren).

Für die Beschreibung der Projekte/Gruppen auf Gemeindeebene konnten 185 Fragebögen herangezogen werden. In 19 Fragebögen wurden Beteiligungsformen auf regionaler Ebene beschrieben, in drei weiteren Fragebögen wurden Gruppen, die auf nationaler Ebene aktiv sind, dargestellt. Um zu den nationalen bzw. regionalen Projekten genauere Beschreibungen geben zu können, wurden in mehreren Fällen die angegebenen Kontakt Personen telefonisch noch ausführlicher befragt.

3.1.3 Auswertung und Beschreibung der Ergebnisse

Die Projekte auf nationaler und regionaler Ebene werden sowohl auf der Basis der Fragebögen als auch der Interviews und anderer Informationsmaterialien dargestellt. Dabei wurden auch Beteiligungsmodelle aufgenommen, die zum Erhebungszeitpunkt nicht mehr aktuell waren, aber aufgrund ihres Ansatzes dennoch als wichtiger Beitrag für die Bestandsaufnahme erschienen.

Die große Anzahl der Fragebögen zu den Beteiligungsmodellen auf kommunaler Ebene erfolgte in erster Linie mit deskriptiven statistischen Methoden (Häufigkeitstabellen, Kreuztabellen). Um signifikante Unterschiede zwischen den Gruppentypen festzustellen wurde bei qualitativen Variablen der Chi-quadrat Unabhängigkeitstest durchgeführt, bei quantitativen Variablen nach Überprüfen der Normalverteilungshypothese entweder eine Varianzanalyse, der Kruskal-Wallis Rank-Test oder der Mediantest. Als signifikant gelten alle Ergebnisse mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner als 5%. Bei Hinweisen auf Unterschiede zwischen den Gruppentypen wird lediglich auf diese signifikanten Ergebnisse eingegangen, andere werden nicht erwähnt.

3.2 Beteiligungsmodelle auf nationaler Ebene

Von den drei Gruppen, die vorwiegend auf nationaler Ebene aktiv sind, handelte es sich in zwei Fällen um Bundesorganisationen von Kinder- bzw. Jugendorganisationen. Diese beiden werden hier nicht weiter beschrieben, da auf die verbandliche Jugendarbeit an anderen Stellen wesentlich ausführlicher eingegangen wird (vgl. Teil B des 3. Jugendberichts). Bei der dritten Gruppe handelt es sich um das „Österreichische Jugendforum“, das im folgenden näher ausgeführt wird. Zudem wurden noch die beiden österreichischen Kindergipfel als interessante Initiativen auf Bundesebene identifiziert. Da dazu kein Fragebogen ausgefüllt wurde, basiert die Beschreibung der Kindergipfel lediglich auf telefonischen Auskünften und anderen Informationsmaterialien.

3.2.1 Österreichisches Jugendforum

Das österreichische Jugendforum ist ein Beratungsgremium des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie, das im September 1997 auf Initiative des Ministeriums gegründet wurde. Anlaß für die Gründung war unter anderem der EU-Vorsitz Österreichs im zweiten Halbjahr 1998. Da als einer der beiden jugendpolitischen Schwerpunkte für diese Zeit Mitbestimmung ausgewählt wurde, wollte man auch Jugendliche selbst in die Planung und Gestaltung der diversen Aktivitäten des Jugendministeriums einbeziehen.

Durch die Einrichtung des Jugendforums sollen Jugendlichen einerseits die Möglichkeit haben, die Perspektive der Jugend zu vertreten und Entscheidungen zu beeinflussen. Gleichzeitig sollen sie selbst durch ihre Beteiligung politische Abläufe und speziell die EU besser kennen- und verstehenlernen.

Gefunden wurden die TeilnehmerInnen großteils durch einen Projektwettbewerb des Ministeriums. Die Aufgabenstellung war, zu einem Thema oder Problem – das die Jugend allgemein oder auch nur den/die einzelne/n Jugendliche/n persönlich betraf, eine möglichst kreative Lösung überlegen und diese bis Juli 1997 an das Ministerium einzusenden. Eine unabhängige Jury, zusammengesetzt aus Erwachsenen, wählte dann aus den TeilnehmerInnen des Wettbewerbs 9 der Mitglieder des Jugendforums aus. Die übrigen 3 der 12 Mitglieder wurden vom Österreichischen Bundesjugendring nominiert. Insgesamt sind 12 Jugendliche beteiligt, die zwischen 16 und 22 Jahren alt sind. 5 der Beteiligten sind SchülerInnen, 4 StudentInnen und 3 arbeiten. Die Anzahl der weiblichen und der männlichen Mitglieder beträgt jeweils 6.

Gemeinsame Treffen der Mitglieder des Jugendforums finden etwa alle 2 Monate in unterschiedlichen österreichischen Städten statt. In der Zeit dazwischen werden Themen per e-mail besprochen und aufbereitet, so daß beim jeweils nächsten Treffen auf der Basis eingehender Diskussionen Entscheidungen getroffen werden können.

Funktion des Jugendforums ist es, Vermittler und Sprachrohr zwischen Jugend und Politik zu sein, wobei ein wichtiger Grundsatz ist, daß Parteipolitik keine Rolle spielen soll. Der Austausch mit den politischen EntscheidungsträgerInnen erfolgt, indem die Mitglieder des Jugendforums in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen des Ministeriums mitarbeiten.

Andere Jugendliche erfahren vom Jugendforum primär über Internet. Zusätzlich wurden Folder an die Jugendinfostellen und an die Landesjugendreferate sowie zum Teil auch an Schulen versendet. Die Diskussion mit anderen Jugendlichen findet vor allem in Form von e-mail Kontakten und persönlichen Gesprächen statt, wobei das Jugendforum auch schriftlich über das Ministerium erreichbar ist.

Mitgearbeitet hat das Jugendforum unter anderem bei der Ratsempfehlung/Resolution zum Thema „Mehr Mitbestimmung für Jugendliche“. Zudem hat das Jugendforum eine „Jugendverträglichkeitsprüfung“ von PolitikerInnen vorgenommen, im Zuge derer zahlreiche Bundes- und LandespolitikerInnen zu Jugendthemen befragt wurden.

Die Zukunft des Jugendforums ist derzeit offen. Es ist geplant, daß dieses Beteiligungsmodell weitergeführt wird, es steht aber noch nicht fest, wie die neuen Strukturen und Aufgaben gestaltet sein werden.

3.2.2 Österreichische Kindergipfel

Sowohl 1993 als auch 1995 fanden in Mürzsteg (Steiermark) nationale „Kindergipfel“ statt, an denen Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 16 Jahren teilnehmen konnten. Diese Treffen sollten den Kindern/Jugendlichen die Gelegenheit bieten, ihre Wünsche und Visionen an politische EntscheidungsträgerInnen heranzutragen, sowie den Dialog zwischen den Generationen allgemein zu fördern.

Im Rahmen von Vorbereitungstreffen („Vorgipfeln“), die von verschiedenen Initiativen, LehrerInnen, Kinder- und Jugendorganisationen oder auch Kindern selbst in ganz Österreich einberufen wurden, wurden Themenschwerpunkte ausgewählt, diesbezügliche Vorstellungen diskutiert und Delegierte für die Teilnahme am Kindergipfel bestimmt. Themen waren unter anderem: Schule, Verkehr, Umweltschutz, Tierschutz oder Prävention.

An den beiden Kindergipfeln selbst nahmen jeweils etwa 200 Kinder und Jugendliche teil. Während knapp 3 Tagen hatten die Kinder/Jugendlichen die Möglichkeit, zu den vorbereiteten

Themen in verschiedenen Workshops weiterzuarbeiten und gemeinsam Ergebnisse bzw. Forderungen zu entwickeln. Am letzten der vier Tage wurden diese politischen EntscheidungsträgerInnen vorgestellt, wobei an beiden Kindergipfeln bei der Präsentation mehrere MinisterInnen anwesend waren. Die PolitikerInnen konnten zu den Anliegen der Kinder Stellung beziehen und für einzelne auch Patenschaften übernehmen. Das heißt, daß die Kinder/Jugendlichen wußten, an wen sie sich wenden konnten, wenn sie mit der Umsetzung ihrer Ideen nicht zufrieden waren.

Ein eher öffentlichkeitswirksames Ergebnis des zweiten Kindergipfels war, daß eine Gruppe von Kindern gemeinsam mit dem Umweltminister dem Nationalratspräsidenten eine Petition gegen grenznahe Atomkraftwerke überreichte. Diese war am Kindergipfel erstellt und von etwa 300 Kindern und Erwachsenen unterschrieben worden.

3.3 Beteiligungsmodelle auf regionaler Ebene

Die Beschreibungen der Beteiligungsmodelle auf regionaler Ebene beruhen auf den Darstellungen in den Fragebögen, ergänzt durch die Informationen aus den telefonischen Interviews mit den jeweiligen Kontaktpersonen.

3.3.1 Gruppentypen

Von den befragten Stellen wurden insgesamt 19 Projekte oder Gruppen genannt, die auf regionaler Ebene engagiert sind.

Dabei handelte es sich um:

- 6 Jugendgruppen, die politische VertreterInnen bei Entscheidungsfindungen beraten sollen,
- 6 Landesorganisationen von Jugendverbänden,
- 3 Jugendabteilungen verschiedener Gewerkschaften sowie 1 Landesjugendvorstand des österreichischen Gewerkschaftsbundes,
- 2 Landesschülervertretungen und
- den Dachverband der steirischen Jugendzentren und Initiativgruppen.

Die letzten vier Gruppentypen sind bereits länger etabliert und wiederholt beschrieben. Auf sie wird im folgenden nicht näher eingegangen. Der erste Gruppentyp stellt hingegen eine weniger bekannte Beteiligungsform dar. Die jeweiligen Gruppen werden daher einzeln angeführt.

3.3.2 Jugendbeirat des Landes Vorarlberg

Seit 1977 ist die Einrichtung eines Jugendbeirats im Vorarlberger Jugendförderungsgesetz verankert. Aufgabe des Beirats ist es, die Landesregierung in Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen, zu beraten. Er besteht aus insgesamt 35 VertreterInnen der Jugendverbände, die von diesen delegiert werden.

Derzeit sind 5 Mitglieder jünger als 18 Jahre, weitere 23 sind zwischen 19 und 29 Jahren alt. 22 der Beteiligten sind männlich, nur 13 weiblich. Die Leitung besteht aus zwei Personen, die älter als 18 Jahre sind.

Sitzungen sind laut Gesetz mindestens zweimal pro Jahr einzuberufen. Bei Bedarf, wie etwa derzeit, finden sie jedoch viel häufiger statt. Entscheidungen im Rahmen dieser Sitzungen werden von allen Mitgliedern des Beirats gemeinsam getroffen. Regierungsmitglieder sind bei solchen Treffen üblicherweise nicht anwesend. Eingeladen werden sie allerdings zur Präsentation und Diskussion von ausgearbeiteten Papieren. Kooperation und Austausch mit unterschiedlich-

sten Personen und Institutionen spielen bei der Arbeit des Jugendbeirats eine wichtige Rolle, wobei die Zusammenarbeit mit dem Amt der Vorarlberger Landesregierung besonders eng ist.

Die Bereiche, mit denen sich der Jugendbeirat vorrangig beschäftigt, sind: Schule/Bildung, Arbeit, Freizeit und benachteiligte Jugendliche. Seit der letzten Landtagswahl ist außerdem direkte Jugendbeteiligung ein wichtiger Schwerpunkt der Vorarlberger Jugendpolitik und damit auch der Arbeit des Jugendbeirats. Weiteres aktuelles Thema ist das neue Jugendgesetz des Landes Vorarlberg, das Anfang 1999 verabschiedet werden soll, und zu dem vom Jugendbeirat ein eigenes Positionspapier erarbeitet wurde.

3.3.3 Projekt „Misch dich ein“ in Vorarlberg

Im Zuge des Vorarlberger Schwerpunkts Jugendbeteiligung wurde eine Projektgruppe eingerichtet, die sich aus unterschiedlichen VertreterInnen der Jugendarbeit zusammensetzt. Als ein Versuch der Umsetzung direkter Beteiligung auf Landesebene wurde von dieser Gruppe das Projekt „Misch dich ein“ initiiert. Die damit verfolgte Zielsetzung ist, den direkten Dialog zwischen den Jugendlichen und den PolitikerInnen zu fördern. Außerdem soll das Projekt auch ein Impuls für Gemeinden sein, sich stärker mit Jugendbeteiligung auseinanderzusetzen. Die Entwicklung eines Konzepts für „Misch dich ein“ wurde dem Vorarlberger Verein „Jugend Initiativ“ übertragen.

Eingeladen werden die Jugendlichen über Folder, die an Schulen und Gemeinden geschickt werden. Außerdem wird die Werbung für das Projekt auch von den Medien sehr stark unterstützt.

Während sich im ersten Jahr nur 50 interessierte Jugendliche meldeten, waren es 1998 bereits 100 Jugendliche. Obwohl es möglich ist, auch mehrmals teilzunehmen, ist der Wechsel der Jugendlichen relativ stark. Die Altersgrenzen für die Beteiligung an dem Projekt liegen bei 14 und 18 Jahren. Von den 50 Jugendlichen im ersten Jahr waren 12 PflichtschülerInnen (Hauptschule oder Polytechnikum), 16 SchülerInnen einer höherbildenden Schule, 8 SchülerInnen einer berufsbildenden mittleren Schule, 4 arbeitende Jugendliche und 2 arbeitssuchende Jugendliche. Die Gruppe setzte sich außerdem zu beinahe gleichen Teilen aus männlichen (24) und weiblichen (26) TeilnehmerInnen zusammen.

Die beteiligten Jugendlichen treffen sich insgesamt zweimal in der Großgruppe. Beim ersten Treffen werden im Rahmen von „Zukunftswerkstätten“ zunächst verschiedene Themen erarbeitet. Anschließend werden die Ergebnisse den anwesenden LandespolitikerInnen präsentiert und Handlungsvereinbarungen geschlossen.

Im darauffolgenden Monat werden die Anliegen oder Projekte von den Jugendlichen in verschiedenen Arbeitsgruppen noch weiterentwickelt. Beim zweiten Treffen, das etwa ein Monat später stattfindet, werden diese dann nochmals mit PolitikerInnen diskutiert und es können auch noch weitere Schritte vereinbart werden.

Themen, mit denen sich die Jugendlichen beim ersten Mal beschäftigten, waren beispielsweise: Information über Lehrstellen, Information über die Pensionsreform oder die Senkung der Altersgrenze für den Führerschein.

Im Herbst 1998 findet das Projekt bereits zum zweiten Mal statt. Für die Zusammenarbeit mit den LandespolitikerInnen hat sich im ersten Jahr – wegen parteipolitischer Assoziationen – als hinderlich erwiesen, daß die zuständige Landesrätin zur Diskussion mit den Jugendlichen einlud. Im zweiten Jahr erfolgte die Einladung daher durch den politisch unabhängigen Verein „Jugend Initiativ“.

3.3.4 Salzburger Landtag der Jugend

In Salzburg wurde ein Landtag der Jugend durchgeführt. Die Initiative dazu kam vom Landesjugendreferat Salzburg sowie dem im Auftrag des Landesjugendreferats arbeitenden Vereins „Akzente“. Anlaß war die Novellierung des Salzburger Jugendförderungsgesetzes, für die ein breiter Diskussionsraum geschaffen werden sollte. Zunächst wurde von erwachsenen ExpertInnen eine Diskussionsvorlage erarbeitet, die dann auf unterschiedliche Weise diskutiert und weiterentwickelt wurde. Der Landtag der Jugend stellte in diesem Zusammenhang nur eine Methoden dar, die Jugend zu beteiligen, da zusätzlich auch eine Befragung von 2.300 repräsentativ ausgewählten Jugendlichen durchgeführt wurde.

Für die Zusammensetzung des Landtags der Jugend wurde angestrebt, eine möglichst breite Palette an Jugendlichen zu erreichen. Die Einladungen wurden daher an sehr unterschiedliche Institutionen gesandt, unter anderem an SchülervertreterInnen, an Jugendverbände und Jugendzentren. Ebenfalls angeschrieben wurden Einrichtungen, in denen Jugendliche im Rahmen der Jugendwohlfahrt untergebracht sind, also Heime oder Wohngemeinschaften.

Aus den Interessierten, die sich meldeten, wurden nach der Anzahl der VertreterInnen im Landtag 36 Jugendliche ausgewählt, wobei auf eine breite Streuung hinsichtlich der Lebenssituation der Jugendlichen geachtet wurde. Insgesamt nahmen 20 Burschen und 16 Mädchen teil. Davon waren 26 SchülerInnen einer höherbildenden Schule, 4 besuchten eine berufsbildende mittlere Schule, 5 waren Lehrlinge bzw. arbeiteten bereits und 1 Jugendlicher war arbeitssuchend.

Der Landtag der Jugend dauerte zwei Tage. Anfangs wurden die Jugendlichen über den Gesetzesentwurf informiert und anschließend konnten sie in 6 Arbeitskreisen eigene Ideen entwickeln. Insgesamt wurden von den Jugendlichen 13 Anträge formuliert, die sie als Abschluß den RegierungsvertreterInnen präsentierten. Ein Teil dieser Anträge war nicht in Gesetzesgraphen umwandelbar, sie wurden jedoch vom Landesjugendreferat als Anregungen aufgenommen und nach Möglichkeit gefördert (z. B. „Discobusse“, die zwischen Gemeinden verkehren). Die übrigen Vorschläge wurden in die Diskussionsvorlage zum Jugendförderungsgesetz eingearbeitet.

Für die Zukunft ist geplant, Jugendlandtage weiterhin nur themenbezogen zu veranstalten. Ob wieder ein Landtag der Jugend stattfindet, hängt auch davon ab, ob die Ideen der Jugendlichen diesmal verwirklicht werden. Damit soll verhindert werden, daß die Jugendlichen nur scheinbar mitreden können, ihre Meinung aber nicht berücksichtigt wird. Als unerfreulich erwies sich bei diesem Projekt, daß der Gesetzwerdungsprozeß insgesamt sehr lange dauert und immer noch nicht abgeschlossen ist.

3.3.5 Jugendlandtag Tirol

Der Jugendlandtag Tirol wurde bereits 1991 zum ersten Mal veranstaltet. Initiiert wurde er vom damaligen Jugendreferenten des Tiroler Landtags. Engagierte Jugendliche sollten ihre Ideen nicht nur im Rahmen des jährlich stattfindenden Jugendredewettbewerbs äußern können, sondern auch zu einem Austausch mit PolitikerInnen eingeladen werden. Damit sollten ihre Anliegen in der Öffentlichkeit sowie in der Politik stärker wahrgenommen und vermehrt berücksichtigt werden. Bisher fand der Jugendlandtag insgesamt 6mal statt, organisiert wird die Veranstaltung vom Landesjugendreferat.

Die Einladung der Jugendlichen erfolgt durch eine Ausschreibung, die in erster Linie an die Jugendverbände und einzelne Jugendliche, die sich bereits in anderen Projekten oder Initiativen engagiert haben, ergeht. Damit eine möglichst breite Streuung der Jugendlichen erreicht wird, werden vom Landesjugendreferat nach Sichtung der ersten Anmeldungen wenig vertretene Gruppen (z. B. hinsichtlich schulischem/beruflichem Status, Region, Geschlecht) noch verstärkt

eingeladen. Die Zahl der TeilnehmerInnen ist auf 36 beschränkt, da sie der Anzahl der Landtagsabgeordneten entspricht.

Die interessierten Jugendlichen können sich im Rahmen eines 2 bis 3 Tage dauernden Treffens auf den Jugendlandtag vorbereiten. Die Themen, die behandelt werden sollen, werden von den Jugendlichen bestimmt und zumeist in Kleingruppen weiter ausgearbeitet. Beim Jugendlandtag selbst, der im Landtagssaal ähnlich wie eine Landtagssitzung abläuft, war bisher immer die gesamte Tiroler Landesregierung vertreten. Je nach Bedarf finden zu bestimmten Anliegen in weiterer Folge eventuell noch Nachbereitungstreffen statt bzw. werden Projektgruppen gebildet.

Die Themen, mit denen sich die Jugendlichen beschäftigten, waren jeweils unterschiedlich. Besonders herausragend hinsichtlich der Verwirklichung von Ideen ist der Erfolg des Jugendlandtags 1995. Auf Initiative und unter Mitgestaltung der Jugendlichen wurde am Landhausplatz ein Mahnmal für die Opfer der Reichskristallnacht in Innsbruck geplant und innerhalb eines Jahres umgesetzt.

3.3.6 Jugendbeteiligung bei der Novellierung des steirischen Jugendschutzgesetzes

Die Beteiligung Jugendlicher an der Neugestaltung des steirischen Jugendschutzgesetzes wurde vom dafür zuständigen Sozialressort initiiert. Ziel war, daß Jugendliche das bestehende Jugendschutzgesetz auf der Basis ihrer eigenen Erfahrungen reflektieren und Vorschläge für Verbesserungen erarbeiten. Mit der Planung und Durchführung eines entsprechenden Beteiligungsprojektes wurde die Kommunale Beratungsstelle (Graz) beauftragt.

Insgesamt wurden etwa 60 Jugendliche zwischen 13 und 19 Jahren einbezogen, wobei auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis geachtet wurde. Der Kontakt zu den Jugendlichen wurde über Schulen hergestellt. An je einer Berufsschule, einem Gymnasium und einer Hauptschule/neuen Mittelschule, die in unterschiedlichen steirischen Regionen angesiedelt waren, wurden Jugendliche aus verschiedenen Klassen zur Mitarbeit eingeladen. Die Erarbeitung der Vorschläge der Jugendlichen erfolgte innerhalb eines Tages an ihrer jeweiligen Schule. Als Abschluß des Workshops konnten die Jugendlichen ihre Ideen mit erwachsenen ExpertInnen sowie der zuständigen Landesrätin diskutieren.

Die Einarbeitung der Vorschläge der Jugendlichen in den Gesetzesentwurf der Erwachsenen wurde von den erwachsenen ExpertInnen vorgenommen. Um sicherzustellen, daß die Jugendlichen ihre Ideen in diesem Entwurf auch wiederfanden, wurden an jeder der drei Schulen nochmals Feedbackveranstaltungen abgehalten, wo die Jugendlichen nochmals inhaltliche Veränderungswünsche einbringen konnten.

3.3.7 Wiener Berufsschülertage

1992 wurde von SchülerInnen gefordert, politische Bildung nicht nur im Rahmen eines Unterrichtsfachs, sondern durch direkte Beteiligung zu vermitteln. Diese Idee wurde vom damaligen Wiener Bürgermeister aufgegriffen, der die SchülerInnen zum „Jungen Gemeinderat“ einlud, der bis 1996 einmal jährlich stattfand.

Die Wiener Berufsschülertage wurden vom Landesjugendreferat als eigene Aktion entwickelt, da sich beim „Jungen Gemeinderat“ gezeigt hatte, daß durch die andere Schulstruktur nicht alle BerufsschülerInnen an einem Tag Zeit haben. Die Berufsschülertage dauerten daher jeweils eine Arbeitswoche, wobei an jedem Wochentag andere SchülerInnen teilnehmen konnten. Bis-her wurden sie insgesamt 4mal veranstaltet.

In den ersten beiden Jahren wurden die Berufsschülertage an den Schulen ausgeschrieben und Klassen konnten sich für die Teilnahme melden. Pro Tag konnten etwa 100 Lehrlinge an der im Rathaus stattfindenden Veranstaltung teilnehmen. Diese berieten sich vormittags in themenspezifischen Ausschüssen, nachmittags berichteten sie im Plenum den politischen MandataInnen. Während sich die Jugendlichen in den Arbeitsgruppen sehr aktiv einbrachten, meldeten sie sich im Plenum relativ wenig zu Wort. Weiters erwies es sich als schwierig, das was am Vormittag ausführlich erarbeitet worden war, mit wenigen Worten zusammenzufassen. Da im zweiten Jahr außerdem das Interesse der PolitikerInnen abnahm und nicht mehr alle politischen Fraktionen vertreten waren, wurde vom Landesjugendreferat eine andere Struktur überlegt.

In den folgenden beiden Jahren wurden die Veranstaltungen nicht im Rathaus, sondern – wieder an 5 verschiedenen Wochentagen – an den Zentralberufsschulen abgehalten. Die Themen wurden von den SchülerInnen bereits im Vorfeld an den Schulen vorbereitet. Von solchen Vorbereitungsgruppen wurden VertreterInnen entsendet, wobei es sich vorwiegend um gewählte SchülerInnenvertreterInnen handelte. Die gemeinsamen Sitzungen der Lehrlinge mit den PolitikerInnen fanden in Form einer Podiumsdiskussion statt. Vom Landesjugendreferat wurde organisiert, daß bei jeder dieser Diskussionen jeweils ein/e MandatarIn jeder der 5 Fraktionen im Gemeinderat vertreten war. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden vom Landesjugendreferat protokolliert und sowohl den beteiligten Jugendlichen als auch den Erwachsenen zugesandt.

Wenig Rückmeldungen gibt es allerdings hinsichtlich der Umsetzung von Anliegen. Zwar wurden immer wieder Anliegen der Jugendlichen verwirklicht (z. B. Senkung des Mindestalters für die Anmeldung für eine Gemeindewohnung von 19 auf 17 Jahre), sie wurden von den politischen VertreterInnen jedoch kaum als Ergebnisse der Berufsschülertage präsentiert. Das heißt, die Ideen fließen zwar in die politische Arbeit ein, sie sind meistens aber nicht sichtbar.

Derzeit beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe, die sowohl aus Erwachsenen als auch aus Jugendlichen besteht, mit Möglichkeiten der Fortführung dieser Aktion.

3.4 Formen der Beteiligung auf Gemeindeebene

Beteiligungsmodelle auf Gemeindeebene stellten mit Abstand den Großteil der erfaßten Projekte dar. Im Gegensatz zu nationalen und regionalen Projekten erfolgt die Darstellung der Ergebnisse daher auf der Basis der statistischen Auswertung der Fragebögen. Eine ausführliche qualitative Beschreibung von zwei kommunalen Beteiligungsprojekten wird an anderer Stelle vorgenommen (vgl. Kap. 4).

3.4. Gruppentypen

Die Gruppentypologie wurde nach der genauen Sichtung aller Fragebögen erstellt. Dabei diente in erster Linie der Name der jeweiligen Gruppe als Anhaltspunkt für eine Zuordnung, zum Teil wurden aber auch andere Parameter berücksichtigt. Insgesamt wurden drei Arten von Gruppen unterschieden: nämlich Einrichtungen der verbandlichen Jugendarbeit, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und „beratende Gruppen“.

Zu den 72 Einrichtungen der verbandlichen Jugendarbeit wurden sämtliche lokalen Gruppen von Kinder- und Jugendorganisationen gezählt. Das heißt, es handelt sich um Jugendverbände politischer Parteien, Organisationen mit einem Naheverhältnis zu einer Religionsgemeinschaft, dem Bauernbund, etc. Alle diese Gruppen sind also Teil einer größeren Organisation. Viele dieser Organisationen wiederum sind Mitglieder im Bundesjugendring.

Unter den 44 Einrichtungen der offenen Jugendarbeit sind diverse Jugendzentren sowie Freizeit- und Kulturvereine zusammengefaßt, da eine genauere Unterscheidung kaum möglich war. Die meisten dieser Einrichtungen sind unabhängig, manche von ihnen sind jedoch in einem

Dachverband organisiert (z. B. Dachverband der steirischen Jugendzentren). Namen von Vereinen, die den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit zugerechnet wurden, sind zum Beispiel: „Interkultureller Jugendtreff“, „Fun Busters“, „Verein Jugend“, „Grätzl-Kids“ oder „Jugendaktivclub“.

Den 47 beratenden Gruppen ist gemeinsam, daß sie den Gemeinderat bei Entscheidungen – vor allem im Jugendbereich – unterstützen sollen, indem die Jugendlichen die Möglichkeit haben, ihre Interessen und eigene Ideen zu vertreten. Zu den beratenden Gruppen wurden nur solche Gruppen gezählt, die längerfristig institutionalisiert sind. Zu diesen Gruppen zählen zum Beispiel „Kindergemeinderäte“, „SchülerInnenparlamente“, „Jugendforen“, „Stadtjugendräte“, ein „Schülergemeinderat“, ein „Kinder- und Jugendbeirat“, etc.

Die übrigen 22 Gruppen erwiesen sich als zu heterogen, um sie sinnvoll in weitere Gruppentypen unterscheiden zu können. Tendenziell handelt es sich um eher informelle Gruppen, die nicht als Vereine institutionalisiert sind. Einige Gruppen sind relativ stark projektorientiert. Unter der Kategorie der übrigen Gruppen wurden beispielsweise die folgenden zusammengefaßt: „Spielplatzplanungsgruppe“, „Kulturinitiative“, „Pfarrjugend“, „freie Gruppe“ oder „Cafe Zentral“.

Bei der folgenden Beschreibung der Gruppen sind alle – also auch die keinem Gruppentyp zugeordneten – Gruppen, berücksichtigt. Bei der Darstellung der statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppentypen wird auf diese 22 Gruppen allerdings nicht eingegangen.

3.4. Verteilung der Gruppen nach Bundesland und Gemeindegröße

Die regionale Verteilung der Antworten über die Bundesländer entspricht in ihrem Verhältnis in etwa der Anzahl der Gemeinden in den Bundesländern. Die maximale Abweichung beträgt 3 Prozentpunkte. Bezuglich der Gemeindegröße kann weiters festgestellt werden, daß kleine Gemeinden bis 2.000 EinwohnerInnen, die mit 65% zwei Drittel aller österreichischen Gemeinden ausmachen, in der Stichprobe nur einen Anteil von 37% haben. Ein Fünftel der Gruppen (20%) in der Stichprobe sind in größeren Gemeinden mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen angesiedelt, obwohl Gemeinden dieser Größe in Österreich mit 3% Prozent sehr viel seltener vertreten sind.

Wien stellt aufgrund seiner anderen Untergliederung und Größe einen Sonderfall dar, und wurde in diese Vergleiche daher nicht einbezogen. Festgestellt werden kann, daß Wien mit insgesamt 12 beantworteten Fragebögen verhältnismäßig viele Gruppen nannte.

Bezuglich der Gemeindegröße ist noch hervorzuheben, daß in eher kleinen Gemeinden bis 3.000 EinwohnerInnen Gruppen der verbandlichen Jugendarbeit im Verhältnis zu anderen Gruppentypen eine besonders wichtige Rolle spielen. Beratende Gruppen sind hingegen vor allem in Gemeinden mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen relativ häufig.

3.4.1 Gründung und Institutionalisierung der Gruppen

Die Gründung der Gruppe ist in der Hälfte der Fälle (54%) von Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen gemeinsam ausgegangen. 28% der Gruppen wurden ausschließlich von Erwachsenen initiiert und 18% ausschließlich von Kindern/Jugendlichen. Die Initiative zur Gründung einer beratenden Gruppe kommt besonders häufig nur von Erwachsenen, was das Konzept solcher Gruppen verdeutlicht: Da sie von den politischen EntscheidungsträgerInnen akzeptiert werden müssen, kann die Gründung zwar von Kindern/Jugendlichen angeregt, aber eigentlich nicht vollzogen werden.

In den meisten Gruppen ist die Arbeit durch verschiedene Regelungen geprägt: 60% der Gruppen haben Statuten, in weiteren 12% der Gruppen gibt es – stattdessen oder zusätzlich – ein anderes Gründungsdokument und 34% verweisen auf sonstige schriftliche Regelungen.

23% der Gruppen haben ein Naheverhältnis oder gehören zu einer politischen Partei, 16% der Gruppen haben ein Naheverhältnis zu einer anerkannten Religionsgemeinschaft. In beiden Fällen handelt es sich vorwiegend um Gruppen, die unter Kinder- und Jugendorganisationen zusammengefaßt sind. Von den beratenden Gruppen geben 4 ein Naheverhältnis zu einer politischen Partei an.

3.4.2 Zielsetzungen der Gruppen

Im Fragebogen wurden drei relativ umfassende Zielsetzungen abgefragt, wobei Mehrfachnennungen möglich waren. 84% der Gruppen gaben an, daß sie die Vertretung und Verwirklichung von Kinder- und Jugendinteressen anstreben. 36% der Gruppen möchten einen Ausbau der politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche erreichen. Ein Viertel der Gruppen (25%) erklärt, daß politische Sozialisation im Sinne eines Kennenlernens politischer Entscheidungsprozesse ein Ziel darstellt.

Unterschiede zwischen den Gruppentypen gibt es vor allem hinsichtlich des Ziels, die politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Jugend auszuweiten: Während es von 70% der beratenden Gruppen genannt wird, ist es für die Gruppen der Kinder- und Jugendorganisationen sowie die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit nur von untergeordneter Bedeutung.

Von zwei Dritteln der Gruppen (67%) wird angegeben, daß ihre Aktivitäten Gruppenmitgliedern und anderen Personen in gleicher Weise nützen sollen. Ein Viertel der Gruppen (26%) gibt an, daß ihre Aktivitäten vorrangig für die Gruppenmitglieder von Vorteil sein sollen, wobei das bei keiner der beratenden Gruppen der Fall ist. Die übrigen 8% wollen mit ihren Aktivitäten in erster Linie Personen, die nicht der Gruppe angehören, unterstützen.

Die Gruppen wurden zudem gefragt, welche Werte die Arbeit der Gruppe beeinflussen: Mit 43% deutlich am häufigsten angegeben wurde „Freundschaft“, gefolgt von „Demokratie“ (15%) und „soziale Gerechtigkeit“ (13%). Daß „Demokratie“ relativ oft aufscheint, liegt vor allem daran, daß dieser Wert bei den beratenden Gruppen die wichtigste Rolle spielt.

3.4.3 Maßnahmen zur Zielerreichung

Weiters wurde im Rahmen des Fragebogens erhoben, auf welche Weise die Gruppen versuchen, ihre Ziele zu erreichen. Von den zur Auswahl stehenden drei Antwortmöglichkeiten wurde mit 76% am häufigsten angegeben, daß die Gruppe bemüht ist, Probleme durch eigene Aktivitäten selbst zu lösen. 62% der Gruppen sind bestrebt, die Öffentlichkeit auf ihre Interessen aufmerksam zu machen. Nur 37% der Gruppen versuchen, politische Entscheidungen und ihre Ausführung direkt zu beeinflussen.

Beratende Gruppen unterscheiden sich insofern von den beiden anderen, als sie besonders stark (70%) an der Beeinflussung politischer Entscheidungen interessiert sind, während sie die selbständige Lösung von Problemen (55%) oder Öffentlichkeitsarbeit (47%) eher selten als geeignetes Mittel zur Zielerreichung ansehen.

Die Mittel, die benutzt werden, um auf die Interessen und Aktivitäten der Gruppe aufmerksam zu machen, sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 3.1: Welche Mittel werden benutzt, um auf die Interessen und Aktivitäten der Gruppe aufmerksam zu machen?

	Anzahl	Prozent
persönliche Kontakte	166	90
Versammlungen/öffentliche Diskussionen	99	54
Flugblätter/Plakate	86	47
Leserbriefe oder Artikel in Zeitungen/Zeitschriften	67	36
eine eigene Zeitung/regelmäßige Rundbriefe	40	22
Seminare/Tagungen	31	17
Sammeln von Unterschriften	32	17
Informationsbüro/Informationsstände	26	14

184 = 100%, Mehrfachnennungen möglich

Die mit Abstand wichtigste Rolle spielen also persönliche Kontakte, die in einem Großteil der Gruppen als Mittel zur Zielerreichung eingesetzt werden. Ebenfalls relativ häufig werden Versammlungen oder öffentliche Diskussionen sowie schriftliche Kommunikation wie Flugblätter, Plakate, Zeitungsartikel oder Leserbriefe genannt.

3.4.5 Anliegen und deren Verwirklichung

Um festzustellen, welchen Bereichen die Anliegen der Gruppen zugeordnet werden können, wurden verschiedene Themen abgefragt.

Tabelle 3.2: Mit welchen der folgenden Themenbereiche beschäftigt sich die Gruppe?

	Anzahl	Prozent
kulturelle Aktivitäten	127	70
Aufenthaltsräume für Kinder/Jugendliche	108	60
Sport	109	60
Umweltschutz	56	31
Rechte von Kindern/Jugendlichen	54	30
Orts- und Stadtplanung	53	29
Arbeit/Arbeitslosigkeit	50	28
Schule/Bildung	48	26

182 = 100%, Mehrfachnennungen möglich

Seltener beschäftigen sich die Gruppen mit den übrigen abgefragten Themenbereichen: Betreuung/Hilfe für bestimmte Personen(gruppen) (20%), Gesundheitsförderung/Prävention (12%), Massenmedien (10%). Weiters hatten die Gruppen die Möglichkeit, auch noch selbstständig Themenbereiche anzugeben, die wiederum zu Kategorien zusammengefaßt wurden, und deren Anteil jeweils 3% beträgt: Interkulturalität, Religion und Verkehr. Ebenfalls als eigenes Thema wurde von einigen Gruppen Freizeit eingebracht. Dieser Bereich sollte im Fragebogen eigentlich durch die Kategorien „Aufenthaltsräume“, „kulturelle Aktivitäten“ und „Sport“ abgedeckt werden. Manche Gruppen (12%) gaben allerdings lediglich allgemein „Freizeit“ an.

Die inhaltlichen Prioritäten der Gruppentypen sind unterschiedlich. Die Gruppen der verbandlichen Jugendarbeit beschäftigen sich eher selten (31%) mit Aufenthaltsräumen für Kinder/Jugendliche, während Umweltschutz von diesen Gruppen verhältnismäßig oft (44%) als Thema angegeben wurde. Für die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit (14%) hingegen ist Umweltschutz relativ selten Thema. Orts- und Stadtplanung ist speziell für die beratenden

Gruppen ein zentraler Themenbereich (67%), die sich dafür weniger als die anderen mit kulturellen Aktivitäten (50%) beschäftigen.

Die Gruppen wurden weiters gefragt, was sie durch ihre Aktivitäten bereits erreicht haben. Damit sollte festgestellt werden, ob es auch konkrete Erfolge der Gruppen gibt, wobei solche relativ schwierig zu formulieren waren. Die Formulierungen des Fragebogens sind in der folgenden Tabelle übernommen.

Tabelle 3.3: Was hat die Gruppe durch ihre Aktivitäten bisher erreicht?

	Anzahl	Prozent
daß eine bestimmte Veranstaltung stattfindet: z. B. ein Faschingsumzug, eine Kinderdisco, ein Konzert	73	
daß ein eigener Kinder-/Jugendtreffpunkt eingerichtet wird: z. B. ein Jugendzentrum, ein Jugendcafé	86	48
daß neue Aktivitäts- und Aufenthaltsräume für Kinder/Jugendliche im öffentlichen Raum geschaffen werden: z. B. eine Grünfläche, ein Park, eine Sportanlage	87	48
daß bestimmte Aktivitäts- und Aufenthaltsräume im öffentlichen Raum attraktiver ausgestattet werden: z. B. mit neuen Spielgeräten, Sportanlagen, Sitzgelegenheiten	66	37
daß dauerhaft Räumlichkeiten für größere Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden: z. B. für Konzerte, Feste, Discos	58	32
daß die Meinung von Kindern/Jugendlichen in den Massenmedien stärker vertreten ist: z. B. durch eine neue Zeitschrift, eine eigene Radiosendung, eine Jugendseite in einer Zeitung	55	31
daß Kinder/Jugendliche bei sie betreffenden politischen Entscheidungen nach ihrer Meinung gefragt werden: z. B. durch Einrichtung eines Kinder-/Jugendgemeinderats, durch einen Fragebogen, durch eine Abstimmung	54	30

180 = 100%, Mehrfachnennungen möglich

Zwischen den Gruppen bestehen vor allem insofern Unterschiede, als die beratenden Gruppen insgesamt besonders viele Erfolge berichten. Dabei handelt es sich verhältnismäßig selten um Veranstaltungen oder Jugendtreffpunkte, sondern eher um die Schaffung (83%) bzw. Ausstattung (52%) von Aufenthaltsräumen im öffentlichen Raum, die lokale Verkehrsplanung (48%), die Verbreitung von Jugendinteressen mit Hilfe von Massenmedien (43%) oder die räumliche Gestaltung des Schulbereichs (24%). Die relativ hohe Erfolgsquote der beratenden Gruppen ist nicht zuletzt in Zusammenhang damit zu sehen, daß diese Gruppen speziell dazu eingerichtet wurden, ihre Interessen zu vertreten, während es sich bei den Einrichtungen der offenen und verbandlichen Jugendarbeit nur eine von mehreren Aufgaben handelt.

Weiters geben die beratenden Gruppen verhältnismäßig sehr häufig (59%) an, daß sie erreicht haben, daß Kinder/Jugendliche bei sie betreffenden politischen Entscheidungen Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden. Ähnlich berichten Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, also beispielsweise Jugendzentren, besonders oft (65%), daß sie erreicht haben, daß ein eigener Kinder-/Jugendtreffpunkt eingerichtet wird bzw. wurde. In beiden Fällen ist anzunehmen, daß dies nicht immer durch die Aktivitäten der Gruppe erreicht wurden, sondern daß es sich vielmehr um typische Merkmale dieser Gruppen handelt.

3.4.6 Aufnahmekriterien der Gruppen

In den meisten Gruppen wird man Mitglied, weil man sich für die Aktivitäten der Gruppe interessiert und gerne mitarbeiten möchte. In 36% der Gruppen gibt es bestimmte Auswahlkriterien für Mitglieder, die eingehalten werden müssen, wobei für dieselbe Gruppe auch mehrere Kriterien gültig sein können. Großteils (82%) handelt es sich dabei um Altersgrenzen, das heißt, die TeilnehmerInnen müssen ein bestimmtes Mindestalter haben. Zudem gibt es im Sinne eines Höchstalters auch Beschränkungen nach oben. Ausschließlich in 46% der beratenden Gruppen

ist eine Bedingung, daß die Mitglieder demokratisch gewählt sein müssen. In 4 Gruppen werden die Mitglieder von einer übergeordneten Organisation oder einem Komitee bestimmt.

Andere Kriterien, die genannt wurden, sind: Das Verhältnis der Schultypen, die die Mitglieder besuchen, muß stimmen; die Mitglieder müssen KlassensprecherInnen sein; die Mitglieder sind Delegierte von bestimmten Organisationen/Vereinen; die Mitglieder sind MinistrantInnen; die Mitglieder wohnen in einem bestimmten Stadtteil.

3.4.7 Gruppengröße und Geschlechterverhältnis

Knapp drei Viertel der Gruppen (57%) geben weniger als 60 Mitglieder an, bei der Hälfte der Gruppen liegt die Mitgliederzahl unter 40 Personen. Bei den größeren Gruppen handelt es sich vor allem um Gruppen der verbandlichen oder Offenen Kinder- und Jugendarbeit und nur mit wenigen Ausnahmen um beratende Gruppen.

Insgesamt 62% der Gruppen sind mit ihrer Gruppengröße zufrieden. 33% finden, daß sie eher zu wenige Mitglieder haben, während nur 5% der Gruppen angeben, daß die Gruppe eher zu groß ist.

Bezüglich des Geschlechterverhältnisses ist festzustellen, daß in den Gruppen im Schnitt 56% männliche und nur 44% weibliche Gruppenmitglieder angegeben werden. Dennoch ist in immerhin 41% der Gruppen mehr als die Hälfte der Beteiligten weiblich, in den übrigen Gruppen hingegen liegt der Schwerpunkt bei den Burschen.

3.4.8 Alterszusammensetzung in den Gruppen

Hinsichtlich der Alterszusammensetzung in den Gruppen soll zunächst dargestellt werden, in wievielen der Gruppen eine bestimmte Altersgruppe überhaupt vertreten ist.

Tabelle 3.4: Gruppen, in denen mindestens 1 Mitglied der jeweiligen Altersgruppe angehört

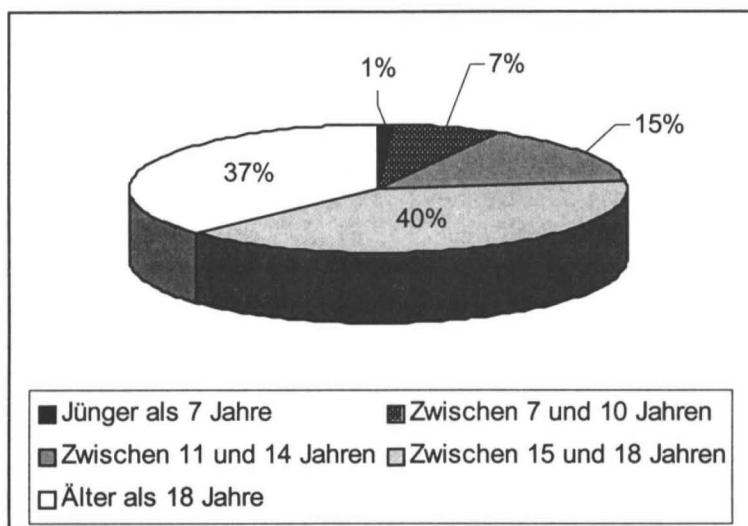
	Anzahl	Prozent
Jünger als 7 Jahre	11	6
Zwischen 7 und 10 Jahren	37	21
Zwischen 11 und 14 Jahren	85	48
Zwischen 15 und 18 Jahren	161	91
Älter als 18 Jahre	137	78

176 = 100%, Mehrfachnennungen möglich

Anhand der Tabelle wird deutlich, daß Kinder unter 10 Jahren in den Gruppen nur sehr selten vertreten sind, während 91% der Gruppen zumindest ein Mitglied zwischen 15 und 18 Jahren haben. Erkennbar wird auch, daß es in den meisten Gruppen mindestens eine erwachsene Person gibt, die älter als 18 Jahre ist.

Die altersmäßige Zusammensetzung nach dem durchschnittlichen Anteil der verschiedenen Altersgruppen innerhalb einer Gruppe ist in der folgenden Abbildung dargestellt.

Abbildung 3.1: Durchschnittliche Zusammensetzung der Gruppen nach Alter



Schließlich kann noch aufgezeigt werden, ob es innerhalb der Gruppen eine Dominanz im Sinne einer Mehrheit von über 50% einer Altersgruppe gibt. Obwohl Kinder unter 10 Jahren insgesamt sehr selten vertreten sind, geben immerhin 9 Gruppen (5%) an, daß sogar die Mehrheit der Gruppenmitglieder dieser Altersgruppe angehört. In weiteren 9% der Gruppen machen 11- bis 14jährige den Großteil der Mitglieder aus. Mit 30% deutlich am stärksten wurden solche Gruppen erfaßt, in denen mindestens die Hälfte der Gruppenmitglieder zwischen 15 und 18 Jahren ist. Bei einem Fünftel (21%) der Gruppen sind über 50% der Beteiligten zwischen 19 und 29 Jahren, bei weiteren 7 Gruppen (4%) gibt es sogar einen altersmäßigen Schwerpunkt bei den über 29jährigen. In den restlichen 30% der Gruppen streut das Alter der Mitglieder so stark, daß keiner der genannten Altersgruppen mehr als 50% der beteiligten Personen zuzurechnen sind.

Der Vergleich der Gruppentypen zeigt, daß sich die meisten Erwachsenen über 18 Jahren in den Gruppen der Kinder- und Jugendorganisationen finden, während von den beratenden Gruppen sogar 43% gar kein erwachsenes Mitglied haben. Hinsichtlich der minderjährigen Mitglieder liegt in den Einrichtungen der verbandlichen sowie der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Schwerpunkt bei den über 15jährigen. In den beratenden Gruppen hingegen sind die 11- bis 14jährigen ebenso oft in der Mehrheit wie die 15- bis 18jährigen.

3.4.9 Schulischer/beruflicher Status der Gruppenmitglieder

Da die diesbezügliche Frage eher aufwendig zu beantworten war, wurde nur von relativ wenigen Gruppen darauf eingegangen.

Hinsichtlich der 10- bis 14jährigen kann auf der Basis dieser Angaben festgehalten werden, daß von jenen Gruppen, die überhaupt Beteiligte in dieser Altersgruppe haben, 98% der Gruppen mindestens ein Mitglied haben, das eine Hauptschule besucht. Weiters geben 58 % an, daß mindestens ein Mitglied SchülerIn einer höherbildenden Schule ist.

Im Durchschnitt besteht die Altersgruppe der 10- bis 14jährigen aus 72% HauptschülerInnen, 22% GymnasiastInnen, 5% VolksschülerInnen und 1% SonderschülerInnen.

In 79% der Gruppen sind mehr als 50% in dieser Altersgruppe HauptschülerInnen, in 12% der Gruppen hingegen vorrangig BesucherInnen einer höherbildenden Schule. Während es daher nur eine einzige Gruppe gibt, bei der die 10 bis 14 Jahre alten Mitglieder ausschließlich Gym-

nasiastInnen sind, setzt sich diese Altersgruppe in 16 Fällen nur aus HauptschülerInnen zusammen.

Der schulische/berufliche Status der 15- bis 18jährigen Gruppenmitglieder ist in der folgenden Tabelle aufgeschlüsselt.

Tabelle 3.5: Gruppen, in denen mindestens 1 Mitglied dem jeweils angegebenen schulischen/beruflichen Status zugerechnet werden kann

	Anzahl	Prozent
PflichtschülerInnen ¹	43	46
SchülerInnen einer höherbildenden Schule ²	78	83
SchülerInnen einer berufsbildenden mittleren Schule ³	58	62
arbeitende Jugendliche/Lehrlinge	67	71
arbeitssuchende/arbeitslose Jugendliche	18	19

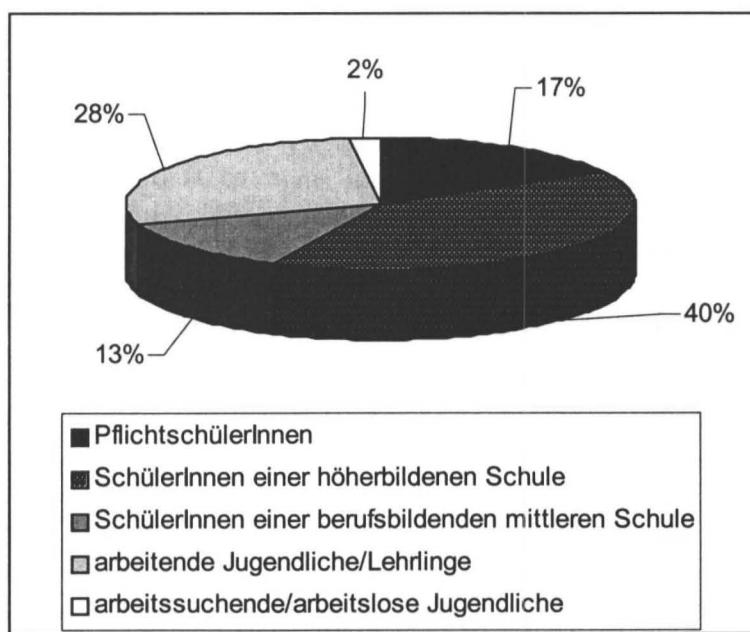
94 = 100%: Das heißt die Prozentangaben wurden nur für jene Gruppen berechnet, die Jugendliche dieser Altersgruppe haben und zudem auf die Frage eingegangen sind

¹ Hauptschule, Polytechnikum, Sonderschule ² AHS, BHS ³ Fach- und Handelsschulen

Wie aus der Tabelle hervorgeht, sind die meisten Gruppen eher bunt zusammengesetzt. Zwar sind SchülerInnen einer höherbildenden Schule in besonders vielen Gruppen vertreten, gleichzeitig geben aber auch sehr viele Gruppen an, mindestens eine/n arbeitende/n Jugendliche/n oder einen Lehrling zu haben.

Die durchschnittliche Zusammensetzung der Altersgruppe der 15- bis 18jährigen ist in der folgenden Abbildung veranschaulicht.

Abbildung 3.2: Durchschnittliche Zusammensetzung der Altersgruppe der 15- bis 18jährigen nach schulischer/beruflichem Status



In 33% der Gruppen mit 15- bis 18jährigen Mitgliedern besuchen über die Hälfte dieser eine höherbildende Schule (wobei 14% der Gruppen sogar nur aus SchülerInnen einer höherbildenden Schule bestehen). 11% der Gruppen verzeichnen eine Mehrheit von PflichtschülerInnen, weitere 4% setzen sich vorwiegend aus SchülerInnen einer berufsbildenden mittleren Schule zusammen. In einem Viertel der Gruppen (25%) befindet sich mehr als die Hälfte der Mitglieder

in einem Arbeits- bzw. Lehrverhältnis. In den restlichen 27% der Gruppen ist die Streuung hinsichtlich des schulischen/beruflichen Status so stark, daß es in der Altersgruppe der 15- bis 18jährigen keine deutlichen Mehrheiten gibt.

Während in den beratenden Gruppen besonders PflichtschülerInnen überdurchschnittlich oft aufscheinen, sind in den Gruppen der verbandlichen und offenen Jugendarbeit arbeitende Jugendliche verhältnismäßig häufig. Von den beratenden Gruppen haben daher sogar 68% einen überwiegenden Anteil an SchülerInnen (unterschiedlichen Schultyps). Bei den Kinder- und Jugendorganisationen machen Gruppen mit einer Mehrheit an arbeitenden Mitgliedern immerhin 41% aus, in den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit beträgt ihr Anteil 32%.

3.4.10 Integration von Randgruppen

Zudem wurde noch erhoben, ob unter den Mitgliedern auch Kinder/Jugendliche sind, die einer Randgruppe angehören. 68% der Gruppen haben keine Mitglieder, die zu einer der abgefragten Gruppen zählen. Die diesbezüglichen Angaben der übrigen Gruppen sind in der folgenden Tabelle aufgezeigt.

Tabelle 3.6: Sind unter den Gruppenmitgliedern auch Kinder/Jugendliche, die zu einer der folgenden Gruppen gehören?

	Anzahl	Prozent
Kinder/Jugendliche mit Suchtproblemen (Alkohol/Drogen)	30	19
SchulabbrecherInnen	28	18
Kinder/Jugendliche der zweiten Generation	26	16
Kinder/Jugendliche, die Probleme mit der Justiz haben/hatten	20	13

160 = 100%, Mehrfachnennungen möglich

Die vier in der Tabelle aufgezählten Randgruppen sind also jeweils in 20 bis 30 Gruppen vertreten. Zusätzlich in jeweils weniger als 10% der Gruppen integriert sind: Kinder/Jugendliche von ethnischen oder linguistischen Minderheiten, Kinder/Jugendliche mit körperlichen oder geistigen Behinderungen sowie Kinder/Jugendliche, die in Einrichtungen der Jugendwohlfahrt untergebracht sind.

Abgesehen von den Kindern/Jugendlichen der zweiten Generation, die sich über die verschiedenen Gruppentypen etwa gleich verteilen, sind alle anderen in der Tabelle genannten Gruppen am stärksten in die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit eingebunden.

3.4.11 Gruppenleitung und Entscheidungsfindung

Nur in 13% der Gruppen gibt es keine Gruppenleitung. Von den beratenden (78%) und informellen Gruppen (76%) haben jeweils etwa drei Viertel eine Gruppenleitung, von den Gruppen der Kinder- und Jugendorganisationen sind es sogar 94%.

72% der Gruppenleitungen sind durch eine Wahl legitimiert. 18% der Gruppenleitungen werden von einer übergeordneten Organisation bestimmt. In 15% der Gruppen mit Gruppenleitung muß diese eine bestimmte Ausbildung absolvieren bzw. absolviert haben. Lediglich 6 Gruppen haben einen bestimmten Rotationsmechanismus, das heißt, die Gruppenmitglieder wechseln sich bei der Gruppenleitung ab.

In beratenden (48%) Gruppen ist die Gruppenleitung relativ selten von den Mitgliedern gewählt. Im Vergleich eher häufig ist bei den beratenden Gruppen die Ernennung der Gruppenleitung durch eine übergeordnete Organisation, bei der es sich wahrscheinlich um die Gemeinde bzw. den Gemeinderat handelt.

Tabelle 3.7: Gruppen, in denen mindestens 1 Mitglied der Gruppenleitung der jeweiligen Altersgruppe angehört

	Anzahl	Prozent
Jünger als 15 Jahre	3	2
Zwischen 15 und 18 Jahren	69	46
Zwischen 19 und 29 Jahren	123	82
Älter als 29 Jahre	55	37

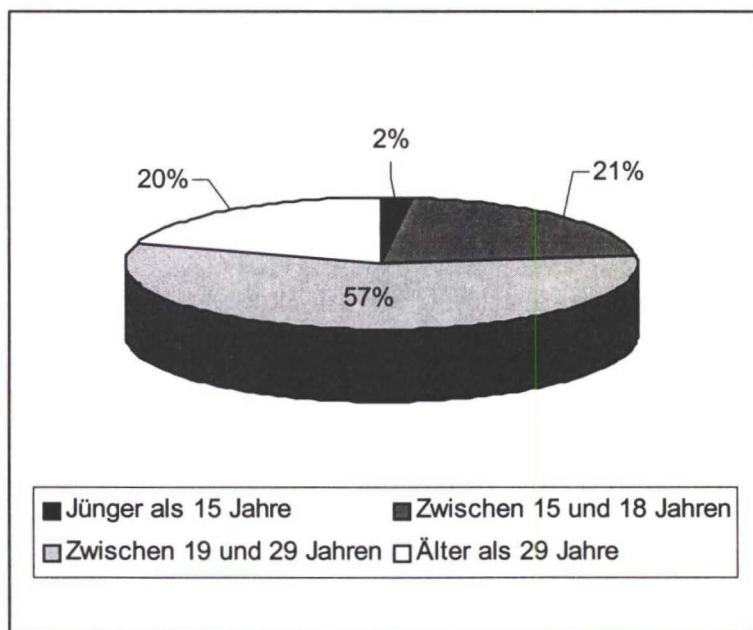
150 = 100%, Mehrfachnennungen möglich

Wie anhand der Tabelle deutlich wird, verzeichnen die meisten Gruppen zumindest eine/n Erwachsene/n in der Gruppenleitung. Unter 15jährige sind nur in drei Gruppenleitungen integriert und damit äußerst selten.

In 43% der Gruppenleitungen sind alle Mitglieder in einer bestimmten Altersgruppe zu finden: In lediglich 5% der Gruppenleitungen sind alle LeiterInnen zwischen 15 und 18 Jahren, in 27% zwischen 19 und 29 Jahren und in 11% sogar älter als 29 Jahre. Bei einer einzigen (beratenden) Gruppe ist die gesamte Gruppenleitung jünger als 14 Jahre.

Die übrigen Gruppenleitungen setzen sich aus mehreren Altersgruppen zusammen. Davon besteht in über der Hälfte (53%) der Gruppen die Gruppenleitung zu mehr als der Hälfte aus 19- bis 29jährigen, in weiteren 15% sogar aus über vorwiegend über 29jährigen. 17% der Gruppen haben hingegen eine Gruppenleitung, in der mehr als 50% der Mitglieder jünger als 18 Jahre sind. In den restlichen 15% der Gruppenleitungen gibt es keine Mehrheit einer Altersgruppe.

Die durchschnittliche Zusammensetzung der Gruppenleitungen hinsichtlich des Alters ist in der folgenden Abbildung dargestellt.

Abbildung 3.3: Durchschnittliche Zusammensetzung der Gruppenleitungen nach Alter

In Zusammenhang mit der Gruppenleitung interessierte auch, wie in den Gruppen Entscheidungen getroffen werden. Die diesbezüglichen Antworten können der folgenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle 3.8: Wie werden in der Gruppe Entscheidungen getroffen?

	Anzahl	Prozent
Es entscheidet die Gruppe gemeinsam.	134	74
Es entscheidet die Gruppenleitung.	51	28
Es entscheidet ein geschäftsführender Ausschuß/Vorstand.	29	16
181 = 100%, Mehrfachnennungen möglich		

Obwohl es in einem Großteil der Gruppen eine Gruppenleitung gibt, werden in den meisten Gruppen Entscheidungen von der Gruppe gemeinsam getroffen. Wie sowohl aus der Tabelle als auch aus Anmerkungen im Fragebogen hervorgeht, gibt es in einigen Gruppen auch beide Möglichkeiten: Manche Entscheidungen werden von allen gemeinsam getroffen, für andere ist lediglich die Gruppenleitung zuständig.

In bezug auf Entscheidungen sind die Unterschiede zwischen den Gruppentypen besonders deutlich. Von den beratenden Gruppen geben nämlich sogar 96% an, daß Entscheidungen von der Gruppe gemeinsam getroffen werden, während in den Einrichtungen der verbandlichen und offenen Jugendarbeit Gruppenleitung und Vorstand bzw. Ausschuß eine größere Rolle spielen.

3.4.12 KooperationspartnerInnen

Die KooperationspartnerInnen der Gruppen sind vielfältig. Die Liste, die im Fragebogen enthalten war, wurde von den Gruppen noch durch zusätzliche Angaben ergänzt. Auf dieser Basis wurden in die Darstellung in der folgenden Tabelle die öffentlichen Stellen/Gemeinden sowie lokale Einrichtungen/Vereine zusätzlich aufgenommen.

Tabelle 3.9: Mit wem arbeitet die Gruppe zusammen?

	Anzahl	Prozent
mit anderen Jugendgruppen/-organisationen	116	68
mit kirchlichen Einrichtungen	62	37
mit politischen Parteien	59	35
mit Schulen	49	29
mit öffentlichen Stellen/Gemeinde	36	21
mit sozialen Diensten/Wohlfahrtsverbänden	27	16
mit lokalen Vereinen/Einrichtungen	13	8
Sonstige	11	6
170 = 100%, Mehrfachnennungen möglich		

Die meiste Zusammenarbeit gibt es offensichtlich mit anderen Jugendgruppen oder -organisationen. Ebenfalls oft genannt werden kirchliche Einrichtungen und politische Parteien, nicht zuletzt, weil einige der Gruppen ein deutliches Naheverhältnis zu solchen haben.

Während andere Jugendgruppen oder -organisationen (44%) sowie kirchliche Einrichtungen (19%) verhältnismäßig selten als KooperationspartnerInnen von beratenden Gruppen aufscheinen, arbeiten diese relativ häufig mit öffentlichen Stellen (61%), insbesondere der jeweiligen Gemeinde, und Schulen (47%) zusammen. Ebenso geben die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit eher oft (42%) an, daß sie mit Schulen kooperieren.

3.4.13 Zeitlicher Rahmen

Die Hälfte (51%) aller Gruppen gibt es erst seit maximal 5 Jahren, die übrigen Gruppen bestehen zum Teil bereits wesentlich länger. Im Vergleich: am jüngsten sind die beratenden Grup-

pen mit einer durchschnittlichen Bestehenszeit von rund 3 Jahren, gefolgt von den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit mit durchschnittlich 5 Jahren. Mit Abstand am ältesten sind die Gruppen der Kinder- und Jugendorganisationen, die ein durchschnittliches „Alter“ von 29 Jahren aufweisen.

Das Ende ist bei den meisten, nämlich 88% der Gruppen offen, das heißt, es ist nicht vorgesehen, daß die Aktivitäten der Gruppe zeitlich beschränkt sind. Beratende Gruppen sind mit 26% allerdings etwas häufiger zeitlich befristet.

Gemeinsame Treffen finden in den meisten Gruppen (67%) eher regelmäßig und in einem Drittel der Gruppen (36%) nach Bedarf statt. In 3% der Gruppen wurden beide Antwortmöglichkeiten als zutreffend angegeben.

Die durchschnittliche Häufigkeit der Treffen ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 3.10: Wie häufig finden gemeinsame Treffen der Gruppe im allgemeinen statt?

	Anzahl	Prozent
öfter als einmal pro Woche	32	18
einmal pro Woche	31	17
ein- bis dreimal pro Monat	42	23
einmal pro Monat	43	24
seltener als einmal pro Monat	34	19
182 = 100%		

Sowohl die Gruppen der Kinder- und Jugendorganisationen (81%) als auch die informellen Gruppen (77%) treffen sich größtenteils zwischen einmal pro Woche und einmal pro Monat. Wesentlich häufiger finden Treffen in den Vereinen und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit statt, nämlich in 46% der Gruppen öfter als einmal pro Monat, was sich durch die Öffnungszeiten von Jugendzentren erklären läßt. Verhältnismäßig wenig treffen sich die Mitglieder der beratenden Gruppen, da von beinahe der Hälfte der Gruppen (46%) angegeben wird, daß gemeinsame Sitzungen seltener als einmal pro Monat stattfinden.

Ähnlich sind auch die Verteilungen auf die Frage nach dem durchschnittlichen Zeitaufwand der unter 18jährigen für die Aktivitäten der Gruppe. In 40% der Gruppen widmen sich die Kinder/Jugendlichen bis zu 6 Stunden pro Woche den Aktivitäten der Gruppe. In weiteren 42% der Gruppen ist das Ausmaß wesentlich geringer und beträgt maximal drei Stunden pro Monat.

3.4.14 Finanzieller Rahmen

Weiters wurden die Gruppen gefragt, ob sie finanzielle Zuwendungen erhalten. 58% der Gruppen gaben an, daß sie durch öffentliche Gelder unterstützt bzw. finanziert werden. Je ein Drittel erklärte, daß die Gruppe private Gelder im Sinne von Spenden oder Sponsoring bzw. Mitgliedsbeiträge erhält. 22% der Gruppen erhalten keine finanzielle Unterstützung.

Mitgliedsbeiträge müssen in etwa der Hälfte der Einrichtungen der offenen sowie auch der verbandlichen Jugendarbeit bezahlt werden, während es sie in beratenden Gruppen nicht gibt. Die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit – also Jugendzentren oder kulturelle Jugendvereine – erhalten verhältnismäßig oft öffentliche (81%) und/oder private Zuwendungen (55%). Beratende Gruppen hingegen sind zu 70% durch öffentliche Gelder und nur zu einem Fünftel (21%) durch private Gelder unterstützt.

In 18% der Gruppen gibt es bezahltes Personal und in 7% der Gruppen erhalten Mitglieder zumindest manchmal eine finanzielle Entschädigung für ihre Mitarbeit bzw. für bestimmte Aktivitäten. Besonders häufig ist bezahltes Personal mit 39% in den Einrichtungen der offenen Ju-

gendarbeit. Diese Zahlen sind allerdings nur mit Vorsicht zu interpretieren, da davon auszugehen ist, daß bei manchen Gruppen die BetreuerInnen als Mitglieder gerechnet wurden und daher als bezahltes Personal aufscheinen, während in anderen Fällen diese gar nicht zu den Mitgliedern gezählt wurden.

3.4.15 Schwierigkeiten bei der Durchführung von Aktivitäten

Um zumindest einen Eindruck von häufigen Schwierigkeiten bei der Durchführung von Aktivitäten in den verschiedenen Gruppen zu erhalten, wurde mit einer Frage auch darauf eingegangen. Die Ergebnisse werden in der folgenden Tabelle aufgezeigt.

Tabelle 3.11: Gibt es bei der Durchführung der Aktivitäten eine der folgenden Schwierigkeiten?

	Anzahl	Prozent
Zeitmangel	86	56
Mangel an finanziellen Ressourcen	78	51
Mangel an Infrastruktur (Räume, Materialien, etc.)	43	28
Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe	28	18
Schwierigkeiten mit dem Umfeld (anderen Institutionen, PolitikerInnen, etc.)	28	18
Mangel an professionellem Personal	22	14

154 = 100%, Mehrfachnennungen möglich

Wie anhand der Tabelle deutlich wird, sind Zeitmangel und Mangel an finanziellen Ressourcen mit Abstand die häufigsten Schwierigkeiten, da sie jeweils bei über der Hälfte der Gruppen genannt werden. Zusätzlich gibt es zwar auch in den anderen abgefragten Bereichen Probleme, von diesen sind jedoch weniger Gruppen betroffen. Unterschiede zwischen den Gruppentypen zeigte sich lediglich hinsichtlich des Zeitmangels, der von den Gruppen der Kinder- und Jugendorganisationen mit 73% besonders oft als Problem genannt wird.

4 Zwei kommunale Beteiligungsprojekte als Fallbeispiele

Barbara Riepl/Elke Durstberger/Maria Haider

Wie die Bestandsaufnahme (vgl. Kap. 3) gezeigt hat, gibt es unterschiedliche Formen direkter politischer Mitbestimmung der Jugend. Bisher noch kaum analysiert sind jene „beratenden Gruppen öffentlicher Stellen“, die von politischen VertreterInnen selbst initiiert werden. Zwei solcher Beteiligungsmodelle auf Gemeindeebene werden im folgenden näher beschrieben und diskutiert. Als Fallbeispiele wurden das Kinderforum Eggenburg (NÖ) und der Stadtjugendrat Bruck/Mur (Stmk.) ausgewählt, deren folgende Beschreibung eine erste Idee vom Untersuchungsgegenstand vermitteln soll.

Der Brucker Stadtjugendrat entstand 1996 auf Initiative der Gemeinde im Rahmen eines Stadtmarketingprojekts. Der Stadtjugendrat setzt sich aus etwa 25 Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren zusammen, die nicht durch Wahlen, sondern aufgrund ihres Interesses und Engagements Mitglieder werden. Wichtigste Aufgabe des Stadtjugendrats ist, die Gemeinde bei Entscheidungen im Jugendbereich zu beraten und eigene Vorstellungen einzubringen. Begleitet und unterstützt werden die Jugendlichen dabei von einer Projektbetreuerin.

Die Idee des Kinderforums wurde 1992 von Mitgliedern des Eggenburger Gemeinderats entwickelt. Während zu Beginn nur gewählte Kinder/Jugendliche Mitglieder des Kinderforums werden konnten, können inzwischen zusätzlich zu diesen auch nicht gewählte, aber interessierte Kinder oder Jugendliche aufgenommen werden. Das Kinderforum soll als beratendes Gremium des Gemeinderats die Interessen der Eggenburger Kinder und Jugendlichen vertreten. Unterstützt werden die beteiligten Kinder/Jugendlichen durch eine Projektbetreuerin sowie einen Beirat, der sich aus einer Gruppe von Erwachsenen zusammensetzt.

Die Beschreibung der Untersuchung, die ausführliche Darstellung der beiden Projekte und deren vergleichende Zusammenfassung sowie die Diskussion der Ergebnisse sind Gegenstand des folgenden Berichtsteils.

4.1 Durchführung der Untersuchung

4.1.1 Zielsetzung

Mit den beiden Falldarstellungen und der anschließenden Diskussion sollen mehrere Fragestellungen beantwortet werden. Zunächst soll die ausführliche Beschreibung die konkrete Gestaltung der Projekte aufzeigen, um einen besseren Einblick in diese Art von Beteiligung zu vermitteln. Dargestellt werden daher jeweils der Verlauf der Projekte, die beteiligten AkteurInnen sowie deren Aufgabenteilung, die Kooperation mit dem Gemeinderat und die Realisierung von Wünschen der Kinder/Jugendlichen. Die folgende vergleichende Zusammenfassung soll sowohl Ähnlichkeiten als auch Differenzen der Projekte verdeutlichen. In der abschließenden Diskussion werden zentrale Aspekte herausgearbeitet, um auf Widersprüche und Schwierigkeiten bei der Projektgestaltung hinzuweisen. Durch die Auseinandersetzung mit förderlichen und hinderlichen Faktoren soll nicht zuletzt die Weiterentwicklung ähnlicher Beteiligungsformen unterstützt werden.

4.1.2 Konzeption und Verlauf

Methodischer Ansatz dieser Untersuchung war die Einzelfallstudie, um eine vorschnelle Strukturierung der Daten zu vermeiden. Vielmehr sollte durch das intensive Eingehen auf den individuellen Fall ein umfassendes Bild der Beteiligungsprojekte gewonnen werden. Die Beschäftigung mit zwei Fällen ermöglichte die Kontrastierung des Materials und unterstützte damit die Interpretation (Lamnek 1993). Der Verlauf der Untersuchung erfolgte in Anlehnung an Strauss (1994) in mehreren Schritten, um auf der Basis der bereits gewonnenen Daten das weitere Vorgehen zu bestimmen.

Bei der Auswahl der beiden untersuchten Projekte wurde darauf geachtet, daß sich diese hinsichtlich mehrerer Kriterien unterschieden: Ausmaß der Formalisierung, Alter der beteiligten Kinder/Jugendlichen, Größe der Gemeinde und Bundesland. Voraussetzung für die Beschäftigung mit den zwei ausgewählten Projekten war das Einverständnis der jeweiligen Gemeinde. Beide der kontaktierten Gemeinden zeigten Interesse an der Mitarbeit und förderten durch ihre Kooperationsbereitschaft die Durchführung der Untersuchung. Die Erhebungen in den Gemeinden fanden zwischen April und Juni 1998 statt.

Im Sinne einer Methodentriangulation wurden zur Datenerhebung verschiedene Techniken angewendet. Die als Informationsmaterialien verwendeten Sitzungsprotokolle, Projektdokumentationen oder andere schriftliche Unterlagen erwiesen sich vor allem für das Verständnis der Projektentwicklung und für die Rekonstruktion der Umsetzung von Anliegen der Kinder/Jugendlichen als hilfreich. Die teilnehmende Beobachtung in Projektsitzungen gab in erster Linie detaillierteren Aufschluß über den Ablauf und die Gestaltung von Sitzungen. Der Großteil der Informationen wurde jedoch aus Interviews mit verschiedenen Projektakteuren gewonnen.

In beiden Gemeinden wurden mit je 3 beteiligten Kindern/Jugendlichen Einzelinterviews geführt. Beim Eggenburger Kinderforum handelte es sich um die derzeitige Kinderbürgermeisterin, ihre Stellvertreterin sowie einen ehemaligen Kinderbürgermeister. In Bruck/Mur standen drei im Stadtjugendrat besonders engagierte Jugendliche, die von der Projektbetreuerin vermittelt wurden, für diese Interviews zur Verfügung. Aus der Gruppe der Erwachsenen wurden die beiden Bürgermeister, die jeweiligen Projektbetreuerinnen sowie in Bruck der Fachbereichsleiter für Kultur, Jugend und Sport und in Eggenburg der für Jugendangelegenheiten zuständige Stadtrat interviewt.

Bei den Einzelinterviews handelte es sich um Leitfadeninterviews (Flick 1995). Die Befragten hatten die Möglichkeit, selbst Prioritäten zu setzen und besonders auf das einzugehen, worüber sie aufgrund ihrer Rolle im Projekt am besten Bescheid wußten. Durch die relativ offene Form der Befragung sollte zudem sichergestellt werden, daß nicht wesentliche Charakteristika des Projekts übersehen wurden. Die Interviewleitfäden enthielten Nachfragen zur Entwicklung des Projekts, zu den beteiligten Personengruppen, zur Aufgabenteilung sowie zur Realisierung von Wünschen der Kinder/Jugendlichen. Alle Interviews wurden auf Band aufgenommen und später für die Auswertung transkribiert. Das heißt, daß während der Durchführung der Befragungen keine Notizen gemacht werden mußten, und die Interviews daher Gesprächscharakter hatten. Die Dauer war unterschiedlich und reichte von 30 bis zu etwa 90 Minuten.

Zusätzlich zu diesen Befragungen wurde in jeder Gemeinde je ein moderiertes Gruppeninterview mit beteiligten Kindern/Jugendlichen durchgeführt, das etwa eine Stunde dauerte. Die Einladung zu diesen Interviews erfolgte in Eggenburg schriftlich als Beilage zur Einladung zu einer Kinderforumssitzung, während die Jugendlichen in Bruck/Mur über (an ihrem Treffpunkt ausgehängte) Plakate informiert wurden. In Eggenburg nahmen daran insgesamt 18 Kinder und Jugendliche teil, in Bruck waren 8 Jugendliche anwesend. Gefragt wurde im wesentlichen nach der Motivation für die Beteiligung am Projekt sowie nach der Realisierung von Wünschen.

Zusätzlich wurden den Kindern/Jugendlichen einzelne Fragen zur jeweiligen Projektstruktur gestellt. Die Antworten wurden zum Teil auf einem Flip-Chart mitgeschrieben, zum Teil wurden sie auf Kärtchen gesammelt und anschließend auf Plakaten visualisiert.

4.1.3 Auswertung

Die Auswertung erfolgte nach den Kriterien der qualitativen Sozialforschung (Lamnek 1993, Flick 1996). Das Material wurde einerseits in Form der Falldarstellungen systematisiert und andererseits bei der Diskussion der Ergebnisse auch interpretiert. Die Kategorien, die vor allem bei der Diskussion aber auch bei den Falldarstellungen verwendet wurden, wurden anhand des Materials vom Forschungsteam gemeinsam erarbeitet.

Textsequenzen der transkribierten Interviews sowie andere Materialien wurden den verschiedenen Fragestellungen zugeordnet und zusammengefaßt. Widersprüche und Unklarheiten, die sich dabei zeigten, wurden nach Möglichkeit mit den Befragten nachbesprochen bzw. im Rahmen anderer Interviews oder mit Hilfe anderer Materialien geklärt. Die für den Bericht verfaßten Texte wurden mehrmals gegengelesen, diskutiert und überarbeitet. Durch laufende Veränderungen wurde unter anderem versucht, einen möglichst logischen Aufbau der Projektbeschreibungen zu finden und damit nicht zuletzt Wiederholungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Um die Sichtweise der Interviewten anschaulich darzustellen, wurden in die Texte immer wieder Zitate eingefügt. Als letzter Schritt bei der Verfassung der beiden Falldarstellungen wurden diese mit der jeweiligen Gemeinde abgestimmt und noch letzte kleine Korrekturen eingearbeitet. Die Diskussion der Ergebnisse beruht auf Kategorien, die erst im Verlauf der Untersuchungen erarbeitet wurden und wurde als letzter Textteil verschriftlicht.

4.2 Das Eggenburger Kinderforum

4.2.1 Die Gemeinde Eggenburg

Eggenburg liegt in einer ländlichen Gegend im nördlichen Teil Niederösterreichs. Die Gemeinde erstreckt sich über 2.350 ha und besteht aus 4 Katastralgemeinden.

1997 verzeichnete die Stadtgemeinde etwa 3.600 ständige EinwohnerInnen und zusätzlich rund 1.300 Zweitwohnsitze. Insgesamt gibt es in Eggenburg etwa 900 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die Anzahl der 7- bis 14jährigen wird auf rund 400 geschätzt.

Direkt in Eggenburg befinden sich sowohl eine Volks- als auch eine Hauptschule. Jugendliche, die ein Gymnasium oder eine weiterführende Schule besuchen, müssen etwa 15 km in die nächste größere Stadt fahren. In der Gemeinde gibt es zwei größere Industriebetriebe, 130 Unternehmen im Bereich Handel und Gewerbe sowie 50 Landwirtschaften. Bedingt durch Arbeitsplatzmangel hat Eggenburg sowohl eine verhältnismäßig starke Abwanderungs- als auch PendlerInnenrate.

Touristische Attraktionen stellen unter anderem die mittelalterliche Stadtanlage Eggenburgs mit der noch vollständig erhaltenen Stadtmauer, das Eggenburger Schloß, zahlreiche Kapellen, diverse Ausgrabungen sowie auch die vielen Kellergassen dar. Dennoch ist der Tourismus in Eggenburg nicht besonders stark. 1997 gab es etwas mehr als 6.100 Nächtigungen, die meisten BesucherInnen bleiben ein oder zwei Tage.

4.2.2 Entstehung und Entwicklung des Kinderforums

Von den befragten Erwachsenen wird die Entstehung des Eggenburger Kinderforums auf eine Initiative des Landesjugendreferats Niederösterreich zurückgeführt. Dieses verschickte 1992 ein Schreiben an alle niederösterreichischen Gemeinden und regte an, kommunale Jugendbeteili-

gungsprojekte wie etwa Kindergemeinderäte zu entwickeln. Diese Idee wurde im Eggenburger Gemeinderat diskutiert und obwohl die Mehrheit dem Projekt eher ablehnend gegenüber stand, beschlossen der Jugendreferent und die MitarbeiterInnen des Kultur-, Jugend- und Sportreferats mit Unterstützung des Bürgermeisters dennoch einen Versuch zu starten.

Bezüglich der Form der Beteiligung versuchte man sich an bereits existierenden Projekten in anderen Gemeinden zu orientieren. Dabei stellte sich heraus, daß zwar einige Ideen übernommen werden konnten, daß es aber gleichzeitig notwendig war, das Projekt speziell auf Eggenburg abzustimmen. Auf der Basis dieser Überlegungen wurden von den Erwachsenen noch vor Beginn des Projekts Statuten ausgearbeitet, die Zielsetzung des Projekts sowie konkrete Überlegungen zur Form enthielten. Diskussionen gab es anfangs bezüglich des Namens für das geplante Projekt, bis man sich schließlich auf die Bezeichnung Kinderforum einigte.

Die erste Wahl des Kinderforums fand Anfang des Jahres 1993 statt. In einer der ersten Sitzungen stellte sich der Bürgermeister für Anfragen zur Verfügung. Seither hatte er keinen direkten Kontakt mehr zum Kinderforum, sondern wird von den Beiräten über die aktuellen Themen der Kinder und Jugendlichen informiert.

Die ersten drei Jahre waren durch viel Engagement und zahlreiche Aktivitäten gekennzeichnet. Das läßt sich beispielsweise daran erkennen, daß im ersten Jahr mindestens einmal pro Monat Sitzungen des Kinderforums stattfanden. In dieser Zeit besuchten auch mehrere Mitglieder des Projektbeirats eine österreichweite Tagung zum Thema politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Leoben, von der sie neue Anregungen für die Weiterarbeit mitnahmen.

Sowohl von dem damaligen Kinderbürgermeister als auch den Erwachsenen wird berichtet, daß sich nach etwa drei Jahren ein Tiefpunkt in der Entwicklung des Kinderforums abzeichnete. Während mehrerer Monate fanden keinerlei Aktivitäten statt und das Projekt wurde grundsätzlich in Frage gestellt.

Vom Kinderbürgermeister wird in diesem Zusammenhang angegeben, daß das Projekt einerseits für die Kinder und Jugendlichen nicht mehr so neu und aufregend war und daß andererseits auch das Interesse der Erwachsenen nachgelassen hatte. Von den Projektbeiräten werden drei unterschiedliche Gründe genannt: Erstens hatten sich die hohen Anfangserwartungen nicht erfüllt, da vom Kinderforum erarbeitete Projekte mangels Zustimmung des Gemeinderats nicht in der vorgestellten Form umgesetzt werden konnten; Zweitens wurde den besonders engagierten Erwachsenen die Projektbetreuung zunehmend zu zeitaufwendig; Drittens wurden den Erwachsenen im Projektbeirat von anderen nicht involvierten Erwachsenen der Vorwurf gemacht, daß die Kinder und Jugendlichen zu stark geführt würden und zu wenig eigenständig Ideen entwickeln könnten, weshalb sich einige der Projektbeiräte zurückzogen.

Dies wiederum führte zu einer zunehmenden zeitlichen Inanspruchnahme der verbleibenden Beiräte. Besonders betroffen war der für Jugendfragen zuständige Stadtrat, der einen immer größeren Teil der Projektbetreuung übernahm. Beendet wurde die krisenhafte Phase Anfang 1997 durch die Einbeziehung der ehrenamtlichen Projektbetreuerin. Sie übernahm viele der organisatorischen Aufgaben und sorgte damit für eine deutliche Entlastung der Beiräte. Gleich zu Beginn ihrer Funktion als Projektbetreuerin bemühte sie sich besonders, die Kinder und Jugendlichen wieder neu zu motivieren.

„Dank der jetzigen Projektbetreuerin gibt es wieder einen Aufschwung. Sie ist wieder in die Schulen gegangen und hat wirklich Kinder und Lehrer angesprochen darauf und jetzt sind wieder ziemlich viele Kinder da und es rennt jetzt wieder ziemlich gut.“ (ehem. Kinderbürgermeister)

Unterstützung erhielten die projektbegleitenden Erwachsenen auch von Eltern, die die Idee des Kinderforums begrüßen und das Engagement ihres Kindes fördern.

Im Frühjahr 1997 fand in Graz ein österreichweites Vernetzungstreffen von Kindergemeinderäten statt, an dem zusätzlich zur Projektbetreuerin und einem Projektbeirat auch mehrere beteiligte Kinder und Jugendliche teilnahmen. Auch diese Tagung wirkte sich wieder sehr positiv auf das Projekt aus, da durch den Austausch viele Ideen für neue Aktivitäten entstanden.

Seit Beginn des Projekts ist festgelegt, daß die Parteizugehörigkeit der Gemeinderäte bei der Besetzung des Beirats keine Rolle spielen soll.

„Politische Richtungen dürfen da keine Rolle spielen, das soll komplett parteiunpolitisch sein, und ist auch bis heute so, Gott sei Dank.“ (Stadtrat)

Dennoch gab es während der letzten Jahre aus der Bevölkerung immer wieder den Vorwurf, daß die Mitglieder des Kinderforums parteipolitisch beeinflußt würden. Diese Bedenken werden von den involvierten Erwachsenen als unberechtigt bezeichnet.

Für die Zukunft wünschen sich sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die involvierten Erwachsenen, daß die Anerkennung in der Gemeinde verstärkt und daß in Zusammenhang damit das Projekt noch intensiver wird.

4.2.3 Zielsetzungen des Kinderforums

Ziele der beteiligten Erwachsenen

Von den Erwachsenen wurden im wesentlichen zwei Zielsetzungen festgelegt. Als ein zentraler Aspekt wird die dem Kinderforum vermittelte Information betont. Das heißt, die Kinder und Jugendlichen sollen „das kommunale Geschehen besser verstehen lernen und transparenter sehen“ (Auszug aus den Statuten).

„Das heißt, sie sollen wissen wie funktioniert so eine Kommune überhaupt, was hat der Gemeinderat für Aufgaben, ja und warum sind zum Beispiel die 23 Gemeinderäte überhaupt da.“ (Stadtrat)

Zweitens wird festgehalten, daß die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben sollen, auch aktiv ihre Meinung zu äußern und so an der Entwicklung der Gemeinde Eggenburg mitzuwirken.

„Ich glaube man wollte diesen jungen Gemeindebürgern die Möglichkeit geben dieses miteinander leben in der Gemeinde eben auch mitzugestalten. Das ist vielleicht auch nur für 1 oder 2 Jahre interessant und dann ändert sich ja wieder die Gruppe, aber vielleicht wird das Recht, da mitzureden dann trotzdem gerne angenommen.“ (Projektbetreuerin)

Im übrigen betonen die Erwachsenen noch, daß die Kinder und Jugendlichen durch das Kinderforum lernen sollen, daß nicht jeder Wunsch erfüllbar ist. Indem die Begründungen für abschlägige Entscheidungen, beispielsweise finanzielle oder rechtliche Restriktionen, sichtbar gemacht werden, soll die Akzeptanz solcher Entscheidungen gefördert und Unzufriedenheit der Jugend verhindert werden.

Durch das Einbinden der Jugend hofft man zudem, daß Hemmungen und Ängste im Umgang mit Autoritäten abgebaut werden und daß für die Zukunft gemeindepolitisches Engagement junger Erwachsener gefördert wird.

Ziele der beteiligten Kinder und Jugendlichen

Auch für die beteiligten Kinder und Jugendlichen steht das Ziel der Mitgestaltung der Gemeinde im Vordergrund. Sie erwarten sich, daß ihre Vorstellungen und Wünsche speziell bei Projekten im Freizeitbereich berücksichtigt werden. Das Kinderforum stellt nach Ansicht der Kinder und Jugendlichen eine Möglichkeit dar, die Gemeinde nicht nur über ihre Anliegen zu informieren sondern zum Teil auch die Verwirklichung dieser zu erreichen.

Zudem sehen die Kinder und Jugendlichen das Kinderforum als eine Einrichtung, durch die sie selbst informiert werden. Das heißt, sie sind auch deshalb Mitglieder des Kinderforums, um zu erfahren, was allgemein in ihrer Gemeinde vorgeht und welche Projekte für Kinder und Jugendliche geplant sind. Manche Kinder und Jugendlichen bringen weiters ein, daß sie durch das Kinderforum Einblick in die Gemeindepolitik bekommen.

Drittens wird das Kinderforum von den Beteiligten als angenehme bzw. interessante Freizeitbeschäftigung gesehen. Das Kinderforum bietet eine gute Struktur, sich in einer größeren Gruppe für etwas einzusetzen, gemeinsam etwas zu unternehmen. Dadurch entwickeln sich immer wieder neue Freundschaften, die einen Teil des Interesses an den gemeinsamen Treffen ausmachen. Außerdem ist es für die Kinder und Jugendlichen abwechslungsreich, von Zeit zu Zeit einen Nachmittag bei einer Sitzung des Kinderforums zu verbringen.

4.2.4 Die beteiligten Kinder und Jugendlichen

Zusammensetzung

Die Altersgrenze für die Beteiligung am Kinderforum liegt zwischen 8 und 14 Jahren und wurde von den Erwachsenen festgelegt. Sie beruht auf deren Erfahrung, daß sich diese Altersgruppe eher engagiert als die Gruppe der 15- bis 18jährigen, da letztere „andere“ Interessen haben.

In das Kinderforum werden insgesamt 24 gewählte Kinder und Jugendliche von der 3. bis zur 8. Schulstufe entsandt. Während die KandidatInnen der Volksschule und der Hauptschule direkt an den Schulen gewählt werden, hat sich diese Methode bei den SchülerInnen der höherbildenden Schulen als praktisch nicht durchführbar erwiesen. Letztere können sich daher freiwillig melden und müssen nicht gewählt sein. Wie in den Statuten festgelegt, ist auch ein Sonder Schüler Mitglied des Kinderforums.

Eine Funktionsperiode des Kinderforums dauert zwei Jahre, das heißt, jedes zweite Jahr finden Neuwahlen statt. Da in den letzten Jahren phasenweise nur relativ wenige der gewählten Kinder bzw. Jugendlichen aktiv im Kinderforum engagiert waren, wurden die Regeln für die Zusammensetzung des Kinderforums abgeändert. Seither ist es möglich, daß neben den gewählten auch nicht gewählte, aber interessierte Kinder oder Jugendliche als gleichwertige Mitglieder aufgenommen werden. Für diese sind vor allem Erzählungen von FreundInnen, die Mitglieder des Kinderforums sind, ausschlaggebend für ihren Wunsch teilzunehmen. Integriert sind auch etwa 5 bis 6 Kinder von bosnischen Flüchtlingen, die ebenfalls durch Erzählungen zum Kinderforum kamen. Insgesamt werden derzeit knapp 50 TeilnehmerInnen verzeichnet.

„Ja, vor allem in dem Jahr, wo diese Flaute war, ist beschlossen worden, daß man [...] in den Schulen fragt, wer Interesse hat. Und wer interessiert ist, der soll einfach kommen und so war es dann letztendlich auch und das hat ziemlich gut funktioniert.“ (ehem. Kinderbürgermeister)

Wenn Mitglieder des Kinderforums bei mehr als 3 Sitzungen unentschuldigt fehlen, werden sie von der Mitgliederliste gestrichen, da davon ausgegangen wird, daß sie kein Interesse mehr haben. Allerdings besteht die Möglichkeit, sich auf Wunsch wieder als Mitglied aufnehmen zu lassen. Vorzeitig ausscheidende Kinder bzw. Jugendliche sollen laut Statuten möglichst durch MitschülerInnen derselben Schulstufe demokratisch nachbesetzt werden.

Aufgaben der beteiligten Kinder und Jugendlichen

In den Statuten wird nur eine Aufgabe des Kinderforums genannt, auch wenn in der Formulierung implizit enthalten ist, daß es daneben noch andere Aufgaben gibt:

„Das Kinderforum soll bei seinen Zusammenkünften auch Empfehlungen an die Eggenburger Gemeindevertretung beraten und beschließen.“ (Auszug aus den Statuten)

In der Praxis scheint der Beschuß von Empfehlungen nicht im Vordergrund zu stehen. Bei den Interviews zeigt sich, daß die Aufgaben des Kinderforums insgesamt nicht sehr klar umrissen sind und am besten an den vom Kinderforum durchgeföhrten Aktivitäten abgelesen werden können. Im wesentlichen sollen die Kinder und Jugendlichen an den Sitzungen möglichst regelmäßig teilnehmen und ihre Interessen dort in der Diskussion vertreten. Zudem sollen die Mitglieder des Kinderforums für den Austausch mit anderen Kindern und Jugendlichen offen sein und auch deren Wünsche und Beschwerden bei den Sitzungen einbringen.

„Und es ist so, daß die Kinder, die nicht im Kindergemeinderat sind, die Kindergemeinderäte anreden sollen, wenn sie zum Beispiel irgendwelche Probleme haben. Es ist eigentlich bekannt, wer im Kinderforum ist. Wenn ein Außenstehender ein Problem hat, geht er einfach zum Kindergemeinderat und sagt ihm das.“ (ehem. Kinderbürgermeister)

Außerdem werden die Mitglieder des Kinderforums von den Beiräten in einzelnen Fällen aufgefordert, aufzupassen, daß andere Kinder oder Jugendliche nicht vom Kinderforum verwirklichte Projekte wie etwa Geräte eines Spielplatzes bzw. einen Fahrradweg zerstören oder mißbrauchen.

4.2.5 Beteiligte Kinder in speziellen Funktionen

Von den im Kinderforum beteiligten Kindern und Jugendlichen übernehmen drei spezielle Funktionen, nämlich der/die KinderbürgermeisterInn, der/die KindervizebürgermeisterInn und der/die SchriftführerInn.

Wahl des Kinderbürgermeisters oder der Kinderbürgermeisterin

Von den Mitgliedern des Kinderforums wird in jeder Funktionsperiode auch ein/e SprecherIn gewählt, für die sich die Bezeichnung KinderbürgermeisterInn etabliert hat. Vertreten wird der/die KinderbürgermeisterInn von dem/der VizebürgermeisterInn. VizebürgermeisterInn wird jenes Kind, das bei der Wahl zum/zur KinderbürgermeisterInn zweitgereiht ist.

Obwohl grundsätzlich auch für die KinderbürgermeisterInnen die Altersgrenze von 14 Jahren gilt, war es bisher bereits wiederholt möglich, daß diese Jugendlichen darüber hinaus ihre Funktion ausüben. Der Grund dafür liegt darin, daß in diese Funktion eher ältere Kinder bzw. Jugendliche gewählt werden, die sonst kurz nach ihrer Einarbeitungsphase wegen der Altersgrenze wieder aus dem Amt ausscheiden müßten.

Aufgaben der KinderbürgermeisterInnen und ihrer StellvertreterInnen

Die KinderbürgermeisterInnen sehen sich in ihrer Funktion als Bindeglieder zwischen den beteiligten Kindern bzw. Jugendlichen und den Projektbeiräten.

„Wir haben gesagt, wählt euch einen Bürgermeister, einen Verantwortlichen, einen Sprecher, der den Kontakt zum Referenten [= Stadtrat und Mitglied des Projektbeirats, Anm. der Verf.] herstellen oder aufrechterhalten soll, der regelmäßigen Kontakt haben soll und eure Vorstellungen als Sprecher vorbringt.“ (Bürgermeister)

Zu den Aufgaben der KinderbürgermeisterInnen und ihrer StellvertreterInnen gehört, gemeinsam mit den Beiräten bzw. derzeit gemeinsam mit der Projektbetreuerin, die Kinderforumssitzungen vorzubereiten. Im Zuge der Vorbereitungen wird vor allem beraten, welche Themen bei der nächsten Sitzung behandelt und welche Punkte daher in die Tagesordnung aufgenommen werden sollen.

Die Leitung der Kinderforumssitzungen liegt ebenfalls bei der Kinderbürgermeisterin und der Projektbetreuerin.

*„Den Vorsitz bei den jeweiligen Zusammenkünften führt der gewählte Sprecher (Vorsitzende [KinderbürgermeisterIn, Anm. d. Verf.]) des Kinderforums unter Mithilfe eines der beratenden Beisitzer.“
(Auszug aus den Statuten)*

Weiters können sich Mitglieder des Kinderforums, die zwischen den Sitzungen ein Anliegen haben, an den/die jeweilige/n KinderbürgermeisterIn wenden. Dessen bzw. deren Aufgabe ist es dann, dafür zu sorgen, daß – je nach Dringlichkeit – entweder eine eigene Sitzung einberufen oder daß das Anliegen zumindest in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen wird.

Erfahrungen mit der Rolle als KinderbürgermeisterIn

Als KinderbürgermeisterInnen gewählt wurden bisher immer eher ältere Kinder bzw. Jugendliche, die bereits längere Zeit Mitglieder des Kinderforums waren. Nach ihren eigenen Aussagen übt(en) sie dieses Amt sehr gerne aus und die diversen Aufgaben als KinderbürgermeisterInnen macht(en) ihnen großteils Spaß. Wichtig ist den befragten KinderbürgermeisterInnen, daß alle zusammenhelfen, auch wenn letztlich ein Großteil der Arbeiten nur von einer kleinen Gruppe übernommen wird. Zumeist handelt es sich dabei um ältere Mitglieder, da sie den Ablauf des Kinderforums kennen und leichter anfallende Arbeiten übernehmen können.

„Es ist immer so, daß einige wenige die Arbeit machen müssen, aber das ist ja bei den Erwachsenen genauso.“ (ehem. Kinderbürgermeister)

Daß die Rolle als KinderbürgermeisterIn nicht immer einfach ist, wird von der derzeitigen Kinderbürgermeisterin anhand von zwei Punkten aufgezeigt.

Erstens beschreibt sie ihre Unsicherheit hinsichtlich der an sie gerichteten Erwartungen, da diese nicht klar ausgesprochen sind.

„Wir [= die Kinderbürgermeisterin und ihre Stellvertreterin] haben noch nicht gewußt, wie das geht, was wir tun sollen, was wir jetzt reden sollen, wenn wir da vorne stehen. Weiß ich heute noch nicht genau. Ja, es ist schon ein bißl beängstigend, wenn da rund 30 Kinder sitzen und dich alle so erwartungsvoll anstarren.“ (Kinderbürgermeisterin)

Zweitens erzählt die Kinderbürgermeisterin, daß Mitglieder des Kinderforums einmal eine Einrichtung der Gemeinde beschädigten und daß sie daraufhin gebeten wurde, die betreffenden Kinder und Jugendlichen quasi zur Ordnung zu rufen. In dieser Rolle fühlte sie sich nicht wohl.

Daß die Kinderbürgermeisterin und ihre Stellvertreterin grundsätzlich jedoch gerne Verantwortung übernehmen, veranschaulicht die folgende Aussage.

„Ich würde sagen, wir [= Kinderbürgermeisterin und ihre Stellvertreterin] bleiben auf jeden Fall jetzt noch dabei, bis, ich würde sagen Nachwuchs da ist, der dann die Stelle übernehmen kann.“ (Kinderbürgermeisterin)

Der befragte ehemalige Kinderbürgermeister, der zwar über die Altersgrenze hinaus in seinem Amt bleiben konnte, bedauert, daß er schließlich doch ausscheiden mußte. Gleichzeitig betont er aber, daß es wichtig ist, daß immer wieder neue Kinder und Jugendliche eine Chance zur Beteiligung bekommen.

Der/die SchriftführerIn

In den Statuten ist festgelegt, daß ein Mitglied des Kinderforums zum/zur ProtokollführerIn bestellt werden soll. Diese/r hat von jeder offiziellen Zusammenkunft, das heißt von jeder Sitzung des Kinderforums – wenn nötig unter Mithilfe des Projektbeirats – ein Protokoll anzufertigen. Derzeit wird diese Aufgabe von der Vizekinderbürgermeisterin übernommen.

4.2.6 Die erwachsenen Begleitpersonen

Zusammensetzung

Bereits in den Statuten ist festgelegt, daß eine Gruppe von Erwachsenen die Arbeit des Kinderforums unterstützen soll. Dieser Beirat des Kinderforums soll sich aus jeweils 2 bis 3 LehrerInnen der Volksschule und der Hauptschule sowie VertreterInnen des Gemeinderates zusammensetzen. Zudem können einzelne VertreterInnen von Jugendvereinen oder auch von den Mitgliedern des Kinderforums gewünschte Personen einbezogen werden.

Die Zahl der Beiräte nahm im Verlauf des Projekts ab, derzeit gibt es nur drei aktive Projektbeiräte. Um diese Beiräte, insbesondere den am stärksten involvierten Stadtrat, vor allem zeitlich zu entlasten, wurde vor beinahe zwei Jahren eine engagierte Mitarbeiterin zur Projektbetreuerin ernannt. Die Projektbetreuerin ist Mutter eines im Kinderforum beteiligten Mädchens und stellt sich ehrenamtlich für die Begleitung des Projekts zur Verfügung.

Aufgaben der Erwachsenen

Die Aufgaben des Projektbeirats sind in den Statuten wie folgt dargestellt:

„Zur Unterstützung der Arbeit des Kinderforums und daß offizielle Versammlungen und Sitzungen, usw. ordnungsgemäß ablaufen, ist sicherlich die Anwesenheit und das Mitwirken von erwachsenen Personen notwendig [...]. Der Beirat sollte nur Hilfestellung bei diversen Versammlungen und Aktivitäten wahrnehmen.“ (Auszug aus den Statuten)

Die Aufgabe der inzwischen ernannten Projektbetreuerin besteht wie bereits erwähnt im wesentlichen darin, einen Großteil der Tätigkeiten des Projektbeirats zu übernehmen.

„Der Zeitaufwand ist schon groß, das muß man schon sagen, wenn man etwas wirklich gut durchplanen will und alles schriftlich belegen. [...] Da gibt es natürlich hunderte Ideen von Kindern, die man versucht – wir haben es gefiltert, aber es bleibt trotzdem eine Menge Arbeit.“ (Projektbetreuerin)

Derzeit werden von der Projektbetreuerin mit Unterstützung der Projektbeiräte folgende Aufgaben wahrgenommen: Vorbereitung von Sitzungen gemeinsam mit einer kleinen Gruppe des Kinderforums, Beratung der Kinder und Jugendlichen bezüglich Realisierbarkeit von Wünschen, Kontakt zum Gemeinderat sowie bei Bedarf organisatorische Tätigkeiten und die Durchführung von Projekten (z. B. Erstellen des Ferienspielkalenders, Herausgabe einer Kinderzeitung).

Bei der Vorbereitung von Sitzungen ist es der Projektbetreuerin besonders wichtig, diese für die Kinder und Jugendlichen möglichst attraktiv zu gestalten, um das Interesse am Kinderforum zu erhalten.

„Kinder brauchen eigentlich schon sehr viel Animation, obwohl sie schon wissen, daß das kein Theater ist. Aber man muß eigentlich immer wieder versuchen, sie zu motivieren. Wenn ständig nur Flaute ist oder die Sitzungen nicht attraktiv sind, dann könnte es schon sein, daß sie sagen, das interessiert mich jetzt nicht mehr.“ (Projektbetreuerin)

Die inhaltliche Beratung der Mitglieder durch den Projektbeirat erfolgt direkt in den Sitzungen, indem diese zu verschiedenen Projekten Stellung nehmen und darauf hinweisen, wenn ihnen Wünsche nicht realisierbar oder auch sinnvoll scheinen.

„[...] bei den Sitzungen, wenn etwas beschlossen wird, sind die Beiräte anwesend. Die schätzen das meistens ab, ob das realisierbar ist, vom Geld her. Und wenn es wirklich eine gute Idee ist, dann kann man es ja im Gemeinderat vorbringen.“ (ehem. Kinderbürgermeister)

Besonders betont wird von allen befragten Erwachsenen auch ihre Funktion als Bindeglied zwischen dem Kinderforum und den politischen EntscheidungsträgerInnen. Speziell der im Projektbeirat vertretene Jugendreferent sorgt dafür, daß die anderen GemeinderätlInnen und im besonderen der Bürgermeister von den Anliegen des Kinderforums erfahren. Gleichzeitig sind die Mitglieder des Beirats sowie die Projektbetreuerin bemüht, daß die Kinder und Jugendlichen

informiert werden, ob bestimmte Wünsche vom Gemeinderat abgelehnt oder beschlossen wurden bzw. auch, ob im Jugendbereich neue Projekte geplant sind.

„Ich frage immer wieder nach, was ist schon erledigt, was noch nicht. Das wird immer wieder aufgerollt und dadurch gibt es auch immer wieder schriftliche Unterlagen, damit die Kinder da auch ein bißchen – ich will jetzt nicht sagen – die Erwachsenen kontrollieren können.“ (Projektbetreuerin)

4.2.7 Die Sitzungen des Kinderforums

Laut Statuten sind Sitzungen zumindest halbjährlich und bei Bedarf öfters einzuberufen. Im Schnitt finden jedes Jahr etwa 5 bis 6 Sitzungen statt. Meistens werden Sitzungen am Nachmittag eines Samstags abgehalten, da die Kinder und Jugendlichen dann am besten Zeit haben. Zu den Sitzungen werden die Kinder und Jugendlichen schriftlich eingeladen, entweder per Post oder auch, indem die Einladungen an der Schule ausgetragen werden. Diese schriftlichen Sitzungseinladungen, die die beteiligten Kinder und Jugendlichen erhalten, erfüllen nach Ansicht der Erwachsenen nicht zuletzt die Funktion, die Eltern über die Aktivitäten und Themen des Kinderforums zu informieren und dadurch ein positives Klima zu erzeugen.

Von den rund 50 Mitgliedern des Kinderforums ist jeweils etwas mehr als die Hälfte anwesend. Insgesamt dauern die Besprechungen ein bis maximal zwei Stunden. Da manche der Beteiligten noch relativ jung sind, werden sie oft von den Eltern zu den Sitzungen gebracht bzw. abgeholt.

Die Sitzungen des Kinderforums finden im großen Sitzungssaal der Gemeinde statt. Für den Zeitraum der Sitzungen wird versucht, den Raum etwas kinderfreundlicher zu gestalten, beispielsweise indem Fotos von Aktivitäten des Kinderforums an einer Pinwand befestigt werden. Außerdem gibt es für die Kinder und Jugendlichen Getränke, die sie sich vor oder nach den Sitzungen nehmen können.

Die Kinderbürgermeisterin übernimmt die Eröffnung und, mit Unterstützung der Projektbetreuerin, auch die Moderation der Sitzung. Berichte über Projektverläufe und Vorschläge zu möglichen zukünftigen Aktivitäten werden sowohl von der Kinderbürgermeisterin als auch der Projektbetreuerin und den anwesenden Beiräten eingebracht. Die meisten der derzeitigen Mitglieder des Kinderforums verhalten sich bei diesen Sitzungen relativ ruhig und melden sich kaum zu Wort. Sie scheinen sich vorwiegend informieren zu lassen bzw. haben nur zu einzelnen Punkten Rückfragen. Allerdings gibt es in manchen Fällen wesentlich mehr Auseinandersetzung und Diskussion.

„Naja, wenn zum Beispiel einige Kinder von einer bestimmten Siedlung einen Wunsch äußern, dann machen eigentlich alle mit und es wird gemeinsam darüber diskutiert, was das bringt und warum man das machen soll oder warum nicht.“ (ehem. Kinderbürgermeister)

Bei manchen Sitzungen wird das Plenum aufgelöst und das Kinderforum in kleinere Arbeitsgruppen strukturiert. In diesen Arbeitsgruppen bringen sich die meisten wesentlich stärker ein. Strukturiert werden die Arbeitsgruppen im allgemeinen von Erwachsenen. Da aber derzeit zu meist nur zwei Erwachsenenbeiräte an den Sitzungen teilnehmen, kann nur wenig in Kleingruppen gearbeitet werden.

„Das ist halt so, daß früher sicher immer sieben, acht Erwachsene da waren. Da konnte man während der Sitzungen kleine Arbeitsgruppen machen in denen einfach irgendein Problem besprochen wurde.“ (ehem. Kinderbürgermeister)

Bei Bedarf – entweder aufgrund konkreter Anliegen oder auch wenn von der Gemeinde Projekte für die Kinder bzw. Jugendlichen geplant sind – werden zu den Sitzungen des Kinderforums auch GemeinderäteInnen eingeladen. Damit haben die Kinder und Jugendlichen die Chance, ihre Interessen direkt den zuständigen EntscheidungsträgerInnen zu vermitteln.

4.2.8 Die Kooperation zwischen Kinderforum und Gemeinderat

Im allgemeinen übernehmen die Erwachsenen des Projektbeirats die Vermittlungsfunktion zwischen dem Kinderforum und dem Gemeinderat. Der direkte Kontakt zwischen den Kindern bzw. Jugendlichen und dem Gemeinderat beschränkt sich auf die erwähnten Besuche von GemeindevertreterInnen bei einzelnen Sitzungen. Um bestimmte Interessen durchzusetzen und sich direkt zu präsentieren, schreibt das Kinderforum zudem manchmal Anträge an den Gemeinderat.

Geht es um die Kooperation zwischen dem Kinderforum und dem Gemeinderat, so stellen sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die Erwachsenen fest, daß diese verbesserungsbedürftig ist. Immer wieder kommt es vor, daß das Kinderforum übergangen wird.

„Wir werden, obwohl wir jetzt schon 5 Jahre lang da sind, immer noch von der Gemeinde ein bißchen ausgeschlossen, selbst was Kinder betrifft. [...] Es sind dann halt immer wieder so Dämpfer, die dem ganzen eben wieder einen Deckel aufsetzen. Da machen sie einen neuen Kinderspielplatz und sagen uns das nicht einmal und wir erfahren das halt durch den Stadtrat [= Mitglied des Beirats, Anm. d. Verf.], weil der eben auch dabei ist. ... Ja, das stört mich irrsinnig.“ (Kinderbürgermeisterin)

Die Mitglieder des Beirats, die das Bindeglied zwischen Kinderforum und Gemeinderat darstellen, sind bemüht, Wünsche und Forderungen des Kinderforums an den Gemeinderat weiterzugeben. Da das Kinderforum jedoch nicht die volle Unterstützung des Gemeinderats hat, ist diese Aufgabe oft kaum zu erfüllen.

„[...] da bin ich manchmal chancenlos, ja muß wieder die Referenten darauf hinweisen, die Kinder hätten den Vorschlag und ihr habt's schon wieder etwas beschlossen und habt's die Kinder noch gar nicht gefragt.“ (Stadtrat)

Sofern seitens der zuständigen Gemeinderäte Bereitschaft besteht, werden sie zu Sitzungen des Kinderforums eingeladen und direkt mit den Anliegen oder auch der Kritik der Kinder und Jugendlichen konfrontiert.

„[...] und dann laden wir die Referenten zu den Sitzungen ein und die müssen sich das dann anhören, auch die Kritik. [...] Es sind Kinder dabei, von den 30 Kindern reden 10, aber da gibt es ein paar sehr kritische Leute. Der sagt ihm [dem zuständigen Gemeinderat, Anm. d. Verf.] beinhalt: schaun's her, ich hab da das und das zu Ihnen gesagt, oder Sie haben sich das aufgeschrieben und bis heute haben wir das nicht.“ (Stadtrat)

Wenn die Vermittlung zwischen Kinderforum und Gemeinderat nicht funktioniert, werden die Beiräte und speziell der Stadtrat als Gemeinderatsmitglied manchmal ebenso kritisiert.

„Ich muß auch Rede und Antwort stehen, jedes Mal und ich habe manches Mal ein schlechtes Gewissen, weil das und das nicht kommt und das ist gut so.“ (Stadtrat)

4.2.9 Realisierbarkeit von Wünschen

Daß die Realisierbarkeit von Wünschen von diversen Rahmenbedingungen abhängig ist, muß nach Ansicht des Erwachsenenbeirats möglichst offengelegt werden.

„Das Wichtigste ist, glaube ich, von vornherein [...] den Kindern klarmachen, was für Möglichkeiten sie haben, damit sie nicht enttäuscht sind [...] Man muß ihnen die finanziellen Möglichkeiten aufzeigen, beziehungsweise erklären, in welchen Bereichen sie mitreden können und in welchen nicht, die Rahmenbedingungen darlegen.“ (Stadtrat)

Die finanziellen Mittel für die Arbeit des Kinderforums kommen großteils aus dem Kultur-, Jugend- und Sportbudget und sind verhältnismäßig knapp bemessen. Projekte, die in andere Zuständigkeitsbereiche fallen, werden jeweils von den entsprechenden Budgets finanziert, die jedoch auch eher begrenzt sind.

„Und man darf nicht zuviel fordern, weil wir sind finanziell sehr arm.“ (Stadtrat)

Um konkrete Anliegen der Kinder und Jugendlichen in den Bereichen Freizeit bzw. Jugendarbeit umsetzen zu können, werden von den Erwachsenen im Beirat daher immer wieder örtliche Betriebe und andere Organisationen erfolgreich um Sponsoring von Projekten gebeten.

Speziell in der Anfangsphase des Kinderforums befürchteten die Erwachsenen, die das Projekt initiiert hatten, daß völlig unrealistische und vor allem auch unfinanzierbare Anliegen geäußert würden.

Die Beiräte waren (und sind) daher bemüht, die Kinder und Jugendlichen über die Kosten der diversen Projekte zu informieren, wodurch diese relativ schnell lernten, sich mit ihren Wünschen an die Möglichkeiten der Gemeinde anzupassen.

„Aber ich muß sagen, diese Visionen, wie sie anfangs waren, wie: wir hätten gern so ein kleines Disneyland oder solche Sachen. Das ist eigentlich schon sehr zurück in die Realität gegangen. Also jetzt geht es eher um wirklich praktische Sachen. Daß eben Spielplatzbegehungen stattfinden, daß eine kaputte Bank repariert wird. Eher einfache und trotzdem wichtige Sachen.“ (Projektbetreuerin)

Daß sich die Mitglieder des Kinderforums durch die finanziellen Grenzen eingeschränkt fühlen, macht die folgende Aussage der Kinderbürgermeisterin deutlich.

„Auch wenn man noch so viel Enthusiasmus hat, es liegt dann meistens am Geld.“ (Kinderbürgermeisterin)

Dennoch sind die Kinder und Jugendlichen der Meinung, daß sie bereits einiges erreicht haben und daß auch finanziell aufwendige Wünsche verwirklicht werden konnten.

4.2.10 Verwirklichte Projekte

In den fünf Jahren des Bestehens des Kinderforums wurden mehrere Anliegen der Kinder und Jugendlichen verwirklicht, wobei die wichtigsten im folgenden kurz beschrieben werden.

Der Ferienspielkalender

Um die Sommerferien für die Kinder und Jugendlichen möglichst abwechslungsreich zu gestalten, wird jedes Jahr ein Ferienspielkalender erstellt. Die Mitglieder des Kinderforums haben dabei die Möglichkeit, Ideen für diverse Freizeitangebote zu entwickeln. Neben dem besonders begehrten „Mondscheinkino“ gab es im Rahmen des Ferienspielkalenders bisher beispielsweise eine Kinderdisco, eine Kletterwand oder auch einen Ausflug zu den „Winnetou-Sommerspielen“.

Die Kinderzeitung

Mit großem zeitlichem Abstand wurde vom Kinderforum bisher zweimal eine Eggenburger Kinderzeitung herausgegeben. Aufgabe der Kinder und Jugendlichen war es, Artikel zu schreiben, während die Organisation des Projekts die Erwachsenen innehatten. Die Artikel wurden von den Erwachsenen gesammelt, geringfügig redigiert und layoutiert. Der Verkauf der Zeitungen an die Eggenburger Jugend wiederum wurde von den Kindern und Jugendlichen übernommen.

„Die letzte Zeitung ist ziemlich gut angekommen. Wir sind in der Stadt herumgegangen und wir haben so große Pappkartons gemalt mit der Aufschrift: hier gibt's die Kinderzeitungen. Dann haben wir Kapperl aufgesetzt und T-Shirts [mit dem Logo des Kinderforums, Anm. d. Verf.] angezogen. Der Preis war S 10,- oder so, das war nicht sehr viel, aber sie ist gut angekommen.“ (Vizekinderbürgermeisterin)

Die BMX-Bahn

Ein Projekt, das weder den Kindern und Jugendlichen noch den beteiligten Erwachsenen in angenehmer Erinnerung ist, ist die vor einiger Zeit gebaute BMX-Bahn. Diese wurde zwar von

den Mitgliedern des Kinderforums gemeinsam mit Erwachsenen geplant, die Ausführung wurde allerdings von den Erwachsenen alleine vorgenommen. Als Grund für den Ausschluß der Kinder und Jugendlichen bei der Ausführung werden von den Erwachsenen terminliche und sonstige Koordinationsschwierigkeiten angegeben.

„Diese BMX-Bahn war ein Projekt und in den Ferien konnte das die Baufirma ausführen, aber in den Ferien sind auch die Kinder dann nicht so zum Ansprechen. Die Kinder können ja nicht bis zur Endphase an Ort und Stelle bleiben und sagen: da kommt jetzt die Grube und da kommt jetzt der Hügel, das ist bei Kindern schwer möglich. Dann verläuft das irgendwo, auch die Terminplanung kann von Kindern her nicht gestaltet werden, also das geht nicht.“ (Projektbetreuerin)

Die Ausführung der BMX-Bahn entsprach nicht den Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen. Da sie im nachhinein aber auch nicht mehr geändert werden konnte, wurde sie nicht „angenommen“ und der Platz nach einiger Zeit zu einem Parkplatz umfunktioniert.

Die Wasserrutsche

Ein Wunsch, der seit Beginn des Kinderforums immer wieder geäußert wurde, ist im letzten Jahr verwirklicht worden: eine Wasserrutsche für das örtliche Schwimmbad. Der Ankauf der 50-Meter Rutsche scheiterte bisher immer an den fehlenden finanziellen Mitteln und wurde nun dadurch möglich, daß die örtliche Bank bereit war, sie mitzufinanzieren.

„Das mit der Rutsche ist natürlich ein Höhepunkt, und ich sehe es als kleines Geschenk zum Jubiläum fünf Jahre Kinderforum.“ (Stadtrat)

Von den befragten Kindern und Jugendlichen wird die Verwirklichung der Wasserrutsche als besonderer Erfolg gesehen.

Spielplatzgestaltung

Weiters hatte das Kinderforum die Möglichkeit, bei einer Spielplatzgestaltung die Wünsche der Kinder zu vertreten. In diesem Fall stimmte die Umsetzung sehr genau mit den Ideen der Kinder und Jugendlichen überein.

„Ja, wir haben sogar einen eigenen Spielplatz gestaltet. Da waren wir im Horner Vereinshaus und da haben wir so richtig ein Modell bauen können, nach unseren Vorstellungen. Natürlich besonders die Kinder, die dort wohnen, am Lettenfeld. Dann ist er so gestaltet worden. So wie wir es uns gewünscht haben.“ (Kinderbürgermeisterin)

Nach Ansicht der Beteiligten war die Spielplatzgestaltung ein sehr gut gelungenes Projekt.

„... und man hat gesehen, daß bevor es den Spielplatz gegeben hat, daß relativ wenig Kinder draußen waren. Aber jetzt gibt's ja den Spielplatz und jeden Tag, wenn schönes Wetter ist, ist ziemlich viel los. Und daran sieht man, daß so ein Projekt erfolgreich ist.“ (ehem. Kinderbürgermeister)

Trotz dieses Erfolgs wurde das Kinderforum bei einer anderen Spielplatzplanung nicht einbezogen, da in diesem Fall die Spielgerätefirma ein Angebot stellte, das bereits die gesamte Planung beinhaltete und keinen Spielraum für Wünsche der Kinder und Jugendlichen ließ.

Verkehrskonzept

Als die Gemeinde in den letzten Jahren ein neues Verkehrskonzept erstellte, hatten die Mitglieder des Kinderforums die Möglichkeit, spezielle Veränderungswünsche der Eggenburger Jugend einzubringen. Im wesentlichen reklamierten sie unzureichende Straßenbeleuchtungen oder fehlende Verkehrsschilder. Ein ebenfalls dringender Wunsch war die Aufstellung eines Wartehäuschens an einer relativ windigen Bushaltestelle. Schließlich befürworteten sie noch ein Stück asphaltierten Radweg statt eines an dieser Stelle existierenden matschigen Fußweges, um für die Kinder und Jugendlichen einer bestimmten Siedlung den Schulweg erheblich zu verkürzen.

Die eher kleinen Anliegen betreffend Beleuchtung und Beschilderung wurden großteils verwirklicht. Ebenso wurde sowohl das Wartehäuschen als auch der Fahrradweg umgesetzt. Allerdings wurde der gewünschte Fahrradweg aus finanziellen Gründen und wegen entgegengesetzten Wünschen von Erwachsenen nicht asphaltiert, sondern nur planiert und befestigt. Damit ist er für das Radfahren jedoch nicht besonders gut geeignet, wie von den Kindern und Jugendlichen kritisch angemerkt wurde.

4.3 Der Stadtjugendrat Bruck an der Mur

4.3.1 Die Gemeinde Bruck an der Mur

Die Bezirkshauptstadt Bruck an der Mur liegt in der Steiermark am Zusammenfluß von Mur und Mürz 50 km nördlich der Landeshauptstadt Graz. Die Stadtgemeinde besteht aus 7 Katastralgemeinden, die sich insgesamt über ein Gebiet von 3.840 ha erstrecken.

Derzeit hat Bruck knapp 14.000 ständige EinwohnerInnen und rund 1.700 Zweitwohnsitze. Die Anzahl der 12- bis 17jährigen liegt bei etwa 900.

Als historische Handels- und Industriestadt bildet Bruck an der Mur das wirtschaftliche Zentrum der Obersteiermark. In der Gemeinde sind über 800 Betriebe verzeichnet. Abgesehen von zwei Industriebetrieben mit über 500 Beschäftigten handelt es sich großteils um Klein- und Mittelbetriebe in Handel und Gewerbe. Gleichzeitig ist Bruck an der Mur auch das Schulzentrum der Region. Insgesamt gibt es 6 Volksschulen, 2 Hauptschulen sowie 8 weitere Schultypen.

Trotz einiger historischen Sehenswürdigkeiten und vielfältigen Erholungsmöglichkeiten in der näheren Umgebung ist der Tourismus in Bruck an der Mur bisher wenig ausgeprägt. In den 7 verschiedenen Unterkünften wurden im letzten Jahr etwa 14.200 Nächtigungen verzeichnet.

4.3.2 Entstehung und Entwicklung des Stadtjugendrats

Die Entstehung des Stadtjugendrats in Bruck wird von den befragten Erwachsenen auf das im Jahr 1994 von der Stadtregierung initiierte Stadtmarketingprojekt zurückgeführt. Unter dem Motto „Bürgermitbestimmung – Bürgerbeteiligung“ hatte die Bevölkerung die Möglichkeit, in etwa 40 Arbeitskreisen ihre Vorstellungen für die Brucker Zukunft zu erarbeiten. In einem der Arbeitskreise befaßte man sich speziell mit Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Jugend. Dabei wurde beschlossen, spezielle Projekte an Schulen durchzuführen, um die Jugendlichen zu ihren Zukunftswünschen zu befragen.

Die Umsetzung dieser Idee erwies sich in der Praxis jedoch als schwierig. Daraufhin wurden zur Unterstützung bei der Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung externe professionelle BeraterInnen gesucht und in der Kommunalen Beratungsstelle für Kinder- und Jugendinitiativen, die im Bereich Jugendbeteiligung bereits viel Erfahrung hatte, gefunden. Die MitarbeiterInnen der Kommunalen Beratungsstelle brachten neue Ideen für die Weiterarbeit ein und begleiteten in der darauffolgenden Zeit den Prozeß.

Bei der Entwicklung des Beteiligungsmodells war es der Gemeinde wichtig, einen innovativen Weg zu gehen – das Projekt sollte sich von den in mehreren anderen Kommunen eingerichteten Kindergemeinderäten unterscheiden. Es wurde daher beschlossen, daß die Mitbestimmung projektbezogen im Rahmen eines Stadtjugendrats erfolgen sollte. Damit war Bruck a. d. Mur eine der ersten Gemeinden, die ein solches Modell der Beteiligung für Jugendliche umsetzte.

Als erster Schritt wurden im Frühling 1996 alle 13- bis 18jährige BruckerInnen – insgesamt etwa 890 – mit einem persönlichen Brief vom Bürgermeister zur Mitarbeit beim „Stadtjugendrat Bruck“ eingeladen. Bei einer ersten Veranstaltung, an der rund 40 Jugendliche teilnahmen, wurden gemeinsam mit den anwesenden PolitikerInnen Regeln für die zukünftige Zusammenar-

beit entwickelt. Weiters wurden von den Jugendlichen ihre dringlichsten Wünsche an die Gemeinde erarbeitet.

Interessierte Jugendliche nahmen einige Zeit später an einem dreitägigen Workshop teil, im Rahmen dessen sie mit Hilfe professioneller Moderation ihre Wünsche zu konkreten Projekten weiterentwickeln konnten. Das wichtigste Anliegen der Jugendlichen bei diesem Workshop war, einen Jugendtreffpunkt mit eigenen Räumlichkeiten im Sinne eines Jugendzentrums zu schaffen.

„Bei dem Workshop da haben wir besprochen, was für Jugendliche die Vorteile und Nachteile sind in Bruck und ob es überhaupt Nachteile gibt und die Wünsche sind besprochen worden und dann war halt der Vorschlag, daß wir einen Clubraum machen.“ (Jugendliche)

Im Anschluß an den Workshop stellten die Jugendlichen ihre Ideen den PolitikerInnen und der Öffentlichkeit vor. Gemeinsam wurde dann diskutiert, welche Projekte in welcher Form umsetzbar wären.

Der Jugendtreffpunkt „Factory 2010“ konnte von den zuständigen EntscheidungsträgerInnen relativ rasch verwirklicht werden. Zudem wurde von den Erwachsenen und Jugendlichen beschlossen, den Stadtjugendrat als dauerhafte Institution einzurichten, um auch weiterhin die Zusammenarbeit zwischen Brucker Jugend und Gemeinde sicherzustellen. Erste Mitglieder des Stadtjugendrats wurden jene engagierten Jugendlichen, die auch an dem Workshop teilgenommen hatten. Zum Treffpunkt des Stadtjugendrats wurde die „Factory 2010“ ernannt, da die Mitglieder des Stadtjugendrats alle regelmäßige BesucherInnen des neuen Jugendtreffs waren. Um auch bei der Weiterführung des Stadtjugendrats professionelle Begleitung sicherzustellen, wurde von der Gemeinde eine Jugendbeauftragte angestellt, die sowohl die Betreuung des Jugendtreffs als auch des Stadtjugendrats übernahm.

Da die „Factory 2010“ als erstes verwirklichtes Projekt des Stadtjugendrats gleichzeitig zu dessen Treffpunkt wurde, können diese beiden Projekte bei Beschreibungen oft nur schwer voneinander getrennt werden.

Die Eltern der Jugendlichen, die im Stadtjugendrat engagiert sind, scheinen mit dem Projekt insofern einverstanden zu sein, als es keinerlei Beschwerden ihrerseits gibt. Der Bürgermeister meint sogar, daß manche der Eltern die Jugendlichen motivieren, im Stadtjugendrat mitzuarbeiten.

Mit der Entwicklung des Stadtjugendrats und der Kooperation von Jugendlichen und Gemeinde sind alle Befragten sehr zufrieden. Aus der Perspektive der Gemeinde ist der Stadtjugendrat zu einem wichtigen Bestandteil der gesamten Jugendarbeit in Bruck geworden. Besonders das konstruktive Engagement der Jugendlichen ist für die verantwortlichen Erwachsenen eine positive Erfahrung. Daß der gute Start des Projekts auch wesentlich von den Jugendlichen und deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit abhängig war, wird daher extra hervorgehoben.

„Es war sicher so, daß die Brucker Jugend auch bereit war mitzutun.“ (Fachbereichsleiter)

Die Jugendlichen sind vor allem zufrieden, weil ihre Anliegen bisher alle verwirklicht wurden. Zwar zeigte sich in der Auseinandersetzung mit den PolitikerInnen wiederholt, daß nicht alles möglich ist, aber bisher konnte noch immer eine Lösung für Probleme gefunden werden.

„Mir taugt's eigentlich in Bruck so wie es jetzt ist. Die Gemeinde hat echt viel für die Jugend getan.“ (Jugendlicher)

Für die Zukunft wünschen sich die Jugendlichen daher in erster Linie, daß die Einrichtung Stadtjugendrat bestehen bleibt und daß die Kooperation mit der Gemeinde weiterhin so gut funktioniert.

4.3.3 Zielsetzungen

Ziele der beteiligten Erwachsenen

Das zentrale Ziel der Erwachsenen ist es, die Jugendarbeit in Bruck dauerhaft zu verbessern und Jugandanliegen zu verwirklichen. Die befragten Erwachsenen haben nämlich die Erfahrung gemacht, daß die Wünsche der Jugendlichen oft anders sind, als sie selbst annehmen würden. Zudem wissen die Erwachsenen, daß die Bedürfnisse der Jugendlichen einem starken Wandel unterliegen, und sie wollen darauf flexibler reagieren können.

„Es gibt keinen einzigen Bereich oder keine einzige Bevölkerungsgruppe, die so schwer einzuschätzen ist wie die Jugend.“ (Bürgermeister)

Die mit dem Stadtjugendrat verbundene Erwartung ist, leichteren Zugang zu Jugendlichen zu haben und sie direkt bezüglich ihrer Interessen befragen zu können.

„Früher sind wir vielleicht noch ratloser dagesessen. [...] Wir haben eigentlich nicht gewußt, mit wem wir reden sollen.“ (Fachbereichsleiter)

Weiter gefaßte Ziele sind, daß durch die veränderte Jugendarbeit

- das Wohlbefinden der Jugendlichen in der Gemeinde verstärkt wird,
- die Zufriedenheit mit und Akzeptanz von Entscheidungen bei den Jugendlichen gesteigert wird,
- Problemen mit Jugendlichen effizienter gegengesteuert werden kann,
- das Image der Jugend in der Gemeinde verbessert wird und
- in weiterer Folge dadurch auch die Abwanderungsrate der Jugend gesenkt wird.

Gleichzeitig verfolgen die GemeindevorsteherInnen mit dem Projekt auch das Ziel, daß Jugendliche lernen, sich in Diskussionen einzubringen und ihre Interessen gegenüber Erwachsenen zu vertreten. Sie hoffen weiters, das politische Interesse der Jugendlichen zu fördern, und damit den Grundstein für aktive Beteiligung an der Gestaltung der Gemeinde zu legen.

Ziele der beteiligten Jugendlichen

Wichtigstes Ziel der Jugendlichen ist es, ihre Anliegen ansprechen und nach Möglichkeit auch durchsetzen zu können.

„[...] daß die Jugendlichen mitreden was in Bruck passiert, weil ja wir nachher in Bruck leben müssen und nicht die Erwachsenen.“ (Jugendliche)

Die Mitgliedschaft im Stadtjugendrat erleichtert es ihnen, in Kontakt mit den zuständigen EntscheidungsträgerInnen zu kommen. Speziell die Gespräche direkt mit dem Bürgermeister sind vielen Jugendlichen sehr willkommen.

Weiters ist auch Neugierde ein Grund, sich am Stadtjugendrat zu beteiligen. Die Jugendlichen interessieren sich für die Ideen der anderen und sehen die gemeinsamen Sitzungen als Chance, Meinungen auszutauschen.

Erwähnt wird von den Jugendlichen noch, daß sie im Stadtjugendrat neue soziale Kontakte knüpfen und andere engagierte Jugendliche kennenlernen können. Allerdings scheint sich diese Aussage eher auf den Jugendtreff insgesamt als speziell auf die Zusammenarbeit im Stadtjugendrat zu beziehen.

4.3.4 Gruppe der beteiligten Jugendlichen

Zusammensetzung der Gruppe der Jugendlichen

Zum Zeitpunkt der Erhebung bestand der Stadtjugendrat aus insgesamt 24 Mitgliedern zwischen 12 und 17 Jahren. Die Anzahl variiert ständig etwas, da 18jährige ausscheiden müssen und dafür Jüngere neu einsteigen. Um Mitglied im Stadtjugendrat zu werden, muß man sich lediglich bei der Projektbetreuerin melden und sein Interesse an der Teilnahme erklären.

Da die beiden Projekte Stadtjugendrat und Jugendtreff so eng miteinander verknüpft sind, ist es praktisch nicht möglich, Mitglied des Stadtjugendrats zu werden, ohne gleichzeitig Mitglied der „Factory 2010“ zu sein. Das heißt, alle Mitglieder des Stadtjugendrats sind regelmäßige BesucherInnen des Jugendtreffs und müssen sich den dort vereinbarten Regeln bzw. der Hausordnung anpassen. Damit ist festgelegt, daß nur gewisse Jugendliche im Stadtjugendrat vertreten sind, nämlich jene, die beispielsweise bereit sind, sich an das Alkohol- und Rauchverbot in den Räumlichkeiten der Factory zu halten.

„Es sind an und für sich Jugendliche, die weder delinquent noch sozial vernachlässigt sind. Es sind Jugendliche, die sehr behütet groß geworden sind, die ein relativ schönes Familienleben haben, die nicht am Existenzminimum leben, die sich in der Mittelschicht der Gesellschaft befinden, trau ich mich einmal sagen.“ (Projektbetreuerin)

Die Jugendlichen, die in Bruck derzeit Probleme verursachen, werden eher erreicht.

„Ich vermute jetzt nur, ich kann es nicht bestätigen, aber es sind für mich eher die braven Jugendlichen.“ (Bürgermeister)

Spezielle Funktionen für einzelne Jugendliche gibt es im Stadtjugendrat nicht. Ein/e eigene/r SprecherIn der Jugendlichen wird von den Erwachsenen nicht gewünscht, da diesen vielmehr wichtig ist, daß alle Jugendlichen ermutigt werden, ihre Anliegen selbst einzubringen.

„Es kann jeder kommen und das ist mir wichtig, weil sonst gibt es wieder nur einen und die anderen verstecken sich hinter dem.“ (Projektbetreuerin)

Dennoch gibt es ein paar Jugendliche, die besonders engen Kontakt zur Projektbetreuerin haben und durch ihre kontinuierliche Mitarbeit im Projekt eine wichtige Unterstützung darstellen.

Aufgaben der Jugendlichen

Die zentrale Aufgabe der Jugendlichen besteht darin, gemeinsam Ideen für die Stadt zu entwickeln. Zudem übernehmen die Jugendlichen einzelne Tätigkeiten im Rahmen ihrer eigenen Projekte, beispielsweise das Schreiben von Artikeln für die Jugendzeitung. Nicht erwartet wird von den Mitgliedern des Stadtjugendrats, daß sie die Interessen aller Brucker Jugendlichen vertreten.

4.3.5 Projektbetreuerin

Die Projektbetreuerin ist ausgebildete Lehrerin und seit 1996 als Jugendbeauftragte bei der Gemeinde angestellt, da in den letzten Jahren der Bereich der Jugendarbeit insgesamt ausgebaut wurde. Die Betreuerin des Stadtjugendrats ist nicht nur für den Stadtjugendrat zuständig, sondern ist gleichzeitig auch die Betreuerin des Jugendtreffs „Factory 2010“ und hat weiters diverse andere Aufgabenbereiche in der Jugendarbeit wie etwa die Organisation von Jugendveranstaltungen.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit war der Stadtjugendrat relativ neu gegründet. Die Projektbetreuerin hatte daher die Aufgaben, diese Gruppe weiter „aufzubauen“ und Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Heute versteht sich die Projektbetreuerin als Sprachrohr der Jugendlichen und als Bindeglied zur Gemeinde. Sie nimmt die Wünsche der Jugendlichen auf, versucht sie

mit den Jugendlichen gemeinsam zu bearbeiten und leitet sie anschließend an die Gemeinde weiter. Ebenso gehört es zu ihrem Aufgabenbereich, die Verbindung auch in umgekehrter Richtung herzustellen, also von der Gemeinde zu den Jugendlichen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn die Gemeinde – also zum Beispiel der Bürgermeister oder auch die Projektbetreuerin selbst – die Idee zu einem Jugendprojekt hat und diese Idee mit Hilfe des Stadtjugendrats ausgestalten möchte.

„[...] wo ich als Jugendbeauftragte gezielt auf Probleme, Wünsche und Bedürfnisse der Jugend hingewiesen werde, wo ich auch der Jugend Dinge vorschlage, was sie davon halten, was sie gerne haben möchten, ob sie das interessiert, welches Thema auch immer.“ (Projektbetreuerin)

Die Notwendigkeit der Begleitung des Stadtjugendrats durch eine erwachsene Betreuungsperson wird von allen involvierten Erwachsenen betont. So verfaßt die Projektbetreuerin unter anderem die Protokolle der Stadtjugendratssitzungen, in denen die wichtigsten Ergebnisse festgehalten werden. Zudem brauchen die Jugendlichen nach Meinung der Erwachsenen Unterstützung bei der Aufbereitung von Ideen. Aufgabe der Projektbetreuerin ist es daher, abzuschätzen in welcher Form Anliegen der Jugendlichen konkret umsetzbar sind und bei Bedarf zusätzliche Informationen von Ämtern oder Fachleuten einzuholen.

Weiters soll durch die konstante Betreuung sichergestellt werden, daß die Jugendlichen eine Ansprechperson haben, die sie gut kennen und ohne Scheu ansprechen. Die Schaffung einer Vertrauensbasis sieht die Projektbetreuerin als die wichtigste Grundlage für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Allerdings hat es einige Zeit gedauert, bis sie als Erwachsene nicht mehr als Störfaktor in der Gruppe gesehen wurde und ihr der Zugang zu den Jugendlichen gelang. Inzwischen wird sie von den Jugendlichen nicht nur akzeptiert, sondern sehr geschätzt.

„Mit ihr kann man, wenn man Probleme hat, über alles reden und man kann zu ihr kommen, wenn man Sorgen hat [...] also es ist voll super, mit ihr kann man über alles reden.“ (Jugendliche)

Das heißt, mit der Projektbetreuerin werden nicht nur Wünsche und Ideen für die Gestaltung der Gemeinde besprochen, sondern es werden ihr auch persönliche Probleme anvertraut. Die intensive Beziehung der Projektbetreuerin zu den Jugendlichen muß daher in Zusammenhang mit ihrer parallelen Rolle als Betreuerin des Jugendtreffs gesehen werden.

4.3.6 Die Sitzungen des Stadtjugendrats

Der anfängliche Versuch, Stadtjugendratssitzungen ähnlich den Gemeinderatssitzungen quartalsmäßig stattfinden zu lassen, bewährte sich nicht. Seither werden die Sitzungen des Stadtjugendrats nach Bedarf und daher sehr unregelmäßig abgehalten.

„Es gibt nicht diese regelmäßigen Sitzungen. Jugendliche haben viel lieber die Flexibilität, wie wir bis jetzt festgestellt haben.“ (Projektbetreuerin)

Meistens werden die Sitzungen spontan einberufen, indem jene Mitglieder des Stadtjugendrats, die gerade im Jugendtreff anwesend sind, gebeten werden, sich zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenzusetzen. Die Initiative dazu kann sowohl von den Jugendlichen als auch der Projektbetreuerin kommen.

„Wenn wir was besprechen wollen, dann gehen wir zu Andrea [= Projektbetreuerin, Anm. d. Verf.] und dann sagen wir ihr das und dann ist halt eine Sitzung. Also das ist eigentlich meist sehr kurzfristig.“ (Jugendliche)

Besprochen werden bei solchen Sitzungen die jeweils anstehenden Anliegen der Jugendlichen.

„Wenn wir irgendwelche Vorschläge haben, dann teilen wir die der Andrea [= Projektbetreuerin, Anm. d. Verf.] mit und dann diskutieren wir über alles und ob das wirklich was bringt.“ (Jugendliche)

Weiters gibt es die Möglichkeit, daß auch die Projektbetreuerin selbst auf bestimmte Probleme hinweist oder daß sie eigene Ideen für ihre Arbeit als Jugendbeauftragte mit den Jugendlichen bespricht.

Moderiert werden die Sitzungen von der Projektbetreuerin, die versucht, den Jugendlichen bei der Diskussion viel Freiheit zu lassen.

„Man soll keinem den Mund verbieten in so einer Sitzung, man soll wirklich jede Aussage, sei es auch noch so eine provokante, doch auch beachten. Sie fühlen sich dadurch im Stellenwert gehoben und trauen sich weiterhin dann auch etwas zu sagen.“ (Projektbetreuerin)

Damit sich die Jugendlichen nicht ständig gegenseitig ins Wort fallen und sich möglichst viele etwas zu sagen trauen, wird die Diskussion außerdem durch verschiedene Methoden unterstützt. Besonders bewährt hat sich die Regel, daß nur jene/r sprechen darf, der gerade einen bestimmten Gegenstand, beispielsweise ein Stofftier, in der Hand hat. Bei Bedarf werden die wichtigsten Ergebnisse auf einem Flip-Chart visualisiert und anschließend von der Projektbetreuerin protokolliert.

Zusätzlich zu diesen eher informellen Besprechungen gibt es bei größeren Entscheidungen Sitzungen, an denen der Bürgermeister oder andere zuständige GemeindevertreterInnen teilnehmen.

„Ich mische mich wenig ein, [...] aber bei entscheidenden Dingen bin ich anwesend.“ (Bürgermeister).

Von den GemeinderätlInnen ist besonders der Obmann des Jugend- und Sportausschusses als wichtigste Ansprechperson häufig involviert.

Zu diesen Sitzungen werden die Jugendlichen nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich eingeladen und dabei über die geplante Tagesordnung informiert. Solche Sitzungen finden nicht im Jugendtreff, sondern beispielsweise im Rathaussaal oder dem großen Besprechungsraum des Rathauses statt und sollen die Jugendlichen als Nebeneffekt auch mit den offiziellen Räumlichkeiten der Gemeinde vertraut machen. Zusätzlich zu den Mitgliedern des Stadtjugendrats können sich bei diesen Sitzungen noch andere Jugendliche beteiligen, die aber kein Stimmrecht haben.

Die Sitzungen sind in Anlehnung an die Stadtratssitzungen gestaltet und erfordern wesentlich mehr Disziplin als jene im Jugendtreff. Der Bürgermeister bzw. bei seiner Abwesenheit der/die ihn vertretende GemeinderätInn eröffnet die Sitzung und erteilt das Wort. Der Ablauf ist durch die vorgegebene Tagesordnung vorstrukturiert, die Jugendlichen haben aber die Möglichkeit unter „Allfälliges“ noch andere Punkte einzubringen. Um aus Diskussionen konkrete Ergebnisse mitnehmen zu können, sind die Jugendlichen aufgefordert, sich im Zuge einer abschließenden Abstimmung festzulegen.

4.3.7 Kooperation zwischen Stadtjugendrat und Gemeinderat

Der Großteil der Kontakte zwischen Stadtjugendrat und Gemeinde läuft über die Projektbetreuerin in ihrer Funktion als Bindeglied. Die Projektbetreuerin leitet die Anliegen der Jugendlichen in erster Linie an den Bürgermeister weiter. Regen Austausch gibt es aber auch mit den Mitgliedern des Jugend- und Sportausschusses des Gemeinderats sowie mit diversen MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, vor allem jenen, die in den Bereichen Jugend, Sport und Freizeit tätig sind. Aus der Sicht aller befragten Erwachsenen ist die Zusammenarbeit zwischen Projektbetreuerin und Gemeinde sehr gut.

„Ich laufe nicht gegen verschlossene Türen, im Gegenteil, mir werden dann die Türen geöffnet.“ (Projektbetreuerin)

Vor der Einrichtung des Stadtjugendrats und der Stelle der Projektbetreuerin hat es wesentlich weniger Austausch zwischen der Gemeinde und der Brucker Jugend gegeben.

„Wenn da nicht eine Person da ist, die eben Koordinator zwischen der öffentlichen Stelle und dem Intimbereich Jugend ist, dann läuft die Schiene einfach nicht.“ (Projektbetreuerin)

Der Bürgermeister, der ein sehr herzliches Verhältnis zu den Jugendlichen hat und vom Projekt Stadtjugendrat überzeugt ist, unterstützt die Ideen der Jugendlichen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Beschwerden aus der Bevölkerung, die in Zusammenhang mit Projekten des Stadtjugendrats zu sehen sind, werden vom Bürgermeister nach Möglichkeit abgefangen. Er ist bemüht, das Image der Brucker Jugend zu verbessern und durch seine eigene Aufgeschlossenheit gegenüber den Jugendlichen auch die anderen Erwachsenen zu beeinflussen.

Die Jugendlichen haben die Erfahrung gemacht, daß sie vom Bürgermeister ernst genommen werden.

„Das haben wir oft genug gesehen, wenn wir was haben wollten, sind wir hingegangen zu ihm und es ist noch nie vorgekommen, daß er nein gesagt hat. Er hat es zumindest probiert und wenn es wirklich nicht realisierbar war, dann hat man halt nichts machen können.“ (Jugendlicher)

Daß die Jugendlichen des Stadtjugendrats wissen, daß sich der Bürgermeister mit viel Engagement für ihre Wünsche einsetzt, zeigt auch die folgende Aussage.

„Unser Bürgermeister, der ist echt in Ordnung und wir sind froh, daß wir ihn haben, weil er unterstützt uns bei Clubbings und so. Wenn wir irgendein Anliegen haben, wenn wir etwas brauchen, wir können eigentlich immer zu ihm kommen.“ (Jugendliche)

Eine wichtige Erfahrung, die speziell die Projektbetreuerin bei der Zusammenarbeit mit den Jugendlichen gemacht hat, ist, daß sie sich auf die Jugendlichen verlassen kann. Als Voraussetzung dafür sieht sie, daß jede Tätigkeit der Jugendlichen auf Freiwilligkeit beruht.

„Aber es sind Jugendliche, die wollen auch nicht immer. Sie wollen auch ihre Ruhe haben und ich respektiere das sicher sehr. Es bleibt aber immer eine Gruppe, die total dahinter steht. Wenn ich jemandem Verantwortung übergebe, dann läuft das hundertprozentig. Also da habe ich kein anderes Beispiel erlebt bis jetzt.“ (Projektbetreuerin)

4.3.8 Realisierbarkeit von Wünschen

Die Erwachsenen sind der Meinung, daß die Anliegen der Jugend ernst zu nehmen und nach Möglichkeit umzusetzen sind.

„Ich glaube, und das haben wir auch gesehen, daß alle Beteiligungsmodelle dann zum Scheitern verurteilt sind, wenn der Bürger rasch merkt, daß er in Wirklichkeit dort zwar vieles einbringen kann, wo sich aber letztendlich nichts ändert.“ (Fachbereichsleiter)

Daß bisher, sowohl nach Aussage der Jugendlichen als auch der Erwachsenen, alle Ideen der Jugendlichen umgesetzt werden konnten, liegt vor allem daran, daß der Bürgermeister mit Begeisterung hinter dem Projekt steht und daher für die Verwirklichung der Ideen sorgt.

Ein bestimmtes Budget zur Verwirklichung von Wünschen des Stadtjugendrats ist in Bruck nicht vorhanden, was besonders der Bürgermeister für wichtig hält.

„[...] weil wenn ich sage, du hast einen bestimmten Budgetrahmen zur Verfügung kann der Jugendliche nicht beurteilen, ob dieser Budgetrahmen für ihn tatsächlich das bedeutet, was er für die Budgethoheit bedeutet. [...] Die Jugend, die diese Projekte erarbeitet, soll wissen, daß im Bereich der finanziellen Möglichkeiten der Stadt für sie jeder Wunsch möglich ist und wenn nicht, dann spricht man darüber“ (Bürgermeister)

Durch Kostenbewußtsein tragen die Jugendlichen allerdings dazu bei, daß ihre Wünsche realisierbar sind.

„Wir überlegen also was der Jugend noch fehlt, schauen einmal, daß es nicht zu teuer wird [...] und daß es sich die Gemeinde noch leisten kann. [...]“ (Jugendliche)

Obwohl die Jugendlichen nicht direkt mit dem Budget befaßt sind, wissen sie daher über den finanziellen Aufwand ihrer Projekte einigermaßen Bescheid.

Thematischer Schwerpunkt der Wünsche der Jugendlichen ist die Freizeit und die Beschäftigung mit entsprechenden Angeboten. Daneben soll Jugendlichen auch die Chance geboten werden, städteplanerische und –bauliche Maßnahmen zu beeinflussen.

„Das heißt, auch wenn sie mit dem Verkehr kommen bezieht der Politiker, Bürgermeister oder sonst wer Position. Aber es wird niemals eine Sache: Das geht euch nichts an. Das gibt es nicht.“ (Fachbereichsleiter)

Dennoch ist die Verwirklichung der Wünsche der Jugendlichen in diesem Bereich wesentlich schwieriger. Auf den Vorschlag der Jugendlichen, den Hauptplatz autofrei zu gestalten, konnte nach Aussage des Bürgermeisters aufgrund von Interessenskonflikten beispielsweise nicht eingegangen werden.

4.3.9 Verwirklichte Projekte

Seit dem Bestehen des Stadtjugendrats wurden bereits mehrere Anliegen der Jugendlichen verwirklicht, die im folgenden kurz beschrieben werden.

Der Jugendtreff „Factory 2010“

Der Jugendtreffpunkt war das erste Wunschprojekt des Stadtjugendrats. Dieser betreute Treffpunkt, die Factory 2010, ist regelmäßig an zwei Nachmittagen pro Woche mehrere Stunden geöffnet. Die Räumlichkeiten, die Möbel und eine Musikanlage wurden von der Stadt zur Verfügung gestellt. Untergebracht ist der Jugendtreff in einem Raum im Keller des Brucker Kommunikationszentrums. In diesem Haus, in dem mehrere Vereine und Gruppen ihren Aktivitäten nachgehen, gab es anfänglich – vor allem wegen Lärmelastigung – Konflikte mit anderen NutzerInnen, die jedoch durch bessere zeitliche Abstimmung beseitigt werden konnten. Ab und zu besuchen Eltern die „Factory 2010“, um sich zu informieren, wo ihre Kinder die Freizeit verbringen.

Für den „Clubraum“ wurde vom Stadtjugendrat gemeinsam mit der Projektbetreuerin eine Hausordnung ausgearbeitet. Auf die Einhaltung der Hausordnung wird von der Projektbetreuerin konsequent geachtet, auch wenn sie sonst bemüht ist, den Jugendlichen möglichst viele Freiheiten zu lassen.

„Sie dürfen da ausflippen, sie dürfen da Lärm machen, laute Musik spielen und schreien. Sie brauchen sich nicht so wie zu Hause benehmen, so ruhig und sittsam, damit man die Nachbarn nicht stört. Dort dürfen sie wirklich einmal Jugend sein, also so, wie sie wollen.“ (Projektbetreuerin)

Von den regelmäßigen BesucherInnen der „Factory 2010“ wird monatlich ein freiwilliger Mitgliedsbeitrag von öS 15,- eingehoben. Um Mitglied zu werden, genügt die Anmeldung bei der Projektbetreuerin. Für den Mitgliedsbeitrag erhalten die Jugendlichen einen Clubausweis, der ihnen wiederum diverse Vergünstigungen bei Veranstaltungen und Einrichtungen ermöglicht.

„Ich finde das gut, daß die Jugendlichen jetzt einen Raum haben, wo sie echt unter sich sind, also nicht in einem Gasthaus oder im Freien, sondern daß sie einen geschlossenen Raum haben und dort mit Problemen hinkommen können oder nur um Kontakte zu knüpfen, also das ist schon gut.“ (Jugendliche)

Zudem gibt es im Rahmen der „Factory 2010“ verschiedene Aktivitäten mit Mitgliedern wie beispielsweise einen Schitag oder einen Ausflug in eine Therme. Welche Aktivitäten konkret durchgeführt werden, wird von der Projektbetreuerin zumeist mit dem Stadtjugendrat abgestimmt.

Die Jugendzeitung

Die „Brucker Youth News“ ist eine Zeitung von Jugendlichen für Jugendliche und wird vom Stadtjugendrat herausgegeben. Seit der Gründung sind bereits 5 Ausgaben erschienen, die sechste ist derzeit in Vorbereitung. Die für die Zeitung zuständige Arbeitsgruppe hat rund 10 Mitglieder, die einen Großteil der Artikel verfassen. Zum Schreiben und für die Redaktionsarbeiten steht in den Räumlichkeiten der „Factory 2010“ ein Computer zur Verfügung.

„Wir machen die Zeitung selbständig, die Artikel schreiben wir alles selbst, und wir geben es dann zu einer Person, die das Layout macht, alles mit dem Computer schreibt und das in Form bringt.“ (Jugendliche)

Layout, Druck und Versand der Zeitung übernimmt die Gemeinde, die sie allen 12- bis 17jährigen zustellen läßt.

Lediglich eine der ersten Ausgaben der Zeitung mit dem Themenschwerpunkt Sexualität erwies sich als problematisch. Der Bürgermeister befürchtete, daß viele Eltern jüngerer Jugendlicher sich beschweren würden und war daher nicht bereit, die Zeitung durch die Gemeinde versenden zu lassen. Nach längeren Diskussionen schlugen die Jugendlichen vor, daß diese Ausgabe der Zeitung nicht verschickt, sondern von ihnen selbst vor den Schulen verteilt wird.

Das Jugendtaxi

Die Idee zu einem Jugendtaxi, genannt „Funcar“, wurde von den Jugendlichen entwickelt, um ihnen den Heimweg am Samstag abend zu erleichtern. Das Funcar ist ein Sammeltaxi, das zwischen 21 und 24 Uhr in regelmäßigen Abständen bei den verschiedenen Lokalen der Stadt hält und die Jugendlichen anschließend nach Hause bringt. Die Kosten für diesen Transport werden beinahe gänzlich von der Gemeinde getragen.

„Da ist für das Taxi ein eigener Plan mit eigenen Haltestellen errichtet worden und führt die Jugendlichen zum Preis von 10 Schilling direkt vor die Haustür. Jugendliche, die Mitglieder im Jugendzentrum sind, zeigen nur ihren Factory-Ausweis her und fahren gratis.“ (Projektbetreuerin)

Das Clubbing

Ebenfalls vom Stadtjugendrat initiiert wurde, daß zumindest zweimal pro Jahr ein größeres Clubbing stattfindet. Die Gemeinde stellt dafür den Stadtsaal zur Verfügung, die Organisation liegt bei den Jugendlichen und der Projektbetreuerin. Die Rolle der DJs übernehmen Jugendliche. Angekündigt wird das Event sowohl durch Plakate als auch durch Mundpropaganda. Als Eintritt wurden bisher jeweils öS 20,- verlangt.

Der Erfolg des Clubbings wurde nicht nur von den Jugendlichen geschildert, sondern auch von der Projektbetreuerin beschrieben.

„Wenn ich bei einem Clubbing etwa 200 Jugendliche habe, dann ist das eigentlich ein total guter Erfolg, das heißt der Raum ist eben voll.“ (Projektbetreuerin)

Da alle drei Clubbings, die bereits stattfanden, ohne Zwischenfälle verliefen, ist seitens der Gemeinde geplant, solche Veranstaltungen auch in Zukunft weiterzuführen. Der Reinerlös der Veranstaltungen kommt der „Factory 2010“ zugute.

Andere Projekte

Von den Jugendlichen des Stadtjugendrats wurden zudem auch andere Projekte durchgeführt. 1997 wurde eine „Osteraktion“ unter dem Motto „Jugend für ältere Menschen“ beschlossen, bei der einige Jugendliche Osterkörbchen bastelten, bestückten und sie älteren Personen mit Hilfe der Einrichtung „Essen auf Rädern“ persönlich überreichten. Weiters verkauften Mitglieder

des Stadtjugendrats im Jugendtreff Gebasteltes auf dem Brucker Weihnachtsmarkt oder besuchten eine Vernissage eines jugendlichen Künstlers in der näheren Umgebung.

4.4 Vergleichende Darstellung der beiden Projekte

Ziel der vergleichenden Zusammenfassung ist eine Kurzbeschreibung der beiden Projekte. Dabei werden die beiden Projekte nicht nacheinander, sondern miteinander verschränkt dargestellt, um sowohl Ähnlichkeiten als auch Differenzen zu verdeutlichen. Durch diese Darstellung ausgewählter Informationen soll ein Überblick über die wichtigsten Charakteristika der beiden Projekte gegeben werden. Zudem ist die Kurzbeschreibung die Basis für die Diskussion der Ergebnisse im folgenden Kapitel (Kapitel 5).

4.4.1 Entstehung und Entwicklung der Projekte

In Bruck a. d. Mur entstand der Stadtjugendrat 1996 im Zuge eines groß angelegten Stadtmarketingprojekts, an dem die Bevölkerung wesentlich beteiligt war. Bei der Suche nach einer geeigneten Form, die Interessen der Jugend in die Stadtentwicklung einzubeziehen, beschloß man, externe Unterstützung zuzuziehen. Mit Hilfe dieser ExpertInnen wurde nach einer ersten Informationsveranstaltung ein Workshop mit interessierten Jugendlichen abgehalten. Die Ideen und Projekte, die in diesem Rahmen entwickelt wurden, wurden den politischen EntscheidungsträgerInnen präsentiert und mit ihnen diskutiert. Die professionelle externe Begleitung hatte in dieser Phase die Aufgabe, die Kommunikation zwischen den Jugendlichen und den GemeindevertreterInnen zu etablieren und eventuelle „Mißverständnisse“ möglichst im voraus abzufangen. Die wichtigsten Anliegen bzw. Projekte, die die Jugendlichen ausgearbeitet hatten, konnten ohne größere Probleme relativ bald realisiert werden. Um die Zusammenarbeit mit diesen und anderen engagierten Jugendlichen auch für die Zukunft sicherzustellen, wurde beschlossen, den Stadtjugendrat als dauerhafte Einrichtung zu institutionalisieren. Treffpunkt des Stadtjugendrats ist der auf Wunsch der Jugendlichen geschaffene Jugendtreff „Factory 2010“. Die Betreuung des Stadtjugendrats übernahm die bei der Gemeinde angestellte Jugendbeauftragte von Bruck a. d. Mur.

In Eggenburg wurde die Idee zum Kinderforum bereits 1992 auf Anregung des Landesjugendreferats entwickelt. Das Projekt Kinderforum wurde im Gemeinderat zwar nicht von der Mehrheit unterstützt, der Jugendreferent und die MitarbeiterInnen des Kultur- Jugend und Sportreferats beschlossen mit der Unterstützung des Bürgermeisters aber dennoch einen Versuch zu starten. Die Erwachsenen überlegten sich auf der Basis eines Austauschs mit Projekten in anderen Gemeinden die wichtigsten Ziele bzw. auch die Form des Projekts. Dabei legten sie unter anderem fest, daß die Kinder/Jugendlichen des Kinderforums an den Schulen gewählt werden sollen und daß sie bei ihrer Arbeit von einem Projektbeirat – zusammengesetzt aus GemeindevertreterInnen und LehrerInnen – begleitet werden. Zu Beginn des Projekts, das heißt nach den ersten Wahlen, waren sowohl die Kinder/Jugendlichen als auch die Erwachsenen sehr engagiert. Nach etwa drei Jahren zeichnete sich aufgrund mehrerer Umstände allerdings ein Tiefpunkt ab, der sich vor allem in nachlassender Motivation ausdrückte. Beendet wurde die krisenhafte Phase durch die Einbeziehung einer ehrenamtlichen Projektbetreuerin, die wieder neuen Schwung in das Projekt brachte.

4.4.2 Zielsetzungen

Die Zielsetzungen sind in den beiden Gemeinden relativ ähnlich. Aus der Perspektive der befragten Erwachsenen soll das jeweilige Projekt sowohl Interessenvertretung sein, als auch politische Sozialisationsfunktion haben. Im Zentrum steht, daß die beteiligten Kinder und Jugendlichen quasi als ExpertInnen für ihre Altersgruppe ihre Wünsche selbst einbringen können. Durch das Eingehen auf die geäußerten Bedürfnisse erhoffen sich die Erwachsenen, daß das Wohlbe-

finden der Jugend in der Gemeinde verbessert wird und daß dadurch nicht zuletzt die Abwanderungsrate gesenkt werden kann. Weiters soll in beiden Gemeinden durch die Beteiligung das politische Interesse der Jugend geweckt und späteres Engagement gefördert werden.

Auch die beteiligten Kinder/Jugendlichen erwarten sich, daß ihre Meinung bei sie betreffenden Angelegenheiten stärker berücksichtigt wird. Manche erwähnen zudem, daß sie durch das Projekt mehr über die Gemeinde und die politischen Entscheidungsprozesse erfahren können. Zudem spielen für sie die sozialen Kontakte als Motive für die Beteiligung eine wichtige Rolle: Sie sehen das Projekt als Freizeitbeschäftigung, bei der sie neue Kontakte knüpfen und sich austauschen können.

4.4.3 Die beteiligten Kinder/Jugendlichen

Während in das Eggenburger Kinderforum 8- bis 14jährige aufgenommen werden, liegt die untere Altersgrenze beim Stadtjugendrat bei 12 Jahren. Diese Altersgrenzen wurden aufgrund unterschiedlicher Überlegungen gesetzt: In Bruck a. d. Mur war man der Ansicht, daß erst ältere Jugendliche über die im Stadtjugendrat geforderten Fähigkeiten verfügen. In Eggenburg wiederum entschied man sich für die Beschränkung auf Kinder bzw. jüngere Jugendliche, weil die Erwachsenen meinten, daß ältere Jugendliche aufgrund anderer Interessen weniger Bereitschaft zur Mitarbeit zeigen.

Abgesehen von der Einhaltung der erwähnten Altersgrenzen war für den Stadtjugendrat in Bruck a. d. Mur von Beginn an ausschließlich das Interesse der Jugendlichen ein Aufnahmekriterium. Das Kinderforum in Eggenburg hingegen bestand ursprünglich nur aus gewählten VertreterInnen, die die Interessen aller Gleichaltrigen repräsentieren sollten. Um jedoch ein stärkeres Engagement zu fördern, können inzwischen zusätzlich auch alle Interessierten Mitglieder werden.

Die im Brucker Stadtjugendrat beteiligten Jugendlichen haben im wesentlichen die Aufgabe, ihre eigenen Wünsche zu artikulieren und gemeinsam mit der Projektbetreuerin Möglichkeiten der Umsetzung zu überlegen. Zum Teil setzen sie sich auch direkt mit den politischen EntscheidungsträgerInnen zusammen und diskutieren ihre Anliegen.

So wie in Bruck besteht die Hauptaufgabe der Kinder/Jugendlichen des Eggenburger Kinderforums darin, Ideen für eine jugendfreundliche Gestaltung der Gemeinde zu entwickeln. Damit die Beteiligten nicht nur ihre eigenen Vorstellungen und Anliegen einbringen, sollen sie sich zwischen den Sitzungen informell auch mit anderen ihrer Altersgruppe austauschen.

Der/die von den Kindern und Jugendlichen gewählte KinderbürgermeisterIn ist SprecherIn des Kinderforums und hat in dieser Funktion noch zusätzliche Aufgaben. Dazu zählt sowohl die Vorbereitung als auch die Gestaltung der Kinderforumssitzungen gemeinsam mit der Projektbetreuerin. Zudem sind die KinderbürgermeisterInnen die zentralen Ansprechpersonen der Erwachsenen und stellen somit ergänzend zur Projektbetreuerin bzw. dem Beirat das Bindeglied zwischen den beteiligten Kindern/Jugendlichen und den Erwachsenen dar.

4.4.4 Projektbegleitende Erwachsene

Die Begleitung des Brucker Stadtjugendrats erfolgte anfangs durch den für Jugend zuständigen Bereichsleiter in der Gemeinde sowie die externen BeraterInnen. Seit der dauerhaften Institutionalisierung des Stadtjugendrats im Rahmen des Jugendtreffs ist die Betreuung Aufgabe der Jugendbeauftragten, die bei der Gemeinde angestellt ist. Diese Projektbetreuerin soll die Jugendlichen bezüglich der Durchführbarkeit von Projekten beraten und, wenn nötig, zusätzliche Informationen einholen. Zu den Aufgaben der Projektbetreuerin gehören weiters organisatorische Tätigkeiten und der Kontakt zum Gemeinderat bzw. Bürgermeister, um ihn über die Aktivitäten des Stadtjugendrats zu informieren.

In Eggenburg wurde für die Projektbegleitung ein Projektbeirat eingerichtet, der sich aus mehreren GemeinderätlInnen, LehrerInnen und VertreterInnen von Jugendorganisationen zusammensetzen sollte. Derzeit sind allerdings nur 3 ProjektbeirätlInnen aktiv involviert. Ein Großteil der Betreuungsaufgaben wurde von jenem Stadtrat übernommen, der das Projekt ursprünglich initiiert hatte. Seit etwa zwei Jahren sorgt eine ehrenamtliche Projektbetreuerin, die als Mutter eines beteiligten Kindes bereit war, sich zu engagieren, für eine deutliche Entlastung des Projektbeirats und speziell des Stadtrats. Die Tätigkeiten der involvierten Erwachsenen in Eggenburg sind ähnlich jenen der Brucker Projektbetreuerin und beinhalten die organisatorische Unterstützung, die Beratung der Kinder und Jugendlichen bei der Erarbeitung von Vorschlägen bzw. Projekten sowie den Kontakt zum Gemeinderat.

4.4.5 Projektsitzungen

Treffen des Kinderforums finden etwa fünf- sechsmal jährlich im großen Sitzungssaal der Gemeinde statt. Die Kinder/Jugendlichen werden durch eine schriftliche Einladung einerseits über den Termin und andererseits auch über die Tagesordnungspunkte informiert. Für die Dauer der Sitzungen wird versucht, den Sitzungssaal etwas jugendgerechter zu gestalten. Für die Leitung der Sitzungen sind die Kinderbürgermeisterin und die Projektbetreuerin verantwortlich. Die meisten beteiligten Kinder und Jugendlichen bringen sich in die Plenumssitzungen nur wenig ein, wobei dies aber vom jeweils behandelten Thema abhängig zu sein scheint. Zum Teil wird auch in Kleingruppen gearbeitet, nicht zuletzt, um alle stärker einzubeziehen.

Im Brucker Stadtjugendrat gibt es zwei Arten von Sitzungen. Die einen finden relativ häufig statt und werden bei Bedarf spontan im Jugendtreff abgehalten. Einberufen und geleitet werden sie von der Projektbetreuerin, die versucht, die Sitzungen durch verschiedene Moderationsmethoden bzw. durch möglichst viele Freiheiten jugendgerecht zu gestalten. Bei solchen Sitzungen werden aktuelle Anliegen und Vorhaben diskutiert, die dann von der Projektbetreuerin weiterbearbeitet werden. Zusätzlich zu diesen informellen Besprechungen gibt es auch in Bruck Sitzungen, die im Rathaus stattfinden und in Anlehnung an die Stadtratssitzungen abgehalten werden. So wie in Eggenburg erhalten die Jugendlichen eine schriftliche Einladung, die bereits die – auf der Grundlage der vorangegangenen Besprechungen – erstellte Tagesordnung enthält. Durch die Sitzung wird vom Bürgermeister oder einem/einer anderen GemeindevertreterIn geführt. Die Jugendlichen müssen sich diszipliniert zu Wort melden und zusätzlich in Form von Abstimmungen ihre Prioritäten festlegen.

4.4.6 Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat

Der Anspruch an die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat ist in Eggenburg relativ hoch: Aus der Sicht der beteiligten Kinder und Jugendlichen sowie auch der involvierten Erwachsenen sollen die GemeindepolitikerInnen das Kinderforum als beratendes Gremium in möglichst alle die Jugend betreffenden Entscheidungen einbeziehen. Dieses Ziel einer umfassenden Zusammenarbeit konnte bisher nicht im gewünschten Ausmaß erreicht werden. Vor allem wird kritisiert, daß das Kinderforum nicht unumstritten akzeptiert, sondern immer wieder übergangen wird. Allerdings gibt es mit manchen GemeinderätlInnen, die sich auch in Sitzungen des Kinderforums für Anfragen zur Verfügung stellen, eine sehr gute Kooperationsbasis. Der Bürgermeister selbst wird zwar über die Arbeit des Kinderforums informiert, hat selbst jedoch keinen Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen. Für den Austausch und die Vermittlung zwischen Kinderforum und Gemeinderat sind vor allem die Mitglieder des Projektbeirats zuständig.

In Bruck a. d. Mur sieht man den Stadtjugendrat eher als einen Teilbereich der Jugendarbeit, der den direkten Austausch mit Jugendlichen erleichtert, der aber auch durch andere Beteiligungsprojekte ergänzt wird. Das heißt es besteht nicht der Anspruch, den Stadtjugendrat in möglichst alle Entscheidungen, die die Jugend betreffen könnten, einzubeziehen. Mit den bis-

herigen Erfolgen sind alle Befragten sehr zufrieden, da die wichtigsten Wünsche der Jugendlichen, wenn auch mit kleinen Abänderungen, realisiert werden konnten. Sehr viel Unterstützung erhält der Stadtjugendrat vom Brucker Bürgermeister, der sich um die Verwirklichung von Anliegen besonders kümmert. Die Projektbetreuerin als Bindeglied zwischen Gemeinde und Jugendlichen übernimmt die Informationsweitergabe zwischen den offiziellen Sitzungen.

4.4.7 Realisierung von Wünschen

Sowohl in Eggenburg als auch in Bruck a. d. Mur wurden bereits mehrere Anliegen der Kinder bzw. Jugendlichen verwirklicht. Trotz des Unterschieds hinsichtlich der beteiligten Altersgruppe liegen die Wünsche der Kinder/Jugendlichen in ähnlichen Bereichen. Die verwirklichten Projekte lassen sich daher überblicksmäßig den folgenden Themen zuordnen:

- Aufenthaltsräume für Kinder/Jugendliche (z. B. Spielplatzgestaltung, Einrichtung eines Jugendtreffs),
- Freizeitveranstaltungen (z. B. Ferienspielkalender, Clubbing),
- Kinder- bzw. Jugendzeitung (z. B. „Brucker Youth News“),
- Verkehr (z. B. Initiierung eines „Jugendtaxis“, Einbeziehung in die Entwicklung des Verkehrskonzepts).

Bei den meisten Wünschen des Kinderforums sowie des Stadtjugendrats handelt es sich also um Anliegen, die zum Bereich der Jugendarbeit gehören. Während man dem Stadtjugendrat in bezug auf die Finanzierung eher zu vermitteln versucht, daß grundsätzlich „alles möglich ist“, wird in Eggenburg betont, daß sich die Projekte im Rahmen halten müssen, da die finanziellen Mittel beschränkt sind. In beiden Gemeinden haben die Kinder/Jugendlichen gelernt, auf die Kosten ihrer Wünsche zu achten und möglichst keine unrealistischen Forderungen zu stellen.

4.5 Diskussion der Ergebnisse

Die Diskussion der Ergebnisse erfolgt auf der Grundlage der ausführlichen Analyse der beiden Falldarstellungen. Im Zuge der Auswertung wurde nach implizit im Material enthaltenen Kategorien gesucht, durch die die zentralen Dimensionen von kommunalen Beteiligungsprojekten dargestellt werden können. Durch das Herausarbeiten einzelner Aspekte soll die Diskussion dazu beitragen, Ansprüche und Widersprüche in den Projekten sichtbar zu machen, und dadurch die Weiterentwicklung ähnlicher Beteiligungsformen zu fördern.

4.5.1 Funktionen der Beteiligung

Die Zielsetzungen in den beiden Projekten weisen darauf hin, daß es aus der Perspektive der Erwachsenen im wesentlichen zwei Funktionen gibt, die das jeweilige Projekt erfüllen soll: Es soll sowohl Interessenvertretung sein als auch das Kennenlernen von politischen Strukturen und Abläufen bewirken. In den zwei beschriebenen Projekten wird versucht, möglichst beiden dieser Motive gerecht zu werden. Damit entsteht jedoch das Problem, daß diese Zielsetzungen zumindest zum Teil unterschiedlicher Herangehensweisen bedürfen, um sie optimal zu erfüllen.

Die Ernennung von KinderbürgermeisterInnen oder das Abhalten von Abstimmungen sind Elemente, die den Kindern/Jugendlichen ein möglichst realistisches Abbild der politischen Welt der Erwachsenen vermitteln sollen. Mit dem Anspruch der Interessenvertretung können solche Maßnahmen allerdings kaum begründet werden. Der Konflikt zwischen dem Interesse an der Meinung der Jugendlichen und dem Wunsch, sie im Rahmen des Projekts politisch zu bilden, wird besonders daran deutlich, daß (zumindest die wichtigeren) Sitzungen in den offiziellen Räumlichkeiten der Gemeinde stattfinden, um den beteiligten Kindern/Jugendlichen einen bes-

seren Einblick in die Gemeindepolitik zu bieten. Im Sinne der Interessenvertretung müßte allerdings im Vordergrund stehen, die Kinder/Jugendlichen in weniger erwachsenenorientiertem Rahmen mit jugendgerechten Methoden bei der Entwicklung von Ideen anzuleiten.

4.5.2 Grenzen der Beteiligung

Die Grenzen der beiden Beteiligungsprojekte sind durch Erwachsene bestimmt. Ihr Interesse und ihre Zielsetzungen determinieren die Möglichkeiten der Jugendlichen, da die politische Macht nach wie vor bei den Erwachsenen liegt. Die politischen EntscheidungsträgerInnen bestimmen das Budget, das für die Verwirklichung von Anliegen zu Verfügung steht, oder welche Altersgruppe in das Projekt einbezogen wird. Außerdem kann festgehalten werden, daß den Jugendlichen lediglich unverbindliche, auf freiwilligen Zugeständnissen von Erwachsenen beruhende, Mitsprachemöglichkeiten angeboten werden.

Besonders deutlich werden Grenzen bei der thematischen Zuordnung der realisierten Wünsche. Die Beschränkung auf Anliegen, die zum Bereich der Jugendarbeit gezählt werden können, beruht einerseits darauf, daß der Interessenenschwerpunkt der Kinder/Jugendlichen offensichtlich dort angesiedelt ist. Allerdings entsprechen sie damit auch den Erwartungen der Erwachsenen, die Interessenskonflikte mit anderen Bevölkerungsgruppen möglichst vermeiden wollen. Zwar besteht in beiden Gemeinden grundsätzlich die Möglichkeit, daß die Kinder/Jugendlichen sich auch in andere Bereiche einmischen, gleichzeitig wären dort die Schwierigkeiten bei der Realisierung wahrscheinlich größer.

Die Jugendlichen in den beiden Projekten passen sich diesen Grenzen der Erwachsenen an und stellen sie nicht in Frage. Als Ausnahme dieser Kritiklosigkeit kann eventuell gesehen werden, daß in Eggenburg immerhin manche der Kinder/Jugendlichen darauf hinweisen, daß ihre Anliegen von den zuständigen EntscheidungsträgerInnen zu wenig berücksichtigt werden. Die großteils freiwillige Beachtung der ungeschriebenen Regeln der Erwachsenen durch die Jugendlichen ist einerseits positiv zu sehen, da sie die Erfolgschancen erhöht. Andererseits entgeht der Beteiligung damit auch emanzipatorisches Potential – nicht Empowerment, sondern das Beachten gesetzter Grenzen steht im Vordergrund.

4.5.3 Legitimation des Projekts

Die Einrichtung des Stadtjugendrat in Bruck a. d. Mur war ein Ergebnis des auf Beschuß der Stadtregierung durchgeführten Stadtmarketingprojekts. Der Stadtjugendrat wird seither als ein wichtiger Bestandteil des Stadtmarketingprojekts gesehen und nach Aussage der befragten Erwachsenen nicht in Frage gestellt. In Eggenburg, wo das Kinderforum nicht durch einen Mehrheitsbeschuß legitimiert ist, wird hingegen immer wieder der Verdacht geäußert, daß die beteiligten Kinder/Jugendlichen parteipolitisch beeinflußt werden. Diese Kritik wirkt sich sowohl auf die Projektentwicklung als auch auf die Akzeptanz des Projekts im Gemeinderat eher ungünstig aus.

Es ist also schwierig, eine breite politische Akzeptanz des Projekts zu fördern, wenn nicht bereits zu Beginn ein Mehrheitsbeschuß erreicht wird. Das heißt nicht, daß Projekte ohne einen solchen Beschuß nicht initiiert werden können oder sollen. Es bedeutet aber, daß die Legitimation des Projekts voraussichtlich stärker hinterfragt wird und sich die Kooperation mit der Gemeinde schwieriger gestaltet.

4.5.4 Zugangschancen der Kinder/Jugendlichen

Derzeit haben in beiden untersuchten Projekten alle interessierten Kinder/Jugendlichen die Möglichkeit zur vollwertigen Mitgliedschaft. Es wird versucht, den Ein- und Ausstieg möglichst einfach zu gestalten und damit den freiwilligen Charakter des Projekts zu betonen.

Determiniert sind die Zugangschancen allerdings jeweils durch von den Erwachsenen gesetzte Altersgrenzen. Die unterschiedlichen Altersgrenzen in den beiden Projekten zeigen, daß solche relativ beliebig gesetzt werden. Das kann als Hinweis darauf gesehen werden, daß sowohl Kinder als auch Jugendliche beteiligt werden können, sofern seitens der Erwachsenen die Bereitschaft besteht, sich mit der jeweiligen Altersgruppe auseinanderzusetzen.

Zudem gibt es Kriterien, die für den Zugang zum Projekt ebenfalls eine Rolle spielen, auch wenn sie nicht so explizit wie das Alter geregelt sind. In Bruck a. d. Mur etwa dürfen zwar alle interessierten Jugendlichen teilnehmen, de facto handelt es sich jedoch nur um BesucherInnen des Jugendtreffs, da dieser gleichzeitig Treffpunkt des Stadtjugendrats ist. In Eggenburg wiederum haben SchülerInnen, die für den Schulbesuch in die nächste Stadt pendeln müssen, weniger Zugang zum Kinderforum, da diesbezügliche Informationen nur an den Eggenburger Schulen verbreitet werden. Einflüsse, wie die beiden zuletzt erwähnten, können nicht völlig ausgeschlossen werden. Es ist jedoch förderlich, diese zu reflektieren und hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den Zielsetzungen des Projekts zu überprüfen.

4.5.5 Institutionalisierung der Projektbetreuung

In beiden Gemeinden wird sowohl von den befragten Kindern/Jugendlichen als auch den Erwachsenen auf die Wichtigkeit der Projektbegleitung durch Erwachsene hingewiesen. Während in Bruck a. d. Mur die finanziellen Ressourcen ausreichten, um die Betreuung durch eine Angestellte der Gemeinde zu gewährleisten, werden die entsprechenden Tätigkeiten in Eggenburg seit Beginn unentgeltlich durchgeführt. Um trotz des relativ großen Zeitaufwands einzelne nicht zu sehr zu überlasten, wird in Eggenburg versucht, die Aufgaben über mehrere Personen zu verteilen.

Das Projektmanagement liegt also in beiden Gemeinden bei einer klar definierten Gruppe bzw. einer Einzelperson, die – entweder im Rahmen eines Anstellungsverhältnisse oder auch ehrenamtlich – über genügend Zeit für die aufwendige Projektbetreuung verfügt. Eine solche Institutionalisierung im Sinne von konstanter und verbindlicher Regelung der Projektbetreuung ist wichtig, um eine möglichst professionelle Begleitung zu gewährleisten. Damit soll sichergestellt werden, daß die Kinder/Jugendlichen ein Vertrauensverhältnis zu diesen Personen bzw. dieser Person aufbauen können und daß durch die zunehmende Erfahrung die Projektentwicklung insgesamt gefördert wird.

4.5.6 Hierarchische Strukturen in der Gruppe der Kinder/Jugendlichen

Im Kinderforum nimmt die Kinderbürgermeisterin als Sprecherin eine besondere Rolle ein. Sie und ihre Stellvertreterin sind, verglichen mit den anderen beteiligten Kindern/Jugendlichen, wesentlich stärker involviert und haben damit auch mehr Verantwortung für das Gelingen des Projekts. Für die Erwachsenen erleichtern solche Ansprechpersonen die Kommunikation mit den Kindern/Jugendlichen, da von den SprecherInnen bereits eine möglichst erwachsenengerecht übersetzte und aufbereitete Fassung der Wünsche der anderen geliefert wird. Die relative Passivität der übrigen Kinder/Jugendlichen des Kinderforums ist nicht zuletzt in diesem Zusammenhang zu sehen, da sie sich einigermaßen darauf verlassen können, daß sich die Kinderbürgermeisterin für sie engagiert und für sie spricht.

In Bruck hingegen versuchen die Erwachsenen zu fördern, daß sich alle Jugendlichen selbst zu Wort melden und ihre Anliegen einbringen. Damit möchten sie verhindern, daß sich nur einige wenige äußern, die ohnehin kein Problem haben, ihre Meinung zu vertreten. Dennoch gibt es einige Jugendliche, die ein besonders enges Verhältnis und daher auch mehr Austausch mit der Projektbetreuerin haben.

Aus der Perspektive der Kinder/Jugendlichen hat ein/e eigene/r SprecherInn wenig Vorteile, da den einzelnen damit wieder direkte Mitsprachemöglichkeiten genommen werden. Es handelt sich also eher um ein Bedürfnis der Erwachsenen, da sich die direkte Auseinandersetzung mit einer großen Gruppe von Kindern/Jugendlichen oft als schwierig erweist. Die Ernennung bzw. Wahl von SprecherInnen ist neben der Einführung von erwachsenen ProjektbegleiterInnen eine weitere Möglichkeit, eine bessere Verbindung und Kommunikation zwischen der Welt der Erwachsenen und der Welt der Jugendlichen herzustellen. Aufgrund ihrer Nachteile ist es jedoch sinnvoll – eventuell mit externer Unterstützung – zu überlegen, ob dafür nicht andere Strukturen geschaffen werden können.

4.5.7 Aufgabenteilung zwischen Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen

Sowohl in Bruck als auch in Eggenburg gehört es zu den Aufgaben der Kinder/Jugendlichen, kreativ und produktiv Ideen oder Projekte zu entwickeln. Sie müssen kaum Verantwortung übernehmen, sondern tun in erster Linie, was sie interessiert und wozu sie sich freiwillig gerne verpflichten. Die für die Durch- und Umsetzung der Ideen zuständigen Erwachsenen hingegen haben wesentlich mehr „Arbeit“ im Sinne zeitaufwendiger Tätigkeiten.

Diese Rollenteilung zwischen den Erwachsenen und den Kindern/Jugendlichen entspricht der sonstigen Rollenteilung in der Gesellschaft. Sie ist damit zwar nicht innovativ, aber auch nicht mit zu hohen Erwartungen überfrachtet. In diesem Zusammenhang soll darauf hingewiesen werden, daß die aufwendigen organisatorischen Aufgaben zeitlich kaum mit den sonstigen Verpflichtungen der Kinder/Jugendlichen für die Schule oder Arbeit vereinbar wären. Da alle befragten Beteiligten mit dieser Arbeitsteilung zufrieden sind, hat sie sich zumindest in den beiden untersuchten Projekten bewährt.

4.5.8 Externe Unterstützung

Als eine wichtige Ressource bei der Projektentwicklung wird in Bruck a. d. Mur die externe professionelle Begleitung gesehen, die zur Projektentwicklung zugezogen wurde. In Eggenburg wird besonders der Austausch mit anderen Projekten als immer wieder hilfreich erwähnt. Eine gute Möglichkeit zu Vernetzung und Austausch boten vor allem zwei österreichweite Tagungen zum Thema politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Externe Unterstützung war in den beiden Projekten vor allem dann förderlich, wenn nach neuen Ideen bei der Projektentwicklung gesucht wurde. Durch die Auseinandersetzung mit anderen erfahrenen Personen wurden für die ProjektakteurInnen vorher unsichtbare Probleme ebenso wie Ansatzpunkte für neue Entwicklungen erkennbar. Wie anhand der untersuchten Projekte deutlich wurde, stellt externe Unterstützung in Form von Erfahrungsaustausch oder professioneller Begleitung somit einen zentralen Aspekt für die Qualitätssicherung in Beteiligungsprojekten dar.

Literaturverzeichnis

- Flick, Uwe: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek/Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag 1995
- Lamnek, Siegfried: Qualitative Sozialforschung. Band 2. Methoden und Techniken, Weinheim, Beltz – Psychologie Verlags Union 1993
- Strauss, Anselm L.: Grundlagen qualitativer Sozialforschung, München, Wilhelm Fink Verlag 1994

5 Anforderungen an kommunale Beteiligung aus der Perspektive von Jugendlichen – Ergebnisse eines Workshops

Anna Riegler/Barbara Riepl

Speziell bei der Diskussion von Jugendbeteiligung ist es von zentraler Bedeutung, dabei auch die Perspektive von Jugendlichen zu berücksichtigen. Jugendlichen sollte daher die Chance gegeben werden, eigene Vorstellungen bezüglich politischer Beteiligung zu entwickeln. Als Rahmen für die Erarbeitung von Anforderungen durch Jugendliche wurde ein dreitägiger Workshop organisiert und durchgeführt. Die Ergebnisse dieses Workshops sind im folgenden Berichtsteil dargestellt.

5.1 Durchführung des Workshops mit den Jugendlichen

Der Workshop fand von 29. April bis 1. Mai 1998 im Jugendgästehaus Graz statt. Die Reise- und Aufenthaltskosten der Jugendlichen wurden übernommen, eine finanzielle Abgeltung der „Arbeit“ der Jugendlichen gab es nicht.

5.1.1 Zielsetzung

Zentrale Zielsetzung war, daß Jugendliche selbst Empfehlungen für jugendgerechte Beteiligung in der Gemeinde erarbeiten, die in den Jugenbericht aufgenommen werden. Gleichzeitig sollten die Jugendlichen die Gelegenheit erhalten, aus der gemeinsamen Arbeit auch konkrete Ideen für ihr eigenes Beteiligungsprojekt mitzunehmen.

Die drei wichtigsten Fragestellungen, die mit Hilfe des Workshops beantwortet werden sollten, waren:

- In welcher Struktur und mit welchen Methoden soll in Beteiligungsprojekten gearbeitet werden?
- Wie stellen sich die Jugendlichen die Arbeitsteilung mit Erwachsenen vor? Wer hat welche Zuständigkeiten?
- Welche zeitlichen, räumlichen, personellen, finanziellen Rahmenbedingungen wünschen sich die Jugendlichen?

Zusätzlich sollten Beiträge der Jugendlichen, die über diese Fragestellungen hinausgingen, ebenfalls aufgenommen und dargestellt werden.

5.1.2 Methodische Konzeption

Die Konzeption des Workshops erfolgte in Anlehnung an die von Jungk und Müllert (1989) entwickelte Methode der Zukunftswerkstätte. Das heißt die Arbeit mit den Jugendlichen wurde in verschiedene Abschnitte gegliedert: Kennenlernen, Kritikphase, Phantasiephase, Realisierungsphase und Nachbereitung.

Strukturiert und moderiert wurde der Workshop durch das Team der Erwachsenen, das aus den zwei Autorinnen und einer weiteren Mitarbeiterin bestand. Sie hatten die Aufgabe, auf Gestaltungswünsche der Jugendlichen einzugehen und gleichzeitig das Ziel des Workshops nicht aus den Augen zu verlieren.

Zum Teil arbeiteten die Jugendlichen in Kleingruppen aufgeteilt, zum Teil aber auch im Plenum. Als Arbeitsmethoden wurden vorwiegend folgende angewendet: Moderation, Metaplanmethode, offene Diskussionen sowie kreative Formen der Darstellung (Theaterspiel, Zeichnen). Die von den Jugendlichen erarbeiteten Ergebnisse wurden auf Plakaten festgehalten.

5.1.3 Auswahl der Jugendlichen

Um auf bestehenden Erfahrungen der teilnehmenden Jugendlichen aufzubauen zu können und dadurch eine gemeinsame Ausgangsbasis zu schaffen, sollten die Jugendlichen bereits Erfahrungen mit einem kommunalen Mitspracheprojekt haben. Bei der Auswahl der Beteiligungsprojekte, aus denen die Jugendlichen eingeladen wurden, wurde auf Projekte zurückgegriffen, die der Kommunalen Beratungsstelle für Kinder- und Jugendinitiativen bereits bekannt waren. Dabei wurde jedoch darauf geachtet, daß die Beteiligungsprojekte möglichst unterschiedlich waren und daß die Gemeinden hinsichtlich ihrer Größe zwischen weniger als 2.000 und ca. 250.000 EinwohnerInnen breit streuten.

Insgesamt nahmen 11 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren aus folgenden Projekten teil: aus dem gewählten Stadtjugendrat Villach (Kärnten), aus dem Jugendzentrum Thörl (Steiermark) sowie aus den projektorientierten Stadtjugendräten Kapfenberg (Steiermark), Ried/Innkreis (Oberösterreich) und Graz (Steiermark).

5.1.4 Verlauf des Workshops

Bereits in der Einladung wurden die Jugendlichen kurz darüber informiert, daß die von ihnen erarbeiteten Ergebnisse Bestandteil des Österreichischen Jugendberichts werden. Ausführlichere Informationen über die Einbettung und Zielsetzung des Workshops aus der Sicht der Erwachsenen erhielten sie zudem zu Beginn der Veranstaltung.

Von den Jugendlichen wurde als wichtigste Motivation für die Teilnahme genannt, Erfahrungen aus ihren Beteiligungsprojekten mit anderen austauschen zu können und dadurch neue Anregungen zu erhalten.

Nach einigen Kennenlernspielen wurde die Kritikphase eingeleitet, in der die Jugendlichen sowohl positive als auch negative Aspekte zu ihrem Beteiligungsprojekt/ihrer Gemeinde sammelten. Diese wurden von den ModeratorInnen und Jugendlichen gemeinsam zu Themenblöcken zusammengefaßt. In weiterer Folge konnten die Jugendlichen mit kreativen Methoden phantastische Lösungen für die verschiedenen Problemstellungen in diesen Bereichen entwickeln. In der letzten Phase wurden sie aufgefordert, die Umsetzbarkeit ihrer Ideen zu prüfen und sich gemeinsam auf wichtige Anforderungen an kommunale Beteiligung zu einigen. Den Jugendlichen war wichtig, daß zum Abschluß nicht in Kleingruppen gearbeitet, sondern in der Großgruppe diskutiert wurde. Diese intensive mehrstündige Diskussion wurde von ihnen bei der Abschlußrunde als besonders ergiebig und positiv erwähnt.

Etwa ein Monat nach dem Workshop wurden den Jugendlichen die wichtigsten Ergebnisse in Form eines Protokolls zugesandt. Außerdem wurde ihnen versprochen, daß sie – im Sinne einer Nachbereitung – je ein Exemplar der Publikationsfassung des Jugendberichts erhalten.

5.1.5 Auswertung und Zusammenfassung

Die Auswertung der Arbeit der Jugendlichen erfolgte auf der Basis des Protokolls, ergänzt durch andere Dokumentationen wie Videomitschnitte. Für die Auswertung wurden die Aussagen der Jugendlichen nach Kategorien geordnet. Bei der Kategorienbildung wurde einerseits auf die ursprünglichen Fragestellungen eingegangen, andererseits wurden auch zusätzliche Aspekte, die von den Jugendlichen aufgebracht wurden (z. B. welche Themen sie interessieren), unter

eigenen Überschriften beschrieben. Bei den, den Forderungen zum Teil angefügten, Begründungen handelt es sich um Aussagen der Jugendlichen selbst, die von den AutorInnen lediglich zusammengefaßt wurden.

5.2 Ergebnisse des Workshops

In den folgenden Abschnitten sind die Kategorien, unter denen die Aussagen der Jugendlichen zusammengefaßt wurden, genauer dargestellt. Dabei muß festgehalten werden, daß die Jugendlichen kaum Anforderungen im Sinne von Empfehlungen formulierten. Vielmehr erörterten sie, was sich in ihren Projekten als förderlich bzw. auch schwierig herausgestellt hatte und welche Lösungen sie sich für verschiedene Problemstellungen vorstellen könnten. Außerdem sind nicht alle Aussagen konsensual abgestimmt. Zum Teil stellten sie nur einen Beitrag einer Person dar, der von den anderen weder explizit abgelehnt, noch unbedingt von allen akzeptiert wurde. Dort, wo es jedoch größere Meinungsunterschiede gab, die zu längeren Diskussionen führten, wurde dies bei der Darstellung berücksichtigt.

5.2.1 Form der Mitsprachemöglichkeit

Von den Jugendlichen wurde die Tatsache, daß in ihren Gemeinden überhaupt Mitsprachemöglichkeiten existieren, stets positiv erwähnt, wobei die Form der Beteiligung nur eine untergeordnete Rolle spielte. Die in diesem Zusammenhang genannten Formen reichen von: Umfragen bei Jugendlichen, Diskussionen mit Jugendlichen, Jugendstadtrat, das Jugendparlament, die Jugendzeitung oder auch ein „cooler Bürgermeister, der sich für uns einsetzt und uns zu sich einlädt“. Die Jugendlichen legten sich in ihren Diskussionen aber nicht fest, welche Art der Beteiligung sie generell für besonders sinnvoll halten.

5.2.2 Arbeitsabläufe und -methoden

Nach Ansicht der Jugendlichen bewährt es sich, themenspezifische Gruppen zu bilden, die sich mit einem bestimmten Bereich befassen und für diesen Ideen zur Umsetzung entwickeln. Bei gemeinsamen Plenumssitzungen sollen die Vorschläge dann vorgestellt und diskutiert werden, um, wenn nötig, anschließend wieder in den themenzentrierten Gruppen weiterzuarbeiten. Ebenfalls im Plenum muß geklärt werden, wo die Jugendlichen gemeinsame Prioritäten sehen und welche Anliegen sie schließlich konkret an die politischen EntscheidungsträgerInnen herantragen möchten. Von den Jugendlichen wird betont, daß solche gemeinsamen Diskussionen einen besonderen Stellenwert haben, da sie der Gruppe nicht nur helfen ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln, sondern sich ihrer Erfahrung nach insgesamt als sehr fruchtbar erweisen. Auf der Basis ihrer Erfahrungen stellen die Jugendlichen fest, daß Interesse an Plenumsdiskussionen auch bei jenen Jugendlichen besteht, die sich selbst kaum einbringen, sondern vor allem zuhören und Ideen aus der Diskussion mitnehmen können.

Als zentral sehen die Jugendlichen an, daß zusätzlich zu diesen Sitzungen der Jugendlichen auch gemeinsame Besprechungen mit Erwachsenen – entweder mit einer Betreuungsperson oder mit den politischen EntscheidungsträgerInnen selbst – stattfinden. Damit soll der Informationsfluß aufrechterhalten und festgestellt werden, wie die Realisierungschancen von Anliegen einzuschätzen sind. Die Rückmeldungen sind außerdem notwendig, um Mißverständnisse zu klären und die Weiterarbeit möglichst sinnvoll zu gestalten.

Begleitet werden möchten die Jugendlichen bei den verschiedenen Arbeitsschritten von Erwachsenen, die organisatorische Aufgaben übernehmen und Sitzungen moderieren sollen. Bei der Gestaltung und Moderation von Sitzungen sollen die Erwachsenen oder erfahrene Jugendliche darauf achten, daß jugendgerechte Methoden angewandt werden (z. B. Prioritätensetzung durch Punktbewertung, Kreativitätstechniken, Arbeit mit Video oder theater- und spielpädago-

gische Methoden). Wichtig ist nach Ansicht der Jugendlichen auch, daß Protokolle von Sitzungen abgefaßt werden, um den Austausch zwischen Gruppen zu fördern und um auf bereits Besprochenes zurückgreifen zu können. Das gilt insbesondere für Sitzungen gemeinsam mit PolitikerInnen.

Um die Verbindlichkeit von Zusagen zu steigern, schätzen die Jugendlichen die Wirkung von Öffentlichkeit besonders positiv ein. Pressekonferenzen, bei denen die Jugendlichen gemeinsam mit den politischen EntscheidungsträgerInnen Ergebnisse ihrer Verhandlungen präsentieren bzw. bei denen überhaupt erst die Verhandlungen stattfinden, sollen die Erwachsenen zwingen, sich ernsthafter mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen, und die Wahrscheinlichkeit, daß Versprechen eingelöst werden, erhöhen.

5.2.3 Beteiligte Personengruppen

Die Jugendlichen

Nach Aussage der Jugendlichen sollen grundsätzlich alle Jugendlichen gleichermaßen die Möglichkeit haben, an einem Beteiligungsprojekt teilzunehmen. Es wird betont, daß im Idealfall die Jugendlichen aus verschiedensten Gruppierungen kommen, damit eine Vielfalt an Meinungen gewährleistet ist und möglichst die Interessen aller vertreten werden. Im Zuge einer längeren Diskussion ordnen sie sich selbst eher den „Durchschnittsjugendlichen“ zu, das heißt sie gehören nicht dem engeren Kreis diverser Szenen wie beispielsweise Punks oder Skater an. Vom Durchschnitt der Jugendlichen unterscheidet die an der Zukunftswerkstatt beteiligten Jugendlichen ihrer Meinung nach allerdings, daß sie engagierter als die meisten anderen in ihrem Alter sind und daß sie etwas durchsetzen möchten.

Die Jugendlichen sind der Meinung, daß 13- bis 19jährige gut gemeinsam in einem Projekt zusammenarbeiten können. Bei Bedarf sollen in Arbeitsgruppen die Prioritäten der unterschiedlichen Altersgruppen erarbeitet werden, damit nicht eine Altersgruppe dominiert. Für „Kinder unter 13 Jahren soll es etwas Eigenes geben“, da zwar auch die Jüngeren Mitsprachemöglichkeiten haben sollen, allerdings aufgrund der großen Unterschiede nicht in einem gemeinsamen Projekt mit Jugendlichen.

Speziell um bei langfristigen Projekten Kontinuität der Arbeit zu gewährleisten, halten es die Jugendlichen für besonders wichtig, daß bereits jüngere Jugendliche ab 13 Jahren eingebunden werden, die dann längere Zeit in dem Projekt aktiv sein können. Außerdem soll bei solchen Projekten dadurch für Dauerhaftigkeit gesorgt werden, daß einerseits jederzeit interessierte Jugendliche mitarbeiten können und andererseits eine konstante Gruppe besteht. Diese konstante Gruppe muß sich nicht unbedingt aus gewählten Mitgliedern zusammensetzen, sondern es kann sich auch um interessierte Freiwillige handeln, die durch ein anderes „Ritual“ zu dauerhaften Mitgliedern werden.

Problematisiert wird von den Jugendlichen, daß sie größtenteils nur ihre eigenen Anliegen und die ihrer FreundInnen vertreten. Der Austausch mit Jugendlichen, die anderen Gruppen oder Szenen angehören, ist für die Jugendlichen insofern erschwert, als es auch sonst kaum Kommunikation untereinander gibt. Um die Interessen von anderen vertreten zu können, sehen die Jugendlichen es als notwendige Voraussetzung, daß diese ihre Wünsche an sie herantragen, was jedoch kaum geschieht. In diesem Zusammenhang wird von einer Jugendlichen außerdem Parteipolitik als Störvariable thematisiert, da in Projekten, in denen Jugendliche als VertreterInnen von parteiassoziierten Jugendverbänden beteiligt sind, ihrer Erfahrung nach der Zusammenschnitt der Jugendlichen untereinander sehr gefährdet ist.

Als weitere negative Erfahrung wird von mehreren Jugendlichen berichtet, daß sich in ihrer Gemeinde gezeigt hat, daß zwar viele Jugendliche mitreden, aber nicht mitarbeiten möchten

und daß nach einiger Zeit die Motivation und das Engagement insgesamt nachläßt, so daß meistens nur eine relativ kleine Gruppe konstant arbeitet. Zudem als enttäuschend wird gesehen, daß sich nicht beteiligte Jugendliche zwar beschweren, wenn bestimmte Wünsche und Projekte nicht umgesetzt werden, gleichzeitig aber keine Unterstützung anbieten. Besonders schwierig ist es für die engagierten Jugendlichen, wenn sie von anderen gar keine Rückmeldung erhalten.

ProjektbetreuerIn/JugendreferentIn

Die Jugendlichen wünschen sich für ihre Anliegen eine erwachsene Kontaktperson in der Gemeinde, die als unparteiisches Bindeglied zwischen Jugend und PolitikerInnen die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Gruppen verbessert. Diese Person muß daher nicht nur gut mit Jugendlichen umgehen können, sondern auch einen anerkannten Status in der Gemeinde haben, damit er/sie von den politischen EntscheidungsträgerInnen ernst genommen wird. Nicht einig waren sich die Jugendlichen, ob es günstig ist, wenn diese/r ProjektbetreuerIn oder JugendreferentIn gleichzeitig auch andere Funktionen wie StreetworkerIn oder JugendzentrumsbetreuerIn innehat, das heißt für die persönlichen Sorgen der Jugendlichen zur Verfügung steht und diese gut kennt. Dadurch entsteht ihrer Meinung nach zwar einerseits eine breitere Vertrauensbasis, andererseits möchten manche der Jugendlichen vermeiden, daß ihre privaten Probleme jenen Personen bekannt sind, die sie bei politischen Verhandlungen unterstützen sollen. Auf jeden Fall finden es die Jugendlichen sinnvoll, wenn sie selbst mitbestimmen können, wer die Funktion dieses Bindeglieds übernehmen soll.

PolitikerInnen

Die meisten der Jugendlichen haben bereits mehrmals die Erfahrung gemacht, daß sie von PolitikerInnen nicht ernst genommen werden. Das zeigt sich ihrer Meinung nach daran, daß immer noch Politik für Jugendliche gemacht wird, ohne Jugendliche selbst um ihre Meinung zu fragen bzw. ohne Vorschläge von Jugendlichen zu berücksichtigen. Weiters kritisieren die Jugendlichen, daß PolitikerInnen oft nur vor der Wahl oder für die Presse Interesse für Jugendfragen aufbringen. Die Jugendlichen stellen zusammenfassend fest, daß ein Großteil der PolitikerInnen wenig Verständnis für die Jugend zeigt und schlagen vor, daß sowohl für PolitikerInnen als auch andere Erwachsene Seminare angeboten werden sollen, auf denen diese lernen können, Jugendliche besser zu verstehen.

5.2.4 Aufgabenteilung zwischen Erwachsenen und Jugendlichen

Aufgabenbereiche der Jugendlichen

Als ihren eigenen Aufgabenbereich sehen die Jugendlichen, die Interessen von Jugendlichen zu artikulieren und jugendfreundliche Lösungsvorschläge zu unterschiedlichen Problemstellungen zu erarbeiten. Besonders wichtig ist ihnen auch die Mitarbeit bei der Verwirklichung von Ideen, soweit dies neben Schule oder Arbeit möglich ist. Die Jugendlichen wollen also auch nach der Entscheidung für ein Projekt noch weiter in den Prozeß der Umsetzung integriert sein. Das Ausmaß der Beteiligung daran ist abhängig von der Art des Projekts. Während die Herausgabe einer Jugendzeitung von den Jugendlichen beinahe vollständig übernommen werden kann, ist die Errichtung eines Jugendzentrums wesentlich komplexer und verlangt auch nach Meinung der Jugendlichen eine stärkere Involvierung von Erwachsenen.

Abgesehen von diesen zentralen Aufgaben, liegt es nach Ansicht der Jugendlichen auch in ihrer Verantwortung Werbung für das Beteiligungsprojekt zu machen. Der Ideenaustausch mit anderen, nicht beteiligten Jugendlichen sowie mit Jugendorganisationen stellt ebenfalls einen Anspruch der Jugendlichen an sich selbst dar. Zudem weisen die Jugendlichen auch noch dar-

auf hin, daß ältere erfahrene Jugendliche zum Teil die Moderation von Arbeitsgruppen oder die Beratung jüngerer Jugendlicher übernehmen können. Schließlich können sich die Jugendlichen auch vorstellen, sich um Sponsoring für einzelne Projekte selbst zu bemühen und damit zur Finanzierung von Ideen beizutragen.

Aufgabenbereiche der Betreuungsperson

Unterstützung wünschen sich die Jugendlichen vor allem bei der Moderation von Sitzungen und auch, wenn es darum geht, die Realisierbarkeit von Ideen abzuschätzen, damit sie nicht mit großem Aufwand völlig unrealistische Vorstellungen entwickeln. Erwachsene ProjektbetreuerInnen sollen nach Meinung der Jugendlichen schon vor der Auseinandersetzung mit den politischen EntscheidungsträgerInnen die Aufgabe übernehmen, Ideen auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen und ihre Meinung den Jugendlichen auseinanderzusetzen und mit ihnen zu diskutieren.

Bei jenen Ideen und „Subprojekten“, die von den Jugendlichen großteils selbstständig umgesetzt werden können (etwa bei der Herausgabe einer Jugendzeitung), wünschen sie sich, daß ihnen bei Bedarf professionelles Wissen zur Verfügung gestellt wird.

Aufgabenbereiche der PolitikerInnen

Aufgabe der PolitikerInnen ist es nach Ansicht der Jugendlichen, Beteiligungsprojekte zu initiieren und die Jugendlichen zur Mitarbeit einzuladen. Weiters fällt es in deren Aufgabenbereich, den Jugendlichen gegenüber klarzustellen, welche Ziele seitens der Erwachsenen mit dem Projekt verfolgt werden und wie der zugestandene Rahmen, das Ausmaß und die Grenzen der Mitsprache definiert sind. Schließlich sollen die politischen EntscheidungsträgerInnen nicht nur ihre Zustimmung zu Vorschlägen geben, sondern auch die Verantwortung für die Umsetzung übernehmen.

5.2.5 Zeitliche Rahmenbedingungen

Wert wird von den Jugendlichen auf Kontinuität gelegt, sie möchten, daß sie entweder dauerhaft eingebunden werden oder immer wieder Mitsprachemöglichkeiten bekommen. Das kann heißen, daß eine Gruppe eingerichtet wird, die sich langfristig in regelmäßigen Sitzungen mit verschiedenen Jugendthemen beschäftigt. Es kann aber auch bedeuten, daß etwa alle ein bis zwei Jahre Seminare veranstaltet werden, die mehrere Tage dauern und deren Auswirkungen nach einer bestimmten Frist reflektiert werden.

Gleichzeitig stellen die Jugendlichen fest, daß die Erwachsenen ihnen genügend Zeit geben müssen, um Probleme zu definieren und jugendgerechte Lösungen erarbeiten zu können, denn „Ideen brauchen Zeit“. Außerdem möchten die Jugendlichen, daß sie nicht zu sehr unter Arbeitsdruck gesetzt werden und daß auch noch Zeit für Spaß bleibt. Bezüglich der Umsetzung durch die PolitikerInnen wird von den Jugendlichen kritisiert, daß die Realisierung oft sehr lange dauert und daß die entsprechenden Prozesse beschleunigt werden sollen.

Hinsichtlich konkreter Termine für Sitzungen sind sich die Jugendlichen einig, daß Wochenenden ungünstig sind und daß Treffen während der Woche vor allem abends, teilweise aber auch untertags stattfinden sollen. Da die Jugendlichen ihren Beitrag nicht nur als Hobby oder Freizeitbeschäftigung sondern zumindest ebenso als Arbeit sehen, sind sie der Meinung, daß sie – nicht regelmäßig aber in Ausnahmefällen – von der Schule oder der Arbeit freigestellt werden sollen, um an Seminaren oder Workshops teilnehmen zu können.

5.2.6 Räumliche Rahmenbedingungen

Besprechungen und Diskussionen mit GemeindepolitikerInnen dürfen nach Ansicht der Jugendlichen wegen des „Heimvorteils“ der Erwachsenen nicht in den offiziellen Räumlichkeiten der

Gemeinde stattfinden, sondern es soll dafür gemeinsam ein neutraler Ort gefunden werden, der weder ausschließlich zur Lebenswelt der Erwachsenen noch ausschließlich zur Lebenswelt der Jugendlichen gehört.

Die Jugendlichen finden es wesentlich, daß bei längerfristigen Projekten Orte, an denen regelmäßig Treffen stattfinden, ohne großen Zeitaufwand öffentlich erreichbar sein, also möglichst zentral liegen sollen. Im Idealfall wird für das Projekt ein eigener Raum ausgestattet, zu dem die beteiligten Jugendlichen nach Bedarf Zugang haben.

Projekte, die zeitlich begrenzt und eher als Workshop strukturiert sind, sollen in einem Seminarhotel stattfinden, und den Jugendlichen denselben Komfort bieten, der für Erwachsene üblich ist. Besonders darauf hingewiesen wird, daß die Kosten für die Unterbringung und Mahlzeiten sowie Getränke von der Gemeinde übernommen werden müssen.

5.2.7 Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Finanzierbarkeit von Jugendanliegen ist in allen Projekten ein wichtiges Thema. Die Jugendlichen stellen fest, daß in erster Linie die Gemeinde zuständig ist, für das nötige Budget zu sorgen, und damit die Umsetzung von Ideen zu ermöglichen bzw. auch die professionelle Projektbetreuung zu bezahlen. Kritisiert wird, daß häufig gerade im Jugendbereich gespart wird und daher zu wenig finanzielle Mittel budgetiert werden.

In diesem Zusammenhang wird von den Jugendlichen nachdrücklich gefordert, daß die Kooperation und Abstimmung unter benachbarten Gemeinden gefördert werden muß. Ihrer Ansicht nach sollten die Gemeinden, die selbst zu klein sind oder aus anderen Gründen kaum Einrichtungen für Jugendliche haben, jene Gemeinden unterstützen, in denen sich die Jugendlichen in ihrer Freizeit vorwiegend aufhalten. Außerdem schlagen die Jugendlichen vor, daß die Gemeinden um Subventionen der Länder ansuchen sollen bzw. stärker um Sponsoring von Projekten bemüht sein sollen.

Erörtert wurde auch, ob die Jugendlichen in einem längerfristigen Beteiligungsprojekt über ein eigenes Budget verfügen sollen, oder ob die Entscheidung über die Finanzierbarkeit von Ideen ausschließlich bei den Erwachsenen liegen soll. Als Vorteil der Selbstverwaltung wird gesehen, daß die Jugendlichen mehr Möglichkeiten haben, selbst zu entscheiden, wo sie ihre Schwerpunkte legen und was sie finanzieren möchten, als Nachteil wird angegeben, daß ein solches Budget mit Sicherheit relativ begrenzt ist. Wenn hingegen die Finanzierung jedes Mal neu ausverhandelt werden muß, ist das zwar aufwendiger, dafür besteht aber die Chance, daß zumindest in Einzelfällen höhere Beträge zur Diskussion stehen und daß flexibler auf bestimmte Anliegen eingegangen werden kann.

Wichtig ist den Jugendlichen, daß ihnen durch ihre Mitarbeit im Projekt privat keine Kosten entstehen, das heißt, daß beispielsweise Ausgaben für Materialien oder Porto abgerechnet werden können. Für ihre Mitarbeit erhalten die Jugendlichen in den meisten Fällen keinerlei Bezahlung oder Aufwandsentschädigung, und sie sind der Ansicht, daß das auch nicht notwendig ist. Dennoch würden sie es begrüßen, wenn ihr Engagement von Zeit zu Zeit eher symbolisch, beispielsweise durch eine Einladung zu einem Ausflug, belohnt würde.

5.2.8 Öffentlichkeitsarbeit

Die Jugendlichen betonen die Wichtigkeit der Werbung für Beteiligungsprojekte. Sie sind der Ansicht, daß bereits der erste Aufruf zur Mitarbeit nicht nur von Erwachsenen, sondern in Zusammenarbeit mit einigen Jugendlichen gestaltet werden sollte, um zu sichern, daß die Einladung Jugendliche auch tatsächlich anspricht. Als besonders geeignet werden farbige Flyer gesehen, die auf der Straße, bei Bushaltestellen oder vor Schulen verteilt werden können. Wesentlich ist, daß die Flyer die Wichtigkeit des Projekts erkennen lassen, indem an der Ausfüh-

rung nicht gespart wird. Abgesehen von der Verteilung von Flyern wird auch für wirkungsvoll erachtet, allen Jugendlichen der Gemeinde den bereits erwähnten Flyer gemeinsam mit einem Begleitbrief persönlich zuzuschicken. Zusätzlich soll es auch in der Gemeindezeitung einen Aufruf zur Mitarbeit geben. Im Idealfall entsteht nach Ansicht der Jugendlichen durch die verschiedenen Werbemaßnahmen „eine Stimmung wie bei einem Wahlkampf“, wodurch ihrer Meinung nach nicht nur die Motivation der Jugendlichen, sondern auch das Interesse der Erwachsenen für die Jugendlichen steigt.

Bei unbefristeten Projekten (wie z. B. einem Jugendrat) wird von den Jugendlichen empfohlen, nach einer gewissen Zeitspanne auf ähnliche Weise neues Engagement zu fördern. Zudem sollen Schulklassen eingeladen werden, die im Rahmen einer „Exkursion“ über das Projekt informiert werden. Schließlich kann auch noch Mundpropaganda der beteiligten Jugendlichen einen Beitrag zur Information und Werbung leisten.

5.2.9 Anliegen der Jugendlichen

Im Rahmen ihres Erfahrungsaustauschs gingen die Jugendlichen immer wieder auf ähnliche Bereiche ein. Diese sind im folgenden kurz dargestellt, um zu vermitteln, mit welchen Themen die Jugendlichen sich besonders beschäftigten.

Freizeiteinrichtungen

Dabei handelt es sich um diverse Freizeiteinrichtungen, die teilweise nur für Jugendliche gedacht sind, teilweise aber auch von Erwachsenen und Jugendlichen gemeinsam genutzt werden können: z. B. ein Partyraum für Jugendliche, ein Info-Point, die Skaterhalle oder (auch für Erwachsene) ein Freibad, ein Kino, ein „Fun-Park“. Bereits bestehende Einrichtungen in diesem Bereich wurden von den Jugendlichen besonders häufig als positive Aspekte ihrer Gemeinde erwähnt. Gleichzeitig wurden aber auch zahlreiche Mängel im Sinne fehlender Einrichtungen festgestellt, beispielsweise wünschen sich die Jugendlichen mehr moderne Sportanlagen, eine Veranstaltungshalle oder eine verstärkte Förderung der Jugendtheatergruppen.

Freizeitveranstaltungen

Für die Jugendlichen zentral ist vor allem, daß „etwas los ist“. Unter Veranstaltungen zusammengefaßt wurden unter anderem: Konzerte, „Funnights“, Stadtfest und ähnliche „coole events“. Von den Jugendlichen kritisiert wird, daß solche Veranstaltungen zu selten stattfinden und daß sie zu wenig Unterstützung bekommen, wenn sie selbst Veranstaltungen organisieren möchten. Wichtig ist ihnen auch, daß sie durch einen Veranstaltungskalender über interessante Veranstaltungen regelmäßig informiert werden.

Öffentlicher Raum/Infrastruktur

Auf diesen Bereich wird von den Jugendlichen beinahe ausschließlich mit Kritik Bezug genommen. Unter anderem wird angeführt, daß es kaum Lokale für Jugendliche gibt, daß die Ortszentren bzw. die Innenstädte und Fußgängerzonen unbelebt sind, daß es keine attraktiven Treffpunkte und Aufenthaltsräume im Freien gibt oder auch, daß öffentliche WC-Anlagen fehlen.

Mobilität/Öffentlicher Verkehr

Zwar wurde von manchen Jugendlichen erwähnt, daß in ihrer Gemeinde bereits Fortschritte im Sinne eines jugendfreundlichen Transportsystems (z. B. durch einen „Citybus“) gemacht wurden, im übrigen werden aber auch hier vor allem Mängel wahrgenommen. Die Jugendlichen wünschen sich sowohl bei Verbindungen innerhalb der Stadt als auch bei „Ferndispositionen“ zu

den Umlandgemeinden und benachbarten Städten eine dichtere Frequenz der Verkehrsmittel, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Wiederholt wurde außerdem auf die Wichtigkeit von erschwinglichen Verbindungen an Abenden hingewiesen, um „Nachtschwärzern“ einen sicheren und schnellen Heimweg zu ermöglichen.

Preisermäßigungen für Jugendliche

Ein wichtiges Thema stellen auch Ermäßigungen dar, die den Jugendlichen den Zugang zu Veranstaltungen und Einrichtungen erleichtern. Obwohl es diesbezüglich bereits einige Initiativen gibt, streben die Jugendlichen einen Ausbau solcher Unterstützungsmaßnahmen an.

Schule und Arbeit

Die Themen Schule und Arbeit werden von den Jugendlichen nur kurz angerissen. Es wird festgestellt, daß sowohl das Vorhandensein von Schulen als auch ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen bzw. Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, die Attraktivität einer Gemeinde steigert. Als wichtiges Anliegen wird die Verbesserung der Situation hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit thematisiert.

Psychosoziale Betreuung

Positiv erwähnt wurden von den Jugendlichen auch ein SchülerInnentreff, der vom Jugendamt betreut wird, der gute Kontakt der Jugendlichen zu den JugendbetreuerInnen oder StreetworkerInnen in der Gemeinde sowie allgemein eine Ansprechperson bei Problemen zu haben. Angemerkt wurde in diesem Zusammenhang nur, daß BetreuerInnen teilweise zu alt sind und daher zu wenig Verständnis und Zugang zu den Jugendlichen haben.

Generationenbeziehungen

Die Beziehungen zwischen den Erwachsenen und den Jugendlichen werden als häufig problematisch bezeichnet. Die Jugendlichen sind der Ansicht, daß die Jugend in vielen Gemeinden einen schlechten Ruf hat, obwohl sich die Erwachsenen im allgemeinen nicht ernsthaft mit den Jugendlichen auseinandersetzen und sie daher auch nicht wirklich kennen. So bringen Erwachsene (z. B. DirektorInnen, LehrerInnen, Cheflnnen, ...) nicht nur wenig Verständnis für Anliegen von Jugendlichen auf, sondern nehmen in den unterschiedlichsten Situationen die Meinung von Jugendlichen nicht ernst und zeigen kaum Respekt gegenüber dieser Altersgruppe.

Literatur

Jungk, Robert/Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation, München, Wilhelm Heyne Verlag 1989

6 Anhang

6.1 MitarbeiterInnenverzeichnis

Durstberger Elke, Mag., Psychologin, u. a. freiberuflich tätige Mitarbeiterin des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Haider Maria, Mag., Psychologin und Psychotherapeutin,, u. a. freiberuflich tätige Mitarbeiterin des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Launsky-Tieffenthal, Walther, Dr., Jurist, Niederösterreichischer Kinder- und Jugendanwalt

Riegler Anna, Mag., Pädagogin und Organisationsentwicklerin, Geschäftsführerin der Kommunalen Beratungsstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnen- Beteiligungsinitiativen

Riepl Barbara, Mag., Psychologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

Wintersberger Helmut, Dr., Sozialwissenschaftler, Koordinator der Europäischen Beobachtungsstelle für nationale Familienpolitik

6.2 Fragebogen für die Bestandsaufnahme

Kinder und Jugendliche bestimmen mit – eine Bestandsaufnahme von Beteiligungsmodellen

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist in den letzten Jahren zu einem vielbeachteten Thema geworden. Diese bundesweite Umfrage beschäftigt sich daher mit einer Bestandsaufnahme von Beteiligungsmodellen, die Kindern/ Jugendlichen direkte Mitbestimmung in Politik und Gesellschaft ermöglichen. Da es sich um eine internationale Studie handelt, wird derselbe Fragebogen in einer übersetzten Fassung auch für eine Bestandsaufnahme in Finnland und Italien verwendet. Besonders in Hinblick auf diesen internationalen Vergleich ist es wichtig, daß möglichst viele österreichische Projekte erfaßt werden.

Die Durchführung dieser Befragung wird einerseits vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie und andererseits vom Programm „Jugend für Europa“ der Europäischen Kommission unterstützt. Die Ergebnisse werden in den dritten österreichischen Jugendbericht einfließen und sollen das breite Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten der Jugend in Österreich aufzeigen. Weiters wird anhand der Antworten eine Datenbank mit den Adressen der Beteiligungsmodelle erstellt werden. Von Bedeutung sind die Ergebnisse außerdem für die EU Präsidentschaft Österreichs im zweiten Halbjahr 1998, für welche Bun-

desminister Bartenstein Mitbestimmung als ein jugendpolitischer Schwerpunkt ausgewählt hat.

Da es sich bei den Beteiligungsmodellen um sehr unterschiedliche Formen von Projekten handeln kann, wird im Fragebogen der Begriff Gruppe verwendet. Unter Gruppe verstehen wir sowohl zeitlich befristete Initiativen als auch dauerhafte Einrichtungen (z.B. Kinder-/ Jugendgemeinderäte, Vereine etc.). Es ist möglich, daß mehrere Personen derselben Gruppe den Fragebogen erhalten, da er an unterschiedliche Adreßdateien versandt wird. Für die Auswertung können wir jedoch pro Gruppe nur einen Fragebogen verwenden – wir bitten daher darum, daß jede Gruppe den Fragebogen nur ein Mal beantwortet. Falls wir den Fragebogen noch an weitere Gruppen schicken sollen, ersuchen wir um diesbezügliche Information.

Rücksendeschluß für den Fragebogen:
27. April 1998

Rücksendungen bitte an:

Mag. Barbara Riepl, Europäisches Zentrum,
Berggasse 17, A-1090 Wien

Name/ Bezeichnung der Gruppe:.....

Kontaktperson:

Kontaktadresse:.....

Tel:.....Fax:

Bundesland:

Größe der Stadt/ Gemeinde: (ca.) EinwohnerInnen

1. Seit wann gibt es die Gruppe?
 seit 19
 Monat Jahr
2. Von wem ist die Gründung der Gruppe ausgegangen?
 ausschließlich von Erwachsenen
 ausschließlich von Kindern und/oder Jugendlichen
 von Erwachsenen und Kindern/ Jugendlichen gemeinsam
 weiß ich nicht
3. Bei der Gruppe handelt es sich um:
 eine formelle Gruppe
 eine informelle Gruppe weiter zu Frage 5
4. Die Gruppe ist:
 ein Verein
 eine Stiftung
 eine Genossenschaft
 eine von einer öffentlichen Stelle eingesetzte beratende Kinder-/ Jugendgruppe (z.B. ein Kinder-/ Jugendgemeinderat), und zwar:
 Anderes:
5. Gibt es für die Arbeit der Gruppe eine der folgenden Regelungen?
 ja nein
 Statuten
 ein anderes Gründungsdokument
 sonstige schriftliche Regelungen
6. Hat die Gruppe ein Naheverhältnis zu: (Mehrfachantworten möglich)
 einer anerkannten Religionsgemeinschaft
 einer politischen Partei
 einer Gewerkschaft
 einer anderen Art von Organisation:
7. Gehört die Gruppe zu einer größeren Organisation oder einem Dachverband? (Mehrfachantworten möglich)
 Ja, die Gruppe gehört zu einer größeren Organisation.
 Ja, die Gruppe gehört zu einem Dachverband.
 Nein.
8. Auf welcher Ebene ist die Gruppe vorrangig aktiv? (Bitte nur eine Möglichkeit auswählen)
 lokal (Gemeinde, Bezirk)
 regional (Bundesland)
 national
 Europäische Union
 international
9. Etwa wieviele Personen sind derzeit an der Gruppe beteiligt?
 a) Insgesamt: Personen
 b) aufgeteilt nach Alter (bitte möglichst genaue Angabe/ Schätzung)

jünger als 7 Jahre
 zwischen 7 und 10 Jahren
 zwischen 11 und 14 Jahren
 zwischen 15 und 18 Jahren
 zwischen 19 und 29 Jahren
 älter als 29 Jahre

- c) aufgeteilt nach Geschlecht (bitte möglichst genaue Angabe/ Schätzung)

Anzahl der Personen

männlich
 weiblich

10. Wie hat sich die Gruppe in den letzten 3 Jahren (bzw. wenn sie kürzer als 3 Jahre besteht, seit ihrem Bestehen) entwickelt?

- Die Mitgliederanzahl hat deutlich abgenommen.
 Die Mitgliederanzahl ist etwa gleichbleibend.
 Die Mitgliederanzahl ist deutlich gestiegen.

11

- a. Welchen Schultyp besuchen die 10 bis 14-jährigen Gruppenmitglieder? (bitte möglichst genaue Angabe/ Schätzung)

Volksschule: Kinder
 Hauptschule: Kinder
 Gymnasium: Kinder
 Sonderschule: Kinder

- b. Wie ist der berufliche/ schulische Status der 15- bis 18-jährigen Gruppenmitglieder? (bitte jeweils die Anzahl der Personen angeben/ schätzen)

PflichtschülerInnen (Hauptschule, Polytechnikum, Sonderschule):
 Jugendliche

SchülerInnen einer höherbildenden Schule (AHS,BHS):
 Jugendliche

SchülerInnen einer berufsbildenden mittleren Schule (Fach- und Handelsschulen):
 Jugendliche

arbeitende Jugendliche/ Lehrlinge:

Jugendliche

arbeitssuchende/ arbeitslose Jugendliche:

Jugendliche

Jugendliche, die zwischen "Jobben", Ausbildung und Hobbies "surfen":
 Jugendliche

Anzahl der Personen

12. Was sind die 3 wichtigsten Werte, die die Ziele der Gruppe beeinflussen? (Achtung! Nur die drei wichtigsten Werte kennzeichnen: 1 ist der wichtigste, 2 der zweitwichtigste, 3 der drittwichtigste Wert)

- Soziale Gerechtigkeit
- Gleichheit
- Freiheit
- Bescheidenheit/ Demut
- Toleranz
- Demokratie
- Sorge um Schwächere
- Sorge um die Umwelt
- Solidarität
- Freundschaft
- Friede
- Gehorsam
- Weltoffenheit

13. Welche der folgenden Ziele werden von der Gruppe verfolgt? (Mehrfachantworten möglich)

- Vertretung und Verwirklichung von Kinder- und Jugendinteressen
- politische Sozialisation (Kennenlernen politischer Entscheidungsprozesse)
- Ausbau der politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder- und Jugendliche
- keines der genannten Ziele

14. Mit welchen der folgenden Themenbereiche beschäftigt sich die Gruppe? (Mehrfachantworten möglich)

- Schule/ Bildung
- Arbeit/ Arbeitslosigkeit
- Betreuung/ Hilfe für bestimmte Personen(gruppen)
- Aufenthaltsräume für Kinder/ Jugendliche
- kulturelle Aktivitäten
- Orts- und Stadtplanung
- Gesundheitsförderung
- Rechte von Kindern/ Jugendlichen
- Sport
- Umweltschutz
- Massenmedien
- Anderes:

15. Was hat die Gruppe durch ihre Aktivitäten bisher erreicht?

(Mehrfachantworten möglich)

- Die Gruppe hat erreicht,
- daß ein eigener Kinder-/ Jugendtreffpunkt eingerichtet wird: z.B. ein Jugendzentrum, ein Jugendcafe
- daß eine bestimmte Veranstaltung stattfindet: z.B. ein Faschingsumzug, eine Kinderdisco, ein Konzert
- daß dauerhaft Räumlichkeiten für größere Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden: z.B. für Konzerte, Feeste, Discos
- daß die Schulbehörden/ die Schulleitung eine Veränderung des Schulunterrichts vornimmt: z.B. des Stundenplans, der Unterrichtsmethoden, der Unterrichtsinhalte

- daß die Ausstattung und/ oder räumliche Gestaltung der Schule verbessert wird: z.B. Kauf neuer Schulmöbel, Einrichten eines Pausenbuffets, Gestaltung des Schulhofs
- daß Kinder-/ Jugendinteressen bei der Verkehrsplanung in einem bestimmten Gebiet stärker berücksichtigt werden: z.B. durch Spielstraßen, Verkehrsinseln, Radwege
- daß neue Aktivitäts- und Aufenthaltsräume für Kinder/ Jugendliche im öffentlichen Raum geschaffen werden: z.B. eine Grünfläche, ein Park, eine Sportanlage
- daß bestimmte Aktivitäts- und Aufenthaltsräume im öffentlichen Raum attraktiver ausgestattet werden: z.B. mit neuen Spielgeräten, Sportanlagen, Sitzgelegenheiten
- daß die Meinung von Kindern/ Jugendlichen in den Massenmedien stärker vertreten ist: z.B. durch eine neue Zeitschrift, eine eigene Radiosendung, durch eine Jugendseite in einer Zeitung
- daß Kinder/ Jugendliche bei sie betreffenden politischen Entscheidungen nach ihrer Meinung gefragt werden: z.B. durch Einrichtung eines Kinder-/ Jugendgemeinderates, durch einen Fragebogen, durch eine Abstimmung
- Anderes:

16. Was hat die Gruppe bisher nicht erreicht? Warum nicht?

.....
.....
.....

17. Auf welche Art versucht die Gruppe ihre Ziele zu erreichen? (Mehrfachantworten möglich)

- Indem sie versucht, politische Entscheidungen und ihre Ausführung zu beeinflussen.
- Indem sie versucht, die Öffentlichkeit auf ihre Interessen aufmerksam zu machen.
- Indem sie versucht, die Probleme durch eigene Aktivitäten selbst zu lösen.
- Anderes:

18. Welche Mittel werden benutzt, um auf die Interessen und Aktivitäten der Gruppe aufmerksam zu machen?

(Mehrfachantworten möglich)

- Persönliche Kontakte
- Flugblätter
- Versammlungen/ öffentliche Diskussionen
- Seminare/ Tagungen
- Demonstrationen
- Sammeln von Unterschriften
- Informationsbüro/ Informationsstände
- Internet
- Leserbriefe oder Artikel in Zeitungen/ Zeitschriften
- eine eigene Zeitung/ regelmäßige Rundbriefe
- Radio/ Fernsehen
- Anderes:
- keine

19. Wem sollen die Aktivitäten der Gruppe nützen?

- vorrangig den Gruppenmitgliedern
- vorrangig Personen, die nicht der Gruppe angehören
- Gruppenmitgliedern und anderen Personen in gleicher Weise

20. Sollen die Aktivitäten der Gruppe vorrangig einer oder mehreren der folgenden Personengruppen nützen? (Mehrfachantworten möglich)

- ImmigrantInnen/ Kindern von ImmigrantInnen
- älteren, einsamen Menschen
- ethnischen oder linguistischen Minderheiten
- Menschen mit geistigen Behinderungen
- Menschen mit körperlichen Behinderungen
- Arbeitslosen
- SchulabrecherInnen (Jugendliche ohne Schulabschluß)
- Kindern/ Jugendlichen, die nicht bei ihrer Familie, sondern in einer anderen Einrichtung untergebracht sind (Heim, Pflegefamilie, therapeutische Wohngemeinschaft etc.)
- Menschen, die Probleme mit der Justiz haben/ hatten
- Menschen mit Suchtproblemen (Alkohol oder Drogen)
- Obdachlosen
- anderen spezifischen Gruppen:

- nein

21. Mit wem arbeitet die Gruppe zusammen? (Mehr- fachantworten möglich)

- mit anderen Jugendgruppen/ -organisationen
- mit kirchlichen Einrichtungen
- mit politischen Parteien
- mit Gewerkschaften
- mit Schulen
- mit sozialen Diensten/ Wohlfahrtsverbänden
- mit anderen Einrichtungen:

22. Erhält die Gruppe finanzielle Zuwendungen?

- nein
- ja, Mitgliedsbeiträge

- ja, öffentliche Gelder/ Subventionen

- ja, private Gelder (Spenden, Sponsoring)

23. Sind die Aktivitäten der Gruppe zeitlich beschränkt?

- Nein, es ist zur Zeit nicht vorgesehen, daß die Aktivitäten der Gruppe zeitlich beschränkt sind.

=> weiter zu Frage 25

- Ja, die Gruppe wird nur befristet Aktivitäten durchführen.

24. Vom Beginn bis zum Abschluß der Aktivitäten dauert es insgesamt voraussichtlich:

- weniger als ein Monat
- weniger als 6 Monate
- weniger als ein Jahr
- ein Jahr oder länger: Jahre

25. Finden gemeinsame Treffen der Gruppe eher regelmäßig oder nach Bedarf statt?

- regelmäßig
- nach Bedarf

26. Wie häufig finden gemeinsame Treffen der Gruppe im allgemeinen statt?

- öfter als ein Mal pro Woche
- ein Mal pro Woche
- ein bis drei Mal pro Monat
- ein Mal pro Monat
- seltener als ein Mal pro Monat

27. Wieviel Zeit widmen die unter 18-Jährigen im Durchschnitt den Aktivitäten der Gruppe?

- mindestens eine Stunde pro Tag
- zwischen 1 bis 6 Stunden pro Woche
- zwischen 1 bis 3 Stunden pro Monat
- weniger als 1 Stunde pro Monat

28. Wie wird man Mitglied der Gruppe?

- Alle, die Interesse haben, können mitarbeiten.

=> weiter zu Frage 30

- Es gibt bestimmte Auswahlkriterien.

29. Um welche Kriterien handelt es sich?
(Mehrfachantworten möglich)

- Die TeilnehmerInnen müssen ein bestimmtes Alter haben, nämlich: älter als Jahre und/ oder jünger als Jahre
- Es dürfen nur weibliche/ nur männliche Personen teilnehmen.
- Die TeilnehmerInnen werden bestimmt (z.B. von einem Komitee, von den Initiatoren)
- Die TeilnehmerInnen müssen demokratisch gewählt werden.
- Anderes:

30. Sind unter den Gruppenmitgliedern auch Kinder/ Jugendliche, die zu einer der folgenden Gruppen gehören? (Mehrfachantworten möglich)
- minderjährige ImmigrantInnen/ Kinder von ImmigrantInnen
 - Kinder/ Jugendliche von ethnischen oder linguistischen Minderheiten
 - Kinder/ Jugendliche mit geistigen Behinderungen
 - Kinder/ Jugendliche mit körperlichen Behinderungen
 - arbeitssuchende oder arbeitslose Jugendliche
 - Kinder/ Jugendliche mit Suchtproblemen (Alkohol oder Drogen)
 - SchulabrecherInnen (Jugendliche ohne Schulabschluß)
 - Kinder/ Jugendliche, die nicht bei ihrer Familie, sondern in einer anderen Einrichtung untergebracht sind (Heim, Pflegefamilie, therapeutische Wohngemeinschaft etc.)
 - Kinder/ Jugendliche, die Probleme mit der Justiz haben/ hatten
 - andere spezifische Gruppen:
 - nein
31. Müssen die Mitglieder der Gruppe einen Mitgliedsbeitrag zahlen?
- Nein.
 - Ja, aber die Höhe des Betrags ist nicht festgelegt.
 - Ja, es muß ein Mitgliedsbeitrag in einer bestimmten Höhe bezahlt werden.
32. Gibt es bezahltes Personal bzw. werden die Mitglieder finanziell entschädigt? (Mehrfachantworten möglich)
- Nein.
 - Es gibt bezahltes Personal.
 - Alle Mitglieder erhalten eine finanzielle Entschädigung für ihre Mitarbeit.
 - Manche Mitglieder erhalten für bestimmte Aktivitäten eine finanzielle Entschädigung.
33. Wie ist die derzeitige Gruppengröße in bezug auf die durchzuführenden Aktivitäten einzuschätzen?
- Es gibt zur Zeit eher zu wenig TeilnehmerInnen für die Aktivitäten, die wir durchführen wollen.
 - Es gibt zur Zeit eher zu viele TeilnehmerInnen, wodurch Probleme verursacht werden.
 - Die Gruppengröße paßt so wie sie ist.
34. Aus wieviel Personen welchen Alters setzt sich die Gruppenleitung zusammen?
- Es gibt keine Gruppenleitung.

=> weiter zu Frage 36

- jünger als 14 Jahre: Personen
- zwischen 15 und 18 Jahren: Personen
- zwischen 19 und 29 Jahren: Personen
- älter als 30 Jahre: Personen

35. Wie wird die Gruppenleitung bestimmt?

- Sie wird von den Mitgliedern der Gruppe gewählt.
- Sie wird von der übergeordneten Organisation bestimmt.
- Es gibt einen bestimmten Rotationsmechanismus (d.h. die Gruppenmitglieder wechseln sich bei der Gruppenleitung ab).

- O Die Gruppenleitung muß eine bestimmte Ausbildung absolvieren/ absolviert haben.
36. Wie werden in der Gruppe Entscheidungen getroffen?
- Es entscheidet die Gruppenleitung.
 - Es entscheidet die Gruppe gemeinsam.
 - Es entscheidet ein geschäftsführender Ausschuß/ der Vorstand.
 - Anderes:
37. Gibt es bei der Durchführung der Aktivitäten Schwierigkeiten in einem der folgenden Bereiche? (Mehrfachantworten möglich)
- Mangel an professionellem Personal
 - Mangel an finanziellen Ressourcen
 - Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe
 - Zeitmangel
 - Mangel an Infrastruktur (Räume, Materialien etc.)
 - Schwierigkeiten mit dem Umfeld (anderen Institutionen, PolitikerInnen etc.)
 - Anderes:
38. Gibt es zusätzliche Informationen über die Gruppe, die durch den Fragebogen nicht erfaßt wurden?
- Nein
 - Ja, und zwar:

Wer hat diesen Fragebogen ausgefüllt?

Funktion in der Gruppe (z.B. Kontaktperson, Leitung, einfaches Gruppenmitglied):

.....

Alter:

- jünger als 18 Jahre
- älter als 18 Jahre

Gab es Schwierigkeiten beim Ausfüllen des Fragebogens/ bei bestimmten Fragen?

- Nein.
- Ja, und zwar:

Danke für die Mitarbeit!

**Dritter Bericht zur Lage
der Jugend in Österreich
– Teil C –
Jugendbeteiligungsmodelle**

**Endbericht
Band III**

**Auswirkungen kommunaler
Jugendbeteiligungsprojekte**

Johann Bacher
Joachim Gerich
Roland Lehner
Martina Straßmair
Liselotte Wilk

Institut für Soziologie an der Johannes Kepler Universität Linz

1 Zielsetzungen, untersuchte Fragestellungen und theoretisches Variablenmodell

1.1 Übersicht

Die zentrale Forschungsfrage, der mit dieser Untersuchung nachgegangen werden soll, lautet: Welche Auswirkungen haben kommunale Jugendbeteiligungsprojekte auf die in sie involvierten Jugendlichen? Darüber hinaus soll analysiert werden, mit welchen Merkmalen von kommunalen Partizipationsprojekten diese Auswirkungen in Zusammenhang stehen.

Eine Annäherung an die Thematik soll durch die Auseinandersetzung mit folgenden Fragen vorgenommen werden:

- Was sind kommunale Jugendbeteiligungsmodelle? (siehe Kapitel 1.3)
- Durch welche Merkmale sind sie gekennzeichnet? (siehe Kapitel 1.3)
- Welche Anforderungen werden an sie gestellt? (siehe Kapitel 1.4)
- Welche Zielsetzungen werden mit ihnen verbunden? (siehe Kapitel 1.4)
- Welche Auswirkungen werden erwartet? (siehe Kapitel 1.5)

Aufbauend auf die Analyse dieser Fragestellungen wird das Modell dieser Studie dargestellt.

Einführend erörtert nachfolgendes Kapitel 1.2 einige Gründe für die Entstehung von Partizipationsmodellen für Jugendliche und Kinder. Dabei wird in Anlehnung an die Kindheitsforschung und Kinderrechtsbewegung allgemein von Kindern oder von Kindern und Jugendlichen gesprochen. Gemeint sind damit Personen im Alter von null bis neunzehn Jahren.

1.2 Hintergründe von Jugendpartizipation

Während bis vor kurzem Mitbestimmung von Kindern fast ausschließlich im Bereich der Familie thematisiert wurde, lassen sich seit kurzer Zeit Bestrebungen finden, Kinder aktiv an Entscheidungen in unterschiedlichen Lebensbereichen teilhaben zu lassen (z. B. Ferner 1994, Schröder 1996). Dazu haben mehrere, miteinander in Zusammenhang stehende Entwicklungen (Wilk/Bacher 1998) beigetragen, von denen nachfolgend einige exemplarisch angeführt werden sollen: die Kinderrechtsbewegung, die UN-Konvention über die Rechte des Kindes, die neue sozialwissenschaftliche Kindheitsforschung sowie die Erweiterung des Demokratieverständnisses im Rahmen der allgemeinen Politikforschung.

Die Kinderrechtsbewegung lässt sich schwer durch die Nennung einzelner Personen und Gruppierungen verorten, sie ist vielmehr durch eine Vielzahl von Aktivitäten unterschiedlicher Personen und Interessensgruppen auf verschiedenen Ebenen (global, regional, national, kommunal) gekennzeichnet. Die Ursprünge der Kinderrechtsbewegung lassen sich bis auf den Beginn dieses Jahrhunderts zurückverfolgen (Frädrich/Jerger-Bachmann 1995, 15-18). Zu nennen ist hier beispielsweise der polnische Kinderarzt Janusz Korczak. Ziel der Kinderrechtsbewegung ist die Vertretung und Absicherung der Interessen von Kindern und Jugendlichen durch entsprechende institutionelle Rahmenbedingungen (Gesetze, Infrastruktur, usw.). Für den deutschsprachigen Raum lag dabei das Hauptgewicht bis Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre auf einer indirekten Interessenvertretung durch Beauftragte mit dem Schwerpunkt auf einer Beseitigung von Benachteiligungen (Schröder 1996). Seit diesem Zeitraum werden verstärkt direkte Formen der Interessensartikulation von Kindern und Jugendlichen durch Beteiligungsmodelle von Vertretern der Kinderrechtsbewegung eingefordert und auch verwirklicht. Im Unterschied zur Demokratiebewegung der 60er und 70er Jahre werden dabei die Begriffe Partizipation und Betei-

ligung synonym verwendet. Partizipation bedeutet „... nicht, 'Kinder an die Macht' zu lassen oder 'Kindern das Kommando zu geben'. Partizipation heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden.“ (Schröder 1996, 27)

Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre lassen sich auch vermehrt Ansätze einer sozialwissenschaftlichen Kindheitsforschung im europäischen Kontext beobachten (z. B. Honig, u. a. 1996, Lange 1995, Nagl-Kräenzl 1998). Diese lenkte den Blick darauf, daß Kinder eine eigenständige soziale Kategorie im Verhältnis der Generationen darstellen. Als solche können sie beispielsweise auch von sozialer Marginalisierung bedroht sein (Qvortrup 1990, 1994 und Bacher 1997). Zum anderen machte sie deutlich, daß Kinder als Akteure verstanden werden müssen, die ihren Alltag und ihre Lebenskontexte mitgestalten.

Die neuere Kinderrechtsbewegung wie auch die sozialwissenschaftliche Kinderforschung gehen also von der Vorstellung aus, daß Kinder aktive Akteure sind, die ihre eigenen Interessen artikulieren und an der Gestaltung ihrer Umwelt mitwirken können, sofern entsprechende Rahmenbedingungen vorliegen. Nach Schröder (1996, 27-28) sollte das Ziel daher sein, „... Kinder(n) die Möglichkeit zu bieten, dies [Mitsprache bei Entscheidungen, die das Kind betreffen; Anmerkung der AutorInnen] zu tun, und dies natürlich mit kindgerechten Methoden“. Die hier zum Ausdruck kommende geänderte Sichtweise von Kindern als Subjekten ist rechtlich in dem 1989 von der UN-Vollversammlung verabschiedeten „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ (Frädrich/Jerger-Bachmann 1995, 17) verankert. In diesem werden Kindern neben Schutz- und Fürsorgerechten auch allgemeine Mitbestimmungsrechte zugesprochen. Das Übereinkommen wurde 1992 von Österreich ratifiziert (Rauch-Kallat/Pichler 1994). Auch in anderen gesetzlichen Bestimmungen wird zunehmend der Subjektstatus von Kindern anerkannt, wiewohl insgesamt eine Betrachtung von Kindern als Objekte des Schutzes und der Fürsorge im österreichischen Recht dominiert (Beitrag von Schwarz-Schlöglmann 1998).

Fragen der Erweiterung der politischen Integration spielten auch bei der im Anschluß an die StudentInnenbewegung intensiver geführten allgemeinen Diskussion der politischen Partizipation und der Erweiterung der Demokratie um direkte Mitbestimmungs- und Beteiligungsformen eine entscheidende Rolle (Ellwein 1987). Als Folge wurden z. B. auch in Österreich unterschiedliche Formen direkter Demokratie eingeführt. Hanisch (1994) erwähnt, daß bereits Ende der 50er Jahre das „konservative Kulturparadigma“ (Hanisch 1994, 460) in Österreich aufbrach, und Stimmen nach Reform der damals vorherrschenden Proporzdemokratie laut wurden. Erste Reformansätze konnten mit dem Stichwort Chancengleichheit umschrieben werden. In den 60er Jahren kam es zu einer weiteren Demokratisierung der Politik. „Das Parlament gewann an Eigenständigkeit, die Instrumente der direkten Demokratie wie Volksbegehren, Volksabstimmung, Volksbefragung, später dann, unter Kreisky, die Volksanwaltschaft, wurden ausgebaut.“ (Hanisch 1994, 462).

Allgemein hat – insbesondere die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik – zu einer Weiterentwicklung demokratischer Formen beigetragen und daher möglicherweise zu Überlegungen geführt, auch Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungsstrukturen in unterschiedlichem Ausmaß einzubinden.

Abschließend ist festzuhalten, daß derzeit die Frage nach den Gründen für die Entstehung von Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche noch nicht ausreichend erforscht ist. Deshalb konnten nur exemplarisch einige, von uns als wichtig erachtete Entwicklungstendenzen angeführt werden, ohne deren genauen Stellenwert in der Entwicklung angeben zu können. Insgesamt ist davor zu warnen, die Entwicklung als homogenen Prozeß in Richtung einer Erweiterung der Kinderrechte und der Demokratie zu betrachten (Wilk/Bacher 1998).

1.3 Kennzeichen und Merkmale kommunaler Jugendbeteiligungsmodelle

Der Partizipationsbegriff ist durch Mehrdeutigkeit gekennzeichnet. Während in der politischen Partizipationsforschung mit „politischer Partizipation“ auch Formen des zivilen Ungehorsams und der politischen Gewalt gemeint sind (Alemann 1975, Buse/Nelles 1975, Ellwein 1987, Barnes/Kaase 1979, u. a.), wird Partizipation in der heute schon fast unüberschaubaren Partizipationsliteratur im Kinder- und Jugendbereich durchgehend im Sinne einer gemeinsamen Problemlösung mit Erwachsenen verstanden. Dennoch liegt bis jetzt keine Definition kindlicher und jugendlicher Partizipation vor, die allgemein anerkannt wäre. Das Problem, eine Definition zu finden, welche von unterschiedlichen ForscherInnen, PraktikerInnen, PolitikerInnen, usw. akzeptiert wird, kann auch in der vorliegenden Untersuchung nicht gelöst werden. Dieses Problem besteht vorwiegend darin, daß in die Definition von Partizipation normative Forderungen eingehen (siehe Abschnitt 1.4).

Gegenstand der vorliegenden Studie ist zudem eine spezifische Form der Partizipation Jugendlicher, nämlich kommunale Partizipation. Die untersuchten Jugendbeteiligungsmodelle sollten daher einen Bezug zu einer Gemeinde aufweisen, d. h. sie sollten von einer Gemeinde initiiert, unterstützt und/oder getragen werden. Der Begriff der Gemeinde wird dabei in einem politisch-administrativen Sinn verwendet. Unter Gemeinden sind nach dem B-VG (Bundesverfassungsgesetz) Ortsgemeinden (Art. 115. (1), 17), mit dem Recht auf Selbstverwaltung, zu verstehen (Art. 116 Abs.1, 117). Das Bundesland Wien gliedert sich nicht in Gemeinden, sondern hier spricht man in diesem Zusammenhang von Bezirken. Abweichend von dieser juristischen Auffassung wurde von uns auch Wien als Gemeinde betrachtet, d. h. ein kommunales Projekt liegt auch dann vor, wenn es von der Stadt Wien gefördert wird.

Es lassen sich unterschiedliche Grade der Unterstützung von Jugendbeteiligungsformen durch eine Gemeinde konstatieren. Die Initiative einer Gemeinde kann z. B. darin bestehen, daß ein Jugendgemeinderat eingerichtet wird. Darüber hinaus kann die Gemeinde finanzielle Mittel und/oder Wissen zur Verfügung stellen. Sie kann auch letztlich für das Projekt oder dessen Ergebnisse verantwortlich sein. Entscheidend für das hier verwendet Begriffsverständnis ist, daß die Gemeinde auf eine der drei Arten (Initiative, Unterstützung, Trägerschaft) tätig wird.

Zum besseren Verständnis und zur Verdeutlichung der unterschiedlichen Beteiligungsgrade einer Gemeinde sind in der Übersicht 1.1 einige Beispiele aus unserer Untersuchung angeführt.

Übersicht 1.1: Unterschiedliche Grade der Mitwirkung von Gemeinden an Projekten

Projektnr. ^(a)	Projekte	Mitwirkung der Gemeinde
I1	Kinder- und Jugendparlament	Initiative zu diesem Projekt ging von der Gemeinde aus. Das Projekt wird von der Gemeinde finanziert. Die inhaltliche Verantwortung liegt ebenfalls bei der Gemeinde.
I2	Organisation von Kulturveranstaltungen	Die Kulturveranstaltungen werden von der Gemeinde finanziell gefördert. Die Initiative ging nicht von der Gemeinde aus. Auch die Verantwortung liegt nicht bei der Gemeinde.
I8	Landschaftssäuberungsaktion durch eine Schule	Idee zu diesem Projekt ging von der Gemeinde aus. Für das Projekt verantwortlich war eine Schule, finanzielle Mittel waren nicht erforderlich.
I49	Jugendzentrum	Idee zu diesem Projekt ging von Jugendlichen aus. Das Jugendzentrum wurde unter Mitwirkung der Jugendlichen von der Gemeinde errichtet, die auch für den Betrieb verantwortlich ist.

(a) Interne Projektnummer zur Identifikation (siehe Kapitel 3.1).

Im überwiegenden Teil der Partizipationsliteratur wird, u. a. eine erwachsene Begleitperson bei Beteiligungsprojekten als konstituierend angenommen (z. B. BMfUJF o. J., Ferner 1994, usw.). Wir können uns durchaus – abweichend von der Literatur – jugendliche Partizipationsprojekte ohne erwachsene Mitwirkung vorstellen. Aufgrund des der Untersuchung zugrundeliegenden, Zuganges (u. a. wurde auf Erhebungen der Landesjugendreferate zurückgegriffen) zu Beteiligungsprojekten (siehe Kapitel 2) ist jedoch in der überwiegenden Zahl der Fälle eine Begleitperson beteiligt.

Die beteiligten Jugendlichen schließlich sollten in dem Projekt oder an einer Aktivität in irgend einer Form mitwirken, z. B. indem sie eine Idee einbringen, an der Konkretisierung dieser Idee mitarbeiten und mitbestimmen oder an deren Ausführung mitwirken. Die in unserer Untersuchung gefundenen unterschiedlichen Möglichkeiten der Mitwirkung Jugendlicher zeigt Übersicht 1.2.

Übersicht 1.2: Unterschiedliche Grade der Mitwirkung von Jugendlichen an Projekten

Projektnr. ^(a)	Projekte	Mitwirkung von Jugendlichen
I49	Jugendzentrum	Die Projektidee ging von den Jugendlichen aus, die auch bei der Planung und Durchführung mitwirkten.
I39	Kinder- und Jugendparlament	Die Projektidee ging nicht von Jugendlichen aus. Jugendliche entwickeln in dem Jugendparlament gemeinsam mit Erwachsenen Projekte und führen diese aus.
I31	Spielplatzgestaltung	Die Projektidee ging nicht von Jugendlichen aus. Das Projekt wurde ohne Jugendliche durchgeführt. Jugendliche wurden nur bei der Planung befragt.
I8	Landschaftssäuberungsaktion durch eine Schule	Jugendliche wirkten nur bei der Ausführung mit. Die Projektidee ging nicht von Jugendlichen aus. Auch an der Planung waren diese nicht beteiligt.

(a) Interne Projektnummer zur Identifikation (siehe Kapitel 3.1)

Wir gehen somit bei der Auswahl kommunaler Beteiligungsprojekte in unserer Untersuchung von allen, in Schröder (1996) in Anlehnung an Hart und Gernert unterschiedenen Stufen von Partizipation (siehe Übersicht 1.3) aus. Ein derart erweitertes Begriffsverständnis – nach Schröder stellen die ersten drei Stufen keine Partizipation dar, die letzte Stufe geht darüber hinaus – ist erforderlich, da in der Regel erst nach Erhebung der Daten der Umfang der jugendlichen Mitbeteiligung ermittelt werden kann. Darüber hinaus ermöglicht ein derart breiter Zugang einerseits die Analyse der Auswirkungen eingeschränkter Partizipation (Stufe eins bis drei) und andererseits jener von Selbstverwaltung (Stufe neun).

Übersicht 1.3: Stufen der Partizipation nach Schröder

Stufe	Bezeichnung	Merkmale
Stufe 1	Fremdbestimmung	Inhalte, Arbeitsformen und Ergebnisse sind fremddefiniert, d. h. von erwachsener Seite vorgegeben. Die Gefahr der Manipulation ist gegeben.
Stufe 2	Dekoration	Mitwirkung der Jugendlichen an Projekten, ohne dabei genau zu wissen, worum es eigentlich geht.
Stufe 3	Alibi-Teilhabe	Kinder und Jugendliche haben nur scheinbar eine Stimme, z. B. bei Vereinsveranstaltungen, aber auch bei Kinderparlamenten und als Jugendgemeinderäte.
Stufe 4	Teilhabe	Diese Stufe der Beteiligung kann ein gewisses sporadisches Engagement der Jugendlichen zeigen.
Stufe 5	Zugewiesen, aber informiert	Von Erwachsenen wird das Projekt vorbereitet, die Kinder und Jugendlichen werden aber gut informiert (z. B. Schulprojekte).
Stufe 6	Mitwirkung	Durch Fragebögen oder Interviews können Kinder eigene Vorstellungen und Kritik äußern. Bei der konkreten Planung und Umsetzung haben sie dagegen keine Entscheidungskraft.
Stufe 7	Mitbestimmung	Tatsächliche Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen in die Entscheidungen. Die Idee zum Projekt kommt aber von den Erwachsenen. Die Entscheidungen werden gemeinsam und demokratisch getroffen.
Stufe 8	Selbstbestimmung	Kinder und Jugendliche initiieren das Projekt selbstständig aus eigener Betroffenheit heraus. Engagierte Erwachsene unterstützen und fördern das Vorhaben, die Entscheidungen fällen die Kinder bzw. die Jugendlichen. Die Erwachsenen werden eventuell beteiligt, sie tragen aber auf jeden Fall die Entscheidungen der Kinder und Jugendlichen mit.
Stufe 9	Selbstverwaltung	Die Kinder und Jugendlichen organisieren das Projekt vollständig in eigener Verantwortung und völliger Entscheidungsfreiheit. Die gemeinsam getroffenen Entscheidungen werden den Erwachsenen lediglich mitgeteilt.

(Schröder 1996: 29-31)

1.4 Anforderungen an und Zielsetzungen von jugendlichen Beteiligungsmodellen

1.4.1 Eine exemplarische Analyse

Eine Ursache für das Fehlen einer von unterschiedlichen Gruppen akzeptierten Definition von jugendlichen Beteiligungsmodellen ist – wie bereits erwähnt – darin zu sehen, daß in eine derartige Definition immer normative Vorstellungen, (a) wie jugendliche Beteiligungsmodelle gestaltet sein sollten (Anforderungen) und (b) welchen – über die Interessenvertretung von Jugendlichen hinausgehenden – Zielsetzungen sie dienen sollten, eingehen. Diese Vorstellungen sollen nachfolgend exemplarisch dargestellt und analysiert werden.

In einer vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie herausgegebenen Broschüre (BMFUF o. J., 17-18) werden die in der Übersicht 1.4 angeführten Forderungen an Partizipationsprojekte gestellt. Ähnliche Forderungen finden sich bei Ferner (1994) sowie Natschläger (1993). Natschläger fordert zusätzlich, daß die gewählte Thematik wichtig sein sollte.

Übersicht 1.4: Forderung an die Qualität von jugendlichen Beteiligungsformen und deren Begründung

Forderung	Begründung durch BmFJUJF
Freiwilligkeit	erhöht die Motivation der Jugendlichen (und hält Engagement für Gemeinde aufrecht)
Begleitung durch Erwachsene	ermöglicht soziale Anerkennung und Hilfeleistungen durch Erwachsene und Kontakt zur Gemeinde
weitestgehende Eigenaktivität	keine
gemeinsame Zielformulierung mit Erwachsenen	vermeidet „falsche“ (unrealistische) Vorstellungen und trägt zum Gelingen bei
Überparteilichkeit	vermeidet Eindruck der Manipulation und des Mißbrauchs
jugendgerechte Methoden der Beteiligung	erhöht Motivation
generationenübergreifender Dialog	ermöglicht Annäherung der Standpunkte von Erwachsenen und Jugendlichen
Transparenz und Überschaubarkeit	erhöht Motivation
Öffentlichkeitsarbeit	erhöht Ansehen der Gemeinde, trägt indirekt möglicherweise zur Motivation bei
Verbindlichkeit	vermeidet Mißbrauch und Mißerfolg
Dokumentation und Feedback	ermöglicht Zielüberprüfung durch Jugendliche

Es wird gefordert (siehe Übersicht 1.4), daß die Teilnahme an Beteiligungsprojekten freiwillig ist, daß die Jugendlichen von Erwachsenen begleitet werden sollen, daß gemeinsame Ziele formuliert werden sollen, daß die Projekte transparent und überschaubar sind,, usw. Begründet werden diese Forderungen, u. a. damit, daß dadurch die Motivation der Jugendlichen zur Mitwirkung an den Projekten aufrechterhalten werden kann. Mitunter wird bei der Begründung implizit auf Zielsetzungen Bezug genommen, die nicht unmittelbar auf ein konkretes Projektziel oder auf die Beteiligung Jugendlicher abzielen. Der Forderung nach Öffentlichkeitsarbeit beispielsweise liegt das Ziel bzw. die Vorstellung zugrunde, daß eine Gemeinde bestrebt sein sollte bzw. ist, eine hohes Ansehen zu erzielen, während die Forderung nach einem generationsübergreifenden Dialog darauf beruht, daß das Ziel von Beteiligungsprojekten der Ausgleich der Interessen von Jugendlichen und Erwachsenen ist.

1.4.2 Zielerreichung, Zweckentfremdung und Mißbrauch

Zielerreichung setzt sich sowohl aus Elementen des Verfahrens und der Struktur, als auch aus der Verwirklichung konkreter Sach- bzw. Formalziele zusammen, beide Formen sind voneinander nicht unabhängig zu sehen. Im Rahmen dieser Untersuchung wird daher versucht, Ausprägungen der strukturellen Merkmale der Aktivitäten und der der Sach- und Formalzielerreichung, als auch deren Zusammenhänge zu analysieren.

Anforderungen an Partizipationsprojekte betreffen also sowohl bestimmte Merkmale der Projektstruktur und Ausgestaltung als auch die Erreichung konkreter Formal- oder Sachziele. Am Beispiel der partizipativen Errichtung einer Skaterbahn würde dies bedeuten, daß Zielerreichung nicht nur darin besteht, daß das Sachziel (Skaterbahn) verwirklicht wird, sondern auch darin, daß dieses Vorhaben mit geeigneten Arbeitsweisen und Projektstrukturen (beispielsweise auf möglichst demokratismalem Wege) realisiert wird.

Neben den Elementen der Zielerreichung scheint es jedoch insbesondere im Bereich der partizipativen Einbindung Jugendlicher von Bedeutung zu sein, die Instrumentalisierung jugendlicher PartizipantInnen im Sinne Schröders (1996), Eggs (1998), Storks (1995), u. a. zu berücksichtigen. Diese Instrumentalisierungen, die z. B. die Alibifunktion, die Dekoration oder die Legitimationsfunktion eigener Interessen Erwachsener betreffen, werden im Rahmen dieser Untersu-

chung unter den Begriffen Zweckentfremdung und Mißbrauch erfaßt. Zweckentfremdung und Mißbrauch können zwar prinzipiell unabhängig von der Projektzielerreichung gesehen werden; wenn jedoch die Thematik der Zielerreichung als intendierte und manifestierte Funktion partizipativer Teilnahme behandelt wird, so sind gleichzeitig auf dieser Analyseebene Zweckentfremdung und Mißbrauch als eher latente und informell zu bezeichnende Funktionen zu behandeln.

1.5 Auswirkungen von jugendlichen Beteiligungsmodellen

Die zentrale Forschungsfrage dieser Untersuchung bezieht sich jedoch nicht in erster Linie auf die Zielerreichung, sondern, wie bereits dargestellt, auf die Auswirkungen der Teilnahme an partizipativen Aktivitäten auf Jugendliche.

Allgemein formuliert sind mit Auswirkungen Sozialisationseffekte durch die partizipative Teilnahme gemeint. Diese Sozialisationseffekte können sich sowohl in Einstellungen und Werthaltungen als auch im Erwerb bzw. der Erweiterung von Fähigkeiten und Kompetenzen manifestieren.

Aufgrund der inhaltlichen Breite des Sozialisationsbegriffes ist eine Fokusierung auf spezifische Auswirkungsdimensionen unentbehrlich. Bei der Auswahl der zu untersuchenden Auswirkungen haben wir uns an der vorhandenen Literatur und den Ergebnissen der qualitativen Telefoninterviews (siehe Kapitel 3) orientiert. In der vorliegenden Studie werden Auswirkungen in Form politischer Sozialisation, des Erwerbs solidarischer Orientierungen sowie des Erwerbs von Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten analysiert.

Sowohl in der Literatur als auch in den Interviews (siehe Kapitel 3) wurde darauf hingewiesen, daß jugendliche Beteiligungsmodelle einen Beitrag zur politischen Sozialisation leisten können. Angenommen wird dabei vielfach, daß Beteiligungsmodelle zur Überwindung von politischer Apathie, Desinteressiertheit und Entfremdung beitragen können, daß sie also – positiv formuliert – demokratische Grundorientierungen und politische Integration von Jugendlichen fördern können. Im Rahmen der politischen Sozialisation werden die Förderung des demokratischen Bewußtseins, der politischen Integration und des politischen Interesses als wesentliche Dimensionen betrachtet. Mit demokratischem Bewußtsein ist die Grundüberzeugung gemeint, daß Demokratie die beste Regierungsform ist und die darüber hinausgehend – vielen Beteiligungsmodellen zugrundeliegende – basisdemokratische Auffassung, daß Probleme durch Einbeziehung der Interessen aller Betroffenen gelöst werden können. Demokratisches Bewußtsein als Grundorientierung ist von der Frage der Integration in ein bestehendes politisches System zu unterscheiden. „Unter politischer Integration versteht man den Prozeß, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in den politischen Willensbildungsprozeß einzogen werden und dadurch sowohl die demokratischen ‚Spielregeln‘ anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln, die allgemein verbindliche Entscheidungen vorbereiten oder treffen und deren Entscheidungen sie als Staatsbürger unterworfen sind.“ (Weßels/Klingemann 1997, 599).

Untersuchungen zum politischen Bewußtsein und zur politischen Integration Jugendlicher aus Deutschland (Hurrelmann/Palentin 1997, Schneider 1995, Weßels/Klingemann 1997, u. a.) zeigen, daß heute bei Jugendlichen demokratische Grundorientierungen mit einem großen Interesse an gesellschaftlichen Themen bei einer zunehmenden Distanz zur etablierten Politik und zu deren Institutionen gleichzeitig vorhanden sind. Auch in jugendsoziologischen Untersuchungen in Österreich zeigt sich eine demokratische Grundhaltung der Jugendlichen bei einer gleichzeitigen Skepsis gegenüber der derzeitigen Politik. In einer Untersuchung der Akademie für Sozialarbeit des Landes Oberösterreich (1993) beispielsweise stimmten 1992 90% der befragten Jugendlichen der Aussage „Demokratie ist trotz aller Mängel die beste Staatsform“ zu. Umgekehrt stimmten nur 57% der Aussage zu, daß die österreichischen Parteien im großen und

ganzen gute Arbeit leisten. Befragt wurden in der Untersuchung 515 Jugendliche im Alter von 13 bis 21 Jahren, die in Gmunden leben oder in Gmunden zumindest eine Schule besuchen oder dort arbeiten. Bei einer vergleichbaren Untersuchung in Vöcklabruck (Akademie für Sozialarbeit des Landes Oberösterreich 1996) wurden ähnliche Ergebnisse erzielt: 87% der befragten Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren (n=401) stimmten der Aussage zu, daß die Demokratie trotz aller Mängel die beste Staatsform sei, während sich nur 47% der Meinung anschlossen, daß die österreichischen Parteien im großen und ganzen gute Arbeit leisten. Ein im Vergleich zu Erwachsenen geringeres politisches Interesse Jugendlicher und Jungerwachsener läßt sich in Österreich auf der Basis des Sozialen Surveys 1993 (Haller et. al. 1996) allerdings nicht feststellen.

Ob durch die Teilnahme an einem Beteiligungsprojekt demokratische Grundorientierungen und politisches Interesse bzw. allgemeine politische Integration gefördert werden, ist eine der in diesem Forschungsvorhaben untersuchten Fragestellungen.

Der Erwerb solidarischer Einstellungen wird ebenfalls häufig als einer der möglichen Effekte partizipativer Aktivitäten angeführt. So wird in einer Broschüre des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie die Notwendigkeit partizipativer Einbindung Jugendlicher damit begründet, daß Jugendlichen dadurch neue Werte gesellschaftlicher Verantwortung vermittelt werden können: „Von einer individualisierten Gesellschaft wollen wir hin zu einer Gesellschaft der gemeinsamen Verantwortung aller Beteiligten kommen“. Dabei sollen „nicht nur kurzfristige Lösungsstrategien, sondern langfristige, zukunftsorientierte Politik im Sinne des Generationenvertrages“ gemeinsam mit Betroffenen erarbeitet werden, um den „Dialog zwischen den Generationen“ zu fördern (BM für Umwelt, Jugend und Familie o. Jahr, 5)

Auch im Rahmen der qualitativen Interviews mit den Kontaktpersonen der von uns untersuchten Partizipationsprojekte wurden an zahlreichen Stellen solidaritätsfördernde Effekte genannt. Hier zeigt sich auch, daß es insbesondere in kleineren Gemeinden offensichtlich als besonders wichtig und erstrebenswert erachtet wird, füreinander etwas zu tun und den Zusammenhalt innerhalb der Kommune und zwischen den Generationen zu fördern.

Unter Solidarität soll hier jener Begriff Verwendung finden, wie er von Zulehner et. al. (1996) definiert wurde: „Solidarität ist die Fähigkeit (Kompetenz) eines Menschen, sich für das Gemeinwohl und darin für eine gerechtere Verteilung der Lebenschancen (wie bewohnbare Welt, Nahrung, Wohnen, Familiengründung, freie Erziehung, Bildung, Arbeit, gemeinsame öffentliche Religionsausübung) stark zu machen“ (dieselben, 54). In dieser Definition wird Solidarität in Abgrenzung zu Gruppenzusammenhalt, Gruppenkonformität oder Sympathie und Mitleid als anlaß- und emotionsunabhängig verstanden, da solidarisches Handeln auch dann auftritt, „wenn diese personenbezogenen Anlässe fehlen“ (dieselben, 52).

Für die Notwendigkeit und Wirkung solidarischer Orientierungen werden in der Literatur eine Reihe verschiedener Argumente dargestellt. Solidarität wird – abgesehen von religiösen Wertesystemen – insbesondere als Element der fortgeschrittenen Modernisierung verstanden. In Zeiten ausreichender finanzieller und politischer Sicherung wohlfahrts- und sozialstaatlicher Steuerung spielte die solidarische Verantwortung gegenüber einer organisierten Verteilung von Gütern und Gewinnen eine untergeordnete Rolle. Mit der konstatierten „Krise des Wohlfahrtsstaates“ und der Ausweitung global vernetzter, neoliberaler Gesellschaftssysteme würde jedoch die Notwendigkeit neuer Solidarität virulent. Ebenso wird solidarisches Handeln als notwendiges „identitätsstiftendes“ Element unter Bedingungen zunehmender Individualisierung gesehen, das die „Vermittlung eines Gefühls sozialer Zugehörigkeit“ leistet (Baringhorst 1998, 53).

Während traditionelle Ressourcen von Solidarität, wie Religion, Gewerkschaft oder andere soziale Organisationen, zunehmend als weniger attraktiv angesehen werden und somit in geringerem Ausmaß solidarische Werte vermitteln können, wird in mancher Hinsicht eben gerade

durch die Tendenzen der Individualisierung die Chance der Entwicklung neuer Solidarität gesehen: „Individualisierung verstanden als Erweiterung von Handlungsoptionen wird nicht nur als vereinbar mit solidarischen sozialen Regelungsmechanismen verstanden. Sie wird sogar als deren notwendige Voraussetzung angesehen. Zwar handle es sich dabei nicht um eine hinreichende Voraussetzung, d. h. Individualisierung führt nicht zwangsläufig zu Solidarisierung, doch ist sie eine sehr wahrscheinliche Reaktion des einzelnen auf den ihm auferlegten Zwang zur Selbststilisierung“ (Baringhorst 1998, 37).

Offensichtlich bedarf jedoch die Neuentwicklung von Solidarität neuer und anderer Strategien und Institutionen: „Die angeblich so politikverdrossene Jugend ist sofort bereit, sich für Greenpeace zu engagieren; sie ist sofort bereit, sich für Amnesty International einzusetzen; sie ist sofort bereit, in Lichermeeren gegen Fremdenfeindlichkeit zu protestieren“ (Pelinka 1996, 202).

Ansätze der Entwicklung neuer Solidarität werden möglicherweise gerade deshalb besonders in neuen sozialen Bewegungen gesehen, weil sie die Chance zum eigenen Handeln und zur unmittelbaren Wahrnehmung der Folgen zur Verfügung stellen und solidarisches Handeln gleichsam „erproben“ lassen. „Durch die neuen sozialen Bewegungen und Selbsthilfegruppen gewinne die Zivilgesellschaft an ‚sozialer Dichte‘; in ihnen manifestiere sich die zivile Einlösung der solidarischen Pflichten“ (Baringhorst 1998, 54 in Anlehnung an Frankenberg).

In welchem Ausmaß nun Solidarität durch Partizipationsprojekte mit Jugendlichen gefördert wird, soll im Rahmen dieser Untersuchung anhand der „Solidarbereitschaft“ und „Solidarbehinderung“ (Zulehner et. al. 1996) überprüft werden.

Unter *Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten* sollen im folgenden Fähigkeiten verstanden werden, die in der Literatur im Rahmen des Konzepts der Schlüsselqualifikation sowie jenes der Sozialkompetenzen abgehandelt werden.

Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten werden häufig als Voraussetzungen des Erwachsenenseins schlechthin verstanden. In einer Broschüre zur Jugendbeteiligung heißt es: „Das Demokratieverständnis und die Bereitschaft zum Engagement müssen wachsen können. Dazu sind Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten, die den Jugendlichen von uns Erwachsenen ermöglicht werden müssen, notwendige Voraussetzungen.“ (BM für Umwelt, Jugend und Familie o. J., 6). Etwas allgemeiner wird an anderer Stelle Partizipationsprojekte zugeschrieben, daß sie Jugendlichen das „Rüstzeug für ihr späteres Erwachsensein“ (Wiener Konzeptschrift: „Partizipation“, 2) zur Verfügung stellen.

Erwerb von Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten wird also insbesondere in dem Sinn thematisiert, daß Jugendliche das nötige Wissen und die nötige Reife noch nicht besitzen, um als gleichwertige Akteure zu partizipieren. Partizipation wird aus diesem Blickwinkel zur „Spielweise“, auf der Erwachsensein erprobt und erlernt und gleichzeitig ein Teil des kindlich konstruierten Weltbildes abgelegt wird.

Das Konzept der Schlüsselqualifikationen entstammt ursprünglich dem Bereich der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Forschung. Mertens bezeichnet Schlüsselqualifikationen als „solche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, welche nicht unmittelbaren und begrenzten Bezug zu bestimmten, disperaten praktischen Tätigkeiten erbringen, sondern vielmehr

a) die Eignung für eine große Zahl von Positionen und Funktionen als alternative Optionen zum gleichen Zeitpunkt und

b) die Eignung für die Bewältigung einer Sequenz von (meist unvorhersehbaren) Änderungen von Anforderungen im Laufe des Lebens darstellen“ (Mertens 1973 zit. in Bochow, M. 1980, 97). Dörig (1994) sieht im Ansatz Mertens die Thematisierung dreier Dimensionen von Bildung: die Berufsbildung (womit das Fachwissen oder praktische Fähigkeiten gemeint sind); die Per-

sönlichkeitssbildung (womit persönliche Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten gemeint sind) sowie die Gesellschaftsbildung (als Befähigung zu sozialem Verhalten) (Dörig 1994, 3). Schlüsselqualifikationen sind Fähigkeiten, die die letzten beiden Bereiche betreffen. Es handelt sich dabei um Fähigkeiten wie beispielsweise Teamfähigkeit, Verantwortungsfähigkeit, Organisationsfähigkeit und Selbsteinschätzung. Sie können daher durchaus von der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Thematik abstrahiert werden, wie auch Pleimer und Wimmer feststellen: „Schlüsselqualifikationen in unserem Sinn sollen also nicht nur im beruflichen, sondern auch im privaten Bereich neue Möglichkeiten erschließen. So gesehen haben sie eine allgemeinbildende Funktion“ (Pleimer/Wimmer 1994, 111).

Diese Form der „neuen Allgemeinbildung“ beinhaltet insbesondere das Verfügen über Handlungsoptionen (also Analyse-, Denk-, Strukturierungs-, Kommunikations- und Organisationsfähigkeiten) und erweitert so gewissermaßen den Bewegungsradius in sozialen Gefügen. Ähnliches meint das Konzept der sozialen Kompetenz: „Als soziale Kompetenz bezeichnen wir die Verfügbarkeit und Anwendung von kognitiven, emotionalen und motorischen Verhaltensweisen, die in bestimmten sozialen Situationen zu einem langfristig günstigen Verhältnis von positiven und negativen Konsequenzen für den Handelnden führen. Psychosoziale Gesundheit setzt voraus, daß Menschen in der Lage sind, ihre Rechte durchzusetzen, soziale Beziehungen anzuknüpfen und aktiv zu gestalten und eigene Gefühle und Bedürfnisse zu äußern.“ (Hirsch/Pfingsten, 1998).

Schlüsselqualifikationen bzw. sozialer Kompetenz werden Stabilisierungsfunktionen zugeschrieben, die es in einer von Modernisierung und Technologisierung charakterisierten Welt ermöglichen, Orientierung zu erlangen: Durch die Aneignung von entsprechendem Wissen und entsprechenden Fähigkeiten, können objektiv bestehende Risiken, Gefahren und Orientierungsdefizite entschärft werden, sofern die Akteure über die dazu nötigen Ressourcen verfügen. Nigsch meint in Anlehnung an Evers/Nowotny, „daß es immer noch möglich ist, Sicherheit als Selbstsicherheit, soziale Identität und Kompetenzen aufzubauen, die Unsicherheiten einer offenen Zukunft souveräner als bisher zu gestalten“ (derselbe, 14). In diesem Sinne besteht das eingangs zitierte Rüstzeug also schlachtwegs in der Fähigkeit, handeln zu können: „Mit der Betonung der Notwendigkeit, diese Fähigkeit entwickeln zu müssen, wird gleichzeitig unterstellt, die Unfähigkeit zum Handeln sei ein weit verbreitetes Merkmal gegenwärtiger Gesellschaften, gleichsam eine Hürde, die es zu überwinden gilt, um die nächste Stufe möglicher Entwicklung in der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu erreichen.“ (Nigsch 1998, 17).

Partizipationsaktivitäten – und das ist für unsere Thematik der entscheidende Anknüpfungspunkt – können (zumindest potentiell) die Chance zum Erwerb derartiger Fähigkeiten darstellen. Anhand der schon eingangs zitierten Stellen in Broschüren der Jugendbeteiligung wird deutlich, daß die Notwendigkeit von Orientierungsleistungen insbesondere für heranwachsende Jugendliche gesehen wird und daß es insbesondere die Aufgabe Erwachsener wäre, Jugendlichen diese Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. In der Phase der „adoleszenten Beschleunigung“ (Watts 1996) insbesondere im Alter von 13 bis 17 Jahren erhält die Gruppe der Gleichaltrigen herausragende Bedeutung für die Bewältigung wichtiger Entwicklungsaufgaben, und muß der Ablösung von der Familie „der Versuch folgen, anstelle der Familienzugehörigkeit eine andere Identitätsbasis zu finden“ (Döbert/Habermas/Nunner-Winkler, 1980, zit. in Tillman 1989, 236). Entscheidend dabei ist die Frage, ob diese Identitätsbasis zu einer mehr oder minder unreflektierten Übernahme von Rollenidentitäten oder zu einer integrierten flexibel gestalteten Ich-Identität führt. Tillmann meint, daß gesellschaftliche Teilhabe am Ende des Jugendalters „zwar die Form der unkritischen Anpassung, aber auch die Form der kritischen Durchdringung annehmen“ kann. „Jugend ist damit nicht nur der Ort der immer wieder neuen Stabilisierung der Gesellschaft (bzw. der Gefährdung von Stabilität), sondern vor allem eine Phase, in der sich ein kritisches Potential herausbilden kann, das auf eine humane Weiterentwicklung der Gesellschaft ausgerichtet ist“ (Tillmann 1989, 244).

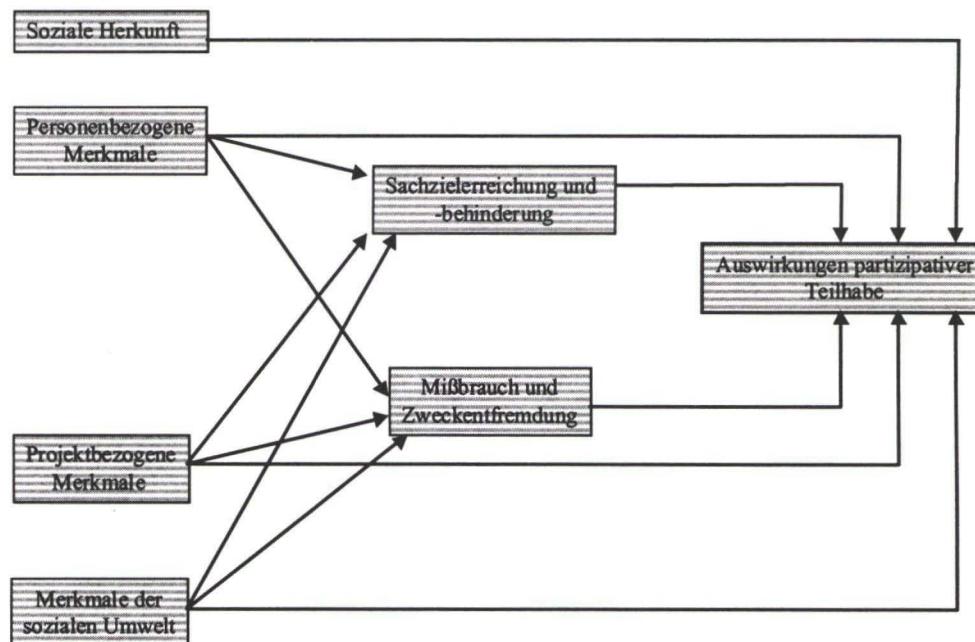
Soziale Kompetenz kann also – insbesondere in einer Phase jugendlicher Entwicklung – nicht einfach als schlichte „Zusatzqualifikation“ verstanden werden, sondern als wesentliche Basis der Herausbildung eines flexibel handlungsfähigen Subjekts: „Für die Zukunft wird es also unumgänglich sein, nicht nur den Schutz der von Unsicherheit Betroffenen zu verstärken, sondern sie auch zu eigenständigem Handeln zu befähigen. Diese Handlungsbefähigung, im Angelsächsischen mit Begriffen wie „enabling“ oder „empowering“ umschrieben, wird es ermöglichen, zwischen einander blockierenden Positionen von Pro und Kontra bei bestimmten Vorhaben einerseits und fataler Anpassungsbereitschaft andererseits diskursiv untermauerte Wege aufzuzeigen, die als Resultate von Verständigungsprozessen technische und soziale Risiken minimieren, damit aber auch als kalkulierbar und akzeptabel erscheinen lassen.“ (Nigsch 1998, 15).

Es stellt sich also im Rahmen dieser Untersuchung die Frage, ob und welche Formen partizipativer Aktivitäten in der angesprochenen Weise für Jugendliche die Funktionen erfüllen, eine stabile Ich-Identität aufzubauen und jene sozialen Fähigkeiten zu entwickeln, die Handlungskompetenz für nicht prognostizierbare Lebensereignisse zur Verfügung stellen.

1.6 Variablenmodell

Auf Basis der hier kurz dargestellten Überlegungen wurde eine Reihe von Forschungsfragen thematisiert. Das daraus abgeleitete Untersuchungsmodell kann anhand von Abbildung 1.6.1 zusammengefaßt veranschaulicht werden.

Abbildung 1.1: Variablenmodell der Untersuchung.



Die zentralen abhängigen Variablen stellen die von den Jugendlichen wahrgenommenen Auswirkungen ihrer Teilnahme an einem Partizipationsprojekt dar. Diese sollen durch die drei Dimensionen demokratisches Bewußtsein und politische Integration, solidarische Orientierung sowie Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten erfaßt werden (siehe Kapitel 4.5).

Darüberhinaus soll das wahrgenommene Ausmaß an Zielerreichung und –behinderung sowie der Zweckentfremdung und des Mißbrauchs erhoben werden. Ergebnisse dieser Analysen werden in Kapitel 4.4 dargestellt.

Als jene unabhängigen Variablen, die sowohl die Zielerreichung als auch die Auswirkungen partizipativer Teilnahme beeinflussen, werden einerseits Strukturmerkmale der betrachteten Aktivitäten (z. B. Projekttypen, Arbeitsstil, Rolle der Begleitperson) und andererseits Merkmale der teilnehmenden Jugendlichen (z. B. Alter, Schulbildung) angenommen. Weiters wurden die soziale Herkunft (Schulbildung der Eltern) sowie Merkmale der sozialen Umwelt (soziale Unterstützung) als unabhängige Variable in die Untersuchung einbezogen (siehe Kapitel 4.2 und 4.3).

2 Methodisches Vorgehen

2.1 Überblick

Das methodische Vorgehen bestand aus folgenden Schritten:

- **Konstruktion einer Stichprobe:** Als Ausgangsbasis dazu wurden die von den LandesjugendreferentInnen (ausgenommen Wien) durchgeführten Erhebungen über kommunale Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekte verwendet sowie die TeilnehmerInnenliste des Grazer Kindergipfels aus dem Jahr 1995 und für Wien verfügbares Informationsmaterial zu jugendlichen Beteiligungsprojekten (siehe Kapitel 2.2).
- **Qualitative Telefoninterviews mit Kontakt Personen:** Zur Beschreibung der ausgewählten Projekte sowie zur Ermittlung möglicher Dimensionen des Fragebogens und zur Erfassung der Erwachsenenperspektive wurden Telefoninterviews mit i. d. R. erwachsenen Kontaktpersonen geführt (siehe Kapitel 2.3).
- **Konstruktion des Fragebogens:** Dazu wurden neben der Literatur auch die oben angeführten Telefoninterviews genutzt. Der Schwerpunkt der Fragebogenkonstruktion lag in der Erfassung der Auswirkung der Teilnahme an Partizipationsprojekten (siehe Kapitel 2.4).
- **Durchführung der standardisierten Befragung der Jugendlichen, Rücklauf und Repräsentativität:** Bei der Durchführung der Befragung mußten zwei unterschiedliche Vorgehensweisen gewählt werden. Zum einen konnten Jugendliche direkt angeschrieben werden, zum anderen erfolgte – wegen datenschutzrechtlicher Bedenken – eine Verteilung über Kontakt Personen (siehe Kapitel 2.5).
- **Datenauswertung:** Die mit einem Leitfaden geführten Telefoninterviews wurden entsprechend den Richtlinien der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Für die standardisierten Befragungsergebnisse wurden die üblichen statistischen Verfahren eingesetzt (siehe Kapitel 2.6).

Die zeitliche Verteilung der einzelnen methodischen Schritte auf den gesamten Projektzeitraum zeigt Übersicht 2.1.

Übersicht 2.1: Schritte des methodischen Vorgehens

Schritte des methodischen Vorgehens	Zeitraum
Konstruktion der Stichprobe	
- Pilotstichprobe Steiermark und Telefonrecherche	Jänner – Februar 1998
- Stichprobenziehung übrige Bundesländer und Telefonrecherche	März 1998
Qualitative Telefoninterviews	April – Mai 1998
Konstruktion und Pretestung des Fragebogens	Mai – Juni 1998
Durchführung der standardisierten Befragung der Jugendlichen und Rücklauf	
- Aussendung der Fragebögen	Juni 1998
- Erinnerungsmaßnahmen	Juli 1998
- Abschluß der Datenerhebung (Stichtag)	14. August 1998
Datenauswertung	August – Oktober 1998
Berichtsfassung	November 1998

2.2 Stichprobenkonstruktion

Da für die Zielgruppe der Untersuchung (Jugendliche, im Alter von 13 bis 20 Jahre, die an einem kommunalen Beteiligungsprojekt teilnahmen) kein Adressenmaterial zur Verfügung stand, wurde in einem ersten Schritt entschieden, Ergebnisse der in den einzelnen Bundesländern von den Landesjugendreferaten oder deren Auftragnehmern in allen Gemeinden durchgeführten Befragungen zu kommunalen Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekten für Jugendliche aus dem Frühjahr 1997 als Datenbasis heranzuziehen. Diese Erhebung wurde in allen Bundesländern mit Ausnahme von Wien durchgeführt, wobei allerdings zum Teil unterschiedliche Frageformulierungen zur Erfassung von Partizipationsprojekten verwendet wurden. Von den erfaßten Partizipationsformen wurden von uns folgende ausgewählt, die sich im Einzelfall aber nicht deutlich voneinander abgrenzen lassen:

- VertreterInnen für Jugendfragen
- Kinder- und Jugendparlamente
- Kinder- und Jugendgemeinderat mit Mitspracherechten
- Projektbezogene Beteiligung
- Kinder- und Jugendforen
- Beteiligung bei der Gestaltung von Projekten
- Sonstige Partizipationsformen
- Beteiligungsprojekte in Zusammenarbeit mit Schulen
- Projekte an Schulen mit demokratischer Beteiligung

Zur Überprüfung des in der Erhebung der LandesjugendreferentInnen ermittelten Datenmaterials wurde eine Pilotstichprobe für das Bundesland Steiermark gezogen (siehe Tabelle 2.2.1).

Tabelle 2.2.1: Kommunale Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekte in der Steiermark

Projektart	Gesamtzahl der Projekte (N)	Zufällig ausgewählte Projekte (n)	davon Projekte mit verfügbarem Adreßmaterial
VertreterInnen für Jugendfragen	75	9	0
Kinder- und Jugendparlamente	19	2	0
Kinder- und Jugendgemeinderat mit Mitspracherechten	28	3	0
Projektbezogene Beteiligung	144	14	5
Kinder- und Jugendforen	17	2	1
Beteiligung bei der Gestaltung von Projekten	70	0	0
Sonstige Partizipationsformen	33	3	1
Beteiligungsprojekte in Zusammenarbeit mit Schulen	94	9	6
Projekte an Schulen mit demokratischer Beteiligung	53	14	2
Summe	533	56	15
Summe in %	100,0	10,5	2,8

Aus den in der Steiermark erfaßten Projekten ($N = 533$) wurde eine ca. zehnprozentige Zufallsstichprobe gezogen ($n = 56$). Diese zufällig ausgewählten Projekte fanden in 40 Gemeinden statt. Mittels Telefoninterviews – durchgeführt im Zeitraum Jänner 1998 – wurde folgender Frage nachgegangen:

- Hat das angegebene Projekt bzw. haben die angegebenen Projekte tatsächlich stattgefunden, und wenn ja
- liegt das Adreßmaterial der daran beteiligten Jugendlichen vor bzw. lassen sich die Adressen nachträglich rekonstruieren?

Diese Telefonrecherchen führten zu dem Ergebnis, daß bei 15 der 56 ausgewählten Projekte (das sind ca. 27% der ausgewählten Projekte bzw. 2,8% der Grundgesamtheit) die Adressen der an Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekten beteiligten Jugendlichen noch bekannt oder zumindest nachträglich rekonstruierbar waren.

Von den übrigen 41 Projekten, die zur Ermittlung des Adreßmaterials der teilhabenden Jugendlichen nicht herangezogen werden können, konnten bei 20 Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekten keine genaueren Angaben gemacht werden, d. h. sie wurden entweder nicht durchgeführt bzw. es konnten keine Ansprechpersonen in den Gemeinden eruiert werden. Bei weiteren 16 Gemeindeprojekten war es den VertreterInnen in den Kommunen nicht mehr möglich, die Adressen der damals beteiligten Jugendlichen aufzulisten bzw. zu rekonstruieren. Zwei weitere Projekte haben seit dem Jahre 1996 noch immer nicht das Stadium der Planung überschritten, und demnach fand keinerlei Partizipationsaktivität Jugendlicher zu diesem Projekttypus statt. In zwei Partizipationsprojekten waren nach Angaben der Interviewpartner keine Jugendliche ab dem 13. Lebensjahr, sondern nur Kinder im Volksschulalter beteiligt. Ein Projekt der Zufallsstichprobe wurde in der Auswertung doppelt angeführt und daher einmal ausgeschieden. Beim Projekttypus „VertreterInnen für Jugendfragen“ kann angemerkt werden, daß sich diese Form eher dem Delegationsgedanken verpflichtet sieht, wo Jugendliche zwar für ihre Meinungen und Anregungen eine Anlaufstelle (in der Regel ein Erwachsener) in der Gemeinde haben, generell handelt es sich dabei aber nicht um eine Projektart, wo Jugendliche und Erwachsene gemeinsam Lösungen suchen. Daher ist es verständlich, daß für diese in der Erhebung der Landesjugendreferate erfaßten Partizipationsform kein Adreßmaterial Jugendlicher zur Verfügung steht.

Bei 15 Gemeindeprojekten konnte ungefähr die Zahl der Jugendlichen ermittelt werden, die an einem kommunalen Partizipationsprojekt teilgenommen haben. Im Durchschnitt waren dies 23 Personen pro Projekt.

Anhand der Erfahrungen mit der Auswertung der Telefoninterviews im Bundesland Steiermark und der Kenntnis der Gesamtzahl aller Projekte in den übrigen Bundesländern wurde der Auswahlsatz der Zufallsstichprobe auf ca. 7% vermindert. Das weitere Vorgehen entsprach jenem der Steiermark mit Ausnahme der Verwendung einer reduzierten Zufallsstichprobe. Dabei zeigte sich, daß die erforderlichen Daten für Tirol auch nach intensiven Bemühungen nicht zur Verfügung gestellt werden konnte. Das Bundesland Tirol wurde daher nicht in unsere Erhebung einzbezogen.

Auf Basis der Erhebungen der Landesjugendreferate konnte mit Ausnahme von Wien, das an der Erhebung nicht teilnahm, und von Tirol eine Grundgesamtheit von 3.196 Projekten rekonstruiert werden. Von diesen wurden insgesamt 238 zufällig ausgewählt. In 66 Projekten (27,3%) waren die Adressen der beteiligten Jugendlichen bekannt, die uns entweder zur Befragung zur Verfügung gestellt wurden, oder es erfolgte von den in den qualitativen Telefoninterviews ermittelten Kontaktpersonen die Zusage, die Fragebögen an die Jugendlichen zu verteilen. Diese 66 Projekte wurden daher von uns für die standardisierte Befragung der Jugendlichen sowie für die qualitativen Leitfadeninterviews herangezogen.

Tabelle 2.2.2: Kommunale Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekte in der Steiermark und in anderen Bundesländern

	Steiermark ^(a)	andere Bundesländer ^(b)	Gesamt
Gesamtzahl der Projekte (N)	533	2663	3196
Zufällig ausgewählte Projekte (n)	56 (10,5%)	182 (6,8%)	238 (7,4%)
davon			
mit verfügbaren Adreßmaterial	15 (26,8%)	51 (28,0%)	66 (27,7%)
ohne verfügbaren Adreßmaterial	41 (73,2%)	131 (72,0%)	172 (72,3%)

(a) Die Steiermark wurde als Pilotstichprobe mit einem Auswahlsatz von 10,5% ausgewählt.

(b) Die anderen Bundesländer sind: Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg. Es wurde ein Auswahlsatz von 6,8% verwendet (zur Begründung siehe Text).

Bei 172 der 238 ausgewählten Projekte (72,3%) war es somit nicht möglich, Adreßmaterial der daran beteiligten Jugendlichen zu erhalten. Die Gründe hierfür waren:

- 86 von 172 (50,0%) Projekte fanden nach Angaben der VertreterInnen der Kommunen nicht statt.
- Bei 59 (34,3%) Aktivitäten war es nicht mehr möglich, das Adreßmaterial der teilhabenden Jugendlichen zu ermitteln. Diese Projekte fanden im Unterschied zu den vorausgehenden 86 „Projekten“ statt.
- In 19 Fällen (11,1%) waren keine Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 20 Jahren an der Aktivität beteiligt.
- Im Planungsstadium befanden sich noch sechs Projekte (3,5%).
- In einem Fall (0,6%) konnten keine genaueren Angaben zum Projekt gemacht werden.
- Ein Projekt (0,6%) wurde doppelt angegeben.

Aufgrund unserer Erfahrungen bei der Stichprobenkonstruktion kann zu der Fragebogenaktion der Landesjugendreferate angemerkt werden, daß die Angaben über Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekte in den Bundesländern zu relativieren sind, da 36% (86 der 238 Projekte) nach Aussagen der InterviewpartnerInnen nicht stattfanden.

Exemplarisch sollen hierfür die beiden erhobenen Projektformen „Beteiligungsprojekte in Zusammenarbeit mit Schulen“ und „Projekte an Schulen mit demokratischer Beteiligung“ näher analysiert werden. Es zeigt sich, daß zehn von 21 (47,6%) ausgewählten „Beteiligungsprojekten in Zusammenarbeit mit Schulen“ unbekannt waren. Bei den „Projekten an Schulen mit demokratischer Beteiligung“ waren es 18 der 30 zufällig gezogenen (60,0%). Es läßt sich vermuten, daß Gemeinden in Befragungen, die von Landesstellen durchgeführt werden, ein aktiveres Bild ihres kommunalen Lebens zu vermitteln versuchen, welches sich empirisch nicht gänzlich nachweisen läßt.

Da – wie bereits mehrfach erwähnt – Wien an der Fragebogenaktion der Landesjugendreferate nicht teilnahm, keine vergleichbare Untersuchung sowie kein Adressenmaterial von Partizipationsprojekten vorlag, wurden zwei Beteiligungsprojekte mit parlamentarischem Charakter (zur Typologie siehe Kapitel 3) ausgewählt. Dies waren: Kinder- und Jugendbeirat 9. Bezirk sowie Kinder- und Jugendbeirat Meidling. Die Verteilung der Fragebögen an die Jugendlichen erfolgte über die Kontaktpersonen.

Der gänzliche Ausfall von Tirol sowie die Unmöglichkeit der Ziehung einer mit den anderen Bundesländern in ihrem Umfang vergleichbaren Zufallsstichprobe in Wien führten dazu, daß bereits vor der Durchführung der Befragung absehbar war, daß die geplante Stichprobengröße

von n = 400 nicht realisiert werden kann. Als weitere Datenbasis wurde die TeilnehmerInnenliste des Grazer Kindergipfels 1995 (N=224) in unsere Erhebung einbezogen.

Die unterschiedlichen Zugänge zu unserer Befragungspopulation faßt Übersicht 2.2 zusammen.

Übersicht 2.2: Gewählte Datenzugänge

Datenbasis	N	Auswahlprinzip	n	davon gingen in die vorliegende Untersuchung ein
Erhebung der Landesjugendreferate zu Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekten für Jugendliche im Frühjahr 1997 in allen Bundesländern mit Ausnahme von Wien	3196 Projekte ^(a)	Zufallsauswahl ^(b)	238 Projekte	66 Projekte
Parlamentarische Beteiligungsprojekte in Wien	Unbekannt	bewußte Auswahl	2 Projekte	2 Projekte
TeilnehmerInnenliste des Grazer Kindergipfels 1995	224 TeilnehmerInnen	Totalerhebung	224 Jugendliche	224 Jugendliche

(a) Ohne Tirol (siehe Text).

(b) Für die Steiermark wurde ein Auswahlsatz von 10,5%, für die anderen Bundesländer von 6,8% (siehe Text) gewählt. Im Unterschied zu den anderen Bundesländern mußte in Vorarlberg auf eine möglicherweise unvollständige Auflistung von Projekten zurückgegriffen werden.

2.3 Qualitative Telefoninterviews

In der Phase der Stichprobenkonstruktion wurden Telefoninterviews mit Kontaktpersonen der aus der Erhebung der Landesjugendreferate ausgewählten Partizipationsaktivitäten (siehe den ersten Datenzugang in Übersicht 2.2) durchgeführt. Für die Interviews wurde in einem ersten Schritt Kontakt mit dem Gemeindeamt bzw. Magistrat aufgenommen, und nach der für die ausgewählten Projekte zuständigen Person gefragt. Mit dieser Kontaktperson wurde ein kurzes erstes Telefongespräch geführt, in dem geklärt wurde, ob das Projekt stattgefunden hat und ob gegebenenfalls ein Adreßmaterial der am Projekt beteiligten Jugendlichen verfügbar bzw. rekonstruierbar wäre (siehe Kapitel 2.2).

Sofern dies der Fall war, wurde das Projekt in die Stichprobe aufgenommen und ein zweites, intensiveres telefonisches Leitfadeninterview (siehe Anhang) mit der Kontaktperson geführt, wobei besonders geachtet wurde, die InterviewpartnerInnen zu einer möglichst freien Darstellung zu motivieren. Bei diesen Kontaktpersonen handelt es sich um Verantwortliche in der Gemeinde (BürgermeisterIn, GemeindesekretärIn, Gemeindebedienstete), um Erwachsene bzw. junge Erwachsene (ungefähr im Alter von 24 und 28 Jahren), die in der Gemeinde ein Projekt initiiert und begleitet haben, sowie um Personen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit in Vereinen oder Verbänden Jugendbeteiligungsprojekte begleiten oder um LehrerInnen oder DirektorInnen.

Insgesamt konnten 40 Interviews mit diesen Kontaktpersonen geführt werden. Da mitunter eine Kontaktperson für mehrere Projekte Auskunft geben konnte, liegen auf der Grundlage der qualitativen Leitfadeninterviews Angaben für 45 der 66 Projekte in den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg vor.

Während das erste kurze Telefonat mit der Kontaktperson der Überprüfung diente, ob es sich überhaupt um eine Aktivität handelt, die im Rahmen unserer Untersuchung behandelt werden kann, zierte das längere qualitative telefonische Leitfadeninterview auf folgendes ab:

- „Explorative“ Ermittlung von Befragungsdimensionen für die Konstruktion des standardisierten Fragebogens. Unter anderem wurde erfragt, welche Effekte und Funktionen von den Kontaktpersonen der Aktivität zugeschrieben wurden.

- Beschreibung der Projekte und der Projektaktivitäten. Erfragt wurden hierzu Informationen, die sich mit standardisierten Methoden nur schwer erheben lassen, wie z. B. Aktivitäten, Zielsetzungen und deren Veränderungen sowie möglicherweise im Verlauf der Durchführung auftretende Konflikte und Gründungsmotive.
- Erfassung der Erwachsenenperspektive. Eine weitere Überlegung, die zur Befragung der Kontakt Personen beigetragen hat, lag darin, einen Perspektivenvergleich in der Wahrnehmung der Ziele, Ergebnisse und Effekte sowie der wahrgenommenen Gruppenstruktur zwischen den i. d. R. erwachsenen Kontakt Personen und beteiligten Jugendlichen zu ermöglichen.

Die Interviews wurden im Zeitraum April bis Mai 1998 telefonisch durchgeführt. Unsere Erfahrungen bei der Durchführung der Interviews zeigen überwiegend, daß durch diese Form der Durchführung keine negativen Effekte auf die Interviewsituation erkennbar sind, insbesondere, da sich die zeitliche Dauer der Interviews in etwa auf 15 bis 30 Minuten beschränkte, wodurch der zumutbare Umfang für Telefoninterviews eingehalten wurde (z. B. Diekmann 1995: 431).

Die Interviews wurden zum überwiegenden Teil nach Absprache mit den Interviewpartnern auf Band aufgezeichnet und anschließend transkribiert oder als wörtliche Mitschrift verfaßt.

2.4 Konstruktion des Fragebogens

Der Fragebogen (siehe Anhang) umfaßte insgesamt elf Seiten. Nach einem Einleitungstext wurden die Jugendlichen zunächst gefragt, ob sie sich an die AKTIVITÄT erinnern und ob sie daran teilgenommen haben. Zur Erinnerung wurde, sowohl auf der Seite mit dem Einleitungstext als auch auf der ersten Seite des Fragebogens, das Projekt namentlich angeführt. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß in weiterer Folge das Projekt mit AKTIVITÄT bezeichnet wird.

Entsprechend dem Variablenmodell (siehe Kapitel 1) wurden im Fragebogen (siehe Anhang) folgende unabhängige Variable erfaßt:

- soziale Herkunft wie z. B. Schulbildung der Eltern;
- personenbezogene Merkmale wie z. B. Alter, Schulbildung;
- projektbezogene Merkmale wie z. B. Häufigkeit und Regelmäßigkeit der Treffen, Gruppengröße, Rollenmerkmale der erwachsenen Projektbegleitperson;
- Merkmale der sozialen Umwelt wie z. B. Aufmerksamkeit in den Medien, finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde.

Folgende abhängige Variable wurden entsprechend dem Variablenmodell (siehe Kapitel 1) operationalisiert und in den Fragebogen aufgenommen:

- die Sachzielerreichung und
- mögliche Hinderungsgründe für die Zielerreichung sowie
- der Mißbrauch und die Zweckenfremdung der Aktivität (Items der Frage 17 des Fragebogens).

Drei Auswirkungsdimensionen standen im Rahmen unserer Erhebung im Vordergrund:

- Auswirkungen auf das demokratische Bewußtsein und die politische Integration
- Auswirkungen auf solidarische Orientierungen
- Auswirkungen auf Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten

Die Items zu diesen Auswirkungsdimensionen wurden – so weit es möglich war – der Literatur entnommen und unserer Fragestellung angepaßt. Zum Teil mußten aber auch Neuformulierungen vorgenommen werden.

Da im Rahmen der vorliegenden Untersuchung eine Erfassung der Auswirkungen der Beteiligungsprojekte durch eine Panelbefragung (z. B. zu Beginn eines Beteiligungsprojektes und fünf Jahre später) nicht möglich war, wurden die Auswirkungen in der vorliegenden Arbeit durch Wirksamkeitseinschätzungen der Jugendlichen erhoben. Diese wurden gebeten, anzugeben, ob die Teilnahme am Projekt zu Veränderungen oder zur Festigung bzw. Bestätigung bestimmter Haltungen und Fähigkeiten geführt habe. Konkret wurden Jugendlichen z. B. gefragt „Die AKTIVITÄT hat gezeigt, ...“ (Bestätigung/Festigung) oder „Die AKTIVITÄT hat bei mir bewirkt ...“ (Veränderung).

Die Auswirkungen auf das demokratische Bewußtsein und die politische Integration (siehe Kapitel 4.4.1) wurden durch die Fragen 21 und 22 im Fragebogen erfaßt. Es handelt sich dabei um Items, anhand derer die Bewertung von basisdemokratischen Vorstellungen (insbesondere konsensuale Gemeinschaftsentscheidungen), die Einstellung zu politischer Gewalt, die Erfahrung von politischer Entfremdung sowie das politische Interesse und das Vertrauen in die etablierte Politik erhoben werden sollen.

In welchem Ausmaß Solidarität durch Partizipationsprojekte mit Jugendlichen gefördert wird (siehe Kapitel 4.4.2), stellt eine weitere zentrale abhängige Variable unserer Untersuchung dar. In Anlehnung an die Untersuchung von Zulehner et. al. (1996), in der sechs Solidaritätsdimensionen (Solidarhandeln, Solidarbereiche, Solidarbereitschaft, Solidarbehinderung, Solidarperson, Sozialstruktur) entwickelt wurden, wurden die „Solidarbereitschaft“ und die „Solidarbehinderung“ als zwei zentrale Subdimensionen für die Fragebogenkonstruktion (siehe Frage 20 im Fragebogen) ausgewählt.

Die Auswirkungen auf die Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten Jugendlicher (siehe Kapitel 4.5.3) wurden in dieser Untersuchung, wie an entsprechender Stelle verdeutlicht wurde (siehe Kapitel 1), aus dem Konzept der sozialen Kompetenz abgeleitet. Erfaßt wurden erworbene Schlüsselqualifikationen sowie Veränderungen der erlebten Selbstwirksamkeit als zwei Subdimensionen sozialer Kompetenz (Frage 24 im Fragebogen).

Für den von uns konstruierten Fragebogen wurde in der zweiten Juniwoche 1998 ein Pretest mit SchülerInnen eines Gymnasiums in Wels (Oberösterreich) durchgeführt. Der Fragebogen bewährte sich weitgehend, so daß für die Endfassung nur Korrekturen in geringem Umfang durchgeführt werden mußten.

2.5 Durchführung der Befragung der Jugendlichen, Rücklauf und Repräsentativität

Im Zeitraum der letzten beiden Juniwochen 1998 wurden 837 Fragebögen an beteiligte Jugendliche ausgesendet. Weitere 748 Fragebögen wurden an Kontakt Personen ausgewählter Beteiligungsprojekte versandt, die sich bereit erklärt hatten, diese an die Jugendlichen weiterzuleiten. Den Fragebögen beigelegt war, zur Erhöhung der Motivation und zur Kontrolle des Rücklaufs, eine Antwortkarte für die Teilnahme an einer Verlosung von zehn Musik-CDs, welche die Jugendlichen an uns getrennt vom Fragebogen retournieren konnten.

Mitte Juli 1998 wurde jenen Jugendlichen ein Erinnerungsschreiben zugesandt, die von uns direkt angeschrieben worden waren, und für die bis zu diesem Zeitpunkt keine Rückantwortkarte vorlag. Dem Erinnerungsschreiben war eine Karte beigelegt, mit der die Jugendlichen den Fragebogen – falls sie ihn nicht bekommen haben oder ihn nicht mehr hatten – bestellen konnten.

Die erwachsenen Kontaktpersonen, die wegen datenschutzrechtlicher Bedenken die Aufgabe übernommen hatten, die Fragebögen an die Jugendlichen auszuteilen, wurden ebenfalls Mitte Juli 1998 mittels eines Telefonats an die Untersuchung erinnert und nochmals gebeten – falls sie es bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht getan hatten – den an den Partizipationsprojekten beteiligten Jugendlichen die Fragebögen auszuhändigen.

Mit Stichtag 14. August 1998 konnte ein Rücklauf von 328 Fragebögen erzielt werden. Ein Fragebogen wurde nicht ausgefüllt retourniert. Die endgültige Anzahl der Fragebögen beträgt daher 327, was einer Rücklaufquote von rund 21% entspricht. In Abhängigkeit von der Zugangsart ergibt sich das in der Tabelle 2.5.1 dargestellte Bild: Während bei den von uns direkt an die Jugendlichen ausgesandten Fragebögen ein Rücklauf von 27,4% erreicht werden konnte, wurde bei der Verteilung über die Kontaktpersonen nur ein Rücklauf von 13% erzielt (siehe Tabelle 2.5.1). Dieser letztere Zugang ist somit als weniger erfolgreich zu betrachten. Er war aber wegen datenschutzrechtlicher Bedenken unumgänglich.

Tabelle 2.5.1: Rücklauf in Abhängigkeit von der Zugangsart zur Befragungspopulation

	direkte Aussendung	Verteilung über Kontakt- person	Gesamt
Grundgesamtheit (N)	837	748 ^(a)	1585
retournierte Fragebögen (n)	229	97	327 ^(b)
Rücklauf in %	27,4%	13,0%	20,6%
Prüfung des Rücklaufs und Erinnerung	durch Gewinnkarte und einmaliges Erinnerungsschreiben	durch einmalige telefonische Erinnerung	

(a) Von den Kontaktpersonen genannte Anzahl.

(b) 229 + 97 + 1 Fragebogen ohne Angabe der Projektnummer, so daß die Zugangsart nicht rekonstruierbar ist.

Zur Auswertung konnten nur Fragebögen jener Jugendlichen herangezogen werden, die auch tatsächlich angaben, an der Aktivität teilgenommen zu haben und sich auch noch an die Aktivität erinnerten. Die Anzahl der Fragebögen, die in die Analyse eingehen reduziert, sich dadurch auf 269.

Zu der Frage, ob die vorliegende Untersuchung repräsentativ ist, läßt sich folgendes anmerken: Die Forderung der Repräsentativität bezieht sich auf deskriptive Fragestellungen wie z. B. auf die Frage, wie viele Beteiligungsprojekte es in Österreich gibt, wie viele Jugendliche daran teilnehmen, usw., während in der vorliegenden Untersuchung Fragen nach Wirkungszusammenhängen, wie z. B. wirkt sich die Freiwilligkeit der Teilnahme oder ein bestimmter Projekttypus auf Einstellungen, Fähigkeiten und Verhaltensweisen der teilnehmenden Jugendlichen aus, im Zentrum des Interesses stehen. Bei Fragestellungen der letzteren Art ist es weniger wichtig, ob die Befragten ein repräsentatives Abbild einer Grundgesamtheit vermitteln, sondern entscheidend ist hierfür die Berücksichtigung aller möglichen Einflußfaktoren. Geht man dennoch der Frage nach, ob sich mit unserer Untersuchung repräsentative Fragestellungen beantworten lassen, so ist zunächst festzuhalten, daß die Untersuchung von einer eingeschränkten Grundgesamtheit (Jugendliche, die in Österreich in den letzten Jahren an kommunalen Beteiligungsaktivitäten teilgenommen haben) ausging. Zudem liegen Beeinträchtigungen der Repräsentativität vor, da für das Bundesland Tirol keine Stichprobe rekonstruiert werden konnte, für Wien eine bewußte Auswahl durchgeführt wurde und der Rücklauf systematische Unterschiede aufweist. Verallgemeinerungen von Aussagen deskriptiver Art sind in diesem Sinn daher aus dieser Untersuchung nur mit Einschränkungen ableitbar. Wie bereits erwähnt, sind die Analysen der Auswirkungen partizipativer Aktivitäten von dieser Einschränkung weniger betroffen. Darüber hinaus bleibt zu bemerken, daß es mit der vorliegenden Erhebung in Europa erstmals gelungen ist, eine größere Gruppe Jugendlicher unter teilweiser Verwendung statistischer Stichproben-

verfahren über die Auswirkungen der Teilnahme an kommunalen Beteiligungsprojekten zu befragen.

2.6 Datenauswertung

Nach der Datenerhebung lagen die Protokolle der qualitativen Telefoninterviews mit den Kontaktpersonen sowie die Antworten der Jugendlichen auf den standardisierten Fragebogen vor. Für die qualitativen Telefoninterviews wurde eine qualitative Inhaltsanalyse (strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring 1990, 76-93) durchgeführt mit dem Ziel einer Kategorisierung und Typologisierung der Antworten.

Für die statistische Analyse der Daten der standardisierten Befragung wurde das Programm Paket ALMO (Holm 1998) verwendet. Neben ein- und mehrdimensionalen Häufigkeitsdarstellungen wurden Zusammenhangsanalysen (Korrelationsanalysen) gerechnet. Zur Bestimmung der statistischen Signifikanz wurde ein Schwellenwert von 95% verwendet. D. h. von statistisch signifikanten Ergebnissen wird dann gesprochen, wenn das statistische Fehlerniveau p kleiner oder gleich 5% ist.

3 Ergebnisse der qualitativen Telefoninterviews – Kommunale Jugendbeteiligungsmodelle aus Sicht erwachsener Projektbegleitpersonen

3.1 Übersicht

Auf der Grundlage der Transkripte der qualitativen Telefoninterviews mit den Kontaktpersonen wurde in einem ersten Analysedurchgang eine Typologie der Projekte (siehe Kapitel 3.2) entwickelt. Bezugnehmend auf diese werden folgende Fragestellungen untersucht:

- Wer initiiert die untersuchten kommunalen Jugendbeteiligungsprojekte? (siehe Kapitel 3.3)
- Wie sah der Ablauf dieser kommunalen Jugendbeteiligungsprojekte aus? (siehe Kapitel 3.4)
- Welche Rollen nehmen erwachsene Begleitpersonen ein? (siehe ebenfalls Kapitel 3.4)
- Welche Jugendliche haben aus welchen Motiven teilgenommen? (siehe Kapitel 3.5)
- Wie sehen die Projektsachziele aus und wurden diese auch erreicht? (siehe Kapitel 3.6)
- Was sind die Gründe für ein erfolgreiches Projekt und welche Gründe führen zu Mißerfolg? (siehe Kapitel 3.7)
- Welche über die Projektsachziele hinausgehenden Auswirkungen der Beteiligung werden genannt? (siehe Kapitel 3.8)

Da die von uns befragten Kontaktpersonen i. d. R. das Projekt als Erwachsene begleitet haben, wird im folgenden die Bezeichnungen „Kontaktperson“ verwendet.

Auf die Interviewprotokolle wird im folgenden mit I1 bis I57 Bezug genommen. I1 bezieht sich als auf das Interview 1, I2 auf das Interview 2, usw. Anzumerken ist, daß die Numerierung nicht fortlaufend ist.

3.2 Projekttypen

In der Literatur werden verschiedene Typologien von jugendlichen Partizipationsprojekten vorgeschlagen, denen unterschiedliche Kriterien zugrundeliegen (siehe Kapitel 1). In die nachfolgende Typologie auf der Basis der qualitativen Telefoninterviews gingen folgende Kriterien ein:

- Projektträger: Damit ist jene Person oder Einrichtung gemeint, die für den Projektablauf und die Ergebnisse der Projekte – nicht aber unbedingt für den Projektstart – in letzter Instanz verantwortlich ist. Projektträger können beispielsweise sein: Gemeinde, DirektorInnen oder LehrerInnen, Jugendverbände, usw.
- Struktur und Ablauf der Aktivität: In Anlehnung an Egg (1998) wurden stärker formalisierte und reglementierte, an der Erwachsenenwelt orientierte Beteiligungsmodelle (wie z. B. Jugendparlamente und –gemeinderäte mit weitgehend festgelegter Satzung) und weniger formalisierte und geregelte, an der Lebenswelt von Jugendlichen anknüpfende Partizipationsformen (wie z. B. weitgehend offene Planung einer Skaterbahn) unterschieden.
- Konkretheit (Spezifität) des Projektziels: Diese Dimension zielt darauf ab, ob eher allgemeine (z. B. Vertretung von Jugendinteressen) oder eher spezifische Sachziele (z. B. Errichtung einer Skaterbahn) vorliegen.

Auf der Basis dieser Kriterien wurden folgende Typen gebildet:

1. Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekte mit einem parlamentarischen Charakter (parlamentarische Beteiligungsprojekte): Anzuführen sind hier vor allem Jugendgemeinderäte, Jugendparlamente, Jugendforen und Stadtjugendräte. Bei dieser Form der Beteiligung treten immer VertreterInnen der öffentlichen Hand als Träger auf. Der Ablauf der Aktivität ist zu meist stark formal geregelt und als generelles Ziel kann die Einbindung der Jugendlichen in das Gemeindegeschehen angesehen werden.
2. Projektbezogene Beteiligungsprojekte: Konkrete Aufgabenstellungen und Projektideen werden von den Jugendlichen gemeinsam mit erwachsenen Begleitpersonen realisiert, d. h. die Aktivität ist „produktorientiert“. Es liegt ein konkretes Projektziel vor. Der Ablauf der einzelnen Aktivitäten wird je nach Projektziel und –träger unterschiedlich gestaltet. Beispielhaft zu nennen sind, u. a. die Gestaltung von Jugendseiten in einer Gemeindezeitung, Projekte, die einer Um- oder Neugestaltung von Schulgebäuden dienen, Beteiligung an der Verwirklichung neuer Spielplätze und die Organisation und Ausführung von Informationskampagnen zu verschiedensten Themen.
3. Errichtung und Nutzung von Jugendtreffs bzw. –zentren (Jugendtreffs): Die Unterschiede zu den projektbezogenen Aktivitäten sind einerseits in der Verwirklichung der konkreten Aufgabenstellung „Jugendtreff“ und andererseits in der möglichen (zukünftigen) Nutzung und der Beteiligung beim Betrieb dieser neu errichteten Räume zu sehen. Projektbezogene Aktivitäten umfassen dagegen nicht mehr die Nutzung des Ergebnisses, wie z. B. die Benutzung einer Skaterbahn.
4. Projekte mit aktionistischem Charakter (Aktionen): Diesem Typus gehören Beteiligungsaktivitäten an, die sich der Organisation und Koordinierung unterschiedlicher Kultur- und Sportveranstaltungen widmen. Im Unterschied zu projektbezogener Beteiligung sind diese Aktivitäten meist (Gemeinde-)Veranstaltungen, die in den Jahresablauf der Kommunen eingebunden sind, regelmäßig stattfinden und nicht ausschließlich aus den Interessenslagen der Jugendlichen abzuleiten sind.
5. Partizipationsprojekte innerhalb eines bestehenden größeren Verbandes wie z. B. der Katholischen Jungschar bzw. Jugend oder der Landjugend (verbandsorientiert): Bei diesem Typus sind die Träger der Beteiligungsprojekte institutionelle Vereinigungen, in deren Aufgabenstellungen auch die (Projekt-)Arbeit mit und für Jugendliche verankert ist.

Bei jedem dieser Projekttypen ist auch eine Verbindung mit Schulaktivitäten in unterschiedlicher Ausgestaltung und Intensität möglich. Zum Beispiel kann dies bedeuten, daß ein Projekt direkt von einer Schule ausgeht oder die an Kulturveranstaltungen, Jugendparlamenten und Jugendgemeinderäten beteiligten Jugendlichen aus Schulklassen ausgewählt werden.

Wie der Darstellung der Typen zu entnehmen ist, sind die drei verwendeten Kriterien voneinander nicht unabhängig. So z. B. kann nur eine Gemeinde Träger von Jugendgemeinderäten sein. It. Definition ist bei verbandlichen Partizipationsprojekten ein Verband der Träger. Vernachlässigt man daher den Träger, um eine übersichtliche graphische Aufbereitung der Typologie zu gewinnen (siehe Abbildung 3.1), so sind parlamentarische Beteiligungsmodelle durch eher allgemeine Ziele und einen formalisierteren Ablauf gekennzeichnet. Projektbezogene Beteiligungsformen weisen im Unterschied dazu einen weniger formalisierten Ablauf auf und verfolgen konkretere Ziele. Jugendtreffs und –zentren liegen zwischen diesen beiden Aktivitätsformen. Aktionen lassen sich als stärker formalisierte Beteiligungsmodelle mit konkreten Zielen charakterisieren. Der Typus der verbandlichen Projekte schließlich ist durch allgemeine Zielsetzungen und einem mittleren Formalisierungsgrad gekennzeichnet.

Abbildung 3.1: Graphische Veranschaulichung der Typologie

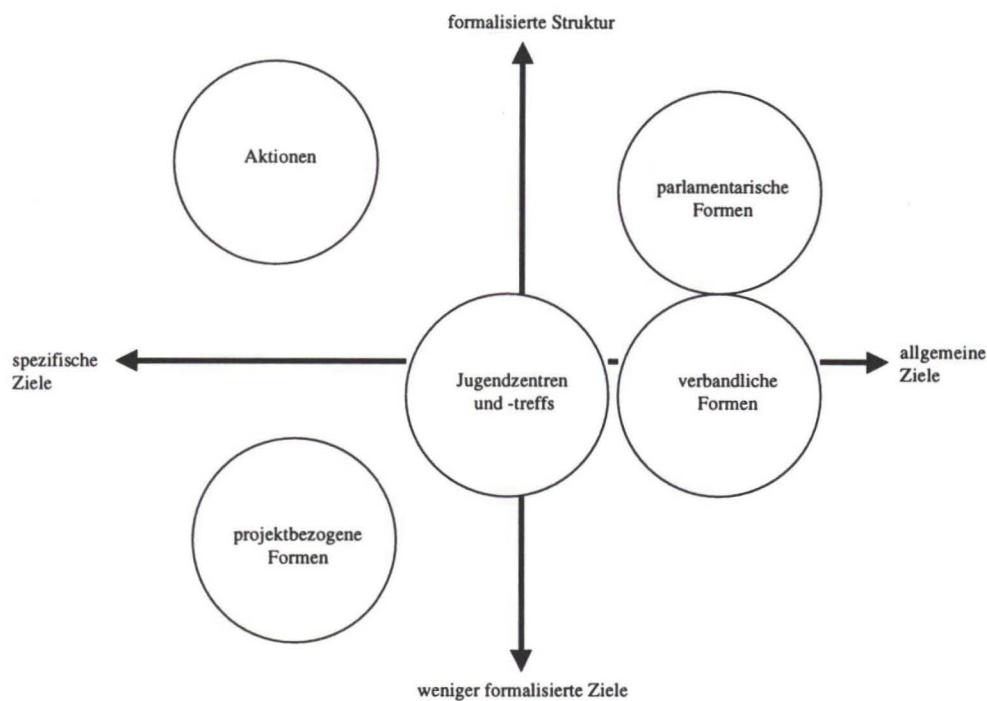


Tabelle 3.2.1 faßt die Typenbildung nochmals zusammen und zeigt die quantitative Verteilung der Typen in den untersuchten Projekten.

Tabelle 3.2.1: Anzahl der erhobenen Projekte nach Typen

Projekttyp	Definition	Beispiele	Anzahl der Interviews	Anzahl der Projekte
parlamentarisch	Parlamentarischer Charakter. Der Erwachsenenwelt nachempfunden.	Jugendparlament, Jugendgemeinderat	12	15
projektorientiert	Beteiligung an einer punktuellen Maßnahme; Verwirklichung konkreter Projektideen.	Spielplatzplanung, Gestaltung von Jugendseiten in der Gemeindezeitung	14	14
Aktion	Beteiligung an Organisation, Koordination und Ausführung von Veranstaltungen.	Kultur- und Sportveranstaltungen	6	6
Jugendzentrum/-treff	Beteiligung an der Planung, Errichtung und Nutzung von Jugendzentren.	Jugendzentrum, Jugendtreff, Jugendclub	5	5
verbandsorientiert	Partizipative Aktivitäten innerhalb eines bestehenden größeren Verbandes.	Landjugend, Katholische Jungschar	1	3
nicht zuzuordnen			2	2
Gesamt			40	45

Die Anzahl der Telefoninterviews pro Projekttyp stimmt mit der Gesamtzahl der qualitativ erhobenen Projekte nicht überein, da eine Projektbegleitperson für mehrere Projekte einer Gemein-

de zuständig sein kann (siehe Kapitel 2.3). Die Gesamtzahl der erhobenen Projekte in den 40 qualitativen Interviews beträgt demnach 45.

3.3 Initiierung von kommunalen Jugendbeteiligungsprojekten

Allen Projekttypen gemein ist – bei vorhandenen Unterschieden – eine Initiierung von oben, was soviel bedeutet, daß Verantwortliche der Gemeinden bzw. erwachsene Projektbegleitpersonen oder bereits in der Gemeinde aktive Verbände und Vereine die Partizipationsaktivitäten ins Leben rufen und versuchen, die Jugendlichen einzubinden. Insbesondere bei Aktivitäten mit parlamentarischem und verbandsähnlichem Charakter können sowohl die Projektideen als auch die Installierung und Einbettung in das kommunale Leben den Verantwortlichen in den Gemeinden zugeordnet werden, wie folgende Interviewbeispiele zeigen:

„Begonnen hat es vor ca. eineinhalb Jahren. Wir waren die ersten, die so ein Parlament gegründet haben. Der Bürgermeister ist an ein paar Jugendliche mit der Frage herangetreten, ob sie das wollen, ob sie überhaupt Mitsprache haben wollen in der Gemeinde. Es hat sich herausgestellt, daß dies sehr wohl der Fall ist.“ (I1)

„Die Gemeindevorsteher, speziell der damalige Jugendreferent und jetzige Bürgermeister hatten die Idee, Jugendliche in das tägliche politische Geschehen einzubinden. Das Ziel war, daß Jugendliche ihre Vorstellungen wie man Gemeindepolitik gestalten soll, einbringen. Speziell die Gestaltung von Spielplätzen, Veranstaltungen, usw. Daß sie selbst die Ideen anregen und nach Möglichkeit auch umsetzen. Wir haben gesagt, es soll nicht sein, daß jetzt nur Ideen gesammelt werden, sondern es soll den Jugendlichen auch die Möglichkeit gegeben werden, daß sie selber etwas machen.“ (I9)

„Anfangen hat es, glaube ich, 1993, und zwar haben sich bei uns drei Gemeinderäte zusammengetan und haben gemeint, wir machen auch ein Kinder- und Jugendparlament. ... Ich glaube, das haben sie bei uns beschlossen so. Ich meine, ich weiß es nicht. Die Gemeindevorsteher sind auf diese Idee gekommen, daß man das macht bei uns. ... Weil man wahrscheinlich etwas machen möchte für die Kinder und Jugendlichen. ... Ich kann das nicht so genau sagen, aber ich stelle mir vor, daß man gesagt hat, da lassen wir Kinder und Jugendliche auch mitarbeiten.“ (I39)

„Die Idee ist aus den Politikerköpfen heraus entstanden. ... Aber ich nehme an, daß es aus den Köpfen der Politiker entstanden ist bzw. vielleicht auf Druck der Jugendorganisationen, usw., weil es war große Mode damals, daß in allen Gemeinden sowas installiert worden ist bzw. nachher in anderen Randgemeinden, die an uns ja mit der Frage herangetreten sind, wie machen es wir.“ (I53)

„Im Rahmen der Dorfentwicklung hat sich ein Ausschuß für Jugend, Familie und Soziales gebildet. Im Amtsblatt wurde eine Veranstaltung angekündigt und die Jugendlichen zum Mitmachen aufgerufen.“ (I29)

Als Grundtenor bei den parlamentarischen Beteiligungsprojekten kann konstatiert werden, daß die Gemeindevorantwortlichen „etwas“ für die Jugendlichen in der Kommune tun wollen oder daß zumindest angenommen wird, daß diese „etwas“ tun wollen. Dieses „etwas“ kann bedeuten, die Jugendlichen zur Sprache kommen zu lassen, in jenen Bereichen mitreden und - bestimmen zu lassen, die wesentlich für den Alltag der jungen Gemeindeglieder sind und wo diese selbst auch das meiste Wissen darüber besitzen. Diese Einsicht, daß die Jugendlichen über ihre eigenen Bedürfnisse am besten Bescheid wissen, kann auch aus den folgenden Interviewsequenzen entnommen werden:

„Die Initiative ging von der Gemeindevorstellung aus, im speziellen des Sozialausschusses. Der Grundgedanke war, die Jugendarbeit nicht von 'oben herab verordnen', sondern erfahren, was die Jugend will. Es wurden Einladungen an alle Jugendliche abgeschickt, ohne vorgegebenes Programm, sondern eine Art Brainstorming, was die Jugend interessiert, was die Jugend will, in welche Richtung eine Jugendarbeit überhaupt gehen soll.“ (I46)

„Meine Überzeugung ist die, daß die Jugendlichen am besten wissen, was für sie auch gut ist. In der gesamten Entscheidung muß man ihnen natürlich helfen. Aber ihre Meinung ist einfach wichtig. Mein Schlüsselerlebnis war: In der Stadt X wurde ein großes Ohr gezeichnet, worauf Erwachsene hören

sollen. Da waren z. B. Dinge wie, daß man Kinder und Jugendliche wichtig und ernst nehmen soll. Daß sie auch Ideen und Vorschläge haben ... und daß man die umsetzen soll. Das ist ja das größte, das erfah ich immer wieder in den Diskussionen.“ (I50)

Auch beim Typus von Partizipationsprojekten, in dem Aktivitäten innerhalb eines größeren Verbandes durchgeführt werden, findet sich das bereits beschriebene Muster wieder. Die Idee und Initiierung erfolgt von erwachsener Seite, anschließend wird versucht, die Jugendlichen in die konkrete Projektarbeit einzubinden:

„Ja, vor drei Jahren aus einer Notsituation heraus, weil es bei uns einfach nichts gegeben hat, so eine Art Jugendorganisation, Jugendverein gegründet, nennt sich Jugendforum. Wird rechtlich getragen von der Und über dieses Jugendforum – man nennt es so, damit wir das mehr oder weniger überparteilich machen können und damit wir mehrere ansprechen können, die vielleicht Angst haben, da parteipolitisch in die Zange genommen zu werden, daß wir auch die erwischen – wir wollen ja nicht Parteipolitik machen, wir wollen ja was für die Jugendlichen machen. Und machen über dieses Jugendforum eben Veranstaltungen. ... Wir [gemeint ist die Landjugend als Verband; Anmerkung der AutorInnen] haben gesagt, wir müssen etwas machen für die Jugend bei uns, weil es gibt nichts, es sind keine Veranstaltungen für die Jugendlichen da, es ist nichts, der irgend etwas für Jugendliche macht oder veranstaltet. Es hat keine Jugendveranstaltungen gegeben, es hat nur irgendein Bierzelt gegeben oder so, und das ist ja auch nicht das, was die Jugend will. Und da haben wir uns einfach zusammengefunden, ein paar Freunde und Bekannte, das ist dann immer größer geworden.“ (I2)

„Bei uns [gemeint ist ein Verband, der eng mit der Gemeinde kooperiert; Anmerkung der AutorInnen] wurden Kulturwochen durchgeführt. Im Zuge dessen machen die Jugendlichen z. B. Theateraufführungen, organisieren sich das selber. Wobei die Organisation der Kulturveranstaltungen von der Gemeinde, vom Kulturausschuß gemacht wird.“ (I6)

Beteiligungsprojekte mit projektbezogenem Charakter, die im Rahmen des Schulunterrichts durchgeführt werden, folgen ebenfalls diesem Weg der Initiierung. Hier übernehmen LehrerInnen, SchuldirektorInnen oder Eltern die Aufgabe, die Beteiligungsmodelle zu installieren:

„Da haben wir einen sehr rührigen Elternverein, der eigentlich sehr offen ist und die Lehrer und die Schulleitung auch. Und z. B. die Spieltage und Spielfeste die wir haben, die werden immer wieder unter Beteiligung der Kinder gestaltet.“ (I6)

„Ursprünglich hat es einen Jugendtreff gegeben. Die allgemeine Frage war, was läßt sich aus unserer Gemeinde machen. Dann hat es geheißen, eine Landschaftssäuberungsaktion wird gemacht. Das sollte eigentlich der Umweltschutzausschuß machen, da ist aber nie was zustande gekommen, jetzt haben wir und die Gemeinde uns darum angenommen.“ (I8)

„Projekte werden natürlich in erster Linie von der Schule aus initiiert, werden aber dann in Absprache mit den Schülern und mit den Eltern im Schulforum genauestens durchbesprochen und dann die Möglichkeit, ob ein Projekt in dieser Art und Weise durchgeführt wird, ja oder nein, mit den Schülern abgestimmt. Denn die Schüler müssen ja zusätzlich zu ihrem Unterricht sehr viel Zeit aufwenden, um die Projekte durchzuführen.“ (I16)

Wesentliches Merkmal von projektbezogenen Beteiligungsmodellen (die nicht unmittelbar im Rahmen des Schulunterrichts verlaufen) ist das unmittelbarere Eingehen auf die Bedürfnisse und Wünsche der Jugendlichen. Es wird im Unterschied zu den beiden vorausgegangenen Typen versucht, ein konkretes Jugendproblem, welches entweder direkt von den Jugendlichen an die Gemeindevertretung oder VertreterInnen anderer kommunaler Institutionen herangebracht wird oder welches die Erwachsenen von sich aus erkennen, gemeinsam mit den Jugendlichen zu lösen:

„Es gibt ein Grundstück, das von den Kindern jahrzehntelang benutzt wird im Winter als Rodelhügel. Und das soll auch in der Zukunft so sein. Jetzt haben wir natürlich gedacht, nachdem ein Spielplatz in der Gemeinde fehlt, ein größerer, haben wir gedacht, daß wir dann dieses Grundstück hernehmen und sowohl im Winter als Rodelhügel, daß man das beibehält und auch im, während der Sommermonate als Spielplatz zu nutzen. ... Und zur Frage jetzt, wie soll der Spielplatz aussehen, haben wir eben eine Kinderbefragungsaktion gestartet. ... Die Idee, einen Spielplatz zu machen, ist von der Gemeinde aus-

gegangen. Es hat Möglichkeiten gegeben, daß man sagt, ja man verbaut das Grundstück oder teilweise waren Anfragen da, die waren zu verhindern bzw. daß die Schubraupe darüber fährt. Jetzt haben wir gesagt, jetzt haben wir sie umgewidmet im Flächenwidmungsplan als Spielplatz. Das war eine richtige Prozedur.“(I31)

„Die Idee ist von uns, von mir ausgegangen. Es ist allgemein transparent, daß Jugendliche Einrichtungen brauchen, wo sie sich bewegen können. Und das war der Grund. Die Jugendlichen haben dann die Skaterbahn mitentworfen.“(I57)

„Die Arbeitsgruppe wurde im Rahmen des Projektes Dorfentwicklung gegründet. Ein Teil dieses Projektes war die Planung und Durchsetzung eines Kinderspielplatzes.“(I37)

Die Idee zur Gründung und zum Betrieb von Jugendzentren bzw. -treffs ist mit jener von projektbezogenen Beteiligungsmodellen vergleichbar. Auch hier soll ein konkretes Projekt, eben ein Jugendzentrum oder Jugendtreff installiert und geführt werden. Dieses konkrete Anliegen wird entweder direkt von den Jugendlichen artikuliert oder engagierte (junge) Erwachsene versuchen, diese Projektidee gemeinsam mit Jugendlichen zu verwirklichen:

„Das war '94 oder '95, ich meine, die Idee, daß es einen offenen Jugendtreff gibt, die gibt es seit Anfang der 90'er Jahre, oder geben sollte, seit Anfang der 90'er. Da haben wir eine Jugendumfrage gemacht, da waren zwei markante Punkte, die herausgekommen sind. Erstens einmal war Musik hören und bei Freunden beisammen sein. Das war also das, was die Jugendlichen wollten. Da haben wir gesagt, daß wir etwas finden, was dem gerecht wird. Und so weiterführend sind wir auf die Idee gekommen, daß wir einen offenen Jugendtreff machen. ... Ja, das ist dann so entstanden und dann haben wir halt, ich habe dann geschaut, was braucht man und wie kann man das finanzieren.“(I19)

„Der Beginn war im Anschluß an die Dorf- und Stadterneuerung. Es gab eine Umfrage von Seiten der Gemeinde an die gesamte Bevölkerung. Unter anderem wurde hier Jugendtreff als Wunsch angegeben. Dieser Wunsch wurde von mir persönlich aufgegriffen und versucht, daraus ein Projekt zu machen. Die Motivation war aus einem persönlichem Interesse, den Heimatort mitzugestalten.“(I44)

„Wir wollten hier ein Jugendzentrum aufbauen, aufgrund dessen, weil von Seiten der Jugendlichen der Wunsch an die Gemeinde herangetragen wurde bzw. auch von einigen Erwachsenen dieser Wunsch unterstützt worden ist, und auch, wie das in einer Gemeinde so ist – es gibt verschiedene Fraktionen – eben auch von ein paar politischen Parteien gewünscht worden ist. ... Die Jugendlichen haben sich zunächst an einem Vater eines Jugendlichen, der bei der ... ist, hingewandt. Von daher wurde der Kontakt aufgenommen. Aber es wird grundsätzlich nicht so gesehen, daß auf diese Art die Parteistruktur der Gemeinde reproduziert wird. Keine Parteieliten, etc.“(I49)

„Nach dem Vorbild aus X, da habe ich mein Pfarrpraktikum gemacht, wollte ich das, also habe ich mir Leute gesucht, so erwachsene Jugendliche oder junge Erwachsene, je nachdem, die mitarbeiten bei dem Projekt und auch leitende Funktionen übernehmen, und wir wollten ganz bewußt schauen, so welche Aufgaben können auch Jugendliche übernehmen und haben sie eingeladen dazu. ... Ich meine, ich wollte das nicht unbedingt als Sache der Pfarre haben. Es ist dann so gemanaget worden, daß die Pfarre die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, weil es im Pfarrheim ist. Die Gemeinde hat sich beteiligt an den Kosten für die Einrichtungen und es hat sich dann auch das Landesjugendreferat beteiligt. In der Kombination ist das dann gegangen.

Frage: Gibt es da immer erwachsene Betreuungspersonen?

Ja, es muß eine erwachsene Person da sein, wobei ich mit Abstand der Älteste bin. Die anderen sind um die 20.“(I19)

Zusammenfassend sind in Tabelle 3.3.1 nochmals die wesentlichen Dimensionen der Initiierung von kommunalen Jugendbeteiligungsaktivitäten je Projekttyp aus Sicht der Erwachsenen angeführt.

Tabelle 3.3.1: Initiierung von Beteiligungsaktivitäten je Projekttyp

Projekttyp ^(a)	Projektidee und erste Konkretisierung als Dimensionen der Initiierung
Parlamentarisch	Projektidee und Konkretisierung durch Verantwortliche bzw. VertreterInnen der Gemeinden.
Projektorientiert außerhalb des Schulunterrichts	Projektidee kommt meist direkt von den Jugendlichen bzw. Jugendliche formulieren ihre Probleme, Erwachsene erkennen diese und versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden.
Projektorientiert im Rahmen des Schulunterrichts	Projektidee und Konkretisierung der Projekte durch LehrerInnen, DirektorInnen und Eltern
Jugendzentrum/-treff	Projektidee zu einem Jugendzentrum bzw. -treff kommt direkt von den Jugendlichen bzw. Jugendliche lassen Interesse an einem Jugendzentrum erkennen, und/oder Erwachsene versuchen, gemeinsam einen solchen Raum zu verwirklichen.
verbandsorientiert	Konkretisierung der Projektidee in einem Verband, Idee kann auch von Jugendlichen oder von Verantwortlichen bzw. VertreterInnen der Gemeinden ausgehen.

(a) Zu dem Projekttypus „Aktion“ lagen zu dieser Thematik keine Interviewsequenzen vor.

Den parlamentarischen, den verbandsorientierten und den im Rahmen des Schulunterrichts projektorientierten Aktivitäten gemeinsam ist die – im überwiegenden Ausmaße – Initiierung der Beteiligungsprojekte von erwachsener Seite aus. Bei projektorientierten Aktivitäten und bei Projekten, die den Aufbau und Betrieb eines Jugendzentrums bzw. -treffs als Ziel formuliert haben, stammen die Projektideen zumeist direkt von den Jugendlichen einer Kommune selbst bzw. wird von (jungen) Erwachsenen versucht, gemeinsam mit den jugendlichen PartizipantInnen das Projektziel zu formulieren und anschließend zu verwirklichen.

Zu beachten ist, daß die in allen Interviews deutlich sichtbare Dominanz der Gemeinde durch unseren Interviewzugang und die dabei verwendete Datenbasis mitbedingt ist. Bei einem Zugang z. B. über die Jugendverbände hätte sich hier wahrscheinlich ein anderes Bild ergeben. Es sei aber nochmals darauf hingewiesen, daß das Ziel der vorliegenden Untersuchung nicht darin bestand, einen repräsentativen Überblick über jugendliche Beteiligungsprojekte zu geben (siehe dazu auch Kapitel 2.5). Zielsetzung ist die Analyse der Auswirkungen kommunaler Beteiligungsmodelle auf Jugendliche. Entsprechend dieser Zielsetzung ergibt sich die Dominanz der Gemeinde, wobei anzunehmen ist, daß sich die in dieser Studie ermittelten Zusammenhänge, wie z. B. zwischen Projektmerkmalen und Veränderungen des demokratischen Bewußtseins (siehe Kapitel 1.5 bzw. Kapitel 4.5.1), allgemeinerer Art sind und sich auch bei einer anderen Stichprobenzusammensetzung ergeben würden.

3.4 Die Rolle der erwachsenen Begleitperson und der Ablauf kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte

Eng verbunden mit dem konkreten Ablauf kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte ist die Rolle der erwachsenen Begleitperson zu sehen. In einer Broschüre zur Jugendbeteiligung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein wesentliches Kriterium von Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekten die Begleitung der Aktivitäten durch Erwachsene ist (BM für Umwelt, Jugend und Familie. o. J., 10). Welche Funktionen werden aus Sicht der Kontaktpersonen von den Begleitpersonen ausgefüllt, und wie verlaufen nach deren Einschätzung nun Partizipationsprojekte generell?

Partizipationsprojekte mit parlamentarischem Charakter sind in einem eher formal starren Rahmen verankert, der den Alltag des politischen Handelns Erwachsener widerspiegeln und den beteiligten Jugendlichen dadurch einen Einblick in eben diese Welt geben soll. Demzufolge fassen die Kontaktpersonen das Handeln der Projektbegleitpersonen in Jugendbeteiligungsprojekten dieser Art als Erweiterung der politischen Arbeit oder Funktionärstätigkeit auf, mit der Konzentration auf einen formal korrekten Ablauf der Projekte. Es gilt, am Beginn der konkreten Beteiligungsaktivität ein Gerüst – das zwar der Erwachsenenwelt entliehen, aber nicht ganz so

streng und starr ist – von formalen Regelungen wie Statuten, Termine und Rollenverteilungen zu erstellen, damit die Arbeit in „geordneten Bahnen“ ablaufen kann. Dem Charakter eines parlamentarischen Verfahrens entsprechend werden auch die jugendlichen Mitglieder dieser Partizipationsprojekte von den erwachsenen Vertretern zu den Sitzungen und Versammlungen offiziell eingeladen. In einer späteren Phase können Teile dieser Aufgaben an Jugendliche delegiert werden, wie nachfolgende Interviewsequenz zeigt:

„Bei den ersten Treffen war der Bürgermeister dabei. Da wurden so eine Art Statuten aufgestellt. Vorstand, Schriftführer gewählt. Jetzt sind wir eigenverantwortlich, der Bürgermeister kommt nur noch, wenn wir ihn speziell einladen zu irgendeinem Thema oder so. Grundsätzlich macht das jetzt unser Vorsitzender: Er macht Termine aus, alle werden eingeladen.“ (II)

*„Frage: Gibt es formale Richtlinien für den Kinder- und Jugendgemeinderat?
Sie kriegen schon eine Einladung und da ist schon immer, also was für Themen sind. Also so ganz harte Tagespunkte nicht, aber sie bekommen schon jedesmal eine Einladung und da steht schon Punkt eins, zwei, drei.“ (I39)*

„Beim 1. Treffen wurde festgestellt, daß die Interessen der jungen Leute sehr unterschiedlich sind, insbesondere in bezug auf die Altersgruppen (unter 20 Jahre, über 20 Jahre). Man hat erkannt, daß das etwas Lebendiges ist und man Jugendinteressen nicht generalisieren kann. Oft von Jahr zu Jahr starke Interessensunterschiede. Daher Folgetreffen aufgeteilt auf 16-20jährige („Teenys“, im Vordergrund: Freizeitangebot, „Fun“ und so weiter) und über 20jährige (hier im Vordergrund: Familiengründung, Wohnungsprobleme, Raumordnung, u. ä.). Erwachsene sind anwesend. Der Bürgermeister, Vizebürgermeister, der gleichzeitig auch Vorsitzender des Sozialausschusses ist und von jeder Fraktion die jüngsten Gemeindevertreter. An und für sich kann jeder Gemeindevertreter oder Gemeinderat kommen.“ (I46)

„Der Bürgermeister selbst beruft die Versammlung in einem Schreiben ein. Ständig gleichbleibende Tagesordnung mit Begrüßung, aktuelle Viertelstunde, Schwerpunktthema (Sachthema), Zielkritik (ob das, was vorgenommen wurde, auch erreicht wurde), Allfälliges.“ (I50)

„Ich habe da aufgelistet, die Jugendgemeinderäte von 1995, wo es begonnen hat, da hat sich ja aus einem Paket von 70 oder 80 Jugendlichen, sind 36 gewählt worden, wie der normale Gemeinderat mit 36 Mitglieder, es ist ja auch so, die Regel, die festgelegt worden ist vom normalen Gemeinderat, wie der Jugendgemeinderat sich organisiert. Wie das ganze abläuft, mit einer Info-Veranstaltung beginnend, die im Jänner stattfindet, dann sind die Ausschüsse, also die Arbeitskreise, dann werden die Ausschüsse gebildet, wo auch die Zahl mindestens und auch die höchste nicht überschritten werden darf und dann in weiterer Folge aus in diesen Gremien dann heraus maximal 36 Jugendgemeinderäte. ... Naja, es läuft schon viel lockerer ab, der Jugendgemeinderat, das ist klar. Warum sollte man jetzt bitte einen Ordnungsruf z. B. erteilen im Jugendgemeinderat? Da heißt es jetzt, ah, das können wir nicht, das stimmt ja nicht zusammen. Das müssen wir anders machen Es hat eh der Bürgermeister den Vorsitz, der da ein bißchen eine Linie drinnen hat, und der ist eh super bei uns. ... Also da ist man eh so, daß man sagt, wir horchen uns das eh gerne an bzw. tun auch improvisieren dabei, weil, daß man es nur in starren Linien laufen läßt wie im normalen Gemeinderat, das geht bei den Jugendlichen sowieso nicht.“ (I53)

Die erwachsenen Projektbegleitpersonen übernehmen im Rahmen ihrer Tätigkeit bei Jugendbeteiligungsprojekten die Funktion von ModeratorInnen, DiskussionsleiterInnen und (Sitzungs-)Vorsitzenden, die den Ablauf vorstrukturieren und auch vorstrukturieren wollen. Sie sehen es teilweise auch als ihre Aufgabe an, Jugendliche auf Beschränkungen unterschiedlichster Art bei der Durchsetzung ihrer Interessen aufmerksam zu machen. Eine Rolle als VermittlerIn bei Konflikten zwischen den Jugendlichen untereinander als auch bei unterschiedlichen Vorstellungen, Wünschen und Ideen von Jugendlichen und Erwachsenen ist wegen des Fehlens von derartigen Konflikten nach Auskunft der Kontaktpersonen häufig nicht erforderlich bzw. wird von diesen nicht angesprochen:

„Na, gestritten wird nicht viel. Ich mein' der Bürgermeister bemüht sich, daß er uns seine Argumente immer recht nahe bringt. Wir wollten zwar erreichen, daß z. B. die Rollerskaterbahn (die Banden) schon im Herbst aufgestellt wird. Dann gab's da Konflikte mit der Asphaltierfirma, usw. – jetzt wird

es eben erst im Frühling gemacht. Ich weiß jetzt aber nicht, ob da der Bürgermeister schuld ist. Konflikte unter den Jugendlichen selbst gibt es gar nicht.“(I1)

„Der Bürgermeister ist selbst Vorsitzender und Diskussionsleiter. Und dazu noch eine Lehrperson (damit Koordination mit Schulen gewährleistet ist).“(I50)

„Ich habe auch zwei Buben, der eine ist auch genau in dem Alter, wo er da genau hineinpaßt und ich finde das eh nicht schlecht, die haben teilweise gute Ideen, aber irgendwo muß man schon eine Linie drinnen haben und muß sagen, ja ein bißchen muß ich das schon lenken und wenn ich sage, ich muß Koordinator spielen, da tue ich mir dann sehr schwer, wenn ich improvisieren muß vom Anfang bis zum Schluß. Wir sind zwar da, daß wir auf alle Möglichkeiten eingehen und ich habe zwei Kollegen, die ... mitgeholfen haben jährlich, die auch für sowas sehr wohl da sind und ad hoc irgendwo aufspringen können, wenn ich sagen kann. Aber nur in diesem Fahrwasser kann es nicht dahingehen. Irgendwo muß ich schon fixe Leitpunkte haben. ... Der Bürgermeister sagt ihnen zum Beispiel, wenn sie mit Ideen kommen und wo über etwas diskutiert worden ist, da weiß er über alles etwas, muß man dazu sagen.“(I53)

„Es geht selber auch. Wenn die Kinder sagen, wir wollen heute ein Turnier machen im Saal, dann wird das auch kein Problem sein. Mit den Erwachsenen ergibt sich das halt optimal, weil da erfahrene Leute sind, weil die meisten Jugendlichen, die kommen, es ist ja so, wir wollen etwas machen, aber wissen nicht, wie wir es machen sollen. Und zu dem sind wir da, daß wir sagen, ja wie schaut es aus, wie sollten wir es machen, dort ist ein Platz und da ist ein Platz, da haben wir viele Gerätschaften, die in der Gemeinde schon vorhanden sind, die wir zur Verfügung stellen.“(I54)

Der Ablauf von Jugendbeteiligungsprojekten mit parlamentarischem Charakter wird – wie bereits erwähnt – weitgehendst von den erwachsenen Begleitpersonen geleitet, d. h. Ideen der Jugendlichen werden gesammelt, verdichtet und gemeinsam aufbereitet bzw. es wird versucht, eigene Ideen den Jugendlichen näherzubringen. Der formale Ablauf ist – mit gewissen Modifikationen – der Erwachsenenwelt entliehen:

„Die haben in den einzelnen Arbeitskreisen, die mit den verschiedensten Sachthemen zu tun gehabt haben, der eine Sport, Freizeit, der andere Soziales, da sind die Themen besprochen worden, was hätten die Jugendlichen gerne, mit einem Brainstorming. Das ist dann aufgelistet worden und da haben sich dann so zwischen 12 und 16 Sachen ergeben, d. h. 16 Tagesordnungspunkte für den Jugendgemeinderat, was die beschlossen haben. Sie möchten haben einen Skaterpark, sie möchten haben Streetsportveranstaltungen, solche Sachen. Beim Sozialen: sie möchten einen Bus von den Stadtbetrieben mit Graffiti bemalen, usw. Es ist, muß ich sagen, zu 100% sind diese Anträge der Jugendgemeinderäte in die Ausschüsse des normalen Gemeinderates bzw. wenn notwendig, in den Stadtsenat und Gemeinderat gekommen und sind zu 100% erfüllt worden.“(I53)

Bei der Verwirklichung konkreter Ideen wird versucht, mit den Jugendlichen den finanziellen Aufwand für die Gemeinde zu erörtern und dadurch die Chancen einer möglichen Realisierung zu diskutieren. Bei Fragen, die nicht unmittelbar geklärt werden können, wird von der Möglichkeit – in Anlehnung an die parlamentarische Arbeit der Erwachsenen – Gebrauch gemacht, ExpertInnen zu den einzelnen Fachgebieten einzuladen und mit ihnen die Sachverhalte zu besprechen:

„Frage: Die Verantwortlichen haben schon gewisse Ideen?

Ja, bzw. sie sagen, wir [die am Projekt beteiligten Jugendlichen; Anmerkung der AutorInnen] könnten einmal, was weiß ich, die Fotografin einladen, wir wollen mehr hören über Fotos, oder wir laden den Finanzreferenten ein, weil wir wollen eigentlich ... einmal ist der Bürgermeister eingeladen worden, einmal der Vizebürgermeister für Umweltangelegenheiten, für wirtschaftliche Angelegenheiten, dann ist, wie gesagt, einmal der Finanzreferent eingeladen worden. Ich meine, das wird gemeinsam erarbeitet. ... Die Kinder und Jugendlichen bringen halt immer die Ideen, z. B. die öffentliche Bibliothek ist jetzt auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit umgestellt worden. Das haben sie selbst gemacht, daß sie da hingegangen sind und ausgemistet haben und dann haben die eben Veranstaltungen gemacht, so wie einen Flohmarkt und in die Firmen sind sie sammeln gegangen für Kinder- und Jugendbücher.“(I39)

Von den Kontaktpersonen werden Partizipationsaktivitäten auch als eine Möglichkeit eines Austausches von Ideen und Vorstellungen zwischen den Generationen gesehen. Einerseits soll den Jugendlichen ein gewisser Realitätssinn (auf den weiter unten noch näher einzugehen sein wird) vermittelt werden, andererseits wollen die erwachsenen Begleitpersonen mehr über die Vorstellungen der jungen Gemeindebürger erfahren:

„Ja, also wir [gemeint ist die Gemeinde; Anmerkung der AutorInnen] machen einmal im Jahr ein Jugendforum, wo wiederum alle Jugendlichen eingeladen werden, wo wir unsere Ideen präsentieren bzw. uns auch neue Ideen holen von den anderen [gemeint sind Jugendliche; Anmerkung der AutorInnen]. Dort kommen auch neue Ideen, weil wir ja nicht wissen können, was die anderen so alles wollen. Z. B. wurde dort eine Rollerskaterbahn angesprochen oder Musikveranstaltungen.“ (II)

„Wir setzen uns zwar zusammen und diskutieren über Themen, d. h. es werden die ganzen Vereine bzw. Körperschaften, sei es Obmann oder sei es Organisator, die setzen sich auf einem Tisch zusammen, machen wieder ein Thema aus, wenn es wieder etwas gibt, letztlich haben wir das Thema AIDS gehabt, da haben wir einen Vortragenden da gehabt und dann schreiben wir das aus und dann laden wir alle zusammen und dann gibt es halt einen Vortrag und Diskussionen darüber. Eigentlich so läuft das ab und jeder Verein arbeitet dann selber das wieder aus. Man gibt einfach Impulse, damit sie dann selber wieder aktiv werden.“

Frage: Die Impulse, Ideen kommen von den Erwachsenen?

Ja, die kommen von uns.

Frage: Und von den Jugendlichen in der Gemeinde kommen auch Ideen?

Da kommen auch Ideen. Das freut uns auch. Wir suchen eh immer nach einem Thema und wenn dann eine Anregung kommt, dann ist sie immer herzlichst willkommen. Und das ist das Um und Auf unseres Bürgermeisters, das muß ich auch sagen, der da dahinter ist, der einfach, wenn etwas von der Bevölkerung etwas kommt, der das dann einfach akzeptiert und aus dem etwas macht und umsetzt. Und es ist ja der Bürgermeister selber dabei, bei solchen Diskussionsabenden und nimmt sich auch Zeit für solche Sachen, das ist auch ganz wichtig. Wenn das Gemeindeoberhaupt von der Jugend gehört wird, das ist auch viel wert, auf alle Fälle.“ (I54)

Zusammenfassend kann konstatiert werden, daß sich die Kontaktpersonen, die Begleitpersonen als MentorInnen, die den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite stehen, begreifen.

Im Gegensatz zu Beteiligungsmodellen mit parlamentarischem Charakter steht bei projektbezogenen Partizipationsaktivitäten die Verwirklichung des konkreten Vorhabens im Brennpunkt der kommunalen Beteiligung. Damit ergibt sich auch ein verändertes Selbstverständnis der Projektbegleitpersonen. Neben den bereits oben erwähnten Funktionen, wie der Vorgabe von Rahmenstrukturen und der Moderation von Diskussionen, wird nun von den erwachsenen Begleitpersonen ein vermehrtes Maß an Koordinations- und Organisationstätigkeiten – wie die Bereitstellung notwendiger Ressourcen oder die Aufsicht der Jugendlichen während der Projekt durchführung – zur Erreichung der Projektziele gefordert:

„Wir arbeiten nicht nur mit Lehrern, sondern wir arbeiten mit Eltern zusammen, wir arbeiten z. B. an diesem Projekt „Wasser ...“ mit dem Stadttheater X zusammen, mit Designern, die uns helfen, Kostüme zu entwerfen, weil das Ganze wird nämlich in Form eines Schauspiels dargestellt, d. h. also mit Tänzen, mit Diaprojektion, mit Multimediashow und dergleichen und ziehen uns dabei Fachleute zu Rate, das sind Choreographen, dann Mitglieder des Stadttheaters X, die also die Mimik mit den Schülern eintrainieren. Die Eltern selbst helfen uns dabei, indem sie für uns z. B. Kostüme nähen, indem sie mit unseren Schülern zu verschiedenen Veranstaltungen fahren, wo die Kinder etwa hin sollten. ... Was noch viel interessanter ist, unsere Eltern sind so, daß wir das praktisch ohne finanzielle Mitteln, nur mit der Mithilfe der Eltern über die Bühne bringen.“ (II6)

„Zu Beginn wurden in der VS von den Kindern Zeichnungen angefertigt, mit ihren Wünschen, wie der Spielplatz aussehen sollte. Diese Zeichnungen wurden mit Herrn X (dieser plant neue Spielplätze) diskutiert. ... Es sollen auch die Eltern mit ihren Kindern an der Errichtung der einzelnen Gegenstände auf dem Spielplatz beteiligt sein.“ (I37)

Die erwachsenen Projektbegleitpersonen nehmen somit oft eine Art Vermittlerposition zwischen den Vorstellungen der Jugendlichen und jener VertreterInnen von Institutionen, die direkt mit

den Projektausführungen konfrontiert werden bzw. der übrigen erwachsenen GemeindegürberInnen, ein. Sie sehen sich sozusagen in einer Schnittstellenfunktion zwischen den Generationen.

Der Projektcharakter, ein konkretes Anliegen zu verwirklichen, und die TeilnehmerInnenstruktur bedingen – nach Angaben der Kontaktpersonen – regelmäßige Hilfestellungen an die Jugendlichen:

„Die Lehrer stehen helfend zur Seite. Weil wir haben hier ja nur Unterstufe. Da ist sozusagen das selbständige demokratische Bewußtsein noch in Entwicklung. Da kann man nicht sagen wie bei einem 14-15jährigem, der da schon eigenständige Gedanken entwickelt.“ (I6)

„Ich begleite, gebe Hilfestellungen, Material zur Verfügung, ansonsten in freier Arbeit durchgeführt.“ (I7)

In der Gestaltung von projektbezogener kommunaler Beteiligung Jugendlicher besteht – wie in allen übrigen Partizipationsformen auch, aber dennoch vermehrt – die Gefahr einer möglichen Zweckentfremdung, eines Mißbrauchs oder einer Alibifunktion. Von kommunaler Seite würden demnach genau jene Projekte präferiert und unterstützt, die nicht dem Grundgedanken der Beteiligung Jugendlicher in der Kommune folgen. In der Partizipationsliteratur wird regelmäßig auf die Gefahr hingewiesen. Stork (1995) fordert bei der Installation von Partizipationsprojekten für Jugendliche daher die „Absicherung von Chancen der Einmischung in allen Schritten des Planungsprozesses, die Minimierung von ExpertInnenherrschaft und den Zugewinn an Macht für bisher ohnmächtige Planungsbetroffene“ (Stork 1995, 9). Dem liegt der Gedanke zugrunde, daß Partizipation als ein „unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen Selbstverwirklichungsideal(s)“ (Freibel et. al. 1979, 18) angesehen werden sollte. Für die beteiligten Jugendlichen würde die Verwirklichung dieses Ideals im Rahmen einer chancengleichen Mitgestaltung kommunaler Aufgaben eine Erhöhung der Selbstbestimmung und der Emanzipierung gegenüber den Autoritäten bedeuten. Als Voraussetzung hierfür wird betrachtet, daß eine „faktische Teilnahmechance“ (Lindner in Egg 1998, 17) aller Jugendlichen besteht, die sich dann entsprechend demokratischer Grundprinzipien freiwillig für eine Teilnahme entscheiden können. Als wesentliche Kriterien für demokratische Jugendpartizipationsprojekte werden daher die gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten, der Dialog zwischen den Generationen, eine aktive Auseinandersetzung mit den Geschehnissen innerhalb der Kommune, die Entwicklung eines demokratischen Bewußtseins und das bessere Erkennen von Zusammenhängen und Entscheidungsabläufen gesehen (z. B. BM für Umwelt, Jugend und Familie o. J., 5ff). Gerade einen chancengleichen Zugang sieht Stork aber nur selten verwirklicht (Stork 1995, 23), da etwa der Bekanntheitsgrad der Projekte zu gering, die Auswahl der PartizipantInnen eingeschränkt ist, die inhaltliche Ausrichtung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekte nicht den Forderungen der Jugendlichen entspricht oder den Jugendlichen nur eine Alibimitgestaltungsfunktion zu kommt. Folgende Interviewsequenzen geben einen möglichen Hinweis auf durchgeführte Projekte, die mehr dieser Alibifunktion als dem demokratiepolitischen Grundgedanken zuzuordnen sind:

„Frage: Wieso haben die Jugendlichen bei der Landschaftssäuberungsaktion mitgemacht?

Wir haben das eigentlich mit den Direktoren besprochen bzw. mit den Lehrern. Die waren eigentlich von Anfang an positiv dazu eingestellt, die haben dann ihren Teil selbst organisiert. Ich meine wegen der Verantwortung und das ganze, daß eine Aufsichtsperson dabei war. Und das andere war, da haben wir dann die Jugendlichen darauf angesprochen, daß halt da zusammengeholfen wird. Die Durchführung war an einem Samstag am Nachmittag.“ (I8)

„Die Jugendlichen haben mitgeholfen. Von der Idee her an und für sich nicht, sondern sie haben mitgeholfen, z. B. beim Liniensetzen, bei Kleinarbeiten. Für die Arbeiten selbst waren ja größere Geräte notwendig. ... Die Jugendlichen sind ja schon sportbegeistert, Fußball, usw. Seinerseits wurde vom damaligen Bürgermeister die Idee geboren, was wäre, wenn wir einen Tennisplatz machen, und da war das Engagement der Jugendlichen sehr, ja okay, sie haben nicht gewußt, wie das geht, wie das

gemacht wird. Gefertigt wurde das, ein Baumeister war dabei, die Landwirte haben geholfen mit Traktoren und die Jugendlichen haben dann, im Zuge dessen, die Kleinarbeiten, also planieren, abziehen, usw. diese Sachen mitgemacht.“(I14)

Wie bereits oben angegeben, erfolgt die Projektinitiierung zum Großteil von Seiten der erwachsenen GemeindegärtnerInnen, d. h. die Idee zu einer möglichen Partizipationsaktivität wird zuerst vorformuliert, und anschließend wird versucht, die Jugendlichen einzubinden. Gerade bei Schulprojekten ist dies der gängigste Ablauf: LehrerInnen versuchen mit ihren SchülerInnen ein Projekt zu verwirklichen oder nehmen an Wettbewerben und Veranstaltungen teil. In solchen Fällen werden die notwendigen Projektarbeiten als Ergänzung zum normalen Unterricht betrachtet und in jeweils jene Unterrichtsgegenstände, die in Verbindung mit der konkreten Projektarbeit gesehen werden können, eingegliedert:

„Wir sind eine Schule im Nationalpark X und haben in Zusammenarbeit mit diesem Nationalpark gerade zwei Projekte laufen, wir gestalten mit einer Kreativklasse, also mit einer solchen Schwerpunktklasse ein Projekt, das ein sogenanntes Country-Dorf für Kinder im Nationalpark gestaltet, also wir, von der Schule aus, machen Arbeiten für die einzelnen Spielplätze bzw. für die Dekoration in diesem Country-Dorf und arbeiten ungefähr ein Jahr lang an diesem Projekt und dann wird das Projekt gemeinsam im Nationalpark vorgestellt. Als zweites arbeiten wir an einem Projekt mit dem Titel „Wasser...“, das ist ein gesamteuropäisches Projekt, das als Symposium im Herbst im Nationalpark vorgestellt wird. ... Es werden solche Unterrichtsgegenstände ausgewählt, die für eine solche Projektarbeit besonders prädestiniert sind. Sie müssen sich ja vorstellen, nicht jedes Projekt hat mit Mathematik, mit Englisch, mit Deutsch zu tun. Wir haben ja leistungsdifferenzierten Unterricht, d. h. also da sind die Schüler in Leistungsgruppen aufgeteilt und nicht in heterogene Klassen aufgeteilt und, da müssen wir natürlich versuchen, daß wir diese Unterrichtszeit nicht zu sehr stören, weil dort immer nur ein Teil davon mitarbeitet und immer nur die Hälfte der Klasse oder nur ein Teil der Klasse dann für den Unterricht anwesend wäre. D. h. wir nützen also Turnstunden, Stunden für bildnerischer Erziehung, eine Geographiestunde, wenn sie paßt oder eine Geschichtestunde, wenn sie paßt, aus, um die Schwerarbeit zu machen, manchmal sind natürlich alle Gegenstände betroffen, z. B. am Freitag kommt zu uns ein Choreograph vom Stadttheater X und da müssen die Schüler einen ganzen Vormittag mit ihm arbeiten. Und natürlich auch außerhalb der Schulzeit, in der Freizeit.“(I16)

„Der Lehrkörper wollte auch den Vorplatz der Schule gestalten. Wir haben dies mit einer vierten Hauptschulklasse (ca. 21 Jugendliche) besprochen und dann das Projekt durchgezogen. Zuerst wurde mit einem Fragebogen, der an alle Klassen verteilt wurde, die Wünsche der Mitschüler erhoben. Danach hat jeder Schüler dieser vierten Klasse einen Plan gezeichnet. Anschließend wurden daraus zwei entworfen. ... Danach wurde ein Elternabend veranstaltet, dort waren auch Politiker und alle die mit Schule zu tun haben. Diesen Personen wurde das Konzept vorgestellt und für gut befunden.“(I18)

„Wir haben einen Fragebogen erstellt bzw. dann auch ein Zeichenblatt dazu gegeben, wo die Kinder dann eben beschreiben können oder auch zeichnen und wie sieht euer Traumspielplatz aus. Und da sind ca. 100 Rückmeldungen zum Verzeichnen gewesen und dann haben wir eben ausgesucht. Also was war am meisten, was war am wenigsten und dann hat man mit Spielplatzhersteller Kontakt aufgenommen, inwieweit sich das verwirklichen läßt, was sie anbieten können, usw.“(I31)

Im Rahmen von Projekten zum Thema Spielplatzgestaltung – vorwiegend eine Möglichkeit für Kinder zu partizipieren –, wie es im vorangegangenen Zitatbeispiel angeführt ist, werden zumeist neben Kindern auch Jugendliche – zumeist im Alter zwischen elf und vierzehn Jahren – in die Phasen des Entwurfs und der Ausarbeitung von Spielplatzkonzeptionen einbezogen. Daher sind auch solche Aktivitäten in unserer Untersuchung enthalten. Jugendliche werden bei diesen Gestaltungsprojekten meist deswegen eingebunden, um ihnen ebenfalls die Gelegenheit für den Entwurf eines auch für ihr Alter gerechten Freiraumes zu bieten. Die Kommunen haben demnach erkannt, daß es für diese Altersgruppe oftmals keine passenden Angebote zur Freizeitgestaltung in der Gemeinde gibt, da Spielplätze häufig nur für Kinder konzipiert sind. Mit der Beteiligung dieser Jugendlichenaltersgruppe an den Spielplatzgestaltungen soll diesem Defizit entgegengewirkt werden. Die „Spielplätze“ sollen sowohl für Kinder als auch für Jugendliche ein attraktives Angebot zum Verbringen ihrer Freizeit sein.

Die Idee zu Jugendzentren oder Jugendtreffs und deren Konkretisierung (siehe Kapitel 3.3) geht – vergleichbar mit projektbezogenen Partizipationsmodellen – meist von Erwachsenen aus, wobei bei diesen einerseits die Motivation, etwas für die Jugendlichen in der Gemeinde zu tun, im Vordergrund steht, und andererseits aus Diskussionen mit und Befragungen von Jugendlichen der Wunsch oder die Idee zu einer solchen Einrichtung entwickelt wird. Die Projektbegleitpersonen sehen sich vorwiegend als Initiatoren der Aktivitäten, die die notwendigen Verbindungen zur Gemeinde und zu Institutionen schaffen und damit die Ressourcen zur Verwirklichung der Errichtung eines Jugendzentrums organisieren. Ist ein solcher Treff installiert, treten die erwachsenen Begleitpersonen im konkreten Ablauf zurück und übernehmen Betreuungsfunktionen bzw. sind Anlaufstelle für Probleme und Konflikte. Das Jugendzentrum soll aus Sicht der Erwachsenen dann den Jugendlichen weitgehendst in freier Nutzung zur Verfügung stehen bzw. von diesen selbstverwaltet werden:

„Der Jugendtreff ist dreimal in der Woche abends geöffnet, die Jugendliche holen sich den Schlüssel und sind dann dort alleine. Es handelt sich um einen autonomen Jugendtreff.“(I24)

Dennoch wird häufig zumindest eine gelegentliche Anwesenheit eines Erwachsenen, u. a. für Betreuungsaufgaben für erforderlich gehalten:

„Wurde von mir persönlich aufgegriffen und versucht, daraus ein Projekt zu machen. Die Motivation dazu war einerseits aus persönlichem Interesse bzw. andererseits wollte ich den Heimatort mitgestalten. ... Aus eigener Initiative habe ich versucht, die Jugendlichen miteinzubeziehen. Habe eine Fragebogenaktion durchgeführt und an alle Jugendlichen verschickt (mit Unterstützung der Gemeinde). Das Ergebnis war in erster Linie das Interesse an einem Jugendtreff. Darüber hinaus wurden Skaterbahnen, etc. genannt. Gemeinsam mit X haben wir dann Diskussionsveranstaltung durchgeführt (mit ca. 60 Jugendlichen). Das Jugendzentrum ließ sich relativ leicht realisieren. Der Bürgermeister hat fürs erste einen Raum zur Verfügung gestellt (zwar Kompromißlösung, wurde jedoch akzeptiert). Mit einer Arbeitsgruppe wurde versucht, diesen Raum zu adaptieren, d. h. über einen längeren Zeitraum wurde fast jedes Wochenende an diesem Raum gearbeitet.

Frage: Als Kontaktperson waren Sie immer dabei?

Prinzipiell ja. Es wurde versucht, einen Verein zu gründen. Einige Erwachsenen haben sich bereit erklärt, den Verein mitzutragen. Der Verein wurde gegründet, auch um zu finanziellen Mitteln zu kommen, und damit die Jugendarbeit auch in der Öffentlichkeit von Erwachsenen mitgetragen wird. Der Jugendtreff ist an drei Tagen zum Wochenende geöffnet. Dort gibt es eigentlich keine ständige Betreuung. Der Jugendtreff ist offen, es gibt jeweils einen Diensthabenden [ein Erwachsener; Anmerkung der AutorInnen], der die Aufsicht übernimmt und stichprobenartige Kontrollbesuche macht.“(I44)

Wesentliches Interesse Jugendlicher an Jugendzentren und -treffs ist es, einen Ort zum Reden, einen Treffpunkt, der für jeden regelmäßig offen steht, zu haben. Daraus können sich Probleme ergeben, Jugendliche für darüber hinausgehende Aktivitäten, die von der erwachsenen Begleitperson gut gemeint sein könnten, zu motivieren:

„Ich wollte an und für sich immer, daß sich die Jugendlichen beteiligen, aber sie haben auch nie wollen. Ab und zu, wenn wir eine Disco gemacht haben oder eine größere Veranstaltung, da war es dann kein Problem. Da ein wenig mitmachen war kein Problem. Aber für den laufenden Betrieb, das ist, ich sehe das auch so, wenn ich den ganzen Tag, die ganze Woche „Action“ habe in der Schule und dann, wenn ich fortgehe auch noch etwas tun soll, ich meine, für mich hat das schon gepaßt. Am Anfang habe ich auch eine Zeitlang gebraucht, bis daß ich es kapiert habe, daß sie nichts tun wollen und nur halt mit den Freunden beisammen sein wollen, es ist dann eh ab und zu, spontan, was weiß ich, wenn dann zum Schluß, wenn es recht ausgeschaut hat, wir dann gesagt haben, helfen wir gemeinsam zusammenräumen, das war dann eh kein Problem. Aber wenn ich sage, machen wir das fix, das hat es nicht gespielt.“(I19)

„Die Jugendlichen treffen sich eigentlich mehr, um zu plaudern, weniger, um bestimmte Projekte durchzusetzen.“(I26)

Bei verbandlichen Jugendpartizipationsprojekten von politischen oder religiösen Organisationen ist die Jugendarbeit zumeist fixer Bestandteil des Selbstverständnisses. Unter diesem Blickwinkel

müssen auch die angegeben Beteiligungsprojekte gesehen werden, d. h. Jugendbeteiligung ist kein Ausnahmefall, sondern Jugendliche werden in den Ablauf und in die Organisation von unterschiedlichen Aktivitäten, wie z. B. von Kultur- und Sportveranstaltungen, von Brauchtumsfeiern oder von Parteiveranstaltungen, eingebunden:

„Wir sprechen uns schon unter den Vereinen ab, was wir machen. Wenn z. B. die Feuerwehr ein Fest macht, dann werden nicht wir parallel dazu ein Fest machen, da schau'n wir schon, daß wir miteinander das ganze durchziehen. Und helfen sich gegenseitig, daß wir da nicht konkurrieren. ... Wenn er Blasmusik nicht mag, geht er einfach nicht hin. Aber wir sind ein kleiner Ort, es sind bei uns viele aus dem Musikverein im Jugendforum dabei. Und wenn die anderen was machen, will man natürlich zu-sehen.“(I2)

„Es sind Kulturwochen durchgeführt worden. Im Zuge dessen machen die Jugendlichen [ein Verband von Jugendlichen; Anmerkung der AutorInnen] z. B. Theateraufführungen, organisieren sich das selber. ... Und dann machen sie noch Chorauftritte, als Chorgemeinschaft sozusagen und für kirchliche Anlässe, das tun sie aber auch selber organisieren, vollständig selber. Und dann organisieren sie im Rahmen des Jugendparlamentes – das ist bei uns demokratisch gewählt – ... die machen auch wieder Veranstaltungen

Frage: Und das ist tatsächlich selbst organisiert? Da ist keine erwachsene Person dabei?

Nein, das ist interessant gewesen, das hat eigentlich der Herr Bürgermeister im Zuge der Ortsentwicklung – das Projekt sozusagen gestartet, und hat das von der Idee her bis zur Verwirklichung den Jugendlichen überlassen. Wir machen nur Hintergrundhilfe, d. h. die jungen Leute kommen unter Umständen und sagen, da brauchen wir ein Geld. Das wird aber auch erst dann flüssig gemacht, wenn sie z. B. einen Finanzierungsplan vorlegen, wo man sieht, daß sie sich Gedanken machen darüber.“(I5/6)

Die Einbindung Jugendlicher in die Bewältigung unterschiedlicher Anforderungen hat bei diesem Projekttypus mehr Tradition und ein größeres Maß an Selbstverständnis. Gleichzeitig besteht auch hier – wie bei anderen Projekttypen – die Gefahr der Ausnutzung jugendlicher Arbeitskraft innerhalb der Organisation, wobei aus den Interviewsequenzen nicht immer eindeutig erkennbar ist, ob die oben genannten Anforderungen der Freiwilligkeit und der Mitbestimmung erfüllt sind:

„Es ist so, daß bei ... der gesamte Kirchteil, sprich der Pfingstmontag, wo diese Brauchtumsveranstaltung veranstaltet wird, organisiert von der Jugend und auch von der Jugend also betreut und sprich die gesamte Verantwortlichkeit wird hier in die Jugend vertraut. Es kommen dort von draußen 2000-3000 Gäste jährlich und diesbezüglich muß die ganze Versorgung, die Bewirtung von der Jugend durchgeführt werden. ... Da gibt es überhaupt keine Erwachsenen sprich etwas älter darüber hinaus sind. Sondern hier liegt die alleinige Verantwortung bei derjenigen Organisation, ... Dort wird das Gesamte durchgeführt, da liegt der gesamte Verantwortungsbereich. Da gibt es keinerlei Einflüsse.“(I15)

„Das war nicht konkret ein Projekt, sondern wir sind so eine Gruppe, und wir [Mitglieder einer Jugendparteiorganisation; Anmerkung der AutorInnen] ... machen da eigentlich laufend Veranstaltungen, über das ganze Jahr verteilt. ... Die Jugendlichen sind Besucher und Organisatoren und in weiterer Folge auch als Ausführer, die da helfen, z. B. bei Festen ausschenken.“(I21)

„Es handelt sich hierbei um einen Drei-Kampf und andere unterschiedlichen Bewerbe (wie Radgeschicklichkeit, Dart, Tennis, Spielbus oder Volleyball). Die Initiative ging von mir aus, als damaliger Vorsitzender ... [eines Verbandes und eines Referates in der Gemeinde; Anmerkung der AutorInnen]. Es werden jährlich neben Plakate noch Handzettel an die Schulen verteilt. ... Die Jugendlichen nehmen nur an den Wettbewerben teil, können nicht mitsprechen bzw. die Sport- und Spieltage organisieren.“(I38)

In Tabelle 3.4.1 sind zusammenfassend jene Merkmale ersichtlich, die die Rahmenbedingungen und den Ablauf je Projekttyp charakterisieren.

Tabelle 3.4.1: Rahmenbedingungen und Projektablauf je Projekttyp

Projekttyp	Rahmenbedingungen und Projektablauf
parlamentarisch	<ul style="list-style-type: none"> • Eher formal starre Rahmenbedingungen, • Vorbild ist das politische System der Erwachsenenwelt, • Jugendliche PartizipantInnen werden von den Projektverantwortlichen offiziell zur Aktivität eingeladen.
projektorientiert außerhalb des Schulunterrichts	<ul style="list-style-type: none"> • Die Verwirklichung eines konkreten Vorhabens steht im Vordergrund der Aktivität, • Die Rahmenbedingungen sind unterschiedlich, meist aber nicht so starr wie bei parlamentarischen Formen.
projektorientiert im Rahmen des Schulunterrichts	<ul style="list-style-type: none"> • Die Projekte werden zumeist als Ergänzung des normalen Unterrichts gesehen, • Die Rahmenbedingungen sind die des Schulalltags.
Jugendzentrum/-treff	<ul style="list-style-type: none"> • Die Verwirklichung der Projektidee „Jugendzentrum“ bzw. „-treff“ steht im Vordergrund, • Ist ein solches Zentrum errichtet, so geht das Projekt in die Phase „Nutzung“ mit Problemen, Jugendliche für weitere Projektarbeit zu motivieren, über.
verbandsorientiert	<ul style="list-style-type: none"> • Die Jugendbeteiligung gilt in verbandlichen Organisationen zumeist als fixer Bestandteil ihrer Arbeit.

Tabelle 3.4.2 gibt Auskunft über die Rollendefinition der Begleitpersonen durch die Kontaktpersonen je Projekttyp.

Tabelle 3.4.2: Rollendefinitionen der Begleitpersonen je Projekttyp

Projekttyp	Rollendefinitionen der Begleitpersonen
parlamentarisch	<ul style="list-style-type: none"> • Sieht die Projektarbeit oft als Erweiterung ihrer politischen Arbeit bzw. Funktionärstätigkeit, • Konzentration auf einen formal korrekten Ablauf der Aktivität, • Sieht sich als ModeratorIn, DiskussionsleiterIn und MentorIn, • Steht mit „Rat und Tat“ den Jugendlichen zur Seite.
projektorientiert (a)	<ul style="list-style-type: none"> • Sieht sich als ModeratorIn und OrganisatorIn, • Übernimmt eine Menge an Koordinations- und Organisationstätigkeiten, • Gibt in etwa die Rahmenstrukturen vor, • Gibt regelmäßig Hilfestellungen an die Jugendlichen.
Jugendzentrum/-treff	<ul style="list-style-type: none"> • Übernimmt Koordinations- und Organisationstätigkeiten, • Stellt die Schnittstelle zwischen den Jugendlichen und den VertreterInnen der Gemeinde dar, • Beschafft Ressourcen, • Übernimmt Betreuungsfunktionen, • Sieht sich als ModeratorIn, DiskussionsleiterIn und BetreuerIn.
verbandsorientiert	<ul style="list-style-type: none"> • Übernimmt Koordinations- und Organisationstätigkeiten.

(a) Bezuglich der Rollendefinitionen ergaben sich keine Unterschiede zwischen im Rahmen des Schulunterrichts durchgeführten Projekten und außerschulischen Projekten.

3.5 TeilnehmerInnenstrukturen kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte und Motive der Teilnahme

Wer sind nach Einschätzung Erwachsener nun jene Jugendlichen, die sich an kommunalen Partizipationsprojekten beteiligen? Zur Beantwortung dieser Frage soll in einem ersten Schritt festgestellt werden, auf welchen Wegen Jugendliche über Mitbestimmungsprojekte informiert werden und wie sich die an den Projekten aktiv Teilnehmenden rekrutieren.

3.5.1 Wege der Information der Jugendlichen über geplante Partizipationsprojekte

Bei den Mitbestimmungsmodellen mit *parlamentarischem Charakter* werden die Jugendlichen auf drei verschiedenen Informationswegen, die sich mitunter ergänzen, erreicht. Im ersten Fall werden über die bereits bestehenden Vereine und Verbände in der Gemeinde die Jugendlichen von der Möglichkeit der Teilnahme an kommunalen Beteiligungsaktivitäten informiert und angeregt, mitzutun:

„Aus allen Vereinen, die es im Ort gibt (Sportverein, Feuerwehr, Parteien, Bauernbund, Landjugend, ...) wurden Vertreter geschickt. Aus diesen Vertretern hat sich dieses Parlament konstituiert. Außerdem gab es noch ein Jugendforum, wo alle Jugendlichen zwischen 12 und 18 oder 20 Jahren eingeladen wurden. Aus diesem Forum sind nochmals zwei bis drei Vertreter (aus den Rollerskatern) gewählt worden. Insgesamt sind es jetzt 12-15 Leute, d. h. daß jetzt alle Schichten vertreten sind.“(II)

Aus dem letzten Interviewbeispiel ist ein Detail der Sichtweisen von Betreuungspersonen hinsichtlich der Reichweite von Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekten erkennbar. Hier nimmt die befragte Person an, daß bereits alle Schichten von Jugendlichen einer Gemeinde in diesem Projekt vertreten sind. Es reicht gemäß dieser Meinung nach aus, wenn jugendliche VertreterInnen aus den kommunalen Vereinen in das Projekt eingebunden werden bzw. wenn Jugendliche formell eingeladen werden. Daß aber, wie weiter unten noch zu zeigen sein wird, gerade jene Jugendlichen eher an Mitbestimmungs- und Beteiligungsprojekten teilhaben, die von vornherein ein aktiveres Leben führen bzw. jene, die eher die Chancen einer partizipativen Projektarbeit ergreifen können, wird in dieser Sichtweise vernachlässigt.

Die Beteiligungsprojekte an den Schulen bzw. im Unterricht bekannt zu machen, kann als zweite Möglichkeit angesehen werden:

„Auf zwei Schritten ist es organisiert: Zum einen über die Schulen, der zweite Schritt war, daß wir die Vereine eingeladen haben, die aktive Jugendarbeit haben (Jugendvereine, Sportvereine mit starken Jugendsektionen) und haben sie eingeladen zu einem Gespräch, was sie überhaupt sagen. Recht gut angekommen. Dann haben wir gemeinsam eine Geschäftsordnung ausgearbeitet. Dann haben sich die Jugendlichen so eine Art Vorstand gewählt (Sprecherin, Stellvertreterin, Finanzverantwortliche, Schriftführer).“(I9)

Der dritte und formalste Weg ist die schriftliche Benachrichtigung aller Jugendlichen in einer Gemeinde, mit der Aufforderung, an den Partizipationsaktivitäten teilzunehmen. Dabei können Jugendliche direkt angeschrieben (die Adressen werden von den Meldeämtern bezogen) werden oder die Gemeindevertretung veröffentlicht einen Aufruf zur Teilnahme an Jugendpartizipationsaktivitäten in (Gemeinde-)Zeitungen:

„Wir haben ja ausgeschickt Altersgrenze, 1.900 Einladungen und von da sind diese 21 über geblieben.“(I53)

„Es werden Postwurfsendungen an Jugendliche gestaltet.“(I17)

„Es ergehen Einladungen mit Adressen vom Meldeamt an die Jugendlichen.“(I46)

„Wir haben immer versucht es zu publizieren, wir haben auch in der Gemeindezeitung einen Platz gelassen, es sind am Anfang ein paar Texte gekommen, und dann ist es wieder gestorben.“(I9)

Bei den anderen Typen von Partizipationsmodellen können diese beschriebenen Wege der Kontaktaufnahme mit den Jugendlichen ebenfalls konstatiert werden. Im Unterschied aber zur parlamentarischen Beteiligungsform, wo die Initiative und Trägerschaft der Projekte hauptsächlich bei den GemeindevertreterInnen liegt, übernehmen bei den bereits oben beschriebenen anderen vier Aktivitätstypen diese Aufgaben die unterschiedlichen Projekträger selbst. Beispielsweise anzuführen sind, u. a. Projekte, die im Rahmen des Schulunterrichts durchgeführt werden. Die Ideen zu diesen Aktivitäten werden zumeist – wie bereits erwähnt – von der Lehrerschaft, den SchuldirektorInnen oder den Eltern an die Jugendlichen herangebracht, wobei sie entweder in enger Kooperation mit GemeindevertreterInnen oder als unabhängiges Schulprojekt durchgeführt werden können:

„Zuerst wurde die Klasse informiert, daß es diese Möglichkeit gibt. Die Klasse hat sich dann aus fünf Themenbereichen eines ausgesucht. Wenn die Bereitschaft der Klasse nicht da ist, brauche ich so ein großes Projekt nicht machen. Ich bin nicht dazu da, daß ich die Leute ständig zur Arbeit antreibe, sondern es muß auf Freiwilligkeit basieren.“(I7)

Als weiteres Beispiel kann die Installation und der Betrieb von Jugendzentren herangezogen werden. Die Träger dieser Einrichtungen sind meist den unterschiedlichen Jugendorganisationen

nen wie Parteijugend, Pfarre, etc. oder den JugendvertreterInnen der Kommunen zuzuordnen, die dann zuallererst „ihre“ Jugendlichen zu aktivieren versuchen. Vergleichbares gilt für die Projekttypen „Verband“ und „Aktion“:

„Frage: War da ein Aufruf an die Jugendlichen?“

Ja, sicher. Das ist ja eine kleine Gemeinde, das spricht sich ja schnell herum, das ist geschwind gegangen, ja.“ (I14)

„Frage: Wie setzt sich das Jugendforum zusammen?“

Im Zuge der Aktion Dorf- und Stadterneuerung des Landes X hat sich ein Jugendforum ergeben. Es wird von einer Dame als Vorsitzende betrieben, mit ein paar Mitgliedern. Diese hat Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren eingeladen und Gespräche geführt.“ (I47)

Tabelle 3.5.1 faßt die unterschiedlichen Möglichkeiten der Bekanntmachung von Partizipationsaktivitäten zusammen.

Tabelle 3.5.1: Bekanntmachung der Projekte

Projekttyp	Bekanntmachung der Projekte
parlamentarisch	<ul style="list-style-type: none"> • Über schon bestehende kommunale Vereine und Verbände kann an die Jugendlichen herangetreten werden. • Über die Schulverwaltung werden die Projekte bekanntgemacht. • In schriftlicher postalischer Form werden Jugendliche auf die Möglichkeit von Partizipation aufmerksam gemacht werden. • Der Gemeindevertretung sind die Mitbestimmungs- und Beteiligungsmodelle für Jugendliche ein Anliegen und sie übernimmt die Einladungen.
andere Typen	<ul style="list-style-type: none"> • Die oben beschriebenen Möglichkeiten gelten auch hier. • Hier sind es aber die unterschiedlichen Projektträger selbst, die die Jugendlichen ansprechen wollen, bzw. die Jugendlichen suchen selbst den Kontakt zu Erwachsenen.

3.5.2 Faktoren, die die Teilnehmebereitschaft mitbestimmen

Welche Kriterien können nach Meinung der befragten Kontaktpersonen die Teilnahme Jugendlicher an kommunalen Beteiligungsprojekten fördern? Bei den *parlamentarischen Aktivitätsformen* sind vor allem zwei wesentliche Bedingungen festzumachen, die zu einer erfolgreichen Teilnahme führen können. Erstens lassen sich Jugendliche mit gemeinsamen oder annähernd ähnlichen Interessen, die bereits eine Gruppe, unabhängig vom möglichen Partizipationsprojekt, bilden oder sich in einer Clique bewegen, leichter zur Teilnahme an kommunalen Beteiligungsaktivitäten motivieren. Daraus läßt sich ein zweiter Punkt ableiten, daß nach Einschätzung der Interviewpartner eben diese Jugendlichen bereits meist ein allgemein höheres Aktivitätspotential besitzen, welches wiederum als Bedingung für eine mögliche Teilnahme angesehen wird. Es läßt sich zusammenfassend konstatieren, daß Jugendliche, die generell mit Freunden etwas aktiv unternehmen, leichter auch für kommunale Belange zu motivieren sind:

„Frage: Haben sich die Jugendlichen schon vorher gekannt?“

Interessant, ja. Natürlich mehrere Bereiche. Z. B. eine kleine Clique, die nach Y in die Schule gefahren ist, oder Sportler haben sich auch zusammengetan, ein bißchen. Das hat man schon gekannt, daß da so eine kleine Gruppenbildung ist, aber X ist ja nicht so groß, also die kennen sich ja durch die Bank alle. ... Ja, ja muß man schon sagen. Das hat man schon gekannt, wenn einer passiv ist, dann geht er gar nicht dazu zu sowsas.“ (I9)

„In den Schulen wird es immer vorgestellt, und wer sich dann melden möchte dann. Ja, da bildet sich eine Gruppe und manche kommen ein-, zweimal, schauen sich das an und kommen dann nicht mehr und sagen dann, das interessiert mich nicht oder da sollte ich etwas machen, was mir keine Freude macht. Aber die, die da mitmachen, also vor allem beim Jugendgemeinderat, die sind vom Anfang an dabei, die sind eigentlich mit Elan dabei. Und die machen sehr viel selbstständig.“ (I39)

„Es gibt schon eine Gruppe. Es gibt da einen gewissen Kern, der besonders engagiert ist, der überall dabei ist. Aber es kommen immer wieder neue dazu. ... Die kennen sich einfach gut. Die einmal enga-

giert sind, die sind dann eh überall dabei, und das ist auch ganz wichtig. Wir haben um die 20 Vereine, und es sind sicher viele bei anderen Vereinen auch dabei und dadurch weiß ein jeder viel vom anderen auch. Das ist, glaube ich, auch ganz wichtig, weil das kann ein jeder wieder in seiner Gruppe einbringen.“(I54)

Werden im Rahmen des Schulunterrichts Aktivitäten initiiert und durchgeführt, so kann nach Meinung der befragten Lehrerschaft das Hauptinteresse der SchülerInnen an der Projektteilnahme in der Auflockerung der Schulstunden konstatiert werden. Auflockerung meint hier, sich betätigen oder an Projekten teilhaben, ohne daß die Ergebnisse unmittelbar der schulischen Bewertung unterliegen müssen:

„Frage: Aus welchem Grund machen Jugendliche da mit?

Der erste Grund ist der, daß Schüler ein Bedürfnis nach anderen Unterrichtsformen haben. Wenn sie sich vorstellen, daß ein Schüler heute sechs Stunden in der Klasse drinnen sitzt und sechs Stunden mit einem Frontalunterricht konfrontiert wird, dann merkt der Schüler von Haus aus, das ist eine andere Form, das gefällt mir. Und der Schüler ist nicht so sehr darauf bedacht, daß er keine Unterrichtszeit hat oder so. Viele Schüler haben auch in der Freizeit keine Beschäftigung und sehen da eine sinnvolle Beschäftigung.“(I16)

„Frage: Wieso machen dann Jugendlich da überhaupt mit?

Da ist erstens einmal, wenn sie eine ehrliche Antwort wollen, glaube ich, daß gerade dieser projektorientierte Unterricht eine Auflockerung also im Schulleben ist, und wenn ich ein bißchen was in der Freizeit mache, habe ich diesen aufgelockerten Unterricht auch wieder. Ich glaube, das ist sicher ein Motiv.“(I55)

Bei kommunalen Beteiligungsprojekten mit projektbezogenem Charakter, der Beteiligung an der Errichtung und Nutzung von Jugendtreffs und der aktiven Teilnahme an Aktionen in der Gemeinde lassen sich auch hier die bereits oben erwähnten Motive der partizipativen Handlungen erkennen. Nach Aussagen der befragten Projektkontaktepersonen sind die Jugendlichen meist aktiver als die NichtteilnehmerInnen, und wenn sie sich an einem Projekt beteiligen, so kommen sie gemeinsam mit ihren Freunden, bewegen sich also in einem ihnen bekannten Umfeld:

„Frage: Wie sind die Jugendlichen erreicht worden?

Man hat vom Jugendtreff schon gesehen, wo sind die Sportler und Skater. Die hat man dann ange-sprochen (untereinander weiterverteilt). Diese sind dann erschienen. In X relativ einfach, weil es nur eine Clique von ca. 20 Leuten ist. Und dann der Inlineskaterclub (vom Sportgeschäft aus), da sind schon ältere (über 20 Jahre) dabei, die sind leicht ansprechbar. Da sagt man zum „Chef-leader“ von denen dort, wir haben was, er soll das verbreiten.

Frage: Sind das spezielle Jugendliche (z. B. bei den Treffs)?

Man merkt schon, es kommen die, die Interesse haben.“(I45)

„Frage: Leute, die sich engagieren, sind eher aktivere von der Grundstruktur her?

Ja, muß ich schon sagen. Die auch viel ohne Eigennutz arbeiten.“(I2)

„Frage: Sind das besondere Jugendliche, die auch sonst aktiver sind?

Ja, man muß das wirklich sagen, das sind schon im Gesellschaftsleben aktive Menschen. Die sozusagen gewisse Führungseigenschaften entwickelt haben in ihrem Leben.

Frage: Wodurch kommt das glauben Sie? Durch die Eltern vielleicht schon?

Ja, das ist schon möglich. Und auch weil sie von Jugend auf schon in Sportvereinen sind, bei der Musikapelle, bei der Feuerwehr und sich dort auch entwickeln.

Frage: Also die traditionellen Vereine sind für sowas also schon wichtig?

Ja.

Frage: Die Jugendlichen, die etwas machen, sind aber schon befreundet?

Ja, das schon. Der Kern ist schon eine integrierte Gruppe von Jugendlichen immer wieder. Da finden sich dann halt andere dazu, die halt neue Ideen haben.“(I5/6)

„Frage: Waren die Jugendlichen vorher schon aktiver?

Das auf alle Fälle, das gewisse Etwas bringt jeder mit. Es gibt keinen Organisator, der alles perfekt

macht ... Und wenn er das gewisse Etwas nicht mitbringt, nehm' ich an, daß er auch nicht mitmacht.“ (I15)

Welche Gründe sind nun nach Einschätzung der erwachsenen Kontaktpersonen ausschlaggebend, daß Jugendliche nicht an kommunalen Mitbestimmungsprojekten teilhaben? Aus den weiter unten angeführten Zitatbeispielen ist ersichtlich, daß die InterviewpartnerInnen den Haupthindernisgrund einer möglichen Teilnahme an Partizipationsaktivitäten in einem engen Zusammenhang mit den zu entscheidenden und auszuführenden Ideen und Aufgaben sehen. Sind für die Jugendlichen die Themen der Beteiligungsprojekte nicht in ihrem konkreten Lebensalltag als maßgeblich einzuordnen, verschwindet ein – vielleicht kurzfristig dagewesenes – Interesse sehr rasch, oder die Projekte werden erst als gar nicht vorhanden wahrgenommen. Gerade wenn ein Projekt von einer Institution oder Organisation, die die Jugendlichen eindeutig einer politischen oder religiösen Weltanschauung zuordnen können, zu verwirklichen versucht wird, ist die Hemmschwelle zur Teilnahme bei jenen potentiellen PartizipantInnen einer Kommune, deren Alltag sich abseits oder diametral entgegengesetzt zu dieser Denkweise vollzieht, sehr hoch:

„Frage: Gibt es Jugendliche, die da nicht erreichbar sind?

Schwer zu sagen. Ich könnte mir es vorstellen, das wird man wahrscheinlich überall haben.

Frage: Die z. B. auch mit der Gemeinde nichts zu tun haben wollen?

Ja, gibt's genug, keine Frage. Umgekehrt genauso. Wenn ich die Pfarre hernehm': Die machen hervorragende Jugendarbeit, aber wenn einer der Pfarre oder dem Glauben etwas fernsteht, dann wird er nicht hingehen.“ (I9)

„Frage: Sind manche Jugendliche nicht erreichbar?

... zum anderen, die traditionelle Gruppe der Landjugend. Die grenzt sich da komplett ab. Da hat es im Vorfeld schon Probleme gegeben. Das trifft insbesondere für Jüngere zu (13-, 14jährige). Daneben die 16-, 17jährigen, die sind eher traditionell behaftet (traditionelle Vereine), wenn auch viele mit der Landjugend nichts anfangen können, aber irgendwas Neues anzunehmen kommt dann auch nicht in Frage.“ (I44)

Als ein weiterer Grund der Nicht-Teilnahme kann das jeweilige unterschiedliche Interesse an Partizipationsaktivitäten je Jugendlichenaltersgruppe angesehen werden. In den verschiedenen Alterskohorten können sich die Themen, die für die gleichaltrigen PartizipantInnen von großer Bedeutung sind, dann doch erheblich voneinander unterscheiden:

„Frage: Gibt es Jugendliche, die man so nicht erreichen kann?

Ja, ich mein', es gibt immer wieder Jugendliche, die mit dem gar nichts zu tun haben wollen. Ganz junge (12, 13jährige) erwischen wir gar nicht. Da müßte fast einer dabei sein, der noch in die Hauptschule geht oder so, da hat sich noch keiner gefunden. Entweder denken sie, da sind sie die Jüngsten und haben noch nichts zu melden. Also auch die, die sich aus dem Jugendforum gemeldet haben, waren schon 17-18 Jahre alt.“ (I1)

„Frage: Gibt es gewisse Jugendliche, die damit nicht erreichbar sind?

Es gibt immer wieder Leute, die sich, wenn sie nicht selber finanziell oder in irgendeiner anderen Weise profitieren nichts tun, das ist überall. Es gibt sicher in X, da geh ich jetzt in die jüngere Schicht (14-16 Jahre), wo man sagt, daß sie einfach noch nicht reif genug sind, sich so was zu trauen. Daß sie da nicht einfach wo mitarbeiten, die einfach ein bissel gschamig sind, bescheiden und sich nicht trauen. Das ist das blöde Alter, die pubertären Probleme, da kann das schon passieren, daß einer sich nicht traut da dabei zu sein.“ (I2)

Die Wahl der Partizipationsprojekte, an denen die Akteure teilnehmen, kann somit als rationale Entscheidung interpretiert werden. Jugendliche nehmen dann an Projekten teil, wenn sie dieser mehr Lösungskompetenz zuschreiben als anderen Handlungsalternativen. Prisching (1986) sieht das Partizipationsverlangen „als rationale Ausgestaltung der seit jeher vorhandenen Wünsche zur Interessensdurchsetzung im Sinne eines allmählichen Lernprozesses“ (Prisching 1986, 53). Partizipation ist demnach im Vergleich zu Handlungsaktivitäten der Vergangenheit nicht ein neues soziales Phänomen, sondern dieses „andere“ Handeln begründet sich durch die ande-

ren, heute möglich gewordenen und zu verwirklichenden Handlungsalternativen. Und es werden jene Handlungsalternativen gewählt, die für die Jugendlichen als die zielführensten angesehen werden. Dies kann demnach nach Beck (in: Hoffmann-Lange 1995, 277) bedeuten, daß eben nicht politische, sondern technologische bzw. wirtschaftliche Handlungsoptionen von den Jugendlichen bevorzugt werden. Weiters vertritt Prisching die Ansicht, daß die Entscheidung zugunsten eines Projektes aus Rentabilitätsgründen gefällt wird. Zum Beispiel haben aufsehenerregende Beteiligungsprojekte eine erhöhte Medienpräsenz, die ihnen eine vermehrte Bedeutung bei der Lösung anstehender sozialer Probleme zusichert. „Es wird rentabler, zu unkonventionellen Protestaktivitäten, zu Gags und Aktionen, zu greifen, statt sich in einer Partei „hinaufzudienen“ (Prisching 1986, 54). Prisching konstatiert eine Verschiebung der Rentabilität hin zu alternativen Wegen, etwa Partizipationsprojekten, um die eigenen Interessen (besser) durchsetzen zu können:

„Die anderen Jugendlichen waren bei der Planung nicht vertreten. Eigentlich waren es die Skater und die Landjugend und die Katholische Jugend, die für einen Fun-court und Beachvolleyball sehr interessiert waren. Neben der Skaterbahn sind auch diese Dinge dabei.“ (I57)

„Frage: Gibt es Leute, die man so nicht erreichen könnte?

Das glaub ich schon ja. Also das sind solche Gruppen, die nirgends, also bei Vereinen und so mitarbeiten, die sich einfach überall ausschließen, weil sie einfach so uninteressiert sind, sagen wir es, so wie es ist.

Frage: D. h., Sie glauben, es waren hauptsächlich Jugendliche dabei, die in Vereinen tätig sind?

Ja schon, und die dann einfach dazu stehen und für die Öffentlichkeit etwas tun wollen. Aber es gibt eben genauso Leute, die, wenn's ums Arbeiten oder Gemeinsamkeiten geht, nicht zum haben sind.

Frage: D. h., eine gewisse Grundmotivation braucht man da schon, daß man mitmacht?

Ja, es fehlt allgemein die Motivation von den Ganzen und es läßt leider immer mehr nach, sagen wir so.“ (I8)

„Frage: Dennoch Jugendliche, die so nicht erreichbar sind?

Bestimmt. Weil der Ort expandiert. Es kommen Siedlungen dazu. Die Jugendlichen gehen dann nicht zur Blasmusik oder Freiwilligen Feuerwehr. Die im Jugendtreff haben mit dem Dorf sozusagen nichts zu tun.“ (I49)

Tabelle 3.5.2 verdeutlicht zusammenfassend nochmals die wichtigsten Motive, die die erwachsenen Projektkontakte Personen bei den Jugendlichen konstatiert haben.

Tabelle 3.5.2: Motive der Teilnahme

Projekttyp	Motive der Teilnahme
Parlamentarisch	<ul style="list-style-type: none">• Gemeinsame bzw. ähnliche Interessen der jugendlichen PartizipantInnen.• Jugendliche mit einem meist höheren Aktivitätspotential, die sich engagieren wollen.
Projektorientiert, Jugendzentrum/-treff, Aktion	<ul style="list-style-type: none">• Gemeinsame bzw. ähnliche Interessen der jugendlichen PartizipantInnen.• Jugendliche mit einem meist höheren Aktivitätspotential, die sich engagieren wollen.
projektorientiert im Rahmen des Schulunterrichts	<ul style="list-style-type: none">• Auflockerung des Schulunterrichts.

Nachfolgend sollen nochmals all jene Hinderungsgründe für eine Teilnahme an kommunalen Mitbestimmungs- und Beteiligungsaktivitäten, die von erwachsenen Kontakt Personen konstatiert wurden, angeführt werden:

- Große Altersunterschiede der partizipierenden Jugendlichen
- und damit eng verbunden, die unterschiedlichen Interessen,
- ebenso die verschiedenen Interessen der einzelnen Jugendlichengruppen,
- weiters, wenn politische oder religiöse Weltanschauungen der Projektträger von den Jugendlichen als vorherrschend angesehen werden, und
- wenn dem Projekt keine oder nur geringe Problemlösungskompetenz zugeschrieben wird.

3.6 Projektziele und Projektzielerreichung

Welche Ziele werden nun mit der Installierung von kommunalen Jugendbeteiligungsmodellen verfolgt? In diesem Abschnitt sollen zuallererst die mit einer Projektidee verbundenen Sachziele näher betrachtet werden, d. h. welche Themen den Jugendlichen, nach Meinung der erwachsenen Kontaktpersonen, wichtig erscheinen, und in welchem Ausmaß die jeweiligen Sachziele erreicht wurden. Unter Sachziele können z. B. die Verwirklichung konkreter Ideen (wie die Errichtung eines Spielplatzes, die eines Jugendtreffs,, etc.) bzw. auf einer Ebene abstrakter Zielvorstellungen, die Steigerung der Motivation zur Teilnahme Jugendlicher an kommunalen Anliegen und Projekten, angeführt werden. Auf die mit der Durchführung von Beteiligungsaktivitäten verbundenen Auswirkungen wird weiter unten noch einzugehen sein.

Die Sachziele, die im Rahmen parlamentarischer Partizipationsprojekte verfolgt werden, sind zumeist Anliegen der PartizipantInnen in Richtung einer möglichen Um- oder Neugestaltung des kommunalen öffentlichen Raums. Beispielhaft anzuführen wären hier Projektideen, die zu einer Spielplatzneugestaltung oder zur Planung und Errichtung eines Skaterplatzes führen. Dies bedeutet, daß bei der Diskussion im Rahmen der parlamentarischen Partizipationsaktivitäten zumeist auf der Ebene des gewünschten Sachziels eingestiegen wird, und jegliche ideologischen oder politischen Auseinandersetzungen, wenn überhaupt im Hintergrund ablaufen. Parlamentarisch kann hier also bedeuten, daß der Ablauf kommunaler Beteiligungsaktivitäten den institutionalisierten Modellen angelehnt wird, dann aber ein konkretes (Sach-)Ziel in den Vordergrund der Teilnahme rückt:

„Zu Beginn wurden in der Volksschule von den Kindern Zeichnungen angefertigt, mit ihren Wünschen, wie der Spielplatz aussehen sollte. Diese Zeichnungen wurden mit Herrn X (dieser plant sehr viele neue Spielplätze) diskutiert. Der nächste Schritt beinhaltete einen Kindernachmittag: an diesem Tag wurde das Projekt den Kindern vorgestellt und von diesen bewertet. Der dritte Schritt: jetzt wurden auch die Eltern eingeladen und der zukünftige Spielplatz vorgestellt. Den Eltern sollte bewußt gemacht werden, daß es auch andere Möglichkeiten für eine Spielplatzgestaltung gibt. Die Arbeitsgruppe setzt sich nun aus den Hauptschülern zusammen, die ebenfalls Ideen einbringen konnten. ... Es sollen auch die Eltern mit ihren Kindern an der Errichtung der einzelnen Gegenstände auf dem Spielplatz beteiligt sein.“ (I36,37)

„Die Themen kommen von den Jugendlichen. Sie haben auch schon verschiedene Projekte jetzt gemacht, also daß sie auf die Idee gekommen sind, daß man, wir haben da bei uns ein Einkaufszentrum in der Nähe, daß sie dort eine Befragung gemacht haben, also das haben die Kinder selbst gemacht, wie kinderfreundlich sind die Geschäfte oder so irgendwie dann. Sie haben sich da einen Fragebogen erarbeitet und mit dem sind sie in die Geschäfte testen dann gegangen. ... Was sie erwirkt haben, ich meine ich weiß es nicht, es ist z. B. eine Ampel, die war, weil sie immer wieder gesagt haben, sie möchten dort etwas haben, es war wirklich immer, was haben sie noch gemacht, also diese Forderung haben sie noch nicht ganz erfüllt bekommen, es ist halt ein Basketballplatz, es ist eine Lösung, mit der sie noch nicht ganz zufrieden sind, weil es ein noch kein betonierter Platz ist. ... Also es geht schon weiter in den Gemeinderat.

Frage: Dieser Vorschlag für die Ampel ist dann in den Gemeinderat gegangen?

Ja, ich glaube der ist weiter gegangen. Also das ist eine Landesstraße gewesen, das ist weitergegangen und da haben sie geschrieben, und dann haben sie doch eine Verkehrszählung gemacht, und dann ist dann die Ampel gekommen.“ (I39)

„Frage: Rolle der Jugendlichen; Ziel ist das Thema oder allgemein Politik zu „spielen“?

Nein das Ziel, das Thema. Sie sind sehr stolz, daß sie das machen dürfen, daß sie auserkoren sind.

Frage: Um es aufrechtzuerhalten braucht es immer konkrete, aktuelle Themen?

Das ist richtig. Sonst läuft sich das tot. Ohne Sachthemen hat das überhaupt keinen Sinn. Sonst müßte es eine andere Form sein. Ich brauch ein griffiges Thema. Wenn das jetzt Politik in der Gemeinde ist, da gibt es im Rahmen des politischen Unterrichts Besuche der Schüler in den Gemeinden. Das ist aber etwas anderes. Also ohne Sachthemen geht sicher nichts. ... Nein, es geht um ihre Probleme, wenn es nicht Dinge sind, die sie betreffen, schalten sie eh ab. Das ist das wichtige, die Themenseite. Dadurch werden sie aber nicht überfordert, weil die Themen sie bestimmen. Überfordert werden sie,

wenn man ihnen ein Ziel setzt und dann läßt man sie alleine. Da muß man dann als Erwachsener mit-eingreifen und mithelfen, anders geht es nicht.“ (I50)

Bei projektbezogenen Partizipationsmodellen gestalten sich die formulierten Sachziele als meist klare und konkrete Arbeitsaufträge. Die Ziele entspringen aktuellen Anlässen aus dem Lebensalltag der PartizipantInnen, wie z. B. die Errichtung eines Skaterplatzes. Diese konkret ausformulierten Sachziele lassen sich in einem überwiegenden Ausmaß mit Unterstützung der erwachsenen Projektbegleitpersonen bzw. den VertreterInnen der Kommunen und Institutionen verwirklichen:

„Einmal in der Woche trifft sich das Jugendparlament, an dieser Veranstaltung können jedoch alle Jugendliche teilnehmen, die sich in ihrer Gemeinde engagieren wollen. ... Die Jugendzeitung dient nun dafür, daß das Jugendparlament bei den Jugendlichen präsent bleibt [In diesem Fall war das in unsere Untersuchung aufgenommene Projekt nicht das Jugendparlament, sondern die Gestaltung der Jugendzeitung; Anmerkung der AutorInnen].“ (I25)

„Sie haben auch in der Schule abstimmen lassen, wie sie die Schulböschung hinter der Schule gestalten sollen. Die Schüler selber haben das dann mit einem Klassenlehrer ganz toll gemacht. Die haben also selbstständig eine Böschung gestaltet, mit Bepflanzung, usw. Also man läßt sie da wirklich frei gestalten und entscheiden.

Frage: Aber immer konkrete Anlässe, an denen sich Jugendlichen begeistern lassen?

Ja, ja kann man schon sagen.“ (I6)

„Skaterpark ist was Konkretes, das kann man gleich mal machen, das ist nicht so schwierig. Da haben die drei Fraktionen und Sportgeschäfte und ein Grafiker eine Gruppe gebildet. Da haben wir mehrere Gespräche gehabt und das geplant. Hin und wieder wurde eine Firma eingeladen, die Skaterparks plant. Immer wieder Jugendliche eingeladen. Schauen, was wollen die, welche Geräte wollen sie eigentlich haben, Spin, etc. wie die Dinge halt heißen, wir sind ja auch keine Fachleute (15-20 Jugendliche, die das Thema interessiert hat). Über den Winter 96-97 wurden diese Angebote eingeholt und durchgesehen. 1997 wurde das vorgestellt, was wir von den Firmen bekommen haben, gefragt ob die Jugendlichen damit einverstanden sind, ob das so paßt.“ (I45)

Projektbezogene Mitbestimmung und Beteiligung Jugendlicher unterschiedet sich von Partizipationsaktivitäten mit projektbezogenem Charakter, die im Rahmen des Schulunterrichts durchgeführt werden, in wesentlichen Merkmalen. Neben den formulierten Sachzielen, die es zu erreichen gilt, stehen hier vor allem pädagogische Ziele im Vordergrund. Die Sachziele selbst sind einerseits die Verwirklichung der ursprünglichen Projektidee, andererseits versucht die Lehrerschaft, mit der Installierung von Beteiligungsaktivitäten der eigenen Schule eine unverwechselbare Besonderheit zu verleihen, um im Konkurrenzkampf der unterschiedlichen Schultypen eine weitere Bestandsberechtigung zu finden. Als pädagogisches Ziel wird z. B. die Vermittlung von Fähigkeiten, die im „normalen“ Schulunterricht keine oder nur geringe Aufmerksamkeit findet, angeführt. Die Vermittlung von Erfolgserlebnissen bei lernschwachen SchülerInnen bei der Erreichung des vordefinierten Ziels kann als ein Beispiel erwähnt werden:

„Projekt (gerade abgeschlossen) von der EU zum Thema EURO ausgeschrieben. Eine Präsentation über den EURO wurde durchgeführt und geplant. Ziel war, die Bevölkerung und insbesondere die Jugend über den EURO und dessen Einführung zu informieren.“ (I7)

„Aber es wird keine Elitetruppe ausgewählt, sondern immer interessierte Schüler, Schüler, vor allem auch schwächere Schüler, die in dieser Projektarbeit ein Erfolgserlebnis sehen, das sie sonst weniger haben. ... Ein kleines Beispiel, das Projekt „Wasser“ in der Darstellung, in der Mimik ist z. B. eine dritte Leistungsgruppe aus Deutsch involviert und macht das perfekt. D. h. also die sind in der Darstellung vielleicht leichter zu handhaben als ausgezeichnete Schüler, weil sie einfach viel mehr aus sich herausgehen, und sie sehen vor allem ein Erfolgserlebnis und steigern sich automatisch da herein, weil gerade schwächere Schüler ein großes Bedürfnis haben, auch ihre Fähigkeiten zu zeigen.

Frage: Ist das eines der Ziele, die sie verfolgen wollen?

Das ist eines der Ziele und zwar, sie dürfen nicht vergessen, gerade Schüler, leistungsschwächere Schüler kriegen sowieso von Haus aus in bestimmten Gegenständen sehr oft Mißerfolgsergebnisse und denen, auch die disziplinären Schwierigkeiten in den Hintergrund zu stellen, sie müssen sie sich vor-

stellen, wenn jemand dauernd nur Mißerfolge einfährt, der wird irgendwann einmal aggressiv und gerade solche Schüler, die dort ihre anderen Fähigkeiten, die sie besitzen, zeigen können, das ist vom pädagogischen Sinne äußerst wertvoll.

Frage: Gibt es noch andere Ziele?

Ja natürlich, es gibt andere Ziele und zwar bereits als Vorschau auf den Lehrplan 99. Im Lehrplan 99 ist ja dezidiert und eindeutig festgelegt, daß die Form des bisherigen Unterrichtes, d. h. wir können nicht die Kinder von morgen mit Methoden von gestern unterrichten. ... Und dieser Projektunterricht, der soll ja nicht nur ein Projekt sein, das immer in der Öffentlichkeit vorgestellt wird, sondern es soll der Projektunterricht in der Schule selbst zur dominierenden Unterrichtsform werden. "(I16)

„Erstens einmal ist zu zeigen, daß nicht alleine das Wissen das ist, was man in der Schule haben muß, sondern daß auch gewisse Arbeitspraktiken erlernt werden müssen, also wie man sich allgemein verhält, das ist das eine und selbstverständlich hat es einen Hintergedanken von der Schule. Wenn eine Schule einsperrt, das wird sicherlich in der Öffentlichkeit nicht akzeptiert werden. Wir wollen uns auch präsentieren in der Öffentlichkeit. Daß wir nicht nur sagen können, wir haben eine sehr gute Schule, und das haben wir auch, denn wir haben 95% der Volksschulabgänger in unserer Schule, bei uns ist kein Zuzug zur AHS. Aber daß auch bei uns nicht nur da also praktisch Leistung gegeben ist, sondern daß wir uns auch präsentieren können. ... Das wird positiv angenommen.“(I55)

Als ein weiteres Ziel von Partizipationsprojekten – neben den bereits oben angeführten – kann bei Formen mit aktionistischem Charakter die allgemeine Aktivierung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im kommunalen Zusammenleben konstatiert werden. Mitgestaltung soll demnach nicht nur von einer Gruppe, Vereinigung oder Institution der Gemeinde verwirklicht werden, sondern auf eine breitere Basis im kommunalen Alltag gestellt werden:

„Frage: Das Ziel, etwas für Jugendliche zu tun, ist erreicht worden?

Das wird erreicht, das Ziel. ... Und es fangen auch andere Vereine jetzt an, für die Jugend Veranstaltungen zu machen. Z. B. planen die Kinderfreunde so einen Nachmittag mit Rollerskatern, Private planen ein Pearcingfest, und solche Sachen. Und das hat es einfach vorher nicht gegeben, weil niemand bereit war, so was zu machen, weil's nicht notwendig erschienen ist.

Frage: D. h. sie glauben es bekommt jetzt eine Eigendynamik?

Genau, ich bin mir sogar sicher, daß das eine gewisse Eigendynamik entwickelt hat, weil ja auch einzelne Personen aus unserem Kreis heraus, die vorher einfach Mitläufer waren jetzt selber eine Initiative ergriffen haben und jetzt ein bisschen auf Eigenverantwortung hinarbeiten. Auch z. B. eine Gruppe aus dem Jugendforum heraus initiiert ein Internetzimmer in der Hauptschule für die Jugendlichen, daß man dort hingehen kann und surfen zu einem bestimmten Termin.“(I2)

Die wichtigsten Dimensionen der von den erwachsenen Kontaktpersonen konstatierten Sachziele veranschaulicht nochmals Tabelle 3.6.1.

Tabelle 3.6.1: Sachziele

Projekttyp	Sachziele
Parlamentarisch	<ul style="list-style-type: none"> Um- und Neugestaltung des kommunalen öffentlichen Raums.
Projektorientiert	<ul style="list-style-type: none"> Zumeist klare und konkrete Arbeitsaufträge. Die Ziele lassen sich aus aktuellen Anlässen des jugendlichen Lebensalltags ableiten.
projektorientiert im Rahmen des Schulunterrichts	<ul style="list-style-type: none"> Es werden überwiegend pädagogische Ziele verfolgt (Vermittlung von Fähigkeiten, die im normalen Unterricht nicht oder kaum gelehrt werden). Der Schule soll durch die Projektarbeit ein unverwechselbares Bild verliehen werden.
Aktion	<ul style="list-style-type: none"> Allgemeine Aktivierung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zur Teilnahme an kommunalen Projekten.

3.7 Dimensionen des Erfolgs und des Scheiterns

Welche wesentlichen Dimensionen des Erfolgs bzw. des Scheiterns werden von erwachsenen InterviewpartnerInnen angesprochen? Aus den qualitativen Telefoninterviews konnten folgende extrahiert werden:

- Resonanz der Projekte in der Öffentlichkeit,
- Konkretheit der Formulierung der Projektidee,
- Verwirklichung der Projektidee,
- Verfügbarkeit von Ressourcen,
- Angepaßtheit der Aktualität an das Alter der Jugendlichen,
- Spaß an der Projektarbeit,
- und wesentlich ist auch, welche Rolle die erwachsene Begleitperson einnimmt.

Auf diese angeführten Dimensionen soll nun näher eingegangen werden. Ein erstes Merkmal, ob Partizipationsprojekte erfolgreich verlaufen, ist die Resonanz in der Kommune bzw. in der Öffentlichkeit, die durch die unterschiedlichen Aktivitäten und durch die TeilnehmerInnen erzielt wird. Werden die Projekte und deren Ergebnisse nicht wahrgenommen und in einem entsprechenden Rahmen gewürdigt bzw. wird keine oder nur geringe Anerkennung für die Resultate entgegengebracht, werden sich die Jugendlichen sehr bald die Frage nach der Sinnhaftigkeit ihrer partizipatorischen Handlungen stellen und weitere derartige Aktivitäten in Zukunft unterlassen:

„Frage: Aber es hat Auswirkungen auf die Gemeinde?

Ja, auch bei den Kulturtagen z. B. Beiträge gestalten. Oder die haben z. B. voriges Jahr den Umweltschutzpreis bekommen für ihre Aktivitäten.“(16)

„Frage: Wie aufgenommen, begeistert?

Projekt im wesentlichen abgeschlossen (vier Präsentationen). Im nachhinein ist zu sagen, daß Jugendliche begeistert waren, es ist angekommen. Auch Präsentation vor gesellschaftlich bedeutenden Personen (Bezirkshauptmann, Vertreter der Kammern), dort hoher Anklang und die Schüler waren daher begeistert.“(17)

„Und die Jugendlichen selber, ich sag' ihnen ganz ehrlich meine Meinung, es ist eben wie überall, es sind viele da, die gerne reden, wenig die dann effektiv was tun. Und so war es halt da auch, aber das gleiche bei den Erwachsenen und naja in der Politik ist es eben so, was man in der Zeitung schreiben kann und man lobend erwähnen kann, das wird vorangetrieben und was nicht so publicityträchtig ist, ist dann halt nicht ganz so interessant.“(149)

Positive Resonanz kann ein Projekt nur dann erhalten, wenn es auch verwirklicht worden und nicht in einem langwierigen Diskussionsprozeß oder in der Planungsphase steckengeblieben ist. Die Verwirklichung des ursprünglich formulierten Sachziels und möglicher weiterer Ziele, die in der laufenden Projektarbeit erst entstanden und definiert worden sind, kann als ein weiteres Kriterium erfolgreicher Aktivitäten formuliert werden:

„Frage: Auch andere Effekte aus dem Jugendforum?

Ja, z. B. Verbesserung des Fußballplatzes, schon andere Sachen auch, aber im Vordergrund einmal diese Skaterbahn. Sonst einige Anregungen. Die besonders billig waren oder fast nichts gekostet haben, sind auch gemacht worden. Kleinere Sachen. Auch Mitbenützung des Turnsaals, für Turnen im Winter.“(147)

„Frage: Warum haben gerade diese Schüler die Zeitung gemacht?

Ganz einfach, diese Schüler haben das Bedürfnis gehabt, sich zu präsentieren irgendwo auch. Das glaube ich, war das Hauptmotiv, was sie gehabt haben. Und haben das aber sehr professionell gemacht und sehr engagiert, und es ist auch etwas herausgekommen. Es wurden 150 oder 200 Exemplare dieser Schülerzeitung erstellt und die waren im Nu weg. Natürlich war der Erfolg auch da, daß man gesehen hat, man kann etwas produzieren, etwas machen und ich kann es sehr schnell verkaufen.“(155)

Zur Verwirklichung der Projekte erscheint es wichtig, daß die dafür notwendigen Ressourcen von der Gemeinde oder anderen Institutionen bereitgestellt werden. Für eine ausgedehnte partizipatorische Aktivität erscheint der Faktor der ökonomischen Ressourcenausstattung der Pro-

ekte als wesentlich, wobei Ressourcenbereitstellung alleine noch kein hinreichender Garant für eine erfolgreiche Projektarbeit ist. Folgt man den Interviewbeispielen, so müssen immer mehrere der hier angeführten Faktoren erfolgreicher Projektarbeit gegeben sein, damit das partizipatorische Vorhaben nicht scheitert. Erkennen die Jugendlichen, daß sie mit ihrem Engagement auch tatsächlich Lösungsvorschläge für unterschiedlichste soziale Problemlagen erarbeiten und umsetzen können, steigt die positive Einstellung gegenüber dem politischen System und damit verbunden erhöht sich das partizipatorische Interesse (Stork 1995, 13). Zu den oben erwähnten Ressourcen gehören unter anderem monetäre Mittel, aber oft auch die Verpflichtung einer professionellen Betreuungsperson, die z. B. einen Jugendclub regelmäßig und verlässlich führt:

„Zuerst: Jugendraum ist ein Problem, scheitert momentan am Raum. Wir sind das zwar angegangen, das ist aber im Sand verlaufen.“ (I45)

„Frage: Hat der Jugendclub regelmäßig offen?

Wir haben am Samstag von, je nachdem, im Sommer von vier bis um halb acht, oder manchmal auch schon von drei bis um halb acht, aber so es war jeden Samstag war fix, daß wer da ist und das ist nicht so schlecht, weil da braucht man nicht schauen, ist wer heute da oder nicht.

Frage: Ist diese Regelmäßigkeit notwendig?

Ja.“ (I19)

„Spaß an der Projektarbeit“ kann als eine weitere Dimension von erfolgreichen Partizipationsprojekten konstatiert werden. Jugendliche wollen Freude und Spaß bei der Durchführung „ihrer“ Aktivität haben, und sie darf auf alle Fälle nicht langweilig sein. Spaß motiviert die Jugendlichen und steht in keinem Gegensatz zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der gewählten und durchzuführenden Thematik. Für die Jugendlichen ist die Teilnahme an Beteiligungsprojekten neben der Interessensverwirklichung Unterhaltung und Spannung:

„Frage: Und die Jugendlichen waren die begeistert dabei oder eher weil sie aufgefordert wurden?

Nein ich muß sagen, die haben da genauso eine Gaudi dabei ... , es war viel Motivation da. Es hat mich eigentlich selber überrascht, weil ich mir gedacht hab, daß die weniger interessiert sind, wenn es um die Arbeit geht, aber eigentlich ist es gut angekommen.“ (I8)

„Damit sich immer was röhrt und was los ist. Wir haben gesehen, wenn es mal nicht so interessant war, sind gleich welche weg gewesen. Da haben wir dann gleich was Interessantes machen müssen (Skaterpark planen). Das war das Gute am Freien. Da hat jeder kommen können, jeder hat weggehen können, keine Schwellenangst. ... Das muß möglichst im Freien sein. Wir haben auch die Treffs für den Skaterpark direkt beim zukünftigen Skaterpark gemacht, weil dort die Leute einfach leichter hinkommen und sich das vor Ort schon anschauen können (wie das auschaut, wenn dort eine Rampe steht, etc.). ... Wir haben das schon auch ein bißchen hingetrimmt auf Skaten (eine Quarterpipe wurde dort aufgestellt), da sind dann einfach die hingekommen. Wobei wir nicht unbedingt auf einen Skaterpark hingetrimmt haben, sondern das aufgestellt, daß die Jugendlichen allgemein kommen. Da sind dann schon welche mit einem Skateboard gekommen und wenn 's nicht interessiert waren, dann sind sie halt dort rumgefahren. Aber das ist unsere Erfahrung, mit den Jugendlichen, da kann man nichts wie bei Erwachsenen veranstalten und sagen so, jetzt setzt euch hin und da bekommt ihr irgend etwas präsentiert. Das läuft halt und wenn 's nicht interessiert, sind sie wieder dahin. Das muß man dann eben so gestalten, daß es immer wieder interessant ist.

Frage: Daß also der Fun-Faktor da ist?

Ja genau, da haben wir dann ein Rollenspiel gemacht über Drogen. Da waren sie wieder da ... wenn's nicht interessant war, war die Hälfte wieder weg. Wenn's wieder interessant war, waren alle wieder da. Woher sie das gewußt haben, weiß ich nicht.“ (I45)

Gerade aber Beteiligungsformen mit parlamentarischem Charakter weisen oft als ein wesentliches Kennzeichen „Langeweile“ auf. Der Projektablauf, der der Erwachsenenwelt entliehen ist, wird von den jugendlichen PartizipantInnen meist als zu formal und eintönig angesehen. Das rasche Ausscheiden aus der Aktivität kann dann die Folge sein:

„Frage: Hat es Konflikte unter den Jugendlichen gegeben oder war es nur langweilig?

Überhaupt nicht, weil die Jugendlichen selber gesagt haben, sie verstehen nicht, warum die anderen

nicht kommen. Keine Konflikte, Null. Ich weiß nicht, was jetzt los war. Wir haben das natürlich alles mitgeschrieben, Überlegungen zur Steigerung der Attraktivität, mit mehr Sitzungen, das Alter der Jugendgemeinderäte ab der neunten Schulstufe schon bis zum 21. Lebensjahr, nicht vom 15. bis zum 19., um da ein größeres Spektrum praktisch zu haben. Den Beginn im September machen im Rahmen eines Konzertes mit Info-Veranstaltung, Abschluß wieder Konzert, dazwischen halt ein bißchen Politik, eh was ich vorher angesprochen habe. ... Im Endeffekt ist herausgekommen bei dieser Besprechung, daß jetzt jeden ersten Samstag im Monat wird ein Jour-fixe gemacht, bei uns jetzt im Jugendkulturzentrum, das ja im vorigen Jahr umgebaut wurde, zwei Jugendvereinen zur Verfügung gestellt wird, dort unten soll das stattfinden. Sie sollen sich umschauen um die Räumlichkeiten und wenn gewünscht, kommen die Politiker hinunter, die haben sich alle bereit erklärt, und diskutieren mit den Jugendlichen über ihre Probleme und auch die Probleme, die sie mit der Politik vielleicht haben oder die sie nur kontrollieren wollen, um vielleicht eine Ausrede zu haben, ich weiß es nicht. Aber jedenfalls stehen alle Türen, also alles steht offen seitens der Politiker bei uns, sich mit den Jugendlichen zusammenzusitzen. Also aller Farben muß ich sagen, weil es waren auch alle vertreten. Es waren ja mehr doppelt so viele Gemeinderäte da als Jugendgemeinderäte. Es waren neun Gemeinderäte und drei Jugendgemeinderäte da.“(I53)

„Hat in der Anfangsphase recht gut funktioniert, nur in der Umsetzung, wie es zum Arbeiten dann war, sind die Leute alle weggebröckelt, muß ich ehrlich sagen. Da ist dann wirklich nur der harte Kern übriggeblieben. Und der ist mittlerweile auch schon wieder dem Alter entwachsen. Vor fünf, sechs Jahren begonnen, die sind jetzt 21 Jahre, die interessiert das natürlich nicht mehr, die haben schon andere Interessen, studieren auch teilweise auswärts, so daß wir zur Zeit kein funktionierendes Jugendforum haben, so wie wir uns das vorstellen.“(I19)

„Und das haben wir auch gemerkt: Wenn eine Idee kommt, dann wird erwartet, daß das sofort umgesetzt wird. Z. B. beim Skaterpark. Bei so einem Bauvolumen, da brauchen wir eben den Beschuß von einem Gemeinderat, der auch einen Grundsatzbeschuß macht ... Das verstehen sie nicht. D. h. die Idee ist da, und dann soll es sofort umgesetzt werden. Das dauert zu lang dann.“(I19)

Größere Schwierigkeiten bei der Durchführung von Beteiligungsprojekten können auftreten, wenn die teilnehmenden Jugendlichen sehr unterschiedlichen Alters sind, da die einzelnen Interessen weitgehend divergieren können. Weiters – und dies ist auch im Zusammenhang der unterschiedlichen Altersgruppen zu sehen – ist es für die Jugendlichen von besonderer Bedeutung, daß die Aktivitäten konkret ausformuliert sind und auch rasch in die Phase der Umsetzung eingestiegen werden kann. Diese Konkretheit der Projektidee wird einerseits von den erwachsenen Projektbegleitpersonen eingefordert, andererseits sollen auch die jugendlichen Partizipanten dahingehend angehalten bzw. hingeführt werden:

„Frage: D. h. langfristige Dinge nicht geeignet?

Ich glaub, daß das Verständnis fehlt. Das ist aber auch klar durch die Zeit, die Jugendliche gerade durchmachen. Durch die Fülle an Informationen. Überlegen wir uns das mal: Ich bin schon in einem gesetzten Alter, ich hab nicht mit 18 Jahren ein Auto gehabt, sondern erst mit 25, 26 Jahren, wie ich das Geld zusammengespart habe. Aber heute macht jemand den Führerschein, geht auf die Bank, bekommt einen Kredit und kauft sich ein Auto. Oder die Fülle von Informationen, die Werbung, die einprallt auf die Jugendlichen. Jeder Mensch will alles sofort haben. Und irgendwie muß man das verstehen, daß, wenn's ein bißchen länger dauert, daß dann Unzufriedenheit besteht.“(I19)

„Die größte Schwierigkeit, daß man alles mit ihnen bespricht und diskutiert, aber es geschieht dann letztdes nichts. Große Unterschiede zwischen den Altersgruppen (10-12, 12-14, etc.) und daher muß die Umsetzung schnell gehen, weil sich auch die Interessen schnell verlagern und die haben da sehr wenig Geduld. Und deswegen auch immer diese Zielkontrolle, weil sie auch sehr kritisch sind, wenn nichts passiert.“(I50)

„Manche einzelne Personen haben sehr vage Vorstellungen für deren Umsetzungen, dann auch weniger Engagement vorhanden ist. Z. B. Wunsch eines Jugendzentrums in Selbstverwaltung, Raum sollte zur Verfügung gestellt werden. Hat sich sehr schnell wieder zerstreut, weil wenig konkret war und keiner der Jugendlichen bereit war, hier wirklich intensiv mitzuarbeiten (von Seite der Gemeinde wurde verlangt, daß dies nur realisiert werden kann, wenn Engagement vorhanden, weil es sonst auf keinen Fall in Selbstverantwortung geführt werden kann. Sonst müßte Gemeinde die Verantwortung

übernehmen und initiieren, was die Jugendlichen aber nicht wollten). Wie es dann um konkrete Sachen ging, hat es sich schnell wieder zerstreut.“ (I46)

„Frage: Einfach kein Interesse an Politik, sondern anderes?

Immer die Frage, was darunter verstanden wird. Ich glaube, daß daran schon viel scheitert. Daß es nicht in diesem Ausmaß verstanden wird, was es heißt, Gemeindepolitik mitzustalten. Ist bei Jugendlichen bei weitem nicht bekannt, in welchem Ausmaß sie auch mitgestalten können. Und daß Anliegen, die einfach auch an die Gemeinde herangetragen werden müssen, und das wäre natürlich anhand eines Jugendparlamentes leichter, als wenn die Anliegen einfach an mich herangetragen werden, und ich muß mich dann weiter an den Bürgermeister wenden.

Frage: Anliegen: allgemein oder konkret?

Konkret mal so einzelne Projekte wie Skaterbahn oder geeignete Fußballplätze, Freizeitpark, etc. in die Richtung am ehesten.

Frage: Also um in Politik zu integrieren müssen es immer ganz konkrete Dinge sein?

Ja. Ihr Anliegen, daß sie jetzt gerade haben.“ (I44)

Damit kommt der Rolle der erwachsenen Begleitpersonen eine besondere Bedeutung zu. Diese soll, nach deren eigenen Einschätzungen, einerseits genügend Zeit für die konkrete Projektarbeit aufbringen können, damit eine ständige bzw. regelmäßige Tätigkeit der Jugendlichen ermöglicht wird. Andererseits kann aufgrund der Interviews konstatiert werden, daß die Betreuungsarbeit einem gewissen Qualitätsniveau entsprechen muß, damit die teilnehmenden Jugendlichen nicht die Lust und Freude an den Partizipationsprojekten verlieren. Mit der Professionalisierung der Betreuungsarbeit, die von manchen InterviewpartnerInnen angeführt wurde, könnte dieser negativen Entwicklung entgegengewirkt werden. Die Begleitpersonen müssen wissen, welche Jugendkulturen es gibt, wie das Freizeitverhalten eben dieser ausschaut, um mit ihnen erfolgreich arbeiten zu können:

„Frage: Die drei Jugendgemeinderäte machen noch weiter?

Die haben das übernommen, daß sie vielleicht mit ihren Freunden, usw. so reden und sagen, paß auf, wir setzen uns zusammen jeden ersten Samstag im Monat, treffen uns da um 18 Uhr und machen ein Jour-fixe und geben das der Magistratsdirektion oder dem Herrn X, also mir, bekannt und sagen, ja wir haben ein Treffen, damit nicht ein Politiker, der Bürgermeister nicht alleine da unten steht.

Frage: Wird versucht, die restlichen Jugendlichen der Stadt X einzubinden?

Wir haben ja ausgeschickt Altersgrenze, 1.900 Einladungen und von da sind diese 21 über geblieben.

Frage: Hat es Konflikte unter den Jugendlichen gegeben oder war es nur langweilig?

... Aber jedenfalls stehen alle Türen, also alles steht offen seitens der Politiker bei uns, sich mit den Jugendlichen zusammenzusitzen. Also aller Farben, muß ich sagen, weil es waren auch alle vertreten. Es waren ja mehr doppelt so viele Gemeinderäte da als Jugendgemeinderäte. Es waren neun Gemeinderäte und drei Jugendgemeinderäte da.“ (I53)

Aus dieser letzten Interviewsequenz geht weiters hervor, daß eine Schwierigkeit bei der erfolgreichen Durchführung von Jugendbeteiligungsprojekten in der konkreten *Einbindung* der potentiellen jugendlichen PartizipantInnen in die kommunalen Beteiligungsmodelle besteht. Werden die Jugendlichen nur einzeln angesprochen und noch dazu mit einem schriftlichen Schreiben zur Projektmitarbeit eingeladen, so ist die Resonanz bei den Jugendlichen meist sehr gering. Von den InterviewpartnerInnen wird in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeit hingewiesen, daß Jugendliche ihre Freizeit für politische Mitgestaltung in der Gemeinde „opfern“. Die Jugendlichen entscheiden sehr rational, ob sie an einem solchen Projekt teilhaben und, wenn sie wenig Chancen auf die Verwirklichung ihrer Ideen sehen, wenn auch kein weiterer Anreiz geboten wird und wenn sich der Ablauf auf einem sehr anonymen formalistischen Weg bewegt, sind sie selten bereit, sich aktiv zu beteiligen und ihre Zeit dazu zu verwenden:

„Im Jahr 1997, da habe ich dann alles von Anfang an mitgemacht, mit der Info-Veranstaltung, usw., dann war es wieder so, daß 21 Jugendgemeinderäte sich konstituiert haben, und von diesen 21 waren dann, glaube ich, im Jugendgemeinderatssitzung elf anwesend. Es war damals eigentlich schon ein Alarmzeichen bis zum Geht-nicht-mehr, wo wir gesagt haben, warum kommen die anderen nicht, und ich habe mit den Jugendlichen auch gesprochen, weil es mich interessiert hat, und es war eigentlich

so, daß sie gesagt haben, naja unsere Freizeit ist schon ein Problem, weil da wissen wir uns etwas Gescheiteres zu tun als Politik, aber wenn wir schulfrei kriegen in der Zeit und wenn die Arbeitskreissitzungen am Nachmittag um zwei sind, eh nicht am Vormittag, wenn wirklich Schule ist, aber wenn sie Nachmittag Schule haben, brauchen sie eine Zeitbestätigung, daß sie auch wirklich da waren, da sitzen sie sich lieber bei uns herein ins Rathaus und diskutieren über Jugendprobleme, als wenn sie in die Schule gehen würden. Das ist eine Begründung dafür, und nicht, daß sie sagen, okay ich kann nicht, wenn ich Schule habe, sondern ich kann nur in meiner Freizeit und da komme ich gerne. Das war anscheinend nicht da, nur von ein paar. ...

Frage: Wird versucht, die restlichen Jugendlichen der Stadt X einzubinden?

Wir haben ja ausgeschickt Altersgrenze, 1.900 Einladungen und von da sind diese 21 über geblieben. Wenn ich jetzt wieder anschreibe, die Portogebühren alleine, stehen die überhaupt dafür, oder ist es gescheiter, auf die drei Jugendgemeinderäte, drei haben sich entschuldigt, die auch noch mittun, also da habe ich sechs, und die nehme ich als Multiplikatoren her und sage, ihr geht jetzt hinaus und redet mit euren Freunden und holt sie dann herein. Ich glaube, daß ich da genauso viel erreicht, als wenn ich 1.800 Briefe ausschicke. Und die Briefe wandern im Papierkorb und sie sagen, schau her, die laden uns schon wieder ein und wollen uns für Politik begeistern. Man hat schon gesehen, es ist schon zurückgegangen und wenn nur 21 übrigbleiben, von diesen 21 kommen nur zwölf dann in den effektiven Jugendgemeinderat, wo dann die Punkte beschlossen werden, das ist natürlich schon ein Alarmzeichen.“(I53)

Der hier angesprochene Punkt der „kostbaren Freizeit“, die nicht in Arbeit münden soll, ist auch bei den Gesprächen mit VertreterInnen von Jugendzentren und -treffs immer wieder erwähnt worden. Die Jugendlichen wollen das Angebot solcher Einrichtungen konsumieren und nur ab und zu sich an Ablauf und Organisation beteiligen. Der „Freiraum Jugendzentrum“ soll ein Ort der Erholung und Entspannung vom Schulalltag sein, wo man sich mit Freunden, abseits der Welt mit den Eltern, treffen kann:

„Da hat sich herausgestellt, teilweise hat es funktioniert, aber nicht recht, insofern nicht so gut, weil sie haben gesagt, wer übernimmt das Musik machen und so, und der hat es dann nicht gemacht. Jetzt haben wir dann praktisch die Sachen wieder gestrichen, also es ist so, daß man sagt, okay der muß das machen, oder daß man praktisch Sachen einteilt. Dann haben wir das so gemacht, wann wer etwas mitnehmen will, so Musik, der kann das jederzeit auflegen, aber wann niemand etwas mitnimmt, dann gibt es nichts. Das hat sich aber dann, ja das war dann nicht so schlecht.

Frage: Machen die Jugendlichen auch in der Organisation des Jugendclubs mit?

Ich wollte an und für sich immer, daß sich die Jugendlichen beteiligen, aber sie haben auch nie wollen. Ab und zu, wenn wir eine Disco gemacht haben oder eine größere Veranstaltung, da war es dann kein Problem. Da ein wenig mitmachen, war kein Problem. Aber für den laufenden Betrieb, das ist, ich sehe das auch so, wenn ich den ganzen Tag, die ganze Woche Action habe in der Schule und dann, wenn ich fortgehe auch noch etwas tun soll, ich meine, für mich hat das schon gepaßt. Am Anfang habe ich auch eine Zeitlang gebraucht, bis daß ich es kapiert habe, daß sie nichts tun wollen und nur halt mit den Freunden beisammensein wollen, es ist dann eh ab und zu, spontan, was weiß ich, wenn dann zum Schluß, wenn es recht ausgeschaut hat, wir dann gesagt haben, helfen wir gemeinsam zusammenräumen, das war dann eh kein Problem. Aber wenn ich sage, machen wir das fix, das hat es nicht gespielt.“(I19)

Gerade wenn dieser öffentliche Jugendraum dazu genutzt wird, Sachen auszuprobieren, erwachsen zu werden, können gröbere Meinungsverschiedenheiten zwischen den erwachsenen Organisatoren des Jugendtreffs und den Jugendlichen auftreten. Die BesucherInnen der Jugendzentren wollen hier dann Alkohol trinken, lange vom Elternhaus entfernt bleiben und sich mit allen möglichen anderen Jugendlichen treffen. Die Regeln und Ordnungen in diesen Einrichtungen sind aber so ausgelegt, daß genau dies so weit wie möglich unterbunden wird. Mit einer professionellen Betreuung kann hier von Anfang an vorgebeugt und die Konflikte minimiert werden:

„Ja, und vor allem, ich meine, es war insofern ein bißchen problematisch, weil wir haben ein Alkoholverbot gehabt, wir haben es jetzt auch noch, und es hat sich dann herausgestellt, daß es durchaus ein großes Problem war, weil die Jugendlichen zum Teil mit dem Vorwand, ja sie gehen in den Jugendclub, fortgegangen sind, sind dann eine Stunde oder zwei da gewesen und sind dann in ein

Wirtshaus gegangen. Und dort kann man sie nicht beaufsichtigen.

Frage: Hat es da mit den Eltern Probleme gegeben?

Ja, ich meine, da hat sich direkt niemand beschwert, aber dann haben wir es von hinten wieder erfahren, daß, was weiß ich, eine halt wieder einmal leicht beschwipst war, leicht beschwipst heimgekommen ist. Ich denke, es wäre leichter, wenn man selber ein bißchen etwas ausschenkt, damit man es irgendwie in den Griff bekommen kann, je nachdem. Ich meine, sie haben auch ziemlich viel hineingeschmuggelt, dann sind wir draufgekommen und haben immer wieder Razzien gemacht, ja und haben einiges beschlagnahmt, aber letztendlich ist es ein Spielchen.“ (I19)

„Man braucht ja so viele Idealisten die da mitarbeiten. Es ja auch um die Professionalität – nicht Professionalität. Soll man wen anstellen oder nicht. Das ist ja auch in der Gemeindearbeit so. Ich kann nicht auf der einen Seite die ganzen Funktionäre im Sportverein, etc. – die machen das alles ehrenamtlich – und auf der anderen Seite für eine kleine Jugendgruppe da einfach wen anstellen. Das gibt auch intern Konflikte. Und gerade so ein Jugendraum, das hat natürlich eine gewisse Affinität für die Jugendlichen. Dort kommen alle diese Probleme, mit Alkohol, Rauchen; es ist die Diskussion, sollen's rauchen, oder soll man es verbieten oder soll man's offen lassen. Weil auf der einen Seite wird darauf geachtet, daß man nicht raucht, in den öffentlichen Gebäuden ist das auch verboten. Ich hab das gestern gesehen, da hab ich gesagt, da geht's halt in einen anderen Raum, dann sitzen sie alle aufeinander und im großen Raum ist niemand drin.“ (I50)

„Machtkämpfe, wer wirklich das Sagen hat. Die einen Skatergruppe, die anderen treffen sich einfach so. Früher mehr Mädchen, jetzt nur mehr zwei, auch hier Konflikte. Seit sie merken, daß der Jugendclub nicht ihr verlängertes Wohnzimmer ist, frequentieren sie das auch nicht mehr so. In der Nähe glücklicherweise eine kleine Tankstelle mit Jauseneck. Dort kann man sich betrinken.“ (I49)

Zusammenfassend sollen nochmals die Dimensionen des Erfolgs und des Scheiterns, welche die erwachsenen Kontaktpersonen in den Interviews angaben, angeführt werden:

- Resonanz der Projektarbeit in der Kommune ist notwendig.
- Das Projekt muß sehr konkret sein.
- Die Projektidee soll so weit wie möglich verwirklicht werden.
- Die für die Verwirklichung notwendigen Ressourcen müssen bereitgestellt werden.
- Die Beteiligung an kommunalen Partizipationsprojekten muß den Jugendlichen Spaß machen. Die Projektarbeit ist für sie neben der direkten Interessensverwirklichung auch Unterhaltung und Spannung (welcher Jugendliche „opfert“ für langweilige Dinge seine kostbare Freizeit?).
- Auf die unterschiedlichen Jugendlichenaltersgruppen muß eingegangen werden.
- Die Jugendlichen müssen auf angemessener Weise für die Teilnahme motiviert werden. Werden die potentiellen PartizipantInnen nur formell (schriftlich) eingeladen, fühlen sie sich kaum angesprochen. Oder wird versucht, über bestehende peer-groups, Vereine bzw. Verbände die Jugendlichen zur Teilnahme zu motivieren, dann sind die Erfolgschancen bedeutend größer.
- Die Betreuung der Beteiligungsaktivitäten muß soweit professionalisiert sein, daß Lösungen für mögliche Probleme bzw. Konflikte, die im Rahmen der unmittelbaren Projektarbeit entstehen, gefunden werden können, die für beide Seiten – also für die Jugendlichen und die erwachsenen Begleitpersonen – gleichermaßen zufriedenstellend und annehmbar sind.

3.8 Auswirkungen der Beteiligung an kommunalen Jugendbeteiligungsprojekten

Welche Auswirkungen bringt die Teilnahme Jugendlicher an kommunalen Partizipationsaktivitäten mit sich? Welche vermeinen die befragten erwachsenen Kontaktpersonen lokalisieren zu können? Den wesentlichen Effekt bei Projekten mit parlamentarischem Charakter sehen die InterviewpartnerInnen in der Vermittlung eines gewissen Realitätssinns, d. h. den Jugendlichen soll klar werden, welche Ideen in einer Gemeinde realistischerweise umzusetzen sind und wel-

che nicht. Den jugendlichen PartizipantInnen sollen anhand der Teilnahme an den Aktivitäten Grundlagen der Gemeindegebarung und -ökonomie verständlich gemacht werden, damit sie ihre eigenen Vorstellungen in diesem vorgegebenen Rahmen einordnen können. Ein weiterer Effekt wird in der Chance der Jugendlichen, sich innerhalb der Projekte persönlich weiterzuentwickeln und -zuentfalten, gesehen. Die jugendlichen TeilnehmerInnen sollen durch die Beteiligung ihr Selbstvertrauen stärken, ein sicheres Auftreten erwerben und die Fähigkeit erlangen, Verantwortung zu übernehmen. Im weitesten Sinne sollen die Jugendlichen die Qualifikation erreichen, Projekte und Aktivitäten in Selbstverwaltung durchführen zu können:

„Frage: Kann man was lernen?

Ja sicher auf alle Fälle. Mehr Einblick in das Gemeindegeschehen überhaupt, und man kommt sich auch wichtig vor, weil letztens sind wir sogar eingeladen worden zu dieser Jugendausschusssitzung im Gemeinderat und wenn man da was sagen kann – ich mein das sind ja dann doch die angesehensten Bürger von X – eben die im Gemeinderat sind. Das ist eben mal so, die Bauern, die größten, ja die eben angesehen sind. Und wenn man da als Jugendlicher – mit denen kommt man sonst nicht zusammen. ... Aber wenn man da so in einer Sitzung ist und was reden darf und auch ernstgenommen wird (also letztens hab ich schon den Einruck gehabt, daß man da als Jugendlicher ernst genommen wird), dann bringt einem das sicher was. Und das ist sicher für die Jungen für die persönliche Entwicklung nicht schlecht. Das bringt sicheres Auftreten. Vor allem wenn man sich selber einbringen kann in der Gemeinde, dann macht das auch viel mehr Spaß, wenn dann was durchgesetzt wird. Dann sieht man was und kann sagen: He, wißt 's eh, da hab' ich auch mitgetan!“(II)

„Und es war auch nicht unser Wunsch oder Vorstellung, und das ist auch von den Jugendlichen akzeptiert, daß wir gesagt haben, ihr habt 's die Chance, gestaltet euch selber, organisiert 's die Band oder die Gruppen, wir stellen die Finanzmittel zur Verfügung, in einem Rahmen, den wir abgesprochen haben, ist ja klar. Ich kann nicht sagen, organisiert 's euch eine Band und die kommen dann mit Pink Floyd daher. Ich mein' es war schon immer, gewisse Rahmenbedingungen haben wir gegeben. Aber zur Umsetzung selber haben sie den Freiraum gehabt (Plakate entwerfen, Werbung machen, Eintrittskarten gestalten,, usw.). Wir wollten ja nicht, daß wir dann letztendlich die Arbeit machen, wir haben gesagt, schaffts euch das selber.“(I9)

„Frage: Kann man etwas lernen?

Ich glaub schon. Auf zwei Ebenen: Erstens sehen sie, wie einfach Mechanismen im Zusammenleben einer Gemeinde laufen.

Frage: Wie einfach?

Ja oder auch wie kompliziert. Ich mein' die haben sich das nie vorstellen können, welche Arbeiten da in einer Gemeindeverwaltung sind.

Frage: Also Einblicke?

Einblicke schon. Gespräche mit dem Bürgermeister z. B. oder wir haben auch einmal die Stadträte dagehabt, weil sie so ein Hearing gemacht haben, reden wollten mit den Leuten. Jede Erfahrung bringt einen Menschen weiter – auch negative Erfahrung.“(I9)

„Frage: Kann man etwas lernen?

Verantwortung übernehmen, Eigeninitiative.“(I17)

„Frage: Was können Jugendliche so dabei lernen?

Erstens bekommen sie einen Ahnung, daß alles nicht so einfach ist, daß ich sage, ich will das haben und schon krieg' ich das. Und bei dem Beispiel der Ampel, daß sie sagen, das gehört da hin, das gehört dort hin, daß das aber von so viel abhängt, also nicht nur von der Gemeinde, sondern das ist eine Landesstraße, da geht das irgendwie weiter. Ich meine, das lernen sie schon irgendwie, glaube ich. ... Oder bei der Bibliothek. Da komme ich drauf, hoppala mit welchem Geld kaufe ich das, da muß ich zuerst um das Geld schauen. Und daß ich mir das mehr oder weniger erarbeiten muß, das Ganze. ... Und daß nicht alles geht, was sich einer vorstellt.“(I39)

Als ein weiterer Effekt von parlamentarischen Partizipationsprojekten wird die mögliche Motivierung bisher noch nicht beteiligter Jugendlicher angesehen. Diese sollen anhand der durchgeföhrten Projekte und deren Ergebnisse erkennen, daß durch Engagement die eigenen Interessen besser zu verwirklichen sind, und für eine zukünftige Projektteilnahme angeregt werden:

*„Frage: Wissen die anderen Jugendlichen, die nicht beteiligt sind, was da passiert?
Die sehen ja das Ergebnis. Das beobachten und benutzen sie. Das wissen sie, daß das daraus entstanden ist. Wir haben ja auch ein Leitbild für eine lebens- und familienfreundliche Gemeinde, und da war dieses Parlament eingebunden. Und dort hat man öffentlich die Vorschläge, die sie gehabt haben, öffentlich präsentiert. Das wurde auch auf einem Plakat dargestellt, usw.“ (I50)*

In einem Interview wurde noch darauf hingewiesen, daß Jugendliche sich durch die Teilnahme an Partizipationsprojekten für das übrige Gemeindeleben eher begeistern lassen und dadurch die allgemeine Aktivitätsbereitschaft erhöht werden kann:

„Frage: Lernen?

Begeisterung. Gute Ideen, daß sie nicht wie andere und auch Erwachsene nicht mitbeteiligen wollen, weil sie nichts verstehen, das ist nicht der Fall. Man muß die Jugendlichen einfach ernster nehmen.“ (I50)

Der Interessensaustausch zwischen den Generationen kann als weiterer Effekt der Beteiligung angesehen werden. Die Jugendlichen fördern durch ihre partizipativen Handlungen das Klima der Integration zwischen den Generationen:

„Frage: Wie ist die Resonanz in der Gemeinde?

Ich meine, wo wir ganz stark sind, wir sind fast eine Integrationsgemeinde, kann man fast schon sagen, Pro Juventute haben wir da, die Caritas haben wir, jetzt haben wir eine Tagesheimstätte für spastisch gelähmte Kinder und eine Caritas – Tageswerkstatt, die gehen einkaufen. Das wird in der Bevölkerung toleriert, das wird sehr gut angenommen, das Ganze.“ (I54)

In Fällen, wo die Jugendlichen selbst als Experten ihres Alltags gefragt sind, können sie den Gemeinden auch auf ökonomischer Seite sparen helfen:

„Wir haben ihnen beim Skaterpark dann z. B. den Plan gezeigt. Da war einer dabei, der ist immer schon nach X zum Skaten gefahren, der hat sich da ausgekannt. Der hat gesagt, mit dem könnt 's abfahren, das ist nichts, das will eine Firma verkaufen, aber das interessiert keinen.“ (I9)

Bei der Beteiligung Jugendlicher an projektbezogenen kommunalen Partizipationsprojekten werden sehr ähnliche Ziele wie die oben beschriebenen angeführt. Auch hier soll ein gewisser Realitätssinn den jugendlichen PartizipantInnen näher gebracht werden; ebenso die Vermittlung von „social skills“, also das Erlangen von bestimmten Fähigkeiten, wie Teamfähigkeit, Konfliktlösungskompetenzen, solidarische Einstellungen und organisatorische Fähigkeiten. Es sollen aber auch praktische Fertigkeiten vermittelt werden, die notwendig sind, um das Projekt auch durchführen zu können. Mit der Teilnahme an solchen Partizipationsprojekten soll generell bei den Jugendlichen die Aktivitätsbereitschaft erhöht werden:

„Frage: Lernen? Was?

Team-, Kommunikationsfähigkeit, Präsentieren, Auftreten (sonst nicht an der Schule), selbständiges Arbeiten, Verzicht auf Freizeit, Konfliktlösung, Praxisbezug, Anbahnungsweg.

Frage: Nachhaltige Wirkung? Förderung der Aktivitätsbereitschaft?

Ja. Natürlich nicht sofort, aber wäre möglich, daß sie sich bereit erklären, etwas Ähnliches zu machen.“ (I7)

„Frage: Konflikte?

Konflikte wie in jedem Team. Meinungsverschiedenheiten mußten ausgetragen werden. Konfliktlösung auch gelernt.“ (I7)

„Sie lernen auch, wo man solche Plakate aufhängen kann, daß man das nicht wild aufhängen kann, daß man da in Geschäfte gehen muß und darum bitten. Und dann machen wir einen Falter noch, den wir an die Haushalte verteilen. Zu Beginn haben wir das persönlich gemacht, da sind die Kinder von Gasse zu Gasse gegangen und haben das reingeschmissen. In den letzten Jahren, weil das ein minimaler Betrag ist, von nicht einmal 500,- Schilling, wird das am Postweg erledigt. ... Bei der Blutspendeaktion ist es so, daß wir da lernen, also daß, zunächst einmal im Unterricht, also für Biologie, dann Religion und fächerübergreifend dann auch Deutsch, daß es notwendig ist, daß man hilft. ... Erstens einmal ist um zu zeigen, daß nicht alleine das Wissen das ist, was man in der Schule haben muß, sondern auch gewisse Arbeitspraktiken erlernen muß, also wie man sich allgemein verhält. ... Er lernt si-

cher kennen, wie manche Menschen leben müssen, er lernt sozusagen soziale Aspekte kennen, daß also nicht alles so happy-peppi ist als wie ein 14jähriger noch lebt. Daß es hier und da auch noch Probleme gibt, ganz einfach. Das ist das eine einmal, er lernt auch, wie er, und das ist für uns im ländlichen Raum ganz wichtig, denn sie wissen, wenn wir uns nicht selber im gesellschaftlichen Bereich eine Veranstaltung machen, passiert sonst nichts, also professionell passiert ja sehr wenig, es muß immer jemand da sein vor Ort, der etwas in die Hand nimmt und da lernt er vor allem, und das finden wir auch wichtig, daß er organisieren lernt und auch Arbeitsabläufe zu verstehen lernt er dabei.“ (I55)

„Jugendliche können lernen, wie sie ihre Vorstellungen umsetzen können, welche Arbeiten notwendig sind, um ihre Pläne eben zu verwirklichen.“ (I57)

Ebenso sehen die befragten ProjektbegleiterInnen den Interessensaustausch zwischen den Generationen als einen Effekt von projektbezogener Beteiligung Jugendlicher. Auf der einen Seite kann dadurch Geld vom Gemeindebudget gespart werden, andererseits können sowohl die Erwachsenen als auch die Jugendlichen durch die gemeinsame Arbeit profitieren und die jeweiligen altersbedingt unterschiedlichen Vorstellungen und Ideen vom Zusammenleben in der Kommune gegenseitig näher gebracht werden:

„Frage: Und wie sind Sie auf die Idee gekommen, Kinder und Jugendliche zu befragen?

Da gibt es mehrere Gründe. Ein Grund ist auch der, daß die Spielplatzhersteller nicht immer unbedingt anbieten, was die Kinder wollen. Der zweite Grund ist, wenn man die Kinder miteinbezieht, ist es quasi ihr Spielplatz, und daß vielleicht auch der Vandalismus auf den Spielplätzen ein bißchen hint' angehalten wird.“ (I31)

„Manche von ihnen engagierten sich auch bei weiteren Projekten: Skaterbahn, Sportgruppen. Resonanz bei der Umwelt war sehr positiv. Auch zeigt die Gemeinde dieses Projekt sehr gerne vor.“ (I18)

„Frage: Wie wurde das Projekt von den Erwachsenen in Ihrer Gemeinde aufgenommen?

Ja, es hat an und für sich nachher keine Widerstände mehr gegeben. Das hat sich sehr schnell zum Positiven gewendet. Alle Fraktionen stehen jetzt hinter diesem Projekt. Ja, an und für sich keine Probleme. In einer Gemeinde geht es auch immer politisch herunter, aber da haben sich sofort alle Fraktionen dann bereit erklärt, das zu unterstützen, und jetzt ziehen alle mit, mittlerweile.“ (I31)

„Frage: Profitiert Gemeinde davon?

Ja, das habe ich schon gemerkt. Ich bin ja selber in der Gemeindevertretung und so eine Skaterbahn, das wäre uns nicht eingefallen. Die Jugendlichen haben selber gesagt, was sie wollen, das war eigentlich positiv.

Frage: Weiß übrige Bevölkerung davon?

Ja, kleine Gemeinde (600 EW). Wird auch von den Erwachsenen positiv aufgenommen. Eben wie gesagt, zur Gemeinde kommen sie nicht und in diesem Forum da reden sie ganz zwanglos.“ (I47)

Bei Tätigkeiten im Rahmen von Jugendzentren und -treffs werden ebenfalls die Vermittlung eines gewissen Realitätssinns und das Erlernen von „social skills“ als wesentliche Auswirkungen angesehen:

„Das Jugendraumkomitee hat dieses Problem bei einer Sitzung aufgegriffen und anschließend mit den involvierten Jugendlichen besprochen: Jugend spricht mit Jugend, Situation ist sehr viel besser geworden. Die Jugendlichen erlernen durch den Jugendtreff, daß sie für eine bestimmte Sache verantwortlich sind – Verantwortungsbewußtsein. Darüber hinaus organisieren sie auch Bälle, sind sehr aktiv.“ (I24)

„Frage: Hat es von den Jugendlichen Anregungen gegeben, das Ganze zu verändern oder waren sie damit zufrieden?

Es hat schon teilweise Anregungen gegeben, vor allem von den Möglichkeiten, was man dort machen kann, aber das ist einfach nicht gegangen, z. B. einen Billardtisch. Weil man einfach den Platz nicht hat oder man kann den Billardtisch unter der Woche nirgends abstellen. Das sind Mehrzweckräume, es gibt schon einen eigenen Jugendraum, wo die Musikanlage steht und wo man Musik hören kann und tanzen auch, aber, was weiß ich, einen Tischtennistisch und Dart und solche Sachen, aber der Raum ist ein Mehrzweckraum, wo der Kirchenchor auch probt und so und daher geht es nicht, daß man da noch etwas, vor allem ein so großes Ding hineinstellt.“ (I19)

Explizit wurde bei einem Jugendzentrumsprojekt auf sehr positive Auswirkungen eingegangen. Aus der Zusammenarbeit bei Aufbau und Organisation des Jugendtreffs bildete sich eine Theatergruppe heraus, die später unabhängig vom Jugendclub dieser Form der Freizeitgestaltung weiter nachgegangen ist. Nebeneffekte (positive, als auch negative) sind ein Merkmal partizipatorischer Aktivitäten, und es zeugt von einer überwiegend gelungenen Jugendarbeit, wenn, wie in diesem Beispiel, sich daraus eine auf das Gemeindeleben sehr positiv wirkende und sinnvolle Beschäftigung entwickeln kann:

„Frage: Die Theatergruppe ist, wie Sie gesagt haben, aus dem Jugendclub herausgegangen. Man hat also so Nachfolgeeffekte gehabt?“

Ja es war eigentlich nicht so direkt geplant. Ich meine, es hat sich einfach ergeben. Es war eine Partie, die sich gut verstanden hat, die schon damals ein bisschen älter waren, also die waren schon 16, 17 wie sie hineingekommen sind. Mit denen habe ich eine Jugendgruppe angefangen, eine ganz normale. Da war einmal die Zeit, ja was machen wir, auf welches Ziel arbeiten wir hin und so. Da ist die Idee aufgetaucht, probieren wir Theaterspielen. Die Leute hätte ich wahrscheinlich ohne dem Jugendzentrum nicht kennengelernt, oder wären wir nicht zusammengekommen. Aber es war nicht direkt geplant, daß wir da etwas machen, weil es war gerade ganz in der Anfangsphase, wo wir selber schauen mußten, was wird denn das.“ (I19)

Auch bei der Jugendzentrumsarbeit steht der Interessenausgleich zwischen den Generationen als ein wesentliches Ziel im Vordergrund:

„Auf der anderen Seite, muß ich sagen, die Theatergruppe, also die Leute, die bei der Theatergruppe sind, die habe ich über den Jugendclub kennengelernt. Ja, ich meine, bei denen wissen die Eltern sehr wohl, was das war. Also ich denke, es gibt immer zwei Seiten. Es gibt die, die dem Ganzen skeptisch gegenüber stehen, und momentan machen wir ja eine Ruhepause, weil wir jetzt Zielvorbereitung gemacht haben. Und während andere, wo die Jugendlichen hinkommen haben können, da haben wahrscheinlich die Jugendlichen auch daheim darüber geredet, was da passiert. Die haben gewußt, was da läuft, die waren schon sehr froh, daß das gibt. Also das sind immer die zwei Seiten. Das kriegt man natürlich mit wie die Stimmung so ist und dann habe ich einmal den Herrn X eingeladen, der damals der Leiter vom Landesjugendreferat war, zu einem Gesprächsabend „Wieso ist die Jugend so wie sie ist?“ und da habe ich mir gedacht, da kommen eh sicherlich die Eltern, die schimpfen und so. Die sind natürlich nicht gekommen. Die wissen das eh so besser.“ (I19)

Beteiligungsprojekte mit aktionistischem Charakter weisen, ähnlich den anderen Projekttypen, Effekte wie die Vermittlung von Realitätssinn und das Erlernen von „social skills“ auf:

„Frage: Dazulernen?“

Organisatorisch (Feste), rechtlich, Getränke, usw. wie mach ich das, wie muß ich das angehen. Das kenn' ich mit der Zeit, wie so was geht. Einblick in die ganze Gemeindeforarbeit, wie's jetzt bei dem Volleyballplatz ist, wie da Anträge gestellt werden, was das heißt, Gemeinderat zu sein, wie das vor sich geht, wenn die Gemeinde was machen will, und auch was das heißt, in einem Team zu arbeiten, auf den anderen sich verlassen zu können.“ (I2)

„Frage: Lerneffekte?“

Ja sicherlich, organisatorische Lerneffekte, Selbstvertrauen, wenn da die eine oder andere Veranstaltung positiv über die Bühne geht.“ (I15)

„Ja schau 'n Sie, Konflikte sind nicht auszuräumen, wird es immer wieder geben ... und ich sag auch, wenn man die Konflikte hinter den Türen hält, gibt es damit auch keine Probleme, sondern, aber jene Kritiker oder Kritisierten miteinzubinden und eben auch einer Lösung zuzuführen.“ (I15)

„Man kann das aus zwei Seiten sehen. Einerseits als reiner Konsument, daß man bei den Veranstaltungen ist und eine Gaudi hat. Auf der anderen Seite kann man schon viel lernen, wenn man aktiv mitarbeitet. Z. B. von der Organisation her, was muß ich alles bedenken, von der Werbung her. Auch im Umgang mit den Leuten und so.“ (I21)

Auch in den folgenden Beispielen kann der Interessenausgleich zwischen den Generationen innerhalb einer Gemeinde als Effekt extrahiert werden:

„Daß muß jetzt mit einer gewissen Vorsicht sagen, daß die Jugendlichen jetzt eine gewisse Aufwertung haben und jetzt in der Gemeinde machen können was sie wollen, so ist das nicht. Aber es ist sicher so, daß sie eine gewisse Stellung in der Gemeinde jetzt haben, die sie vorher nicht hatten, und mehr ernst genommen werden als wie's vorher war.“

Frage: Weil man auch sieht, daß sie was tun?

Ja, weil was da ist, weil eine Bevölkerungsschicht da ist, die was machen will und gerade als Gemeindevertreter wird man sich davor hüten diese Schicht nicht ernst zu nehmen.“ (I2)

„Wir arbeiten da sehr gut zusammen – da gibt es in X die Einrichtung der Streetworker – und die kommen auch zu uns in die Gemeinde. Die haben aber in Y noch nie einen Einsatz gehabt. das wissen aber die jungen Leute, und wir haben das auch veröffentlicht, daß sie dort hingehen können, wenn sie Schwierigkeiten haben, usw., aber wenn sie kommen, sagen sie, bei euch ist kein Fall gewesen.“ (I5/6)

„Wir wollen, daß die Jugendlichen in unserem Ort, daß das eine Gemeinschaft ist, daß sich da jeder gut versteht, jeder jeden kennt. Und das läuft jetzt schon zwei Jahre und es ist eigentlich schon ein großer Erfolg.“ (I21)

Tabelle 3.8.1 faßt nochmals die von den erwachsenen Kontaktpersonen konstatierten Auswirkungen zusammen.

Tabelle 3.8.1: Auswirkungen

Projekttyp	Auswirkungen
Parlamentarisch	<ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung eines gewissen Realitätssinns. • Erlernen von „social-skills“ wie das sichere Auftreten und lernen, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen. • Die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und des Selbstvertrauens. • Jene Jugendliche zu aktivieren, die bisher noch nicht die Chance an einer Beteiligung genutzt haben (Steigerung der Motivation für eine Teilnahme). • Erhöhung der allgemeinen Aktivitätsbereitschaft. • Interessenausgleich zwischen den Generationen. • Indem Jugendliche als „Experten ihres Lebensalltags“ auftreten, können sie gemeinsam mit den Kommunen effizientere Jugendarbeit leisten.
Projektorientiert	<ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung eines gewissen Realitätssinns. • Erlernen von „social-skills“ wie sicheres Auftreten und lernen, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen. • Erlernen von Teamfähigkeit, der Erwerb von Konfliktlösungskompetenzen, solidarischer Einstellungen und organisatorischer Fähigkeiten. • Die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und des Selbstvertrauens. • Erlernen von praktischen Fähigkeiten, die zur Durchführung von den konkreten Projektideen notwendig sind. • Erhöhung der allgemeinen Aktivitätsbereitschaft. • Interessenausgleich zwischen den Generationen.
Jugendzentrum/-treff	<ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung eines gewissen Realitätssinns. • Erlernen von „social-skills“ wie sicheres Auftreten und lernen, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen. • Erlernen von Teamfähigkeit, der Erwerb von Konfliktlösungskompetenzen, solidarischer Einstellungen und organisatorischer Fähigkeiten. • Die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und des Selbstvertrauens. • Interessenausgleich zwischen den Generationen.
Aktion	<ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung eines gewissen Realitätssinns. • Erlernen von „social-skills“ wie sicheres Auftreten und lernen, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen. • Erlernen von Teamfähigkeit, der Erwerb von Konfliktlösungskompetenzen, solidarischer Einstellungen und organisatorischer Fähigkeiten. • Die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und des Selbstvertrauens. • Interessenausgleich zwischen den Generationen.

4 Ergebnisse der standardisierten Befragung – Kommunale Jugendbeteiligungsmodelle aus Sicht teilnehmender Jugendlicher

4.1 Übersicht

Anschließend an das Kapitel 3 folgen nun die Ergebnisse der standardisierten Befragung der teilnehmenden Jugendlichen. Zunächst sollen soziodemographische Merkmale der Jugendlichen (Kapitel 4.2) sowie die Beteiligungsprojekte aus Sicht der Jugendlichen (Kapitel 4.3) dargestellt werden. Diesen Kapiteln folgen die Ergebnisse hinsichtlich Zielerreichung, Hinderungsgründe, Mißbrauch und Zweckentfremdung (Kapitel 4.4) sowie die Auswirkungen der Teilnahme an einem Partizipationsprojekt auf die Jugendlichen (Kapitel 4.5).

4.2 Merkmale der Jugendlichen

Die Ausführungen in diesem Kapitel beschäftigen sich einerseits mit dem Geschlecht, Alter sowie der Schulbildung der Jugendlichen und jener der Eltern. Andererseits wird darauf eingegangen, ob bei den Jugendlichen bereits vor der Teilnahme an dem Partizipationsprojekt eine Mitgliedschaft bei einer Organisationen bzw. bei einem Verband bestand. Auch soll untersucht werden, ob die Jugendlichen selbst oder jemand aus ihrer Familie vor der Teilnahme an einem Partizipationsprojekt politisch aktiv waren.

Die Befragtenpopulation setzt sich aus rund 60% weiblichen und rund 40% männlichen Jugendlichen zusammen ($n=265$, 4 Antwortverweigerungen).

Wie aus Tabelle 4.2.1 ersichtlich, ist der Anteil der weiblichen Jugendlichen bei parlamentarischen und verbandlichen Aktivitäten deutlich höher als bei den projektbezogenen Beteiligungsmodellen und den Aktionen. Bei den Jugendzentren sind beinahe gleich viele Buben wie Mädchen beteiligt.

Tabelle 4.2.1: Geschlecht der Jugendlichen je Projekttypus

Projekttypen	Mädchen	Jungen
Jugendzentrum/-treff ($n=17$)	[58,8]	[41,2]
parlamentarisch ($n=161$)	65,8	34,2
projektorientiert ($n=45$)	37,8	62,2
verbandsorientiert ($n=29$)	69,0	31,0
Aktionen ($n=12$)	[33,3]	[66,7]
Ccorr	0,34*	

Zeilenweise prozentuiert, *: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht].

Die Verteilung hinsichtlich des Alters der Jugendlichen, die den Fragebogen beantwortet retournierten und somit in die Auswertung eingegangen sind, zeigt, daß vorwiegend Jugendliche älter als 15 Jahre, gefolgt von den 13- bis 15jährigen vertreten sind. Den geringsten Anteil nehmen die unter 12jährigen ein (siehe Tabelle 4.2.2). Abweichend von der geplanten Zielgruppe sind somit in der realisierten Stichprobe jüngere (unter 12 Jahre) sowie ältere (über 20 Jahre) Befragte vertreten.

Tabelle 4.2.2: Alter der Jugendlichen

Alter der Jugendlichen	absolut	%
bis 12 Jahre	31	11,7
13 bis 15 Jahre	83	31,3
älter als 15 Jahre	151	57,0
Gesamt	265	100,0

Absolut = absolute Häufigkeit.

Betrachtet man nun die Verteilung des Alters in Abhängigkeit vom Projekttypus, so kann festgestellt werden, daß an den parlamentarischen und den projektbezogenen Aktivitäten TeilnehmerInnen unter 12 Jahre beteiligt waren. Bei den verbandlichen Aktivitäten und den Aktionen sind die Jugendlichen deutlich älter (siehe Tabelle 4.2.3).

Tabelle 4.2.3: Alter der Jugendlichen je Projekttypus

Projekttypen	bis 12 Jahre	13 bis 15 Jahre	älter als 15 Jahre
Jugendzentrum/-treff (n=17)	[0]	[47,1]	[52,9]
parlamentarisch (n=161)	11,8	40,4	47,8
projektorientiert (n=45)	26,7	13,3	60,0
verbandsorientiert (n=29)	0	13,8	86,2
Aktionen (n=12)	[0]	[0]	[100,0]
Ccorr		0,46*	

Zeilenweise prozentuiert, *: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht].

Für eine Analyse der Schulbildung wurden die einzelnen Antwortmöglichkeiten der Frage „Welche Ausbildung machst Du oder hast Du schon abgeschlossen?“ (siehe Frage 33 des Fragebogens im Anhang) zu zwei Kategorien zusammengefaßt: niedrigere und höhere Schulbildung. Die Kategorisierung erfolgte unter dem Gesichtspunkt des Alters der Jugendlichen. Die unter 12jährigen, die eine Hauptschule nannten, wurden der niedrigeren und jene, die eine Unterstufe des Gymnasiums angaben, wurden der höheren Schulbildung zugeordnet. Bei den 13- bis 15jährigen wurden Hauptschule, Polytechnischer Lehrgang, Lehre und berufsbildende mittlere Schule zur niedrigeren Schulbildung zusammengefaßt, und Gymnasium-Unterstufe und -Oberstufe sowie die berufsbildende höhere Schule zur höheren Schulbildung gezählt. Bei den über 15jährigen ist die Kategorisierung der niedrigeren Schulbildung von jener der 13- bis 15jährigen übernommen. Die höhere Schulbildung hingegen setzt sich aus Gymnasium-Oberstufe, berufsbildener höherer Schule und Studium zusammen.

Die Ergebnisse bezüglich Schulbildung der Jugendlichen zeigen nun, daß rund ein Drittel (n=258) eine niedrigere Schulbildung und zwei Drittel eine höhere Schulbildung absolvieren bzw. absolviert haben.

Bei den Aktionen und bei den parlamentarischen Partizipationsprojekten sind vorwiegend Jugendliche mit einer höheren Schulbildung beteiligt. In projektorientierten und verbandsorientierten Projekten sowie in den Jugendzentren läßt sich ein eher ausgewogenes Verhältnis zwischen Jugendlichen mit einer höheren und jenen mit einer niedrigeren Schulbildung finden (siehe Tabelle 4.2.4).

Tabelle 4.2.4: Schulbildung der Jugendlichen je Projekttypus

Projekttypen	niedrigere Schulbildung	höhere Schulbildung
Jugendzentrum/-treff (n=17)	[58,8]	[41,2]
parlamentarisch (n=156)	29,5	70,5
projektorientiert (n=43)	48,8	51,2
verbandsorientiert (n=29)	55,2	44,8
Aktionen (n=12)	[25,0]	[75,0]
Ccorr	0,33*	

Zeilenweise prozentuiert, *: p (Haldane-Dawson Test) < 5% . [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht].

Zur weiteren Darstellung der soziodemographischen Merkmale der Jugendlichen wird in den Ausführungen auf die Schulbildung der Eltern, auf eine bereits vorher bestehende Mitgliedschaft der Jugendlichen bei Organisationen sowie auf politische Aktivitäten von Familienmitgliedern eingegangen.

Die Ergebnisse bezüglich Schulbildung der Eltern lassen erkennen, daß die Väter im Gegensatz zu den Müttern des öfteren eine Lehre bzw. eine Schule mit Maturaabschluß besucht haben. Auch ist ein Hochschulstudium bei den Vätern öfter zu finden als bei den Müttern. Die Mütter hingegen absolvierten häufiger eine berufsbildende mittlere Schule sowie eine Akademie (siehe Tabelle 4.2.5).

Tabelle 4.2.5: Schulbildung der Eltern

Schulbildung der Eltern	Vater	Mutter	n
Lehrabschluß	41,6	31,6	269
Abschluß einer berufsbildenden mittleren Schule	15,2	21,6	269
Abschluß einer Schule mit Matura	23,4	18,2	269
Abschluß einer Akademie	4,8	9,7	269
Abschluß eines Hochschulstudiums	12,3	7,1	269

Prozentzahlen, n = Prozentierungsbasis, Ja-Antworten, Mehrfachnennungen. Erfäßt man jene Angaben für die Schulbildung von Vater und Mutter, die höhere Ausbildungen (Abschluß mit Matura und höhere Abschlüsse) beinhalten, so ergibt sich ein Prozentsatz von 31% (n=76) für Väter und ein Prozentsatz von 26% (n=65) für Mütter mit höherer Schulbildung .

Der Großteil der Jugendlichen (65,2%, n=267) war bereits vor der Teilnahme an dem von uns erfaßten Partizipationsprojekt ein Mitglied in einem Verein bzw. in einer Organisation oder hatte im politischen Bereich Erfahrungen gesammelt. Die Verteilung nach den einzelnen Projekttypen läßt erkennen, daß mehr als drei Viertel der Jugendlichen, die an Aktionen teilgenommen haben, bereits vorher in irgendeiner Weise politisch oder in einem Verein aktiv waren. In einem geringeren Ausmaß ist dies bei den verbandlichen und parlamentarischen Projekten der Fall. Bei der projektorientierten Beteiligungsform hingegen läßt sich ein sehr ausgeglichenes Verhältnis bezüglich Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft konstatieren (siehe Tabelle 4.2.6).

Tabelle 4.2.6: Mitgliedschaft der Jugendlichen je Projekttypus

Projekttypen	Mitgliedschaft:	ja	nein
Jugendzentrum/-treff (n=17)	[58,8]	[41,2]	
parlamentarisch (n=163)	68,7	31,3	
projektorientiert (n=45)	48,9	51,1	
verbandsorientiert (n=29)	65,5	34,5	
Aktionen (n=12)	[83,3]	[16,7]	
Ccorr		0,24 ^{ns}	

Zeilenweise prozentuiert. [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. ^{ns} = nicht signifikant.

Die politische Aktivität eines Familienmitgliedes scheint weniger Einfluß darauf zu haben, ob die Jugendlichen an einem Partizipationsprojekt teilnehmen oder nicht. Dies läßt sich daraus erkennen, daß nur 20% (n=254) der Jugendlichen angeben, daß ein Familienmitglied politisch tätig ist. Bei den restlichen 80% ist keiner aus der Familie in diesem Bereich engagiert. Auch wird nur bei etwas mehr als einem Drittel (n=266) der Jugendlichen zu Hause über Politik gesprochen. Dennoch ist es bei rund 60% (n=263) der Jugendlichen der Fall, daß sie über ihre Eltern sehr viel über Geschehnisse in ihrer Gemeinde erfahren.

Rund 50% der Jugendlichen, die bei der Planung oder Nutzung eines Jugendzentrums beteiligt waren, geben an, daß jemand aus ihrer Familie politisch tätig ist. Dies ist auch bei 40% der Jugendlichen mit verbandlicher Partizipation der Fall. Bei den parlamentarischen und projektorientierten Beteiligungsmodellen sowie bei den Aktionen trifft dies nur mehr auf wenige Jugendliche zu. Bei den letztgenannten Projekttypen ist es somit in einem größeren Ausmaß gelungen, Jugendliche ohne „politische Herkunft“ zu einer Teilnahme zu gewinnen (siehe Tabelle 4.2.7).

Tabelle 4.2.7: Politische Tätigkeit eines Familienmitgliedes je Projekttypus

Projekttypen	Politisch tätig:	Ja	nein
Jugendzentrum/-treff (n=15)	[46,7]	[53,3]	
parlamentarisch (n=157)	15,9	84,1	
projektorientiert (n=44)	13,6	86,4	
verbandsorientiert (n=28)	39,3	60,7	
Aktionen (n=9)	[22,2]	[77,8]	
Ccorr		0,34*	

Zeilenweise prozentuiert, *: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. Angaben der Kategorie „weiß nicht“ wurden aus der Analyse eliminiert.

4.3 Die Beteiligungsmodelle aus Sicht der teilnehmenden Jugendlichen

Nach der Darstellung der Verteilung der Jugendlichen auf die einzelnen Projekttypen soll auf allgemeine Fragen, wie Erinnerung an den Beginn, die Häufigkeit der Treffen, die Zeitspanne, den Abschluß sowie an die Anzahl der TeilnehmerInnen und die Gründe der Teilnahme eingegangen werden. Danach sollen Aussagen darüber getroffen werden, wie die Jugendlichen die Zeit ihrer Mitarbeit im Rahmen des Projektes erlebten. In diesem Zusammenhang wird der Ablauf und die Struktur der Projekte erörtert. Darüber hinaus soll ein Bild über die Einschätzung der Begleitpersonen hinsichtlich Führungs- und Arbeitsstil sowie deren persönliches Engagement für die Aktivität vermittelt werden. Im Anschluß daran wird das Interesse der Öffentlichkeit

an den verschiedenen Jugendbeteiligungsmodellen sowie die Erfolgseinschätzung nach Ansicht der Jugendlichen analysiert.

Wie aus Tabelle 4.3.1 ersichtlich, sind die parlamentarischen Aktivitäten mit rund 61% am häufigsten in die Studie eingegangen. In doch weit geringerem Ausmaß sind die projektbezogenen Aktivitäten mit rund 17%, die verbandliche Arbeit mit Jugendlichen mit 11%, Jugendzentren mit 6% sowie die Aktionen mit rund 5% vertreten.

Tabelle 4.3.1: Anzahl der Jugendlichen je Projekttypus

Anzahl der Projekttypen	absolut	%
Jugendzentrum/-treff	17	6,3
parlamentarisch	164	61,2
projektorientiert	46	17,2
verbandsorientiert	29	10,8
Aktionen	12	4,5
Gesamt	268	100,0

Absolut = absolute Häufigkeit. 1 Antwortverweigerung

Merkmale der Partizipationsprojekte

Der Großteil der Projekte fand in den Jahren 1995 – 1997 statt, wobei beinahe gleich viele abgeschlossene und noch bestehende Projekte erfaßt wurden. Rund die Hälfte (53,3%, n=257) der Jugendlichen waren von Anfang an bei „ihrem“ Projekt dabei, die anderen sind erst später dazu gestoßen.

Es können sich mehr als die Hälfte (57,2%, n=257) der Jugendlichen daran erinnern, wann das Beteiligungsprojekt stattgefunden hat, der Rest weiß dies nicht mehr genau.

Erwartungsgemäß konnten sich jene Jugendliche, die von Beginn an dabei waren, häufiger an den Zeitpunkt erinnern als jene, die erst später dazu kamen (siehe Tabelle 4.3.2).

Tabelle 4.3.2: Erinnerung an Beginn in Abhängigkeit vom Teilnahmestatus

Von Anfang an dabei	Erinnerung an Beginn:	ja	nein	n
ja		80,2	19,8	136
nein		31,4	68,6	118
Ccorr		0,62*		

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis, *: p < 5% .

Hinsichtlich der Dauer und der Teilnahme konnte ein ähnliches Bild, jedoch etwas weniger stark ausgeprägt, konstatiert werden. Rund 60% jener Jugendlichen, die von Beginn an teilgenommen haben, können sich sehr gut an die Dauer des Projektes bzw. der Aktivität erinnern (siehe Tabelle 4.3.3).

Tabelle 4.3.3: Erinnerung an die Dauer der Aktivität in Abhängigkeit vom Teilnahmestatus

Von Anfang an dabei	Erinnerung an Dauer:	ja	nein	n
ja		66,4	33,6	125
nein		42,6	57,4	115
Ccorr		0,33*		

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis, *: p < 5% .

Betrachtet man nun die Größe der Projektgruppe, so lassen sich unterschiedlich größere bzw. kleinere Jugendlichengruppen, die an einem Projekt gearbeitet haben, finden. Die Hälfte der Jugendlichen waren in Projekten mit 11 bis 20 Personen, rund ein Viertel der Jugendlichen in Projekten mit 3 bis 10 Personen zusammen. Wenige Jugendliche geben an, mit 40 bis 70 Jugendlichen, und nur mehr einzelne, mit mehr als 100 Jugendlichen gemeinsam an einem Projekt gearbeitet zu haben (siehe Tabelle 4.3.4).

Tabelle 4.3.4: Gruppengröße aus Sicht der Jugendlichen

Anzahl der Nennungen	absolut	%
3 bis 10 TeilnehmerInnen	64	27,0
11 bis 20 TeilnehmerInnen	112	47,5
21 bis 30 TeilnehmerInnen	17	7,2
31 bis 40 TeilnehmerInnen	14	6,0
41 bis 70 TeilnehmerInnen	18	7,6
mehr als 100 TeilnehmerInnen	11	4,7
Gesamt	236	100,0

Absolut = absolute Häufigkeit.

Die Betrachtung der Anzahl der TeilnehmerInnen nach den einzelnen Projekttypen zeigt, daß sich alle Jungendtreffprojekte aus weniger als 10 (43,8%) bzw. aus 11 bis 20 (56,2%) Jugendlichen zusammensetzen. Bei den parlamentarischen (42,5%) und vor allem bei den projektorientierten (74,4%) Typen lassen sich hauptsächlich 11 bis 20 teilnehmende Jugendliche finden. Größere TeilnehmerInnenzahlen (41 bis 70 TeilnehmerInnen) hingegen findet man am häufigsten, doch auch hier in einem eher geringen Ausmaß, bei den Aktionen (27,3%) (siehe Tabelle 4.3.5).

Tabelle 4.3.5: Anzahl der teilnehmenden Jugendlichen je Projekttypus

Projekttypen	Unter 10	11 bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 70	mehr als 100
Jugendzentrum/-treff (n=16)	[43,8]	[56,2]	[0]	[0]	[0]	[0]
parlamentarisch (n=139)	25,9	42,5	6,5	7,9	10,0	7,2
projektorientiert (n=43)	23,3	74,4	2,3	0	0	0
verbandsorientiert (n=27)	40,8	29,6	18,5	7,4	3,7	0
Aktionen (n=11)	[0]	[36,4]	[18,2]	[9,1]	[27,3]	[9,0]
Ccorr				0,46*		

Zeilenweise prozentuiert, *: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht].

Die Teilnahme erfolgt aus unterschiedlichen Beweggründen. Jeder Jugendliche hatte die Möglichkeit, mehrere Gründe als zutreffend zu nennen. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen nimmt an dem Projekt aufgrund ihres Interesses teil, rund ein Drittel wird um eine Teilnahme gefragt. Einige geben an, daß ihr Lehrkörper dies vorschlug. Darüber hinaus nehmen Jugendliche an dem Projekt teil, da Freunde bereits dabei sind, einige wenige haben das Projekt selber bzw. auch mit Freunden gemeinsam initiiert. In den seltensten Fällen konnten sich die Jugendlichen vor einer Teilnahme nicht „drücken“ (siehe Tabelle 4.3.6).

Tabelle 4.3.6: Gründe der Teilnahme aus Sicht der Jugendlichen

Gründe der Teilnahme	trifft zu	Trifft nicht zu	n
Weil die meisten meiner Freunde dabei waren.	22,3	77,7	269
Weil mein/e Schullehrer/in wollte, daß ich teilnehme.	12,6	87,4	269
Weil mich die AKTIVITÄT sehr interessierte.	60,6	39,4	269
Weil mich jemand gefragt hat, ob ich mitmachen will.	32,7	67,3	269
Weil ich mich aus irgendeinem Grund nicht davor „drücken“ konnte.	5,2	94,8	269
Weil ich die Idee zur AKTIVITÄT hatte.	6,3	93,7	269
Weil ich und meine Freunde die Ideen dazu hatten.	8,6	91,4	269

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentierungsbasis, „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Angaben der Kategorie „weiß nicht“ wurden aus der Analyse eliminiert.

Um Aufschluß darüber zu erhalten, welche Gründe für die Teilnahme bei den einzelnen Beteiligungsprojekten ausschlaggebend waren, wurde eine weitere Analyse (siehe Tabelle 4.3.7) berechnet, die folgendes Ergebnis brachte: Bei der Planung und Gestaltung von Jugendtreffs (70,6%) und bei der verbandsorientierten Partizipation (69,0%) werden als häufigste Gründe bereits teilnehmende Freunde sowie das eigene Interesse genannt. Bei den verbandsorientierten Aktionen geben darüber hinausgehend die Jugendlichen an, daß sie um eine Teilnahme gefragt wurden (62,1%). Bei parlamentarischen Projekten wird Interesse (68,3%) als häufigster Teilnahmegrund genannt. Bei den projektorientierten Beteiligungsmodellen treten zwei Gründe in etwa gleich häufig auf: Zum einen ist dies das Interesse der Jugendlichen (41,3%), zum anderen wird von den Jugendlichen angegeben, daß der Lehrer oder die Lehrerin eine Teilnahme (37,0%) wollte. Dies ist darauf zurückzuführen, daß dieser Projekttypus alle Projekte mit einer Schulbeteiligung umfaßt.

Tabelle 4.3.7: Die Gründe der Teilnahme je Projekttypus

Projekttypen	Freunde	Lehrer	Interesse	Gefragt	Nicht drücken	Eigene Idee	Freunde Idee
Jugendzentrum/-treff (n=17)	[70,6]	[0]	[70,6]	[41,2]	[5,9]	[11,8]	[23,5]
parlamentarisch (n=164)	11,6	10,4	68,3	29,9	3,7	5,5	7,9
projektorientiert (n=46)	13,0	37,0	41,3	19,6	4,4	2,2	8,7
verbandsorientiert (n=29)	69,0	0	58,6	62,1	10,3	6,9	0
Aktionen (n=12)	[25,0]	[0]	[25,0]	[41,7]	[16,7]	[25,0]	[16,7]
Ccorr	0,65*	0,47*	0,36*	0,34*	0,20	0,26	0,25

Prozentzahlen, *: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. Ja-Werte

Die Wahrnehmung der Jugendbeteiligungsprojekte

Die Projekte werden von den Jugendlichen ernst und wichtig genommen. Dies zeigt sich darin, daß größtenteils die zugewiesenen Aufgaben erfüllt (89,9%) werden, über wichtige Entscheidungen gesprochen (90,5%) und zumeist für alle eine akzeptierte Lösung gefunden (87,2%) wird. Darüber hinaus kommen bei der Mehrzahl der Projekte die Jugendlichen zu Wort (82,3%), und es wird gemeinsam beschlossen, was gemacht werden muß (86,9%) (siehe Tabelle 4.3.8).

Tabelle 4.3.8: Der Ablauf der Projekte aus Sicht der Jugendlichen (Ausschnitt aus Frage 11)

„Wenn Du die verschiedenen Tätigkeiten in der AKTIVITÄT betrachtest, wie war das bei Euch?“	trifft zu	trifft nicht zu	n
Wenn jemand eine Aufgabe übernahm, so machte er diese meistens auch.	89,9	10,1	247
Wenn es etwas zu entscheiden gab, redeten wir zunächst darüber.	90,5	9,5	252
Es gelang, uns bei unterschiedlichen Auffassungen meistens eine gemeinsame Lösung zu finden.	87,2	12,8	250
Bei Diskussionen kam jeder zu Wort.	82,3	17,7	249
Was zu machen ist, wurde von uns gemeinsam beschlossen.	86,9	13,1	244

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis, „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Angaben der Kategorie „weiß nicht“ wurden aus der Analyse eliminiert.

Um eine zusammenfassende Auskunft darüber zu erhalten, wie die Jugendlichen die Struktur der Projekte erleben, wurde für die Frage nach der Einschätzung der Aktivität durch die Jugendlichen (siehe Frage 11 des Fragebogens im Anhang) eine Faktorenanalyse durchgeführt. Diese ermittelte 4 Faktoren: *Klare Arbeitsteilung, demokratischer Arbeitsstil, geringe Geschlossenheit und Reden*. Für jeden dieser Faktoren wurde ein additiver Index berechnet, dessen Verteilung in Tabelle 4.3.9 wiedergegeben ist.

Rund 88% sind in Projekten mit *klaren Richtlinien bezüglich der Arbeitsteilung* beteiligt, d. h. es weiß jeder, was gemacht werden soll, es wird niemand überfordert, Aufgaben werden erledigt, Hilfe wird angeboten und eingeschlagene Wege müssen nicht allzu oft abgeändert werden.

Für eine etwas größere Anzahl (91%) von Jugendlichen ist das Projekt geprägt von einem *demokratischen Arbeitsstil*: die Meinung jedes/r Teilnehmers/in findet Berücksichtigung, über Entscheidungen wird gesprochen und dann werden diese gemeinsam beschlossen, trotz unterschiedlicher Meinungen kann eine gemeinsame Lösung gefunden werden.

Bei rund drei Viertel der Projekte besteht ein hoher Grad an *Geschlossenheit*. Dennoch läßt sich bei rund einem Viertel eine *geringe Geschlossenheit* während der Projektdauer feststellen. Geringe Geschlossenheit zeigt sich darin, daß sich einige der teilnehmenden Jugendlichen vor Aufgaben drücken, einige sofort beleidigt sind, wenn es nicht nach ihrem Kopf geht, bei Diskussionen nicht jeder zu Wort kommt und daß die Arbeitsteilung ungleichgewichtig ist.

Daß die gemeinsamen Treffen zum Reden über andere Dinge genutzt wurden, erlebt rund ein Drittel der Jugendlichen (siehe Tabelle 4.3.9).

Tabelle 4.3.9: Die Strukturmerkmale der Projekte aus Sicht der Jugendlichen

Strukturmerkmale	trifft zu	trifft nicht zu	n
Klare Arbeitsteilung	87,8	12,2	188
Demokratischer Arbeitsstil	91,0	9,0	232
Geringe Geschlossenheit	26,6	73,4	207
Reden über andere Dinge	30,6	69,4	229

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis, Prozentwerte (additiver Index auf Basis einer Faktorenanalyse). „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Angaben der Kategorie „weiß nicht“ wurden aus der Analyse eliminiert. (Prozentsatz der erklärten Varianz durch vier Faktoren: 56,3%; maximale Korrelation zwischen den Faktoren: 0,54)

Betrachtet man nun die Strukturmerkmale unter dem Gesichtspunkt der verschiedenen Projekttypen, so treten nur beim demokratischen Arbeitsstil und Reden über andere Dinge signifikante Unterschiede auf. Bei allen verbandlichen (100%) und bei beinahe allen parlamentarischen Projekttypen (96,4%) läßt sich ein hoher Grad an *demokratischem Arbeitsstil* finden. Bei den Jugendzentren und bei den projektorientierten Formen hingegen bei ca. zwei Dritteln. Die Akti-

vität als eine Möglichkeit zum Reden wird besonders im Bereich der verbandlichen Projektarbeit (76,0%) und bei den Jugendzentren/-treffs (68,8%) genützt (siehe Tabelle 4.3.10).

Tabelle 4.3.10: Strukturmerkmale je Projekttypus

Projekttypen	klare Arbeitsteilung	demokratischer Arbeitsstil	geringe Geschlossenheit	Reden über andere Dinge
Jugendzentrum/-treff	[66,7] (6)	[73,3] (11)	[76,9] (10)	[68,8] (11)
parlamentarisch	82,2 (88)	96,4 (133)	49,2 (60)	21,6 (30)
projektorientiert	73,2 (30)	76,2 (32)	38,5 (15)	15,8 (6)
verbandsorientiert	81,0 (17)	100,0 (27)	48,0 (12)	76,0 (19)
Aktionen	[50,0] (5)	[81,8] (9)	[75,0] (6)	[36,4] (4)
Ccorr	0,27	0,45*	0,27	0,57*

Prozentzahlen, *: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht].

Die Wahrnehmung der Begleitpersonen

Wie aus dem Kapitel 1 ersichtlich, wird die Teilnahme einer erwachsenen Begleitperson in der Regel für den Verlauf eines Beteiligungsprojektes für notwendig betrachtet. Bei unserer Umfrage war in einem Projekt keine Begleitperson vorhanden.

Diese Begleitperson kam in erster Linie aus dem öffentlichen Bereich, sei es der Bürgermeister, ein Gemeindebediensteter (43,9%) oder der Lehrkörper (31,2%). Auch Personen aus Jugendvereinen (23,4%) sowie aus der Kirche (10,8%) haben ein Jugendbeteiligungsprojekt begleitet (siehe Tabelle 4.3.11).

Tabelle 4.3.11: Begleitpersonen aus Sicht der Jugendlichen

Tätigkeitsbereiche	absolut	%	n
LehrerIn (oder SchuldirektorIn)	84	31,2	269
BürgermeisterIn oder andere GemeindepolitikerIn	118	43,9	269
GemeindesekretärIn/-bedienstete/r	58	21,6	269
Pfarrer bzw. in der Pfarre tätige Person	29	10,8	269
Person/en aus einem Jugendverein	63	23,4	269

Absolut = absolute Häufigkeit. Mehrfachantworten.

Die nachfolgende Tabelle 4.3.12 zeigt die Tätigkeitsfelder der Begleitpersonen in Abhängigkeit vom Projekttypus. Bei den projektorientierten Beteiligungsformen findet man bei rund drei Viertel der Projekte LehrerInnen als Begleitpersonen (wobei in diesem Projekttyp beinahe alle Schulprojekte beinhaltet sind); in einem weit geringeren Ausmaß bei Jugendzentren (17,7%), parlamentarischen Formen (28,1%) sowie bei Aktionen (16,7%); bei verbandlicher Partizipation überhaupt nicht. Bei mehr als der Hälfte der parlamentarischen Aktivitäten und bei rund 40% der Aktionen ist der/die Bürgermeister/in die erwachsene Begleitperson für die Jugendlichen. Bei den Jugendzentren/-treffs kommen bei rund der Hälfte der Projekte die Personen aus dem Bereich Kirche oder Verein. Bei der verbandlichen Arbeit mit Jugendlichen sind in einem größ-

Beren Ausmaß Personen aus der Pfarre (44,8%) als Personen aus anderen Tätigkeitsfeldern zu finden (siehe Tabelle 4.3.12).

Tabelle 4.3.12: Tätigkeitsfelder der Begleitperson je Projekttypus

Projekttypen	LehrerIn	Bürger-meiste-rIn	Gemeinde-sekretärIn	In der Pfarre tätige Person	In Jugendverein tätige Person
Jugendzentrum/-treff (n=17)	[17,7]	[17,7]	[0]	[47,1]	[47,1]
parlamentarisch (n=164)	28,1	56,7	31,7	3,7	23,2
projektorientiert (n=46)	71,7	26,1	4,4	2,2	13,0
verbandsorientiert (n=29)	0	17,2	3,5	44,8	27,6
Aktionen (n=12)	[16,7]	[41,7]	[25,0]	[8,3]	[25,0]
Ccorr	0,57**	0,45*	0,44**	0,64**	0,25

Prozentzahlen, *: p < 5%; **: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. Ja-Werte, Mehrfachantworten.

Der Großteil der Jugendlichen ist mit der Begleitperson an sich und auch mit deren Handlungen durchaus zufrieden. Sie steht mit Rat und Tat zur Seite (93,6%), hat für die Probleme der Jugendlichen ein offenes Ohr (96,6%) und versucht, die Probleme gemeinsam mit der Gruppe zu lösen (82,2%). Rund 13 % der Jugendlichen geben an, daß bei der Begleitperson Eigeninteressen im Vordergrund stehen (siehe Tabelle 4.3.13).

Tabelle 4.3.13: Einschätzung der Begleitperson aus Sicht der Jugendlichen (Ausschnitt aus Frage 16)

„Wie würdest Du diese Person oder diese Personen in bezug auf Eure AKTIVITÄT beschreiben?“	trifft zu	trifft nicht zu	n
Sie ist uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden.	93,6	6,4	233
Bei unterschiedlichen Meinungen ist es ihr meistens gelungen, uns wieder zusammen zu bringen.	82,2	17,8	213
Wenn wir Fragen hatten, konnten wir uns an diese Person wenden.	96,6	3,4	234
Sie war an unserer Aktivität eigentlich nicht interessiert.	2,6	97,4	229
Sie wollte nur ihre eigenen Interessen durchsetzen.	12,9	87,1	217

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentierungsbasis, „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Angaben der Kategorie „weiß nicht“ wurden aus der Analyse eliminiert.

Mit Hilfe einer weiteren Faktorenanalyse konnten die einzelnen Fragestellungen hinsichtlich der Einschätzung der Begleitperson (siehe Frage 16 des Fragebogens im Anhang) zu vier Faktoren zusammengefaßt werden: Unterstützung, Vermittlung, konfliktbeladene Führung und Desinteresse. Für jeden dieser Faktoren wurde ein additiver Index berechnet, dessen Verteilung in Tabelle 4.3.14 wiedergegeben wird.

Die Begleitperson wurde von beinahe allen Jugendlichen mit gültigen Angaben als sehr unterstützend (92,4%) erlebt. Die Begleitperson schaffte es fast immer, die Jugendlichen trotz unterschiedlicher Meinung zusammenzubringen, den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Die Jugendlichen geben bei dieser Dimension noch an, daß die Aktivität ohne diese Person nicht so gut verlaufen wäre.

Darüber hinaus nahm diese Person die Rolle eines Vermittlers zwischen den Jugendlichen und anderen Einrichtungen ein. Sie hatte einen guten Kontakt zur Gemeinde und kannte auch sehr viele Personen dort und versuchte, die Interessen zu koordinieren.

Wie aus Tabelle 4.3.14 weiters ersichtlich, haben die Begleitpersonen sehr großes Interesse (88,8%) an dem Projekt (die Begleitperson arbeitet gemeinsam in der Aktivität mit den Jugendlichen, ist an der Aktivität interessiert und hilft den Jugendlichen bei weiteren Schritten). Der

Führungsstil (8,0%) wird in der Regel als nicht konfliktbehaftet erlebt: Die Begleitperson ist nicht beleidigt, wenn die Jugendlichen anderer Meinung sind, will nie ihre eigenen Interessen durchsetzen, nimmt die Ideen und Meinungen der Jugendlichen ernst, die Projektziele sind wichtiger als die eigenen Ziele, sie schimpft nicht mit den Jugendlichen, wenn etwas nicht so gut gelingt, usw.

Tabelle 4.3.14: Einschätzung der Begleitperson aus Sicht der Jugendlichen

Einschätzung der Begleitperson	trifft zu	trifft nicht zu	n
unterstützend	92,4	7,6	199
vermittelnd	95,1	4,9	184
konfliktbeladen – führend	8,0	92,0	174
desinteressiert	11,2	88,8	196

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis, Prozentwerte (additiver Index auf Basis einer Faktorenanalyse). „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Angaben der Kategorie „weiß nicht“ wurden aus der Analyse eliminiert. (Prozentsatz der erklärten Varianz durch vier Faktoren: 60,0%; maximale Korrelation zwischen den Faktoren: 0,55)

Mit Hilfe der beiden folgenden Tabellen 4.3.15 und 4.3.16 wird die in Abhängigkeit des Projekttypus bzw. der Begleitperson die Rolle der Begleitpersonen betrachtet.

Hinsichtlich Unterstützung durch die Begleitperson zeigt die Tabelle 4.3.15 sehr deutlich, daß von Seiten der Jugendlichen mit Ausnahme bei der verbandlichen Arbeit ein hoher Grad erlebt wird. Bei den Verbänden hingegen erhalten rund ein Viertel der Jugendlichen kaum bis keine Unterstützung bei ihrer Arbeit durch die Begleitperson. Die Vermittlung zwischen den Interessen der Gemeinde und jenen der Jugendlichen wird bei allen Projekten durchwegs als vorhanden erlebt. Jene Erwachsenen, die im Zuge einer projektorientierten Partizipationsform den Jugendlichen zur Seite stehen, wird von einem Drittel der Jugendlichen, im Gegensatz zu den anderen Projekttypen, ein eher konfliktbeladener Führungsstil zugeschrieben. Hingegen ist dies bei der Planung von Jugendtreffs und bei der verbandlichen Partizipation nicht der Fall. Desinteresse findet man in einem geringen Ausmaß bei den projektorientierten, parlamentarischen und bei den Jugendzentren/-treffs vor.

Tabelle 4.3.15: Einschätzung der Begleitperson je Projekttypus

Projekttypen	konfliktbeladen – führend	unterstützend	vermittelnd	desinteressiert
Jugendzentrum/-treff	[0] (0)	[91,7] (11)	[100,0] (13)	[7,1] (1)
parlamentarisch	1,9 (2)	94,7 (124)	95,0 (115)	12,0 (15)
projektorientiert	33,3 (11)	91,7 (33)	96,9 (31)	16,2 (6)
verbandsorientiert	[0] (0)	[71,4] (10)	[84,6] (11)	[0] (0)
Aktionen	[16,7] (1)	[100,0] (6)	[100,0] (5)	[0] (0)
Ccorr	0,59*	0,31*	0,21	0,19

Prozentzahlen, *: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht].

Betrachtet man nun die Beurteilung der Eigenschaften der Begleitpersonen unter dem Blickwinkel ihrer beruflichen Tätigkeit, so läßt sich folgendes Ergebnis feststellen: Erwartungsgemäß wird der/die BürgermeisterIn und Personen, die in der Gemeinde tätig sind, als bester/e Ver-

mittlerIn, sicherlich aufgrund ihrer beruflichen Nähe, zwischen den Interessen der Jugendlichen und der Gemeinde, erlebt. Die geringste Unterstützung ergibt sich bei den Personen, die in der Pfarre tätig sind (75,0%). Lehrer werden in einem höheren Ausmaß als konfliktbeladen – führend erlebt (17,4%) (siehe Tabelle 4.3.16).

Tabelle 4.3.16: Die Einschätzung der Begleitpersonen je Tätigkeitsfeld

Tätigkeitsfeld	Konfliktbeladene Führung	Unterstützung	Vermittler	Des-interesse
LehrerIn (oder SchuldirektorIn)	17,4 (11)	95,8 (68)	93,9 (61)	13,2 (9)
BürgermeisterIn oder andere/r GemeindepolitikerIn	3,2 (3)	93,2 (95)	100,0 (105)	10,6 (11)
GemeindesekretärIn/-bedienstete/r	0,0 (0)	97,9 (47)	98,1 (51)	8,3 (4)
In der Pfarre tätige Person/en	4,0 (1)	75,0 (18)	91,3 (21)	8,7 (2)
Person/en aus einem Jugendverein	2,0 (1)	91,1 (51)	95,9 (47)	11,5 (6)
Ccor				
LehrerIn (oder SchuldirektorIn)	0,36**	0,13	0,06	0,07
BürgermeisterIn oder andere/r GemeindepolitikerIn	0,27*	0,04	0,36**	0,03
GemeindesekretärIn/-bedienstete/r	0,23**	0,16	0,12	0,07
In der Pfarre tätige Person/en	0,09	0,34**	0,09	0,04
Person/en aus einem Jugendverein	0,20	0,05	0,03	0,01

Prozentzahlen, *: p < 5%; **: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht].

Die Jugendbeteiligungsprojekte und das Interesse der Öffentlichkeit

Über die Projekte bzw. die Aktivitäten, an denen die Jugendlichen beteiligt waren, wird oftmals berichtet: Einerseits mehrfach in Zeitungen (67,0%, n=218), andererseits auch im Fernsehen (63,7%, n=212).

Das Interesse nichtbeteiligter Personen an der Aktivität wird von den Jugendlichen folgendermaßen wahrgenommen: Nicht ganz die Hälfte der Jugendlichen gibt an, daß sich BürgermeisterInnen (45,4% n=196) sowie eher fremde Personen (41,4%, n=237) über den Verlauf der Aktivität bzw. über die Aktivität selbst informieren.

Die Analyse nach den einzelnen Projekttypen zeigt sehr deutlich, daß über die Arbeit der Jugendlichen in Jugendzentren in den seltensten Fällen in Zeitungen und nie im Fernsehen berichtet wird. Sehr wohl wird über Aktionen und auch über parlamentarische Aktivitäten der Jugendlichen des öfteren in Zeitungen und im Fernsehen Bericht erstattet. Eine geringe Berichtshäufigkeit läßt sich bei den projektorientierten und verbandsorientierten Aktivitäten feststellen. Die Aktionen scheinen in einem großen Ausmaß das Interesse der Bevölkerung zu wecken, da vor allem BürgermeisterInnen, aber auch andere Personen, die Jugendlichen über die Aktivität ansprechen und sich nach der Aktivität erkundigen. Am seltensten ist dies bei Jugendzentren der Fall (siehe Tabelle 4.3.17).

Tabelle 4.3.17: Öffentliches Interesse je Projekttypus

Projekttypen	Bericht in Zeitungen	Bericht im Fernsehen	Interesse des Bürgermeisters	Interesse anderer Leute
Jugendzentrum/-treff	[6,7] (1)	[0] (0)	[36,4] (4)	[31,3] (5)
parlamentarisch	79,4 (104)	46,3 (57)	43,2 (51)	40,7 (59)
projektorientiert	48,7 (18)	29,0 (11)	46,9 (15)	39,5 (15)
verbandsorientiert	58,3 (14)	16,7 (4)	50,0 (12)	44,4 (12)
Aktionen	[81,8] (9)	[45,5] (5)	[63,6] (4)	[63,6] (7)
Ccorr	0,56*	0,41**	0,15	0,16

Prozentzahlen, * Haldane-Dawson Test: $p < 5\%$. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. „trifft zu“ Antworten

Finanzielle Unterstützung kommt vorwiegend von Seiten der Gemeinde (46%, n=206), und bei rund einem Drittel (35,8%, n=196) der Projekte leisten auch Banken, Firmen sowie andere Personen finanziellen Beistand.

Die Jugendzentren werden in einem größeren Umfang von den Gemeinden und von anderen Personen finanziert. Aktionen werden von Seiten der Gemeinde, der Firmen, aber auch von anderen Personen sehr stark finanziell unterstützt. Die parlamentarischen Aktivitäten hingegen erhalten die geringste finanzielle Unterstützung (siehe Tabelle 4.3.18).

Tabelle 4.3.18: Finanzielle Unterstützung je Projekttypus

Projekttypen	Geld von der Gemeinde	Geld von Firmen	Geld v. and. Personen
Jugendzentrum/-treff	[80,0] (12)	[54,5] (6)	[72,7] (8)
parlamentarisch	38,3 (49)	21,6 (25)	18,4 (20)
projektorientiert	44,12 (15)	48,7 (18)	36,8 (14)
verbandsorientiert	[63,2] (12)	63,6 (14)	52,4 (11)
Aktionen	[70,0] (7)	[70,0] (7)	[75,0] (6)
Ccorr	0,36*	0,49*	0,52*

Prozentzahlen, *: p (Haldane-Dawson Test) $< 5\%$. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. „trifft zu“ Antworten.

Untersucht man die wahrgenommene Reaktion der Öffentlichkeit auf die Beteiligungsprojekte, so gibt der Großteil der Jugendlichen an, daß die Erwachsenen für ihre Leistung Lob übrig haben (71%, n=255) und nur in den seltensten Fällen über die Aktivität schimpfen (14,9%, n=222). Jene Jugendlichen, die bei Aktivitäten in Jugendzentren mitgearbeitet haben, erleben im Gegensatz zu Jugendlichen in den anderen Projekttypen weniger häufiger Lob für ihre Arbeit (25,0%). Vielmehr haben sie vorwiegend Schimpfen über ihren Einsatz (69,2%) wahrgenommen. Ein Lob bekommen Jugendliche vorwiegend dann, wenn sie bei Aktionen und bei verbändlichen Aktivitäten teilgenommen haben (siehe Tabelle 4.3.19).

Tabelle 4.3.19: Die Akzeptanz von Seiten der Bevölkerung je Projekttypus

Projekttypen	Lob	Schimpfen
Jugendzentrum/-treff	[25,0] (3)	[69,2] (9)
parlamentarisch	71,4 (95)	7,5 (10)
projektorientiert	69,1 (29)	15,0 (6)
verbandsorientiert	81,5 (22)	25,9 (7)
Aktionen	[100,0] (10)	[11,1] (1)
Ccorr	0,39*	0,55*

Prozentzahlen, *: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. „trifft zu“ Antworten.

Einschätzung des Projekterfolges durch die Jugendlichen

Ein wichtiger Aspekt für die Beurteilung der einzelnen Projekte ist sicherlich die Einschätzung des Erfolges. 79% (n=260) der Jugendlichen sind der Meinung, daß das Partizipationsprojekt als sehr bzw. als erfolgreich angesehen werden kann. Aufschluß über den Erfolg der einzelnen Projekttypen gibt die Tabelle 4.3.20. Aktionen (100%) werden durchgehend als erfolgreich erlebt, gefolgt von den projektorientierten (93,2%), den verbandlichen (86,2%) und den parlamentarischen (75,5%) Beteiligungsformen. Nur mehr rund die Hälfte der Jugendlichen, die bei Jugendzentren/-treffs (58,8%) mitgearbeitet haben, erleben diese als erfolgreich. Von rund einem Viertel der Jugendlichen, die an einem solchen Typ mitgearbeitet haben, wird die Aktivität hingegen als nicht bzw. als überhaupt nicht erfolgreich eingeschätzt.

Tabelle 4.3.20: Einschätzung des Erfolges je Projekttypus

Projekttypen	sehr erfolgreich bzw. erfolgreich	weder noch	nicht bzw. überhaupt nicht erfolgreich
Jugendzentrum/-treff (n=17)	[58,8]	[17,7]	[23,5]
parlamentarisch (n=159)	75,5	15,7	8,8
projektorientiert (n=44)	93,2	4,5	2,3
verbandsorientiert (n=29)	86,2	10,3	3,5
Aktionen (n=11)	[100,0]	[0]	[0]
Ccorr	0,31*		

Zeilenweise prozentuiert, *: p (Haldane-Dawson Test) < 5%. [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht].

Zusammenfassung

Betrachtet man nun die oben erörterten Ergebnisse, so kann festgestellt werden, daß die Jugendlichen ihre Teilnahme an einem Beteiligungsprojekt als durchaus positiv erleben. Der Großteil der Jugendlichen ist mit dem Ablauf der Projekte zufrieden und auf das Ergebnis stolz. Die Struktur der einzelnen Beteiligungsprojekte ist hinsichtlich Arbeitsteilung und Arbeitsstil klar festgelegt. Darüber hinaus konnte ein relativ hoher Grad an Gruppenzusammenhalt festgestellt werden. Die Zusammenarbeit mit einer erwachsenen Begleitperson wird durchwegs angenehm und auch förderlich für den Ablauf des Projektes empfunden.

Hinsichtlich der einzelnen Projekttypen lassen sich folgende Ergebnisse zusammenfassend darstellen.

Die Planung und Durchsetzung eines *Jugendzentrums/-treffs* hat im Vergleich zu den restlichen Typen den geringsten Grad an demokratischer Führung. Alle Begleitpersonen werden als Vermittler zwischen den unterschiedlichen Interessen gesehen. Oftmals wird die Aktivität zum Reden über andere Dinge genutzt. Seltener wird die Arbeit der Jugendlichen gelobt, sondern häufiger wird darüber geschimpft. Über diese Aktivität wird in den seltensten Fällen in den Medien berichtet, und das Interesse von Seiten der Bevölkerung hält sich in Grenzen. Zudem beurteilen die meisten Jugendlichen im Vergleich zu den anderen Projekttypen, diese Beteiligungsform als überhaupt nicht bzw. nicht erfolgreich.

Nur die Hälfte der Aktionen ist gekennzeichnet durch eine klare Arbeitsteilung, und oftmals auch durch eine geringe Geschlossenheit. Alle Begleitpersonen werden als unterstützend und vermittelnd zwischen den Interessen der Gemeinde und jenen der Jugendlichen erlebt. Von allen Jugendlichen wird diese Beteiligungsform als sehr oder als erfolgreich gesehen. Über diese Art von Jugendbeteiligung wird oftmals in den Medien berichtet. Auch wird diese Art von Jugendbeteiligung von unterschiedlichen Geldgebern finanziell unterstützt.

Die *verbandsorientierte* Jugendbeteiligungsform wird zumeist als eine Möglichkeit, über andere Dinge zu sprechen, genutzt. Die Begleitperson wird als am wenigsten unterstützend erlebt. Es herrscht bei allen Projekten dieses Typus ein demokratischer Arbeitsstil vor. Auch über diese Arbeit wird des öfteren in den Zeitungen berichtet.

Bei der *projektorientierten* Partizipation läßt sich am häufigsten eine konfliktbeladene Führung finden. Diesem Typus wird ein hoher Grad an Erfolg zugeschrieben.

Bei der *parlamentarischen* Partizipation herrscht ein ähnlich hoher Grad an demokratischem Arbeitsstil vor wie bei der verbandsorientierten. Im Bereich der finanziellen Unterstützung läßt sich ein deutlicher Unterschied zu den anderen Typen feststellen, da in den seltensten Fällen die Gemeinden, Firmen oder andere Personen dieser Aktivität finanzielle Unterstützung gewähren.

4.4 Zielerreichung, Hinderungsgründe, Mißbrauch und Zweckentfremdung

4.4.1 Zielerreichung und Hinderungsgründe

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Grunddimension „Zielerreichung“ war, daß ein wesentlicher Teil der Ergebnisse der Aktivitäten zusammenfassend abgebildet wird. Die Operationalisierung dieser Dimension mußte dem Umstand Rechnung tragen, daß die Ziele der einzelnen von uns untersuchten Aktivitäten relativ heterogen und unterschiedlich konkret sind. Es wurde daher im Fragebogen nicht nach der Erreichung von speziellen Sachzielen gefragt, sondern eine Reihe von Items formuliert, die das Ausmaß der wahrgenommenen Zielerreichung messen sollten. Die Verteilung der Beantwortung dieser Items ist in Tabelle 4.4.1 dargestellt.

Tabelle 4.4.1: Zielerreichung und Hinderungsgründe

„Kannst Du Eure AKTIVITÄT anhand der folgenden Aussagen einstufen?“	trifft zu	trifft nicht zu	n
Das, was herauskam, stimmte mit den ursprünglichen Zielen überein.	80,2	19,8	237
Was jetzt aus unserer AKTIVITÄT entstanden ist, wollten wir eigentlich so nicht.	21,4	78,6	224
Eigentlich haben wir nicht das erreicht, was wir wollten.	21,7	78,3	240
Im Rahmen unserer AKTIVITÄT entsteht/entstand etwas, auf das wir stolz sein können.	86,6	13,4	247
Es stellte sich heraus, daß unsere Ziele unrealistisch waren.	12,4	87,6	234
Für manche Aufgaben waren wir einfach zu wenig.	44,3	55,7	237
An der AKTIVITÄT nahmen immer unterschiedliche Leute teil.	41,5	58,5	241

Zeilenweise prozentuiert, n= Prozentierungsbasis, „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Angaben der Kategorie „weiß nicht“ wurden aus der Analyse eliminiert.

Es ist zunächst ersichtlich, daß der überwiegende Teil der befragten Jugendlichen Zielerreichung wahrnimmt bzw. mit den erreichten Zielen zufrieden ist: Faßt man die beiden zustimmenden Ausprägungen zusammen, läßt sich erkennen, daß bei rund 80% der Jugendlichen das Ergebnis mit den ursprünglichen Zielen übereinstimmt. Weitere rund 87% stimmen zu, daß durch die Aktivität etwas entstanden ist, worauf man stolz sein kann. Bei rund 20% wurden die eigentlichen Ziele nicht bzw. solche Ergebnisse erzielt, die man sich in dieser Form nicht wünschte. Bei einer Faktorenanalyse bilden diese 4 Items einen Faktor, der im folgenden als Zielerreichung bezeichnet wird. Die Verteilung dieser Indexvariablen ist in Tabelle 4.4.2 dargestellt: Von rund 88% wurde die Zielerreichung der partizipativen Aktivitäten wahrgenommen.

Die weiteren drei Items aus Tabelle 4.4.1 betreffen Hinderungsgründe („Erfolgsbehinderung“) als eine eigenständige Inhaltsdimension. Am häufigsten wird genannt, daß zur Zielerreichung zu wenige Personen verfügbar seien (44,3%) bzw., daß die personale Fluktuation innerhalb der Projekte hoch sei (41,5%). In deutlich geringerem Ausmaß wird wahrgenommen, daß die Ziele der Aktivität unrealistisch seien (12,4%). Insgesamt werden von einem Viertel der beteiligten Jugendlichen erfolgsbehindernde Elemente genannt (siehe Tabelle 4.4.2).

Tabelle 4.4.2: Verteilung der beiden Dimensionen der Zielerreichung

	trifft zu	trifft nicht zu	n
Zielerreichung (n= 206)	87,9	12,1	206
Erfolgsbehinderung (n= 212)	25,0	75,0	212

Zeilenweise prozentuiert, (Percentierungsbasis, Prozentwerte (additiver Index auf Basis einer Faktorenanalyse). Prozentsatz der erklärten Varianz durch 2 Faktoren: 55,5%. Korrelation zwischen den schiefwinkeligen Achsen: 0,28. Die Kategorie „weiß nicht“ wurde bei der Faktorenanalyse eliminiert. Die Items: „Was jetzt aus unserer AKTIVITÄT entstanden ist, wollten wir eigentlich so nicht.“ und „Eigentlich haben wir nicht das erreicht, was wir wollten.“ wurden dabei vorher umgepolgt codiert. In der Tabelle wurden die Ausprägungen „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt .

Tabelle 4.4.3 verdeutlicht den Zusammenhang der beiden Dimensionen.

Tabelle 4.4.3: Zusammenhang von Zielerreichung und Erfolgsbehinderung

Erfolgsbehinderung	Zielerreichung:	trifft nicht zu	trifft zu	n
trifft nicht zu		8,8	91,2	136
trifft zu		21,7	78,3	46
Phi		-0,17*		

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentierungsbasis, *: p < 5%. Phi = Phi-Koeffizienten.

Zielerreichung wird demnach in geringerem Ausmaß wahrgenommen, wenn gleichzeitig erfolgsbehindernde Elemente auftreten. Die relativ geringe Stärke des Zusammenhangs ($\Phi = -0,17$) weißt darauf hin, daß die beiden Dimensionen nicht als diametral entgegengesetzt interpretiert werden können. Das heißt, auch wenn Erfolgsbehinderung wahrgenommen wird, geben immer noch rund 78% der Jugendlichen Zielerreichung an.

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob sich das Ausmaß der wahrgenommenen Zielerreichung und das Auftreten der Hinderungsgründe in den einzelnen von uns untersuchten Projekttypen unterscheidet.

Tabelle 4.4.4: Wahrnehmung der Zielerreichung je Projekttyp

	Zielerreichung	Erfolgsbehinderung
Jugendzentrum/-treff	[57,1] (8)	[37,5] (6)
parlamentarisch	87,6 (106)	27,1 (33)
projektorientiert	91,4 (32)	21,1 (8)
verbandsorientiert	96,0 (24)	16,0 (4)
Aktionen	[100,0] (11)	[18,2] (2)
Gesamt	87,9 (181)	25,0 (53)
Phi-Koeffizienten		
Jugendzentrum/-treff	-0,25*	0,08
parlamentarisch	0,01	0,05
projektorientiert	0,05	-0,04
verbandsorientiert	0,09	-0,08
Aktionen	0,08	-0,04

Zeilenweise prozentuiert, *: $p < 5\%$. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. Phi-Koeffizienten aus einem Vergleich des in der Zeile angeführten Projekttypus mit allen anderen. In der Tabelle wurden die Ausprägungen „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt.

Es ist dabei ersichtlich, daß lediglich für den Projekttypus Jugendzentren und -treffs ein deutlich geringeres Maß an wahrgenommener Zielerreichung feststellbar ist. Die übrigen Anteile unterscheiden sich im einzelnen nicht signifikant. Eine mögliche Interpretation des vorliegenden Ergebnisses könnte dahingehend formuliert werden, daß sich dieser Aktivitätstypus dadurch auszeichnet, daß die Ziele von vornherein eher vage sind (z. B. Kommunikationsmöglichkeiten für Jugendliche zu installieren oder zu nutzen). Daher sind die Ergebnisse der Bemühungen weniger in Form konkreter Sachzielerreichung erkennbar. Allgemein ist anzumerken, daß die Ergebnisse aufgrund geringer Fallzahlen mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Es wurde im weiteren versucht, entsprechend dem der Untersuchung zugrundeliegenden Variablenmodell (siehe Kapitel 1) zu überprüfen, inwiefern die Zielerreichung und Hinderungsgründe durch andere Merkmale beeinflußt werden. Als unabhängige Variablen werden einbezogen: Alter der beteiligten Jugendlichen, die Gruppengröße der beteiligten Jugendlichen, Regelmäßigkeit der Zusammenkünfte, die Gründe für die Teilnahme, die Tätigkeitsfelder der Begleitpersonen, die durch die Jugendlichen wahrgenommenen Rollen ebenso wie die Projektmerkmale

und das Ausmaß der sozialen Unterstützung. Die signifikanten Ergebnisse dieser Analyse sind in folgender Tabelle 4.4.5 zusammengefaßt:

Tabelle 4.4.5: Wahrnehmung der Zielerreichung nach Projektmerkmalen und TeilnehmerInnenmerkmalen

	Zielerreichung	Phi
Rolle der Begleitperson: unterstützend (n=156)	87,8 (137)	0,17*
Projektmerkmal: demokratischer Arbeitsstil (n=175)	90,3 (158)	0,27*
Projektmerkmal: klare Arbeitsteilung (n=141)	91,5 (129)	0,26*
mediale Unterstützung (n=108)	89,8 (97)	0,17*
geringe soziale Akzeptanz (n=60)	73,3 (44)	-0,33*

Zeilenweise prozentuiert, *: $p < 5\%$. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). Phi = Phi-Koeffizienten. Die Ausprägungen „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Ergebnisse aus zeilenweiser Prozentuierung. Variable mediale Unterstützung (Index): Es wurde angegeben, daß über die Aktivität in Zeitung oder Fernsehen berichtet wurde. Variable geringe soziale Akzeptanz (Index): Es wurde angegeben, daß manche Erwachsenen über die Aktivität schimpften, oder daß nur sehr wenige Personen an der Aktivität interessiert waren.

Es ist ersichtlich, daß die Zielerreichung dann höher eingeschätzt wird, wenn Begleitpersonen in ihrer Rolle als „unterstützend“ wahrgenommen werden ($\phi=0,17$), sowie bei Aktivitäten, die sich durch demokratischen Arbeitsstil ($\phi=0,27$) und klare Arbeitsteilung ($\phi=0,26$) auszeichnen (siehe Kapitel 4.3). Zielerreichung wird auch dann eher wahrgenommen, wenn das Projekt von medialer Unterstützung begleitet wurde: Entweder wird in Zeitungen oder im Fernsehen darüber berichtet. Es wird eine größere Zielerreichung bei größerer sozialer Akzeptanz bzw. bei geringerer sozialer Akzeptanz eine geringere Zielerreichung wahrgenommen.

Demokratischer Arbeitsstil und Arbeitsteilung als strukturelle Merkmale innerhalb der Aktivität sowie eine unterstützende Rolle der Begleitperson tragen offensichtlich dazu bei, die Projektziele eher zu erreichen. Im Bereich der sozialen Unterstützung (mediale und soziale Akzeptanz) fällt die Bewertung der Kausalität allerdings schwerer: Es ist durchaus denkbar, daß soziale Unterstützung die Zielerreichung fördert. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, daß Aktivitäten dann ein höheres Ausmaß an Resonanz erfahren, wenn konkrete Ziele erreicht wurden. In diesem Fall wäre dann soziale Unterstützung eine Folge der Zielerreichung.

Bemerkenswert ist dabei, daß die dargestellten Merkmale in starkem Zusammenhang mit dem Projekttyp Jugendzentren und –treffs stehen: Für Aktivitäten dieses Typs wird in geringerem Ausmaß demokratischer Arbeitsstil, klare Arbeitsteilung und mediale Unterstützung und häufiger geringe soziale Akzeptanz (siehe Kapitel 4.3) wahrgenommen. Es scheint daher naheliegend, das geringere Ausmaß an angegebener Zielerreichung bei Jugendzentren durch die als signifikant ermittelten strukturellen Merkmale dieses Aktivitätstypus zu erklären.

Bei der Detailanalyse nach strukturellen Merkmalen können zur Dimension Erfolgsbehinderung wenige erklärende Aussagen gefunden werden (siehe Tabelle 4.4.6).

Tabelle 4.4.6: Wahrnehmung von Erfolgsbehinderung nach Projektmerkmalen und TeilnehmerInnenmerkmalen

	Erfolgsbehinderung	Phi
Grund der Teilnahme: Weil ich gefragt wurde. (n=72)	16,7 (12)	-0,14*
Rolle der Begleitperson: desinteressiert (n=16)	[50,0] (8)	0,17*

Zeilenweise prozentuiert, *: $p < 5\%$. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. Phi = Phi-Koeffizienten. Die Ausprägungen „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Ergebnisse aus zeilenweiser Prozentuierung. Variable „Weil ich gefragt wurde“: Es wurde angegeben, daß der Grund für die Teilnahme darin lag, daß man von jemandem gefragt wurde, ob man mitmachen will (Mehrfachnennungen waren möglich).

So ist signifikant feststellbar, daß TeilnehmerInnen, die als Grund ihrer Teilnahme angeben, daß sie dazu von jemandem gefragt wurden, Elemente der Erfolgsbehinderung in geringerem Ausmaß wahrnehmen. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, daß es sich hiebei eher um Projekte handelt, die durch das Interesse anderer Personen gegründet wurden und, daß aufgrund des größeren Interesses dieser Personen weniger häufig Hinderungsgründe auftreten.

Weiters werden erfolgsbehindernde Elemente häufig wahrgenommen, wenn die Begleitperson als desinteressiert erlebt wird. Anders formuliert: Aktiv-engagierte Begleitpersonen tragen offensichtlich dazu bei, daß von den beteiligten Jugendlichen Erfolgsbehinderung in geringerem Ausmaß erfahren wird.

Beide Ergebnisse deuten darauf hin, daß eine „Verankerung“ der Aktivität bei (erwachsenen) Personen nötig ist, um die subjektiv wahrgenommenen Realisierungschancen bei Jugendlichen zu sichern und um Erfolgsbehinderung zu vermeiden.

4.4.2 Mißbrauch und Zweckentfremdung

Auf derselben hierarchischen Ebene wie die Sachzielerreichung wurde, wie aus dem zentralen Variablenmodell (siehe Kapitel 1) ersichtlich, die Dimension „Mißbrauch und Zweckentfremdung“ angesiedelt. Es handelt sich dabei um nicht explizierte Zielsetzungen und Interessen von in der Regel erwachsenen Personen. Unter diese Zielsetzungen fallen Instrumentalisierung zum Zwecke der Legitimation politischer Macht, Delegation unliebsamer Aufgaben, inszenierte Jugendfreundlichkeit sowie Funktionalisierung der Jugendlichen als „Dekoration“.

Elemente von Mißbrauch und Zweckentfremdung sind in der Regel nur latent sichtbar. Diese können nur dann wahrgenommen und erfaßt werden, wenn sie sich auch manifestieren, also offensichtlich werden. Die Verteilung der Antworten zu den entsprechenden Items ist in Tabelle 4.4.7 angeführt.

Tabelle 4.4.7: Zweckentfremdung und Mißbrauch

„Kannst Du Eure AKTIVITÄT anhand der folgenden Aussagen einstufen?“	trifft zu	trifft nicht zu	n
Den Lohn und das Lob für unsere Arbeit bekommt jetzt wer anderer.	21,7	78,3	217
Unsere AKTIVITÄT hat/te eigentlich nur den Sinn, daß manche anderen Leute jetzt gut dastehen.	21,3	78,7	230
Die AKTIVITÄT dient/e eigentlich nur dazu, daß Jugendliche sich nicht mehr beschweren.	27,2	72,8	232
Die AKTIVITÄT dient/e eigentlich nur dazu, Dinge zu erledigen, die Erwachsene nicht tun wollen.	22,4	77,6	219
Manche Politiker oder Erwachsene sagen, daß unsere AKTIVITÄT wichtig ist/war, obwohl es ihnen eigentlich egal ist.	55,8	44,2	206

Zeilenweise Prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis, „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Angaben der Kategorie „weiß nicht“ wurden aus der Analyse eliminiert.

Aus der Tabelle 4.4.7 ist ersichtlich, daß – ausgenommen das letzte Item – die erhobenen Formen von Zweckentfremdung und Mißbrauch in einem Ausmaß von jeweils rund 21 bis 27% wahrgenommen werden: das Lob jemand anderem zufällt, die erreichten Ergebnisse werden von anderen als eigene Leistungen bezeichnet,, usw.

Wesentlich häufiger (rund 56%) wird angegeben, daß Jugendliche in ihren Bemühungen nicht ernst genommen werden (siehe Tabelle 4.4.7).

Während die erstgenannten Items Mißbrauchselemente betreffen, die bei der konkreten Projektaktivität auftreten, spiegelt das letztgenannte Item möglicherweise die systematische Benachteiligung von Jugendlichen in der Gesellschaft insgesamt wieder. Kinder und Jugendliche werden mit dem Status des Heranwachsens verknüpft und ihnen wird somit in manchen Bereichen weniger Kompetenz zugeschrieben. Die Ergebnisse sind ein Zeichen dafür, daß die Anerkennung jugendlicher Aktivitäten in größerem Ausmaß manifestiert werden sollte.

Tabelle 4.4.8 zeigt die Verteilung der entsprechenden Indikatorvariable für die Dimension Zweckentfremdung und Mißbrauch. Es ist ersichtlich, daß rund 22% dieser Dimension zustimmten.

Tabelle 4.4.8: Verteilung der Dimension Zweckentfremdung und Mißbrauch

	trifft nicht zu	trifft zu	n
Zweckentfremdung und Mißbrauch	78,2	21,8	211

Zeilenweise Prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis Prozentwerte (additiver Index auf Basis einer Faktorenanalyse). Da die Bildung eines einfachen Summenscores aufgrund einzelner fehlender Werte zu einer Reduktion auf 151 gültige Indexwerte führt, wurde eine Mittelwertsubstitution vorgenommen, falls nicht mehr als einer der fünf Items einen fehlenden Wert aufweist. In der Tabelle wurden die Ausprägungen „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt.

Das korrelative Muster mit den Variablen der Zielerreichung, die sich entsprechend den Untersuchungsannahmen auf gleicher hierarchischer Kausalitätsebene befinden, ist in Tabelle 4.4.9 veranschaulicht.

Tabelle 4.4.9: Zusammenhang zwischen Zweckentfremdung und Mißbrauch auf der einen Seite und Zielerreichung und Erfolgsbehinderung auf der anderen Seite

Zweckentfremdung und Mißbrauch:	trifft zu	trifft nicht zu	Phi
Zielerreichung (n=161)	17,4	82,6	-0,21*
Erfolgsbehinderung (n=45)	28,9	71,1	0,13

Zeilenweise Prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis, *: p < 5%. Phi = Phi-Koeffizienten.

Zweckentfremdung und Mißbrauch tritt demnach in signifikant geringerem Ausmaß auf, wenn Jugendliche Zielerreichung ihrer Aktivität wahrnehmen. Der Zusammenhang zwischen mißbräuchlicher Verwendung und Erfolgsbehinderung ist nicht signifikant.

Nachfolgend wird geklärt, ob Zweckentfremdung und Mißbrauch in den einzelnen Projekttypen in unterschiedlicher Weise wahrgenommen werden.

Tabelle 4.4.10: Wahrnehmung von Zweckentfremdung und Mißbrauch je Projekttyp

Zweckentfremdung und Mißbrauch	
Jugendzentrum/-treff (n=14)	[7,1]
parlamentarisch (n=125)	25,6
projektorientiert (n=35)	28,6
verbandsorientiert (n=26)	0,0
Aktionen (n=11)	[27,3]
Gesamt (n=211)	21,8
Phi-Koeffizienten	
Jugendzentrum/-treff	-0,09
parlamentarisch	0,11
projektorientiert	0,07
verbandsorientiert	-0,20*
Aktionen	0,03

Zeilenweise prozentuiert. *: p < 5%. [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. Phi-Koeffizienten aus einem Vergleich des in der Zeile angeführten Projekttypus mit allen anderen. In der Tabelle wurden die Ausprägungen „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt.

Es ist lediglich für verbandsorientierte Projekte ein signifikant unterschiedlicher Wert auf dieser Dimension feststellbar: Bei verbandsorientierten Aktivitäten werden Zweckentfremdung und Mißbrauch in geringerem Ausmaß (in unserer Stichprobe von keinem Jugendlichen dieser Aktivitäten) wahrgenommen; in größerem Ausmaß auf kommunaler Ebene. Die Ursache könnte darin liegen, daß verbandlich organisierte Partizipation mit relativ dauerhaft angelegter Mitgliedschaft verbunden ist, und dies subjektiv von den Jugendlichen dahingehend interpretiert wird, daß die Tätigkeit in der Kommune mehr akzeptiert wird und Mißbrauch im geringeren Umfang vorliegt.

Auch hinsichtlich dieser Inhaltsdimension wurde die Abhängigkeit von Projekt- und Teilnehmermerkmalen untersucht. Die Tabelle 4.4.11 stellt die signifikanten Zusammenhänge dar.

Tabelle 4.4.11: Wahrnehmung der Dimension Zweckentfremdung und Mißbrauch nach Projektmerkmalen und TeilnehmerInnenmerkmalen

	Zweckentfremdung und Mißbrauch	Phi
Rolle der Begleitperson: konfliktbeladen – führend (n=14)	[57,1] (8)	0,27*
Rolle der Begleitperson: desinteressiert (n=17)	[58,8] (10)	0,26*
Projektmerkmal: geringe Geschlossenheit (n=45)	35,6 (16)	0,20*
Projektmerkmal: klare Arbeitsteilung (n=143)	16,1 (23)	-0,35*
geringe soziale Akzeptanz (n=67)	34,3 (23)	0,27*

Zeilenweise prozentuiert. *: p < 5%. Phi = Phi-Koeffizienten. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. Die Ausprägungen „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Ergebnisse aus zeilenweiser Prozentuierung. Variable geringe soziale Akzeptanz: Es wurde angegeben, daß manche Erwachsenen über die Aktivität schimpften oder daß nur sehr wenige Personen an der Aktivität interessiert waren.

Mißbrauch und Zweckentfremdung wird von jenen Jugendlichen häufiger wahrgenommen, die die Rolle der Begleitperson als eher konfliktbeladen – führend sowie als desinteressiert wahrnehmen, weiters, wenn sich die Aktivität durch die Wahrnehmung geringer innerer Geschlossenheit und wenig klarer Arbeitsteilung auszeichnet.

Mißbrauch und Zweckentfremdung treten ferner bei Aktivitäten mit geringerer sozialer Akzeptanz auf.

Die Wahrnehmung von Mißbrauch und Zweckentfremdung dürfte also, so legen diese Ergebnisse nahe, zu einem Gutteil durch Strukturmerkmale und die Rolle der Begleitperson erklärbar sein. Der Einfluß der sozialen Akzeptanz kann als weiterer Anhaltspunkt dafür gelten, daß eine entsprechend manifestierte Anerkennung jugendlicher Aktivitäten ein Erfordernis zur erfolgreichen partizipativen Einbindung Jugendlicher darstellt.

4.4.3 Zusammenfassung

Die nähere Analyse der Ergebnisse zeigt beim Projektypus Jugendzentren und –treffs ein geringeres Ausmaß an Zielerreichung. Dies ist darauf zurückzuführen, daß bei diesem Typus ein geringerer Grad an demokratischem Arbeitsstil, klarer Arbeitsteilung und medialer Unterstützung sowie weniger soziale Akzeptanz beobachtbar ist.

Weiters wurde festgestellt, daß Zielerreichung höher eingeschätzt wird, wenn Begleitpersonen in ihrer Rolle als „unterstützend“ erlebt werden sowie bei Aktivitäten mit demokratischem Arbeitsstil und klarer Arbeitsteilung. Zielerreichung wird auch dann eher wahrgenommen, wenn das Projekt medial unterstützt begleitet wird, also entweder in Zeitungen oder im Fernsehen darüber berichtet wird. Bei Aktivitäten mit einer geringen Akzeptanz wird auch eine geringere Zielerreichung wahrgenommen. Erfolgsbehindernde Faktoren treten häufig bei der Anwesenheit von als desinteressiert erlebten Begleitpersonen auf.

Mißbrauch und Zweckentfremdung im Zusammenhang mit der konkreten Beteiligung wird von rund einem Viertel der Jugendlichen wahrgenommen. Wesentlich häufiger (rund 56%) wurde angegeben, daß Jugendliche in ihren Bemühungen von Erwachsenen oder PolitikerInnen nicht ernst genommen werden.

In detaillierteren Analysen konnte festgestellt werden, daß diese Wahrnehmung von Mißbrauch und Zweckentfremdung in verbandsorientierten Aktivitäten mit geringerer Häufigkeit auftreten. Zweckentfremdung und Mißbrauch werden von Jugendlichen häufiger bei den desinteressierten und konfliktbeladen-führenden Begleitpersonen genannt.

Weiters tritt diese Wahrnehmung häufiger bei geringer innerer Geschlossenheit, fehlender Arbeitsteilung sowie bei mangelnder sozialer Akzeptanz durch Personen auf.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß auch die Wahrnehmung von Zweckentfremdung und Mißbrauch durch die Projektmerkmale beeinflußt ist. Es zeigt sich, daß die Begleitperson, arbeitsteilige Strukturen und entsprechend manifestierte Anerkennung der Leistungen, die die Jugendlichen erbringen, zur Einschränkung von Zweckentfremdung und Mißbrauch beitragen.

4.5 Die Wahrnehmung individueller Auswirkungen partizipativer Teilhabe

4.5.1 Auswirkungen auf das demokratische Bewußtsein und die politische Integration

In diesem Abschnitt soll näher untersucht werden, welche Auswirkungen auf das demokratische Bewußtsein und die politische Integration Jugendlicher durch Teilnahme an partizipativen Aktivitäten zu beobachten sind. Bei der Operationalisierung dieser Dimensionen (siehe Kapitel 1) ist wiederum zu beachten, daß hier lediglich die von den Jugendlichen bewußt wahrgenommenen Effekte erhoben wurden. Es handelt sich also um Einschätzungen der Jugendlichen, welche Effekte durch die Beteiligung entstanden sind. Die Einschränkung auf bewußte generalisierte Wahrnehmung läßt zwar keine tatsächlich handlungsrelevanten Schlußfolgerungen zu (ob Jugendliche beispielsweise durch die Teilnahme häufiger nach demokratischen Prinzipien handeln), es kann jedoch die potentielle Wirkung der Teilnahme auf demokratische Einstellungen untersucht werden.

In Tabelle 4.5.1 sind die Verteilungen der Antworten auf die jeweiligen Einzelitems dargestellt, die zur Untersuchung dieser Fragestellung formuliert wurden.

Generell ist eine deutliche Wirkung partizipativer Einbindung festzustellen, die sich in einer Verfestigung demokratischer Prinzipien bei Jugendlichen äußert: Fast alle Jugendlichen (95,2%) geben an, die Aktivität habe gezeigt, daß die Findung gemeinsamer Lösungen sowie die Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten (82,5%) möglich ist. Die erfolgreiche Erprobung demokratischer Prozesse kann also für den weitaus überwiegenden Teil bestätigt werden. Bei einer Faktorenanalyse aller in Tabelle 4.5.1 angeführten Items bilden diese beiden Items einen Faktor, der als demokratisches Bewußtsein bezeichnet wird (siehe Tabelle 4.5.2).

Ebenfalls bestärkt die Teilnahme der Jugendlichen ihre Auffassung, daß Demokratie die beste Regierungsform sei (80,5%). Es ist allerdings anzumerken, daß hier zu rund 18% die Ausprägung „weiß nicht“ gewählt wurde (siehe Anhang). Dies könnte dahingehend interpretiert werden, daß der Ausdruck „demokratische Regierungsform“ für Jugendliche zu abstrakt formuliert ist. Es kann jedoch auch als durchaus plausibel angenommen werden, daß die Übertragung demokratischer Einsichten aus der Teilhabe in kommunalen Projekten auf gesamtgesellschaftliche und insbesondere staatspolitische Prinzipien nicht ohne weiteres erfolgt. Diese Items bilden gemeinsam mit den Items der Gewaltbereitschaft einen Faktor (siehe unten).

Für einen äußerst geringen Teil sind aus demokratiebezogener Sicht resignative Auswirkungen autoritativer Art feststellbar: Nur etwa 7% sehen aufgrund ihrer Teilnahme die Notwendigkeit, daß „einer befiehlt und die anderen gehorchen“. Dieses Item bildet eine selbständige Dimension und wird als Autoritarismus bezeichnet.

Anders gestaltet sich die Wirkung der Teilnahme hinsichtlich der Items politischer Entfremdung, wie z. B. „- daß Politiker/innen nur daran interessiert sind, gewählt zu werden, und nicht daran, was Wähler denken.“: Relativ hohe Anteile der Zustimmung (zwischen 51,3 und 59,9%) sind beobachtbar. Dies ist jedoch nicht unbedingt in Widerspruch zu den dargestellten demokratischen Effekten zu interpretieren. Es handelt sich hierbei eher um eine Entfremdung von der klassischen Politik – also eher um PolitikerInnenverdrossenheit – als um Entfremdung von Politik an sich oder von demokratischen Idealen. Diese Dimension wird daher als PolitikerInnenverdrossenheit bezeichnet. Diese Interpretation bestätigt die Diagnosen aus Kapitel 1, daß Jugendliche zwar durchaus hohes gesellschaftliches Problembewußtsein, hohe politische Aktivitätsbereitschaft und demokratische Grundhaltungen aufweisen, aber geringe Identifikation mit konventionellen Formen von Politik zeigen.

Tabelle 4.5.1: Auswirkungen auf demokratisches Bewußtsein und politisches Vertrauen

		„Die Teilnahme an der AKTIVITÄT hat gezeigt,...“ bzw. „Die Teilnahme an der AKTIVITÄT hat bei mir bewirkt, ...“	trifft zu	trifft nicht zu	n
1	Daß ich häufiger den politischen Teil einer Tageszeitung lese.		27,7	72,3	249
	Daß mein politisches Interesse zugenommen hat.		39,2	60,8	250
	Daß ich mit meinen Eltern häufiger über Politik diskutiere.		30,2	69,8	248
	Daß ich mir öfter die Nachrichten im Fernsehen ansehe.		48,6	51,4	249
	Daß ich mit meinen Freunden/innen häufiger über Politik diskutiere.		25,5	74,5	247
	Daß ich ein größeres Vertrauen in die Politiker/innen habe.		14,7	85,3	238
	Daß ich ein größeres Vertrauen in die politischen Parteien habe.		12,2	87,8	237
2	Daß Politiker/innen nur daran interessiert sind, gewählt zu werden und nicht daran, was Wähler denken.		59,9	40,1	222
	Daß sich Politiker/innen nicht viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.		51,3	48,7	234
	Daß Leute wie ich keinen Einfluß darauf haben, was Politiker/innen in einer Gemeinde tun.		54,3	45,7	234
3	Daß es möglich ist, gemeinsam eine Lösung zu finden.		95,2	4,8	248
	Daß es möglich ist, die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen.		82,5	17,5	252
4	Daß es besser ist, wenn einer befiehlt und die anderen gehorchen.		6,6	93,4	243
5	Daß man mehr erreichen kann, wenn man Sachen gewaltsam zerstört.		5,3	94,7	246
	Daß Politik viel zu kompliziert ist, als daß man sie noch verstehen könnte.		42,2	57,8	223
	Daß man manchmal Gewalt anwenden muß, um etwas erreichen zu können.		17,6	82,4	245
	Daß Demokratie die beste Regierungsform ist, die es gibt.		80,5	19,5	200

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentierungsbasis, „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Items sind nach der Dimensionszugehörigkeit auf der Basis der Faktorenanalyse gereiht (innerhalb der Faktoren nach den rotierten Faktorladungen). Prozentsatz der erklärten Varianz durch fünf Faktoren: 69%. Maximale Korrelation zwischen den schiefwinkeligen Achsen: 0,45. Angaben zu der Kategorie „weiß nicht“ wurden eliminiert.

PolitikerInnenverdrossenheit auf der einen Seite und politisches Engagement und demokratische Werthaltungen auf der anderen Seite erklären die Ergebnisse für den Inhaltsbereich des politischen Interesses und des Vertrauens. Während beinahe die Hälfte (48,6%) der Jugendlichen angibt, daß sie sich öfters Nachrichten im Fernsehen ansehen, hat die Aktivität nur bei 14,7% bzw. 12,2% ein größeres Vertrauen in PolitikerInnen bzw. in politische Parteien bewirkt. Entsprechend der Faktorenanalyse bilden diese Items eine Dimension, die als politisches Vertrauen und Interesse bezeichnet wird.

Die letzte in Tabelle 4.5.1 dargestellte Itemgruppe zeigt, daß Jugendliche durch die partizipative Teilnahme zwar kaum Gewalteinsatz als eine mögliche Lösung von Problemen wahrnehmen

(rund 5% stimmten der Aussagen zu „daß man mehr erreichen kann, wenn man Sachen gewaltsam zerstört“), doch besteht für rund 18% offenbar die Notwendigkeit, manchmal Gewalt anwenden zu müssen. Diese beiden Items bilden gemeinsam mit den Items „daß Politik viel zu kompliziert sei, als daß man sie noch verstehen könnte“ (42,2%) und „daß Demokratie die beste Regierungsform ist, die es gibt“ (80,5%) eine gemeinsame faktorenanalytische Dimension mit einer negativen Ladung der letzten Items. Es wird dadurch die Interpretation nahegelegt, daß Gewalt dann häufiger als Lösungsstrategie in Betracht gezogen wird, wenn der Handlungsspielraum als eingeschränkt wahrgenommen wird („Politik ist viel zu kompliziert, als daß man sie noch verstehen könnte“), und Skepsis gegenüber der Demokratie als Regierungsform besteht. Oder anders ausgedrückt: Gewalt könnte hier möglicherweise als Ausdrucksform demonstriert Machtlosigkeit begriffen werden, die sich in einer resignativeren Haltung gegenüber demokratischen Lösungsversuchen äußert. Diese inhaltliche Dimension wird daher im folgenden „Fatalismus“ benannt.

Tabelle 4.5.2 stellt zusammengefaßt die Verteilung der fünf faktorenanalytischen Dimensionen der Items aus Tabelle 4.5.1 dar.

Tabelle 4.5.2: Verteilung der fünf Dimensionen der Auswirkungen von Beteiligungsprojekten auf das demokratische Bewußtsein und politische Integration

		trifft zu	trifft nicht zu	n
1	politisches Vertrauen und Interesse	27,4	72,6	230
2	PolitikerInnenverdrossenheit	56,3	43,7	206
3	demokratisches Bewußtsein	85,4	14,6	247
4	Autoritarismus	6,6	93,4	243
5	Fatalismus	5,6	94,5	180

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis. Die Prozentwerte sind das Resultat des additiven Index der Ausprägungen der jeweils zugehörigen Items, normiert auf die ursprünglichen vier Ausprägungen. Das Item: „daß Demokratie die beste Regierungsform ist, die es gibt.“ wurde dabei vorher umgepolt. „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt.

Die bedeutendsten Effekte lassen sich somit mit Förderung von „demokratischem Bewußtseins“ (im Sinne einer konsensualen Basisdemokratie, 85,4%) aber auch mit Zunahme von „PolitikerInnenverdrossenheit“ (56,3%) bezeichnen. „Politisches Interesse und Vertrauen“ wird in einem geringeren Ausmaß erweckt. Geringere Effekte ergeben sich auf den Dimensionen für „Autoritarismus“ und „Fatalismus“.

Die unterschiedliche Einbindung der Projekte in die Gemeinde sowie die Heterogenität der partizipativen Integration Jugendlicher in die Projekte legt die Frage nahe, ob unterschiedliche Projekttypen mit unterschiedlichen persönlichen Auswirkungen verknüpft sind. Es wurden daher die oben dargestellten Inhaltsdimensionen nach den fünf verschiedenen Projekttypen getrennt analysiert.

Für den Typus „Jugendzentren und -treffs“ bestehen diesbezüglich kaum signifikante Unterschiede im Vergleich zu den übrigen Projekttypen. Lediglich ein schwacher Zusammenhang zwischen der Beteiligung an Aktivitäten dieses Typs und der Dimension des Autoritarismus ist feststellbar (Tabelle 4.5.3): TeilnehmerInnen in „Jugendzentren und –treffs“ geben zu rund 19% Effekte an, die mit Autoritarismus bezeichnet werden.

Tabelle 4.5.3: Auswirkungen auf die Dimensionen des politischen Bewußtseins und der politischen Integration je Projekttyp

	politisches Ver- trauen und Interesse	PolitikerInnenver- drossenheit	demokratisches Bewußtsein	Autoritarismus	Fatalismus
Jugendzentrum/-treff	[20,0] (3)	[69,2] (9)	[82,4] (14)	[18,8] (3)	[0,0] (0)
parlamentarisch	36,0 (50)	54,5 (73)	90,2 (138)	4,0 (6)	6,0 (7)
projektorientiert	7,9 (3)	58,6 (17)	67,5 (27)	12,5 (5)	8,3 (2)
verbandsorientiert	11,1 (3)	61,9 (13)	88,5 (23)	3,7 (1)	[0,0] (0)
Aktionen	[36,4] (4)	[44,4] (4)	[81,8] (9)	[9,1] (1)	[11,1] (1)
Gesamt	27,4 (63)	56,3 (116)	85,4 (211)	6,6 (16)	5,6 (10)
Phi-Koeffizienten					
Jugendzentrum/-treff	-0,04	0,07	-0,02	0,13*	-0,07
parlamentarisch	0,24*	-0,05	0,17*	-0,13*	0,03
projektorientiert	-0,19*	0,02	-0,22*	0,11	0,05
verbandsorientiert	-0,13*	0,04	0,03	-0,04	-0,08
Aktionen	0,05	-0,05	-0,02	0,02	0,06

Zeilenweise prozentuiert. *: p < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. Phi-Koeffizienten aus einem Vergleich des in der Zeile angeführten Projekttypus mit allen anderen.

Aufgrund der geringen Anzahl der beteiligten Jugendlichen in diesem Typus (n=17) ist das Ergebnis mit Vorbehalt zu interpretieren. Eine mögliche Erklärung dafür könnte darin liegen, daß innerhalb dieses Beteiligungstypus Zielerreichung, demokratischer Arbeitsstil sowie klare Arbeitsteilung in einem geringeren Ausmaß aus der Sicht der Jugendlichen gegeben sind. (siehe Kapitel 4.4). Es entsteht dadurch möglicherweise bei Jugendlichen der Eindruck, daß die nötige Koordination durch einzelne Personen fehlt, um entscheidende Aktivitäten setzen zu können.

Deutlichere Ergebnisse lassen sich dagegen für den parlamentarischen Partizipationstyp feststellen. TeilnehmerInnen dieser Form nennen häufiger Effekte, die die Steigerung des politischen Interesses und Vertrauens sowie des demokratischen Bewußtseins betreffen. Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß TeilnehmerInnen parlamentarischer Formen zu 36% eine Erhöhung ihres politischen Interesses und Vertrauens angeben (insgesamt liegt dieser Anteil bei rund 27%). Zu 90% wird von den TeilnehmerInnen eine Stärkung des demokratischen Bewußtseins wahrgenommen, während dieser Prozentsatz insgesamt bei rund 85% liegt. Im Gegensatz zu „Jugendzentren und –treffs“ führen parlamentarische Beteiligungen zu einem geringeren Ausmaß von Autoritarismus. Auswirkungen auf der Dimension „Autoritarismus“ werden von Jugendlichen, die an parlamentarischen Formen teilnahmen, lediglich zu 4% genannt (im Vergleich zu insgesamt 17%).

Unterschiedlich dazu präsentieren sich die Auswirkungen projektorientierter Aktivitäten. Es ist ersichtlich, daß TeilnehmerInnen projektorientierter Partizipation in deutlich geringerem Ausmaß, Auswirkungen der Erhöhung des politischen Interesses und Vertrauens sowie des demokratischen Bewußtseins wahrnehmen. Eine mögliche Erklärung dazu könnte darin gesehen werden, daß projektorientierte Partizipation überwiegend bedeutet, konkrete Anliegen durchzusetzen.

zen und dabei mitunter auf Konflikte zu stoßen. In diesem Sinne haben projektorientierte Typen einen vergleichsweise „oppositionellen“ Charakter mit einer gewissen Distanz zu bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen.

Für verbandlich orientierte Partizipation läßt sich feststellen, daß TeilnehmerInnen dieser Form in geringerem Ausmaß Steigerungen politischen Vertrauens und Interesses anführen: Während insgesamt rund 27% der Jugendlichen angeben, daß durch die Teilnahme politisches Vertrauen und Interesse gestärkt worden sei, tun dies nur 11% der Jugendlichen in verbandsorientierten Beteiligungsformen. Hinsichtlich der PolitikerInnenverdrossenheit und des Fatalismus ergeben sich keine signifikanten Unterschiede für die einzelnen Projekttypen.

Entsprechend dem der Untersuchung zugrundeliegenden Variablenmodell soll im folgenden analysiert werden, ob unterschiedliche Ausprägungen der Auswirkungen auf die Dimensionen des demokratischen Bewußtseins und der politischen Integration durch die wahrgenommene Zielerreichung und Zweckentfremdung/Mißbrauch beeinflußt werden. In Tabelle 4.5.4 sind die entsprechenden Ergebnisse zusammengefaßt.

Tabelle 4.5.4: Auswirkungen auf die Dimensionen des politischen Bewußtseins und der politischen Integration in Abhängigkeit von Zielerreichung/Hinderungsgründe und Zweckentfremdung

	politisches Ver- trauen und Interesse	PolitikerInnenver- drossenheit	demokratisches Bewußtsein	Autoritarismus	Fatalismus
Zielerreichung	30,7 (50)	45,4 (69)	89,1 (155)	7,0 (12)	3,7 (5)
Erfolgsbehinderung	45,7 (21)	62,2 (28)	86,5 (45)	3,8 (2)	2,2 (1)
Zweckentfremdung und Mißbrauch	23,3 (10)	84,6 (33)	83,7 (36)	11,9 (5)	11,8 (4)
Gesamt	27,4 (63)	56,3 (116)	85,4 (211)	6,6 (16)	5,6 (10)
Phi-Koeffizienten					
Zielerreichung	0,08	-0,35*	0,09	0,02	-0,17**
Erfolgsbehinderung	0,19*	0,09	0,01	-0,08	-0,08
Zweckentfremdung und Mißbrauch	-0,07	0,32*	-0,04	0,13	0,16**

Zeilenweise prozentuiert. *: p < 5%. **: Haldane-Dawson Test: p < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl).

Zum einen ist aus der Tabelle ablesbar, daß Zielerreichung sowie Zweckentfremdung und Mißbrauch auf die Auswirkungsdimensionen „PolitikerInnenverdrossenheit“ und „Fatalismus“ jeweils ähnliche Auswirkungen zeigen: Wahrgenommene Zielerreichung trägt dazu bei, daß Auswirkungen in Form von PolitikerInnenverdrossenheit und Fatalismus in geringerem Ausmaß auftreten. Die Wahrnehmung von Zweckentfremdung und Mißbrauch wirkt in genau gegenteiliger Weise: Von diesen Jugendlichen werden PolitikerInnenverdrossenheit und Fatalismus häufiger als Auswirkung genannt. Man könnte dieses Ergebnis auch so zusammenfassen, daß insbesondere erfolgreiche Partizipation ohne Zweckentfremdung in höherem Maße dazu beiträgt, daß PolitikerInnenverdrossenheit und demokratieskeptische Haltungen verringert werden.

Etwas überraschender der Zusammenhang von Erfolgsbehinderung mit einer Zunahme des politischen Vertrauens und der politischen Integration: Jugendliche, die erfolgsbehindernde Elemente wahrnehmen, geben häufiger an, daß sich ihr politisches Vertrauen und Interesse erhöht hat. Für dieses Ergebnis sind im wesentlichen zwei Interpretationen denkbar: Zum einen könnte das Erleben von Realisierungsproblemen dazu beitragen, daß Jugendliche gerade ver-

stärktes Interesse an politischen Prozessen zeigen. Dies würde bedeuten, daß ein gewisses Ausmaß an „Reibung“ funktional für die Auseinandersetzung mit Themen der Partizipation und Politik ist. Eine andere Erklärung könnte auf einen Rückzug als Folge des Erlebens von fehlenden Realisierungschancen abzielen: im Vergleich mit dem subjektiv wahrgenommenen Scheitern der eigenen Bemühungen wird den Leistungen der Politik ein höherer Stellenwert zugeschrieben. Eine weitere Erklärung könnte dazu führen, daß beim Auftreten von Hinderungsgründen die Unterstützung durch die Öffentlichkeit und insbesondere der Politik zunimmt, mit der Folge einer Zunahme des Vertrauens in diese Einrichtungen.

Wie auch schon für die Zielerreichung und die Zweckentfremdung soll untersucht werden, ob sich unterschiedliche Auswirkungen auf das demokratische Bewußtsein und die politische Integration durch Projekt- und TeilnehmerInnenmerkmale erklären lassen. Die wesentlichen Ergebnisse sind in folgender Tabelle 4.5.5 dargestellt.

Tabelle 4.5.5: Auswirkungen auf die Dimensionen des politischen Bewußtseins und der politischen Integration in Abhängigkeit von Projektmerkmalen und TeilnehmerInnenmerkmalen

	politisches Ver- trauen und Interesse	PolitikerInnen- verdrossenheit	demokratisches Bewußtsein	Autoritarismus	Fatalismus
Höhere Schulbildung	26,4 (37)	54,2 (71)	86,8 (131)	3,4 (5)	3,5 (4)
Alter: bis 12 J.	27,3 (6)	45,5 (10)	74,1 (20)	15,4 (4)	[18,8] (3)
Alter: 13 bis 15 J.	30,6 (22)	62,9 (39)	88,5 (69)	7,7 (6)	6,7 (4)
Alter: mehr als 15 J.	25,4 (34)	55,4 (67)	87,1 (122)	4,4 (6)	2,9 (3)
nicht regelmäßig	28,6 (16)	57,9 (33)	91,9 (57)	6,5 (4)	13,7 (7)
Teilnahmegrund: Freunde	19,2 (10)	69,8 (30)	83,6 (46)	12,5 (7)	10,8 (4)
Teilnahmegrund: Idee	[62,5] (10)	[57,1] (8)	[87,5] (14)	[6,7] (1)	[0,0] 0
Teilnahmegrund: Interesse	35,7 (51)	51,5 (69)	92,4 (146)	7,0 (11)	3,3 (4)
Teilnahmegrund: wurde gefragt	18,5 (15)	53,4 (39)	87,2 (75)	8,4 (7)	6,8 (4)
Begleitperson: Bürgermeister	37,4 (40)	46,2 (48)	87,1 (101)	5,3 (6)	2,2 (2)
Begleitperson: Gemeinde- bedienstete	38,2 (21)	36,0 (18)	87,7 (50)	5,3 (3)	1,9 (1)
Rolle Begleitperson: konfliktgeladene Führung	[15,4] (2)	[60,0] (6)	[50,0] (7)	[8,3] (1)	[0,0] (0)
Rolle Begleitperson: unterstützend	32,1 (53)	52,6 (80)	85,9 (152)	6,3 (11)	4,4 (6)
Rolle Begleitperson: vermittelnd	31,9 (51)	54,4 (80)	87,7 (149)	5,4 (9)	3,0 (4)
Rolle Begleitperson: desinteressiert	[30,0] (6)	[79,0] (15)	71,4 (15)	[0,0] (0)	[7,1] (1)
Projektmerkmal: geringe Geschlossenheit	23,4 (11)	71,1 (32)	68,6 (35)	13,5 (6)	8,3 (3)
Projektmerkmal: demokratischer Arbeitsstil	29,6 (56)	53,8 (93)	89,2 (182)	5,5 (11)	3,9 (6)

Projektmerkmal: klare Arbeitsteilung	33,3 (51)	51,9 (70)	86,9 (139)	5,0 (8)	3,7 (5)
mediale Unterstützung	35,5 (39)	55,0 (58)	87,7 (107)	5,9 (7)	4,4 (4)
personale Unterstützung	35,4 (40)	57,1 (60)	90,9 (110)	8,3 (10)	4,4 (4)
geringe soziale Akzeptanz	30,1 (22)	70,4 (50)	88,3 (68)	6,6 (5)	5,0 (3)
Gesamt	27,4 (63)	56,3 (116)	85,4 (211)	6,6 (16)	5,6 (10)
Phi-Koeffizienten (bzw. tau-b)					
Höhere Schulbildung	0,01	-0,06	0,06	-0,16*	-0,11
Alter (tau-b)	-0,04	-0,01	0,06	-0,12	-0,16**
nicht regelmäßig	0,02	0,03	0,10	-0,01	0,22**
Teilnahmegrund: Freunde	-0,10	0,14*	-0,03	0,13**	0,12
Teilnahmegrund: Idee	0,22**	0,00	0,02	0,00	-0,06
Teilnahmegrund: Interesse	0,24*	-0,13	0,26*	0,02	-0,14
Teilnahmegrund: wurde gefragt	0,15*	-0,04	0,04	0,05	0,04
Begleitperson: Bürgermeister	0,21*	-0,21*	0,04	0,05	0,15*
Begleitperson: Gemeindebedienstete	0,14*	-0,23*	0,04	0,03	0,10
Rolle Begleitperson: konfliktgeladene Führung	-0,10	0,04	-0,32**	0,03	-0,03
Rolle Begleitperson: unterstützend	0,15**	-0,09	0,04	-0,08	-0,08
Rolle Begleitperson: vermittelnd	0,10	-0,13	0,13	-0,05	-0,28**
Rolle Begleitperson: desinteressiert	0,01	0,16**	-0,13	-0,09	0,03
Projektmerkmal: geringe Geschlossenheit	-0,08	0,17*	-0,28*	0,17*	0,10
Projektmerkmal: demokratischer Arbeitsstil	0,13	-0,06	0,27*	-0,17**	-0,18**
Projektmerkmal: klare Arbeitsteilung	0,06	-0,20*	0,12	-0,12	-0,04
mediale Unterstützung	0,15*	-0,08	0,05	-0,04	-0,08
personale Unterstützung	0,22*	-0,18*	-0,22*	0,01	-0,11
geringe Akzeptanz	0,00	0,31*	0,01	0,00	-0,03

Zeilenweise Prozentuiert. *: p < 5%. **: Haldane-Dawson Test: p < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl) [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. Tau-b: Assoziationsmaß für ordinale Merkmale.

Die Ergebnisse lassen sich in folgender Weise zusammenfassen, wobei bei der Interpretation der beiden zunächst dargestellten Befunde wegen der geringeren Fallzahl Vorsicht angebracht ist:

- Mit steigendem Alter der an partizipativen Aktivitäten beteiligten Jugendlichen ist eine geringere Tendenz zur Wahrnehmung fatalistischer Auswirkungen feststellbar. Aus der Tabelle ist

ersichtlich, daß insbesondere bei sehr jungen TeilnehmerInnen (im Alter von bis zu 12 Jahren) der Anteil mit Auswirkungen in Richtung Fatalismus am größten ist. Eventuell ist bei jüngeren Jugendlichen die Ungeduld bei der Realisierung und Umsetzung der eigenen Vorstellungen etwas höher.

- Jugendliche, die angeben, daß im Rahmen der Aktivität keine regelmäßigen Treffen stattgefunden haben (d. h.: explizite Angabe: „nein, nicht regelmäßig“) nehmen etwas häufiger Auswirkungen bezüglich Fatalismus wahr. Regelmäßigkeit von Projektaktivitäten – wie in der Literatur angenommen – dürfte somit demokratiefördernd sein.
- Die von den Jugendlichen angegebenen Teilnahmegründe können unter anderem als Indikatoren für die eigene Motivation und inhaltliche Eingebundenheit in das Projekt aufgefaßt werden, wobei von den Jugendlichen mehrere Gründe angegeben werden konnten. Wird die eigene Idee („weil ich die Idee zur AKTIVITÄT hatte“) und das Interesse als Grund angeführt („weil mich die AKTIVITÄT sehr interessierte“), ist ein höheres Maß an politischem Vertrauen und Interesse als wahrgenommene Dimension der Auswirkungen beobachtbar. Das Interesse an der Aktivität führt darüber hinaus zu einer Erweiterung des demokratischen Bewußtseins. Beim Teilnahmegrund „weil mich jemand gefragt hat, ob ich mitmachen will“ wurde schon bei der Untersuchung der Zielerreichung erkennbar (siehe Kapitel 4.4.3), daß Jugendliche mit diesem Teilnahmemotiv sich dadurch auszeichnen, daß sie im Zuge der Teilnahme in geringerem Ausmaß Erfolgsbehinderung wahrnehmen. Dies wurde darauf zurückgeführt, daß in diesem Fall andere Personen an der Initiative und Verwirklichung besonderes Interesse haben könnten und daher die Durchführung unterstützen. Diese Vermutung könnte auch hier angebracht sein, da von diesen Jugendlichen häufiger eine Vermehrung des politischen Vertrauens und Interesses angegeben wurde. Andere Auswirkungen dagegen treten auf, wenn Freunde zur Teilnahme motivieren. Bei diesem Teilnahmegrund werden nach Angaben der Jugendlichen häufiger PolitikerInnenverdrossenheit und Autoritarismus feststellbar.
- Weitere Ergebnisse deuten darauf hin, daß auch die Position der Begleitpersonen innerhalb der Kommune von wesentlicher Bedeutung für demokratiebezogene Effekte der Beteiligung Jugendlicher ist. Es zeigt sich insbesondere, daß von jenen Jugendlichen, die BürgermeisterInnen oder Gemeindebedienstete als Begleitpersonen des Projektes angeben, häufiger eine Zunahme des politischen Interesses und Vertrauens und in geringerem Ausmaß eine Erhöhung von PolitikerInnenverdrossenheit und Fatalismus nennen (letzterer Zusammenhang ist für Gemeindebedienstete allerdings nicht statistisch signifikant).
- Neben der Position der Begleitperson stellt auch die Wahrnehmung dieser Personen durch die beteiligten Jugendlichen ein wesentliches Strukturelement dar, das die Auswirkungen der Teilnahme mitbestimmt: So werden von Jugendlichen, die die Begleitperson als konfliktgeladen führend erleben, in einem geringeren Ausmaß Auswirkungen hinsichtlich des demokratischen Bewußtseins wahrgenommen. Wird die Begleitperson in ihrer Rolle als unterstützend bezeichnet, wird dagegen häufiger eine Zunahme des politischen Interesses und Vertrauens bewirkt. Gelingt es der Begleitperson nach Einschätzung der beteiligten Jugendlichen, eine „vermittelnde“ Rolle zwischen ihnen und der Gemeinde einzunehmen, werden in einem noch geringeren Ausmaß fatalistische Effekte angegeben. Wird dagegen die Begleitperson als „desinteressiert“ wahrgenommen, ist ein erhöhter Anteil der Nennung von PolitikerInnenverdrossenheit beobachtbar. Insgesamt deuten diese Ergebnisse darauf hin, daß die Begleitung Jugendlicher offensichtlich ein hohes Ausmaß an Unterstützung verlangt, damit Jugendliche sowohl die nötige Autonomie als auch Orientierung finden. Erforderlich ist hier von Seiten der Begleitpersonen die Balance zwischen Engagement und Zurückhaltung. Weiters erscheint es wesentlich, daß Begleitpersonen die Rolle der kommunalen VermittlerInnen wahrnehmen. Aus den Betrachtungen hinsichtlich Position und Rolle der Begleitper-

sonen kann nochmals zusammengefaßt werden, daß die kommunalen Vermittlungspersonen in Beteiligungsprojekten dazu beitragen können, politisches Vertrauen und Interesse bei den Jugendlichen zu fördern und PolitikerInnenverdrossenheit und fatalistische Haltungen zu reduzieren.

- Folgende weitere Zusammenhänge der Projektmerkmale mit den Dimensionen der wahrgenommenen Auswirkungen sind ersichtlich: Aktivitäten mit hoher innerer Geschlossenheit kommen demokratiefördernde Auswirkungen zu. Fehlt innere Geschlossenheit (geringe innere Geschlossenheit) des Projekts, wird häufiger PolitikerInnenverdrossenheit, ein geringeres Ausmaß demokratischen Bewußtseins und ein höherer Anteil an Autoritarismus wahrgenommen. Für Auswirkungen demokratiefördernder Art günstig scheinen dagegen eher jene Aktivitäten zu sein, die sich durch demokratischen Arbeitsstil und klarer Arbeitsteilung auszeichnen. Bei Projekten mit demokratischem Arbeitsstil werden von den Jugendlichen häufiger eine Bekräftigung ihres demokratischen Bewußtseins und in geringerem Maße Autoritarismus und Fatalismus als Auswirkungen genannt. In Projekten mit klarer Arbeitsteilung wird in geringerem Maße eine Zunahme von PolitikerInnenverdrossenheit wahrgenommen. Wie in Kapitel 4.4 dargestellt, führen Projekte mit klarer Arbeitsteilung zu einer häufigeren Zielerreichung. Arbeitsteilung dürfte somit ein wesentliches Qualitätskriterium für beide Ebenen, für jene der Sachziele als auch für jene des politischen Bewußtseins darstellen.
- Zu den Faktoren, die die Zielerreichung und Zweckentfremdung zusammenfassen, gehört auch soziale Unterstützung (siehe Kapitel 4.4). Für die hier untersuchten Auswirkungen läßt sich feststellen, daß sowohl mediale als auch personale Unterstützung die Entwicklung politischen Interesses und Vertrauens unterstützen. Bei wahrgenommener personaler Unterstützung ist zusätzlich ersichtlich, daß PolitikerInnenverdrossenheit in geringerem und demokratisches Bewußtsein in höherem Ausmaß als Auswirkung der Aktivität angegeben werden. Geringe soziale Akzeptanz führt zu einer Zunahme der Nennungen in Richtung PolitikerInnenverdrossenheit als Folge der Teilnahme.

4.5.2 Auswirkungen hinsichtlich solidarischer Orientierungen Jugendlicher

Als weitere Dimensionen der persönlichen Auswirkungen partizipativer Einbindung Jugendlicher gingen mögliche Effekte hinsichtlich solidarischer Orientierungen in die Untersuchung ein.

In Anlehnung an Zulehner/Denz (1986) wurden die Veränderungen der Solidarbereitschaft und der Solidarbehinderung erhoben. Tabelle 4.5.6 zeigt die Häufigkeitsverteilung der Antworten der Jugendlichen zu diesen Items.

Tabelle 4.5.6: Auswirkungen auf solidarische Orientierungen

„Die Teilnahme an der AKTIVITÄT hat mir gezeigt, ...“	trifft zu	trifft nicht zu	n
daß man in einer Gemeinschaft bereit sein muß, die Wünsche anderer zu kennen und zu respektieren.	93,0	7,0	256
daß es wichtig ist, gelegentlich Kompromisse zu schließen.	94,1	5,9	253
daß ich gern helfe, wenn jemand in Not ist.	87,3	12,7	251
daß es wichtig ist, Zeit füreinander zu haben.	87,8	12,2	253
daß man zuerst an sich selbst denken muß.	11,9	88,1	252
daß jeder seine Probleme selber lösen muß.	14,7	85,3	252

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis, „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt.

Die Tabelle zeigt, daß die befragten Jugendlichen nahezu zur Gänze angeben, durch die Teilnahme eine Vermehrung solidarischer Orientierung in Form des Gemeinschaftssinnes erfahren zu haben: Für rund 93 bzw. 94% zeigt Teilnahme, daß man die Wünsche anderer respektieren

muß bzw. daß Kompromisse zu schließen wichtig ist. Ebenfalls häufig, wenngleich in etwas geringerem Ausmaß, ist die Hilfsbereitschaft („zu helfen, wenn jemand in Not ist und Zeit für einander zu haben“) gestiegen. Der Möglichkeit, daß dysfunktionale Wirkungen auf solidarische Orientierungen durch die Teilnahme entstehen können, wurde durch zwei Items Rechnung getragen, die Egozentriertheit als Indikator der Solidarbehinderung messen. Aus Tabelle 4.5.6 ist ersichtlich, daß diese Effekte jedoch in äußerst geringem Ausmaß auftreten. Wenn rund 15% angeben, die Teilnahme habe gezeigt, „daß jeder seine Probleme selber lösen muß“, ist dies lediglich ein Indiz dafür, daß Individualisierung und Solidarität keine Gegensätze bedeuten müssen (siehe Kapitel 1).

Faktorenanalytisch sind die einzelnen Elemente (Gemeinschaftssinn, Hilfsbereitschaft, Solidarbehinderung) nicht trennbar. Für die weitere Analyse wurde ein Gesamtpunktwert der Items gebildet, dessen Verteilung in Tabelle 4.5.7 dargestellt ist.

Tabelle 4.5.7: Verteilung des Indikators für Solidarbereitschaft

Anzahl der Nennungen	absolut	%
1	2	0,8
2	8	3,4
3	8	3,4
4	22	9,2
5	51	21,4
6	147	61,8
Gesamt	238	100,0

Additiver Index aus den sechs Items zu solidarischer Orientierung. Die Items zu Egozentriertheit wurden dabei umgepolzt. Absolut = absolute Häufigkeit.

Dieser Indikator verdeutlicht nochmals die hohe wahrgenommene Wirkung von Beteiligungsprojekten auf solidarische Orientierungen Jugendlicher. Mehr als die Hälfte aller Befragten nennt eine Erhöhung ihrer solidarischen Einstellung in allen sechs Items. In keinem Fall werden alle sechs Items verneint.

In Abhängigkeit von den verschiedenen Projekttypen konnten auf der Basis bivariater Auswertungen keine signifikanten Unterschiede der Veränderung solidarischer Orientierungen festgestellt werden.

Tabelle 4.5.8 prüft die Zusammenhänge von Zielerreichung, Hinderungsgründen und Zweckentfremdung/Mißbrauch mit Solidarbereitschaft.

Tabelle 4.5.8: Veränderung der Solidarbereitschaft in Abhängigkeit von Zielerreichung, Hinderungsgründen und Zweckentfremdung/Mißbrauch

	hohe Solidarbereitschaft	Phi
Zielerreichung (n=165)	86,7 (143)	0,16**
Erfolgsbehinderung (n=51)	82,4 (42)	-0,01
Zweckentfremdung und Mißbrauch (n=42)	73,8 (31)	-0,15*
Gesamt (n=198)	83,2 (165)	

Zeilenweise prozentuiert. *: p < 5%. **: Haldane-Dawson Test: p < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). Phi = Phi-Koeffizienten. Die Variable Solidarbereitschaft wurde folgenderweise dichotomisiert: 1 bis 4 Nennungen: eher geringe Solidarbereitschaft; 5 bis 6 Nennungen eher hohe Solidarbereitschaft.

Aus der Tabelle geht hervor, daß Solidarbereitschaft als Auswirkung partizipativer Aktivitäten dann in höherem Maße auftritt, wenn Zielerreichung des Projekts wahrgenommen wird. Zwischen Erfolgsbehinderung und der Veränderung der Solidarbereitschaft besteht kein statistisch signifikanter Zusammenhang. Im Unterschied dazu führt die Wahrnehmung von Zweckentfremdung und Mißbrauch zu einer geringen Zunahme der Solidarbereitschaft: Wird Zweckentfremdung und Mißbrauch erlebt, ist das angegebene Ausmaß an Solidarbereitschaft geringer (73,8%) als für alle Befragten (83,2%).

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, daß insgesamt gesehen Solidarbereitschaft von einem überwiegenden Teil der Jugendlichen als Auswirkung ihrer Teilnahme an Partizipationsprojekten genannt wird. Die Auswirkung auf die Solidarbereitschaft dürfte zwar kaum durch Konstellationen beeinflußt sein, die zur Wahrnehmung erfolgsbehindernder Aktivitätselemente beitragen, wohl aber durch das Ausmaß der Sachzielerreichung sowie durch die Wahrnehmung von Zweckentfremdung und Mißbrauch.

Tabelle 4.5.9 gibt Auskunft über wahrgenommene Effekte auf Solidarbereitschaft in Abhängigkeit von Projektmerkmalen und TeilnehmerInnenmerkmalen.

Tabelle 4.5.9: Veränderung der Solidarbereitschaft in Abhängigkeit von Projektmerkmalen und TeilnehmerInnenmerkmalen

	hohe Solidarbereitschaft	Phi
Teilnahmegrund: Interesse (n=151)	87,4 (132)	0,15*
Projektmerkmal: geringe Geschlossenheit (n=46)	73,9 (34)	-0,17*
Projektmerkmal: demokratischer Arbeitsstil (n=194)	86,6 (168)	0,16**
Projektmerkmal: klare Arbeitsteilung (n=153)	85,6 (131)	0,17**
Rolle Begleitperson: desinteressiert (n=22)	59,1 (13)	-0,23**
mediale Unterstützung (n=115)	87,0 (100)	0,16*
finanzielle Unterstützung (n=73)	89,0 (65)	0,17*
Gesamt (n=198)	83,2 (165)	

Zeilenweise prozentuiert. *: p < 5%. **: Haldane-Dawson Test: p < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). Phi = Phi-Koeffizienten. Die Variable Solidarbereitschaft wurde folgenderweise dichotomisiert: 1 bis 4 Nennungen: eher geringe Solidarbereitschaft; 5 bis 6 Nennungen eher hohe Solidarbereitschaft.

Aufgrund der bivariaten Analyse ergeben sich folgende Einflußgrößen für die Wahrnehmung von Veränderungen auf Solidarbereitschaft: Solidarbereitschaft nimmt zu, wenn Jugendliche aus Interesse an der Aktivität teilnehmen, wenn die Aktivität demokratischen Arbeitsstil und klare Arbeitsteilung aufweist und das Projekt medial und finanziell unterstützt wird. Einschränkend auf den Erwerb von Solidarbereitschaft wirken die Wahrnehmung geringer innerer Geschlossenheit und ein wahrgenommenes Desinteresse der Begleitperson.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß Solidarbereitschaft dann in höherem Ausmaß erworben wird, wenn die Aktivität demokratisch und arbeitsteilig ausgestattet ist, eine hohe innere Geschlossenheit aufweist, das persönliche Interesse der beteiligten Jugendlichen hoch ist, Ziele erfolgreich realisiert werden und soziale Unterstützung der Aktivität erfolgt. Manifestierte Zweckentfremdung und Mißbrauch partizipativer Aktivitäten sowie Desinteresse der Be-

gleitperson dagegen wirken offensichtlich hemmend für die Ausbildung solidarischer Orientierungen.

4.5.3 Auswirkungen auf Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten

Wie in Kapitel 1 dargestellt werden unter der Bezeichnung „Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten“ die Konzepte der Schlüsselqualifikationen und der Sozialkompetenz behandelt. Aus theoretischer Sicht sind diese Ansätze einerseits handlungstheoretisch einzuordnen: Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten unterstützen die Akteure bei der Übernahme vielfältiger Rollenmuster und in weiterer Folge bei Situationsdefinitionen. Dadurch – so der handlungstheoretische Bezugsrahmen – werden neue Handlungsmöglichkeiten erschlossen, Orientierung erleichtert und Komplexität reduziert. Bewältigungs- und Entfaltungsmöglichkeiten werden entsprechend diesem theoretischen Zugang für den Umgang mit Risiken und Chancen der Risikogesellschaft und der Modernisierung für notwendig erachtet. Auf der anderen Seite sind damit sozialisationstheoretische Überlegungen verbunden. Im Verlauf der „Adoleszenzkrise“ besteht die Möglichkeit, mehr oder weniger unreflektiert Normen und Werte zu übernehmen oder eine kritische Durchdringung und Festigung der eigenständigen Ich-Identität zu erlangen. Voraussetzung und Folge der letztgenannten Möglichkeit sind Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten.

Der Erwerb von Schlüsselqualifikationen wurde anhand mehrerer Items operationalisiert, die verschiedene Fähigkeitsbereiche umfassen. Es wurde dabei danach gefragt, ob die Teilnahme am Projekt zu einer Erweiterung dieser Fähigkeiten beigetragen hat. Tabelle 4.5.10 gibt die Häufigkeitsverteilungen der entsprechenden Antworten wieder.

Tabelle 4.5.10: Erwerb von Schlüsselqualifikationen

„Glaubst Du, daß Du durch Deine Teilnahme an dieser AKTIVITÄT etwas dazulernen konntest?“	Trifft zu	trifft nicht zu
Ich habe gelernt, in einem Team zu arbeiten. (n= 259)	87,6	12,4
Ich habe gelernt, daß manche Dinge nicht so einfach zu lösen sind. (n= 257)	85,2	14,8
Ich habe gelernt, Verantwortung zu tragen. (n= 259)	77,6	22,4
Mein Selbstvertrauen hat sich gestärkt. (n= 258)	72,9	27,1
Ich habe gelernt, Dinge zu organisieren. (n= 259)	73,4	26,6
Ich habe gelernt, meine Fähigkeiten besser einzuschätzen. (n= 259)	75,3	24,7
Ich weiß jetzt besser, was ich will. (n= 257 =)	64,2	35,8

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentierungsbasis, „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt.

Es ist ersichtlich, daß beteiligte Jugendliche in erster Linie die Erweiterung der Teamfähigkeit (87,6%) und die Aneignung einer realistischeren Perspektive (85,2%) wahrnehmen: Letzteres läßt sich möglicherweise dadurch erklären, daß durch die Teilnahme die Umwelt als komplex erfahren wird, so daß einfache Lösungen nicht möglich sind. Auf dies weisen die Kontakt Personen vielfach in den qualitativen Interviews hin, die in der Folge die Aneignung einer realistischeren Sichtweise als wichtig erachten. Diese Aufgabenstellung wird auch vielfach erreicht: Die aktive Auseinandersetzung mit Problemen führt gleichsam zu einer „Entzauberung“ kindlicher oder jugendlicher Vorstellungen über Wirkungszusammenhänge. Folge der „Entzauberung“ ist jedoch nicht ein Verlust von Handlungskompetenz, sondern ein Zugewinn, da Projektsachziele (88%, siehe Kapitel 4.4.1) weitgehend erreicht wurden. Neben dem Erwerb von Teamfähigkeit (87,6%) nehmen jeweils rund drei Viertel der Befragten eine Erweiterung des Verantwortungsbewußtseins (67,6%), des Selbstvertrauens (72,9%), der Organisationsfähigkeit (73,4) und der Selbsteinschätzung (75,3%) wahr.

Etwas geringer wird der Beitrag zum persönlichen Orientierungsvermögen eingeschätzt („ich weiß jetzt besser, was ich will“). Es erscheint jedoch einsichtig, daß die befragten Jugendlichen eine derart weitgehende Auswirkung auf das eigene Persönlichkeitskonzept nicht unmittelbar der Teilnahme zuschreiben.

Als zusammengefaßter Indikator für erworbene Schlüsselqualifikationen wird in weiteren Analysen ein einfacher Summenscore (additiver Index) verwendet (siehe Tabelle 4.5.11).

Tabelle 4.5.11: Verteilung des Indikators für erworbene Schlüsselqualifikationen

Anzahl der Nennungen	absolut	%
0	3,9	10
1	4,7	12
2	4,3	11
3	4,7	12
4	8,2	21
5	12,2	31
6	17,3	44
7	44,7	114
Gesamt	100,0	255

Additiver Index aus den sieben Items zu Schlüsselqualifikationen. Der Index gibt die Anzahl der erworbenen Qualifikationen nach einer Zusammenfassung „trifft zu“ und „trifft eher zu“ wieder. Absolut = Absolute Häufigkeit.

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß der relativ größte Teil der befragten Jugendlichen (44,7%) alle Schlüsselqualifikationen als erworben angibt. Rund drei Viertel aller Befragten nennen fünf und mehr Qualifikationen.

Der Erwerb von sozialen Kompetenzen wurde durch eine Reihe von Items erfaßt (siehe Tabelle 4.5.12). Am häufigsten wurde der Erwerb folgender sozialer Kompetenzen genannt: Fähigkeiten, die eigene Meinung zu sagen (81,8%), Probleme zu bewältigen (81,0%), Meinungen anderer zu hinterfragen (78,1%) und Leistungsanforderungen zu entsprechen (73,1%).

Tabelle 4.5.12: Erwerb sozialer Kompetenz

„Glaubst Du, daß Du durch Deine Teilnahme an dieser AKTIVITÄT etwas dazulernen konntest?“		trifft zu	trifft nicht zu
1	Ich weiß jetzt, wie ich damit umgehe, wenn ich mit einer neuen Sache konfrontiert werde. (n= 255)	69,0	31,0
	Ich habe gelernt, daß ich Probleme irgendwie bewältigen werde. (n= 253)	81,0	19,0
	Ich habe gelernt, daß ich jederzeit in der Lage bin, die erforderlichen Leistungen zu erbringen. (n= 253)	73,1	26,9
	Ich habe gelernt, daß ich Schwierigkeiten gelassen entgegensehen kann, weil ich mich immer auf meine Intelligenz verlassen kann. (n= 248)	67,0	33,1
	Ich habe gelernt, meine Meinung zu sagen. (n= 259)	81,8	18,2
	Ich habe gelernt, nicht alles zu glauben, was man mir sagt. (n= 256)	78,1	21,9
2	Ich habe gelernt, daß es Situationen gibt, wo ich weder ein noch aus weiß. (n= 252)	34,2	65,8
	Ich weiß jetzt, daß ich mich angesichts ungewohnter Anforderungen hilflos fühle. (n= 251)	10,4	89,6
	Ich weiß jetzt, daß ich mich schwer konzentrieren kann, wenn von allen Seiten Probleme auf mich zukommen. (n= 252)	40,5	59,5

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentierungsbasis, „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt. Items sind nach der Dimensionszugehörigkeit

auf der Basis der Faktorenanalyse gereiht (innerhalb der Faktoren nach den rotierten Faktorladungen). Prozentsatz der erklärten Varianz durch zwei Faktoren: 44%. Korrelation zwischen den schiefwinkeligen Achsen: 0,42.

Bei einer Faktorenanalyse der erfragten sozialen Kompetenzen ergeben sich zwei Faktoren. Der erste Faktor umfaßt Effekte, die mit „Bewältigungskompetenz“ beschrieben werden können. Darunter fallen die Fähigkeiten, mit neuen Dingen umzugehen, Probleme und Schwierigkeiten zu bewältigen, allgemein Leistung zu erbringen, die eigene Meinung zu sagen, usw.

Der zweite Faktor wird von Effekten gebildet, sie sich als „Bewältigungsprobleme“ beschreiben lassen. So ist aus Tabelle 4.5.12 ersichtlich, daß für 35 bis 40% der Befragten das Erleben problematischer Situationen zutrifft, daß sich jedoch nur ein geringer Teil bei ungewohnten Anforderungen tatsächlich hilflos fühlt (10,4%). Diese Dimension ist nicht mit einer „erlernten Hilflosigkeit“ gleichzusetzen, da mehr nichtbewältigbar scheinende Situationen erlebt wurden und seltener von Hilflosigkeit berichtet wird.

Tabelle 4.5.13 zeigt die Verteilung der zusammengefaßten Items der beiden Dimensionen sozialer Kompetenz.

Tabelle 4.5.13: Verteilung der Dimensionen erworbener sozialer Kompetenzen

	trifft zu	trifft nicht zu
1 Bewältigungskompetenz (n=243)	79,4	20,6
2 Bewältigungsprobleme (n=243)	24,7	75,3

Zeilenweise prozentuiert, n = Prozentuierungsbasis. Additive Indizes, normiert auf die ursprünglichen vier Ausprägungen „trifft zu“ und „trifft eher“ bzw. „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ wurden zu „trifft zu“ bzw. zu „trifft nicht zu“ zusammengefaßt.

Aus der Tabelle geht hervor, daß rund 80% der befragten Jugendlichen eine Erweiterung ihrer Bewältigungskompetenz erleben. Rund ein Viertel hat durch die Teilnahme gelernt, daß Bewältigungsprobleme auftreten können.

Hinsichtlich der Teilnahme an unterschiedlichen Projekttypen ergeben sich die in Tabelle 4.5.14 dargestellten Zusammenhänge.

Tabelle 4.5.14: Auswirkungen auf Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten je Projekttyp

Erwerb von	Schlüsselqualifikationen	Bewältigungskompetenz	Bewältigungsprobleme
Jugendzentrum/-treff	82,4 (14)	[88,2] (15)	[35,3] (6)
parlamentarisch	80,7 (125)	79,9 (119)	21,2 (31)
projektorientiert	90,9 (40)	72,5 (29)	38,1 (16)
verbandsorientiert	89,3 (25)	84,6 (22)	22,2 (6)
Aktionen	[54,6] (6)	[72,7] (8)	[9,1] (1)
Gesamt	82,4 (210)	79,4 (193)	24,7 (60)

Erwerb von	Schlüsselqualifikationen	Bewältigungskompetenz	Bewältigungsprobleme
Phi-Koeffizienten			
Jugendzentrum/-treff	0,00	0,06	0,07
parlamentarisch	-0,06	0,01	-0,10
projektorientiert	0,10	-0,08	0,14**
verbandsorientiert	0,06	0,04	-0,02
Aktionen	-0,15**	-0,04	-0,08

Zeilenweise prozentuiert. *: p < 5%. **: Haldane-Dawson Test: p < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). [Bei Prozentangaben mit einer Basis kleiner 20 ist bei der Interpretation Vorsicht angebracht]. Phi-Koeffizienten aus einem Vergleich des in der Zeile angeführten Projekttypus mit allen anderen. Von einem Erwerb von Schlüsselqualifikationen wird dann gesprochen, wenn vier oder mehr der sieben Schlüsselqualifikationen genannt („trifft zu“ oder „trifft eher zu“) wurden.

Der Erwerb von Schlüsselqualifikationen wird beim Projekttyp „Aktionen“ in geringerem Ausmaß wahrgenommen: Nur rund 55% der TeilnehmerInnen dieses Aktivitätstypus geben an, Schlüsselqualifikationen erworben zu haben, während dieser Anteil insgesamt bei 82% liegt.

Bewältigungsprobleme werden dagegen häufiger beim projektorientierten Typus wahrgenommen: Rund 38% der TeilnehmerInnen dieses Typus haben gelernt, daß es Bewältigungsprobleme gibt, während dieser Anteil bei allen befragten Jugendlichen bei rund 25% liegt. Dieses Ergebnis deutet möglicherweise wiederum darauf hin, daß bei diesem Typus spezifische Anliegen im Vordergrund stehen, die zu Konflikten mit der Umwelt führen können. Die Folge davon kann – wie in Abschnitt 4.5.1 – eine geringere Zunahme politischen Vertrauens und demokratischer Grundhaltung und – wie in diesem Abschnitt – das häufigere Erleben von Bewältigungsproblemen sein.

Tabelle 4.5.15 zeigt die Zusammenhänge von Auswirkungen auf die Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten mit Zielerreichung, Erfolgsbehinderung sowie Zweckenfremdung und Mißbrauch.

Tabelle 4.5.15: Auswirkungen auf den Erwerb von Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten in Abhängigkeit von Zielerreichung, Hinderungsgründen, Zweckenfremdung und Mißbrauch

Erwerb von	Schlüsselqualifikationen	Bewältigungskompetenz	Bewältigungsprobleme
Zielerreichung	85,5 (153)	83,0 (142)	26,3 (45)
Erfolgsbehinderung	88,5 (46)	86,5 (45)	31,4 (16)
Zweckenfremdung und Mißbrauch	78,3 (36)	83,3 (35)	33,3 (14)
Gesamt	82,4 (210)	79,4 (193)	24,7 (60)
Phi-Koeffizienten			
Zielerreichung	0,15**	0,07	0,11
Erfolgsbehinderung	0,08	0,07	0,09
Zweckenfremdung und Mißbrauch	-0,07	0,01	0,08

Zeilenweise prozentuiert. **: Haldane-Dawson Test: p < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). Von einem Erwerb von Schlüsselqualifikationen wird dann gesprochen, wenn vier oder mehr der sieben Schlüsselqualifikationen genannt („trifft zu“ oder „trifft eher zu“) wurden.

Es ergibt sich lediglich ein signifikanter Zusammenhang: Jugendliche, die häufiger Zielerreichung wahrnehmen, geben öfters an, eine höhere Zahl an Schlüsselqualifikationen erworben

zu haben. Da für die übrigen in der Tabelle dargestellten Beziehungen keine signifikanten Zusammenhänge feststellbar sind, ist anzunehmen, daß der Erwerb von Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten von der konkreten Ausgestaltung der Aktivität abhängt sowie von TeilnehmerInnenmerkmalen. Tabelle 4.5.16 zeigt die Zusammenhänge zwischen Projekt- und TeilnehmerInnenmerkmalen und dem Erwerb von Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten.

Tabelle 4.5.16: Auswirkungen auf den Erwerb von Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten in Abhängigkeit von Projekt- und TeilnehmerInnenmerkmalen

Erwerb von	Schlüsselqualifikationen	Bewältigungskompetenz	Bewältigungsprobleme
Schulbildung: höher	77,8 (119)	76,2 (112)	18,1 (27)
Schulbildung Mutter: höher	75,4 (46)	70,7 (41)	8,8 (5)
Alter: bis 12 J.	100,0 (30)	78,6 (22)	59,3 (16)
Alter: 13 bis 15 J.	80,0 (64)	88,3 (68)	28,0 (21)
Alter: mehr als 15 J.	79,7 (114)	74,3 (101)	15,8 (22)
Position der Begleitperson: Lehrer	92,9 (78)	80,8 (63)	38,2 (29)
Position der Begleitperson: Gemeindebedienstete	73,2 (41)	77,2 (44)	14,6 (8)
Rolle der Begleitperson: unterstützend	85,7 (156)	83,9 (146)	26,9 (46)
Rolle der Begleitperson: desinteressiert	81,0 (17)	81,0 (17)	50,0 (11)
Projektmerkmal: geringe Geschlossenheit	85,5 (47)	76,9 (40)	39,6 (21)
Projektmerkmal: demokra- tischer Arbeitsstil	84,2 (176)	83,9 (167)	23,2 (46)
Projektmerkmal: klare Ar- beitsteilung	87,1 (142)	82,3 (130)	22,8 (36)
personale Unterstützung	90,2 (111)	91,5 (107)	28,3 (34)
Gesamt	82,4 (210)	79,4 (193)	24,7 (60)
Phi-Koeffizienten (bzw. Effekte)			
Schulbildung: höher	-0,13*	-0,08	-0,14*
Schulbildung Mutter: höher	-0,12	-0,13	-0,20*
Alter: bis 12 J. (Effekte)	0,47*	-0,02	0,79*
Alter: 13 bis 15 J. (Effekte)	-0,06	0,23*	0,08
Alter: mehr als 15 J. (Effek- te)	-0,06	-0,12*	-0,21*
Position der Begleitperson: Lehrer	0,19*	0,02	0,21*
Position der Begleitperson: Gemeindebedienstete	-0,13*	-0,03	-0,13*
Rolle der Begleitperson: unterstützend	0,18**	0,10	0,08

Rolle der Begleitperson: desinteressiert	-0,01	0,01	0,20**
Projektmerkmal: geringe Geschlossenheit	0,01	-0,07	0,17*
Projektmerkmal: demokra- tischer Arbeitsstil	0,06	0,15**	-0,04
Projektmerkmal: klare Ar- beitsteilung	0,16**	0,11	-0,10
personale Unterstützung	0,30**	0,44**	0,07

Zeilenweise prozentuiert. *: p < 5% . **: Haldane-Dawson Test: p < 5%. (Die der Prozentuierung entsprechende Absolutzahl). Effekte: Effekte aus der Varianzanalyse der Dummyvariablen der drei Ausprägungen für die Variable Alter. Von einem Erwerb von Schlüsselqualifikationen wird dann gesprochen, wenn vier oder mehr der sieben Schlüsselqualifikationen genannt („trifft zu“ oder „trifft eher zu“) wurden.

Folgende Erkenntnisse können daraus abgeleitet werden:

- Der wahrgenommene Erwerb von Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten hängt wesentlich vom Alter der beteiligten Jugendlichen ab. Für den Erwerb von Schlüsselqualifikationen und von Bewältigungskompetenz ist dieser Zusammenhang jedoch nicht linear. Der Erwerb von Schlüsselqualifikationen wird häufiger (100,0%) von sehr jungen Jugendlichen angegeben. Eine mögliche Erklärung könnte darin liegen, daß jüngere Jugendliche im Bereich dieser Qualifikationen bis zu ihrer Teilnahme noch kaum Erfahrungen haben und daher dem Erwerb dieser Qualifikationen größeres Gewicht zuschreiben. Der Erwerb allgemeiner Bewältigungskompetenzen wird hingegen von der mittleren Altersgruppe der 13- bis 15jährigen wahrgenommen (88,3%), von den älteren Jugendlichen dagegen in eher geringem Ausmaß (74,3%). Auch hier ist eine ähnliche Interpretation denkbar: Aus der Perspektive der Persönlichkeitsentwicklung dürfte Problembewältigung ihre Aktualität insbesondere in dieser Altersstufe erlangen. Es ist daher als positiver Effekt von partizipativen Aktivitäten zu werten, daß gerade in dieser Altersklasse, in der insbesondere die Adoleszenzkrise anzusiedeln ist, die Zunahme von Bewältigungskompetenz wahrgenommen wird. Hinsichtlich der Wahrnehmung von Bewältigungsproblemen ist dagegen ein eher linearer Zusammenhang erkennbar: Jüngere Jugendliche geben häufiger die Wahrnehmung von Bewältigungsproblemen an als ältere. Daß nahezu 60% der unter 13jährigen Bewältigungsprobleme wahrnehmen, sollte keinen prinzipiellen Grund zur Skepsis gegenüber Beteiligungsprojekten mit sehr jungen Jugendlichen darstellen: Es scheint zum Teil verständlich, daß Partizipation bei jüngeren TeilnehmerInnen in einem größeren Ausmaß zur Wahrnehmung von Handlungsgrenzen führt. Es wäre jedoch aufgrund dieser Ergebnisse im einzelnen zu prüfen, ob insbesondere bei der Einbeziehung Jugendlicher dieses Alters Bewältigungsprobleme in einer verarbeitbaren Form auftreten, und die Teilnahme nicht zur einschränkenden Wahrnehmung von Handlungsmöglichkeiten führt.
- Ist ein/e LehrerIn Begleitperson des Projekts werden häufiger Schlüsselqualifikationen (92,9% im Vergleich zu insgesamt 82,4%) erworben, aber auch Bewältigungsprobleme häufiger wahrgenommen (38,2% im Vergleich zu insgesamt 24,7%). Diese bivariaten Zusammenhänge sollen jedoch nicht überbewertet werden: LehrerInnen stellen häufiger die Begleitpersonen für jüngere Jugendliche dar. Insofern liegt die Vermutung nahe, daß – zumindest ein Teil dieser Zusammenhänge – auf das Alter der Jugendlichen zurückgeführt werden kann. Die Überprüfung dieser Annahme kann aufgrund der geringen Fallzahlen nur in eingeschränkter Weise erfolgen. Die Ergebnisse einer multivariaten Varianzanalyse deuten tatsächlich darauf hin, daß bei der Wahrnehmung von Bewältigungsproblemen die Variable „LehrerInnen“ nur noch geringe Erklärungskraft besitzt, wenn das Alter der beteiligten Jugendlichen berücksichtigt wird. Weiters sind Zusammenhänge geringer Stärke in der Form erkennbar, daß bei Gemeindebediensteten als Begleitpersonen Schlüsselqualifikationen in

einem geringeren Ausmaß erlernt werden (73,0% im Vergleich zu insgesamt 82,4%). Aber auch Bewältigungsprobleme werden in einem geringeren Ausmaß wahrgenommen (14,6% im Vergleich zu insgesamt 24,7%). Diese Zusammenhänge sollten aufgrund der Fallzahl und der geringen Stärke (Phi-Koeffizient jeweils -0,13) der Zusammenhänge nicht überbewertet werden. Es könnte jedoch sein, daß bei der Begleitung durch Gemeindebedienstete nur Aktivitäten mit geringem Widerstand ausgeführt werden.

- Aus der Perspektive der Rollenwahrnehmung der Begleitperson lässt sich feststellen, daß der Erwerb von Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten durch die Begleitpersonen unterstützt werden kann: Werden die Begleitpersonen als eher unterstützend erlebt, wird der Erwerb von Schlüsselqualifikationen in höherem Ausmaß (85,7% im Vergleich zu insgesamt 82,4%) wahrgenommen. Werden die Begleitpersonen als eher desinteressiert beschrieben, treten aus der Sicht der Jugendlichen häufiger Bewältigungsprobleme auf (50,0% im Vergleich zu insgesamt 24,7%).
- Weitere Erkenntnisse, die aus der Tabelle abzuleiten sind, deuten darauf hin, daß auch die Auswirkungen auf Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten durch die konkrete Ausgestaltung der Projektstruktur beeinflußt werden: Während bei der Wahrnehmung von geringer Geschlossenheit häufiger auch Bewältigungsprobleme angeführt werden (39,6% im Vergleich zu insgesamt 24,7%), kommt es bei demokratischem Arbeitsstil häufiger zum Erwerb von Bewältigungskompetenz (83,9% im Vergleich zu insgesamt 79,4%). Klare Arbeitsteilung führt häufiger zur Wahrnehmung des Erwerbs von Schlüsselqualifikationen (87,1 im Vergleich zu insgesamt 82,4%).
- Letztlich lassen sich starke Zusammenhänge zwischen der erlebten personalen Unterstützung (Lob und Interesse von i. d. R. erwachsenen Personen) und dem Erwerb von Schlüsselqualifikationen und Bewältigungskompetenzen feststellen. Dies ist als weiterer Hinweis zu werten, daß erfolgreiche Partizipationsprojekte der manifestierten Anerkennung bedürfen.

4.5.4 Zusammenfassung

Im Rahmen dieses Kapitels wurde der zentralen Fragestellung dieser Untersuchung nachgegangen, welche personenbezogenen Auswirkungen Jugendliche durch ihre Teilnahme an einem Beteiligungsprojekt wahrnehmen. Inhaltlich wurden drei Bereiche personenbezogener Auswirkungen untersucht:

- Auswirkungen auf das demokratische Bewußtsein und die politische Integration,
- Auswirkungen auf solidarische Orientierungen und
- Auswirkungen auf Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten.

Für den Bereich der Auswirkungen auf das demokratische Bewußtsein und die politische Integration konnte festgestellt werden, daß die Teilnahme bei einem hohen Anteil (85,4%) Jugendlicher ihr demokratisches Bewußtsein festigte. Jedoch gibt auch mehr als die Hälfte (56,3%) an, daß PolitikerInnenverdrossenheit durch die Teilnahme gestiegen ist. Eine Erhöhung des politischen Vertrauens und Interesses wird von rund einem Viertel (27,4%) der Jugendlichen wahrgenommen. Dagegen führt die Teilnahme kaum zu einer Verstärkung autoritaristischer und fatalistischer Haltungen, die Demokratieskepsis und Bejahung politischer Gewalt beinhalten.

Hinsichtlich der Auswirkungen auf die solidarische Orientierung Jugendlicher kann bei rund 83% der Befragten festgestellt werden, daß Solidarbereitschaft – unabhängig vom jeweiligen Projekttyp – gefördert wird.

Als Auswirkungen auf die Bewältigungs- und Entfaltungsfähigkeiten wurde der Erwerb von Schlüsselqualifikationen und allgemeiner sozialer Kompetenz erhoben.

Es zeigt sich, daß rund drei Viertel aller Jugendlichen eine Erweiterung ihrer persönlichen Fähigkeiten in mindestens fünf der sieben möglichen Schlüsselqualifikationen angeben. Insbesondere genannt wird eine Erweiterung der Teamfähigkeit (87,6%) und die Aneignung einer realistischeren Sichtweise (85,2%).

Die Auswirkungen auf die allgemeine soziale Kompetenz wurde durch zwei Dimensionen erfaßt: Von rund 80% aller Jugendlichen wird die Zunahme von Bewältigungskompetenz wahrgenommen, rund ein Viertel der Jugendlichen erlebt Bewältigungsprobleme. Bewältigungsprobleme und Bewältigungskompetenz bedingen sich zu einem gewissen Teil in gegenseitiger Weise: Das Erkennen neuer Handlungsmöglichkeiten (Bewältigungskompetenz) erfolgt häufig durch eine Auseinandersetzung mit eigenen Handlungsgrenzen und -problemen (Bewältigungsproblemen). Die Korrelation zwischen dem Erwerb von Bewältigungskompetenz und der Wahrnehmung von Bewältigungsproblemen beträgt 0,16. Ob das Erleben von Bewältigungsproblemen jedoch zu einer persönlichen Krise führt, oder einfach ein – die persönliche Entwicklung begleitendes – funktionales Element darstellt, kann anhand der vorliegenden Untersuchung allgemein nicht geklärt werden.

In bivariaten Analysen wurde den Fragen nachgegangen, inwiefern die untersuchten Auswirkungen zusammenhängen mit:

- der Zielerreichung, Erfolgsbehinderung, Zweckentfremdung und dem Mißbrauch;
- dem jeweiligen Projekttyp;
- Projekt- und TeilnehmerInnenmerkmalen.

Nachfolgende Zusammenfassung enthält nur signifikante Zusammenhänge.

Für die Auswirkungsdimension Fatalismus konnte eine Reihe von empirischen Anhaltspunkten dafür gefunden werden, daß es sich dabei zum Teil um eine Reaktion auf erlebten Mißerfolg handeln dürfte: Fatalistische Tendenzen treten in höherem Umfang auf, wenn geringe Zielerreichung der Aktivität wahrgenommen werden, wenn Zweckentfremdung und Mißbrauch der Aktivität wahrgenommen wird, wenn die Begleitperson eher nicht in der Rolle der VermittlerInn gesehen wird, wenn der Arbeitsstil innerhalb der Aktivität eher in geringerer Weise als demokratisch angesehen wird sowie bei eher jüngeren Jugendlichen. Auf der Basis der Ergebnisse kann jedoch insgesamt davon gesprochen werden, daß partizipative Integration von Kindern und Jugendlichen überwiegend eine erfolgreiche Erprobung demokratischer Prozesse darstellt. Es zeigt sich jedoch auch, daß demokratisches Bewußtsein nicht in genereller Weise dazu führt, daß das allgemeine politische Vertrauen und Interesse zunimmt. Daß gleichzeitig von einem beträchtlichen Anteil der Jugendlichen eine Erhöhung politischer Entfremdung angegeben wurde, wurde mit dem spezifischen Charakter der Politikerverdrossenheit verglichen: „Die neuesten empirischen Befunde zeigen, daß vor allem die Jungen nicht mehr die politische Moral (Political Correctness) als stärksten Engpaß empfinden, sondern daß man der Politik keinerlei Kompetenzen und Problemlösungsqualität, vor allem aber keine Zukunftskompetenz, zutraut“ (Brunmayr 1997, 8). Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung spiegeln wider, daß Jugendliche über ein hohes Maß an politischem Engagement verfügen, der politischen Praxis und konventioneller Politik jedoch nur wenig abgewinnen können.

Hinsichtlich der Projekttypen läßt sich anführen, daß bei Jugendlichen, die bei der Errichtung oder Nutzung von Jugendzentren und -treffs teilnehmen, etwas höhere Anteile auftreten, die Auswirkungen auf den Autoritarismus nennen. Aktivitäten der Gründung und insbesondere der Nutzung von Jugendzentren/-treffs sind durch eine eher lose Organisation, durch geringeren demokratischen Arbeitsstil, fehlende klare Arbeitsteilung, durch geringere Unterstützung von außen und geringere Zielerreichung gekennzeichnet. Es entsteht dadurch möglicherweise bei

Jugendlichen der Eindruck, daß die nötige Koordination durch einzelne Personen für wichtige Aktivitäten fehlt, mit der Folge, daß in einigen Fällen Autoritarismus auftritt.

Im Rahmen der Teilnahme an *parlamentarischen Formen* läßt sich feststellen, daß häufiger politisches Vertrauen und Interesse, demokratisches Bewußtsein und in geringerem Maß Autoritarismus als Auswirkungen genannt werden. Es erscheint plausibel, daß Jugendliche in Projekten mit konventionellen Formen der Politik der Erwachsenenwelt häufiger Vertrauen in und Interesse an konventionelle(n) Formen von Politik entwickeln. In welchem Ausmaß auch ein Effekt einer Selbstselektion beteiligt ist, kann hier nicht geklärt werden: D. h. es bleibt unklar, in welchem Ausmaß Jugendliche gerade an parlamentarischen Formen deshalb teilnehmen, weil sie höheres Interesse an und Vertrauen in konventionelle(n) Formen von Politik haben, das durch die Teilnahme dann auch bekräftigt wird.

TeilnehmerInnen *projektorientierter Formen* von Aktivitäten geben demgegenüber ein geringeres Ausmaß an erweitertem politischem Interesse und Vertrauen und demokratischem Bewußtsein an. Auf der Ebene sozialer Kompetenz wurde dagegen von diesen TeilnehmerInnen etwas häufiger das Erleben von Bewältigungsproblemen genannt. Als mögliche Erklärung dieser spezifischen Formen der Auswirkungen projektorientierter Typen wurde angeführt, daß bei diesen häufiger konkrete Anliegen (im Sinne konkreter Zielerreichung) im Vordergrund stehen, die mitunter auch auf Widerstand stoßen. Eine mögliche Schlußfolgerung wäre daher, daß projektorientierte Aktivitäten eher oppositionellen Charakter besitzen und die TeilnehmerInnen daher eher eine gewisse Distanz zu bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen aufbauen.

Für TeilnehmerInnen verbandsorientierter Aktivitäten läßt sich lediglich ein geringerer Anteil an jenen feststellen, die angaben, politisches Vertrauen und Interesse entwickelt zu haben. Eine mögliche Erklärung besteht darin, daß verbandlich organisierte Partizipation – zumindest im Rahmen unserer Stichprobe – von den TeilnehmerInnen kaum mit Politik in Beziehung gesetzt wird, wodurch auch keine Auswirkungen auf politisches Interesse und Vertrauen wahrgenommen werden.

Bei TeilnehmerInnen an Aktivitäten vom Typus der Aktion konnte lediglich festgestellt werden, daß der Erwerb von Schlüsselqualifikationen in geringerem Ausmaß angegeben wurde.

Von besonderem Interesse war die Frage, ob die wahrgenommenen personenbezogenen Auswirkungen von objektiv wahrgenommenen Kriterien des Erfolgs abhängen. Es wurden daher jeweils die wahrgenommenen Auswirkungen partizipativer Teilnahme mit den Dimensionen der Zielerreichung sowie der Zweckentfremdung und des Mißbrauchs von Aktivitäten verglichen.

Die Ergebnisse deuten insgesamt darauf hin, daß wahrgenommene Zielerreichung die wahrgenommenen Auswirkungen partizipativer Aktivitäten wesentlich beeinflussen dürfte. Die Wahrnehmung von Zielerreichung trägt offensichtlich dazu bei, demokratiske und gewaltbejahende Haltungen und PolitikerInnenverdrossenheit zu reduzieren. Darüber hinaus wird bei wahrgenommener Zielerreichung häufiger der Erwerb von Solidarbereitschaft und Schlüsselqualifikationen in höherem Ausmaß wahrgenommen.

Bei Wahrnehmung von Erfolgsbehinderung als Dimension der Zielerreichung wurde dagegen häufiger angegeben, daß sich politisches Vertrauen und Interesse infolge der Teilnahme entwickelt haben. Dieses Ergebnis läßt sich nicht eindeutig interpretieren. Es wurde angeführt, daß hier zwei Einflußarten denkbar wären: Zum einen könnte das Erleben von Realisierungsproblemen dazu beitragen, daß Jugendliche gerade verstärktes Interesse an politischen Prozessen wahrnehmen. Dies würde bedeuten, daß ein gewisses Ausmaß an „Reibung“ funktional für die Auseinandersetzung mit Themen der Partizipation und Politik ist. Zum anderen wäre eine Interpretation denkbar, die eher einen Rückzug als Folge des Erlebens von Realisierungschancen darstellt: Im Vergleich mit dem subjektiv wahrgenommenen Scheitern der eigenen Bemühungen wird den Leistungen der Politik ein höherer Stellenwert zugeschrieben.

Das Erleben von Zweckentfremdung und Mißbrauch scheint zwar keine Auswirkung auf den Erwerb sozialer Kompetenzen zu haben, trägt jedoch offenbar dazu bei, fatalistische Tendenzen zu fördern, sowie die Wirkungen der Teilnahme hinsichtlich der Ausprägung solidarischer Orientierungen einzuschränken.

Dadurch bekräftigt sich einerseits die schon dargestellte Vermutung, daß Fatalismus zum Teil im Sinne einer Reaktion auf erlebte eigene Machtlosigkeit zu verstehen ist. Zum anderen wird dadurch abermals deutlich, daß es für eine erfolgreiche partizipative Einbindung Jugendlicher von entscheidender Bedeutung ist, daß ihre Leistungen in deutlicher Weise anerkannt werden und keinesfalls als dekorative Produkte kindlicher Aktivität abgetan werden.

In weiterer Folge wurden die wahrgenommenen Auswirkungen hinsichtlich einer Reihe von Strukturmerkmalen, die sowohl die Jugendlichen selbst als auch die Aktivitäten betreffen untersucht.

Diese Ergebnisse zeigen, daß das Alter der beteiligten Jugendlichen diesbezüglich von besonderer Bedeutung ist. Von jüngeren TeilnehmerInnen werden häufiger Effekte fatalistischer Haltungen und das Erleben von Bewältigungsproblemen als Auswirkungen genannt. Jüngere Jugendliche geben jedoch auch häufiger an, eine höhere Zahl an Schlüsselqualifikationen erworben zu haben. Die Ergebnisse zeigen, daß bei der Einbeziehung junger Jugendlicher – insbesondere in einem Alter von weniger als 13 Jahren – im einzelnen zu beachten ist, daß die Beteiligten durch partizipative Einbindung nicht überfordert werden und daß dem Rechnung getragen wird, daß Jugendliche dieses Alters möglicherweise in höherem Ausmaß an einer schnellen und klaren Zielerreichung interessiert sind und Widerstand eventuell in geringerem Ausmaß verarbeiten können.

Ebenfalls höhere Anteile an fatalistischen Haltungen infolge der Teilnahme an Partizipationsprojekten wurde angegeben, wenn die Aktivitäten keine regelmäßigen Treffen aufwiesen. Man könnte dieses Ergebnis auch so formulieren, daß einmalige Aktivitäten eine etwas höhere Wahrscheinlichkeit dafür aufweisen, demokratiske und gewaltbejahende Einstellungen zu fördern. Es soll jedoch an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, daß fatalistische Tendenzen insgesamt in äußerst geringem Umfang auftreten und daher auch aufgrund der geringen Fallzahlen diese Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Hinsichtlich der Teilnahmemotivation der Jugendlichen kann festgehalten werden, daß sich das eigene Interesse und die inhaltliche Bindung an die Aktivitätsthematik als vorteilhaft für Auswirkungen in Form politischen Vertrauens und Interesses sowie der Ausbildung demokratischen Bewußtseins erweisen. Hat man an der Aktivität unter anderem daran teilgenommen, weil man dazu von jemanden gefragt wurde, so ist zu vermuten, daß andere Personen an der Durchführung der partizipativen Aktivität besonderes Interesse haben. Es zeigen sich für diesen Fall neben einer geringeren Häufigkeit der Wahrnehmung von Erfolgsbehinderung auch eine häufigere Nennung von Auswirkungen politischen Interesses und Vertrauens.

Hinsichtlich der Position und Rollenwahrnehmung der Begleitpersonen wurde dargestellt, daß die vorliegenden Ergebnisse darauf hindeuten, daß die Begleitung Jugendlicher offensichtlich ein hohes Ausmaß an Feingefühl verlangt, das der Rolle der Begleitperson eine Balance zwischen Engagement und Zurückhaltung abverlangt, um sowohl die nötige Autonomie als auch Orientierung zu gewährleisten. Des Weiteren wurde aus den Ergebnissen abgeleitet, daß Begleitpersonen, die die Rolle der kommunalen VermittlerInnen wahrnehmen und Jugendlichen unterstützend zu Seite stehen, als funktional für positiv zu wertende Auswirkungen zu bezeichnen sind. Die Ergebnisse legen nahe, daß die Einbeziehung von kommunalen Vermittlungspersonen dazu beiträgt, politisches Vertrauen und Interesse zu fördern und politische Entfremdung und fatalistische Haltungen zu reduzieren. Weiters wurde festgestellt, daß bei einer Rollenwahrnehmung der Begleitperson, die als desinteressiert beschrieben wurde, deutlich geringere Auswir-

kungen auf die Solidarbereitschaft und ein höherer Anteil wahrgenommener Bewältigungsprobleme angegeben wurden. Bei Begleitpersonen, die als unterstützend bezeichnet wurden, werden tendenziell häufiger erworbene Schlüsselqualifikationen angegeben.

Aus der Analyse der Auswirkungen hinsichtlich der Projektmerkmale kann zusammenfassend festgehalten werden, daß insbesondere das Strukturmerkmal „geringe Geschlossenheit“ als eher ungünstige Eigenschaft zu bezeichnen ist. Im Rahmen von Aktivitäten mit dieser Eigenschaft wird häufiger politische Entfremdung und Autoritarismus als wahrgenommene Auswirkung genannt, demokratisches Bewußtsein und Solidarbereitschaft werden in geringerem Ausmaß angegeben. Dagegen werden bei solchen Aktivitäten häufiger Bewältigungsprobleme genannt.

Als positive Projekteigenschaften können in diesem Zusammenhang der demokratische Arbeitsstil und die klar ausgeprägte Arbeitsteilung genannt werden. Im Rahmen von Projekten, deren Arbeitsstil als demokratisch bezeichnet wurde, werden wiederum Auswirkungen wahrgenommen, die als demokratische Effekte zusammengefaßt werden könnten: höhere Anteile demokratischen Bewußtseins, geringere Anteile an Autoritarismus und Fatalismus, höhere Anteile an Solidarität. Weiters werden höhere Anteile erworbener Bewältigungskompetenz angegeben.

Im Rahmen von Aktivitäten, in denen klare Arbeitsteilung erlebt wurde, werden in geringerem Ausmaß politische Entfremdung und häufiger solidarische Orientierung sowie Schlüsselqualifikationen als Auswirkungen genannt.

Für die Projekteigenschaft „reden“¹ konnte auf der Basis unserer Analyse kein Zusammenhang mit spezifischen Auswirkungen festgestellt werden.

Folgende Ergebnisse wurden für den Bereich der sozialen Unterstützung festgestellt: Insbesondere die personale Unterstützung² der Aktivität scheint für die individuell wahrgenommenen Auswirkungen von Bedeutung zu sein. Wird für Aktivitäten personale Unterstützung wahrgenommen, wird gleichzeitig höheres politisches Vertrauen und Interesse, ein geringeres Ausmaß an politischer Entfremdung und ein höheres Ausmaß an demokratischem Bewußtsein wahrgenommen. Weiters wurde häufiger der Erwerb von Schlüsselqualifikationen und Bewältigungskompetenz angegeben.

Im Rahmen jener Aktivitäten, in denen geringe soziale Akzeptanz³ wahrgenommen wurde, wurde in höherem Ausmaß politische Entfremdung angegeben.

Zusammen mit den Ergebnissen, die Zweckentfremdung und Mißbrauch betreffen, ist daher nochmals auf die Notwendigkeit der sozialen Anerkennung jugendlicher Partizipation hinzuweisen.

¹ Damit wurde das Merkmal „Wir kamen oft zusammen zum Reden. Die Aktivität stand dann nicht so sehr im Vordergrund“ bezeichnet.

² Damit sind eine oder mehrere Nennungen bei den Items: „Ich wurde häufig von Personen, die ich eigentlich gar nicht so gut kannte, über die AKTIVITÄT angesprochen“, „Für unsere Aktivitäten wurden wir häufig vom Bürgermeister gelobt.“, „Auch andere Personen lobten uns für unsere AKTIVITÄT“ gemeint.

³ Damit sind Zustimmungen auf mindestens eines der zwei Items gemeint: „Manchmal hörte ich, wie Erwachsene über unsere AKTIVITÄT schimpften.“, „An unserer AKTIVITÄT waren nur sehr wenige Personen interessiert“.

5 Anhang

5.1 Leitfaden der qualitativen Telefoninterviews

- Die Ansprechperson soll den ganzen Ablauf des Projektes frei erzählen.
- Wie wurde die Umsetzung des Projektes durchgeführt?

Punkte zum Nachfragen:

- Von wem ist dieses Projekt ausgegangen, wer hat es initiiert, wer hatte Interesse an diesem Projekt?
- Dauer bzw. Regelmäßigkeit des Projektes (bei Jugendgemeinderat: Nachfragen nach formalen Richtlinien)?
- Gab es Musterprojekte (Orientierung an schon Vorhandenem)?
- Wie viele Jugendliche haben an diesem Projekt teilgenommen?
- Von wo oder von wem haben die Jugendlichen von diesem Projekt erfahren?
- War das Thema des Projektes den Jugendlichen bekannt?
- Vorerfahrungen der teilnehmenden Jugendlichen (Vorwissen):

Merkmale der teilnehmenden Jugendlichen:

mehr an Wissen

Engagement

Einfluß Eltern/Umfeld

- Welches Ziel sollte durch das Projekt erreicht werden (Zieldefinition)?
- Ist dieses vereinbarte Ziel erreicht worden?
- Wie wurde das Projekt umgesetzt?
- Welche Resultate/Ergebnisse wurden mit diesem Projekt erzielt?
- Gab es eine Übereinstimmung zwischen den Zielvorstellungen der Jugendlichen und denen der Begleitpersonen (Eindruck der Begleitpersonen)?
- Was ist im Vordergrund gestanden (Thema des Projektes; einfach für die Jugendlichen etwas machen; Lernfunktion des Projekts)?
- Wie hat sich das Projekt während der Umsetzung verändert (Zieldefinition, Gruppe, ...)?
- Gab es Konflikte innerhalb der Gruppe während der Umsetzung und wie wurde damit umgegangen?
- Was haben die Jugendlichen aus diesem Projekt gelernt?
- Welche Rolle nahm die Begleitperson in diesem Projekt ein?
- Welche Resonanz erreichte das Projekt in der Gemeinde?
- Kamen die Jugendlichen nach Ende des Projektes wieder zusammen, um andere Projekte zu verwirklichen (was passierte mit den Jugendlichen nach Ende des Projektes)?

5.2 Fragebogen mit ausgezählten Nennungen

1. Wie gut erinnerst Du Dich an die AKTIVITÄT, die wir auf der ersten Seite genannt haben?

-
- sehr gut
- gut
- einigermaßen
- eher nicht
- überhaupt nicht

Bitte gehe zur Seite 9 und beantworte ab dort die Fragen

2. Hast Du daran teilgenommen?

- ja
- nein

Bitte gehe zur Seite 9 und beantworte ab dort die Fragen

Achtung:

Wenn wir im Fragebogen im folgenden von AKTIVITÄT sprechen, meinen wir Deine Teilnahme an

(siehe →)

Die nachfolgenden Fragen beziehen sich auf diese AKTIVITÄT.

□

3. Könntest Du kurz (nur in Stichworten) beschreiben, worum es dabei ging und was ihr alles gemacht habt?

-

.....
.....
.....
.....

4. Wann hat diese AKTIVITÄT begonnen?

(Es ist der Beginn der AKTIVITÄT gemeint und nicht der Beginn Deiner Teilnahme!)

- Die AKTIVITÄT hat im Jahr 19..... begonnen. 57,20% n=257
- weiß ich nicht mehr genau. 42,80%

5. Warst Du schon von Anfang an dabei?

- ja 53,31% n=257
- nein, erst seit 19..... (Jahr bitte eintragen!) 56,69%

6. Wie lange dauerte diese AKTIVITÄT?

(wenn Du alles zusammenrechnest, wie z.B. auch Planungszeiten, Vorbereitungen, Proben etc.) n=242

- ca. Tag(e) oder ca. Monat(e) oder ca. Jahr(e) 54,96%
- weiß ich nicht. 45,04%

7. Ist die AKTIVITÄT bereits abgeschlossen

- ja 44,35% n=248
- nein 55,65%

8. Habt Ihr Euch zu dieser AKTIVITÄT regelmäßig getroffen? n=252

- ja, ungefährmal in der Woche oder mal im Monat oder mal im Jahr 74,60%
- nein, nicht regelmäßig. 25,40%

9. Wieviele Personen waren in etwa daran beteiligt? Ca. Personen

10. Warum hast Du daran teilgenommen? (Du kannst mehreres ankreuzen!) n=269
- | | |
|--|--------|
| <input type="checkbox"/> weil die meisten meiner Freunde dabei waren. | 22,30% |
| <input type="checkbox"/> weil mein/e Schullehrer/in wollte, daß ich teilnehme. | 12,64% |
| <input type="checkbox"/> weil mich die AKTIVITÄT sehr interessierte. | 60,59% |
| <input type="checkbox"/> weil mich jemand gefragt hat, ob ich mitmachen will. | 32,71% |
| <input type="checkbox"/> weil ich mich aus irgendeinem Grund nicht davor "drücken" konnte. | 5,20% |
| <input type="checkbox"/> weil ich die Idee zur AKTIVITÄT hatte. | 6,32% |
| <input type="checkbox"/> weil ich und meine Freunde die Idee dazu hatten. | 8,55% |
| <input type="checkbox"/> sonstiges:..... | 34,94% |

11. Wenn Du die verschiedenen Tätigkeiten in der AKTIVITÄT betrachtest, wie war das bei Euch?

	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu	kann ich nicht mehr sagen
Wir kamen oft zusammen zum Reden. Die AKTIVITÄT stand dann nicht so im Vordergrund.	n=244 13,52%	15,16%	36,48%	28,69%	6,15%
Wenn jemand eine Aufgabe übernahm, so machte er diese meistens auch.	n=253 54,94%	32,81%	6,72%	3,16%	2,37%
Wenn es etwas zu tun gab, gab es einige, die sich davor drückten.	n=252 22,22%	19,84%	35,71%	19,44%	2,78%
Bei Diskussionen kam jeder zu Wort.	n=253 59,29%	21,74%	11,46%	5,93%	1,58%
Wenn es etwas zu entscheiden gab, redeten wir zunächst darüber.	n=253 66,80%	23,32%	7,11%	2,37%	0,40%
Es wurde versucht, die Meinung jedes einzelnen zu berücksichtigen.	n=251 60,56%	26,69%	6,37%	4,78%	1,59%
Es gelang uns bei unterschiedlichen Auffassungen meistens eine gemeinsame Lösung zu finden.	n=253 41,11%	45,06%	11,86%	0,79%	1,19%
Wenn jemand bei seiner Aufgabe Hilfe benötigte, halfen wir ihm.	n=252 53,17%	37,30%	3,17%	1,59%	4,76%
Es gab einige in der AKTIVITÄT, die sofort beleidigt waren, wenn sie ihren Willen nicht durchsetzen konnten.	n=255 17,25%	12,55%	28,63%	35,29%	6,27%
Arbeiten wurden so verteilt, daß jeder gleich viel machte.	n=254 25,98%	27,17%	23.23%	12,99%	10,63%
Wir achteten darauf, daß niemand überfordert wurde.	n=252 33,33%	36,11%	12,30%	5,95%	12,30%
Es war häufig so, daß niemand wußte, was er tun sollte.	n=250 7,60%	11,20%	32,00%	43,60%	5,60%
In der AKTIVITÄT wußte jeder, was er machen sollte.	n=251 29,69%	46,22%	11,16%	7,57%	6,37%
Was zu machen ist, wurde von uns gemeinsam beschlossen.	n=252 48,81%	35,32%	8,33%	4,37%	3,17%
Oft mußte beinahe von vorne begonnen werden.	n=252 5,95%	11,51%	30,56%	42,86%	9,13%

12. Hat Dir die AKTIVITÄT Spaß gemacht?

- | | | |
|-------------------------------------|--------|-------|
| <input type="checkbox"/> ja sehr | 60,00% | n=260 |
| <input type="checkbox"/> ja, etwas | 29,62% | |
| <input type="checkbox"/> weder noch | 2,69% | |
| <input type="checkbox"/> eher nein | 5,00% | |
| <input type="checkbox"/> nein | 2,69% | |

13. Insgesamt würde ich unsere AKTIVITÄT aus meiner Sicht bezeichnen als:

- | | | |
|--|--------|-------|
| <input type="checkbox"/> sehr erfolgreich | 28,46% | n=260 |
| <input type="checkbox"/> erfolgreich | 51,15% | |
| <input type="checkbox"/> weder noch | 12,69% | |
| <input type="checkbox"/> nicht erfolgreich | 5,77% | |
| <input type="checkbox"/> überhaupt nicht erfolgreich | 1,92% | |

14. Gab oder gibt es eine oder mehrere ältere oder erwachsene Personen, die die AKTIVITÄT begleitet hat / haben? Wir meinen damit Personen, welche die einzelnen Aktivitäten koordiniert oder Euch bei der Suche nach finanziellen Mitteln unterstützt oder die Kontakte nach außen geknüpft haben usw.

- | | | | |
|-------------------------------|--------|-------|--|
| <input type="checkbox"/> ja | 92,13% | n=254 | bitte weiter bei der nächsten Frage (Frage 15) |
| <input type="checkbox"/> nein | 7,87% | | bitte weiter auf Seite 5 (Frage 17) |

Wenn im folgenden von Gemeinde gesprochen wird, so ist damit der Ort oder die Stadt gemeint, in der die AKTIVITÄT stattgefunden hat oder stattfindet. Es kann sich somit um den Ort handeln, wo Du lebst oder wo Du zur Schule gehst oder arbeitest.

15. Wer war(en) diese Person(en)?

(Du kannst mehrmals ankreuzen!)

- | | | |
|--|--------|-------|
| <input type="checkbox"/> Lehrer (oder Schuldirektor) | 31,23% | n=269 |
| <input type="checkbox"/> Bürgermeister oder andere Gemeindepolitiker | 43,87% | |
| <input type="checkbox"/> Gemeindesekretär/-bedienstete | 21,56% | |
| <input type="checkbox"/> Pfarrer | 3,72% | |
| <input type="checkbox"/> In der Pfarre tätige Person/en | 8,18% | |
| <input type="checkbox"/> Person/en aus einem Jugendverein | 23,42% | |
| <input type="checkbox"/> Sonstige:..... | 19,70% | |
| <input type="checkbox"/> Weiß nicht | 4,83% | |

Diese Person / Personen hat / haben gemacht:

(bitte nur kurz in Stichworten angeben).....
.....
.....

16. Wie würdest Du diese Person oder diese Personen in bezug auf Eure AKTIVITÄT beschreiben? (Wenn das mehrere Personen sind, versuche das anzukreuzen, was überwiegend zutrifft!)

	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu	weiß nicht
Sie hat bestimmt, was getan werden sollte.	n=233 19,31%	24,46%	29,18%	22,32%	4,72%
Sie ist uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden.	n=235 64,68%	28,09%	3,83%	2,55%	0,85%
Wenn wir Fragen hatten, konnten wir uns an diese Person wenden.	n=235 78,30%	17,87%	2,55%	0,85%	0,43%
Sie hat versucht, unsere Ideen und Meinungen ernst zu nehmen.	n=233 74,25%	19,31%	3,43%	3,00%	0,00%
Sie war an unserer AKTIVITÄT eigentlich nicht interessiert.	n=234 0,43%	2,14%	12,82%	82,48%	2,14%
Ich finde diese Person sympathisch.	n=232 50,43%	34,48%	5,17%	6,90%	3,02%
Es wäre besser gewesen, wenn sie öfter mit uns an der AKTIVITÄT gearbeitet hätte.	n=234 11,54%	13,68%	31,62%	31,62%	11,54%
Für sie waren die Projektziele wichtiger als unsere eigenen Interessen.	n=233 11,16%	7,30%	33,48%	39,91%	8,15%
Diese Person ließ uns bei der Verwirklichung unserer Ideen freien Lauf.	n=231 41,56%	37,23%	10,39%	9,52%	1,30%
Sie wollte eigentlich nur ihre eigenen Interessen durchsetzen.	n=231 7,36%	4,76%	18,61%	63,20%	6,06%
Bei unterschiedlichen Meinungen ist es ihr meistens gelungen, uns wieder zusammen zu bringen.	n=233 35,19%	39,91%	9,44%	6,87%	8,58%
Sie hatte gute Kontakte zur Gemeinde.	n=232 67,67%	19,40%	3,45%	1,29%	8,19%
Sie war beleidigt, wenn wir anderer Meinung waren als sie.	n=235 5,53%	2,55%	17,02%	72,34%	2,55%
Wenn wir keine Lust mehr hatten gelang es ihr, uns wieder aufzubauen.	n=231 25,11%	44,16%	14,72%	9,96%	6,06%
Manchmal wäre es besser gewesen, wenn sie uns gesagt hätte, was wir tun sollten.	n=232 8,19%	16,81%	40,09%	28,02%	6,09%
Wenn diese Person nicht gewesen wäre, wäre die AKTIVITÄT nicht so gut gelaufen.	n=233 48,93%	32,62%	7,30%	5,15%	6,01%
Sie versuchte alle gleich zu behandeln.	n=234 69,66%	19,23%	4,27%	4,70%	2,14%
Sie vermittelte zwischen unseren Interessen und den Interessen der Gemeinde.	n=232 50,86%	28,45%	6,47%	3,45%	10,78%
Sie legte darauf Wert, daß Abmachungen eingehalten werden.	n=233 56,65%	28,33	6,87%	0,86%	7,30%
Wenn wir etwas nicht so gut machten, schimpfte sie mit uns.	n=232 7,76%	3,45%	15,52%	72,41%	0,86%
Für besondere Leistungen wurde man von ihr gelobt.	n=233 29,61%	36,05%	14,59%	12,02%	7,73%
Sie achtete darauf, daß niemand überfordert wurde, wenn er etwas zu tun hatte.	n=233 35,62%	30,90%	12,02%	10,30%	11,16%
Sie kennt/kannte viele Personen in der Gemeinde.	n=233 62,23%	18,88%	3,86%	3,00%	12,02%
Man hatte oft das Gefühl, daß sie eher die Interessen anderer vertrat als unsere.	n=234 6,41%	8,12%	23,50%	53,85%	8,12%

17. Kannst Du Eure AKTIVITÄT anhand der folgenden Aussagen einstufen?

	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu	weiß nicht
Im Rahmen unserer AKTIVITÄT entsteht / entstand etwas, auf das wir stolz sein können.	n=257 55,25%	28,02%	7,78%	5,06%	3,89%
Das was herauskam, stimmte mit den ursprünglichen Zielen überein.	n=254 39,37%	35,43%	12,60%	5,91%	6,69%
Eigentlich haben wir nicht das erreicht, was wir wollten.	n=255 10,20%	10,20%	30,20%	43,53%	5,88%
Es stellte sich heraus, daß unsere Ziele unrealistisch waren.	n=250 2,80%	8,80%	28,80%	53,20%	6,40%
Was wir durch unsere AKTIVITÄT erreicht haben, hätten Erwachsene alleine nie erreicht.	n=245 22,86%	23,27%	22,04%	15,92%	15,92%
Auch Erwachsene profitieren von unseren Aktivitäten.	n=255 41,57%	28,63%	9,41%	8,24%	12,16%
Durch unsere Aktivitäten werden die Bedürfnisse der Jugendlichen besser berücksichtigt.	n=255 54,12%	29,80%	6,67%	5,88%	3,53%
Es hat sich gezeigt, daß Jugendliche manche Dinge besser gestalten können.	n=256 47,27%	35,16%	6,64%	3,52%	7,42%
Es hat sich gezeigt, daß Jugendliche über ihre eigenen Bedürfnisse besser Bescheid wissen als Erwachsene.	n=255 62,35%	21,96%	7,84%	1,18%	6,67%
Unsere AKTIVITÄT hilft / half Geld zu sparen.	n=249 12,45%	14,86%	25,70%	22,89%	24,10%
Hätten die Erwachsenen es alleine gemacht, wären die Jugendlichen zu kurz gekommen.	n=250 46,40%	27,20%	8,40%	7,20%	10,80%
Unsere AKTIVITÄT hatte eigentlich nur den Sinn, daß manche andere Leute jetzt gut dastehen.	n=252 9,13%	10,23%	20,24%	51,59%	8,73%
Was jetzt aus unserer AKTIVITÄT entstanden ist, wollten wir eigentlich so nicht.	n=252 9,52%	9,52%	17,06%	52,78%	11,11%
Für manche Aufgaben waren wir einfach zuwenig.	n=255 21,18%	20,00%	21,96%	29,80%	7,06%
An der AKTIVITÄT nahmen immer unterschiedliche Leute teil.	n=252 18,25%	21,43%	22,22%	33,73%	4,37%
Den Lohn und das Lob für unsere Arbeit bekommt jetzt wer anderer.	n=249 8,03%	10,84%	18,07%	50,20%	12,58%
Die AKTIVITÄT dient eigentlich nur dazu, daß Jugendliche sich nicht mehr beschweren.	n=253 11,07%	13,83%	28,06%	38,74%	8,30%
Manche Politiker oder Erwachsene sagen, daß unsere AKTIVITÄT wichtig ist / war, obwohl es ihnen eigentlich egal ist.	n=254 26,77%	18,50%	19,29%	16,54%	18,90%
Es hat sich gezeigt, daß Erwachsene die meisten Dinge besser planen und entscheiden können.	n=251 7,97%	10,36%	32,27%	36,65%	12,75%
Die AKTIVITÄT dient/e eigentlich nur dazu, Dinge zu erledigen, die Erwachsene nicht tun wollen.	n=250 9,60%	10,00%	22,40%	45,60%	12,40%

18. Führte die AKTIVITÄT neben den ursprünglich geplanten Zielen auch noch zu anderen Ergebnissen?

n=251

- ja, nämlich: 24,70%
- nein 36,25%
- weiß nicht 39,04%

19. Über eine Aktivität kann unterschiedlich berichtet werden. Welche der nachfolgenden Aussagen treffen auf die AKTIVITÄT, an der Du teilgenommen hast, zu?

	trifft zu	trifft nicht zu	weiß ich nicht
Über unsere AKTIVITÄT wurde mehrfach in Zeitungen berichtet.	n=255 57,25%	28,24%	14,51%
Über unsere AKTIVITÄT wurde im Fernsehen berichtet.	n=257 29,96%	52,53%	17,51%
Für unsere AKTIVITÄT bekamen wir Geld von der Gemeinde/vom Bürgermeister.	n=254 37,40%	43,70%	18,90%
Für unsere AKTIVITÄT bekamen wir Geld von Banken, Firmen und Geschäftsleuten.	n=253 27,67%	49,80%	22,53%
Für unsere AKTIVITÄT bekamen wir Geld von anderen Personen.	n=251 23,51%	51,00%	25,50%
Ich wurde häufig von Personen, die ich eigentlich gar nicht so gut kannte, über die AKTIVITÄT angesprochen.	n=255 38,43%	54,51%	7,06%
Der Bürgermeister fragte häufig nach unseren Aktivitäten.	n=254 35,04%	42,13%	22,83%
Für unsere Aktivitäten wurden wir häufig vom Bürgermeister gelobt.	n=252 37,30%	41,67%	21,03%
Auch andere Personen lobten uns für unsere AKTIVITÄT.	n=255 62,35%	25,49%	12,16%
Manchmal hörte ich, wie Erwachsene über unsere AKTIVITÄT schimpften.	n=253 13,04%	74,70%	12,25%
An unserer AKTIVITÄT waren nur sehr wenige Personen interessiert.	n=255 27,84%	57,25%	14,90%

20. Die Teilnahme an der AKTIVITÄT hat mir gezeigt, daß...

	trifft zu	trifft nicht zu
...man in einer Gemeinschaft bereit sein muß, die Wünsche anderer zu kennen und zu respektieren	n=256 92,97%	7,03%
...jeder seine Probleme selber lösen muß	n=252 14,68%	85,32%
...es wichtig ist, gelegentlich Kompromisse zu schließen	n=253 94,07%	5,93%
...ich gern helfe, wenn jemand in Not ist	n=251 87,25%	12,75%
...es wichtig ist, Zeit füreinander zu haben	n=253 87,75%	12,25%
...man zuerst an sich selbst denken muß	n=252 11,90%	88,10%

21. Die AKTIVITÄT hat gezeigt,...

	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu	weiß nicht
daß sich Politiker/innen nicht viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.	n=254 22,05%	25,20%	27,95%	16,93%	7,87%
daß Politiker/innen nur daran interessiert sind, gewählt zu werden, und nicht daran, was Wähler denken.	n=252 25,00%	27,78%	23,81%	11,51%	11,90%
daß Leute wie ich keinen Einfluß darauf haben, was Politiker/innen in einer Gemeinde tun.	n=254 24,80%	25,20%	24,80%	17,32%	7,87%
daß man manchmal Gewalt anwenden muß, um etwas erreichen zu können.	n=252 7,14%	9,92%	24,60%	55,56%	2,78%
daß Demokratie die beste Regierungsform ist, die es gibt.	n=245 44,90%	20,82%	7,76%	8,16%	18,37%
daß es besser ist, wenn einer befiehlt und die anderen gehorchen.	n=251 2,39%	3,98%	16,33%	74,10%	3,19%
daß es möglich ist, gemeinsam eine Lösung zu finden.	n=151 76,10%	17,93%	2,79%	1,99%	1,20%
daß es möglich ist, die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen.	n=254 54,33%	27,56%	11,02%	6,30%	0,79%
daß man mehr erreichen kann, wenn man Sachen gewaltsam zerstört.	n=253 3,16%	1,98%	7,51%	84,58%	2,77%
daß Politik viel zu kompliziert ist, als daß man sie noch verstehen könnte.	n=251 20,72%	16,73%	27,49%	23,90%	11,16%

22. Die Teilnahme an der AKTIVITÄT hat bei mir bewirkt, ...

	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu	weiß nicht
daß mein politisches Interesse zugenommen hat.	n=255 25,10%	13,33%	28,63%	30,98%	1,96%
daß ich häufiger den politischen Teil einer Tageszeitung lese.	n=255 15,69%	11,37%	29,02%	41,57%	2,35%
daß ich mir öfter die Nachrichten im Fernsehen ansehe.	n=254 24,80%	22,83%	22,44%	27,95%	1,97%
daß ich mit meinen Eltern häufiger über Politik diskutiere.	n=255 14,90%	14,51%	25,49%	42,35%	2,75%
daß ich mit meinen Freunden/innen häufiger über Politik diskutiere.	n=253 13,04%	11,86%	26,88%	45,85%	2,37%
daß ich ein größeres Vertrauen in die Politiker/innen habe.	n=253 3,56%	10,28%	27,27%	52,96%	5,93%
daß ich ein größeres Vertrauen in die politischen Parteien habe.	n=255 3,53%	7,84%	26,67%	54,90%	7,06%

23. Durch die AKTIVITÄT....

	trifft zu	trifft nicht zu
...bin ich Mitglied einer Jugendorganisation geworden.	n=250 35,20%	64,80%
...bin ich Mitglied einer Gruppierung wie z.B. Greenpeace geworden.	n=255 5,49%	94,51%
...war ich an einer Unterschriftensammlung beteiligt.	n=254 31,50%	68,50%
...bin ich Mitglied einer politischen Partei geworden.	n=253 5,14%	94,68%

24. Glaubst Du, daß Du durch Deine Teilnahme an dieser AKTIVITÄT etwas dazulernen konntest?

	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
Ich habe gelernt, Dinge zu organisieren.	n=259 41,70%	31,66%	16,60%	10,04%
Mein Selbstvertrauen hat sich gestärkt.	n=258 45,35%	27,52%	17,05%	10,08%
Ich habe gelernt, Verantwortung zu tragen.	n=259 49,42%	28,19%	12,74%	9,65%
Ich habe gelernt, in einem Team zu arbeiten.	n=259 63,32%	24,32%	8,11%	4,25%
Ich weiß jetzt besser, was ich will.	n=257 31,91%	32,30%	22,18%	13,62%
Ich habe gelernt, daß manche Dinge nicht so einfach zu lösen sind.	n=257 57,59%	27,63%	9,73%	5,06%
Ich habe gelernt, meine Fähigkeiten besser einzuschätzen.	n=259 33,59%	41,70%	16,22%	8,49%
Ich habe gelernt, meine Meinung zu sagen.	n=259 52,12%	29,73%	11,97%	6,18%
Ich habe gelernt, nicht alles zu glauben, was man mir sagt.	n=256 54,30%	23,83%	13,28%	8,59%
Ich weiß jetzt besser, wie Gemeindepolitik wirklich abläuft.	n=253 27,27%	22,13%	26,48%	24,11%
Ich weiß jetzt, wie ich damit umgehe, wenn ich mit einer neuen Sache konfrontiert werde.	n=255 34,12%	34,90%	19,22%	11,76%
Ich habe gelernt, daß ich Schwierigkeiten gelassen entgegensehen kann, weil ich mich immer auf meine Intelligenz verlassen kann.	n=248 32,26%	34,68%	18,55%	14,52%
Ich weiß jetzt, daß ich mich schwer konzentrieren kann, wenn von allen Seiten Probleme auf mich zukommen.	n=252 17,46%	23,02%	33,73%	25,79%
Ich habe gelernt, daß ich Probleme irgendwie bewältigen werde.	n=253 42,69%	38,34%	10,67%	8,30%
Ich habe gelernt, daß ich jederzeit in der Lage bin, die erforderlichen Leistungen zu erbringen.	n=253 39,92%	33,20%	15,02%	11,86%
Ich weiß jetzt, daß ich mich angesichts ungewohnter Anforderungen hilflos fühle.	n=251 5,18%	5,18%	42,23%	47,41%
Ich habe gelernt, daß es Situationen gibt, wo ich weder ein noch aus weiß.	n=252 18,65%	15,48%	31,35%	34,52%

Zum Abschluß nur noch ein paar Fragen zu Deiner Person:

25. Jeder Mensch ist unterschiedlich. Wie ist das bei den folgenden Dingen bei Dir?

	stimmt genau	stimmt eher	stimmt eher nicht	stimmt nicht
Wenn mir in meiner Gemeinde/Stadt etwas nicht gefällt, teile ich es den zuständigen Personen (Bürgermeister, Lehrer, Gemeindebedienstete, ...) mit.	n=264 17,80%	25,00%	29,55%	27,65%
Wenn mich in meiner Gemeinde/Stadt etwas stört, versuche ich es mit meinen Freunden zu ändern.	n=265 14,34%	33,58%	29,81%	22,26%
Wenn Personen (Bürgermeister, Lehrer, Gemeindebedienstete, ...) zu Arbeiten in der Gemeinde/Stadt aufrufen, bin ich meistens dabei.	n=260 12,69%	36,92%	28,46%	21,92%
Wenn ich eine Idee habe, versuche ich sie sofort umzusetzen.	n=260 26,54%	43,08%	21,15%	9,23%
Wenn ich mir eine Idee in den Kopf gesetzt habe, so versuche ich, meine Freunde davon zu überzeugen.	n=263 34,98%	47,53%	13,31%	4,18%
Etwas Sinnvolles für meine Gemeinde/Stadt zu tun, ist für mich wichtig.	n=261 27,97%	39,85%	21,07%	11,11%
Ich bin bei vielen Dingen bereit mitzutun, wenn ich dazu aufgefordert werde.	n=261 41,38%	42,91%	11,88%	3,83%
Ich muß es mir genau überlegen, bevor ich irgendwo mitmache.	n=262 29,77%	31,30%	28,24%	10,69%
Ich möchte immer genau wissen, was in unserer Gemeinde/Stadt passiert.	n=264 32,58%	36,74%	23,11%	7,58%
Wenn ich mit Freunden zusammen bin, sage ich immer, was ich mir denke.	n=263 50,59%	36,50%	7,98%	4,56%
Wenn es um gemeinsame Unternehmungen geht (z.B. einen gemeinsamen Ausflug zu machen), bin ich immer sofort dabei.	n=262 58,78%	31,68%	6,11%	3,44%

26. Warst Du vor Deiner Teilnahme an der AKTIVITÄT schon Mitglied in einem Verein oder ähnlichem (z.B. Sportverein, Musikkapelle, Landjugend, Jugendorganisation, politische Partei etc.)?

- | | n=267 |
|--|--------|
| <input type="checkbox"/> ja, nämlich: | 65,17% |
| <input type="checkbox"/> nein | 34,83% |
| Wenn nein, warum nicht? (Du kannst mehrere Gründe angeben!) | n=269 |
| <input type="checkbox"/> weil ich grundsätzlich kein Interesse an Vereinen habe | 8,18% |
| <input type="checkbox"/> weil es bei uns keinen Verein gibt, der mich interessiert | 11,52% |
| <input type="checkbox"/> weil ich auch so mit meinen Freunden zusammensein kann | 14,87% |
| <input type="checkbox"/> weil sich noch keine Gelegenheit dazu ergab | 13,83% |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges: | 7,81% |

27. Welche der folgenden Dinge treffen für Dich zu oder nicht?

	stimmt genau	stimmt eher	stimmt eher nicht	stimmt nicht	weiß ich nicht
Die meisten Dinge, die mich in meiner Gemeinde/Stadt stören, kann ich sowieso nicht ändern.	n=268 26,49%	39,55%	21,27%	9,33%	3,36%
Die wirklichen Probleme in der Gemeinde/Stadt können nur Erwachsene lösen.	n=267 17,23%	25,47%	31,09%	21,72%	4,49%
Die Gemeindepolitiker und Vereine tun genug für Jugendliche, da brauche ich nichts zu machen.	n=265 3,40%	10,19%	39,25%	42,64%	4,53%
Die meisten Probleme in einer Gemeinde/Stadt sind zu kompliziert, als daß man sie lösen könnte.	n=266 5,64%	16,92%	38,35%	29,32%	9,77%
Wenn Jugendliche versuchen, Probleme zu lösen, kommt dabei sowieso nichts heraus.	n=263 3,80%	11,41%	27,38%	55,51%	1,90%
Wenn ich meine Meinung zur Politik sage, nimmt das sowieso niemand ernst.	n=260 18,46%	25,38%	27,31%	21,92%	6,92%
Entscheidungen in unserer Gemeinde/Stadt werden nur von Politikern/innen getroffen; andere Leute haben da nichts zu sagen.	n=264 14,02%	27,65%	28,41%	19,32%	10,61%

28. Welche der folgenden Dinge treffen für Dich zu oder nicht?

	stimmt genau	stimmt eher	stimmt eher nicht	stimmt nicht
In meiner Familie kann ich immer meine Meinung sagen.	n=266 75,94%	18,80%	4,89%	0,38%
In meiner Familie wird das meiste nur so gemacht, wie meine Eltern das wünschen.	n=263 6,08%	17,87%	42,97%	33,08%
Durch meine Familie erfahre ich immer sehr viel, was in unserer Gemeinde los ist.	n=260 28,46%	33,46%	19,62%	18,46%
Meine Eltern versuchen auch in unserer Gemeinde aktiv zu sein.	n=263 20,15%	17,49%	29,28%	33,08%
In meiner Familie wird viel über Politik gesprochen.	n=266 13,16%	25,19%	33,83%	27,82%
Mit meinen Freunden spreche ich öfters über Politik.	n=263 11,41%	19,77%	27,00%	41,83%
In der Schule kann / konnte ich immer meine Meinung sagen.	n=262 49,62%	33,21%	11,45%	5,73%
In der Schule wird / wurde darauf Wert gelegt, daß jeder seine Meinung äußert.	n=261 41,38%	29,12%	22,22%	7,28%
In der Schule wird / wurde versucht, die unterschiedlichen Interessen zu berücksichtigen.	n=264 31,82%	34,47%	26,89%	6,82%
In der Schule wird / wurde viel über Politik gesprochen.	n=262 12,98%	21,37%	36,64%	29,01%
Die nächsten zwei Fragen brauchst Du nur beantworten, wenn Du schon arbeitest!				
Am Arbeitsplatz kann ich immer meine Meinung sagen	n=65 43,08%	43,08%	9,23%	4,62%
Am Arbeitsplatz wird viel über Politik gesprochen	n=65 13,85%	12,31%	18,46%	55,38%

29. Was von den nachfolgenden Aussagen trifft für Dich zu?

Meine Meinung wird ernst genommen	stimmt genau	stimmt eher	stimmt eher nicht	stimmt nicht	habe ich nicht	
von meiner Mutter	68,66%	23,88%	4,85%	1,87%	0,75%	n=268
von meinem Vater	58,85%	24,23%	9,62%	4,23%	3,08%	n=260
von meinen Geschwistern	42,79%	26,56%	13,67%	11,72%	5,08%	n=256
<i>Falls Du noch in die Schule gehst:</i>						
von meinen Mitschülern / Mitschülerinnen	50,00%	36,87%	8,08%	4,55%	0,51%	n=198
von meinen Klassenlehrern / Klassenlehrerinnen	41,62%	38,58%	13,20%	5,58%	1,02%	n=197
<i>Falls Du arbeitest:</i>						
von meinen Arbeitskollegen/ Arbeitskolleginnen	52,86%	34,29%	5,71%	4,29%	2,86%	n=70
von meinen Vorgesetzten	47,14%	27,14%	12,86%	10,00%	2,86%	n=70

30. Ist jemand aus Deiner Familie politisch tätig?

- | | |
|---------------------------------------|--------|
| <input type="checkbox"/> ja, als..... | 19,62% |
| <input type="checkbox"/> nein | 76,23% |
| <input type="checkbox"/> weiß nicht | 4,15% |

31. Wie alt bist Du? Jahre

32. Du bist

- | | |
|-----------------------------------|--------|
| <input type="checkbox"/> weiblich | 59,25% |
| <input type="checkbox"/> männlich | 40,75% |
- n=265

33. Welche Ausbildung machst Du oder hast Du schon abgeschlossen?

	habe ich besucht oder besuche ich gerade	habe ich schon abgeschlossen
Volksschule	n=255 2,35%	97,65%
Hauptschule	n=161 23,60%	76,40%
Polytechnischer Lehrgang	n=27 22,22%	77,78%
Gymnasium-Unterstufe	n=94 28,72%	71,28%
Lehre	n=33 63,64%	36,36%
Berufsbildende mittlere Schule, nämlich.....	n=31 58,06%	41,94%
Gymnasium-Oberstufe	n=58 70,69%	29,31%
Berufsbildende höhere Schule, nämlich.....	n=78 70,51%	29,49%
Studium, an.....	n=17 88,24%	11,76%

34. Welche Schulbildung haben Deine Eltern?

n=269

	Vater	Mutter
Volksschulabschluß	75,84%	79,18%
Hauptschulabschluß	55,37%	62,45%
Lehrabschluß	41,64%	31,60%
Abschluß einer berufsbildenden mittleren Schule (Hasch, Fachschule)	15,24%	21,56%
Abschluß einer Schule mit Matura	23,42%	18,22%
Abschluß einer Akademie (Pädak, Sozak etc.)	4,83%	9,67%
Abschluß eines Hochschulstudiums	12,27%	7,06%
weiß nicht	5,58%	4,83%

Herzlichen Dank für Deine Mitarbeit!

5.3 Literatur

- Akademie für Sozialarbeit des Landes Oberösterreich (Hrsg.): Jungsein in Gmunden, Linz 1993
- Akademie für Sozialarbeit des Landes Oberösterreich (Hrsg.): Jungsein in Vöcklabruck, Linz 1996
- Aleemann, Ulrich von (Hrsg.): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Problemstand und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung, Opladen 1975
- Bacher, Johann: Einkommensarmutsgefährdung von Kindern in Österreich und deren Auswirkungen auf die Schullaufbahn und das subjektive Wohlbefinden – Eine Sekundäranalyse des österreichischen Kindersurveys. In: Sozialwissenschaftliche Rundschau, 1997
- Baringhorst, Sigrid: Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität, Opladen 1998
- Barnes, Samuel/Kaase, Max: Political Action. Mass participation in five western democracies, Beverly Hills, London 1997
- BM für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.): Mitreden Machen Bestimmen. Anregungen für die Beteiligung junger Menschen, Broschüre, Wien (o. J.)
- Bochow, Michael: Bildung und Arbeit. Sozialwissenschaftliche Begründungsversuche bildungspolitischer Strategien, Berlin 1980
- Brunnmayr, Erich: Neuer Zeitgeist – Neue Jugend – NÖ-Jugendstudie/Institut Dr. Brunnmayr, 1997
- Buse, Michael J./Nelles, Wilfried: Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch/administrativen Bereich, in: Aleemann, Ulrich von (Hrsg.): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Problemstand und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung, Westdeutscher Verlag Opladen 1975, S. 41 – 111
- Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek/Hamburg 1995
- Dörig, Roman: Das Konzept der Schlüsselqualifikationen. Ansätze, Kritik und konstruktivistische Neuorientierung auf der Basis der Erkenntnisse der Wissenspsychologie, Diss. St. Gallen 1994
- Egg, Peter: Wir haben was zu sagen – Kindermitsbestimmung in Theorie & Praxis, Bonn 1998
- Ferner, Franz: Kinder und Jugendliche am Wort – Kommunale Kinderpolitik. Notwendigkeit oder nur eine Modeerscheinung? in: Rauch-Kallat, Maria/Pichler, J. W. (Hrsg.): Entwicklung in den Rechten der Kinder im Hinblick auf das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Wien-Köln-Weimar 1994, S. 539-578
- Frädrich, J./Jerger-Bachmann, I.: Kinder bestimmen mit. Kinderrechte und Kinderpolitik, München 1995
- Freibel, Harry/Gunkel-Henning, Doris/Prott, Jürgen/Toth, Stephan: Selbstorganisierte Jugendgruppen zwischen Partykultur und politischer Partizipation, Opladen 1979
- Haller, Max, u. a. (Hrsg.): Österreich im Wandel, Wien 1996
- Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994
- Hinsch, Rüdiger/Pfingsten, Ulrich: Gruppentraining sozialer Kompetenzen, [http://www.psychologie.uni-bielefeld.de/~upfingsten/gsk/\(8.98\).1998](http://www.psychologie.uni-bielefeld.de/~upfingsten/gsk/(8.98).1998)
- Hoffmann-Lange, Ursula (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland, Opladen 1995
- Holm, Kurt (Hrsg.): Almo-Statistiksystem, Linz 1998
- Honig, Michael-Sebastian/Leu, Hans Rudolf/Nissen, Ursula (Hrsg.): Kinder und Kindheit. Soziokulturelle Muster – Sozialisationstheoretische Perspektiven, Weinheim-München 1996
- Hurrelmann, Klaus/Palentien, Christian: Jugendliche an die Wahlurne! Argumente zur Verbesserung der politischen Partizipation der jungen Generation. Diskurs 2/97, 1997, S. 38-45

- Klecatsky, Hans R./ Morscher, Siegbert: Die österreichische Bundesverfassung, 5. Auflage Wien 1989
- Kraenzl-Nagl, Renate, u. a. (Hrsg.): Kindheit in Gesellschaft und Politik, Frankfurt a. M. 1998
- Lange, Andreas: Eckpfeiler der sozialwissenschaftlichen Analyse von Kindheit heute. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, Jg. 18, 1995, S. 55-68
- Lindner, Clausjohann: Kritik der Theorie der partizipatorischen Demokratie, Darmstadt 1990
- Mayring, Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 2. Auflage, Weinheim 1990
- Natschläger, Bernhard: Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern. Bericht zur Lage der Kinder, herausgegeben von der Katholischen Jungschar Österreichs, Wien 1993
- Nigsch, Otto: Was ist Sozialkompetenz? <http://soz.ganymed.org:81/kompetenz.html> (8.98), 1998
- Pelinka, Anton: Zu einer Strategie der Solidarisierung, in: Zulehner, Paul M./Denz, Hermann/Pelinka, Anton/Tálos, Emmerich, (Hrsg.): Solidarität. Option für die Modernisierungsverlierer, Wien 1996
- Pleimer, Anton/Wimmer, Friedrich: Ganzheitliche Bildung in Theorie und Praxis. Ein Modell für selbstorganisierte Lernprozesse. Handbücher zur beruflichen Praxis Band I, Linz 1994
- Prisching, Manfred: Grenzen des Wertewandels – Kontinuität und Diskontinuität in kulturellen Veränderungsprozessen. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie. Volume 12 Nr.1, Montreux 1986
- Qvortrup, Jens et al. (Hrsg.): Childhood Matters. Social Theory, Practice and Politics, Aldershot 1994
- Qvortrup, Jens: Childhood as a Social Phenomenon – An Introduction to a Series of National Reports. EUROSOCIAL REPORT 1990/36
- Rauch-Kallat, Maria/Pichler, J. W. (Hrsg.): Entwicklung in den Rechten der Kinder im Hinblick auf das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Wien-Köln-Weimar 1994
- Schneider, Helmut: Politische Partizipation – zwischen Krise und Wandel, in: Ursula Hoffmann-Lange (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland, DJI-Jugendsurvey 1 Opladen 1995
- Schröder, Richard: Freiräume für Kinder(t)räume. Kinderbeteiligung in der Stadtplanung, Weinheim und Basel 1996
- Schwarz-Schloeglmann, Maria: Entwicklung in den Rechten der Kinder, in: Kraenzl-Nagl, R., u. a. (Hg.): Kindheit in Gesellschaft und Politik, Frankfurt a. M. 1998, S. 105-132
- Silbereisen, Rainer K./Vaskovics, Lazlo A./Zinnecker, Jürgen (Hrsg.): Jungsein in Deutschland: Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996, Opladen 1996
- Stork, Remi: Jugendhilfeplanung ohne Jugend? Chancen der Partizipation in der Jugendarbeit, Münster 1995
- Sülberg, Walter (Hrsg.): Demokratisierung und Partizipation im Entwicklungsprozeß – Entwicklungspolitische Notwendigkeit oder Ideologisierung? Frankfurt a. M. 1988
- Tillmann, Klaus-Jürgen: Sozialisationstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung, Reinbek 1989
- Verba, Sidney/Nie, Norman H.: Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York, Evanston, San Francisco, London 1972
- Watts: Politische Beteiligung außerhalb der Institutionen, in: Silbereisen, R./Vaskovics, L./Zinnecker, J. (Hrsg.): Jungsein in Deutschland, Opladen 1996
- Wessels, Bernhard/Klingemann, Hans-Dieter: Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1997, Bonn 1997, S. 599-607
- Wilk, Liselotte/Bacher, Johann: Kindheit und Kindsein in der Postmoderne, in: Preglau, M./Richter, R. (Hrsg.): Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur, Wien 1998, S. 289-310
- Zulehner, Paul M./Denz, Hermann/Pelinka, Anton/Tálos, Emmerich, (Hrsg.): Solidarität. Option für die Modernisierungsverlierer, Wien 1996